



Johanna Meyer-Lenz, Franklin Kopitzsch, Markus Hedrich (Hg.)

HAMBURG IN DER NOVEMBERREVOLUTION VON 1918/19

Dynamiken der politischen und gesellschaftlichen
Transformation in der urbanen Metropole

[transcript]

GENDER, DIVERSITY AND CULTURE
IN HISTORY AND POLITICS

Johanna Meyer-Lenz, Franklin Kopitzsch, Markus Hedrich (Hg.)
Hamburg in der Novemberrevolution von 1918/19

Editorial

Die Reihe **Gender, Diversity, and Culture in History and Politics** zielt auf die Veröffentlichung innovativer Forschung, die den Zusammenhang und die Verflechtungen von Gender und Diversität im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Diskurs fokussiert. Transformationen quer zu zeitlichen und räumlichen Achsen sind ebenso Gegenstand wie Beiträge zur Geschichte des Abbaus und der Verteilung der Ressourcen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Die Reihe behandelt Kontinuitäten und Brüche der Globalgesellschaft entlang der Themenfelder Sexismus, Kolonialismus, Rassismus, Krieg, Macht und Herrschaft mitsamt den ihnen widerstehenden Strategien und Kräften. Zugleich bietet sie ein Forum für die kritische Diskussion neuer Ansätze auf diesen Feldern, die auf ein tieferes Verständnis der Wirksamkeit von Geschlecht und Vielfalt in Kultur, Geschichte und Politik abzielen. Entsprechend dem interdisziplinären, transnationalen und globalen Ansatz der Reihe sind Beiträge aus Disziplinen wie den Sozialwissenschaften, den Kulturwissenschaften, den Postkolonialen Studien, den Geschichtswissenschaften und den Naturwissenschaften vorgesehen und willkommen.

Die Reihe wird herausgegeben von Norbert Finzsch, Johanna Meyer-Lenz, Robin Bauer, Claudia Bruns, Michaela Hampf, Christiane König, Volker Langbehn, Marianne Pieper und Jürgen Zimmerer.

Johanna Meyer-Lenz (Dr. phil.) ist Historikerin und Koordinatorin des Forschungsverbundes zur Kulturgeschichte Hamburgs (FKGHH/Universität Hamburg) und forscht zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Geschichte, Sozialgeschichte, Gendergeschichte und Medizingeschichte.

Franklin Kopitzsch (Prof.em. Dr.) war Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und am Historischen Seminar der Universität Hamburg. Seit dem Eintritt in den Ruhestand im April 2013 ist er weiterhin Leiter der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte mit dem Forschungsschwerpunkt in der Sozialgeschichte der Frühen Neuzeit.

Markus Hedrich (Dr. phil.) ist Postdoktorand am Arbeitsbereich Globalgeschichte des Historischen Seminars der Universität Hamburg. Hier arbeitet er an einer Geschichte des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin. Seine Schwerpunkte sind Kolonialgeschichte, Filmgeschichte sowie Medizin- und Psychiatergeschichte.

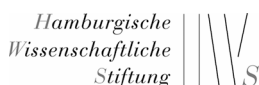
Johanna Meyer-Lenz, Franklin Kopitzsch, Markus Hedrich (Hg.)

Hamburg in der Novemberrevolution von 1918/19

Dynamiken der politischen und gesellschaftlichen Transformation
in der urbanen Metropole

[transcript]

Veröffentlicht mit Unterstützung der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung



The EOSC Future project is co-funded by the European Union Horizon Programme call INFRAEOSC-03-2020, Grant Agreement number 101017536

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde ermöglicht durch das Projekt EOSC Future.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© Johanna Meyer-Lenz, Franklin Kopitzsch, Markus Hedrich (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Gemälde von Gerhard Gossmann (1912-1994), Matrosenaufstand Kiel 1918 (1970). Copyright: akg-images

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5604-6

PDF-ISBN 978-3-8394-5604-0

<https://doi.org/10.14361/9783839456040>

Buchreihen-ISSN: 2749-0475

Buchreihen-eISSN: 2749-201X

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Vorwort der Herausgeber:innen	11
--	----

Einleitung – Forschungsdimensionen

Zur Geschichtsschreibung der Revolution von 1918/19	
<i>Johanna Meyer-Lenz</i>	17

Albert Ballin und die Räume der politischen Macht 1886–1918	
<i>Johanna Meyer-Lenz</i>	41

Erfahrungen, Subjektivitäten, Erinnerungskultur	
Bilderwelten der Transformation	
<i>Markus Hedrich</i>	53

Dimension: Revolution in Hamburg: Raum, Masse, Gewalt

Konfliktparteien und Konflikt dynamiken der Revolution	
<i>Johanna Meyer-Lenz</i>	61

Dimension: Vorrevolutionäre Ära 1890–1918: Räume der politischen Macht

Albert Ballin 1890–1918: Politische und unternehmerische Spielräume des leitenden Managers der Hamburg Amerika Linie (HAL) im Wilhelminismus	
<i>Johanna Meyer-Lenz</i>	99

Dimension: Revolution: Umbruch, Utopien und Politik 1918/19

Selbstverwaltung und Sozialismus. Der Sozialdemokrat Carl Herz und die Revolution 1918/19 in Hamburg

Christian Hanke 173

Dimension: Politische Transformation: lokal und regional in Hamburg, Altona und im Großraum Hamburg 1918

Altona in der Revolution von 1918/19: das kommunale Modell der Transformation

Holmer Stahncke 193

Die Revolution im Großraum Hamburg. Lokaler Verlauf und Reaktionen im Vergleich

Ortwin Pelc 215

»Wie wählen wir am besten?« Wahlen und Wahlkämpfe in Hamburg in der Phase der Transformation vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (Januar 1919 bis Juni 1920)

Frank Omland 253

Dimension: Erfahrungen, Subjektivitäten, Erinnerungskultur, Bilderwelten: Transformation als Deutungsraum

Zur medialen Performativität von Männlichkeit in Kino und Film in Deutschland 1918/19

Christiane König 295

Die ungeliebte Republik – Die Erinnerung an die Novemberrevolution und die Weimarer Republik

Axel Schildt † 321

»Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution

Rainer Hering 339

Das Ende des Kaiserreichs in der Familie des Reichsgründers. Wahrnehmungen von Revolution und Republik bei den Bismarcks in Friedrichsruh

Ulf Morgenstern 355

**Wie Hamburgerinnen und Hamburger die Revolution von 1918/19 erlebten.
Individuelle Deutung(en) in Selbstzeugnissen**

Franklin Kopitzsch und Gunnar B. Zimmermann 375

Anhang

Liste der Abkürzungen 395

Liste der Tabellen und Grafiken 397

Autor:innen 401

Personenindex 403

Axel Schildt (1951-2019) zur Erinnerung

Vorwort der Herausgeber:innen

Spätestens mit der 2019 in die Hamburgische Bürgerschaft eingebrachten »Drucksache 21/17919« ist die Novemberrevolution 1918/19 ins Zentrum einer markanten erinnerungspolitischen Debatte gerückt. So forderten zehn Landesparlamentarier:innen der Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag eine angemessene »Würdigung der Novemberrevolution 1918/1919 und ihrer Protagonist:innen« als Teil einer neu zu etablierenden »demokratische[n] Erinnerungskultur« in Hamburg. Die Novemberrevolution von 1918/19, die den Ersten Weltkrieg beenden half und das Ancien Régime des Kaiserreichs sowie das alte Europa hinwegfegte, zähle, so das Petitum, zu den »bedeutendsten Ereignisfolgen des 20. Jahrhunderts«, die unzweifelhaft am »Anfang republikanisch-demokratischer Verhältnisse in Deutschland und eben auch in Hamburg« stünden. Dennoch habe »die Novemberrevolution über Jahrzehnte in der hamburgischen Erinnerungskultur ein Schattendasein« geführt, während im Hamburger Rathaus »allegorische, teilweise nationalistisch aufgeladene Gemälde« sowie »das Bürger- und Kaufmannstum« dominierten. Dagegen sei »an [...] gut sichtbarer Stelle« im Rathaus selbst ein Portrait von »Dr. Heinrich Laufenberg (1872 bis 1932), des Vorsitzenden des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats von November 1918 bis Januar 1919«, anzubringen, um die Würdigung der Novemberrevolution an herausgehobener Stelle, nämlich in der Rathausdiele, zu platzieren. Neben einer die wesentlichen Vorgänge hervorhebenden Gedenktafel im »damaligen Sitzungssaal des Arbeiter- und Soldatenrates« sowie einer zweiten Tafel, die der Frauenrechtlerin und ersten Alterspräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Helene Lange, gedenken solle, fordern die Parlamentarier:innen zudem, nach »der roten Fahne Ausschau zu halten, die von November 1918 bis Ende März 1919« auf dem Rathaus wehte – und diese »in einer Vitrine in der Rathausdiele samt informativer Erläuterung« zu präsentieren. Die bis heute allerdings nicht aufgefundene rote Fahne der Novemberrevolution, die für alle sichtbar in der Rathausdiele exponiert werden soll, wird in dem Antrag zum Kernelement einer rund um die transformativen Dynamiken der Novemberrevolution 1918/19 zu implementierenden Ikonografie, die diese als Brücken- bzw. Übergangszeit zur (Weimarer) Republik und mithin als Initial »republi-

kanisch-demokratischer Verhältnisse in Deutschland« erinnerungspolitisch würdigen und kommemorieren soll.¹

Diese Phase der Revolution und Transformation bildet jene bewegte Scharnierzeit zwischen dem Ancien Régime und einer neuen politischen Staatsordnung ab, die nach harten Auseinandersetzungen in der sozialistischen Arbeiterbewegung um alternative Konzepte wie der Räte Demokratie und einer stärker von sozialistischen Elementen geprägten Demokratie der parlamentarischen Demokratie den Vorrang gab. Diese kurze Übergangszeit von knapp fünf Monaten ist es, der sich der vorliegende Band mit Rückblicken und vorwärts schauend im Wesentlichen widmet. Dabei umfasst er Arbeiten von Historiker:innen und Kulturwissenschaftler:innen, die mehrheitlich im Zusammenhang mit der ersten großen und medial breit rezipierten und vielfach gefeierten Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte und der mit ihr verbundenen Veranstaltungen zur Novemberrevolution 1918/19 in Hamburg entstanden sind. Die hier eingegangenen Beiträge beruhen auf den überarbeiteten Vorträgen der Ringvorlesung mit dem Titel »Revolution! Revolution? – Die Novemberrevolution 1918/19 in Hamburg und in Norddeutschland«, welche im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg in der Reihe *Andocken* (16 und 17) gemeinsam mit der Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH), dem Museum für Hamburgische Geschichte (MHG) und dem Forschungsverbund zur Kulturgeschichte Hamburgs (FKGHH) im Sommersemester 2018 und im Wintersemester 2018/19 durchgeführt wurde. Die Vorträge fanden im Museum für Hamburgische Geschichte vor einem sehr interessierten Publikum statt. Ein Teil von ihnen ist bereits in dem von Hans-Jörg Czech, Olaf Matthes und Ortwin Pelc herausgegebenen Band *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19* erschienen.² Der Schwerpunkt dieses Bandes liegt nun auf der Herausgabe von Beiträgen aus *Andocken 17* vom Wintersemester 2018/19, die neues Forschungswissen zum Thema Revolution 1918/19 in Hamburg präsentierten und über die im Begleitband vorgestellten Themen hinausgehen. Die hier vorgestellten Beiträge ergänzen und erweitern nicht nur das Themen- und Forschungsspektrum, sondern auch den Forschungsrahmen.

Die Herausgeber:innen möchten mit der Wahl des Untertitels zum Ausdruck bringen, dass der Fokus der Darstellung auf der Dynamik und der Prozesshaftigkeit der Entwicklung liegt. Sie geben damit einer Perspektive Raum, die den Veränderungen der durch die Revolution in Gang gesetzten Transformation des politischen Systems sowie der gesellschaftlichen Verhältnisse Rechnung trägt. Damit wird die Beschreibung von Prozessen, eingebettet in Konflikt dynamiken, in die Kontingenz des Geschehens mit seinen Zufälligkeiten, seiner unvorhersehbaren Ereignishaftigkeit, den dadurch angestoßenen Entwicklungen und ihren Ergebnissen eine zentrale Rolle übernehmen. Die

1 Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg – 21. Wahlperiode Drucksache 21/7919. Alle Zitate ebd.

2 Vgl. Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19*, Kiel/Hamburg 2018. Es handelt sich um den Begleitband der gleichnamigen Ausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte vom 25. April 2018 bis zum 25. Februar 2019.

Beiträge untersuchen verschiedene Aspekte der Transformation, sie spüren den Stimmen der Verunsicherung nach, zeigen Gestaltungsoptionen auf, beschreiben Prozesse der Umbildung des Staates, der Transformation des Macht- und Herrschaftssystems des Kaiserreichs in ein noch zu gestaltendes republikanisches Staatswesen und sie gehen der Kartierung der neuen Parteienlandschaft, ihren Fragmentierungen, Widerständen, neuen Koalitionsbildungen und ihren Gestaltungsmöglichkeiten nach.

Die ausgewählten Beiträge der Vorlesungsreihe wurden für diese Publikation noch einmal überarbeitet. Zu den Arbeiten, die das thematische und wissenschaftliche Feld ergänzen, zählen die Beiträge aus den Medienwissenschaften (Christiane König), zur maritimen, globalen und kolonialen Geschichte Hamburgs (Johanna Meyer-Lenz) und zur perspektivischen Wahrnehmungsvielfalt der Hamburger:innen in Selbstzeugnissen (Franklin Kopitzsch und Gunnar B. Zimmermann).

Die Mehrzahl der Autor:innen arbeiten seit Jahren als Wissenschaftler:innen an der Universität Hamburg, in weiteren Institutionen der Hamburger Kultur- und Wissenschaftslandschaft (Verein für Hamburgische Geschichte/Museen/Archive/Stiftungen/Forschungsverbund zur Kulturgeschichte Hamburgs), außerhalb Hamburgs oder sind als freie Wissenschaftler:innen tätig. Allen sei herzlichst für ihre spontane Bereitschaft, an der Vorlesungsreihe teilzunehmen und/oder ihre Forschungsergebnisse in den Band einfließen zu lassen, gedankt. Ebenso gilt ihnen der Dank der Herausgeber:innen für die konstante und geduldige Mitarbeit bei dem Prozess der redaktionellen Erstellung des Bandes.

Die Auswahl der Beiträge bringt vielfältige methodologische Forschungsansätze und unterschiedlichste Sichtweisen der beteiligten Disziplinen (Politikwissenschaft/Medienwissenschaften/Religionsgeschichte/Regionalgeschichte/Narratologie/Geschichtswissenschaft) auf die Revolution von 1918/19 zur Geltung. Vertreter der Elite des konservativen Bürgertums und der Wirtschaft Hamburgs werden in ihren Haltungen zur Revolution und in ihrem Agieren im Raum der politischen und wirtschaftlichen Macht in der urbanen Metropole Hamburgs vorgestellt. Ihnen gegenüber erscheint die Vielstimmigkeit von Akteur:innen der Hamburger Bevölkerung. Träume, Pläne, konservative Strategien des Festhaltens am Ancien Régime, die Übernahme der Macht durch die revolutionären Gruppen, Entwürfe der neuen partizipativen Staatsordnung unterschiedlicher Ausgestaltungen – all das fließt hier zusammen. Der Blick wird ebenso auf das Geschehen in der benachbarten Stadt Altona wie auf das Umland Hamburgs und die norddeutsche Region ausgeweitet.

Straßenproteste auf der einen Seite, Untergangsstimmung auf der anderen, Konflikte um die Vision einer demokratischen oder sozialistischen Gesellschaft ergeben ein Kaleidoskop von Eindrücken, die das Revolutionsgeschehen und die weitere Entwicklung Hamburgs bis in den Beginn der Weimarer Republik hinein erhellen.

Danken möchten wir neben den Autor:innen, die mit ihren Beiträgen diese Veröffentlichung möglich gemacht haben, den Initiator:innen und Förder:innen für die Durchführung der Veranstaltung. Wir danken Prof. Dr. Hans-Jörg Czech für die Kooperation bei der Planung und für die Aufnahme der Vorlesungsreihe in das erweiterte Programm der Ausstellung, ebenso für die Möglichkeit, den großen Hörsaal im Museum für Hamburgische Geschichte nutzen zu dürfen, so dass die Veranstaltung für ein zahlreiches Publikum erreichbar wurde. Unser Dank gilt weiterhin den Mitarbei-

ter:innen des Museums, Dr. Olaf Matthes, Dr. Ortwin Pelc und Bettina Beermann, die die Vorlesungsreihe mit organisiert, mitbegleitet und durchgeführt haben. Unser Dank gilt ebenso den studentischen Mitarbeiter:innen von lecture2go, die die Vorlesungsreihe aufgezeichnet und ins Netz gestellt haben.

Wir möchten mit diesem Band posthum des Historikers und Kollegen Prof. Dr. Axel Schildt (1951-2019) gedenken, der seine Teilnahme an der Vorlesungsreihe spontan zugesagt und den Vortrag für diese Reihe noch konzipieren konnte, bevor er schwer und plötzlich erkrankte. An seiner Stelle trug am 18. Oktober 2018 Prof. Dr. Franklin Kopitzsch den Beitrag vor, nicht ahnend, wie wir alle, dass dieses Vortragsmanuskript zu den letzten zählte, an denen Axel Schildt noch hatte arbeiten können. Axel Schildt starb am 5. April 2019. Ebenso gedenken wir der beiden weiteren Vortragenden dieser Reihe, Prof. Dr. Ullrich Bauche (1928-2020) und Dr. Burchard Bösche (1946-2019). Beide haben diese Vorlesungsreihe mit eigenen Beiträgen und in großzügiger Weise mit Rat und Tat unterstützt.

Danken möchten wir den Reihenherausgeber:innen von *Gender, Diversity and Culture, in History and Politics* Norbert Finzsch, Christiane König und Volker Langbehn für die selbstverständliche sorgfältige redaktionelle Begleitung dieses Bandes, ebenso für die Diskussionen mit ihnen, die dazu beitrugen, Formulierungen und Sichtweisen sorgfältigst zu überdenken. Ebenfalls gilt ein großer Dank Lene Greve für ihre sorgfältige und sachkundige redaktionelle Durchsicht des Manuskripts.

Die Herausgeber:innen hoffen, dass dieser Band viele interessierte Leser:innen findet, zu weiteren Forschungen, Beiträgen und Diskussionen zur Geschichte der »wiederentdeckten« Revolution anregt.

Hamburg, April 2022

Johanna Meyer-Lenz, Franklin Kopitzsch, Markus Hedrich

Einleitung – Forschungsdimensionen

Zur Geschichtsschreibung der Revolution von 1918/19

Johanna Meyer-Lenz

1. Sozial- und Strukturgeschichte

In der Lesart der Geschichtsschreibung des sozialdemokratischen Reformismus gilt der mit der Novemberrevolution eingeleitete Machtwechsel vom Ancien Régime des Kaiserreichs hin zur demokratischen Verfassung der Weimarer Republik als ein wichtiger Einschnitt der deutschen Geschichte, wenngleich nach dem Urteil von Zeitgenossen kein radikaler.¹ Folgen wir der Darstellung Hans-Ulrich Wehlers, so waren die »historischen Entwicklungsmöglichkeiten [...] zwischen Ende Oktober 1918 und Ende Januar 1919, als [...] alle deutschen Fürsten gestürzt [waren]«, nicht mehr unbegrenzt, war »die relative Offenheit der Situation [...] nicht mehr gegeben.«² Der »neuen Republik« waren bereits »bestimmte Bahnen vorgezeichnet«, die sich in der historischen Diskussion der 1950er Jahre noch in den Alternativen von »bolschewistische[r] Rätediktatur« oder »parlamentarische[r] Republik« bewegten und in den 1970er Jahren durch die Alternative von »konservativer Republik und sozialer Demokratie« abgelöst wurden.³ Dem Rätemodell ordnet Wehler eine Bedeutung als Übergangsphase für den »tiefgreifenden Umbau von Staatsapparat, Gesellschaft und Wirtschaft« zu.⁴ Es habe ein »Reformreservoir« entwickelt,⁵ anhand dessen die SPD die Aufgaben der Modernisierung und Demokratisierung des politischen Herrschaftssystems mit weitreichenden Reformen des »Herrschafts- und Geistesapparats des Kaiserreichs« hätte durchführen können.⁶

1 Heinrich August Winkler verweist im Eingangskapitel zu seiner Geschichte Weimars auf das Urteil Bernsteins, wonach es sich bei der Revolution 1918/19 nicht um »eine radikale Umwälzung« gehandelt habe, da Deutschland »zum einen zu industrialisiert und zum anderen zu demokratisch« gewesen sei. Vgl. ders., Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 13.

2 Wehler, Hans-Ulrich: Das deutsche Kaiserreich 1918-1919, Göttingen 1973, S. 218.

3 Ebd., S. 219.

4 Ebd., S. 224.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 223. Wehler zählt die Heeresreform, die Wirtschaftsreform, die Agrarreform und die Reform von Justiz und Verwaltung dazu. Vgl. ebd., S. 222-223.

Wehler sieht den Ausbruch der Revolution im Zusammenhang mit einer Geschichtsdeutung des Deutschen Kaiserreichs, die in den 1970er Jahren im Rahmen der neuen Struktur- und Sozialgeschichte die Tür zu einem modernen und kritischen Verständnis des Kaiserreichs aufstieß und für die deutsche Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wegweisend wurde. So stellte er die Interpretation des Kaiserreichs in den Zusammenhang der Geschichte der Industrialisierung und Hochindustrialisierung des 19. Jahrhunderts, die jedoch eine unausgeglichene Entwicklung in ihren wesentlichen paradigmatischen konstitutiven Parametern aufwiesen, was zu innenpolitischen Spannungen führte. Den Modernisierungs- und Wachstumschüben der Entwicklung von Wirtschaft und Technologie im Zeitalter der Hochindustrialisierung habe kein umfassender Modernisierungs-, Demokratisierungs- und Partizipationsprozess in der Gesellschaft zur Seite gestanden. Diese »Lage« habe sich in dem spätféudalistischen politischen Herrschaftssystem des deutschen Reiches niedergeschlagen und der Mehrheit des Volkes wesentliche Rechte der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Partizipation vorenthalten. Aus der sich durch den Kriegsverlauf weiter verschärfenden Krise erklärt sich für Wehler der durch Arbeiter- und Soldatenräte herbeigeführte Sturz des alten Systems:

Nicht nur Hunger, Niederlage und Aufstand der Soldaten führten zur Revolution; vielmehr schufen tiefreichende sozialökonomische Spannungen im Verein mit einer lange verdeckten, durch den Autoritätsverlust während des Krieges enorm verschärften und letztlich entscheidenden politischen Fundamentalkrise ein Potential für Veränderungswünsche, die schließlich zu einer revolutionären Eruption führten.⁷

Eine wichtige Etappe zu dieser Entwicklung führt nach Wehler über den Wilhelminismus (1888–1918), den er als autoritäres Herrschaftssystem mit dem Ziel der Ausgrenzung und Stigmatisierung der sozialdemokratischen Bewegung einerseits, der Integration des Staatsvolkes andererseits definierte. Die sogenannte »negative Integration der Arbeiterbewegung«⁸ umfasste ein umfangreiches Arsenal von Verboten in Form von Gesetzen (Sozialistengesetz, Umsturzvorwurf, Zuchthausvorlage), Strafverfolgungen durch die Justiz sowie politisch initiierte oppositionelle Blockbildungen (Sammelbewegungen, Diskussion der Abschaffung des allgemeinen Männerwahlrechts). Interessenverbände und Vereinsbildungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie z.B. der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (1904–1914), der Flottenverein oder der Alldeutsche Verein, um nur einige zu nennen, zeigten, wie »auf allen Ebenen der Kampf des »nationalen« Deutschlands gegen den »inneren Feind« geführt wurde.«⁹

7 Wehler (1973): Kaiserreich, S. 219. Zu Wehler vgl. die ausführliche Darstellung im Zusammenhang mit der Diskussion des Stellenwertes der Revolution von 1918/19 in der westdeutschen Geschichtswissenschaft der 1970er Jahre von Jürgen Rojahn, in: Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Band 1 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 14/1), Frankfurt/New York 1995, S. 14–29, hier S. 26–29.

8 Vgl. dazu umfassend Saul, Klaus: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik (irrtümlicherweise wurde im Titel statt »Sozialpolitik« »Außenpolitik« abgedruckt – Anm. d. Verf.) des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914, Düsseldorf 1974, S. 9.

9 Ebd., S. 10. In seiner Studie zeigt Klaus Saul umfassend, »auf wie vielen Ebenen der Kampf des »nationalen« Deutschlands gegen den »inneren Feind« (passim!) geführt wurde. Nachhaltiger als jede

Das politische System des Kaiserreichs, das die Spaltung des Staatsvolks in zwei große Lager instrumentell nutzte, charakterisiert Wehler als ein Herrschaftssystem, das auf einer Mischform von Elementen »von preußischer Hegemonie und föderativem Reichsbund, von alter Obrigkeit und modernem Wahlrecht« beruhte und das er im Begriff des »autokratischen, halbabsolutistischen Scheinkonstitutionalismus« zusammenfasst.¹⁰ Für die Bismarckzeit erscheint dieser nach Wehler als Typ des bonapartistischen Diktatorialregimes, das sich bis 1890 durch die souveräne Leitung durch Bismarck an der Spitze der Herrschaftspyramide auszeichnete.¹¹

Der Wilhelminismus hingegen beruhte auf einer polyzentrischen Leitungsstruktur, indem nach dem Rücktritt Bismarcks die Leitung des »Koordinationszentrums« auf ein Kräfteparallelogramm aus konkurrierenden Machtzentren aus Reichsleitung, Militär, Bürokratie und Wirtschaft mit einem schwachen Kaiser überging. Diese »autoritäre Polykratie ohne Koordination« war nach Wehler letztlich der Ausdruck »einer permanenten Staatskrise«.¹²

Gesetzgebung prägte der Kleinkrieg der Behörden, von Justiz und Arbeitgeberorganisationen, die gesellschaftliche und politische Diskriminierung das Bewußtsein der Arbeiterbewegung vor 1914 und schuf jene ›Verbitterungsstimmung‹, die noch bis weit in die Weimarer Zeit hineinwirkte.« Ebd., S. 10. Zu den Strafverfolgungen durch die Justiz vgl. ebd., S. 189-210; zur »Machtsicherung und Gegenoffensive« der Unternehmer vgl. ebd., S. 151-187; zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vgl. ebd., S. 115-132; zur Zuchthausvorlage vgl. ebd., S. 283-305. Über die Auswirkungen des Sozialistengesetzes in Hamburg vgl. Kutz-Bauer, Helga: Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat in Zeiten der Großen Depression. Eine regional- und sozialgeschichtliche Studie zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg 1873 bis 1890, Hamburg 1988, S. 363-417. Zum Alldeutschen Verband vgl. Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003.

- 10 Wehler (1973): Kaiserreich, S. 62-63. Der halbabsolutistische Scheinkonstitutionalismus verlieh dem Monarchen eine umfassende Macht über die Staatsorgane, die Verwaltung, das Heer und die fast unbeschränkte Regierungsführung. Der »preußische Monarch kontrollierte nicht nur im Hegemonialstaat [Preußen Zusatz Vf.] die drei Säulen des absolutistischen Staates: Heer, Bürokratie und Diplomatie, sondern auch als Reichsmonarch den Verwaltungsapparat der neuen Reichsbehörden, das Militär und die Außenpolitik. In diese Arcana Imperii gelang es dem Reichstag niemals wirklich einzudringen. Institutionell blieb damit, verfassungsrechtlich abgesichert, das Machtgefüge des absolutistischen Staates im Wesentlichen erhalten.« Ebd., S. 62.
- 11 Wehler (1973): Kaiserreich, S. 63-69, besonders S. 64-65. Der Bonapartismus zeichnet sich weiterhin dadurch aus, dass sich das Bürgertum »aus Furcht vor der Gewalt der sozialen Umwälzung zum Arrangement mit den alten Gewalten und zum Verzicht auf direkte Machtausübung« bekannte. Ebd., S. 65.
- 12 Ebd., S. 69-71: »Zugrunde lag allen wichtigen Problemen der Reichspolitik das prinzipielle Dilemma, daß die Spannung zwischen der voraneilenden ökonomischen und sozialen Entwicklung zur Industriegesellschaft auf der einen Seite und der überkommenen starren Struktur auf der anderen Seite nicht überwunden werden konnte und sollte.« An Stelle eines umgreifenden Koordinationszentrums tatierten im Wilhelminismus »konkurrierende Machtzentren« (aus Reichsleitung, preußischer Bürokratie, Reichsbehörden, Reichskanzler, militärische Spitzen, Geschäftsführer der großen Interessenverbände, Leiter der Agitationsvereine, Planer des Generalstabs die Macht aus. Ebd., S. 70. Diese Konstellation »erhielt ein [...] unbewegliches konservatives System, das sich angesichts [...] des [...] Gegengewichts der parlamentarisch-demokratischen Kräfte verhärtete [...].« Die Sozialdemokratie, also die Bewegungspartei konnte sie »in einem Bannkreis der Ohnmacht« festhalten. Ebd. S. 71. Der Traum von einem starken Kaiser, »der die Klassengegensätze mit eiser-

Auch hier blieb nach Wehler die partizipative emanzipative Kraft im Bürgertum, in der Arbeiterschaft, in allen Schichten stillgestellt. Anstatt den machtpolitischen Raum kritisch-diskursiv auszufüllen, bevorzugte die gouvernementale Praxis des Wilhelminismus die positive Einschätzung von »Konfliktlosigkeit« und damit die Verteidigung des »Status-quo [...] gegen die unaufhaltsame politische Mobilisierung von Bürgern eines Industriestaates [...]«. ¹³

Im Laufe der Jahre entwickelte sich die sozialistische Bewegung hingegen dank ihrer mehr und mehr in die Gesellschaft des Kaiserreichs eindringenden und sich verzweigenden Strukturen zu einer politischen Kraft, die ständig massive Gegenstrategien der polyzentristischen Governance des Wilhelminismus herausforderte. ¹⁴ Mit den Wahlerfolgen für die SPD änderten sich auch Strukturen und Strategien sozialdemokratischer Politik. Spätestens seit dem Wahlsieg bei den Reichstagswahlen von 1903 kündigte sich ein Wandel an, der sie von der Klassenkampfpartei zur parlamentarischen Oppositionspartei, zur Koalitionspartei im Reichstag, zur gewichtigen Akteurin in der Revolution und schließlich in die Position der Regierungspartei in Weimar führte. Die Auseinandersetzung mit den fragmentierten Bewegungen der Linken und Kooperationen mit Kräften des alten Régimes während der Revolution markierten dabei ein spannendes Feld der politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen in dem Zeitraum von November 1918 bis Februar/März 1919. ¹⁵

2. Neue Ansätze: Die Ausstellung Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19

Die vorliegende Publikation entstand im Kontext der zahlreichen Veranstaltungen der Hamburger Geschichts- und Kulturlandschaft zum einhundertsten Jahrestag der Revolution von 1918/19. Im Mittelpunkt stand die erstmalige und zu diesem Anlass konzipierte und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemachte Ausstellung des Museums für Hamburgische Geschichte mit dem Titel »Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19«. Die Ausstellung legte den Schwerpunkt auf das Geschehen in der urbanen Metropole Hamburg und auf Norddeutschland. Dieses Projekt gilt inzwischen als Pionierprojekt unter den bundesweiten Ausstellungen zur Revolution von 1918/19, indem es, den Maßgaben einer modernen Ausstellungskonzeption folgend, »in einer umfangreichen Präsentation mit ihren Exponaten und den Darstellungen sowie dem umfäng-

ner Faust niederhielt und der verspäteten Nation den »Platz an der Sonne« versprach, kreiste in Wirklichkeit um eine schwächliche Figur auf tönernem Podest.« Ebd., S. 72.

13 Ebd., S. 15; vgl. S. 17 u. S. 134-135. Hier weist Wehler auf die »Haltung der Konfliktlosigkeit« als bürgerliches Ideal des Kaiserreichs hin. Der Klassengegensatz und die Außenseiterstellung der Sozialdemokratie brachten somit einen der Grundkonflikte des Machtregimes zum Ausdruck. Vgl. ebd., S. 87-90.

14 Zum Polyzentrismus und zur schwachen Position des Kaisers als Regierungschef vgl. die Analyse von Lehmann, Katharine A.: »The Kaiser's Elite? Wilhelm II and the Berlin administration, 1890-1914«, in: Mombauer/Deist (2003): The Kaiser, S. 63-90.

15 Vgl. Kap. 1.2.

lichen Begleitprogramm« verwirklicht wurde.¹⁶ In seinem Vorwort zu dem Begleitband weist Hans-Jörg Czech darauf hin, dass die der Ausstellung vorausgeschickte Bestandsaufnahme zur Geschichte der Revolution von 1918/19 auf ein unfassbar großes Defizit stieß, so dass im Vorfeld noch wesentliche Forschungsarbeit zu leisten war, um die »Ereignisse und Bedeutungsfacetten der Revolution« so zu präsentieren, wie sie mit dem Ausstellungsband auf 351 Seiten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Der Band ordnet die Beiträge in umfassende Themenbereiche, die den Leser:innen eine grundsätzliche Orientierung über wesentliche Etappen und Fragestellungen der Geschichte der Revolution in Hamburg und in Norddeutschland geben. Die Beiträge des Bandes schließen zum einen an bereits vorliegende Forschungsergebnisse zum Kaiserreich und zur Novemberrevolution der letzten Jahrzehnte an; doch weisen sie bereits sehr deutlich auf die Wende in der Geschichtsschreibung der Revolution von 1918/19 hin, die sich im Zusammenhang mit dem jüngst erwachten neuen historischen Interesse an der Revolution von 1918/19 ankündigte.¹⁷ Darin unterscheidet sie sich von den Ansätzen der Sozialgeschichtsschreibung der 1970er bis 1990er Jahre. Nichtsdestotrotz – hier sei die Schlussbemerkung von Ewald Frie zitiert – bewegt sich die neue Geschichtsschreibung der Novemberrevolution im Rahmen von Ordnungsparadigmata wie Zeit, Raum und politischen Ordnungen auf den Vorarbeiten der Sozialgeschichte, wobei sie dieser durch Vergleiche und Beobachtungen ähnlicher Phänomene in transnationalen Zusammenhängen neue Dimensionen hinzufügt.

Vielfach schlagen die Beiträge des Begleitbandes der Ausstellung auch schon eine Brücke zwischen sozial- und strukturhistorischen Ansätzen und den neueren Ansätzen der Kulturwissenschaften sowie der Globalisierungs- und Kolonialgeschichte. Aber sie betrachten die Revolution nun auch unter den Aspekten der Gendergeschichte (Sabine Kienitz/Inka Le-Huu), der Medienwissenschaften (Konrad Dussel/Olaf Matthes), der Gewaltforschung (Klaus Weinbauer), der Erinnerungskulturforschung, der Kunst- und Kulturwissenschaften (Dirk Hempel), der Forschung zum urbanen Raum und zur politischen Kommunikation.¹⁸ Ein besonderer Schwerpunkt gilt hier der Verschränkung der politischen und gesellschaftlichen Geschichte(n) der unmittelbaren Revolutionsereignisse und ihrer Wirkung auf den Raum der Metropole Hamburg, d.h. auf

16 Vgl. Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19*, Kiel/Hamburg 2018, S. 8. Die Ausstellung wurde zu einem bundesweiten Anziehungspunkt unter den Jubiläumsveranstaltungen in der Bundesrepublik.

17 Aus der Fülle der Beiträge seien drei genannt, die, zwischen 2009 und 2018 erschienen, einen Überblick über die Forschung geben, deren Themen- und Analysespektrum sich inzwischen erheblich erweitert hat. Vgl. Gallus, Alexander (Hg.): *Die vergessene Revolution*, Göttingen 2009; Weinbauer, Klaus/McElligott, Anthony/Heinsohn, Kirsten (Hg.): *Germany 1916-23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015; Frie, Ewald: »100 Jahre 1918/19. Offene Zukünfte«, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 15 (2018), S. 98-114.

18 Vgl. Kienitz, Sabine/Le-Huu, Inka: »Frauen in der Revolutionszeit«, in: Czech/Matthes/Pelc (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19*, S. 156-171; Dussel, Konrad: »Bilder aus revolutionären Zeiten. Die Bildnachrichten der ›Berliner Illustrierten Zeitung‹ und der Hamburger Illustrierten 1918/19«, ebd., S. 186-203; Matthes, Olaf: »Die Revolution und ihre Bilder. Hamburg 1918/19«, ebd., S. 204-231; Weinbauer, Klaus: »Bewaffnete Ordnungskonflikte zwischen Staatsgewalt und urbanen sozialen Bewegungen in Hamburg 1916-1923«, ebd., S. 272-297; Hempel, Dirk: »Das kulturelle Leben während der Revolution in Hamburg«, ebd., S. 172-184.

Hamburg, auf das Hamburger Umland und auf Norddeutschland. Wesentliche Orte des Revolutionsgeschehens wie Kiel, Wilhelmshaven, Bremen oder Lübeck werden in die Betrachtung einbezogen. Diese regionalgeschichtlichen Beiträge leisten die zeitliche und räumliche Kartierung des Geschehens, erweitern damit erheblich das Wissen über den Verlauf des politischen Umbruchs in Hamburg und Norddeutschland.¹⁹ Ebenso verweisen sie auf die engen Verflechtungen von militärischer Gewalt, revolutionärem Geschehen und Arbeiterbewegung und damit auf die Bedeutung der multidimensionalen Verflechtung des Revolutionsgeschehens.²⁰ So thematisiert Rainer Nicolaysen die weitreichenden Folgen des Umbruchs auf der Ebene von Bildung und Wissenschaft in Hamburg, während Sebastian Merkel sich explizit der sozialen Lage im Hamburg der Kriegs- und Nachkriegszeit in Verbindung mit dem Thema der großen Grippeepidemie von 1918/19 widmet.²¹ Dem politischen Kerngeschehen der Revolution von der Etablierung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates am 6. November bis zu den ersten Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 16. März 1919 gilt der Beitrag von Christina Ewald. Zusammen mit den Darstellungen von Anna Lena Mayer und Kirsten Heinsohn ergibt sich hier ein Einblick in das Geschehen von Revolution und Transformation, in die Konflikte um Machträume unter den vielfachen Akteur:innen.²² Die neue Staatsform, die republikanisch-parlamentarische Demokratie, war ein hoch umkämpftes Gut zwischen den Machtansprüchen der traditionellen Eliten und den die neue Macht gestalten wollenden Träger:innen des Umsturzes des »Ancien Régimes«.

In ihrer Einführung zu dem Begleitband weisen Olaf Matthes und Ortwin Pelc zu Recht auf die noch zahlreichen Desiderata der Forschung zum Revolutionsgeschehen in Hamburg und in der norddeutschen Region hin. Dazu zählen ebenso Darstellungen der Politikgeschichte, der Medizingeschichte, der Kunst- und Kulturgeschichte und der Gendergeschichte. Die neueren Ansätze zur Geschichte der kulturellen Ausdrucksformen der Revolutionszeit, welche sich darauf konzentrieren, Aspekte des politischen, des sozialen und kulturellen Aufbruchs ebenso wie die Träume des »Wilsonian Moment«²³ auszuleuchten, erschließen vielfach noch eine terra incognita in der Geschichts-

-
- 19 Vgl. Rackwitz, Martin: »Kiel als Initialort der Revolution 1918. Und was passierte an der Förde?« in: Czech/Matthes/Pelc (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19* (2018), S. 32-43; Huck, Stephan: »Marinestreiks und Revolution in Wilhelmshaven 1917 und 1918«, ebd., S. 44-55; Brinkhus, Jörn: »Novemberrevolution – Räterepublik – Stacheldrahtostern«, ebd., S. 56-69; Freche, Julian: »Die Novemberrevolution in Lübeck«, ebd., S. 77-79; Pelc, Ortwin: »Die Revolution 1918/19 im Hamburger Umland«, ebd., S. 80-103.
- 20 Vgl. Matthes, Olaf: »Das Stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps und seine Organisationsstruktur 1918/19«, in: Czech/Matthes/Pelc (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19* (2018), S. 244-257; Krahe, Fabian: »Die Rückkehr der Hamburger Frontsoldaten im Dezember 1918«, ebd., S. 258-271; vgl. Weinbauer, Klaus: »Bewaffnete Ordnungskonflikte«, ebd., S. 272-297.
- 21 Nicolaysen, Rainer: »Demokratische Impulse in Schule und Universität«, ebd., S. 233-243; Merkel, Sebastian, »Hamburg in Zeiten der ›ungeheuren Not‹. Ernährung und medizinische Versorgung 1914-1919«, ebd., S. 140-155.
- 22 Ewald, Christina: »Als die rote Fahne am Rathaus wehte. Hamburg zwischen Revolution und Neuordnung«, ebd., S. 108-125; Heinsohn, Kirsten: »Nach der Revolution. Politischer Aufbruch und hanteseitische Traditionen«, ebd., S. 298-309.
- 23 Frie, Ewald: »100 Jahre 1918/19. Offene Zukünfte«. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 15 (2018), S. 98 -114 (siehe auch Anm. 18). Frie bezeichnet damit die Zeitspan-

schreibung der Revolution. Auch das große Feld der direkt handelnden Akteur:innen – des Arbeiter- und Soldatenrates wie der fragmentierten politischen Organisationslandschaften des linken wie des bürgerlichen und rechten Lagers – wartet auf weitere differenzierende Studien, um Fragen nach den politischen Utopien, nach dem Machtpotential der Konfliktparteien, den Veränderungen im Geschlechterdiskurs, um der Heterogenität der intersektionalen Perspektive in der Transformation gerecht zu werden.²⁴ Eine Reihe der Beiträger:innen des Begleitkatalogs der Hamburger Ausstellung nahmen an dem zweitägigen wissenschaftlichen Kolloquium am 29./30. Juni 2017 im Museum für Hamburgische Geschichte teil. Aspekte dieser Diskussion sind ebenfalls in diesen Band eingeflossen.²⁵

3. Perspektiven der aktuellen Forschungsdiskussion

Wenden wir uns weiteren jüngeren Ansätzen des Forschungsfeldes zur Revolution 1918/19 im Einzelnen zu. Ewald Frie regte 2018 mit Blick auf die anstehenden Jubiläumsfeiern für die zukünftigen Forschungen eine prinzipielle Revision der Darstellungsweise an: Nicht mehr ein Nebeneinander, sondern das Verflechten und Verknüpfen der Aspekte, um der Dynamik der Revolution als vielgestaltigem und fluidem Phänomen gerecht zu werden, seien nun gefragt. Er stellt dies am Beispiel der Verbindung der Aspekte »Krieg« und »Revolution« vor. Das Ineinander hieße nun, die Disziplinen Revolutionsforschung, Kriegsgeschichte, Gewaltgeschichte, Gendergeschichte, Krankheits- und Seuchengeschichte nicht mehr separat, sondern als miteinander verflochtene Themen darzulegen.²⁶ Dies erfordere eine neue Forschungstextur, die noch nicht als fertiges Ganzes auftritt, sondern sich als Aufgabe für eine »konzeptionell auf Entdeckungsreisen befindliche Geschichtswissenschaft« versteht. Frie selbst schlägt drei neue ordnende Dimensionen vor, die auf der Aufhebung bisher leitender Aspekte des betrachteten Raumes, der Zeit und des langfristigen Wandels

ne zwischen Verkündung des 14 Punkte-Plans und dem Friedensabschluss von Versailles, geprägt durch »selbstbestimmte Zukunftsvisionen« und die Möglichkeit der Realisierung eines eigenständigen Nationbuilding auf »demokratischer Grundlage« bei vielen jungen neuen Staaten am Ende des ersten Weltkrieges. Vgl. ebd., S. 100.

- 24 »Denn bisher ist auch über die Beziehungen der einzelnen Senatsbehörden und dem Arbeiter- und Soldatenrat nur wenig bekannt. Auch wäre es sinnvoll über die Bedeutung des Militärs als Handlungsträger im Soldatenrat oder im Obersten Marinerat der Niederelbe [...] zu forschen.« Vgl. Matthes/Pelc (2018), »Einführung«, in: Czech/Matthes/ Pelc (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19* (2018), S. 11-13, hier S. 12. Zu weiteren offenen Forschungsfragen ebd., S. 13. Last not least fehlt weiterhin »für Hamburg eine Gesellschaftsgeschichte, die in sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive die Revolutionsjahre zeitlich und thematisch breiter einbettet.« Vgl. Weinbauer, Klaus: *Bewaffnete Ordnungskonflikte*, in: Czech/Matthes/Pelc (Hg.): *Revolution? Revolution! Hamburg 1918/19* (2018), S. 272-297, hier S. 273.
- 25 Vgl. Meyer-Lenz, Johanna: *Tagungsbericht »Die Revolution 1918/19 in Hamburg. Ereignisse, Vergleiche und Bewertungen. 29.06.2017-30.06.2017, Hamburg«*, in: *H-Soz-Kult*. <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7554>, - abgerufen am 12.8.2021.
- 26 Frie (2018): 100 Jahre 1918/19, S. 98. Ebd. die folgenden Zitate.

beruhen. So fordert er zu einem »Auszug« aus den bisherigen engen »Gehäusen« gedanklicher Kategorien zugunsten des Spiels zwischen unterschiedlichen räumlichen, zeitlichen und sozialen Phänomenen zur Erklärung umfassenden gesellschaftlichen Wandels in dreierlei Hinsicht auf:

- »*Räumlich*: Auszug aus dem nationalstaatlichen Gehäuse, stattdessen »playing with scales« vom Lokalen bis zum Globalen;
- »*Zeitlich*: Auszug aus epochen- und fortschrittsbasierten Meistererzählungen, stattdessen »zooming in and out« und Spielen mit zeitlichen Perspektiven;
- »*Begrifflich*: Auszug aus konzeptionellen Gehäusen aufgrund abnehmender Trennschärfe von Kategorien wie »Krise« oder »Revolution«, stattdessen Aufmerksamkeit für eine »breite Palette von Phänomenen sozialen Wandels, ausgehend von »Multi-dimensional understandings of emergence and destabilization«.²⁷

Diesen Ansatz spielt Frie konzeptionell am Thema des »Ende des Ersten Weltkrieges« durch, indem er auf die Vielfalt der jeweiligen politischen Räume und der politischen Lösungen in einer globalen Dimension hinweist. Zudem lenkt er die Aufmerksamkeit auf die hohe Diversität neuer staatlicher und gesellschaftlicher Ordnungen, die auf ähnliche Impulse mit sehr unterschiedlichen Lösungen, welche den jeweiligen besonderen gesellschaftlichen und sozialen Dynamiken geschuldeten Entwicklungen gerecht werden, antworten. So gestaltete sich das Ende des Krieges für das ehemalige Osmanische Reich in zeitlicher und räumlicher Dimension völlig anders als für Russland, für West- oder Südeuropa, für Afrika oder Amerika. Betrachtet man die Räume, die Gesellschaften und die politischen Gebilde unter zentral strukturierenden Aspekten wie etwa dem »Wilsonian Moment«, d.h. der Perspektive einer neuen durch den Völkerbund geregelten demokratischen Weltordnung, so wird deutlich, welch vieldimensionales und unterschiedliches Geschehen sich den Betrachtenden synchron bot. Gleiches gilt für das zentrale Thema »Versailles«.²⁸

In ihrem Forschungsbericht zur Revolution in Deutschland heben die Herausgeber:innen des Bandes *Germany 1916-23. A Revolution in Context* diese Aspekte als zentrale und die neue Forschung leitende Dimensionen hervor. Sie erweitern den Forschungsraum mit Blick auf die globalen und transnationalen Entwicklungen, die – sich vom Osmanischen Reich über Asien, Europa bis hin zu Mittelamerika erstreckend – von Unruhen, Kriegen, Aufständen, revolutionären Umbrüchen, von Aus- und Aufbrüchen aus festgefügtten staatlichen Ordnungen geprägt sind. Somit arbeiten sie bereits mit einer Erweiterung des zeitlichen wie des räumlichen »Gehäuses«, indem sie die Epoche der Revolution von 1918/19 chronologisch und konzeptionell in den umfassenderen Kontext der Unruhen in Europa zwischen 1916 und 1923, der »era of unrest«, rücken.²⁹

27 Ebd., S. 98.

28 Zum thematischen Fluchtpunkt »Versailles«: ebd., S. 100-104.

29 Vgl. Weinbauer, Klaus/McElligott, Antony/Heinsohn, Kirsten: »In Search of the German Revolution«, in: Dies., (Hg.): *Germany 1916-23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S. 7-36, hier S. 17-32. Zur »era of unrest«, ebd., S. 22.

Die Jahre zwischen 1916 bis 1923 interpretieren die Herausgeber:innen folgerichtig als eine neue Ära der Revolutionsgeschichtsschreibung, welche die Umbrüche, die vielfachen Entwürfe des Neuen: Utopien und Hoffnungen auf der einen, Abwehrstrategien und Feindbilder auf der anderen Seite (Dolchstoßlegende und die Figur der Novemberverbrecher) in den Blick nimmt.³⁰ In diesem neuen epochalen Selbstverständnis, so die Autor:innen von *Germany 1916-23*, wendet sich die Geschichtsschreibung im Sinne des »cultural turn« neuen Themen und Betrachtungsweisen zu, deren Ergebnisse nach Edward Frie wie Stationen von Entdeckungsreisen in neue konzeptionelle »Regionen« der Geschichtsschreibung wirken. Die Herausgeber:innen von *Germany 1916-23* fassen diese als faszinierende Herausforderung auf, um die unterschwelligen Strömungen an den Bruchlinien des »Alten« und des »Neuen« als eine Art Labor der Moderne zu beschreiben, »understood as both the beginning of something new as well as a rupture with familiar patterns, and the impact of all that. [...]«³¹ Damit verbinden die Autor:innen politische Geschichte mit einem kulturhistorischen Ansatz, ausgehend von der Frage nach den widersprüchlichen Wahrnehmungen, nach verschiedenen Formen der Auseinandersetzung zwischen gegnerischen Parteien, nach der Rolle der Gewalt, den Aktionsformen und den Akteur:innen im öffentlichen Raum. Der Perspektivwechsel wird durch die Verlagerung des Schwerpunktes auf die Betrachtung der »subjektiven individuellen Erfahrungsmomente« der Individuen herbeigeführt; er bringt jedoch nicht die Kategorien des Staates und des Politischen zum Verschwinden, sondern fügt ihnen durch die Berücksichtigung der individuellen Sichtweisen der Protagonist:innen einen qualitativ höheren Erklärungswert hinzu.³² Edward Frie wiederum bezieht sich in seinem Beispiel explizit auf Themenstellungen des Politischen, auf Konfliktepochen (Erster Weltkrieg), Epochen der Weltordnung (Wilson, Versailles), die jene Flexibilität der Betrachtung herausfordern, indem sie Orte, Zeiträume, vielfältiges Erleben und Erleiden (Katastrophen/Epidemien), gescheiterte und gelungene Strategien mit nationalen, transnationalen und globalen Effekten verbinden.³³

30 Der kulturgeschichtliche transnationale Anspruch – gerichtet auf das Thema Revolution 1918/19 in Deutschland – versteht sich demnach als »an attempt to resituate the German revolution into a broader context of recent methodological trends, particularly those of cultural history and transnational and global studies. The justification for this is not only the presence of the growing protest movement of unrest, at the same time articulating this in its program for power.« Vgl. ebd., S. 12.

31 Ebd., S. 16.

32 Die Autor:innen von *Germany 1916-23* wenden sich im Sinne des »cultural turn« dem Phänomen der Revolution und der revolutionären Unruhen nicht als historische Beschreibung eines politischen Umbruchs zu, sondern konzentrieren sich auf die kulturellen Erfahrungen und ihre vielfältigen Ausdrucksformen und Gestaltungsweisen. Damit verlassen sie die thematische Engführung der historischen Aufarbeitung der Revolution, die sich lange auf die Debatte zwischen Reformisten und Anhängern der Rätebewegung konzentriert hatte. »Taken together, this research was less a study of complex processes of revolutionary transition and a close reading of local interaction than a study of the End of the Kaiserreich, of the prehistory (of) the Weimar republic, of the Third Reich and of the West and East Germany State. The revolution as an object of study in its own right remained largely missing.« Ebd. S. 17. Die neue Betrachtungsweise überschneidet sich punktuell mit den Forderungen von Frie.

33 Vgl. Frie (2018): 100 Jahre 1918/19, S. 98-100.

Die Herausgeber:innen von *Germany 1916-23. A Revolution in Context* verzichten nicht auf eine Rahmendefinition von Revolution, lehnen es jedoch ab, dem Phänomen der Revolution und des damit einhergehenden gesellschaftlichen und politischen Wandels ein zu enges definitorisches Konzept zugrunde zu legen. Aus pragmatischen Gründen und angesichts der gewählten Perspektiven erscheint es ihnen im Rahmen ihres Ansatzes sinnvoll – damit gehen sie konform mit Edward Frie –, Revolutionen begrifflich sehr weit zu definieren, um eine breitere Basis an empirischen historischen Erscheinungsformen zu erfassen.³⁴ Sie schließen sich dem Konzept der amerikanischen Kulturwissenschaftler Keith Michael Baker und Dan Edelstein an, das durch die Historisierung des Begriffes der Revolution einen größeren definitorischen Spielraum eröffnet. Der Bezug auf historisch-literarisch überlieferte »Scripts« von Revolutionen geht auf die literarischen Überlieferungen von Revolutionsgeschehen in der Literatur des 16. bis 18. Jahrhunderts zurück, welche aufgrund der kontinuierlichen Rezeption der Antike bis in die Neuzeit die Imaginationswelt der europäischen gebildeten und politischen Eliten formte. Die antike Geschichtsschreibung ist ein reichhaltiger Tresor an Geschichten von Aufständen, Verschwörungen, Bürgerkriegen und Revolutionen, die in der frühen Moderne in ihrem Ablaufschema die Wahrnehmung politischer Kriege, Umstürze und Revolution geprägt haben. Diese »Scripts« liegen nach wie vor der mentalen Repräsentation und damit vielfältig der Beschreibung von Revolutionsabläufen bis in die Gegenwart zugrunde.³⁵ Neben der Prägung der Wahrnehmung von »Revolutionsverläufen« ist die Nähe und die Überlappung sogenannter revolutionärer Phasen mit anderen Erscheinungsformen von kriegesischen Unruhen, Aufständen und Erhebungen sowie Verflechtungen von militärischen, religiösen und zivilen Varianten der Auseinandersetzung zu beobachten.³⁶ Die Herausgeber:innen von *Germany 1916-23* berufen sich so auf ein Konzept von Revolution, das zwar nicht auf das Phänomen der kollektiven Konfrontation, »in which social movements and crowds are centrally involved«³⁷, gänzlich verzichtet, aber im weiteren auf die Verflechtung der verschiedenen

34 Weinbauer/McElligott/Heinsohn beziehen sich auf die Definition von Ulrich Kluge: »In his view a revolution is characterized by four elements i) A rupture in or discontinuity of the political system; (ii) social conflicts that were carried out violently; (iii) changes in traditional positions of power (economic, political and administrative elites); (iv) an intended and sometimes realized creation of a new political and social order.« Weinbauer/McElligott/Heinsohn (2015): *Germany 1916-23*, S. 17. Charles Tilly hingegen stellt in seiner Definition den Prozess in den Mittelpunkt, indem er die revolutionäre Ausgangssituation der Ergebnissituation gegenübergestellt, nachdem die Macht- und Regierungsbefugnisse auf neue Gruppen übergegangen sind. Vgl. ebd., S. 18.

35 »A script, in other words, constitutes a frame within which a situation is defined and a narrative projected; the narrative, in turn, offers a series of consequent situations, subject positions, and possible moves to be enacted by the agents within that frame. Once known and enacted, the script can be replayed indefinitely; but it can also be changed, adapted, or even subverted by the introduction of new events, characters, or actions. The actors – or even the audience – can take over the stage.« Baker, Keith Michael/Edelstein, Dan: *Scripting Revolution. A Historical Approach to the Comparative Study of Revolutions*. Stanford University Press., Stanford, California 2015, S. 3.

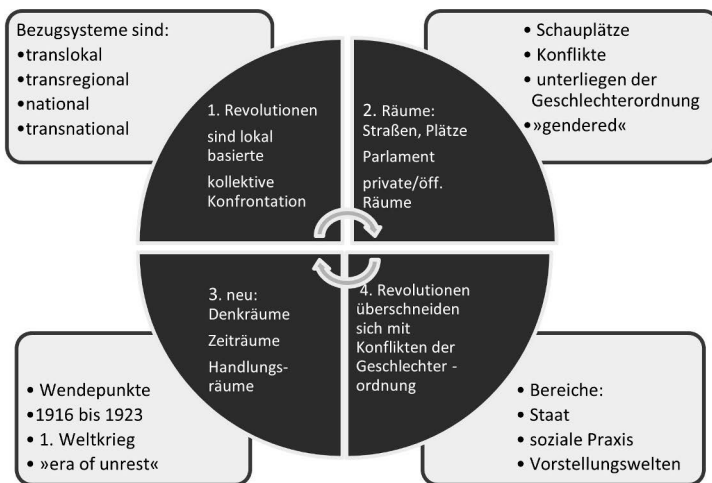
36 Das klassische Script der Revolution als gesellschaftlicher Umbruch, als umwälzender Prozess der politischen Herrschaft unter Beteiligung des Volkes entwickelte sich in der Epoche der französischen Revolution. Vgl. Baker, Keith Michael: *Revolutionizing Revolution*, ebd., S. 85-87.

37 Vgl. ebd., S. 21.

Arenen und der Akteur:innen, von Diskursen und Identitäten (gender, class, nation, race) und ihrer Einschreibung in den politischen Raum Bezug nimmt:

These local collective conflicts are transnationally influenced and in turn have their own transnational, transregional and translocal repercussions. They are enacted in several gendered arenas, stretching from formal political institutions (parliament) to streets and public places. Revolutions can sometimes turn violent. Revolutions are shaped by overlapping gendered conflicts about the state, about local as well as nation-wide order, about subjectivities, labour related gendered imaginaries (fear, anxiety, security) and about social practices. Obviously, revolutions are also about re-ordering time, space and the future.³⁸

Abbildung 1: Dimensionen der Revolutionsforschung



Nach: Weinhauer/McElligott/Heinsohn (Hg.): Germany 1916-23, S. 21.

Das Feld des Imaginären erscheint als besonders privilegiertes Forschungsfeld, da es durch den Zugang zu den Wahrnehmungs- und Erfahrungshorizonten der Menschen den Blick der Historiker:in auf die Bedeutung von Emotionen lenkt. Damit lassen sich die Ängste der Menschen, ihre Hoffnungen und Enttäuschungen erfassen, die Stimmung angesichts von Kriegsende und Neuanfang für jene kurze Zeit einfangen, die später im kulturellen Gedächtnis der deutschen Bevölkerung von dem Schock über den Waffenstillstand und die bedingungslose Kapitulation überlagert wurde. Die Übergangszeit – von November 1918 bis Januar/Februar 1919 –, die Zeit des Vagen und des Träumens, »a kind of ›dreamland‹ for revolutionaries [...] or a time of mounting insecurity for those who had no explicit political ambition [...]« fände auf diese Weise als etwas Eigenes dieser Übergangsepoche Eingang in die Geschichtsschreibung, indem

38 Weinhauer/McElligott/Heinsohn (Hg.): Germany 1916-23, S. 21.

sie als eine Schicht des Palimpsests der geschichteten und überschriebenen Eindrücke freigelegt werden kann.³⁹

Germany 1916-23 gruppiert die Beiträge um drei Forschungsdimensionen, die der Konzeption einer verflochtenen, kulturwissenschaftlichen und zugleich das Politische neu framenden historischen Betrachtung verpflichtet sind. Im Mittelpunkt stehen die drei Themenfelder: 1. Gewalt, Staat und Ordnung, 2. Kommunikation und imaginäre Vorstellungswelten und 3. Subjektivitäten und Soziale Bewegungen.⁴⁰

4. Dimensionen der Betrachtung: Hamburg als urbane Metropole

Der vorliegende Band knüpft mit seinen Beiträgen an die vorgestellten Ansätze der Kulturwissenschaften und ihren breit gefächerten Forschungsfeldern zur Erforschung der revolutionären Dynamik an. Der gewählte Weg, sich auf die Geschichte der Revolution in Hamburg zu konzentrieren, dreht scheinbar die Perspektive um, indem Revolutionsgeschichte nicht im nationalen Rahmen betrachtet wird, sondern das Lokale der Ausgangspunkt ist. Doch wird diese Engführung zum Teil wieder aufgehoben, indem das lokale Geschehen in Hamburg mit der Geschichte des Regionalen, Nationalen und Transnationalen verbunden wird und damit der Anregung von Frie folgt.⁴¹ Die Konzentration auf die Metropole Hamburg und die norddeutsche Region hat den Vorteil, dass die räumlichen Dimensionen dank der Rollen, die Hamburg als deutsche Metropole, als Hafenstadt und als internationaler Knotenpunkt des Welthandels kennzeichneten, ineinanderfließen und die Verknüpfung zwischen den Akteur:innen der Stadt und den politischen und wirtschaftlichen Eliten des deutschen Reiches, mit dem Regionalen ebenso wie mit dem Globalen, gegeben ist. Ein besonderer Bezug ergibt sich aus der zentralen Lage Hamburgs im geopolitischen Ereignisraum der Revolution in Norddeutschland. Akteur:innen der Revolution, Soldaten und Matrosen aus Kiel und aus anderen Städten gelangten in den ersten Novembertagen 1918 über die Eisenbahn nach Hamburg und trugen dort das revolutionäre Geschehen mit. Andererseits konnten auf diesem Wege schnelle Kontakte in die Hauptstadt Berlin und umgekehrt erfolgen. Hamburg als politische und wirtschaftliche Metropole repräsentierte als Hochburg der

39 Ebd., S. 19. Die Thematisierung des »Kulturellen und des Imaginären« beruft sich auf Ansätze der Revolutionsgeschichtsschreibung und der Historiographie der aufständischen Massen bei Rudé, Thompson und Hobsbawm. Ebd., S. 20. Sie fand ihre Fortsetzung im »cultural turn« der 1980er Jahre. Beispielhaft sei hier auf die Wirkung der Studien von Edward Said (1935-2003) zum Orientalismus und von Benedikt R. Anderson (1936-2015) zur Konstruktion des Nationalen hingewiesen. Vgl. Said, Edward W.: *Orientalismus*, Frankfurt a.M. 2009 (engl. Originalausgabe 1978); Anderson, Benedikt, R.: *Imagined Communities. Reflections on the origins and spread of nationalism*, London 1983. Das Konzept des Imaginären arbeitet mit der Vorstellung eines »set of shared beliefs, meanings, attitudes, values and symbols«, die den Revolutionsstudien von Lynn Hunt, Arlette Farge, Eric Selbin und Francesca Polletta zugrunde liegen. Im Einzelnen ebd., S. 20-21. Zum Bild des Palimpsests vgl. Assmann, Aleida: »Geschichte findet Stadt«, in: Csányi, Moritz/Leitgeb, Christoph (Hg.): *Kommunikation – Gedächtnis – Raum. Kulturwissenschaften nach dem Spatial Turn*, Bielefeld 2009, S. 13-27.

40 Vgl. Czech/Matthes/Pelc (Hg.): *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19*, S. 5-6.

41 Vgl. Anm. 18.

Arbeiterbewegung eine politisch oppositionelle Kraft gegenüber dem bürgerlich-monarchischen Machtssystem in Berlin; eine unruhige Arbeiterschaft und eine Bevölkerung, die bereits in Massen an den Hungerrevolten und Massenprotesten von 1917/18 teilgenommen hatte, signalisierten eine sinkende Loyalität gegenüber einer Politik des Siegfriedens.⁴² Aus dieser Konstellation erklärt sich der Bezug des Bandes zu Hamburg als urbaner Metropole, als Großstadt, als Welthafenstadt und als Knotenpunkt einer Konfliktdynamik zwischen etabliertem Bürgertum des Ancien Régimes, einer Oberschicht aus Notabeln, Angehörigen der Wirtschafts- und Handelseliten, stark sozialistisch geprägter Arbeiterschaft und einem starken nationalen bis nationalistischen Ideengut anhängendem Bürgertum.

Die Erforschung der Geschichte der Revolution von 1918/19 in Hamburg blickt, wie oben angedeutet, auf eine breit gefächerte urbane und regionale Forschungslandschaft.⁴³ Neben dem bereits angesprochenen Begleitband zur Hamburger Ausstellung sei hier insbesondere auf eines der Grundlagenwerke, die Edition der Protokolle des Arbeiter- und Soldatenrates in Hamburg von Volker Stalman und Jutta Stehling hingewiesen.⁴⁴ Eine umfassende Übersicht über die neuesten Publikationen zum 100. Jahrestag des Revolutionsjahrs 1918/19 legten 2020 Frank Omland und Ortwin Pelc vor.⁴⁵ Weiterhin liegen zahlreiche Studien und Monographien zu den verschiedensten Teilaspekten der Revolution von 1918/19 in Hamburg und im Reich vor. Dieser Band widmet sich besonders den Entwicklungen und Verschiebungen der politischen Kräfteverhältnisse im machtpolitischen Raum der Metropole Hamburg vor, während und unmittelbar nach dem Krieg in der Transformation von 1918/19.⁴⁶ Revolution und vorausgehendes Kriegsgeschehen in einer verflochtenen Geschichte miteinander zu verbinden und die Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse und Spannungen wie bei einer seismografischen Messung aufzuspüren, ist ein Vorhaben, zu dem der vorliegende Band einen Beitrag leistet.

42 Vgl. Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19. Band 1, Hamburg 1976, S. 487-549.

43 Vgl. den umfassenden Literaturüberblick in: Stalman, Volker: »Die Revolution von 1918/19 in Hamburg. Vom Räteradikalismus zum hansestädtischen Parlamentarismus,« in: Lehnert, Detlef (Hg.): Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018 (=Historische Demokratieforschung Band 13), S. 99-176.

44 Stalman, Volker (Bearb.) unter Mitwirkung von Stehling, Jutta: Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19 (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19. Band IV) Düsseldorf 2013. Vgl. in diesem Band den Beitrag von Ortwin Pelc, »Die Revolution im Großraum Hamburg. Lokaler Verlauf und Reaktionen im Vergleich«, S. 215-252.

45 Vgl. Omland, Frank/Pelc, Ortwin: »Die Revolution erreicht die Öffentlichkeit. Publikationen und Veranstaltungen zum 100. Jubiläum der Novemberrevolution 1918 in Norddeutschland,« in: Zeitgeschichte regional 2 (2020), S. 102-115. Zur ausführlichen Aufarbeitung der Diskussion zum Thema Novemberrevolution im öffentlichen politischen Bewusstsein in Deutschland und in der Geschichtsschreibung anhand deutscher und englischsprachiger Literatur, die Zeit von 1918/19 bis 1989 umfassend, vgl. die Einleitung von Jürgen Rojahn, in: Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Band 1 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte 14/1), Frankfurt/New York 1995, S. 3-43.

46 Vgl. die nach wie vor grundlegende Studie von Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Bde., Hamburg 1976.

5. Konfliktodynamik und Politik – Akteur:innen, Raum, Masse, Gewalt

Ein Schwerpunkt des Bandes liegt auf dem zentralen thematischen Zusammenhang von Revolution und Politik in der Zeit des revolutionären Kerngeschehens von November 1918 bis März 1919, in dem sich die Transformation vom Stadtstaat und seinen dominanten bürgerlich-politischen Machteliten im Kaiserreich zu einer republikanischen Demokratie vollzog. Die knapp fünfmonatige Kernzeit dieser Transformation ist von heftigen und vielschichtigen Auseinandersetzungen um die Ausformung der neuen politischen Machtstrukturen geprägt. Die Analyse dieser Kämpfe in Hamburg⁴⁷ folgt hier dem Ansatz des symbolischen Interaktionismus, den jüngst die Soziologin Lotta Mayer in Anlehnung an den US-amerikanischen Soziologen Herbert Blumer (1900-1987) als Erklärungsmodell von Konfliktodynamiken unterschiedlicher Formen, von gewaltsamen polarisierten Konflikten, Protesten, Revolutionen, Bürgerkriegen und Kriegen vorgestellt hat.⁴⁸ Dieser Ansatz lässt sich gut mit den soziologischen Beschreibungsmodellen, die Mark Jones in seiner Analyse zur Funktion von Massenprotesten, zur »crowd« und ihrer Rolle in der Entwicklung von Konfliktodynamiken entwickelt hat, verbinden.⁴⁹ Die Menge, die Masse des Volkes, die »crowds«, sie waren ein besonderer Akteur in den urbanen Räumen, den Arenen der Versammlungen und Demonstrationen, bei Aufmärschen und wie in der Menge der flanierenden Menschen. Im Mittelpunkt stehen die direkt agierenden Parteien und Institutionen der sozialistischen Bewegung, die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), die sich von ihr auf Grund des Dissenses in der Haltung zum Burgfrieden abgespaltenen Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) und die Gruppe der radikalen Linken, außerdem die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich im Hamburger Gewerkschaftskartell eine Dachorganisation gegeben hatten. Aus der Revolution heraus bildeten sich die tragenden Akteursgruppen der Arbeiter- und Soldatenräte (AuSR), die zu einem großen Teil mit den Parteien und Gewerkschaftsverbänden auf Grund gemeinsamer Mitgliedschaften verbunden waren. Unter ihnen entwickelten sich Spannungen um die Neugestaltung des zukünftigen Machtregimes, deren Zuspitzung und Verlauf als Teil einer lebhaften Konfliktodynamik dargestellt werden, an deren Ende es Sieger und Verlierer gab. Diese Konfliktodynamik verdichtete sich aufgrund der unterschiedlichen Bündnisse und Allianzen, die teils quer zu den Lagern der sozialistischen Parteien, dem bürgerlichen Lager und den die »alte Ordnung« der Stadtrepublik repräsentierenden Eliten verliefen. Diese vielfältigen Gruppen agierten und kommunizierten in den Arenen der Stadtlandschaft,

47 Vgl. in diesem Band den Beitrag von Johanna Meyer-Lenz: »Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution«, S. 71-83.

48 Vgl. Mayer, Lotta: Konfliktodynamiken – Kriegsdynamiken. Zur Konstitution und Eskalation innergesellschaftlicher Konflikte, Bielefeld 2019, S. 22-23. Als wesentliche Akteur:innen bezeichnet Mayer die »unrest groups«, die im Zentrum der Unruhen entstehen und agieren. Vgl. w.u.S. 49 und S. 62.

49 Mark Jones führte mit seiner Typologie der revolutionären Massen, so der »1. crowd in formation or dispersal 2. the assembly 3. the procession 4. the curious crowd 5. the confrontational crowd« eine differenzierte Betrachtungsweise zur kommunikativen Funktion von Menschenmengen im urbanen Raum ein. Vgl. Jones, Mark: »The Crowd in the German November Revolution 1918/19«, in: Weinbauer/McElligott/Heinsohn (2015), S. 37-58, hier S. 49.

auf den öffentlichen Plätzen und Straßen, in Gebäuden, in Versammlungsräumen und mittels der öffentlichen Presseorgane der unterschiedlichen politischen Lager.

Die Forschungen zum »social movement«, die Typologien der Formen, welche die Massen, die »crowds«, jeweils entwickelten, ihre Funktion bei Massendemonstrationen und -aufläufen, bieten ein umfangreiches Arsenal zur Analyse der Funktion der verschiedenen Gruppierungen und ihrer Vorgehensweisen, ihres Beitrags zum Umsturz, zum Widerstand, zur Verzögerung der Entwicklung.⁵⁰ So sei auf jenen großen Demonstrationenzug in Hamburg vom 6. November 1918 hingewiesen, dem Fritz Wolffheim eine tragende Rolle im gesamtdeutschen Revolutionsgeschehen als Vollendung der demokratischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts zuschrieb.⁵¹ Als Drohkulisse fungierte andererseits eine bewaffnete Gruppe von Matrosen und Soldaten, welche sichtbar am Morgen des 6. November den provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat ins Rathaus eskortierten und ihn dort gegenüber dem Senat als neuen Träger der politischen Macht präsentierten. Hier zeigt es sich, dass »Gewalt« nicht immer nur eine tatsächliche Kampfhandlung beinhalten musste, sondern dass der Aufbau einer militärischen Drohkulisse oder einer Verteidigungsstellung nach militärischem Vorbild als Hinweis auf »ruhendes« Gewaltpotential im Zuge der Machtübernahme anzusehen ist.

Der Verlauf der Revolution wird hier nach dem Ansatz von Lotta Mayer als Prozess einer Konfliktdynamik dargestellt, die sich aus einer polaren Spannungssituation entwickelte, politische Oppositionsgruppen aktivierte, sich zu Massendemonstrationen ausweitete und in Aufstände und kämpferisches Geschehen übergehen konnte. Die Vielschichtigkeit des Konfliktes erwuchs aus den unterschiedlichen interessegesteuerten Teilgruppen der beiden großen Lager, aus fluiden Bündniskonstellationen, aus Ressourcen, die unkonventionell, häufig aus der Situation heraus, beschafft wurden. Hinzu kamen kontingente Dynamiken, die sich unvorhersehbar aus den gegebenen Umständen entwickelten. »Konflikte bleiben – bei aller eventueller Persistenz und Dauerhaftigkeit – keineswegs »dieselben«, sondern stellen vielmehr höchst dynamische Geschehen dar: In ihrem Verlauf unterliegen die Konfliktparteien, ihre Beziehungen zueinander, die umstrittenen Objekte sowie die Austragungsformen einem stetigen Wandel.«⁵²

Dieses Modell ermöglicht eine analytische Ordnung der Konfliktdynamik für den hier ausgewählten Zeitabschnitt der Revolution in Hamburg. Als Grundkonflikt wird – entsprechend den sozialgeschichtlichen Analysen – der gesellschaftliche und machtpolitische Grunddissens von Arbeiterbewegung und der politisch-militärischen Machtelite des Kaiserreichs gesetzt. Die Grundkonstellation geht von der Konfrontation des sozialistischen Lagers und den bonapartistischen – polykratischen bürgerlichen – Macht-

50 Vgl. Jones, Mark (2015): »The Crowd in the German November Revolution 1918/19«, S. 37-57. Vgl. ebenso Aulke, Julian: Räume der Revolution. Kulturelle Verräumlichung in Politisierungsprozessen während der Revolution 1918-1920, Stuttgart 2015.

51 Vgl. den in diesem Band abgedruckten Bericht Friedrich Wolffheims: »Der 6. November 1918«, ebd., S. 63-70.

52 Somit prägen Kontingenz und Unberechenbarkeit Verlauf und Ergebnis bis zu manchmal überraschenden Konstellationen. Diese Ausgangsüberlegung Lotta Mayers dient auch als Interpretationsleitfaden für die Analyse der Revolution in Hamburg 1918/9. Vgl. Mayer, Lotta: Konfliktdynamiken – Kriegsdynamiken. Zur Konstitution und Eskalation innergesellschaftlicher Konflikte, Bielefeld 2019, S. 15.

strukturen des Wilhelminismus aus. In dieser Grundkonstellation fanden Verschiebungen und Verhärtungen statt, sei es durch die Reichstagswahlen vor 1914, in denen die MSPD große Erfolge verzeichnete, sei es durch die wachsenden Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, sei es durch eine Tendenz der »Verbürgerlichung« der Sozialdemokratie, sei es die Radikalisierung der Arbeiterschaft als Reaktion auf die Zentralisierungen der Gewerkschaftsorganisationen. Innerhalb des sozialistischen und sozialdemokratischen Lagers nahmen Differenzierungen, Spannungen und Fragmentierungen im Rahmen des Kriegsgeschehens zu. Auch im bürgerlichen Lager gab es – überschaut man den dramatischen und krisenhaften Kriegsverlauf vom extrem rechten Spektrum bis zur demokratischen, liberalen Mitte (Reichstagsfraktionen) – eine ständige Verschiebung von politischen Bündnissen und Strömungen, von dramatischen Zuspitzungen und sich dabei fragmentierenden und radikalisierenden Gruppen.

Das interaktionistische Konfliktmodell Lotta Mayers wird hier als Rahmen für die Betrachtung der revolutionären dynamischen Entwicklung und der Systemtransformation in Hamburg von November 1918 bis März 1919 zugrunde gelegt. Der Vorteil liegt darin, dass sich der Gesamtkonflikt um die große Achse der beiden konträren Machtzentren der Stadt – dem bürgerlichen und dem sozialistischen/sozialdemokratischen Lager – konzentriert und die Zersplitterung auf beiden Seiten diesem Beziehungsmuster mit einer gewissen Plausibilität zugeordnet werden kann. Die Betrachtung in Großstrukturen öffnet den Blick auf die weitere Entwicklung, die dadurch geprägt ist, dass der hegemoniale Machtanspruch der Rechten 1933 mit der sinkenden politischen Kraft der sozialistischen Bewegung korreliert, sich das Muster der politischen Spannungen und Konfrontationen, die das Kaiserreich beherrschten, auf der Konfliktachse verschoben haben: Mit der Schwächung der sozialistischen Bewegung verschiebt sich das »Konfliktmodell« des Kaiserreichs hin zu der neuen Polarisierung von Faschismus (Volksstaat) vs. Ausgegrenzte, darunter die Arbeiterbewegung in ihrem gänzlichen Umfang.

Aus der Novemberrevolution 1918/19 ging im März 1919 in Hamburg die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) nach geschicktem Taktieren im Arbeiter- und Soldatenrat, mit der Unterstützung einflussreicher Bündnispartner, darunter herrschende bürgerliche und politische Eliten der Stadt und Führungskreise der MSPD in Berlin, als Siegerin hervor.

Der Systemwechsel in Hamburg zur demokratischen Republik wurde von einem Konsens der MSPD mit einem Großteil der Hamburger Wähler:innenschaft getragen; auch bürgerliche liberale Schichten (DDP) begrüßten die Transformation zur parlamentarischen Demokratie. Entscheidend für die Durchsetzung der reformistischen parlamentarischen Lösung war der Beschluss auf dem Ersten Reichskongress des Arbeiter- und Soldatenrates (AuSR) vom 19. Dezember 1918 in Berlin, der sich mehrheitlich für eine Transformation des politischen Systems auf der Basis allgemeiner Wahlen ausgesprochen hatte. Der Machtwechsel und die Ausrichtung auf die parlamentarisch-demokratische Republik in Hamburg vollzog sich jedoch erst nach einer Zuspitzung der Konfrontation in Hamburg unter den sozialistischen Parteien, die sich nach den Weihnachtsunruhen im Dezember 1918 in Berlin weiter fragmentiert hatten; die USPD spaltete sich in eine linke und rechte Gruppe, die Linksradiكالen formierten sich neu und Mitglieder der einzelnen Fraktionen traten der neu gegründeten Kommunistischen

Partei bei. Die Polarisierung zwischen den beiden sozialistischen Lagern steigerte sich bis zum 19. Januar 1919, als aus den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung die Hamburger SPD als stärkste Partei hervorging. Straße und Öffentlichkeit erhielten in diesen Wochen als Schauplätze in den politischen Auseinandersetzungen eine besondere Funktion.⁵³ Auch die SPD trug zur Polarisierung durch ihre gegenüber der radikalen Linken wenig kompromissbereiten Haltung bei. Zahlreiche Akteur:innen agierten in dieser Zeit mit zunehmender Spannung und Nervosität.⁵⁴

6. Hamburg – Altona – Region – Gender – Wahlen

Ein eigenes Modell der Etablierung und Befestigung politischer Machtstrukturen aus der Kooperation von Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) und Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) bietet die Geschichte der Transformation Altonas. Im Kontext der Konkurrenz zur Metropole Hamburg, in der sich die Konfliktlinie zwischen MSPD und Gewerkschaftskartell auf der einen Seite, USPD und Radikaler Linke auf der anderen im AuSR entlud, entwickelte das preußische Altona eine von wenigen Reibungen begleitete Kooperation von AuSR, dem Magistrat und dem Oberbürgermeister.⁵⁵ Im Gegensatz zu Hamburg hatte sich in Altona bereits vor 1914 eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Oberbürgermeister und Stadtverordneten herausgebildet, die der preußischen Gemeindeverfassung Altonas als preußischer Stadt geschuldet war. So arbeitete Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg (1867-1924), seit 1909 Leiter des Altonaer Magistrats, ein hervorragender Verwaltungsexperte konservativen monarchistischen Zuschnitts, bereits vor 1914 mit einer Stadtverordnetenversammlung, deren Mitglieder sich nicht mehr aus Honoratioren der Stadtgesellschaft, sondern aus politischen Parteien rekrutierten, zusammen. An der Spitze der Parteien stand die SPD, gefolgt von Abgeordneten liberaler Parteien, nach 1919 vorwiegend der DDP. In den im Jahre 1916 erfolgten Wahlen zur Altonaer Stadtverordnetenversammlung wuchs die Fraktion der Sozialdemokraten auf eine Stärke von 18 von insgesamt 48 Mitgliedern an. Sie sorgten gemeinsam mit den Stimmen der liberalen Abgeordneten dafür, dass jeweils ihnen gemäße Kandidaten in den Magistrat gewählt wurden, darunter auch der Sozialdemokrat Herrmann Thomas (1865-1924). Er sollte in den Tagen der unmittelbaren Übernahme der politischen Macht durch den AuSR in Hamburg eine wichtige Rolle spielen, indem er, gestützt auf die mehrheitlich reformistische SPD, den Arbeiterrat (AR) in Altona und den Soldatenrat (SR) der Kasernen Altonas, für die Erhaltung der politischen Selbständigkeit Altonas gegenüber Hamburg eintrat. Dabei konnte die SPD in Altona dank ihrer Bündnispolitik mit dem Altonaer Bürgertum und dank ihrer strategischen Kooperation

53 Zu den Schauplätzen und Konfliktodynamiken mit überraschenden Wendungen, darunter die Auseinandersetzungen um die Wahlen zur Neuzusammensetzung des AuSRs in Hamburg am 8. November 1918, vgl. w.u. den Beitrag von Meyer-Lenz: Konfliktparteien, S. 82-86.

54 Vgl. die Profile der Akteur:innen der verschiedenen Lager. Zu Carl Herz vgl. in diesem Band: Hanke, Christian: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 173-192; zu Bernhard Schnackenburg ebd., Stahncke, Holmer: »Altona in der Revolution von 1918/19«, S. 193-214; zu Albert Ballin Meyer-Lenz, ebd., S. 99-172.

55 Vgl. in diesem Band den Beitrag von Holmer Stahncke: Altona, S.202-204 und S. 209-212.

mit den Soldatenräten der Altonaer Kasernen ein starkes eigenständiges Gewicht entfalten. Diese Konstellation nutzte Altona, um die Bestrebungen des AuSR Hamburg, Altona in Groß-Hamburg aufgehen zu lassen, vorerst abzuwehren.⁵⁶

Eine erfolgreiche Strategie verfolgte hierbei der rein sozialdemokratisch besetzte AR Altonas, indem er die vier SPD-Funktionäre Carl Stoll (1888-1961), Max Brauer (1887-1973), Wilhelm Sievert (1864-1945) und August Kirch (1879-1959) zu Kommissarischen Senatoren mit weitreichenden Befugnissen im Altonaer Magistrat ernannte und Senator Herrmann Thomas zum »Beigeordneten des Oberbürgermeisters« erhob.⁵⁷ Aus dieser Position der Stärke, die von Oberbürgermeister Schnackenburg, dem AR Altonas, der SPD und den Liberalen (DDP) aufgrund der gemeinsamen politischen und kommunalen Schwerpunkte mitgetragen wurde, blieb letztlich nach einigen überraschenden Wendungen die Selbständigkeit Altonas erhalten.⁵⁸ Die Politik Altonas richtete sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik auf die Ausweitung des eigenen Stadtgebietes auf Groß-Altona aus. Dass die Pläne eines Großhamburg mit der Eingemeindung des Vierstädtebereichs, wie sie Laufenberg plante, nicht realisiert wurde, wird so als Folge der besonderen Machtverschiebungen in der Transformation in Hamburg und in Altona seit Ende November 1918 verständlich. Auch das politische Agieren Schnackenburgs bis zu seinem Tode 1924, das darauf abzielte, einen Ausgleich zwischen den politischen Lagern der Kommunalverwaltung Altonas zugunsten der sachbezogenen städtischen Kommunalpolitik zu schaffen, hob sich in seiner kommunalpolitischen Wirkung des Machtausgleichs erheblich von der Hamburger Entwicklung ab. Damit wird bereits eine Kontinuität für die Weimarer Republik angedeutet. Max Brauer leitete als Nachfolger von Schnackenburg eine mit der von den Sozialdemokraten maßgeblich initiierten Entwicklung des »Neuen Altona« mit nachhaltigen Impulsen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, des Bildungs- und Gesundheitswesens und einem großflächigen sozialen Wohnungsbau ein. Die gesellschaftlichen und politischen Spannungen blieben in der sozial stark segregierten Stadt allerdings weiterhin bestehen.⁵⁹

Auch die Entwicklung der Transformation im ländlichen und städtischen Umfeld zeichnete sich durch eine hohe Variationsbreite des Übergangs wie des Verhältnisses von neuen und alten Verwaltungs- und Regierungsstrukturen aus. Dieses geht sehr deutlich aus dem Beitrag von Ortwin Pelc im vorliegenden Band hervor. Wie sich die Revolution in Norddeutschland ausweitete, Ort für Ort vom Norden bis zum Süden Hamburgs, vom westlichen bis zum östlichen Elbegebiet im Großraum Hamburg und in der norddeutschen Region, dieser Frage geht Ortwin Pelc chronologisch wie topo-

56 Vgl. ebd.; vgl. ders., »Altona und die Revolution 1918/19: Aufbruch in die kommunale Demokratie. Hamburg 1918«, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.), Hamburg 2018, S. 34-41.

57 Vgl. in diesem Band Stahncke, Holmer: »Altona in der Revolution von 1918/19«, S. 196-205.

58 Vgl. ebd., S. 206-209.

59 Vgl. McElligott, Anthony: *Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona 1917-1937*, Ann Arbor, 1998; Schildt, Axel: *Max Brauer, Hamburg 2002*, S. 24-41; Dieck, Johannes Tom: *Kulturpolitik in Altona in der Ära Brauer. Das Beispiel Altonaer Stadttheater 1924-1929*, 26.01.2012 digitale Fassung. https://www.beirat-fuer-geschichte.de/fileadmin/pdf/band_22/Demokratische_Geschichte_Band_22_Essay_3.pdf – abgerufen am 2.1.2022.

grafisch präzise nach.⁶⁰ Trotz aller Vorläufigkeit der Ergebnisse zeichnen sich in dieser regionalen Pionierstudie einige Besonderheiten ab. Die Vorgänge erscheinen zum Teil recht plastisch, was sich daraus erklärt, dass die Szenarien angesichts der geringeren Anzahl der Akteur:innen in ihrem individuellen Handlungs- und Spielraum teils sehr detailliert beschrieben werden. Daraus entwickelt sich eine gewisse situative Faszination gegenüber dem Moment des Systemwechsels, begleitet von einer Plastizität des Geschehens und der Einmaligkeit der Situation. In einer Abfolge von wenigen Tagen waren die Städte und Gemeinden in Nordwestdeutschland aus der alten Ordnung entlassen. Lokale Besonderheiten (Lübeck, Harburg, Cuxhaven) spielten eine Rolle. Im Gegensatz zur Metropole Hamburg zeigten sich in den Kommunen unterschiedliche Variationen des »Umsturzes« – der Struktur der Gemeinden, ihrer Größe, den Besonderheiten der Verkehrsanbindung, den lokalen örtlichen Gegebenheiten und der individuellen Situation geschuldet. Das Verbreitungsmuster gibt Aufschluss über die initiiierenden Städte (Kiel) und die Orte, die als Knotenpunkte der weiteren »Machtwechsel« fungieren. Darunter sind Stützpunkte von Marinestreitkräften oder Marinestationen wie Cuxhaven, Brunsbüttel oder das Lockstedter Lager, in denen vielfach Matrosen, von Kiel kommend, den Machtwechsel einleiteten. Dazu zählten auch Kreisstädte wie Itzehoe, von wo aus die Bewegung auf Städte im Kreis übergriff. Hamburgs Einfluss bei dem Machtwechsel umfasste die südliche Region bis Lauenburg, den Nordwesten bis Stade und den Osten bis Wandsbek. In diesem Gebiet gab es Rivalitäten zwischen den Städten Hamburg und Lübeck um den Einfluss der jeweiligen ausgesandten Vertreter bei der Bildung eines AuSR.

Hervorgehoben wird die aktive Rolle der Marinesoldaten von Cuxhaven, die sich als Hüter und Garanten des Umsturzes verstanden; hier wird die Entsendung des Kreuzers AUGSBURG die Elbe hinunter bis nach Hamburg als Machtdemonstration der revolutionären Matrosen dokumentiert. Die Ankunft des Kreuzers AUGSBURG in Hamburg war symbolischer Ausdruck der neuen Rolle der Marine nach der Übernahme der Macht.⁶¹

Aus der Studie von Pelc geht auch die Variationsbreite des Zusammenspiels der neuen und der alten Machtverhältnisse hervor. Sie liest sich in dieser Breite und Häufigkeit als ein tastendes Ausschreiten der Spiel- wie auch der Konflikträume zwischen den nach der geltenden preußischen Kommunalordnung eingesetzten Vertretern der Magistrate und Gemeindeverwaltungen und den Repräsentanten der neuen Ordnung. Dies gilt auch für das Verhältnis des AuSR Hamburgs und der AuSR des Hamburger Staatsgebietes. Hier gibt es bereits interessante Einblicke in Reibungsflächen von Machtansprüchen zwischen dem »alten« lokalen Magistrat, den Revolutionären (AuSR vor Ort) und dem Anspruch des »AuSR in der Metropole Hamburg«, die Macht über die AuSR im gesamten Hamburgischen Staatsgebiet auszuüben. Ebenso gab es Konflikte zwischen letzterem und den kommunalen Verwaltungsinstanzen in den preußischen

60 Vgl. in diesem Band Pelc, Ortwin: »Die Revolution im Großraum Hamburg«, S. 215–252. Zu den Machtwechseln in Städten und Gemeinden vgl. Lehnert, Detlef (Hg.): *Revolution 1918/19 in Preußen. Großstadtwege in die Demokratiegründung* (=Historische Demokratieforschung, Band 15), Berlin 2019.

61 Vgl. in diesem Band Pelc, Ortwin: »Die Revolution im Großraum Hamburg«, S. 240.

Vororten.⁶² Das Austarieren von Machtverhältnissen in Hamburg und Umgebung sowie im norddeutschen Raum mit den verschiedenen Arrangements macht ein Kaleidoskop von konfigurativen Möglichkeiten der Neuordnung sichtbar, wobei vieles noch im Fluss war. Man darf auf die Ergebnisse der weiteren Forschungen zur Revolutionsgeschichte im Lokalen und Regionalen gespannt sein.

Die Kernereignisse der militärischen Aufstände in Wilhelmshaven und Cuxhaven, die Meuterei der Matrosen, die revolutionären Umstürze, die nach den Ereignissen in Kiel zum Aufstand, zur Abdankung des Kaisers, zur Ausrufung der Republik und mit der Bildung der provisorischen Regierung der Volksbeauftragten zum Regimewechsel am 9. November in Berlin führten, fanden an Schauplätzen statt, die als besonders stark gegenderte – hier männlich dominierte – Räume fungierten.⁶³ Kasernen, Standorte der Marine, Schlachtflotte, Kriegsschauplätze zu Lande und zu Wasser waren überwiegend männlich konnotierte Räume; so hat die Geschichtsschreibung der Revolution von 1918/19 erst spät dazu gefunden, die Dimension der Geschlechtergeschichte zu berücksichtigen und »Gender« als eigene übergreifende Kategorie zu thematisieren:

The gender of the political revolution – the overwhelmingly masculine membership in the revolutionary *Räte* – has been so obvious as to remain unnamed in most historical accounts. The female actors who appear in the annals of the revolution usually figure as peripheral to the high-stakes contests over governance and political representation in the councils and newly formed political parties. The occasions in which gender is impossible to overlook in 1918-19, such as the nearly immediate declaration of equal suffrage for women and men over the age of 20, the subsequent outpouring of attention to schooling and recruiting female voters; the demobilization of soldiers and the expulsion of women from their wartime jobs, and the negotiation of female citizenship in the writing of the Weimar constitution, have scarcely counted as salient in either the founding or longer-term-fate of the Republic.⁶⁴

Das Wahlrecht übten im Kaiserreich ausschließlich Männer aus. Mit den ersten demokratischen Wahlen nach dem Machtwechsel von November 1918 erfolgte hier der Umbruch durch die Revolutionsregierung, als Frauen am 12. November 1918 das allgemeine Wahlrecht zugestanden wurde und sie mit der Verleihung dieses Bürgerrechts erstmalig zur Ausübung gleichberechtigter politischer Partizipationsrechte gelangten. Die Unausgewogenheit der geringen politischen Repräsentanz der Frauen in der revolutionären Vertretung durch die Arbeiter- und Soldatenräte und ihrer Organe einerseits und die frühe Zuerkennung der Staatsbürgerrechte an die Frauen andererseits regt Kathleen Canning dazu an, die Geschlechtergeschichte der Revolution durch die Hinzufügung

62 Das Verhältnis der Machthierarchien sollte laut Carl Herz geordnet sein, indem der Hamburger AuSR sich als Inhaber der politischen Gewalt im Hamburgischen Staatsgebiet verstand. Vgl. in diesem Band Hanke: Selbstverwaltung, S. 178-179.

63 Canning, Kathleen: »Gender and the Imaginery of Revolution«, in: Weinbauer, Klaus/McElligott, Anthony/Heinsohn, Kirsten (Hg.), *Germany 1916-23. A Revolution in Context*, Bielefeld 2015, S. 103-126, hier S. 106 u. S. 109.

64 Canning (2013): *Gender*, S. 110.

der Sphäre des weiblichen Imaginären zu erweitern. Die Geschichte der Inanspruchnahme der neuen Staatsbürgerlichkeit und damit der gleichberechtigten Teilhabe an der Ausübung politischer Macht öffnet den Blick auf die Sphären, die Frauen durch das Wahlrecht zugänglich gemacht werden. Canning lotet diese in ihrer Bedeutung für die Erweiterung weiblicher Spielräume aus.

So wird nun der den Frauen fast völlig verschlossene Raum der Arbeiter- und Soldatenräte in seiner besonderen Konstruktion und seinem Ausschlusscharakter für das weibliche Geschlecht thematisiert. Da das Repräsentationsmodell der Räte auf Wahlen in den überwiegend männlich besetzten und männlich konnotierten Bereichen der Arbeit (Industrie und Handwerk) und des Militärs (Soldaten) beruhte, bot dieses Auswahlinstrument den Frauen in den unmittelbar in den Anfängen der Revolutionszeit gewählten AuSR kaum einen Zugang zur politischen Macht, wohingegen das neue überraschend schnell in Kraft gesetzte allgemeine Wahlrecht den Frauen einen weitreichenden politischen Radius im allgemeinen politischen Raum eröffnete. Entfaltungsmöglichkeiten waren auch hier noch Grenzen gesetzt, indem Frauen die Gleichberechtigung in Parteigremien (passives Wahlrecht), im Parlament, in der öffentlichen Repräsentanz durch Hürden in den Auswahlverfahren und in den Zugangsmöglichkeiten (Bildung, Ausbildung und Berufsverbote) noch vielfach versperrt waren. Canning zeigt aber, wie bereits die im Vorfeld der Wahlen beginnenden Wahlveranstaltungen und Wahlwerbungen Frauen massenhaft und schnell Partizipationsmöglichkeiten eröffneten. In der Erweiterung des Begriffes des politischen Raumes schafft sie den Horizont für die Betrachtung vielfältiger, nun auch konkurrierender, und neuer Rollen von Frauen; eine intersektionale Interpretation der Wahlprogramme in den Bereichen Religion, Wirtschaft, Familie, Sexualität, Reproduktion, Kultur, Mode etc. öffnet den Blick auf die unkämpften Dimensionen der Gleichheit und damit der Entfaltung weiblicher Autonomie und neuer weiblicher selbstbewusster Lebensentwürfe. Hierzu positionierten sich auch die konservativen Parteien, die sich nun ihrerseits angesichts der Statistiken ansteigender »sexual promiscuity, prostitution and venereal disease [...], infant mortality and child neglect« besorgt zur Bedrohung der Geschlechterordnung durch die Auflösung der Zusammenhänge von Sexualität, bürgerlicher Ehe und darin eingebetteter Mutterschaft äußerten.⁶⁵

Die Historikerin Kathleen Canning findet den Zugang zu diesen Themen in der Analyse des Imaginären, einem Wahrnehmungsraum in der extremen Situation von Kriegsende, Zusammenbruch und Revolution, der in der Situation der Erschöpfung Fantasien für die Zeit der Neuordnung, die die Geschlechterordnung einschließt, entstehen lässt. Das Imaginäre umfasst die Bilder- und Vorstellungswelten der Revolution, »images, stories and legends«.⁶⁶ Cannings Analyse eröffnet den Zugang zu den alternativen Vor-

65 Vgl. ebd., S. 111. Zur Entfaltung der Spielräume von Frauen im konservativen bis zum konservativ-alldeutschen und völkischen Raum vgl. Gehmacher, Johanna/Heinrich, Elisa/Oesch, Corinna: Käthe Schirrmacher. Agitation und autobiografische Praxis zwischen radikaler Frauenbewegung und völkischer Politik, Wien 2018. Zur Marginalisierung der Frauen im AuSR vgl. Stalman (2013), Hamburger AuSR, S. 64–66.

66 Canning (2013): Gender, S. 109. Sie bezieht sich hier auf Charles Taylor, *Modern Social Imaginaries*, Durham 2003, S. 23–26.

stellungen, ausgelöst durch die revolutionären Vorgänge und die »Umsturzarbeit«, die mit dem Zerschlagen des Räderwerks der alten Herrschaft zugleich die traditionellen kulturellen Register von Glauben, Überzeugungen und Emotionen in Bezug auf Nation, Staat, Religion, Gesellschaft, Geschlecht, Sexualität und Familie erschütterten:

While the sailors', soldiers' and workers' councils formed the governing center of the revolution [...], ›the revolution‹ marked a cultural break as well, enlisting journalists, playwrights, painters, and photomontage artists whose poems, short stories, novels and early postwar film contended with the revolutions' rupturing effects.⁶⁷

Frank Omland beschreibt in seinem Beitrag »Wie wählen wir am besten?« den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik anhand der Wahlergebnisse der ersten drei allgemeinen und gleichen Wahlen in Hamburg im Januar 1919 (Wahlen zur Nationalversammlung), im März 1919 (Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft) und im Juni 1920 (Wahlen zum ersten Reichstag).⁶⁸ Auf der Basis der Zahlen aller Wahlberechtigten werden die Ergebnisse der Wahlen für Hamburg vorgestellt und im Lichte der neuesten Erkenntnisse zur historischen Wahlforschung miteinander verglichen und im Ergebnis wie auch in ihrer wahlstatistischen Anlage kommentiert und diskutiert.⁶⁹ Die Bedeutung des Beitrags liegt darin, dass für Hamburg in der Transformation vom Kaiserreich zu Weimar die Parteienlandschaft in der Ausgangslage im Januar 1919 kartiert wird. Bis Juni 1920 werden erste Veränderungen im Wahlverhalten der Hamburger:innen sichtbar, die seismografisch – ex post – einen Wandel des politischen Klimas andeuten.⁷⁰

Mit seinen Analysen räumt Frank Omland mit verschiedenen Irrtümern zu bisherigen Ergebnissen der Wahlforschung in der Phase der Transformation und in den Anfängen der Weimarer Republik auf. Diese beruhen z.T. auf der Nichtbeachtung von Grundkriterien der wahlstatistischen Auswertung wie z.B. dem veränderten Zuschnitt von Stimmbezirken, was bei Nichtbeachtung die Ergebnisse verfälscht.⁷¹ Ein ganz wesentliches Ergebnis für die Einschätzung des Wähler:innenverhaltens hängt von fehlenden Bereinigungen, etwa dem Herausrechnen von Verstorbenen und Fortgezogenen ab.⁷² Eine weitere wesentliche Komponente für die Analyse des Wahlverhaltens liegt in der Einbeziehung der Anzahl der Nichtwähler:innen, die in den beiden letzten Wahlen von März 1919 und Juni 1920 für Hamburg bei fast 20 % liegt, weshalb die Aussagen über

67 Canning (2013): Gender, S. 109.

68 Vgl. den Beitrag von Frank Omland in diesem Band, »Wie wählen wir am besten?«, S. 253–294.

69 Vgl. in diesem Band S. 281–90. Zur Bedeutung der immer noch zu wenig beachteten Kategorie Gender für die Geschichte der Revolution von 1918/19 vgl. Canning, Kathleen: »Gender and the Imaginery of Revolution in Germany«, in: Weinbauer/McElligott/Heinsohn (2015): Germany 1916–23, S. 103–126, besonders S. 108–112.

70 Vgl. die Ergebnisse der Wahlen für die Stadt Hamburg bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 19.1.1919 (6,1%) und die Ergebnisse bei den Reichstagswahlen (Stadt Hamburg) von 1920, wo die USPD 12,2 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Vgl. in diesem Band den Beitrag von Frank Omland, ebd., Tabelle 1, S. 274, Tabelle 3, S. 275 und Tabelle 6, S. 283.

71 Somit kann einem Vergleich der Wahlergebnisse von 1912 und 1919 in Hamburg schnell der Boden entzogen werden. Vgl. ebd., S. 273.

72 Vgl. ebd., S. 274–275.

das Wählerverhalten neu interpretiert werden müssen.⁷³ Gleiches gilt für die Darstellung der Wählerwanderungen, die Omland nach dem Logit-Modell von Sören Thomsen, das die Verschiebungen der Stimmenabgabe hin zu den extremen Parteien der Rechten und der Linken für die Wahlen zum 1. Reichstag am 6. Juni 1920 veranschaulicht, analysiert.⁷⁴ SPD und DDP, die klassischen Koalitionsparteien von Weimar, verlieren – im Vergleich zu den ersten Wahlen im Februar – in Hamburg jeweils ca. 10 %; zu den Gewinnern zählen die radikaleren linken (USPD) und rechten Parteien (DVP/DNVP).⁷⁵

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Analyse der Wahlbeteiligung der Frauen in Hamburg, die den bisherigen Mangel an Informationen zum weiblichen Wahlverhalten durch eine sachlich fundierte historische Darstellung ersetzt. Frauen waren die größte und wahlentscheidende Gruppe. Der Wahlkampf zu den Wahlen der Nationalversammlung in Hamburg trug außerordentlich zur Mobilisierung der weiblichen Wählerschaft bei, wurden doch von 100 öffentlichen Veranstaltungen, die seit Mitte November seitens der bürgerlichen Parteien 1918 stattfanden, 25 allein nur für Frauen abgehalten; viele davon waren sehr gut besucht. In Hamburg zählte man 1919 für die Stadt Hamburg 612.261, für das gesamte Staatsgebiet 653.868 Wahlberechtigte, darunter 55 % Frauen, jede achte unter 25 Jahren.⁷⁶ Zum Abstimmungsverhalten der Frauen und zum Stand der Wahlforschung über die Frauen räumt Frank Omland mit weiteren Legenden auf. So hielt sich in der Geschichtsschreibung lange die Hypothese, dass das Abstimmungsverhalten der Frauen der MSPD und der USPD geschadet habe. Beide Parteien hätten ohne die Stimmen der Frauen im Reich die absolute Mehrheit erreichen können.⁷⁷ Frank Omland korrigiert die Annahmen, indem er entsprechend dem Stand der Wahlforschungen die Ausgangshypothesen als nicht mehr haltbar darstellt, da die vorliegenden Wahlstatistiken keine Differenzierungen hinsichtlich des Wahlverhaltens nach Geschlechtern erlauben.⁷⁸ So liegen keine flächendeckenden Statistiken für das getrennte Wahlverhalten nach Geschlechtern im gesamten Deutsche Reich vor. Auch hier stehen noch Forschungen aus. Entnehmen lässt sich dem Beitrag, dass mit der Einführung des Frauenwahlrechts die politische Partizipation der Frauen als Teil der Frauengeschichte in dem von Kathleen Canning beschriebenen Sinne auch durch die Spiegelung mit den weiteren Feldern des Gesellschaftlichen und des Imaginären zu ergänzen ist.

73 Vgl. ebd., Abbildung 10, S. 282.

74 Vgl. ebd., Tabelle 6, S. 283.

75 Ebd., Abbildung 10, S. 282.

76 Ebd., S. 266. Vgl. Tab. 1. Zu den Veränderungen in der steigenden Anzahl vgl. Omland, ebd., Tab. 2 und 3, ebd., S. 274 und S. 275.

77 Ebd., S. 285–289. Eher ließe sich die gegenteilige Aussage, dass nur die Stimmen der Frauen zu diesem »günstigen« Ergebnis geführt haben, halten. Vgl. auch den kritischen Kommentar zu Jürgen Winklers These der Kontinuität von Wahlverhalten und Parteienlandschaft in der Transformation. Vgl. ebd., S. 272–273.

78 Vgl. ebd., S. 288–289. Auch die statistischen Ergebnisse für ausgewählte Landkreise sind nicht repräsentativ und lassen sich nicht verallgemeinern. Vgl. ebd., S. 283–291.

Albert Ballin und die Räume der politischen Macht 1886–1918

Johanna Meyer-Lenz

1. Lokal, maritim, global

Der Beitrag widmet sich der Frage nach dem Verhältnis Albert Ballins, Generaldirektor der HAL, einer der mächtigen Akteure auf dem überseeischen globalen Transportmarkt, zur politischen Transformation in der Novemberrevolution von 1918/19. Die Analyse dieses Zusammenhangs ist eng mit dem Aufstieg des Unternehmens HAPAG/HAL¹ zu seiner weltweiten Monopolstellung bis 1914 und der Epoche des Wilhelminismus verbunden, der Zeit der Regierung Wilhelms II. seit seiner Thronbesteigung im Jahre 1888 bis zu seiner Flucht aus Deutschland und dem Rücktritt im November 1918. Navalismus, Imperialismus und mit ihm verbunden der Kolonialismus beschreiben für die Regierungszeit Wilhelms II. die besondere Form der preußisch-deutschen Weltpolitik im Zeitalter der dynamischen Globalisierung, die mit dem Bild, dem deutschen Reich im Konzert der Weltmächte den berühmten »Platz an der Sonne« zu verschaffen, einen einprägsamen Ausdruck fand.²

Für die Epoche des Wilhelminismus entfaltet sich das besondere Verhältnis zwischen Albert Ballin, dem Generaldirektor und damit bestimmenden Leiter der HAL, und dem deutschen Kaiser zu einer hohen Wirksamkeit, wobei Politik und globales wirtschaftliches Handeln ein weltweit wirkungsvolles Machtbündnis eingingen. Wesentlich war diese Beziehung durch eine starke Parallelisierung der Interessen von pri-

1 Vgl. in diesem Band Johanna Meyer-Lenz: »Albert Ballin 1890–1918«, S. 99–170.

2 Zum Konzept der Globalisierung als dynamischer Prozess vgl. Petersson, Niels B.: »Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung«, in: Conrad, Sebastian/Osterhammel, Jürgen (Hg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt von 1871–1914, Göttingen 2006, S. 47–67. »[...] Globalisierung [wird] heute zunehmend nicht als verdichtete Interaktion weiterhin national verfasster Gesellschaften aufgefasst, sondern als die Auflösung von Territorialität und Staatlichkeit durch transnationale Kontakte. Zur Erfassung solcher Entwicklungen bietet sich das Paradigma der Globalisierung als großräumige, interkontinentale Vernetzung an. [...] In dieser ›Transaktionswelt‹ verdichten sich Interaktionen zu Netzwerken oder Systemen.« Sie folgen nicht mehr territorialen Grenzen, sondern überschreiten sie und bilden eigene weltwirtschaftliche Systeme. Ebd. S. 50.

vatwirtschaftlicher Unternehmensführung und den wirtschaftlichen und politischen Zielen des Reiches charakterisiert. Zunehmend machte sich jedoch im Zuge der aggressiven und gegen England gerichteten Flottenpolitik des Kaisers und des 1897 zum Staatssekretär des Reichsmarineamts ernannten Alfred Graf von Tirpitz (1849-1930) eine wachsende Missstimmung in dem Verhältnis zwischen Ballin und dem Kaiser bemerkbar. Hinzu kam, dass die außen- und machtpolitischen Missgriffe des Kaisers in dem komplizierten europäischen und globalen Macht- und Bündnisgefüge je häufiger, desto weniger mit dem wirtschaftspolitischen liberalen Credo der Unternehmensführung der HAL unter Ballin auf den international vernetzten Märkten vereinbar waren. Dies galt insbesondere für die Handelsbeziehungen und die Geschäfte im transatlantischen Raum, in denen England und die USA wirtschaftlich wie politisch eine herausragende Rolle spielten.³

In der ersten Phase der gemeinsamen Ausrichtung von Reeder und Kaiser, die 1908 durch die Daily Telegraph-Affäre einen massiven Einbruch erfuhr, harmonisierten beide, wenn auch in unterschiedlichen Feldern, in vielerlei Hinsicht auf der Grundlage eines übergreifenden Konsenses in der Wirtschafts- und Weltpolitik. Ballin nutzte sein jeweiliges Gewicht in Hamburg und in Berlin, um flexibel auf der einen wie der anderen Ebene zu präzisen Situationseinschätzungen im eigenen Agieren im globalen Raum zu gelangen. Seiner politischen Positionierung nach neigte er dem liberal-konservativen Lager zu. Er bewegte sich im Kreise der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten der Hochindustrialisierung im Kaiserreich: Industrielle, Bankiers, Reeder, Kaufleute, Unternehmer mit vielen Verbindungen zur Wissenschaft, zum Journalismus, zu den neuen bürgerlichen Eliten. Ballin und der Kaiser teilten auch die antimoderne Ausrichtung der Innenpolitik; sie sprachen sich gegen eine Demokratisierung der Politik, eine Reform des Wahlrechtes in Hamburg wie in Preußen und – zunächst – gegen die Ausweitung der Partizipationsrechte der Arbeiterschaft ebenso aus, wie sie notwendige liberale Reformen des Wahlrechts und des Koalitionsrechts in Staat und Verwaltung hinauszögerten und die sozialdemokratische Bewegung, Partei, Gewerkschaften, Netzwerke, Vereine und Institutionen durch die Erweiterung strafrechtlicher Verfolgungsmaßnahmen bekämpften.

Ballin erfüllte in dieser Konstellation zwei Funktionen: Er war ein Stabilisator des Systems, indem er als Generaldirektor der HAL ein weltumspannendes Reedereiunternehmen vertrat, dessen moderne Passagierschiffe zu Symbolträgern für das Machtprestige des Deutschen Reiches »auf dem Wasser« aufstiegen. Ballin unterstützte die Maschinerie der pompösen kaiserlichen Feier- und Festkultur, denen er durch die eindrucksvollen Schiffsparaden einen technischen und mondänen Glanz des Internationalen verleihen konnte. Zugleich trat er als Propagandist einer illusionären schöneren

3 Zu dem Verhältnis des Kaisers zu Tirpitz und seiner Flottenpolitik ohne Einbeziehung der Wirtschaftspolitik vgl. Epkenhans, Michael: »Wilhelm II and ›his‹ navy, 1888-1918«, in: Mombauer/Deist (2003): *The Kaiser*, S. 12-36.

Welt auf, so die Werbung für den neuen Seetourismus in Form von Luxusreisen in »fremde Welten«.⁴

Die imperiale Weltgeltung des Kaiserreiches fand ihren symbolischen Ausdruck in den großen transatlantischen Passagierdampfern, in ihrer herausragenden technischen und visuellen Präsenz, verkörpert durch die jeweils ersten Schiffe einer neuen Schnelldampferbaureihe, in ihren Geschwindigkeitsrekorden, die sie zum Träger des international geachteten Blauen Bandes erhoben. Das breite nationale Echo war auch ein Ergebnis der rührigen Öffentlichkeitsarbeit der zahlreichen mitgliederstarken marinefreundlichen konservativen Vereine und Verbände, so des Flottenvereins, der Kriegerverbände und des Alldeutschen Verbandes. Die Dampferflotte der HAL fungierte gemeinsam mit dem Bremer Lloyd als nationaler Werbeträger; in zahllosen suggestiven Darstellungen ihrer Passagierschiffe und führender Ozeanriesen stellten die Fahrzeuge mit ihren eleganten Linien und hervorragenden Fahrteigenschaften den Weltmachanspruch des deutschen Reiches zur Schau.⁵ Eine bewusst gepflegte symbolische Zusammenschau von Handelsflotte, Seeschifffahrt und den Insignien der kaiserlichen Macht unterstrich diesen Zusammenhang effektiv bei den zahlreichen Anlässen im nationalen maritimen Festkalender. Die HAL stellte seit 1895 ihre großen Passagierdampfer publikumswirksam in den Dienst der jährlichen kaiserlichen Flotten- und Schiffsparden anlässlich des Jahrestages der Eröffnung des Nord-Ostseekanals, bei den jährlich wiederkehrenden Regatten auf der Elbe, zur Kieler Festwoche. HAL-Dampfer fuhren die Gäste in spektakulären Paraden die Elbe abwärts nach Cuxhaven; sie dienten als Restaurantschiffe bei festlichen Banketten zu kaiserlichen Empfängen, als Hotelschiff für die Gäste des Kaisers.⁶ Ballin geriet in eine »vertrauliche Nähe« zum Kaiser, er war zudem durch die privaten Besuche des Kaisers in seinem Haus in Hamburg besonders privilegiert.⁷

Umgekehrt trugen zahlreiche Prestigedampfer der HAPAG/HAL die Namen von Mitgliedern der kaiserlichen Familie wie AUGUSTA VICTORIA, KAISERIN AUGUSTA VICTORIA oder PRINZESSIN LOUISE. Die drei letzten und weltweit größten Dampfer der neuen HAL-Serie trugen politisch programmatische Namen, die der imperialen, konservativen und nationalen Tradition verbunden waren, wobei das auf der Hamburger Vulkanwerft erbaute »Flaggschiff«, der IMPERATOR, eine besondere Ehrung des

4 Vgl. Sösemann, Bernd: »Hollow-sounding jubilees: forms and effects of public self-display in Wilhelmine Germany«, in: Mombauer, Annika/Deist, Wilhelm (Hg.): *The Kaiser. New Research on Wilhelm II's Role in Imperial Germany*. Cambridge 2003, S. 37-62.

5 Russell unterstreicht darüber hinaus die Aufladung der Bedeutung der drei Schiffe der Imperatorklasse der HAL als Symbole moderner Schiffbautechnik und des internationalen Reisekomforts: »Transatlantic passenger liners were frequently construed as emblematic of the technological sophistication of the Western world and the progress of its civilization«, in: Russell, Mark A.: *Steamship Nationalism. Ocean Liners and National Identity in Imperial Germany and the Atlantic World*, Routledge 2020, S. 72. Vgl. auch w.u. Anm. 8.

6 In der Regel auf Kosten der Reederei. Vgl. StA HH Familienarchiv Merck II 8 konv. 2a Band 1. Merck, Johannes Theodor, *Meine Erinnerungen an die Hamburg-Amerika-Linie und an Albert Ballin (1920/1922)*, S. 27-28.

7 Vgl. Gerhardt, Johannes: *Albert Ballin*, Hamburg 2009, S. 75-77.

Kaisers darstellte. Sicherlich hat der äußere Glanz dieser Feierlichkeiten dazu beigetragen, Risse in den auseinanderdriftenden Machtpolitiken des Kaisers, den politisch-militärischen Machteliten und den Unternehmensinteressen einer global agierenden Reederei zu überspielen. Die Stapelläufe der drei weltgrößten Dampfer der HAL, welche die traditionellen bürgerlichen und kaiserlich-militärischen Eliten zur Feier »vereinte«, fanden 1913 und 1914 in Hamburg statt.⁸

Die harmonische Ausrichtung beider Akteure, des Kaisers und Ballins, bewährte sich auch zunächst im nach außen demonstriertem Einvernehmen von unternehmerischem und staatlichen Agieren – ein System, das Hans-Ullrich Wehler im gegenseitigen Geben und Nehmen als organisierten Kapitalismus bezeichnete, und das den Raum des deutschen Reiches im kolonialen Imperialismus umriss. Interessenverflechtungen des Kaisers und Ballins traten bei staatlichen Schutzleistungen (Erwerb und Schutz in/von Kolonien) und Subventionen für die neu einzurichtenden Dampfschiffahrtslinien, für die Übernahme von besonderen Transportleistungen – etwa für militärische Zwecke – deutlich zutage und sie dienten der Steigerung der unternehmerischen Gewinne; diese Verbindungen stützten bis 1914 das deutsche Kolonialregime, welches mit der Verweigerung von politischen Grundrechten für die Kolonisierten, der Einführung von Zensur, Disziplinierung, Unterdrückung und schließlich der Genozid (militärische Maßnahmen zur Niederschlagung von Aufständen; Gefängnis, Drill, systematische Depravierung) das antipartizipative Regime im Reich noch bei weitem übertraf.⁹

Die wirtschaftliche und politische Vorteilsnahme aus diesem austarierten globalen System beruhte auf einem gemeinsamen Denk- und Handlungsraum, der so lange stabil blieb, so lange sich an den Voraussetzungen für den beiderseitigen Konsens nichts änderte. Der »friedliche« Welthandel und seine profitable Organisation beruhten auf einem wirtschaftlich und politisch prekären Gleichgewicht, das durch intrinsische Gefährdungen, etwa durch innere Krisen (Boxeraufstand), aber auch durch bi- und multipolare kriegerische Konflikte schnell unvorhersehbaren Risiken ausgesetzt sein konnte. Bis dahin vorherrschende Machtordnungen konnten so ins Wanken geraten.

2. Die Weltpolitik Wilhelms II. und die Wirtschaftspolitik des Unternehmers Ballin: nicht völlig kompatibel

Mit dem Eintritt in den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung des 19. Jahrhunderts, so der Historiker Petersson, verschärfte das deutsche Kaiserreich zwei »scheinbar widersprüchliche [...] Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft« in transnationaler wie in nationaler Perspektive. Es strebte erstens nach »Multilateralisierung« im

-
- 8 Umgekehrt benannte Ballin die Passagierdampfer der Imperatorklasse IMPERATOR, VATERLAND, BISMARCK entsprechend dem beiden gemeinsamen Denkraum der nationalen Weltpolitik Wilhelms II. Die zunehmende Spannung angesichts der konkurrierenden und aggressiven Flottenpolitik, begleitet von nationalen Feindbildern, stellt eine ernsthafte Bedrohung des globalen Wirtschaftsraums der HAPAG mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem transatlantischen Raum dar.
- 9 Vgl. Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, 7. Aufl., Paderborn 2018. Für Deutsch-Südwestafrika vgl. ebd., S. 131-139, für Togo und die Folgen des Systems Puttkamer ebd., S. 163-171, für Ostafrika ebd., S. 96, S. 179-180, S. 186, S. 189-191.

Sinne einer Ausrichtung innerhalb vielfältiger Netzwerkbeziehungen zwischen den Nationen und zweitens nach der »Nationalisierung«, d.h. der »politischen Steuerung« der binnenwirtschaftlichen Entwicklungen im Sinne der Aussteuerung der innerstaatlichen Machtbalance. Weltwirtschaftliche Aktivitäten betrachteten die politischen Führungsschichten des Kaiserreichs somit nicht nur als eine Markt-, sondern auch als eine Machtfrage, die dem Ziel galt, »weltwirtschaftliche Einflüsse« zu nutzen, um auf nationaler Ebene »die Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft politisch zu steuern.« Was Petersson für das ausgehende 19. Jahrhundert diagnostiziert, setzte Wilhelm II. bis zum Beginn des Weltkrieges im Juli 1914 fort. Ein wesentlicher und für diese Darstellung zentraler Aspekt der »Politisierung des Globalisierungsprozesses« und »seiner nationalistisch-machtstaatlichen Aufladung« liegt darin, dass diese Entwicklung für Deutschland im Rahmen der globalen Expansion des überseeischen Handels- und Transports stattfand und dass die Entwicklung von Unternehmen in Schifffahrt und Schiffbau, von Anlage und Ausbau von Überseehäfen, die Logistik des Überseehandels und des Geldverkehrs sich an den globalen und verflochtenen Strukturen ausrichtete.¹⁰

Im Jahre 1902 schlossen die HAL und der Norddeutsche Lloyd ein Abkommen mit dem mächtigen US-amerikanischen Morgan-Trust, um in dem neu gegründeten transatlantischen Netzwerk von See- und Eisenbahntransport ihren Anteil am globalen Weltverkehr durch die Nutzung der Schienenwege in das Innere des US-amerikanischen Kontinents abzusichern. Der Vertragsabschluss war einer der Höhepunkte der weltweiten wirtschaftlichen Machtausdehnung der beiden deutschen Überseereedereien, der in der persönlichen gemeinsamen Abstimmung zwischen den Generaldirektoren Albert Ballin (HAL) und Heinrich Wiegand (NDL) und Wilhelm II. den politischen Willen zur Bewahrung der nationalen wirtschaftlichen Eigenständigkeit gegenüber dem Wirtschaftsmagnaten in New York zur Geltung brachte. Auch diese Nuance der Wilhelminischen Machtpolitik ist der doppelten Ausrichtung des Navalismus Wilhelms II. geschuldet. »Die Zukunft liegt auf dem Wasser«, dieses Motto seiner Regierungspolitik, umriss den Anspruch der deutschen Seegeltung, die eine großzügige Unterstützung der Handelsmarine mit der Entwicklung einer schlagkräftigen Kriegsmarine verband, um dem politischen Ehrgeiz, als Kolonialmacht eine Rolle in der Weltpolitik als zukünftige »Globalisierungsvormacht« zu spielen, Rechnung zu tragen.¹¹

Als jedoch in den Vorkriegsjahren die Strategie Wilhelms II., nationale Machtpolitik mit dem »Willen zur Politisierung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge«¹² zu verbin-

10 Alle Zitate vgl. Petersson, Niels B. (2006): Das Kaiserreich in Prozessen ökonomischer Globalisierung, S. 66. Das Deutsche Reich ergriff Maßnahmen zu einer massiven Steuerung der eigenen Handelsinteressen durch seine Schutzzollpolitik auf Getreideeinfuhren. Damit reagierte es auf die innenpolitische Kritik der preußischen adeligen Grundbesitzer auf die sinkenden Weltmarktpreise. Dem so privilegierten preußischen Adel erwuchs damit gleichzeitig innenpolitisch die steigende Opposition der verarmten und rechtlosen Landarbeiterschaft ebenso wie der Arbeiterschaft, der durch das preußische Dreiklassenwahlrecht die politische Partizipation in Preußen (zwei Drittel der Reichsbevölkerung) vorenthalten wurde.

11 Petersson, Niels B. (2006): Kaiserreich, S. 67.

12 Ebd., S. 67.

den, »nicht immer zu einem politischen Prestigegewinn«¹³ führte, sondern auf Grund ihrer manchmal erratischen, manchmal aggressiven und anmaßenden Inhalte für diplomatische Verwirrung und Irritationen sorgte, war dies Anlass für Ballin für eine Distanzierung von der Politik des Kaisers, die letztlich mit der Gefährdung der internationalen politischen Beziehungen auch dem eigenen Unternehmen schaden könnte. Im besten Falle entstanden vorübergehende Unstimmigkeiten im Kreis der beteiligten Mächte, im schlechteren riefen sie schwerere diplomatische Krisen hervor und rückten die Beteiligten in die gefährliche Nähe eines kriegerischen Konfliktes.¹⁴

Der Beitrag zu Ballin wirft die Frage auf, inwiefern die deutsche Weltpolitik Wilhelms II. das globale unternehmerische Agieren Ballins in eine Schieflage zu bringen drohte, wenn nationalistisch-aggressive Politiken, unternehmerisches Handeln im globalen Maßstab und ein Geflecht internationaler Abkommen zwischen den führenden Großmächten zur Vermeidung kriegerischer Konflikte und Beachtung der Neutralität miteinander in Konflikt gerieten. Umgekehrt erhöhte sich bei globalen Transportgeschäften mit kriegsführenden Nationen auch für die HAL die Gefahr, wegen Verletzung der Neutralität einen internationalen Konflikt auszulösen.¹⁵ Ein grundsätzliches Risiko erwuchs der HAL aus den aggressiven Vertretern des deutschen Flottenprogramms und der mit diesem verbundenen Seemachtpolitik. Die zunehmenden Spannungen gegenüber der Weltmacht England, besonders geschürt durch starke militaristische und nationalistische Strömungen im Deutschen Kaiserreich, bargen mit dem Eintritt in die Dreadnoughtphase 1906 vermehrt die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Großbritannien als führender Seemacht mit nicht absehbaren Folgen: eine Gefährdung der Handelsfreiheit und damit der ungestörten transatlantischen und globalen Handelsbeziehungen. Großadmiral Alfred von Tirpitz, 1917 Mitgründer der alldeutschen und nationalistischen Vaterlands-Partei, trug als Hauptvertreter des offensiven Flottenrüstungsprogramms zur wachsenden Spannung mit England bei, das daraufhin in seine Bündnispolitik mit Frankreich zum Nachteil von Deutschland auch Russland einschloss. Die mit der deutschen Flottenpolitik erhöhte Entfremdung der europäischen imperialen Weltmächte von einer Verständigungspolitik mit Deutschland wuchs sich dank des sich erhöhenden Konfliktpotentials zu einer massiven Bedrohung der Grundlagen der Geschäftsbeziehungen der HAL und des unternehmerischen Handelns Ballins aus. Ein Kriegeausbruch, der Deutschland auf der Seite der Gegner Englands und seiner Verbündeten, nicht zuletzt den USA, kämpfen ließ, musste – aus der Sicht Ballins – für Deutschlands Transportwirtschaft und seinen Welthandel unabsehbare und bedrohliche Konsequenzen haben.

13 Ganz besonders charakteristisch ist dafür die Daily-Telegraph-Affäre von 1908, die durchaus bedrohlich »destabilisierende [...] Krisenerscheinungen« auslöste. Ebd., S. 64. Petersson benutzt diesen Begriff in Bezug auf einen anderen Zusammenhang. Dieser lässt sich aber auch passend auf die Krisen 1900-1914 übertragen.

14 Die Flottenrüstung, der zunehmender Navalismus der kaiserlichen Politik, weitere Ungeschlichkeiten kaiserlichen Auftretens (Marokko-Krisen 1905 und 1911; Zimmermann-Telegramm nach Mexiko 1917), all das blieb nicht ohne Wirkung auf die globale politisch und wirtschaftlich verflochtene Konstellation.

15 Vgl. die Einsätze im Russland-Japan-Konflikt 1904/05 und im spanisch-amerikanischen Krieg 1898. Vgl. in diesem Band den Beitrag von Johanna Meyer-Lenz: »Albert Ballin 1890-1918«, S. 114-118.

3. Hamburg und der Polyzentrismus des Wilhelminismus

In der Position des erfolgreichen globalen Unternehmers und des Mitglieds der kaiserlichen Entourage nahm Ballin in den Hamburger Kreisen der politischen und wirtschaftlichen konservativen und antidemokratischen Machteliten eine unbestrittene Machtposition ein.¹⁶ Die persönliche Präsenz in Hamburg erübrigte sich vielmals; seine symbolische Macht wirkte in Hamburg effektiv durch die zahlreichen und mächtigen Verbindungen zu einem Netzwerk aus einflussreichen Mitarbeitern, Freunden, Geschäftspartnern aus Wirtschaft, Handel und Finanzwirtschaft, in den Zentren der Macht in Senat und Bürgerschaft, in der Handelskammer und in der Hafen- und Lagerhausgesellschaft. Spitzenvertreter der Wirtschaft und der Banken standen ihm nahe, mit ihnen war er eng durch ein Geflecht von Vertretungen in den diversen Aufsichtsratsgremien zahlreicher Aktiengesellschaften verbunden; in die Öffentlichkeit wirkte er direkt und indirekt durch Verlautbarungen in der konservativen bürgerlichen Presse (Hamburger Correspondent), Einflussnahme auf das politische Stadtgeschehen und auf die Wirtschaft (Handelskammer) ein. Vor diesem Hintergrund – der respektierten Stellung in Hamburg, der Zugehörigkeit zur diplomatischen Entourage des Kaisers und dem einflussreichen Interagieren im globalen Handels- und Transportgeschäft – zeichnet sich ein Profil Ballins ab, das sich letztlich auch in der Frage der politischen Transformation des Kaiserreichs am Ende des Ersten Weltkriegs innerhalb der bürgerlichen und wirtschaftlichen Eliten auf einen funktionalen Kompromiss im liberalen politischen Spektrum zubewegte.¹⁷

Die unmittelbare Bühne des unternehmerischen Handelns Albert Ballins war die Hansestadt Hamburg. Der Hamburger Hafen, 1888 als seinerzeit größter deutscher Seehafen im sogenannten Zollanschluss in das Deutsche Reichsgebiet integriert, profitierte als zentraler Knotenpunkt des weltweiten Seehandels von seiner vorteilhaften Position im Netz des europäischen und transatlantischen Seeverkehrs. Mit dem Aufstieg zu einer der weltweit führenden Hafenmetropolen war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein beispielloser Wachstums- und Konzentrationsprozess, der besonders den Handel und die Industrie betraf, verbunden. Großschiffbau, Dienstleistungen, Reedereiwirtschaft, Hafenwirtschaft und Hafenumschlag, Metall- und Bauindustrie waren bestimmende Faktoren des städtischen Wirtschaftsgeschehens, begleitet von einer wachsenden Stärke und Konzentration in der Versicherungs- und Bankwirtschaft. Die wesentliche Rolle als führender Platz im Banken- und Geldgeschäft im Reich

16 Vgl. w.u. Meyer-Lenz: »Albert Ballin 1890-1918«, S. 103-105.

17 Damit unterscheidet sich dieser Ansatz von dem Gerhard Ritters. Vgl. Ritter, Gerhard: »The Kaiser and His Ship-Owner: Albert Ballin, the HAPAG Shipping Company, and the Relationship between Industry and Politics in Imperial Germany and the Early Weimar Republic«, in: Berghoff, Hartmut/Kocka, Jürgen/Ziegler, Dieter (Hg.): Business in the Age of Extremes: Essays in Modern German and Austrian Economic History, Cambridge 2013, S. 15-39. Die Anlage des Vergleichs bei Ritter trägt den unterschiedlichen Positionen, ihren Aktionsmöglichkeiten und ihrer Reichweite in den jeweiligen Machtfeldern der Akteure nicht genügend Rechnung und kommt somit nicht zu einer Darstellung der sich auseinanderentwickelnden Positionierungen beider zum Krieg, d.h. der entscheidenden Veränderungen in der Haltung Ballins zum Kaiser bis zur Niederlage und zum Scheitern der deutschen Kriegsführung im Herbst 1918.

ging seit den 1890er Jahren auf Berlin über. Seit 1908 war Hamburg Sitz des Kolonialinstitutes.¹⁸

Die Eliten aus alteingesessenem Bürgertum (Notabeln), der Wirtschaft, des Handels, der Politik und der Verwaltung prägten das politische Regime der Hansestadt bis 1918. Die Hamburgische Verfassung hatte in der Folge der Revolution von 1848 liberalere Züge erhalten; so wurde das Wahlrecht auf eine größere Gruppe Hamburger Bürger ausgeweitet. Aber auch die Reformen von 1860 und 1876 änderten im Prinzip kaum etwas an dem Ausschluss der Mehrheit der Hamburger:innen vom allgemeinen Wahlrecht und damit von einer aktiven politischen Partizipation der Gestaltung der Stadtpolitik. Bis 1918 herrschten die patrizisch-großbürgerlichen Schichten, bestimmt durch die Eliten aus alteingesessenem Bürgertum (Notabeln), der Wirtschaft, der Industrie, der Politik, der Verwaltung und des Haus- und Grundbesitzes. Die Vorherrschaft dieses kleinen Kreises blieb bei der Wahrung des ständestaatlich geprägten Wahlrechts bis 1918 erhalten. Nur 4 % der Bevölkerung wählten nach dem Zensuswahlrecht bis 1918 ihre Vertreter in das Stadtparlament (Bürgerschaft).¹⁹ Das zunehmende Begehren nach gleichberechtigter politischer Partizipation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stieß auf Seiten des Bürgertums und der Unternehmerschaft – Stichwort »Umsturzversuch« – auf harte Ablehnung. Ins öffentliche Bewusstsein in Hamburg trat die Auseinandersetzung 1905/1906 um eine Liberalisierung des Wahlrechts. Doch die neue Gesetzesvorlage, die der Bürgerschaft zur Abstimmung vorgelegt wurde, sah eine Verschärfung des Zensuswahlrechtes vor und die Kräfte der konservativen »Ordnung« verteidigten erfolgreich in dem sich in heftigen Straßenkämpfen auswachsenden Konflikt um den »Wahlrechtsraub« die Position der Konservativen.²⁰

Die neuen und die alten Wirtschaftseliten in Hamburg, deren aktive Machtzentren Börse und Handelskammer waren, bildeten mit ihren Unternehmer- und Interessen-

18 Vgl. Zimmerer, Jürgen: »Geld, Geist und Wissenschaft. Die kolonialen Fundamente der Hamburger Universität«, in: Nicolaysen, Rainer/Krause, Eckart/Zimmermann, Gunnar: 100 Jahre Universität Hamburg. (=Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden. Band 1. Allgemeine Aspekte und Entwicklungen), Göttingen 2020, S. 33-55.

19 Diese wählte nach einem dann erweiterten Vorschlagsrecht die Mitglieder des Senats auf Lebenszeit. Aus diesen rekrutierten sich die Spitzen der Stadtregierung und der einzelnen Ressorts, für deren Verwaltung sie verantwortlich zeichneten. Zur Entwicklung des stadtrepublikanischen politischen Systems und dem Wahlrecht vgl. Evans, Richard J.: Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830-1910 (Engl. Originalausgabe 1987), Reinbek bei Hamburg 1990, S. 35-42.

20 Vgl. Eckart, Hans Wilhelm: »Von der privilegierten Herrschaft zur parlamentarischen Demokratie«, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Die Auseinandersetzungen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg, Hamburg, 2002, S. 42-52; Erdmann, Heinrich: »Der »Wahlrechtsraub« von 1906 als Traditionsbruch«, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg.): Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts: die Zeit des Politikers Otto Stolten, Hamburg 2000; Evans, Richard J.: »Der rote Mittwoch«, in: ebd.; vgl. ders.: »»Red Wednesday« in Hamburg: Social Democrats, Police and Lumpenproletariat in the Suffrage Disturbances of 17 January 1906«, in: Social History, Vol 4, No. 1 (1979), S. 1-31; Holstein, Christoph/Oldenburg, Christel/Woyke, Meik et al.: Alles für Hamburg: Die Geschichte der Hamburger SPD von den Anfängen bis zum Jahr 2007, Hamburg 2013; Horst, Patrick: »Das Parteiensystem Hamburgs«, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 217-246.

verbänden um die Wende von 1889/90 schlagkräftige Instrumente aus,²¹ die ihren Einfluss als *pressure groups* erfolgreich bis 1918 entfalteten.²² Börse, Handelskammer und Parlament hoben sich als sichtbare Zentren der wirtschaftlichen und politischen Macht im urbanen Raum ab.

Der mächtige Verband der deutschen Metallindustrie (VdM) und der einflussreiche Verband der deutschen Reeder mit Sitz in Hamburg übten mit der Zentralverwaltungsstelle des Arbeitsnachweises bis 1918 große Macht aus. Im öffentlichen Gedächtnis der Stadt blieben die großen Hafenarbeiterstreiks von 1896/97 und die Streikwelle von 1905 bis 1907 haften, die Ballin und sein Unternehmen gemeinsam mit der Lagerhausgesellschaft erfolgreich abzuwehren wussten.²³ Wenn auch das Unternehmen HAPAG die Streiks ohne größere wirtschaftliche Einbußen überstand, so verstand die Unternehmenschaft die breite Solidarisierungsbereitschaft der Hamburger Arbeiterschaft und die Länge des Streiks als langfristiges Drohpotential der neuen proletarischen Klasse. Die dauernden Spannungen zwischen den Kräften der Beharrung und der Veränderung entluden sich in Hamburg kontinuierlich in großen und kleinen Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen; besonders eindrucksvoll und spektakulär in den großen Streiks der Werftarbeiterschaft im Jahre 1913.²⁴

Neben der Sozialdemokratischen Partei waren es besonders die freien Gewerkschaften, die sich mit großer Kampfbereitschaft zu einem Machtfaktor in den hochindustrialisierten und wachsenden Betrieben der Hafenwirtschaft, der Transport- und Dienstleistungen, in der Werftindustrie, in Schiffs- und Maschinenbau entwickelten. Dabei stellte die Organisations- und Konfliktstrategie der zunehmend auf Zentralisierung setzenden Gewerkschaftsmacht in der Vorkriegszeit der »Herr-im-Haus-Stellung« der Arbeitgeberschaft und ihren Drohungen des Verlustes des Arbeitsplatzes durch die Monopolisierung der Arbeitsvermittlung eine große Organisationsmacht entgegen. Es war ein schwieriges, langanhaltendes und zähes Ringen, das auf Seiten der Gewerkschaften mit einer Machtkrise zwischen Lokalistinnen und Generalistinnen verbunden war. Die Macht der Arbeitgeber wurde durch die Wilhelminische Verfassung und die Rechtsprechung mit ihrer beharrlichen Frontstellung gegenüber

21 Vgl. Saul, Klaus: »Machtsicherung und Gegenoffensive. Zur Entstehung des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona 1888-1890«, in: ZVHG 72 (1986), S. 104-137.

22 Ders.: Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, (1974), S. 5-6; Wehler, Hans-Ulrich (1973): Das deutsche Kaiserreich 1871-1918, S. 49-53.

23 Vgl. Grüttner, Michael: Arbeitswelt an der Wasserkante: Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1886-1914. Göttingen 1984, S. 165-175 und S. 196-209; Saul (1974), S. 77.

24 Zur Werftarbeiterschaft und ihren Spannungen im Klassenverhältnis, die sich unmittelbar vor Ausbruch des 1. Weltkrieges in Streiks entluden vgl. Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Hamburg 1976, Bd.1, S. 133-139; Cattaruzza, Marina: »Das »Hamburgische Modell« der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital. Organisationsprozesse und Konfliktverhalten auf den Werften 1890-1914«, in: Herzig, Arno/Langewiesche, Dieter/Sywottek, Arnold (Hg.): Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983, S. 247-260, hier S. 253-254; Saul, Klaus: »»Verteidigung der bürgerlichen Ordnung« oder Ausgleich der Interessen? Arbeitgeberpolitik in Hamburg-Altona 1896 bis 1914«, in: ebd., S. 261-282; für die 1890er Jahre vgl. Meyer-Lenz, Johanna: Schiffbaukunst und Werftarbeit in Hamburg 1838-1896. Arbeit und Gewerkschaftsorganisation im industrialisierten Schiffbau. Frankfurt a.M., Berlin u.a., 1995, S. 540-592.

den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften und Parteien nach Respektierung des Koalitionsrechts gestützt.²⁵ Umgekehrt konnten die Sozialdemokraten in Hamburg sowohl bei den Reichstagswahlen als auch bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft große Erfolge erzielen. So schickten die drei Hamburger Wahlkreise regemäßig sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag; bei den Bürgerschaftswahlen erfreute sich die Sozialdemokratie trotz des eingeschränkten Wahlrechts bis 1914 eines zunehmenden Erfolges. In der Öffentlichkeit wurde mit großer Überraschung – auch mit einem neuen Anschwellen der Angst vor einem Umsturz – zur Kenntnis genommen, dass die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen von 1903 einen sensationellen Wahlerfolg erzielt hatten und drittstärkste Fraktion im Reichstag wurden.

Vornehmlich in diesem starken sozialdemokratischen Hamburger Milieu bildeten sich seit dem Beginn des Krieges »unrest groups« gegen die etablierten Parteien, aber auch innerhalb des sozialistischen und sozialdemokratischen Lagers gegen die Sozialdemokratie mit einem zunehmenden Oppositions- und Konfliktpotential heraus.

4. Ballin und die Transformation des politischen Systems 1914–1918

Das Verhältnis von Kaiser und Ballin durchlief im Laufe des Ersten Weltkrieges eine tiefgreifende Veränderung. Ballin fand im Lauf der vier Kriegsjahre zu einer zunehmenden Distanz, die nach und nach zu einer wachsenden kritischen Haltung zu der antidemokratischen Reichspolitik führte. Einen besonderen Anstoß gab die Kriegspolitik der militärischen Kriegsführung. Nach der Übertragung des Oberbefehls an Hindenburg und Ludendorff 1916 und angesichts des drohenden uneingeschränkten U-Boot-Krieges verstärkte sich die Kritik Ballins an der Politik eines Siegfriedens im Westen. Er sah sehr klar den Eintritt der USA in den Krieg und damit auch die Niederlage Deutschlands voraus. Zwischen 1916 und dem Kriegsende 1918 wurde Ballin mehr und mehr bewusst, dass mit dem Wunsch nach einer Beendigung des Krieges die Frage nach einem Systemwechsel verbunden werden musste. So bewegte er sich auf die Zustimmung zu einer demokratischen Transformation des Kaiserreichs zu. Dieser letztere Aspekt machte gegen Kriegsende einen ständig die politische Lage kritisch und scharf abwägenden Ballin sichtbar. Auf der anderen Seite nahm die Schärfe im alldeutschen rechten Lager zu. Gepaart mit Militarismus und Patriotismus entwickelte sich mit den Durchhalteparolen ein Feindbild, das Antisemitismus mit alldeutschen Macht- und Männlichkeitsfantasien verband.

Die positive Hinwendung Ballins zur Frage der Transformation am Ende des ersten Weltkriegs verband sich mehr und mehr mit der Kritik an dem zunehmenden Versagen der militärischen und politischen Eliten des Kaiserreichs, allen voran Wilhelm II. Diese Einsicht vollzog sich bei Ballin in einen langsamen und schmerzhaften Prozess. Seine Korrespondenz erlaubt einen Einblick in den Denkraum eines Wirtschaftsunternehmers, der im Laufe des Krieges die politischen Grenzen des Wilhelminischen Regimes

25 Dazu zählten die Aufhebung des Streikverbots und des Versammlungsverbots sowie die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Verhandlungs- und Tarifpartner. Vgl. Saul, Klaus: »Verteidigung der bürgerlichen Ordnung: oder Ausgleich der Interessen?« (1982), S. 278–280.

erkannte, und daraus Konsequenzen im Sinne der Hinwendung zur Demokratie zog, die er nicht (mehr) als Feind liberalkapitalistischer Wirtschaftssysteme einordnete. Die Grenzen des neuen Systems sah er dort, wo es dem Sozialismus möglicherweise Zugang gewähren konnte. Insofern steht Ballin exemplarisch für eine wirtschaftliche Elite, welche die politische Engführungen des Kaiserreiches aufgelöst sehen wollte, der Modernisierung von Staat und Gesellschaft aber dort Schranken auferlegte, wo sie drohte, unternehmerisches Handeln und die liberale Wirtschaftsordnung durch eine sozialistische Einfassung einzudämmen. Dies war keine Utopie.

Erfahrungen, Subjektivitäten, Erinnerungskultur

Bilderwelten der Transformation

Markus Hedrich

Die im vorliegenden Band im Abschnitt »Erfahrungen, Subjektivitäten, Erinnerungskultur: Bilderwelten der Transformation« publizierten Beiträge thematisieren die Novemberrevolution als dynamische Transformationsphase und »era of unrest« auf zwei divergierenden Ebenen, (a) der Mikroebene des subjektiven, aus historischen Selbstzeugnissen erschlossenen erfahrungsweltlichen Erlebens und (b) der Makroebene etwa von Filmdispositiven und sich retrospektiv entfaltender, auch erinnerungskulturell und -politisch wirksamer (Diskurs-) Formationen. So ermöglichen die unter dem Lemma »Erfahrungen, Subjektivitäten, Erinnerungskultur« subsumierten Beiträge Einblicke in individuelles persönliches Erleben/Erfahren der Revolution durch Zeitzeug:innen – z.B. Jugendliche, Geistliche, Hamburgische Eliten und/oder Zeitzeug:innen aus dem reaktionär-konservativen Spektrum. Die aus der Auslotung alltagsweltlichen Erlebens und der subjektiven Reflexionen des Revolutionsgeschehens durch die vielfach zu Wort kommenden und systematisch untersuchten Korrespondenzen der Zeitzeug:innen gewonnenen Erkenntnisse vernetzen und verbinden sich vor den Fragestellungen und Prämissen des vorliegenden Bandes mit deutlich auf der Metaebene liegenden Einsichten in die Wirkungen, die die Revolution entfaltete. Sichtbar wird dieses etwa am Beispiel Film oder der »spiegelbildlichen« politischen »Deutung« der Weimarer Republik in BRD und DDR zur Zeit von deutsch-deutscher Systemkonkurrenz und Kaltem Krieg.¹ So erlauben es die hier zusammengefügteten Beiträge, persönlich kontingente Erfahrungen der Revolutionsdynamik einerseits in ihrer Zeitspezifität und subjektiven Basiertheit zu erschließen und andererseits weiter gefasste Aushandlungsprozesse und Diskurse bis hin zu filmischen Bilderwelten und geschichtswissenschaftlich artikulierten Erinnerungsprozessen und -kulturen in ihrer über die Revolution gespielten *longue durée* zu reflektieren.

In ihrem Beitrag untersucht Christiane König anhand Robert Reinerts Milieufilm »Opium – Die Sensation der Nerven«, der im Januar 1919 und mithin zur Zeit der Novemberrevolution Premiere feierte, Momente und Aspekte »technisch-anthropomor-

1 Vgl. den Beitrag von Axel Schildt in diesem Band, S. 321–337.

pher queerer Männlichkeit« im Stummfilm der frühen Weimarer Republik.² Dabei geht König davon aus, dass tradierte Diskurse der »Normalisierung ›natürlicher‹ Zweigeschlechtlichkeit«, mit denen die »binäre Geschlechterordnung« von männlich/weiblich »insbesondere im Zeichen von Leben, Arbeit und Repräsentation« auch filmisch-visuell inszeniert und kohäsiv stabilisiert wurde, 1918/19 brüchig wurden, unter anderem angestoßen durch einen revolutionsbedingten Zusammenbruch der staatlichen Filmzensur.³

Der im Kino visualisierte männliche Körper wird im Kontext des »Kino-Dispositivs«, so König, »problematisch«, da er vor dem Hintergrund der binären Geschlechterordnung diese zwangsläufig thematisieren muss.⁴ Speziell in den von der Hauptfigur Dr. Gesellius in »Opium – Die Sensation der Nerven« erlebten Rauschsequenzen artikulierten sich über binäre Strukturierungsfolien (z.B. freiwillig / abhängig – belebend / sedierend) diskursiv an der Schnittstelle von Körper, Sexualität und *body politic* situierte »Ermöglichungsleistungen [...] bezüglich männlicher Körperlichkeit, Subjektivität« und »Geschlechteridentität«, welche die überkommenen kaiserzeitlichen »Grenzlinien« verschwimmen ließen.⁵ Hier werde, so König, auf »bildstrategischen Ebenen« eine Auflösung der tradierten Ordnung von Begehren sichtbar, die mit der temporären Auflösung der Filmzensur – und damit auch mit der Novemberrevolution von 1918/19 – verflochten ist und korrespondiert.⁶

Axel Schildt beleuchtet die Auseinandersetzungen um die Novemberrevolution sowie die Weimarer Republik u.a. in der deutschen-deutschen Erinnerungspolitik nach 1945 in seinem hier posthum publizierten Beitrag⁷ über »*Die ungeliebte Republik*«. Der Autor legt dabei den Fokus auf die Untersuchung deutsch-deutscher Erinnerungspolitiken zur Weimarer Republik nach 1945 und mithin auf die Zeit des Kalten Kriegs. Dabei untersucht er eindrücklich, wie Geschichtswissenschaft und öffentlicher Diskurs in beiden deutschen Staaten die Weimarer Republik zur Zeit der Systemkonkurrenz mit »spiegelbildlicher Wertung« – entweder als »Negativfolie« des Scheiterns der ersten Deutschen Demokratie (BRD) oder als logische kapitalistische Vorstufe zum Faschismus (DDR) – geschichtspolitisch deuteten und konzipierten.⁸ Die Untersuchung setzt bei den jährlichen Verfassungsfeiern der Weimarer Republik (erstmalig am 11. August 1921) an und zeigt, wie dieser offizielle Nationalfeiertag von den Zeitgenoss:innen vielfach unterlaufen wurde. Dies galt, so Axel Schildt, besonders für die Universitäten mit ihrer in der Weimarer Republik »politisch-ideologische[n] Hegemonie rechtskonservativer und völkisch-rechtsextremer Kräfte«, die die Verfassungsfeiern mehrheitlich ignorierten, während die »alten Eliten« und neuen Rechten ohnehin eher den nationalistischen »Tag von Sedan« am 2. September begingen.⁹ In der BRD galt die Weimarer Republik als »schwache und mit Strukturfehlern behaftete Demokratie ohne De-

2 Vgl. den Beitrag von Christiane König in diesem Band, S. 295–320, hier S. 295.

3 Ebd., S. 306.

4 Ebd., S. 301 und S. 302.

5 Ebd., S. 308.

6 Ebd., S. 320 und S. 304.

7 Vgl. in diesem Band, S. 321–337.

8 Ebd., S. 332 und S. 329.

9 Ebd.

mokraten«, während sie in der DDR »geschichtspolitisch« als Bestätigung dafür angesehen wurde, dass die »Niederschlagung der Revolution von 1918« sowie die »Aufrichtung einer kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung« nach der Weltwirtschaftskrise »zwangsläufig zur ›Machtübergabe‹ an Hitler« und zur »Etablierung einer faschistischen Diktatur« führen musste, auch wenn teils auch positive Aspekte (BRD: Stresemann-Kult zeitgleich zur politischen Annäherung an Frankreich – DDR: Heroisierung der KPD-Historie) hervorgehoben und betont wurden.¹⁰

In seinem Beitrag »*Furchtbare Katastrophe*« – *Kirche und Revolution*« fokussiert Rainer Hering die Haltung der evangelischen Kirchen, konkret der Evangelisch-lutherischen Kirche Hamburgs zur dynamischen Umbruchphase der Novemberrevolution. Hering zufolge stellte die Hamburgische evangelische Kirche in der engeren Revolutionsphase, der *era of unrest* (November 1918 – März 1919), politisch ein eher »retardierendes Moment« gegenüber der Revolution sowie den Demokratisierungsbestrebungen dar.¹¹ Trotz eines im Ganzen »zumindest nach außen hin« dokumentierten loyalen »Verhältnis[ses] zum Staat« überwog laut Hering kirchlich eine »Distanz zur Republik«, die sich etwa in der Hissung von Kirchenflaggen mit Trauerflor zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles manifestierte.¹² Parallel lag das »politische Engagement« der Hamburger Theologen, so Hering, eher »auf Seiten der politischen Rechten«. Dies exemplifiziert Hering u.a. an den Geistlichen Johannes Wehrmann (Stahlhelm, DNVP) und Heinrich Reuß (Alldeutscher Verband), während der Pastor Kurt Leese dagegen den »religiösen Sozialisten« nahestand.¹³ Insgesamt, so Hering, suchte die Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staat »eine Demokratisierung« zu »verzögern«.¹⁴ Rainer Hering bereichert den vorliegenden Band um die Untersuchung des wesentlichen Aspekts der beharrenden Kräfte, d.h. den Strukturen und Dynamiken aus kirchen- und religionsgeschichtlicher Perspektive zur Zeit der gesellschaftlichen und politischen Transformation in der Metropole Hamburg, dies insbesondere aufgrund der aufschlussreichen und persönlichen Stellungnahmen einzelner Pastoren und Theolog:innen zur hier thematisierten *era of unrest*.

Ulf Morgenstern fokussiert die »Wahrnehmungen von Revolution und Republik« in der hochadeligen Familie des konservativen Reichsgründers Otto von Bismarck in ihrem damaligen Familiensitz in Friedrichsruh (heute: Otto von Bismarck-Stiftung). Primäre Quelle für Morgensterns Untersuchung sind die Briefe der Schwiegertochter Otto von Bismarcks, Marguerite von Bismarck, die das »geistige und materielle Erbe« der Familie von Bismarck verwaltete.¹⁵ Hierbei treten die Gegensätze der politischen transformativen Schubkraft von revoltierenden Matrosen und Arbeitern einerseits und Hochadel andererseits sehr deutlich zu Tage, wobei Morgenstern vor dem Hintergrund neuerer Erkenntnisse der Forschung den tatsächlichen Einfluss der angeblichen oder

10 Die Zitate ebd., S. 328-329; zum Stresemann-Kult ebd., S. 331.

11 Vgl. den Beitrag von Rainer Hering in diesem Band, S. 339-353.

12 Ebd., S. 348-349.

13 Ebd., S. 350 und S. 351.

14 Ebd., S. 353.

15 Vgl. den Beitrag von Ulf Morgenstern in diesem Band, S. 355-374.

tatsächlichen »geburtsständischen Elitegruppe« in ihrer »politisch-kulturellen Interaktion« als wenig effektiv beschreibt.¹⁶ Während das Selbstverständnis der Bismarcks in Friedrichsruh, so Morgenstern, um die »Lebensleistung Otto von Bismarcks« und seiner »politischen und militärischen Erfolge für die preußische Monarchie« gravitierte, zeigen die Briefe auch die Unsicherheit und Angst der hochadeligen Eliten um die eigene privilegierte und in den Revolutionswirren plötzlich fragile Situation,¹⁷ wenn Marguerite von Bismarck formuliert: »Soldaten und Matrosen« würden »die Lage« in Hamburg beherrschen und hätten »Maschinengewehre im Hauptbahnhof aufgestellt«.¹⁸ Zugleich wird Marguerite von Bismarcks politische Positionierung deutlich in ihrer Beurteilung der als »horrend« empfundenen »Ententebedingungen« oder in ihrem tief empfundenen Erleben der nationalen »Demüthigung von allen Seiten«.¹⁹ Gleichzeitig thematisiert Morgenstern die Verbindungen der Bismarcks zu dem mit Otto von Bismarck verwandten und aufgrund seiner rücksichtslosen Brutalität berüchtigten Kolonialoffizier Paul von Lettow-Vorbeck.²⁰ Dieser war zur Zeit des Genozids an den Herero und Nama (1904-1907) Erster Adjutant des maßgeblichen Generals Lothar von Trotha und wurde von Gustav Noske im Zuge der Hamburger Sülzeunruhen im Juni 1919 zur »Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände« nach Hamburg entsandt, wobei Paul von Lettow-Vorbeck im Sitz der Familie Bismarck in Friedrichsruh mit seinem Freikorps zur Freude Marguerite von Bismarcks Quartier aufschlug.²¹ Den antidemokratischen und elitären Habitus des Adels in seiner, so Morgenstern, letztlich »der Weimarer Parteiendemokratie abträglichen« Weise, beleuchtet der Autor exemplarisch an der Korrespondenz Marguerite von Bismarcks und zeigt dabei eindrücklich die Positionierung tradierter Eliten, die sich in starker rechtskonservativer Opposition zur jungen Republik positionieren.²²

In ihrem gemeinsam verfassten Beitrag leuchten Franklin Kopitzsch und Gunnar B. Zimmermann anhand von zeitgenössischen Selbstzeugnissen (Briefe, Tagebücher, Memoiren) milieuspezifische »Reaktionsmuster« auf die Novemberrevolution und die mit ihr einhergehende »era of unrest« in Hamburg aus.²³ Die Quellen lassen diverse

16 Ebd., S. 360.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 364.

19 Ebd., S. 366.

20 Vgl. dazu Zimmerer, Jürgen: Der erste Genozid des 20. Jahrhunderts. Der deutsche Vernichtungskrieg in Südafrika (1904-1908) und die Globalgeschichte des Genozids, in: Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust, hg. von ders., Münster 2011, S. 40-70. Zur Genese des europäischen biologischen Rassismus vgl. Finzsch, Norbert: »Der kupferfarbige Mensch [verträgt] die Verbreitung europäischer Civilisation nicht in seiner Nähe« – Der Topos der *dying race* in den USA, Australien und Deutschland, in: Wissen – Transfer – Differenz. Transnationale und interdiskursive Verflechtungen von Rassismen ab 1700. Versuch der Systematisierung eines Forschungsfelds, hg. von Claudia Bruns und Michaela Hampf unter Mitarbeit von Katrin Kämpf, Göttingen 2018, S. 67-90.

21 Ebd., S. 369-371.

22 Ebd., S. 361-369.

23 Vgl. den Beitrag von Franklin Kopitzsch und Gunnar Zimmermann in diesem Band, S. 375-292, hier S. 375.

Stimmen aus sozial divergierenden Schichten – von der aufstrebenden Arbeiterklasse über das Bildungsbürgertum bis zum Großbürgertum – sprechen. Die beiden Autoren untersuchen die ausgewählten Selbstzeugnisse und Egodokumente anhand von sieben thematischen Bereichen, darunter die zeitgenössische Bewertung des revolutionären Rátesystems in Hamburg oder die Reaktionen der bürgerlichen Funktionselite auf die Novemberrevolution als Ganzes. Der Hamburger Bürgermeister und maßgeblicher Mitbegründer der Universität Hamburg Werner von Melle etwa charakterisierte den Vorsitzenden des AuSR Heinrich Laufenberg als politisch nicht legitimierten »hamburgischen Diktato[r]«, während der Senator und ehemalige Bürgermeister Carl August Schröder Vertreter:innen des Hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrates als undiszipliniert und ohne protokollarische Finesse beschrieb.²⁴

Einer gänzlich anderen sozialen Schicht entstammte der damalige Druckerlehrling Fritz Wartenberg, der, so Kopitzsch/Zimmermann, den AuSR im Gegensatz zum bürgerlichen Lager als »Motor positiver Veränderungen und Reformen« schätzte, indem er auf die einschneidende Wirkung der »umgehende[n] Einführung« des »8-Stunden-Tages« für seine eigene berufliche Karriere hinwies.²⁵ Als Zeugnis einer konservativen Vertreterin bürgerlicher Kreise liest sich das Tagebuch der zur DNVP tendierenden nationalkonservativen Lehrerin und Hausfrau Charlotte Lorentzen aus Eilbek, das eine rückwärtsgewandte und nostalgische Sichtweise illustriert. Ganz im Gegensatz dazu stufte der Lehrer, Schulreformer und seit 1930/31 erster amtierender SPD-Bürgermeister Hamburgs, Rudolf Roß, die Novemberrevolution als »unblutige Revolution« der Geschichte und als Meilenstein auf dem Weg zur Bildung eines neuen »Kulturstaates« ein.²⁶ Insgesamt, so Kopitzsch/Zimmermann, weist ein Teil der vorgestellten Biografien, die der Feder der dem Ancien Régime oppositionell gegenüberstehenden Protagonist:innen entstammten, »auf ein positives Erbe der Revolution« hin, indem die Transformation eine »emanzipativ-politisierende Wirkung« auf die ehemals verfolgten Protagonisten entfaltete und ihnen »Karrierewege« des Aufstiegs eröffnete.²⁷ Der Beitrag verdeutlicht zudem, dass Jugendliche wie der Druckerlehrling Fritz Wartenberg bislang von der Forschung zu Unrecht vernachlässigte »Revolutionszeugen« waren, da ihre Selbstzeugnisse als besonders geeignete Quellen Aufschluss über neue Berufswege und Aufstiegsszenarien dieser Generation geben, die auf den langfristigen von der Wirkungen der Revolution ermöglichten gesellschaftlichen Wandel verweisen.

24 Ebd., S. 379 und S. 382.

25 Ebd., S. 371; vgl. Auch S. 386–387.

26 Ebd., S. 384 und S. 385.

27 Ebd., S. 379.

Dimension: Revolution in Hamburg: Raum, Masse, Gewalt

Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution

Johanna Meyer-Lenz

1. Das »Script« der Revolution nach Friedrich (»Fritz«) Wolffheim

1.1 Der große Volksumzug zu Beginn der Revolution in Hamburg am 6. November 1918: Reproduktion des Originals von Friedrich (»Fritz«) Wolffheim (1888-1942)

Dieser klassische Text des großen Volksumzuges der Hamburgerinnen und Hamburger in Hamburg am 6. November 1918 von Fritz Wolffheim erschien am 15. November 1921 in der von Heinrich Laufenberg herausgegebenen Zeitschrift »Hamburger Volkswart« in der Nummer sieben des ersten Jahrgangs auf den Seiten zwei bis sechs.¹ Der dort zweispaltig gedruckte Text wird hier einspaltig wiedergegeben. Die Originalschreibweise, d.h. Orthografie, Groß- und Kleinschreibung und Zeichensetzung im Text, wird beibehalten. Die Seitenzahl ist jeweils vor Beginn der Seite in Klammern hinzugefügt. Durch Fettdruck oder Unterstreichungen hervorgehobene Passagen im gedruckten Originaltext werden hier beibehalten. Ullrich Bauche hat diesen Text in seinem Vortrag persönlich vor dem Auditorium vorgelesen.² Er wollte damit das herausragende Narrativ der Ereignisse in das historische Gedächtnis zurückrufen, festgehalten von einem Zeitzeugen, der sich auf die Seite der Gegner der Kriegskredite gestellt hatte und bereits früh Anschluss an die Linksradiكالen suchte. In seinem Narrativ folgt Wolffheim dem Script der großen liberalen demokratischen Revolutionen in Berlin und Wien von 1848.³

- 1 Wolffheim, Friedrich (»Fritz«): »Der 6. November 1918«, in: Hamburger Volkswart, 1. Jahrgang, Nr. 7 (1921), S. 2- 6. Den Hinweis auf diesen Text verdanken wir Ullrich Bauche.
- 2 Der Vortrag von Ullrich Bauche, gehalten am 19.12.2018 im Museum für Hamburgische Geschichte, ist erschienen. Vgl. Bauche, Ullrich: »Jüdische Aktivisten in der Revolution 1918/19 in allen drei Fraktionen der politischen Arbeiterbewegung Hamburg«, in: Bönig, Jürgen/Bornholdt, Rolf/Wiedey, Wolfgang: Ullrich Bauche. Genau hinsehen, Hamburg 2019, S. 257-266.
- 3 Friedrich (»Fritz«) Wilhelm Wolffheim, geb. 30.10.1888 in Berlin, verhaftet 1.9.1939, zunächst Konzentrationslager Fuhlsbüttel, ab 8.9.1939 KZ Sachsenhausen und ab Ende August 1941 KZ Ravensbrück, durch Giftgas ermordet in der Tötungsanstalt Bernburg am 17.3.1942. https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&BIO_ID=3055&VIEW=PRINT, abgerufen am 18. 2.2021; der Text des Stolpersteins lautet: »FRIEDRICH »FRITZ« WOLFFHEIM : 1888 Friedrich-Ebert-Damm 49 (Wandsbek) HIER WOHNTE DR. FRIEDRICH »FRITZ« WOLFFHEIM JG. 1888 VERHAFTET 1939 KZ

1.2 Zur Vorgeschichte

Den Anfang der Protestbewegung läuteten am 5. November Mitglieder der USPD ein, die auf Mitgliederversammlungen der Gewerkschaftsorganisationen der Werftarbeiter, wo die USPD besonders stark vertreten war, ein schnelles Handeln für den Umsturz in Hamburg forderten.⁴ Während es bereits im gesamten Tagesverlauf des 5. November in Hamburg Versammlungen aus der Arbeiterschaft gab und diese auf Zurückhaltung der SPD und der Gewerkschaften stießen, hielt die USPD unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann (1874-1954) am Abend eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, welche sich – verstärkt durch am Hamburger Hauptbahnhof versammelten Matrosen und Soldaten – mehr und mehr von der Begeisterung für die revolutionäre Bewegung getragen zu einer revolutionären Erhebung entwickelte.⁵ Von dieser Versammlung ging die zündende Wirkung für die Besetzung der Stadt durch bewaffnete Matrosen und Soldaten aus. Am Morgen des 6. November war die Stadt praktisch in der Hand der bewaffneten Matrosen und Soldaten. Die Vereinigung der verschiedenen »unrest groups«⁶ in Hamburg, USPD und radikale Linke, verstärkt durch die revolutionären Matrosen und Soldaten, nutzte das große Unzufriedenheitspotential in der Bevölkerung, die großen Entbehrungen und Hungererfahrungen angesichts des sich dahinschleppenden Krieges. Der erste provisorische Arbeiterrat vom 6. November umfasste ausschließlich USPD-Mitglieder. Am 12. November 1918 wurde der Linksradikale Heinrich Laufenberg zum Vorsitzenden des provisorischen AuSRs Hamburg-Altona gewählt. Mit ihren Protesten entwickelten die »unrest groups« in den ersten Tagen der Revolution in Hamburg eine starke Initiativkraft, um die alten Machtstrukturen beiseitezuschieben, Senat und Bürgerschaft zu entmachten und den Umbau von Staat und Gesellschaft, gestützt durch massenhafte Demonstrationen der Öffentlichkeit, in Angriff zu nehmen.⁷

FUHLSBÜTTEL DEPORTIERT 1939 SACHSENHAUSEN RAVENSBRÜCK ERMORDET 17.3.1942 ›HEIL-ANSTALT‹ BERNBURG«. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Wolffheim u. www.dasjuedischehamburg.de/inhalt/wolffheim-fritzm, abgerufen am 19.9.2021. Vgl. Stalman (2013): Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 33, Anm. 91.

- 4 Hier sei auf den Übergang vom Aufstand der Matrosen in Wilhelmshaven gegen das Auslaufen der Hochseeflotte in die Revolution in Kiel am 4. November 1918 verwiesen. Aus der anfänglichen Meuterei entwickelte sich eine revolutionäre Konfliktkonstellation mit den Konfliktparteien auf der Seite der politischen »alten« Macht, vertreten durch die Admiralität und den Stadtkommandanten in Kiel und – auf der anderen Seite – die bewaffneten aufständischen Matrosen, Soldaten und Arbeiter der Arbeiterbewegung, aus denen die Kieler Arbeiter- und Soldatenräte hervorgingen. Vgl. dazu Kinzler, Sonja/Tillmann Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018 [<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/mgzs-2021-0076/html>, abgerufen am 9.9.2021].
- 5 Viele Mitglieder der Linken, insbesondere die Parteiführer wie in Hamburg Paul Dittmann (1875-1919) oder Heinrich Laufenberg (1872-1932) waren gerade aus der Haft oder dem Militär entlassen.
- 6 Zu den »unrest groups« vgl. w.u. Meyer-Lenz, Johanna: »Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution«, S. 71-83.
- 7 Zur sehr differenzierten Schilderung der Ereignisse vgl. Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19, 2 Bände, Hamburg 1976, Band1, S. 614-650.

Die Versammlung auf dem Heiligengeistfeld und der anschließende Marsch über die Reeperbahn zur Palmaille, zur Generalkommandantur und daraufhin nach Altona bilden die erste große Erscheinung der Massen am Tage der Revolution selbst.⁸

1.3 Friedrich (>Fritz<) Wolffheim: Der 6. November 1918

I.

Seit Anfang Oktober in Berlin eine Konferenz aller revolutionären Gruppen in London stattgefunden hatte, war ihre Propaganda systematisch unter dem Gesichtswinkel betrieben worden, daß der staatliche Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs nahe bevorstünde und daß deshalb alle Kräfte auf den kommenden Aufstand zu konzentrieren seien. Wenige Wochen später begann mit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie und der Aufrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte in Wien die **deutsche Revolution**. Im Reiche selbst saß inzwischen die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der Herr Scheidemann die Aufgabe hatte, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse so fest als möglich mit dem Interesse der Hohenzollerschen Dynastie zu verknüpfen. Es bedarf infolgedessen keiner Versicherung, daß die **sozialdemokratische Partei Deutschlands** die sich ankündigende Revolution nicht wünschte, daß sie vielmehr bereit war, sie, sofern sie dazu in der Lage war, im Keime zu ersticken, und daß infolgedessen für die revolutionäre Bewegung alles darauf ankam, die Sozialdemokratie vor **vollendete Tatsachen** zu stellen, deren Wirkung sie sich weder entziehen konnte, noch die sie rückgängig zu machen in der Lage war.

Es ist bekannt, daß den ersten Anlaß zur Erhebung der Befehl an die Flotte zum Auslaufen gegen die englische Küste gab. Schon am 3. November entspannen sich in **Kiel** große Gefechte zwischen Matrosen, die sich weigerten, auf die Schiffe zurückzukehren, und Militärpatrouillen, die den Auftrag hatten, den Widerstand der Mannschaften gewaltsam aus dem Wege zu räumen. Am 4. November zerbrach nach **heftigen Gefechten** in Kiel die Autorität der Militärgewalt. **Matrosen- und Soldatenräte** entstanden, auf den Schiffen wurde die rote Fahne gehißt, die Arbeiterschaft trat in einer Unterstützungsbewegung ein. Während von allen Garnisonen Schleswig-Holsteins Mannschaften zur Niederwerfung der Revolte herangezogen wurden, begab sich von Berlin Herr Noske nach Kiel, um für das kaiserliche Regiment zu retten, was zu retten war. Aber die Bewegung war weit davon entfernt, sich auf eine lokale Matrosenrevolte zu beschränken. Dem Zusammenbruch des imperialistischen Staatensystems, das sich um Deutschland gruppiert hatte, mußte der Zusammenbruch der inneren Staatsgewalt in den einzelnen Ländern folgen, und schon war allgemein unter den Truppen die militärische Autorität zu stark erschüttert, als daß sich Mannschaften zu einem ernsthaften Kampf gegen den Aufstand in Kiel hätten bereit finden lassen. So gaben alle gegen Kiel entsandten Kontingente den Aufforderungen der revolutionären Matrosen und Soldaten zufolge die Waffen ab und kehrten in ihre Garnisonen zurück, wo in den nächsten Tagen die militärische Autorität gleichfalls zusammensank.

In **Hamburg** hatte schon seit den Waffenstillstandsverhandlungen die Stimmung auf den Werften für die kaiserliche Regierung bedrohliche Formen angenommen. Als

8 Das folgende Kapitel enthält die Wiedergabe des Originaltextes (Abschrift).

am 3. November Arbeiter aus Kiel Gerüchte mitbrachten, daß in den Straßen dieser Stadt Gefechte stattfänden, bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine gewaltige Erregung. Am folgenden Tage, als die Presse die Nachricht bestätigte, wurde auf der **Vulkanwerft** schon für die Stilllegung des Betriebes Propaganda gemacht. Tags darauf kam es auf der gleichen Werft zu tumultuarischen Auftritten, die der Regierung so gefährlich erschienen, daß militärische Maßnahmen gegen die Werften beraten wurden. Wiederum erschien die sozialdemokratische Partei als das geeignete Organ zur Niederhaltung der drohenden Revolution, und so konnte um 12 Uhr der Distriktskommissar Zufall seiner Behörde berichten, daß **Stubbe, Stolten und Hense** zum Generalkommando berufen seien, während am gleichen Tage **Herr Koch**, der damalige Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Beratungen mit den Eisenindustriellen wegen der Arbeitsmöglichkeit infolge Demobilmachung abhielt.

Inzwischen setzte sich seitens der Vulkanwerft eine Delegation von Arbeitern mit dem Gewerkschaftshause in Verbindung, um zu erfahren, wie sich die Herrschaften dort die weitere Entwicklung vorstellten. **Herr Richter** vom Metallarbeiterverband tat am Telefon, als wenn er von der ganzen Bewegung nichts wisse und ersuchte um Aufklärung. Als er auf die Presse (S. 3) verwiesen wurde, bemerkte dieser edle Sachwalter der Arbeiterklasse, er hätte soeben vom Generalkommando den Bescheid erhalten, daß die Behörde davon unterrichtet wäre, daß auf den Werften alles drunter und drüber ginge. Es sollten die schärfsten Maßnahmen ergriffen werden, um die Unruhen zu dämpfen. Eine von der Delegation zu 3 Uhr nachmittags einzuberufende Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung wurde abgelehnt. Als diese Versammlung dann dennoch zustande gebracht wurde dadurch, daß die Arbeiterdelegation von Betrieb zu Betrieb ging, um die Delegierten zu bestellen, hatten sich zu dieser Sitzung auch die Herren **Hense, Große, Richter und Stubbe** eingefunden. Vermutlich empfanden sie das Bedürfnis, im Einklang mit den ihnen im Generalkommando gewordenen Anweisungen sowie in Unterstützung der von ihren Freunden **Scheidemann** und **Noske** betriebenen konterrevolutionären Politik für die Einseifung der Arbeiterschaft von Hamburg zu tun, was in ihren Kräften stand. Die Herren verhielten sich zunächst ablehnend, bekannten sich aber ausdrücklich zur Tendenz des **Hamburger Echo**, das noch wenige Tage vorher in der pöbelhaftesten Form linksradikale Genossen beschimpft hatte, weil sie »**anonym zum Aufstand hetzten**«. Herr Große verkündete die für einen angehenden Revolutionsgewinnler immerhin eigenartige Weisheit, daß »**unter den jetzigen Umständen, wo der Feind vor der Tür stehe, die Revolution eine Idee aus dem Tollhause sei**«.

Noch während der Versammlung wurde bekannt, daß entgegen der ursprünglichen Verweigerung der von den Vulkanarbeitern geforderten Delegiertenversammlung das Gewerkschaftskartell zu 5 Uhr dennoch eine **offizielle Sitzung der Delegierten und Vertrauensleute für ganz Hamburg** einberufen [hatte], die dann auch pünktlich im Musiksaal des Gewerkschaftshauses eröffnet wurde. Den Vorsitz führte Herr Hense. Vertreter der Vulkanwerft gaben die Erklärung ab, daß die Arbeitermassen nicht mehr zu halten seien, worauf Herr Hense plötzlich offenbarte, daß das Kartell sich an die Spitze der Bewegung stellen wolle; er machte aber zur Bedingung, daß nichts unternommen werden dürfe, bevor eine neue, durch die Presse zu berufende Versammlung sämtlicher Delegierten und Vertrauensleute von Hamburg-Altona Stellung genommen habe. Die Absicht ging dahin, den für den nächsten Tag drohenden Streik, der von den Arbeitern

als Sympathiestreik für die revolutionäre Marine gedacht war, unter allen Umständen zu verhindern. Daß dieser saubere Plan scheiterte, ist ein Verdienst der unabhängigen sozialdemokratischen Partei; deren anwesende Delegierte erklärten, daß am gleichen Tag eine öffentliche Volksversammlung mit dem Abgeordneten Dittmann als Redner stattfinde und daß in dieser Versammlung der Sympathiestreik unter allen Umständen beschlossen werden würde. Kurz vor Schluß der Versammlung, die die Vertreter der U.S.P. verlassen hatten, – Linksradikale waren nicht da, weil sie im Zuchthause oder im Gefängnis saßen, soweit sie nicht Soldaten waren – erschien plötzlich der famose Ortsleiter des Metallarbeiterverbandes, Herr **Koch**, wie üblich im angetrunkenen Zustande, auf der Bildfläche, um gegen den Streik zu hetzen und eine »große Sache« anzukündigen. Es werde eine **Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer- mit den Arbeitnehmerverbänden** hergestellt werden und diese dürfe man doch nicht stören. Herr Hense ärgerte sich über die Tölpelhaftigkeit seines Kollegen, packte ihn am Arme und zerzte ihn hinter die Bühne. Nach kurzer Zeit erschienen sie wieder und waren gute Freunde. Herr Koch hatte offenbar begriffen, daß es nicht klug war, solch große Sachen vorzeitig auszuplauschen.

Bevor die Versammlung auseinander ging, erschienen einige **Matrosen als Abgesandte aus Kiel**. Sie baten die Arbeiterschaft von Hamburg, sie nicht im Stich zu lassen, denn ohne Hamburg sei Kiel verloren. Die anwesenden Bonzen stellten sich taub; Herr Stubbe zuckte mit den Achseln und ging fort.

Inzwischen waren in Hamburg alle Wachen verstärkt worden. Von Hamburg nach Kiel wurde kein Zug abgelassen. Die Folge war, daß durchreisende Matrosen nicht zu ihren Schiffen zurückkonnten und sich im Hamburger Hauptbahnhofe und in seiner Nähe in größeren Massen sammelten. Schon am frühen Abend wurde unter ihnen eifrig diskutiert, Infanteristen schlossen sich an, überall bildeten sich lebhafte Gruppen. Zu bemerken ist, daß in jener Zeit die Mannschaften auf den Wachen noch fest in den Händen ihrer Vorgesetzten waren, daß sie ihre dienstlichen Befehle mit der üblichen Präzision ausführten, daß aber freilich weder sie noch ihre Vorgesetzten besonders große Lust erkennen ließen, in bewaffnete Kämpfe mit Aufständischen verwickelt zu werden.

Die abends im Gewerkschaftshause stattfindende **Volksversammlung**, in der der Unabhängige **Dittmann** als Hauptredner sprach, war überfüllt und voll revolutionärer Begeisterung. Die Parole, am kommenden Tage in einen **Sympathiestreik** einzutreten, wurde mit stürmischer Zustimmung aufgenommen. Nach (S. 4) Dittmann sprachen außer einigen Parteirednern noch Soldaten und Matrosen. Alle bezeugten unter brausendem Beifall der revolutionären Marine ihre Solidarität. Die Versammlung selbst hatte schon dadurch ein außergewöhnliches Gepräge, daß truppenweise Matrosen und Soldaten in den Saal hineindrängten, und daß schließlich eine Anzahl Infanteristen erschien, die aus dem Untersuchungsgefängnis in der Bundesstraße ausgebrochen waren. Wieder ist charakteristisch, daß in der Versammlung selbst von einem bewaffneten Aufstand in Hamburg mit keinem Wort die Rede war. Doch hatte dieser inzwischen mit Taten bereits begonnen.

II.

Die in Gruppen versammelten Matrosen und Soldaten hatten sich nicht allzu lange mit müßigem Diskutieren aufgehalten. Sie entwaffneten in später Abendstunde die Wache am Hauptbahnhof und zogen in bewaffneten Trupps durch die Straßen, deren Bild sich nun rasch änderte. Von allen Seiten tauchten plötzlich Waffen und Bewaffnete auf. Soldaten verließen die Kaserne und schlossen sich an. Einzeln gehende Polizisten und Patrouillen wurden entwaffnet, Waffenlager ausfindig gemacht und die Waffen an Arbeiter ausgegeben. Ein Trupp von Matrosen unter Führung des Matrosenmaates **Zeller** begann, die Schiffe im Hafen zu revolutionieren. Offiziere waren nicht anwesend, die Mannschaften schlossen sich ohne weiteres an. Gegen Morgen wurde mit Maschinengewehren der Elbtunnel besetzt, vom Hauptbahnhof zum Gewerkschaftshaus eine dichte Postenkette gezogen, Waffen im Gewerkschaftshause aufgestapelt, Maschinengewehre auf Lastwagen montiert, im Gewerkschaftshaus eine Art Hauptquartier aufgeschlagen. Am Morgen des 6. November waren alle Stadtviertel in Hamburg jenseits der vom Hauptbahnhof nach dem Berliner Tore führenden Stadtbahn derart von Aufständischen beherrscht, daß dort kein Polizist, kein Offizier, kein Vertreter der Staatsgewalt mehr zu sehen war, und daß bewaffnete Arbeiter und Soldaten mit roten Abzeichen völlig die Straße beherrschten.

Sollte diese sich gigantisch ankündigende Aufstandsbewegung nicht von vornherein der Zersplitterung verfallen, so war dringend erforderlich, daß ihre revolutionären Kräfte zu einem **einheitlichen Stoß zusammengefaßt** wurden. Von einer revolutionären Führung war bis zu dieser Stunde wenig zu erkennen. Die Unabhängigen hatten einen »Sympathiestreik« beschlossen, hatten auch von Arbeiter- und Soldatenräten geredet, aber diese sollten im Rathause Forderungen stellen, während inzwischen sich in Einzelaktionen bewaffneter Gruppen in der Stadt der Aufstand erhob. Sollte der Aufstand mehr sein als eine Revolte, sollte er neben seinen negativen Zielen der Zertrümmerung der militärischen Autorität, auch ein positives revolutionäres Ziel erhalten, so kam alles darauf an, von vornherein die Bewegung so zu leiten, daß aus ihr sich eine revolutionäre Staatsautorität entwickeln konnte. Von diesem Gedanken ausgehend, übernahm nunmehr im Gewerkschaftshause **Wolffheim**, der als Soldat aus Flensburg erschienen war, eine Art Oberbefehl über die dort versammelten bewaffneten Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Er vereinbarte mit den Wortführern der Matrosen und dem Genossen Friedrich **Peter**, der ein Maschinengewehr, das auf einem Lastwagen montiert war, führte, daß sich um 10 Uhr die Bewaffneten unter Zurücklassung der notwendigen Sicherungen in geschlossenem Zuge nach dem Heiligengeistfelde in Bewegung setzen sollten, wohin die Unabhängigen um 12 Uhr mittags eine Demonstrationsversammlung einberufen hatten. Der Plan ging dahin, die Kasernen vorläufig liegen zu lassen und vom Heiligengeistfelde aus das **Generalkommando zu stürmen**, in dem die ganze staatliche Gewalt des alten Systems verkörpert war. Die Kasernen bildeten für den bewaffneten Zug keine Gefahr, weil zwar Offiziers- und Unteroffiziersposten die Tore besetzt hielten, die Mannschaften aber zum Verweilen in den Stuben verurteilt waren, da die Vorgesetzten sehr wohl wußten, daß sie darauf brannten, sich der Bewegung anzuschließen.

Während nun ein starker geschlossener Zug von Bewaffneten nach dem Heiligengeistfeld marschierte, ergossen sich dorthin große Züge streikender Arbeiter, die zur

Demonstrationsversammlung gingen, und Schwärme von Bewaffneten, wie sie in allen Teilen der Stadt in jenen Stunden zu sehen waren. Fast in ganz Hamburg waren bis gegen 12 Uhr mittags die Polizeiwachen entweder gestürmt oder entwaffnet, oder zum mindesten die Polizei von den Straßen vertrieben. Offiziere waren entwaffnet und gezwungen worden, ihre Abzeichen abzulegen. Einer der großen Schwärme von Bewaffneten, die nach dem Heiligengeistfeld zogen, erzwang sich den Eintritt in das Untersuchungsgefängnis, um die politischen Gefangenen zu befreien. Daß dabei auch eine Anzahl krimineller Verbrecher, darunter der Raubmörder Ebert, ihre Freiheit wenigstens zeitweise wiederfanden, liegt in den Umständen begründet.

Auf der Rampe des Untersuchungsgefängnisses versuchte im Auftrage des Generals von Falk ein Hauptmann in voller Uniform Verhandlungen (S. 5) zwischen den Aufständischen und dem Generalkommando in die Wege zu leiten. Es wurde ihm indessen bedeutet, daß der General von Falk die Zeit verpatzt hätte, in der ihm Gelegenheit genug geboten gewesen sei, mit seinen Soldaten zu verhandeln. Sie hätten jetzt Wichtigeres zu tun, aber der kommandierende General würde schon bemerken, wenn sie kämen. Der Hauptmann erklärte, der General wünsche Blutvergießen zu vermeiden, um zu erfahren, daß eben dies auch der Wunsch der Soldaten sei. Er möge seinem General sagen, daß die Soldaten und Arbeiter die Waffen nur zu ihrem Selbstschutze trügen, daß sie sie aber zu gebrauchen wissen würden, wenn man sich unterstehen sollte, sie anzugreifen oder ihnen Widerstand entgegenzusetzen.

Bevor auf dem Heiligengeistfelde die Reden begannen, stellte sich aus der **31er Kaserne** eine Gruppe von Soldaten ein, die die Meldung überbrachte, daß die Kaserne sich der Bewegung angeschlossen hätte, und daß die Offiziere von allen Funktionen suspendiert seien. Zugleich stellte sich eine Gruppe aus der Militärmusik der 31er zur Verfügung. Kurz nach 12 Uhr mittag begannen die Reden. Das Feld war von einer unübersehbaren Masse besetzt, unter der sich Tausende von Bewaffneten befanden. Als Rednertribüne diente der Scheinwerfer, von dem die rote Fahne herabwehte. Jetzt war der Zeitpunkt gekommen, wo es sich darum handelte, Streik, Demonstration und bewaffneten Aufstand zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen, um zu bewirken, daß aus dem Aufstand in Hamburg ein entscheidender Sieg der deutschen Revolution wurde. Es konnte sich deshalb nicht darum handeln, wie die Unabhängigen beabsichtigten, zu einem Demonstrationzuge nach dem Rathaus anzutreten, um dem Senat und der Bürgerschaft »Forderungen« zu übermitteln. Es handelte sich darum, **die bestehende Staatsgewalt endgiltig zu zerschlagen**. Deshalb wurde von der Rednertribüne aus zum Ausdruck gebracht, daß nach der zusammengebrochenen Revolution von 1848 jetzt dem Volke die Schicksalsstunde geschlagen habe. Wieder wie damals bestehe die Gefahr, daß mit scheindemokratischen Methoden der Bewegung das Rückgrat gebrochen werde. Die sogenannte Volksregierung des Herrn Scheidemann sei ein Schwindel der gleichen Art, wie im Jahre 1848 die Vereinbarerversammlung des preußischen Landtages, und wieder gelte das Wort Ferdinand Freiligraths an das revolutionäre Volk: Lass deinen Ruf: »die Republik!« die Glocken überdröhnen, die diesem allerneuesten Johannesschwindel tönen. Die revolutionäre Bewegung, die jetzt ihrem Sieg entgegeneile, verfolge das gleiche Ziel wie seit hundert Jahren: Gegen die Fürsten, gegen die Kleinstaaterei, gegen die deutsche Zerrissenheit, für die Einheit und Freiheit des Volkes, für die Befreiung von jeder Tyrannei, von kapitalistischer Knechtschaft im Innern und von

außen. Wieder lohe wie damals in Wien ein flammendes Fanal. Nicht dürfe wieder jenes Wort Wahrheit werden, mit dem der Dichter der Revolution von 1848 das schlafende Deutschland empor zu reißen versuchte zum Freiheitskampf für Wien:

Ja, Deutschland, ein Erbeben! Ja, Deutschland, eine Tat!
 Nicht, wo im roten Dolman einhersprang der Kroat,
 Nicht, wo vom Huf der Rosse das Donauufer bebt,
 Nicht, wo am Stephansturme der weiße Rauch sich hebt,
 Nicht, wo aus Sklavenmörsern die Brandraketen sprühn –
 Nicht dorthin, ernster Norden, gewaffnet sollst du ziehn!
 Nicht dorthin sollst du pilgern zur Hilfe, zum Entsatz –
 Allwärts, um Wien zu retten, stehst Du an deinem Platz!
 Räum auf im eignen Hause! Räum auf und halte Stich –
 Den Jellachich zu jagen, wirf **deinen** Jellachich!⁹
 Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
 Mach fallen **unser** Olmütz, und Olmütz rasselt nach!

Der Herbst ist angebrochen, der kalte Winter naht –
 O Deutschland ein Erheben, o Deutschland eine Tat!
 Die Eisenbahnen pfeifen, es zuckt der Telegraph –
 Du aber bleibst gelassen, du aber bleibst im Schlaf!
 Beim Todeskampf der Riesin dastehst du wie ein Stein –
 Alles, wozu du dich ermannst, ein kläglich Bravoschrein? –

(S. 6) Schon hat der revolutionäre Funke in Kiel gezündet. **In Hamburg aber fällt die Entscheidung nicht für den deutschen Norden, sondern für das ganze deutsche Reich.** Wer den Sozialismus will, wer den Kommunismus will, wer die Freiheit des Volkes, des freien Volkes in Waffen will, der stimme ein in den Ruf: **Es lebe die sozialistische Republik.**

Anschließend machte der Unabhängige Düwell den Vorschlag, sich für die Zwecke der revolutionären Bewegung des Echo¹⁰ zu bemächtigen und die Redaktion zu zwingen, die Hälfte des Blattes der Leitung der revolutionären Bewegung zu übergeben. Nichts kennzeichnet besser die Stimmung der versammelten Masse als der fast einstimmige Ruf: das ganze Echo! mit dem dieser Vorschlag beantwortet wurde. Damals inmitten des Gluthauches der Revolution wußten die Prol[et – Zusatz ML]arier von Hamburg, daß die Revolution verraten sei, wenn es jemals den Echomännern wieder gelänge, entscheidenden Einfluß zu gewinnen.

-
- 9 Der »Jelačić« steht als Figur für die gegenrevolutionären Truppen. Als Armeeführer verteidigte er die kaiserliche und königliche Monarchie Österreich-Ungarn 1848/49 gegenüber der Revolution.
- 10 Das Hamburger »Echo« ist der Name der sozialdemokratischen Tageszeitung in Hamburg, die seit 1875 im J.H.W. Dietz-Verlag erschien.

III.

Sodann wurde die Anordnung getroffen, daß sich ein militärischer Zug mit der Spitze in der Richtung nach der Reeperbahn formiere zu dem Zweck, das Generalkommando zu stürmen und von dort aus die Besetzung der Stadt zu vollenden. In Voraussicht kommender Straßenkämpfe erging die Parole: Matrosen an die Spitze, Infanterie anschließend, hierauf bewaffnete Arbeiter und am Schluß die Demonstranten. Mit wunderbarer Präzision vollzog sich der Aufmarsch. Die Musikkapelle ging in Schleifen, um ein Aufschließen in Gruppen zu ermöglichen. Matrosen sprangen, die Gewehre in den Händen, an die Spitze des Zuges und sorgten dafür, daß kein Zivil sich zwischen die Uniformierten mischte. Dann setzte sich, während die Kapelle spielte, der gewaltige Zug in Bewegung. Eine Spitze voraus mit entschicherten Gewehren, Seitenpatrouillen zwischen Spitze und Zug, und vor der Musikkapelle etwa noch ein Dutzend Gruppen von Soldaten und Matrosen – so ging es auf die Reeperbahn zu. Die Fenster der Arbeiterwohnungen flogen auf und mit Hurra und Tücherschwenken wurde die marschierende Revolution begrüßt. Kaum in der Reeperbahn angelangt, erhielt die Spitze des Zuges Feuer aus Häusern. Hier zeigte es sich, wie nötig es war, daß die demonstrierenden Zivilisten aus der Schar der Bewaffneten ferngehalten worden. In unglaublicher Geschwindigkeit war die Straße geräumt, rechts und links stürzten die Soldaten in die Häuser, um von den gegenüberliegenden Fenstern aus das Feuer der Gegner niederzukämpfen. Zweimal erlitt der Zug auf diese Weise Verzögerungen. Als er sich endlich in guter Ordnung dem Generalkommando näherte, und als Beauftragte sich in das Gebäude begaben, um sich bei Herrn **von Falk** zu erkundigen, wie er sich der veränderten Sachlage gegenüber zu verhalten gedanke, war Herr von Falk mit seinem ganzen Stabe verschwunden und das Generalkommando geräumt. Es ist offenbar, daß die zwei Feuergefechte in der Reeperbahn den Zweck hatten, den herannahenden Zug aufzuhalten, um dem Generalkommando Zeit zur Räumung zu lassen.

Mit der Flucht des kommandierenden Generals war der **Sieg der Revolution im Bereich des 9. Armeekorps entschieden**. Gelang es nicht von anderer Seite her, die kaiserliche Gewalt über dieses Territorium neu aufzurichten, so war der Zusammenbruch der Staatsgewalt im ganzen Reiche besiegelt. Ganz unabhängig von Parlamentsbeschlüssen, formalen Abdankungsurkunden und den Abmachungen zwischen sozialdemokratischen Ministern und Ministeranwärtern auf der einen Seite und dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden auf der anderen. Die militärische Sicherung der vollzogenen Revolution in Hamburg war deshalb die dringendste Aufgabe des Augenblicks, neben der andere organisatorische und politische Dinge zurückzustehen hatten. Die Entwaffnung der Wachen, die Übergabe der Kasernen, die Besetzung aller Bahnhöfe und sonstigen Stützpunkte vollzog sich nun automatisch und ohne eine Direktive von irgend einer [sic!] Seite. Während eifrige Parteijournalisten sich mit den Redakteuren des Echo auseinandersetzten und die rote [sic!] Fahne als Organ der Revolution ins Leben riefen, wurde das Gewerkschaftshaus zum Mittelpunkt etwa nötiger militärischer Sicherungsaktionen. Als gegen Abend gemeldet wurde, daß Kavallerie von Wandsbek zum Angriff auf Hamburg heranrückte, standen vor dem Gewerkschaftshaus in kürzester Frist wieder an 2000 Mann in Gruppenkolonne unter den Waffen, die den Husaren und Dragonern entgegenrückten. Diese wagten keinen ernsthaften Kampf, sondern machten kehrt, und nun schlossen sich auch ihre Kasernen der Bewegung an.

Schon auf dem Heiligengeistfeld war verkündet worden, daß mit einem geglückten Aufstand alle bisher bestehende politische Gewalt aufgehört haben würde zu existieren. daß von da ab die politische Macht ausschließlich in den Händen der Räte läge. Unter der Militärdiktatur, wo die ganze politische Gewalt im Lande und im Heer bei den kommandierenden Generälen konzentriert gewesen war, hatten Senat und Bürgerschaft eine Exekutivgewalt nicht mehr (S. 7) besessen. Arbeiter- und Soldatenräte waren zur Losung des Tages geworden, und niemand war verpflichtet zu wissen, daß die politischen Faktoren der Vorkriegszeit noch einmal durch Arbeiterparteien in ein kurzes Scheinleben zurückgerufen werden würden. Vom ersten Augenblick an war völlig klar, daß über die Betriebe und durch die Truppenteile im Wege geordneter Wahlen die Räte zu bilden seien, und daß die sozialistische Republik keine andere Form annehmen würde als die einer organisch entstehenden Räterepublik. Wenn schon am Abend des 6. November sich ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat aus eigener revolutionärer Machtvollkommenheit bildete, so konnte diesem Organ der Revolution keine andere Aufgabe zufallen als die, geordnete Wahlen zu veranlassen und ein drohendes Chaos durch entsprechende Maßnahmen zu verhüten.

Der weitere Verlauf der Hamburger Revolution hat indessen schon am nächsten Tage erwiesen, daß die Einsicht in revolutionäre Notwendigkeiten nicht etwa bei den Massen, wohl aber bei ihren sozialistischen Führern herzlich gering war. Und wenn schon der Unabhängige Calweit, der damals an der Spitze der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Hamburg stand, es fertig brachte, den in der Revolution aufgetauchten, politisch völlig unbedeutenden und in Hamburg unbekannten Matrosenmaat Zeller als bevollmächtigten Vertreter der revolutionären Armee sich beizugesellen, so braucht es niemand wunder zu nehmen, daß die Führung sehr bald in die Hände jener gerissenen Politikanten überging, die, gestützt auf Herrn Noske in Kiel und ihre Ministergenossen im Reich sowie auf einen eingelaufenen Parteiapparat und eine weitverzweigte Presse, vom ersten Tage an kein anderes Ziel kannten als das, den vollzogenen Sieg der Revolution durch Verschweigen, Entstellen und Verfälschen der Tatsachen nicht in Erscheinung treten zu lassen. Jedem denkenden Politiker – und die Träger des alten Systems gehören nicht zu jener Art gehirnloser Amphibien wie ihre Nachfolger – mußte klar sein, daß nach dem Siege der Revolution in Wien der Sieg der Revolution in Hamburg das Ende einer Epoche bedeutete, die im Jahre 1848 begann und sich über 1866 und 1871 im November 1918 vollendete. Mit der militärischen Gewalt war die Fürstenmacht zertrümmert, mit der Beseitigung der Fürstengewalt war die Bahn frei für die Verwirklichung alles dessen, wofür in den Jahren 1813 und 1814, 1848 und 1849 die Besten gekämpft und geblutet hatten.

Was sozialdemokratisches Parteiklüngeltum aus dem vollzogenen Sieg der Revolution zu machen wußte, um ein freies Volk in Waffen waffenlos der imperialistischen Raubgier des kapitalistischen Völkerbundes zur Versklavung und zur Aussaugung vorzuwerfen, werden die folgenden Hefte des *Volkswart* (kursiv: ML) darlegen.

2. Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution November 1918 bis März 1919

2.1 Die »unrest« groups. Fragmentierte Hamburger Arbeiterbewegung: Konfliktlinien und Machtstrategien

Der Beginn der Revolution in Hamburg am 5./6. November 1918 erscheint als aus dem Chaos der ersten Revolutionstage geboren und nimmt am Ende einen Verlauf in den »geordneten Bahnen« einer demokratisch gewählten Bürgerschaft. Die Auseinandersetzungen um die »richtige« neue politische Macht und die Etablierung der geeigneten Staatsform in den Tagen der Revolution, ob Demokratie, ob sozialistische Republik, ob Räterepublik, ob Militärdiktatur, endeten symbolhaft, als mit der Einberufung der ersten demokratisch gewählten Bürgerschaft in Hamburg die rote Revolutionsflagge vom Rathaus entfernt wurde. Die Formen der »revolutionären Herrschaft« dazwischen als Auseinandersetzung zwischen den alten Kräften des Ancien Régimes, den reformistischen und radikalen Gruppen der Arbeiterbewegung, der SPD und den freien Gewerkschaften, den oppositionellen Gegengründungen der USPD, den Linksradikalen und der kommunistischen Partei, den Arbeiter- und Soldatenräten, den Gruppen und Konfliktparteien auf der bürgerlichen Seite – bilden den Gegenstand der hier vorgelegten Analyse.¹¹ Darin erscheint die Etablierung des neuen Machtregimes in Hamburg als parlamentarische Republik als Ergebnis der Auseinandersetzungen und der Machtkonflikte der konkurrierenden Gruppen in Hamburg. Dies bedeutete nicht das Ende zukünftiger Konflikte, sondern hier stellte sich eine grundsätzlich veränderte Ausgangslage auf der Ebene der politischen Systemregulierung dar. Die neuen Gestaltungswünsche einer demokratischen Governance stießen konfrontativ auf die vom Ancien Régime zurückgelassenen Lasten, die emotionalen – wie die Traumata – und die ordnungspolitischen – wie die Abwicklung des Kriegsendes und die Herausforderungen des ökonomischen, gesellschaftlichen, sozialen und psychologischen Umbaus einer zersplitterten Gesellschaft. Versailles und Weimar – die Stimmung des Aufbruchs und neue Fragmentierungen in den politischen extremen Lagern der Rechten und der Linken sind nur zwei Stichworte, welche die veränderte Konflikt- und Aushandlungslage in Hamburg für die Zeit der Weimarer Republik andeuten.

11 Zum Ansatz der dynamischen Konfliktforschung vgl. Mayer, Lotta: Konfliktodynamiken – Kriegsdynamiken. Zur Konstitution und Eskalation innergesellschaftlicher Konflikte, Bielefeld 2019, hier S. 159-175. Die Autorin entwickelt, angelehnt an den interaktionistischen Symbolismus und an die Untersuchungen von Konflikt-, Bürgerkriegs- und Bewegungsforschung, ein Analyseinstrumentarium, um die Entstehung von Protestbewegungen, seien es soziale Bewegungen, durch Rassismus oder andere Grundspannungen ausgelöste Konflikte, ihre Dynamiken und ihre sehr komplexen Verläufe bis hin zur Aufsplitterung und Fragmentierung in unterschiedliche Konfliktparteien zu verfolgen, die »Logiken« ihrer Auseinandersetzungen zu verstehen und die Neuformierung politischer Macht und Machtregime zu erklären. Die theoretischen Grundlagen der sozialen Bewegungsforschung beruhen im Wesentlichen auf den Arbeiten des US-amerikanischen Soziologen Herbert Blumer (1900-1987); zusammengefasst in: ders.: »Social Unrest and Collective Protest«, in: Denzin, Norman K. (Hg.): Studies in Symbolic Interaction. Band 1, Greenwich (CN) 1978, S. 1-54; vgl. Mayer (2019): Konfliktodynamiken, S. 30-40.

Zur Analyse des Konfliktverlaufs wird hier der Ansatz von Lotta Mayer zugrunde gelegt, der geeignet erscheint, die Ereignisse, Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Anfang November 1918 und Ende März 1919 zwischen den sich neu formierenden Protestgruppen und den oppositionellen Blöcken in einer Dimension zu fassen, welche es erlaubt, die Bezüge zwischen Selbstdefinition und Akteurserfahrungen mit dem konfliktuell hochaufgeladenen historischen Kontext am Ende des Ersten Weltkriegs in Beziehung zu setzen. Erst in der Aktion und in dem jeweils gegebenen historischen Kontext, so Lotta Mayer, bilden sich die Konfliktparteien aus, entwickeln ihre Identitäten, und im Weiteren ihre Strategien mit den daraus resultierenden Konfliktodynamiken.¹²

Die revolutionären Ereignisse umfassen die Zeitspanne vom Umsturz der alten Machtverhältnisse in Hamburg am 5./6. November 1919 bis zum Zusammentritt der ersten demokratisch gewählten Bürgerschaft in Hamburg am 23. März 1919. Die Initialzündung lag bei der Revolte der Matrosen der deutschen Hochseeflotte, die am 3./4. November 1918 mit dem Beginn der Revolution in Kiel ihren ersten Höhepunkt erreichte.¹³ Der von dort ausgehende hochdynamische revolutionäre Schub fegte die Macht des kaiserzeitlichen Ancien Régimes in den folgenden Tagen in den Städten, Kommunen und Ländern beiseite; der Raum für Entwürfe neuer Macht- und Regierungsformen entstand und die Vorstellungen der neuen Staatsordnung wurden – in unterschiedlichen Abweichungen – als Gegenentwurf etabliert. Ihre Ausprägungen bewegten sich in den Anfangstagen zwischen der Verkündung des 14-Punkte Programms¹⁴ der meuternden Matrosen in Kiel, dem Ruf nach Demokratisierung, nach der Abschaffung der Rang- und Befehlsordnung in Heer und Marine, nach dem Umsturz der »alten« Regierung und der Übertragung der Macht auf das Volk: als Räterepublik, als sozialistische, als demokratisch-parlamentarische Republik; die Vorstellungen waren zu diesem Zeitpunkt vielfältig und fließend.¹⁵

Den Ausgangspunkt der Analyse für die Revolutionszeit in Hamburg bildet ein formales Konfliktmodell, dessen zentrale Konfiguration durch die Interessen zweier

12 »Konfliktpartei ›sein‹ heißt, sich selbst als Konfliktpartei zu definieren und die im Konfliktverlauf gemachten Erfahrungen in das eigene Selbstobjekt einfließen zu lassen. Derart geht die jeweils eigene Konfliktgeschichte in verschiedener Weise in die Selbstdefinition der Gruppe ein, etwa glorifizierend oder kritisch distanziert.« Vgl. Mayer (2019): Konfliktodynamiken, S. 174. Zur Vorstellung des Konzeptes vgl. die Ausführungen zu »Akteurskonstellation und -konfiguration in der Konfliktarena«, ebd., S. 164-175.

13 Vgl. dazu die umfassende Darstellung zu Hintergründen und Verlauf des Aufstands der Matrosen der Hochseeflotte vom 29. Oktober bis zum 3. November 1918 von Dittmann, Wilhelm: »Enthüllungen und Feststellungen über die Marine im Weltkrieg (1926-1928)«, in: Ders., Erinnerungen. Band 3. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. (= Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Band 14/3), Frankfurt/New York 1995, S. 903-935; vgl. die Zusammenfassung der Enthüllungsrede vom 22. und 23. Januar 1926 im 4. Unterausschuss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages, ebd., S. 922-926.

14 Die »Kieler 14 Punkte« sind abgedruckt in Kollex, Knut-Hinrik: »Blaupause für die Revolution«, in: Kinze, Sonja/Tillman, Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018, S. 122-127, dort S. 125.

15 Zur Revolution in Kiel vgl. Pohl, Karl Heinrich: »Revolution in Kiel?«, in: Lehnert, Detlev (Hg.): Revolution 1918/19 in Norddeutschland, Berlin 2018, S. 21-98.

entgegenstehender Gruppen (Lager) gebildet wird, der »etablierten« Regierung und den »unrest groups«, den unzufriedenen unterprivilegierten Gruppen. Gegenstand des Konflikts ist die Gestaltung der Transformation der politischen Macht von den »alten« Trägern auf ein zukünftiges partizipatives Regime zwischen den extremen Alternativen eines sozialistischen Rätemodells oder einer parlamentarischen Demokratie. Dieses Analysemodell bezieht sich auf ein rationales Erklärungsmuster, das den Handlungslogiken der einzelnen Parteien, ihren Bündnisstrategien, den Gründen ihrer Unzufriedenheit und den Zielen ihrer politischen Neugestaltung nachgeht. Das wesentliche und für die Erklärung von Konfliktverläufen ausschlaggebende Element liegt in der Darstellung der Konflikte als Prozess, als eine fluide und aufgrund der kontingenten Entwicklung ständig sich ändernde Konstellation zwischen, aber auch innerhalb der Konfliktparteien. Diese Entwicklung liegt darin begründet, dass Prozesse der Konfliktaustragung, der Abstimmung und der Verhandlung ihrerseits zu Veränderungen des Konfliktgegenstandes sowie der Bündnispartner führen und weiterhin die Zielvorstellungen als auch die Bündnisrelationen selbst verändern. Rahmenbedingungen des Kriegsendes wie z.B. Ressourcen- oder Nahrungsmittelknappheit, das Zurückfluten der Armeen von der Front, die Ereignisse in Berlin Ende Dezember 1918 treten als komplexitätssteigernde Bedingungen hinzu, um Kooperationen in Frage zu stellen und neue Bündnisse einzuleiten. So können am Ende eines Konfliktes völlig neuartige Machtkonstellationen und politische Regime die Ausgangslage bestimmen, wie sie anfangs nicht intendiert waren.¹⁶

2.2 Ausgangssituation der Revolution in Hamburg im November 1918

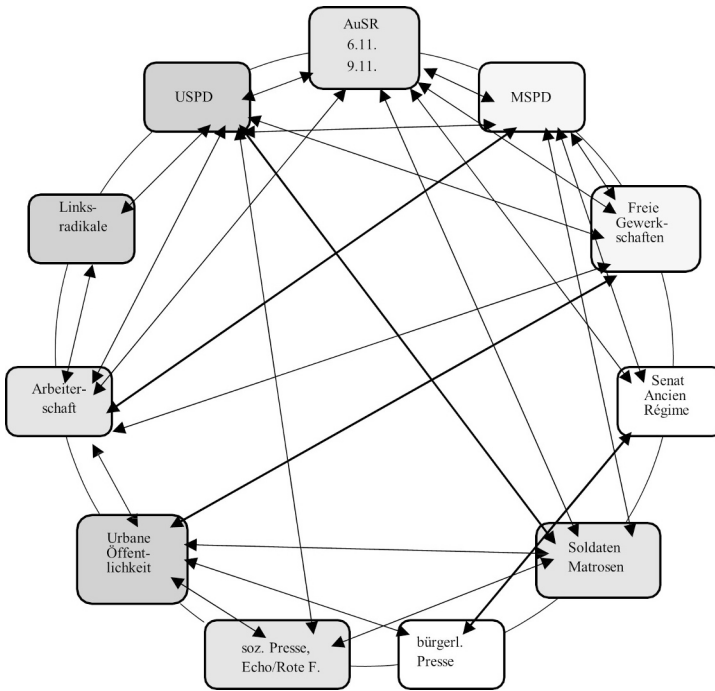
Für Hamburg schälten sich innerhalb des sozialistischen Blocks links von der SPD zwei Gruppierungen als »unrest groups« heraus, an der Spitze der aktiven Bewegung die Unabhängigen Sozialdemokraten, gefolgt von den Linksradikalen.¹⁷ Der Dissens zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsbasis in den großen Betrieben der Schiffbauindustrie und des Hafens fand in der Kritik an der »Burgfriedenspolitik« der SPD einen weiteren sichtbaren Ausdruck. An dieser Haltung bildeten sich die Bruchlinien in der Partei, in deren Folge sich die USPD gründete, die in Hamburg einen nicht kleinen

16 Dieses Konfliktmodell ermöglicht es, die größere Komplexität innerhalb des sozialistischen Lagers zu erfassen. Somit betrachtet es die inneren Auseinandersetzungen zwischen den »unrest groups« und zwischen den Lagern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Hamburg als Teil der Revolutionsgeschichte. Diese wird somit in ihrer Komplexität, in den inneren Auseinandersetzungen und ihren kulturellen Ausformungen sichtbar. Diese Überlegungen verleihen dem Geschehen die interpretative Logik, die damit nicht dem Narrativ folgt, die Transformation »nur« als Erfolgsgeschichte der SPD zu schreiben. Vgl. Ewald, Christina: »Als die rote Fahne am Rathaus wehte. Hamburg zwischen Revolution und Neuordnung«, in: Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19*, Kiel/Hamburg 2018, S. 108-125.

17 Die Darstellung bezieht sich im Wesentlichen auf die sehr dichte Beschreibung der Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung und ihrer Ausdifferenzierung in unterschiedliche Gruppen, hier auch nach Mayer »Fragmentierung« genannt, und ihrer Dynamik für das Revolutionsgeschehen. Vgl. Ullrich, Volker: *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Revolution 1918/19*, 2 Bände, Hamburg 1976.

Teil von Anhängern, insbesondere auch in der Werftarbeiterschaft fand. Aus der Artikulation des Protestes gegen die Burgfriedenspolitik der SPD entwickelte die USPD Alternativen zur Politik der SPD, die auf eine aktive Friedenspolitik (Verständigungsfrieden) mit der Vision einer revolutionären Transformation des Staates in eine Staatsform abzielten, deren Konturen sich von den Vorstellungen der SPD durch eine stärkere Orientierung an revolutionär-syndikalistischen Vorstellungen unterschieden.¹⁸

Abbildung 1: Fragmentierung der sozialistischen Bewegung und Akteursgruppen der Revolution 1918/19 in Hamburg und ihre reziproken Beziehungen (Der stärkere Pfeil unterstreicht eine größere Beziehungsintensität)



Die Gründung der USPD führte reichsweit zu verstärkten Unterdrückungsmaßnahmen ihrer Mitglieder durch die Militärgerichtsbarkeit und die zivile Justiz, Maßnahmen, die durch die Verhängung des Belagerungszustandes gedeckt waren. Dies war auch für Hamburg der Fall, wo sich im Laufe des Jahres 1917 der Kreisverein Hamburg-Altona der USPD »am 29. April 1917 im Anschluß an ein Referat Hugo Haases (1863-1919) über die Gründungskonferenz in Gotha bildete.«¹⁹ Mitglieder der USPD wurden

¹⁸ Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 438-450.

¹⁹ Ebd., S. 439. Bei den Gründungsaktivitäten war Jakob Rieper (:1890) sehr aktiv. Nach »einer anfänglichen Aufschwungphase« ging die Anzahl der Mitglieder zurück, offensichtlich auch ein Erfolg des »stellv. Generalkommandos in Altona [...], dem gefährlichen Treiben der unabhängigen Sozialdemokratie [...] mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und ihr die Möglichkeiten zur Verbreitung ihrer Gesinnung im Volke« zu unterbinden. Vgl. ebd., S. 441. Volker Ullrich geht in sei-

an die Front strafversetzt; sie wurden zu monatelanger Festungshaft verurteilt, mussten klammheimlich agieren.²⁰ Die Fragmentierung der Arbeiterbewegung setzte sich auch in den Jugendorganisationen fort, die radikale Jugend in der Gewerkschaftsbewegung formierte sich ebenfalls als Prozess der Abspaltung von der Hauptströmung.²¹ Viele Vertreter fand sie in der mit der offiziellen Gewerkschaftspolitik und den Funktionären des Gewerkschaftskartells unzufriedenen Arbeiterschaft in den Großbetrieben auf den Hamburger Werften. Ankerpunkte der Bewegung waren oftmals die Vertrauensmänner auf den Werften und in den Betrieben.

Aus diesen um die USPD zentrierten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern bildete sich eine wachsende und zunehmend aktive Kerngruppe der revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft in Hamburg, welche – sich den dramatischen Ereignissen des Matrosenaufstandes in Kiel anschließend – am 5. November 1918 die Initiative zur Beseitigung des Machtapparates des Kaiserreichs in Hamburg ergriff. Aus der lebhaften Versammlung der USPD am Abend des 5. November im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof, an der Tausende von Menschen teilnahmen, erwuchsen die Aktionen der bewaffneten Matrosen und Soldaten, welche in der Nacht vom 5. auf den 6. November Hamburg militärisch besetzten. Nach Sicherung der Stadt wurde das Gewerkschaftshaus als Zentrale des Aufstandes eingerichtet und am Morgen des 6. November 1918 wurde die politische Führung der Stadt dem provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat, bestehend aus Mitgliedern der USPD und aufständischen Matrosen, übertragen. Die Besetzung der Stadt durch die aufständischen Gruppen geschah in Anlehnung an militärische Besetzungsszenarien von Städten im Krieg; es war eine Bedrohungsskizze der Gewalt, die nicht in jedem Falle in direkte Kampfaktionen umschlug; der militärische Befehlshaber im Wehrkreis IX, der kommandierende General des stellvertretenden Generalkommandos, Adalbert von Falk (1856-1944), hatte auf eine militärische Intervention verzichtet und zog es vor, die Stadt im Laufe des Tages zu verlassen:

Am »Morgen des 6. November (traten) die Matrosen an die Führer der USPD heran, um ihnen die politische Leitung der Bewegung zu übertragen. Gegen 7 Uhr morgens wurde der Vorsitzende der Hamburger USPD, Ferdinand Kalweit (1885-1943), von einer Matrosenabordnung aus seiner Wohnung abgeholt und ins Gewerkschaftshaus gebracht.

nen Einschätzungen »für 1917 und die erste Hälfte von 1918 von etwa 500 Mitgliedern« aus. »Einen stärkeren Mitgliederzuwachs hatte die Hamburg-Altonaer USPD erst gegen Ende des Krieges zu verzeichnen.« Ebd., S. 440. Vgl. auch Dittmann, Wilhelm: *Erinnerungen*. Band 2. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rohann (= Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Band 14/2), Frankfurt/New York, S. 499-501.

- 20 Dies traf auf Wilhelm Dittmann zu. Vgl. ders., *Erinnerungen*. Band 2, S. 527-533. Dort findet sich der Bericht zu seiner Inhaftierung und Verurteilung durch das Militärgericht. Paul Dittmann (1878-1919), Gründungsmitglied der USPD Hamburg, wurde »infolge einer Denunziation des ersten Bevollmächtigten des deutschen Metallarbeiterverbandes der Zahlstelle Hamburg namens Koch wegen seiner oppositionellen Tätigkeit im Verband und in der Partei militärisch eingezogen; sein früher Tod war die Folge.« Ebd., S. 379; zur Denunziation vgl. ebd., S. 517-519; zur Verhaftung Heinrich Laufenbergs (1872-1932) im Februar 1917 vgl. ebd., Band 3, S. 1334.

- 21 Vgl. Ullrich (1976): *Arbeiterbewegung*, S. 315-338.

Schon eine Stunde später wurde hier ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.«²²

Mitglieder des Arbeiterrates waren die USPD-Mitglieder Ferdinand Kalweit (1885-1943), der den Vorsitz übernahm, Paul Dittmann (1878-1919), Jakob Rieper (geb. 1890)²³ und Paul Wagner. Diese »personelle Besetzung« entsprach »der führenden Rolle [...] der [...] USPD im Zeichen der sich zuspitzenden revolutionären Krise Ende Oktober/Anfang November [...]«. Der »provisorische Soldatenrat war ein Produkt des bewaffneten Aufstands selbst.«²⁴ Es dominierten in dieser ersten Stunde »[e]ntsprechend ihrer Initiativrolle« vor allem Matrosen aus Kiel.²⁵ Den Vorsitz hatte der Obermaat Friedrich Zeller (geb. 1893) inne, »von dessen Mut und Tatkraft« entscheidende Impulse ausgegangen waren, der »keine gefestigte politische Anschauung« hatte und im Dezember an den »konterrevolutionären Machenschaften« in Hamburg beteiligt war.²⁶ Seinen Anspruch auf die Übernahme der politischen Macht legitimierte der Arbeiter- und Soldatenrat dank »eigener revolutionärer Machtvollkommenheit«;²⁷ er verstand sich, legt man den programmatischen 14-Punkte-Plan als Blaupause zugrunde, als Organ des Übergangs

22 Vgl. ebd., S. 622-624, das Zitat S. 23.

23 Bei nicht vollständig ermittelten Lebensdaten wird das recherchierte Datum, also das Geburts- oder das Sterbedatum eingefügt.

24 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 623.

25 Mit dem Widerstand gegen die militärischen Eliten in Flotte und Heer und gegen die Kriegsführung des Kaiserreichs war die Machtfrage im Reich gestellt, eine Dimension, die so nicht sofort von den alten Mächten, der neu sich formierenden Regierung in Berlin und in den Machtzentren der Bundesstaaten gesehen wurde. Dass die Bewegung der Matrosen von den Soldaten aufgegriffen wurde, war auch dem Umstand zu verdanken, dass zahlreiche Matrosen und Soldaten ihre zum Teil unfreiwilligen Aufenthalte an Bahnhöfen dazu nutzten, den Umsturz in die Städte zu tragen, die Zentren der »alten« Macht zu besetzen, Verbündete zu suchen, Fakten zu schaffen, um dem »Neuen« zum Durchbruch zu verhelfen. Vgl. dazu Gallus, Alexander: Die deutsche Revolution 1918/19, in: Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier: Die Weimarer Republik, 13. 10.2018, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275865/revolutionen> - abgerufen am 28.11.2021. »In den Folgetagen breitete sich der Aufstand durchreisende Matrosen und Mundpropaganda von der Küste in weitere Teile des Landes aus. Ein Fürstentum nach dem anderen fiel wie ein Kartenhaus in sich zusammen, ganz ohne Gegenwehr. Am 7. November 1918 stürzte die Monarchie in Bayern und der Unabhängige Sozialdemokrat (USPD) Kurt Eisner rief die bayerische Republik aus. Am 9. November schließlich ergriff die Revolution Besitz von Berlin. Die revolutionäre Dynamik war dabei so spontan und rasant, dass die Planungen mancher revolutionärer Akteure selbst mit diesem Tempo nicht Schritt halten konnten.«, ebd.; vgl. Aulke, Julian: »Eisenbahn und Bahnhöfe. Die Bedeutung von mehrdimensionalen Räumen in der Revolution.«, in: Kinzler, Sonja/Tillmann, Doris (Hg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die Revolution 1918., Darmstadt 2018, S. 145; vgl. Kinzler, Sonja/Buttgereit, Jens: »Sturmvögel der Revolution«. Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen.«, in: ebd., S. 140-149.

26 Alle Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 623. Zur Charakterisierung von Zeller vgl. ebd., S. 624. Die Etablierung des Rates war eine »hastige Improvisation« und entsprang aus dem »Führungsvakuum der revolutionären Bewegung«, ebd., S. 623. Die Bildung des AuSR selbst erfolgte nach russischem Vorbild. Das Rätemodell galt als spezifisches Kennzeichen für den Charakter der revolutionären Umwälzung. Vgl. ebd., S. 624.

27 Ebd., S. 625.

in eine neue Staatsordnung und – während der Transformation – als Garant für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung und der öffentlichen Ordnung.²⁸

2.3 Fragmentierung und Kompromisse: Machtdimensionen, Gemeinsamkeiten und Konfliktpunkte innerhalb der Linken bei Ausbruch der Revolution 6.–8. November 1918

Die drei Akteursgruppen aus Sozialdemokraten, USPD und Radikaler Linker bildeten auf der Seite der Arbeiterbewegung den großen aktiven Block, aus dem sich die Führungsgruppe des AuSR bildete. Die Führer entstammten den leitenden Gremien der SPD, der USPD und den Gewerkschaften; teils traten ihnen aktive und in der revolutionären Bewegung führende Soldaten und Matrosen bei.²⁹ Die Bewegung wurde von Massen der Hamburger:innen durch öffentliche Versammlungen und Umzüge auf den Straßen und Plätzen der Stadt getragen; sie hatten entscheidenden Anteil an der Dynamik der Geschehnisse in Hamburg und agierten in unterschiedlichen Rollen als Zuschauer:innen, Unterstützer:innen, auch Gegner:innen oder als kritische Kommentator:innen und prägten somit Verlauf und Ergebnis der dann folgenden Transformation. Der kommunikative Austausch mit der Masse der arbeitenden und urbanen Bevölkerung in Hamburg, die Straße und die Versammlung, Diskussion und Information, Bühne und vorübereilende Menschen, dieser durch die Bevölkerung in vielen unterschiedlichen Funktionen besetzte, genutzte und ausgefüllte öffentliche Raum der Stadt trat in Hamburg wie in Kiel und anderen Städten als wesentlicher Faktor für die Entwicklung der revolutionären Dynamik in Erscheinung. Die Menschen gestalteten das politische Leben in Hamburg mit, sie bildeten nicht nur große Echokammern auf Protestdemonstrationen wie am 29. Dezember 1918 und am 1. Januar 1919, sie waren Akteur:innen einer erweiterten Szenerie der repräsentierten öffentlichen Meinungen. Das in Massen versammelte Publikum trat häufig auf der zentralen öffentlichen Bühne auf dem Rathausplatz auf, in den großen Demonstrationen im Januar 1919 auch als Teilnehmer:innen einer quasi in den urbanen öffentlichen Raum erweiterten Sitzung des AuSRs. Die Menschen betrachteten sich als Akteur:innen des politischen Geschehens: Die verschiedenen Lager und ihre fragmentierten Gruppen protestierten, nahmen Stellung, stritten sich.³⁰

28 Vgl. w.o. Anm. 4.

29 So die Matrosen Zeller und Heise. Exaktere biografische Daten über Zeller konnten nicht ermittelt werden. Wilhelm Heise (1893-1968) kündigte am 23.12.1918 seinen Rücktritt vom Vorsitz des SR an und wurde durch Walther Lamp'l am 27.12.1918 ersetzt. Vgl. Meyer, Anna Lena: »Wilhelm Heise«, in: Matthes, Olaf, Pelc, Ortwin: Menschen in der Revolution. Hamburger Portraits, Husum 208, S. 68-70.

30 Zur Rolle des urbanen Raumes bei dieser ersten großen Massenversammlung und anschließendem Umzug vgl. Wolffheim, Friedrich: »Der große Volksumzug zu Beginn der Revolution in Hamburg am 6. November 1918«, in: Hamburger Volkswart, 1.Jahrgang, Nr. 7, 15.11.1921, S. 2-6. Vgl. in diesem Band, S. 61-68. Vgl. auch die Szenerie auf dem Rathausmarkt am 11.1.1919, als zwei große Demonstrationsszüge auf dem Rathausmarkt zusammentrafen und die zunehmende Spaltung zwischen MSPD und USPD/Kommunisten zum Ausdruck brachten. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 696-698. »Im Auftrag der Demonstranten erschien eine Deputation der Mehrheitspar-

Der erste große Auftritt riesiger Menschenmassen erfolgte am 6. November 1918; zahlreiche Hamburger:innen hatten dem Aufruf der Parteien und Gewerkschaften vom Vortag Folge geleistet. Aus der Versammlung auf dem Heiligengeistfeld bildete sich ein Zug, organisiert und angeführt von aufständischen revolutionären bewaffneten Gruppen von Matrosen und Soldaten. In den meisten Betrieben war wegen Streik die Arbeit stillgelegt.

Nach dem Muster der großen Arbeitsniederlegungen und Protestdemonstrationen von 1917 und vom Jahresbeginn 1918 war zu einer großen Volksversammlung mittags auf dem Heiligengeistfeld aufgerufen worden. Vor dem Forum einer aus ca. 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem Heiligengeistfeld zusammengeströmten Menschenmenge entfalteten Vertreter der Linksradikalen in ihren Reden eine interpretative Kraft zur Deutung der Ereignisse als revolutionären Sturz des alten Regimes, repräsentiert durch den Militärbefehlshaber des Kaiserreiches im Hamburger Staat, Adalbert von Falk. Sichtbarkeit und Funktion der Kommandantur war in Hamburg gewährleistet durch die Präsenz des Militärs in den zahlreichen Kasernenstandorten der Stadt, besonders prägnant die beiden Kasernen des (2. Hanseatischen) Infanterieregiments Nr. 76 an der Bundesstraße, ebenso die Viktoriakaserne in Altona und die Kaserne in Bahrenfeld. Hinzu traten die Einrichtungen der Militärjustiz und das Untersuchungsgefängnis, die Hamburger Polizeibehörde (Stadthaus) und die zivile Justiz. Die Kommandantur, der Sitz des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Wehrkreises und seines Leiters, General von Falk, befand sich in Altona, in der Palmaille.³¹ Legendar ist die Darstellung Fritz Wolffheims über die Versammlung und den sich daran anschließenden Zug der Menge durch die Stadt zur Palmaille und zu den Kasernen in der Bundesstraße, eine große öffentliche und von den aufständischen revolutionären Kräften begleitete und geschützte Demonstration, die dem Narrativ Wolffheims zufolge den revolutionären Ereignissen mit der Zustimmung der Volksmenge eine breite Legitimation verlieh.³² Diese wurde – ähnlich wie in Kiel – gefestigt und radikalisiert durch den Beschuss des Demonstrationzuges aus Häusern am Ende der Reeperbahn/Höhe Nobistor, welches eine sofortige Aufteilung der Menge in bewaffnete Matrosen

tei und des Gewerkschaftskartells im Rathaus und verlangte kategorisch den Rücktritt der Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats.« Ebd., S. 696-697.

31 Zu den zahlreichen militärischen Standorten vgl. Matthes, Olaf: »Das stellvertretende Generalkommando des IX. Armeekorps und seine Organisationsstruktur 1918/10«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): *Revolution! Revolution?*, S. 244-257; Krahe, Fabian: »Die wichtigsten Militärstandorte sowie deren Abwicklungsstellen in Altona, Hamburg, Wandsbek und Harburg 1918-1919«, in: ebd., S. 318-331.

32 Vgl. weiter oben S. 61-68. Das Narrativ des »revolutionären Scripts«, das Wolffheim seiner Schilderung unterlegte, ordnet das Geschehen genealogisch in die Reihe der liberalen Revolutionen von 1848, gegen die K.u.K.-Monarchie in Österreich 1848, gegen die Monarchie in Preußen und die monarchischen Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten ein. Das Ziel war ein demokratisches und vereintes Deutschland gegen Kleinstaaterei und Fürstenherrschaft. Das ist insofern eine eigenwillige Interpretation, als die Erzählung sich in einen starken Kontrast zur Oktoberrevolution 1917 und dem bolschewistischen Rätemodell stellt. Der Fokus liegt bei Wolffheim auf der Selbstermächtigung des Volkes, wesentliche Legitimationsgrundlage des zukünftigen neuen Staates ist der sichtbare durch den Massenunzug zum Ausdruck kommende Wille des Volkes, der sich gegen die Fürstenherrschaft – hier das System des Kaiserreiches – richtet.

und Soldaten und Zivilpersonen nach den Grundsätzen des Schutzes der zivilen Teilnehmer:innen des Zuges zur Folge hatte. Der Tod eines jungen Mannes, Mitglied der radikalen Linken, erzeugte den ersten Märtyrer der Revolution.

Programmatisch bestimmten in den ersten Tagen die Unabhängigen Sozialdemokraten und Linksradiكالen die Interpretation der Ereignisse und auch die Beschlüsse, das sozialdemokratische »Echo« zu besetzen und es durch Umbenennung in »Rote Fahne« in die öffentliche Stimme der USPD und der Linksradiكالen zu verwandeln, gingen auf sie zurück. Die Räume des »Echo« wurden als Zentrale der Linksradiكالen unter der redaktionellen Leitung des gerade aus der Landesanstalt Friedrichsberg entlassenen Paul Frölich (1884-1953) in Beschlag genommen. Die USPD bezog ihren Standort zunächst im Gewerkschaftshaus, um dann, nach einem vorübergehenden Gastspiel im Geschäftsgebäude der HAL, am 8. November auf Dauer im Rathaus einquartiert zu sein.

Einig waren sich die Träger des politischen Umsturzes in Hamburg in der kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber der SPD und den Gewerkschaften aufgrund ihrer engen und arbeiterfeindlichen Kooperation mit den militärischen und zivilen Instanzen. Ebenso kritisch wurde die angeblich hinhaltende Taktik von SPD und Gewerkschaften in Kiel gegenüber der revolutionären Bewegung der Kieler Matrosen zum Sturz des Anciens Régimes gesehen.

Der Dissens zwischen den Gruppierungen der sozialistischen Arbeiterbewegung über die Ziele und den Verlauf der nun ausgelösten Transformation der politischen Machtmaschinerie in Hamburg setzte bereits in den ersten Tagen ein. Der Sturz der alten Machtverhältnisse hatte sich schnell vollzogen, aber weder die beiden Linksparteien und mit ihnen der Arbeiter- und Soldatenrat (AR/AuSR), noch die SPD konnten auf eine Blaupause zur Ausformung und Durchführung einer auf Dauer gestellten Transformation des Regimes zurückgreifen. Flexible Planung, Führung der Tagesgeschäfte, die Revolution in Berlin und der Machtwechsel, die Eingliederung der rückflutenden Truppen nach dem Waffenstillstand in die Zivilgesellschaft, all das stellte eine Fülle und Komplexität von Aufgaben dar, welche die Arbeit der Revolutionäre überfrachteten und zunächst schnellstmöglichen situativen Entscheiden den Vorrang vor einer langfristigen Planung einräumte. Was vorlag, waren mehr oder weniger ausgeformte Vorstellungen des zukünftigen Staatswesens, wobei sich die Vorstellungen der SPD – beeinflusst von den Vorgängen der Regierungsneubildung des Kabinetts des Prinzen Max von Baden in Berlin – stark von den alternativen Vorstellungen der Parteien und Gruppierungen der sozialistischen Linken unterschieden.³³ Nach der während der Kriegsjahre unterdrückten politischen Opposition konnten zwar die politischen Tätigkeiten aus dem Bereich des Klandestinen und Verdeckten in die politische Öffentlichkeit verlagert werden. Da die Energie noch vielfach der Etablierung der neuen öffentlichen organisatorischen Strukturen galten, trug ein großer Teil der politischen Arbeit bei den Linksparteien noch starke provisorische Züge. Gefestigtere Organisationsstrukturen bildeten sich dort erst

33 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 635. Das Modell der parlamentarischen Demokratie war bereits Ende Oktober 1918 festgelegt, vgl. ebd. Zu revolutionären und postrevolutionären Konzepten des verwaltungsjuristischen Staatsaufbaus vgl. w.u. Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus. Der Sozialdemokrat Carl Herz und die Revolution 1918/19 in Hamburg.

im Laufe des jungen revolutionären Prozesses heraus, während MSPD und Gewerkschaften auf eine etablierte und gefestigte Organisationsstruktur zurückgreifen konnten. Doch auch diese Großorganisationen gerieten angesichts der Beschleunigung der Ereignisse unter Druck. In Hamburg führte dies dazu, dass sich die MSPD am 5. und 6. November 1918 zu den von der Mehrheit der Arbeiterschaft begrüßten Veränderungen bekannte und sich zu einer größeren Gestaltungsoffenheit gemeinsam mit den Linken bereit fanden. Dies bedeutete auch ein vorübergehendes Stillstellen des Anspruchs der MSPD, als alleinige Vertretung der Arbeiterbewegung gegenüber den etablierten politischen Kräften aufzutreten. Dies war umso notwendiger, als die Stimmung in der Arbeiterschaft einem Hochgefühl eines neuen allgemeinen übergreifenden sozialistischen Selbstverständnisses Ausdruck gab und gefeiert wurde, »dass ein Bann gegenüber der Integration der SPD in die Gesellschaft gebrochen ist, indem die Tage des kaiserlichen Regimes gezählt sind.«³⁴

Diese Euphorie stand im Widerspruch zu den dennoch innerhalb des sozialistischen Lagers bestehenden Differenzen über die Gestaltung der neuen Machtverhältnisse. Die MSPD setzte sich vergleichsweise schnell und aktiv mit der Situation auseinander. In Sitzungen von Parteivorstand und Gewerkschaften wurden bereits am 7. November die zukünftigen Schritte beraten. Den Überlegungen lagen positive machstrategische Einschätzungen zum Verhältnis von [Bürgerschafts-]Fraktion und AuSR zugrunde, welche auf die große organisatorische Stärke, den Erfahrungszusammenhalt und die bestehende Verankerung der Partei und ihrer Organisationen im gesellschaftlichen und politischen Machtgefüge der Stadt setzte. Hier eröffnete sich die grundlegende Frage im Umgang mit den neuen partizipativen Strukturen eines AuSRs. Für die kommenden Wochen versuchte die SPD, die Mehrheit in dem neu zu bildenden AuSR zu erlangen. Hierbei rechnete sie mit dem noch wenig gefestigten Organisationsaufbau der beiden Linksparteien, die bei den Linksradikalen noch weniger als bei der USPD ausgebildet war, so dass eine Kooperation von USPD und Linken mit der SPD und ihrer organisatorischen Macht dringend geboten erschien.³⁵

Die SPD entwickelte ein taktisches Vorgehen auf vier Ebenen, um ihre strategische und politische Macht zu erweitern und zu festigen. Dazu zählten 1. die Eroberung einer breiten Stimmenmehrheit im Soldatenrat, 2. die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch das »Echo« als Gegengewicht zur inzwischen neu gegründeten »Roten Fahne« der USPD und der radikalen Linken, 3. die Gewinnung eines hohen Stimmenanteils im neu zu wählenden Arbeiter- und Soldatenrat (im »Großen Rat« und seinem Exekutivausschuss) und 4. die Kooperation mit dem traditionellen Machtregime von Senat und Bürgerschaft.³⁶ Überzeugungsarbeit und Einflussnahme folgten einer Doppelstrategie, wonach in der Öffentlichkeit die »sozialistische Republik« als erstrebenswertes Ziel begeistert ausgerufen wurde, jedoch »die Revolution, die sie nicht gewollt hatten, unter dem Deckmantel sozialistischer Phrasen« adoptiert wurde, »um sie im Sinne ihres verfassungspolitischen Aktionsprogramms in parlamentarisch-demokrati-

34 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 638.

35 Vgl. ebd., S. 632-633.

36 Dies war das Einfallstor zu einer Kompromisslösung mit den Mächten des »Ancien Regime«.

schen Bahnen zu kanalisieren.«³⁷ Der Zugriff auf die öffentliche Kommunikation durch das »Echo« wurde durch einen Kompromiss gewährleistet: Die »Rote Fahne« erschien als Organ der revolutionären Linken weiter und wurde bei Auer & Co. gedruckt, während das »Echo« wieder als Organ der SPD auftrat.³⁸ In der Auseinandersetzung um die Wahlen zum »Großen Arbeiterrat«, um die Verteilung der Sitze im Exekutivausschuss und um den Wahlmodus, konnte sich die SPD nicht sofort, jedoch auf längere Sicht durchsetzen, wobei sie auch von den Linksradikalen Fröhlich und Wolffheim Unterstützung erfuhr.³⁹

In ausführlichen Verhandlungen einigte sich die zwölfköpfige Planungskommission, jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften und aus Vertretern der USPD und der Linksradikalen besetzt, recht zügig über das entscheidende Procedere bei den Wahlen. Ein günstig ausgeklügelter Verteilungsschlüssel der Stimmen auf der Ebene von Betrieben verschaffte der SPD einen strategischen Vorteil, da Betriebe mit mehr als 1000 Arbeiter:innen, und dies betraf die großen Werftbetriebe wie *Vulkan* und *Blohm & Voss* – gemessen an den Stimmen kleinerer Betriebe – unterrepräsentiert waren.⁴⁰ Für die Wahlen zum Exekutivausschuss erhoffte sich umgekehrt die USPD eine Stärkung ihrer Position, indem sie von der Annahme ausging, dass bei einer Mitgliederzahl von insgesamt 30 aus der Gruppe der insgesamt 18 Betriebsdelegierten eine Mehrheit der Stimmen auf die USPD entfallen würde, während sich umgekehrt die SPD aus ihrer Zugehörigkeit zu den drei Gruppen, den Betriebsdelegierten, dem Gewerkschaftskartell und den Parteien, die Chance einer Mehrheit errechnete. Hier ging das Kalkül der MSPD zunächst nicht auf.

Doch die Entscheidung, das Bündnis mit den Organen des alten Machtreimes – Senat und Bürgerschaft – fortzusetzen, führte rascher zum Erfolg. SPD, Senat und Bürgerschaft in der alten Zusammensetzung entwickelten eine gemeinsame Strategie, um der reformistischen Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehörte die Vereinbarung vom 18. November 1918 zwischen dem Senat und dem Arbeiter- und Soldatenrat, den Senat weiterhin mit der Wahrnehmung und Führung der Regierungsgeschäfte und der Leitung der Behörden »bis zur Wahl einer demokratisch gewählten Bürgerschaft« zu betrauen.⁴¹

Die scheinbare Kompromissbereitschaft der vier beteiligten Akteursgruppen von Sozialdemokratie, Gewerkschaften, USPD und der revolutionären Linken wurde durch

37 Alle Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 633.

38 Vgl. ebd., S. 633.

39 Vgl. ebd., S. 635.

40 »[...] gewählt wurde nach Betrieben und zwar in der Weise, daß auf Betriebe mit 20 bis 100 Beschäftigten 1 Delegierter, mit 100 bis 300 Beschäftigten 2 Delegierte und mit 300 bis 1000 Beschäftigten 3 Delegierte entfielen. Für jedes weitere tausend wollte ein Delegierter mehr gewählt werden. [...] Dieses Wahlsystem benachteiligte die Arbeiterschaft der Großbetriebe, vor allem der Werften, auf die die USPD bei Beginn der Novemberrevolution bereits einen starken Einfluß ausübte. Die SPD- und Gewerkschaftsführung hatte also durchaus Grund zur Annahme, daß aus den Wahlen eine klare Minderheit für die Anhänger ihrer Richtung hervorgehen würden.« Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 639.

41 Ebd., S. 654-655. Kursive Hervorhebung durch die Verf.

die nach außen getragene Einigkeit hinsichtlich der »neuen« demokratischen Verfassung demonstriert. Die »Stimmung an der Basis«⁴² wirkte als Katalysator. Die Arbeiterschaft war sich der Differenzierung und der unterschiedlichen Zielsetzungen ihrer Funktionäre weniger bewusst, die Erinnerung an die Auseinandersetzungen und die Spaltung der Parteien im Laufe des Weltkriegs schien zurückzutreten und der Begeisterung für das gemeinsame Ziel des Umsturzes Platz gemacht zu haben. Stürmisch wurde in der Menge »eine Beendigung des ›Bruderkampfes‹« und »ein Zusammengehen aller Parteirichtungen« begrüßt. »In diesem Verlangen kam zum Ausdruck, wie wenig die tieferen Ursachen der Parteispaltung ins Bewußtsein der breiten Massen der Arbeiterschaft gedrungen waren.«⁴³

2.4 Die Übernahme der Macht durch den AuSR: Feine Taktiken der Interessendivergenzen in den Wahlvorgängen zum Exekutivausschuss des AuSR am 11. November 1919

Die Ankündigungen zur Durchführung der Wahlen für die 600 Betriebsdelegierten fand am 8. November, am Wahltag selbst statt. Der Termin war so kurzfristig und schlecht kommuniziert, dass die Wahlen dem gewünschten Ablaufszenario der Mehrheitssozialdemokratie auch für die kleineren Betriebe nicht mehr angepasst werden konnten. Die Wahlen konzentrierten sich daher vornehmlich auf die großen Metall- und Werftbetriebe. Bereits am Tag darauf, am 9. November 1918 um 10 Uhr, traten die 600 Delegierten zur »konstituierenden Sitzung des Großen Arbeiterrates«⁴⁴ zusammen. Doch bevor die formalen Abläufe geklärt waren, vertagte sich der Rat wegen angeblicher »konterrevolutionärer« Truppenaufmärsche – vielleicht ein Echo auf die Ereignisse in Berlin – und trat erst wieder am folgenden Tag zusammen. Mit den überraschenden Ergebnissen der Wahl zum Exekutivausschuss und der Wahl des Vorsitzes des Arbeiterrates entstand eine Situation, mit der die MSPD nicht gerechnet hatte. In den hastig durchgeführten Wahlen zum Exekutivausschuss am 10. November 1918 kam es zu einer Zusammensetzung des AuSRs, die den Linksradikalen und der USPD die Mehrheit verschaffte. Dieses Ergebnis setzte sich auch in der ersten konstituierenden Sitzung der Exekutive des Arbeiterrates in den Wahlen des ersten Vorsitzenden des Präsidiums, des Linksradikalen Heinrich Laufenberg, am 11. November 1918 mit einem Stimmenverhältnis von 16 (Laufenberg) zu 14 (Grosse) durch. Bei der Wahl des zweiten Vorsitzenden entfielen auf den Sozialdemokraten Berthold Grosse (1863-1927) 18 Stimmen, auf den Gegenkandidaten Paul Dittmann (USPD) 12 Stimmen. Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder waren im Exekutivrat »wider Erwarten in eine Minderheitenposition gedrängt«.⁴⁵

42 Ebd., S. 637.

43 Alle Zitate vgl. ebd., S. 638.

44 Dieses und die folgenden Zitate ebd.

45 Das Exekutivkomité bzw. die Exekutive des Arbeiterrates bestand aus 30 Mitgliedern. 18 wurden aus der Gruppe der Betriebsdelegierten gewählt, 12 Vertreter stammten aus den drei Parteirichtungen und dem Gewerkschaftskartell. Karl Hense (1871-1946), Schoenberg, Hähnel, Louis Gruenwaldt (1856-1931), Berthold Grosse (1893-1927) und Herrmann Thomas/Altona (1865-1924) gehörten der MSPD bzw. dem Gewerkschaftskartell, Paul Dittmann, Ferdinand Kalweit (1885-1943) und Jacob Rieper der USPD und Laufenberg, Uhlig und Erna Halbe (1892-1983) den Linksradika-

Die Führungsposition Laufenberg resultierte aus der Opposition der Linksradikalen gegen die Burgfriedenspolitik der MSPD und der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Zusammenarbeit »mit Polizei- und Militärbehörden während des Krieges.« Als Verkörperung eines unbeugsamen Widerstandes gegen die Kooperation von Sozialdemokratie und der »alten« Ordnung stand Laufenberg für die Alternative eines sozialistischen Weges jenseits des anpasserischen Reformismus der SPD. Zudem erzeugte sein Erscheinen eine hochemotionale Stimmung, als Kalweit (USPD) »eine vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlagnahmte Akte der Politischen Polizei vorlas, aus der eindeutig« Laufenberg Denunziant und die Vorgänge beim Generalkommando dokumentiert waren.⁴⁶

len an. Das Präsidium bestand aus sieben Mitgliedern, drei aus den jeweiligen Parteirichtungen, ein Mitglied aus dem Gewerkschaftskartell und drei aus der Gruppe der Betriebsdelegierten. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 642. In den folgenden acht Tagen blieb die Abstimmung über die Gestaltung des politischen Machtwechsels und der gesellschaftlichen Ordnung zwischen einer sozialistischen oder demokratisch-parlamentarischen Variante offen. Dieser Schwebezustand zwischen der SPD-Lösung und der Vorstellung der Linken wurde durch die Überraschung der Stunde und die große Sympathie durch das Auftreten des gerade aus der Haft entlassenen Laufenberg begünstigt.

- 46 Die Denunziation war durch den »Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes Hamburg Wilhelm Koch« (geb.1874) aufgrund der Teilnahme Laufenberg am Streik von 1917 erfolgt. Laufenberg, der wegen Hochverrats verurteilt worden war, war gerade aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Zitate vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 640-641.

Tabelle 1: Verteilung der Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat nach den Wahlen vom 11. November 1918 und Anfang 1919

Die Mehrheitsverhältnisse im Arbeiterrat 1918					
Wahlen zum <i>Präsidium des Arbeiterrates</i> am 8.11.1918 nach Parteien und Gruppierungen (Gewerkschaftskartell und Betriebsdelegierte)					Gesamt
MSPD	USPD	Linksradikale (Laufenberg)	Gewerkschaftskartell (zugleich MSPD)	Betriebsdelegierte (zugleich USPD)	
1	1	1	1	3	7
Wahlen zum <i>Exekutivkomité des Arbeiterrates</i> am 11.11.1918					
MSPD	USPD	Linksradikale	Gewerkschaftskartell	Betriebsdelegierte	
Hense Schoenberg Haehnel Gruenwaldt	Dittmann Kalweit Rieper	Laufenberg Uhlig Erna Halbe	Grosse (MSPD) Thomas (MSPD)	davon: 3 MSPD 15 USPD	
4	3	3	2	18	30
+2 Kartell +3 Betriebsdel.	+15 Betriebsdel.	0			
9	18	3			30

Die Wahlen zum Soldatenrat (30 Mitglieder) fanden im Dez. 1918 und Jan. 1919 statt. Hier erhielt die MSPD eine so große Mehrheit, dass sie im Arbeiter- u. Soldatenrat die absolute Mehrheit erlangte.

Das Erscheinen Laufenbergs in der Wahlversammlung und der spontane Zwischenakt der Aktenveröffentlichung dürften zu jenen Ereignissen zählen, die nicht vorhersehbar waren und den Ausgang der Wahlen »zur Exekutive des Arbeiterrates zugunsten der linken Kräfte« mitentschieden haben.⁴⁷

Rein taktisch befanden sich hingegen die SPD und die Gewerkschaft als Mitglied des AR in einer Situation, in der das Gewicht der Stimmen der SPD im AR nicht der tatsächlichen Organisationskraft und der Masse der Organisierten entsprach. Die Minderheitenposition der MSPD im AuSR und ihr tatsächliches Organisationsgewicht standen nach dem 10. November 1918 in einem umgekehrten Verhältnis – konträr zur Situation der Linksradikalen und der USPD, die auf einer eher schmalen Mitgliedschaft und einer schwachen Manpower in der Partei, jedoch einer höheren Anzahl an Betriebsdelegierten beruhte.⁴⁸ Von diesem Verhältnis der Stärken und Schwächen konnte die MSPD profitieren, indem sie erfolgreich mehrgleisig fuhr, auch ihren Einfluss »in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbürokratie« in den Räteorganisationen et-

47 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 641; zum Verlauf vgl. auch Stalman (2013): Hamburger AuSR, S. 46-48.

48 Ebd., S. 642.

wa durch die Besetzung von »Schlüsselpositionen«, so in der »wichtigsten Kommission des Rates, der Sozialpolitischen Abteilung«, ausbauen konnte.⁴⁹

Darüber hinaus gelang es der SPD, bei den Wahlen zum erweiterten Exekutivkomité der Soldatenräte einen großen Wahlerfolg zu erringen. Dort ging ihre Taktik auf, indem sie im Vergleich zum AR Stimmenparität im Exekutivkomité durch die Anhebung auf ebenfalls 30 Mitglieder (wie im AR) durchsetzte und die neu hinzu gewonnenen Sitze mehrheitlich von Kandidaten der SPD und den Gewerkschaften besetzt wurden. Aus dieser Machtposition heraus errangen nun MSPD und Gewerkschaften die Mehrheit im gesamten AuSR, auch wenn mit der Herstellung der Parität im Exekutivausschuss des SR die Ungerechtigkeit in Kauf genommen wurde, dass »die Vertreter von etwa zehntausend Soldaten, die sich obendrein durch Demobilisierung verringerten, das gleiche Gewicht [erhielten] wie 30 Vertreter der über hunderttausendköpfigen Arbeiterschaft.«⁵⁰

Bei diesem Schachzug stützte sich die MSPD besonders auf die Delegiertenversammlungen »der Truppen der Garnison Groß-Hamburg, in der sich eine ganze Anzahl von Partei- und Gewerkschaftsbeamten festgesetzt hatten«. Mit Hilfe des »jungen Reserveoffiziers Walter Lamp'l, der sich bei Ausbruch der Revolution der Mehrheitssozialdemokratie angeschlossen« hatte, konnte so die reformistische Position der SPD im SR zur Mehrheit gelangen. Die SPD besetzte im Folgenden eine weitere Schlüsselposition im Bereich der militärischen Macht, indem sie veranlasste, dass die »Befehlsgewalt Ende November 1918 im SR aus dem Dreißigerausschuss in den sog. »Siebener-Ausschuß« verlegt [wurde], der damit zu entscheidenden Instanz des Soldatenrats« unter der Kontrolle der MSPD wurde.«⁵¹

Einen ersten Kontakt mit den alten Eliten der Macht hatte eine Delegation des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates am 6. November aufgenommen. Die Begegnung zwischen AuSR und dem Senat war von einer situativen Stimmung geprägt, die seitens des Senates durch den Habitus der traditionellen patrizischen Machtelite zum Ausdruck gebracht wurde, auf der Seite der Revolutionäre noch von einer Unsicherheit in Bezug auf die neue Rolle und die eigene Position geprägt war.⁵² Im Übrigen war der Senat darauf bedacht, mit weiteren gewichtigen Akteuren des Hamburger Machtregimes in Verbindung zu treten. Als geeigneter Ansprechpartner bot sich die SPD an, die bereits als Fraktion in der alten Bürgerschaft vertreten war, und in der der Senat

49 Sie besetzten Schlüsselpositionen »in den vom Arbeiterrat eingerichteten Kommissionen«, so z.B. in der »Sozialpolitischen Abteilung«, wo sie mit einer Mehrheit von 4:2 auftraten – aufgrund der geringen Personaldecke der Linksradikalen und der USPD. »Da die sozialpolitische Abteilung Funktionen wahrnehmen sollte, die in die traditionellen Rechte der Gewerkschaften eingriffen, mußte die führende Beteiligung von Gewerkschaftsfunktionären ihre Arbeitsfähigkeit von vornherein in Frage stellen.« Ebd., S. 643; alle Zitate ebd.; vgl. auch Stalman (2013), S. 48–49.

50 Ullrich (1976), S. 645.

51 Zu den Vorgängen vgl. ebd., S. 644–645. Die Zitate ebd.

52 Nach Volker Ullrich erkannten die Senatoren Werner von Melle (1853–1937) und Carl Wilhelm Petersen (1866–1933) den Arbeiter- und Soldatenrat de facto an, »ohne damit freilich bereits eine Anerkennung der durch die Revolution geschaffenen und noch zu schaffenden neuen Machtverhältnisse zu verbinden.« Zum Zitat vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 647.

eine Partnerin zu finden glaubte, die »bald Einfluß auf die revolutionäre Bewegung erlangen würde« und mit der »zusammen wieder ›geordnete Verhältnisse‹ – was soviel wie Fortsetzung der Herrschaft des Bürgertums mit einem demokratisierten politischen Überbau hieß – hergestellt werden könnten.«⁵³ Der Senat hatte offensichtlich die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden, denn es gab keinerlei Initiative aus seinen Reihen, zügig die Transformation des alten Staatswesens in ein demokratisches System – etwa durch einen Senatsantrag auf »Einführung des allgemeinen Wahlrechts« – einzuleiten.⁵⁴ Erst nach der Etablierung der Exekutive des Arbeiterrates am 11. November und nach der Wahl des Präsidiums klärte Laufenberg die Situation, indem er die Übernahme der Staatsmacht durch den neuen Souverän, den »Arbeiter- und Soldatenrat« vollzog. Unter der Mitarbeit des juristischen Beraters Dr. Carl Herz (1877-1951) entstand die Erklärung, die am 12. November nach der Verabschiedung durch die Exekutive öffentlich bekannt wurde. Sie besagte: »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr. Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Volksrepublik.«⁵⁵ Über diesen Beschluss kam es zu einem heftigen Richtungsstreit zwischen der Linken (Linksradikale und USPD) auf der einen und der SPD und dem Gewerkschaftskartell auf der anderen Seite. Ganz deutlich opponierten die Sozialdemokraten gegen das sozialistische Rätemodell. Sie plädierten für eine »Eingrenzung der Revolution auf die reformistisch-parlamentarische Ebene [...]«. Doch stimmte die Mehrheit der Exekutive für die Absetzung von Senat und Bürgerschaft:

Mit diesem Beschluß war der revolutionäre Akt der Staatsumwälzung formal vollzogen worden. Noch in der Nacht wurde die Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrats gedruckt und an Litfaßsäulen und Straßenecken angeschlagen. Am Morgen des 13. November wehte vom Rathaus die rote Fahne als äußeres Zeichen der Herrschaft [...] des ASR.⁵⁶

3. Der Streit: Rätemodell vs. formale Demokratie – Verschiebung der Kräfte

Im Verlauf der weiteren Entwicklung zeichneten sich erneut Verschiebungen in der Machtkonstellation in Hamburg ab. Die Veränderungen vollzogen sich in der Auseinandersetzung der »neuen« revolutionären Machthaber, des AuSR, der USPD und den Linksradikalen mit dem alten etablierten politischen Zentrum der Macht, Senat und Bürgerschaft in Hamburg und den bürgerlichen Eliten. Volker Ullrichs Darstellung liest sich als Nahaufnahme der Ereignisse, deren Tempo sich durch die dichte Beschreibung und die Kommentierung zu verlangsamen scheint, indem sie den verschiedenen Verwirbelungen des Konfliktes und den neuen Konfliktkonstellationen in ihren feineren

53 Alle Zitate vgl. ebd., S. 648.

54 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 648.

55 Ebd., S. 650. Vgl. dazu vertiefend den Beitrag von Christian Hanke in diesem Band, S. 171-190.

56 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 651.

Verästelungen in der Stadt Raum gibt. Die Grundlinien des Konfliktes ergeben sich aus der bald deutlich zu Tage tretenden Verschiedenheit der politischen Visionen beider Großgruppen, die sich in der Auseinandersetzung um das sozialistische Rätemodell vs. parlamentarische Demokratie zuspitzte. Der AR mit der Mehrheit seiner Mitglieder aus den beiden linken Gruppierungen agierte aus einer nachteiligen Position, die der geringen Organisationsdichte und dem vergleichsweise schmalen Reservoir an geschulten Expert:innen und Manpower geschuldet war, um den vielfachen Terminen in Konferenzen und Sitzungen nachzukommen. Ihr Fehlen machte sich in der Verwaltung der komplexen metropolitanen und diffizil gegliederten Stadtregierung und vor allem in den Behörden der »Staatsmaschinerie« bemerkbar. Vor die Aufgabe gestellt, schnell notwendige und drängende Fragen der Finanzierung und der Kreditierung des Staatshaushalts zu lösen, traf der AuSR eine schwerwiegende Entscheidung. Er einigte sich mit den Spitzen der Stadtregimes auf die Übertragung hoheitsrechtlicher Aufgaben an den Senat, welche mit der Übernahme der Finanzverwaltung verbunden waren.⁵⁷ Der AuSR behielt sich zwar die letztinstanzliche Entscheidung vor und beharrte somit auf seinem Anspruch, der tatsächliche »neue« Souverän zu sein. Der Senat wäre damit in seiner Funktion aufgrund der Absprache mit dem Rat seiner einstmaligen Souveränität beraubt und hätte aus dieser übertragenen Funktion nur qua Sachverstand und Verwaltungskompetenz seine Macht in Vertretung des AuSR ausgeübt. Dass sich in der Interpretation dieser Machtübertragung ganz unterschiedliche Auffassungen von Senat und Arbeiterrat gegenüberstanden, nimmt nicht wunder.⁵⁸

Gleichzeitig näherten sich Senat und Vertreter der Wirtschaft an die SPD an und unterstützten die Linie der SPD, die Transformation des politischen Systems auf die parlamentarische Republik auszurichten. Dieser Schritt wurde durch die »alte« Bürgerschaft mit einem entsprechenden Antrag an den Senat mitgetragen. Diese Machtverschiebung kündigte sich partiell in der Übertragung der Machtbefugnisse auf die Spitze der alten Exekutive durch die Verordnung des AR vom 18. November 1918 an, obwohl hier auch noch die Möglichkeit des Übergangs auf eine Räteregierung, wie sie Carl Herz anstrebte, gegeben waren.⁵⁹

Im November und Anfang Dezember 1918 verlagerten sich die Konflikte zwischen bürgerlichem Lager und MSPD auf der einen, den Linken (USPD und Linksradikalen) auf der anderen Seite auf die Diskussion um die zukünftige Gestaltung der neuen Staatsform, die sich mehr und mehr zu einem Konflikt zwischen Demokratie versus »bolschewistische Herrschaft« und mithin zu einem verbissenen ideologischen Streit entwickelte.⁶⁰ Die USPD spaltete sich im Laufe des Konflikts in zwei Lager, die Linke, die dem Rätemodell zugeneigt war, tendierte zu den Linksradikalen; einige schlossen sich auf dem Gründungskongress (vom 31. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919) der

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. die ausführliche Diskussion beider Positionen ebd., S. 652-654; vgl. dazu auch Stalman (2013): S. 49-53.

59 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 654. Ausführlich ebd., S. 651-658. Vgl. in diesem Band Hanke, Christian: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 171-190.

60 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, ebd., S. 662.

neuen kommunistischen Partei an. Der Vorsitzende des AuSRs Laufenberg, der ebenfalls der kommunistischen Partei beigetreten war, versuchte zwischen beiden Lagern zu vermitteln, entwickelte jedoch »mit seiner Taktik des Ausgleichs und des Diplomatisierens«⁶¹ nicht die nötige Überzeugungskraft, da es ihm nach wie vor an einem soliden ausgebauten Parteiapparat »und fester kontinuierlicher Kontakte zu den Arbeitern in den Großbetrieben« fehlte.⁶² Die Spaltung in der Hamburger Arbeiterbewegung ließ sich nicht durch einen Kompromiss zwischen den beiden Lagern und den fragmentierten Gruppen aufheben; den »drei Fraktionen im Arbeiterrat« gelang es nicht, gegenüber dem Bündnis von Mehrheitsdemokratie und bürgerlicher Mitte durch eine solide Erweiterung ihrer Organisation und ihrer Anhängerschaft ihre Machtbasis auszubauen. Die Gemeinsamkeit mit den links sich orientierenden Parteien wurde offiziell von der Mehrheitssozialdemokratie und den Gewerkschaften Ende November aufgekündigt. Im bürgerlichen Lager kündigte sich ein Sammeln der eigenen politischen Kräfte durch die Konstituierung »demokratischer Volksparteien« an, wobei man sich formal das Organisationsmodell des Rates zur Vertretung der eigenen Interessen im sich neu konstituierenden Wirtschaftsrat zu eigen machte.⁶³

Der Putsch von rechts in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember 1918 in Hamburg führte in der Konsequenz zu einer weiteren Machtverschiebung innerhalb und zwischen den unterschiedlichen Lagern der Revolution, ebenso zu einer Radikalisierung der Feindbilder. Neue Fronten wurden auf den Flügeln sichtbar: Die Arbeitermassen demonstrieren »gegen die gegenrevolutionären Machenschaften des reaktionären Bürgertums.«⁶⁴ Noch war diese Sichtweise ein vorübergehendes Phänomen. Umgekehrt führten die Ereignisse um den Putsch und seine lasche Aufarbeitung seitens des AuSR zu einem weiteren Auseinanderdriften zwischen den Konfliktparteien im sozialistischen Lager, da die Situation von Laufenberg und dem AR nicht genutzt worden war, ordnungspolitische Autorität zur Geltung zu bringen.⁶⁵

Ein ganz entscheidender Rückschlag für das Fortbestehen des Arbeiter- und Soldatenrates war der Beschluss des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 19. Dezember 1918. Indem er sich dem Kurs der SPD anschloss und sich mehrheitlich für die Wahlen zur Nationalversammlung aussprach, die für den 19. Januar 1919 angesetzt waren, fühlte sich die SPD in ihrem reformistischen Kurs bestätigt. Damit setzte auch in Hamburg eine verstärkte Absetzbewegung der SPD von der Kooperation mit dem AuSR und dem Exekutivausschuss ein. Deutlich kam dies in den Bestrebungen der SPD nach der Festlegung eines baldigen Termins für die Wahlen der

61 Ebd., S. 671.

62 Ebd.

63 Vgl. ebd., S. 676 u. S. 679. Vgl. auch die Rede des Präsidenten der Bürgerschaft, des Alldeutschen Schön, ebd., S. 679–680. Zum Wirtschaftsrat vgl. Meyer, Anna Lena: »Die Elite und die Revolution«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018), S. 126–139.

64 Vgl. ebd., S. 681.

65 Die Putschisten wurden weder einem ordentlichen »Gewahrsam noch einer Gerichtsverhandlung« zugeführt. So endete »aus untätigem Respekt vor der bürgerlichen Gesetzlichkeit als Komödie, was eine mächtige Aufrüttelung der Massen hätte werden können.« So der Kommentar eines Zeitgenossen, Rolf Lindau, damals der »Leiter der Presseabteilung des Arbeiter- und Soldatenrates [...]«. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 684.

Legislative (Bürgerschaft) in Hamburg – gegen den Willen Laufenbergs – zum Ausdruck.⁶⁶

Der SPD gelang es darüber hinaus, ihre Position im Exekutivrat des SR entscheidend zu stärken, indem Lamp'l (1891-1933) am 27. Dezember 1918 zum Nachfolger des ausgeschiedenen Wilhelm Heise gewählt wurde:

Damit war der im November eingeleitete Prozeß der Umwandlung des Soldatenrates in ein Instrument sozialdemokratischer Politik in Hamburg abgeschlossen. [...] Seit Januar 1919 konnte sie [die SPD, Anm. d. Verf.] auch in Hamburg dazu übergehen, durch den Aufbau geheimer militärischer Bürgerkriegsverbände sich auf die gewaltsame Niederschlagung der Revolution vorzubereiten.⁶⁷

3.1 Zunehmende Polarisierung zwischen der reformistischen und der linkssozialistischen »neuen« Arbeiterbewegung in Hamburg im Januar 1919

Die Ereignisse in Berlin um die Niederschlagung der Volksmarinedivision Weihnachten 1918, der daraufhin erfolgte Austritt der Mitglieder der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten und die Umwandlung des Rates durch die Erweiterung um zwei Mitglieder der SPD in die nachfolgende »Reichsregierung« blieben nicht ohne Auswirkung auf die Konfliktparteien in Hamburg. Sichtbarer Anlass war der überraschende Aufruf des »Obersten Marinerats der Niederelbe« zu einer Protestkundgebung, »gegen die Blutherrschaft der Ebert-Scheidemann-Haase-Regierung« am 29. Dezember 1918.⁶⁸ In der Reaktion auf diesen Aufruf verschärfte sich die Polarisierung zwischen den beiden Blöcken der Arbeiterbewegung.

Die auf die Demonstration vom 29. Dezember 1918 antwortenden Protestdemonstrationen beider Lager zum 1. Januar 1919 unterstrichen in ihrer Zielrichtung, in der politischen Zuordnung ihrer Teilnehmer:innen und den jeweils getrennten Versammlungsorten die konfrontative Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokraten versammelten sich auf der Moorweide, die USPD und die Linksradikalen auf dem Heiligeistfeld. Die hohe Anzahl der Demonstrierenden auf der Seite der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften konnte auch Laufenberg, inzwischen Mitglied der kommunistischen Partei, nicht ignorieren, der erstmalig in der Öffentlichkeit »deutlich aus seiner Rolle als überparteilicher Mittler und Propagandist« heraustrat, indem er anmerkte: »Heute ist es in Hamburg gelungen, die größere Masse der Arbeiter für eine Politik zu sammeln, die eine Verräterpolitik ist. Eine Verräterpolitik, von der sich jeder anständige Mensch abwenden muß.«⁶⁹ Die nun eingetretene Polarisierung führte das Ende der »Zusammenarbeit der Fraktionen im Arbeiterrat« herbei. In der Folge wandte sich Laufenberg der stärkeren Festigung seiner Position in seiner Partei zu; umgekehrt

66 Ebd., S. 684-685.

67 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, ebd., S. 685-686.

68 Ebd., S. 687; zum »Obersten Rat der Niederelbe«, über den noch zu wenig bekannt ist vgl. in diesem Band Pelc, Ortwin: »Die Revolution im Großraum Hamburg«, S. 230. Zu den Vorgängen in Berlin vom Rätekongress bis zum Austritt der USPD aus der Revolutionsregierung und den Januarkämpfen 1919 vgl. Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen (Band 2), S. 588-654.

69 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 689.

trugen die Sozialdemokraten dazu bei, das »Feindbild« Laufenberg aufzubauen »und sein unter sozialdemokratischen Arbeitern immer noch großes Ansehen zu demontieren.«⁷⁰

Die nächste große Zerreißprobe zwischen den beiden Lagern in Hamburg fand in den darauffolgenden Wochen vor dem Hintergrund der Januarkämpfe in Berlin statt. In Hamburg war es der entscheidende Machtkampf zwischen den freien Gewerkschaften und den auf den Werften gebildeten und erfolgreich tätigen Arbeiterräten, ein verschobener Kampf um das revolutionäre Rätemodell gegen das reformistische Modell, das einen Interessenausgleich in der Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden nach dem Stinnes-Legien-Abkommen vorsah.⁷¹ Es ging dem Hamburger Gewerkschaftskartell auch darum, die Sympathielinien zwischen »der Hamburger Arbeiterschaft« und den Kämpfenden in Berlin zu durchschneiden.⁷² Die Konflikte zwischen den Anhängern der Arbeiterräte auf den Werften und den Anhängern der traditionellen Gewerkschaftspolitik spitzten sich seit dem 5. Januar zu einem Grundsatzkonflikt zwischen den »revolutionären Obleute[n] der Arbeiterschaft Hamburgs und Umgebung« und den Gewerkschaftsführern, die im Januar 1919 »mit den Werftunternehmen [...] über einen Abbau der Löhne und eine Wiedereinführung der Akkordarbeit verhandelten«, zu.⁷³

Mit der Ausrufung eines Generalstreiks am 9. Januar 1919 in Hamburg eskalierte die Situation. Über die Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die Streikenden kam es zu einer Einbindung der beiden großen Lager der Arbeiterbewegung in einen heftigen Streit, der auf die Grundsatzfrage von »Rätesystem und Gewerkschaften« zulief. Noch einmal trug der AR den Sieg davon, indem es zu einer Resolution in der Sondersitzung der Exekutive des AuSR zugunsten der Streikenden kam. Mit »29 gegen 26 Stimmen« wurde der »Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske« verlangt. Ebenso wurde ein Beschluss zugunsten des Ausbaus des Rätesystems in den Betrieben gefasst, eine klare Gegenposition zu MSPD und Gewerkschaften.⁷⁴ Am 11. Januar 1919 kam es daraufhin zur größten von der SPD einberufenen Massenveranstaltung in Hamburg, der zuvor heftige Auseinandersetzungen um Laufenberg und seine Befugnisse zur Schließung des Gewerkschaftshauses und Beschlagnahme des »Hamburger Echos« vorausgegangen waren.⁷⁵ Einen Höhepunkt bildeten die Verhaftung Laufenbergs durch die neu zusammengestellten Sicherheitsmannschaften am 10. Januar 1919 »in seinem Ar-

70 Ebd., S. 690.

71 Vgl. ebd., S. 691.

72 Die Arbeiterschaft auf den Hamburger Werften hatte als bedeutende Kraft den Ausbruch der Revolution und den Umsturz in Hamburg mitgetragen. Diese Revolution, die von den Gewerkschaften weder gewollt noch unterstützt wurde, hatte die seitens der Kollegen gewählten und anerkannten Arbeiterräte auf den Werften hervorgebracht, die nun den der offiziellen Gewerkschaftspolitik im Wege waren. Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 691.

73 Ebd., S. 690.

74 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 694.

75 Ebd., S. 695.

beitszimmer« im Rathaus, sein Verhör und seine Verschleppung ins Stadthaus, »wo er anscheinend abgeurteilt werden sollte.«⁷⁶

Die von der SPD und den Gewerkschaftsverbänden veranstalteten Massendemonstrationen in Hamburg am 11. Januar 1919 leiteten die Wende der Auseinandersetzung zwischen den beiden verfeindeten Gruppen ein. Ziel der SPD war es, den AuSR zum Rücktritt zu bewegen und »den Weg für eine Neuzusammensetzung im Sinne der Mehrheitsdemokratie frei zu machen.«⁷⁷ Neu waren die Mittel der Radikalisierung sowohl in der Sprache, die den Gegner diffamierte, als auch durch die Verbreitung des Gerüchts angeblicher spartakistischer Putschversuche, durch die ein Klima der gezielten öffentlichen Verunsicherung erzeugt wurde.⁷⁸ Am 20. Januar, einen Tag nach den Wahlen zur Nationalversammlung, traten Laufenberg und Herz zurück.⁷⁹ Zum Nachfolger als Vorsitzender des AuSR wurde Karl Hense (1871-1946) gewählt. Damit hatte die SPD die politische Macht in Hamburg übernommen.

3.2 Das Ende des Räteregimes in Hamburg

Mit der Übernahme der Mehrheit im Exekutivrat des AuSRs war die Abwicklung des Räteregimes in Hamburg eingeleitet und die weiteren Schritte der SPD zur stärksten und damit entscheidenden Kraft in der politischen Arena galten denn auch konsequent der »Liquidierung des Räteregimes.«⁸⁰ Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse entfiel auch für die bürgerlichen Akteure in Hamburg die Notwendigkeit der Kooperation mit dem AR; das galt für die Behörden ebenso wie für das Unternehmertum, das immer weniger geneigt war, die wesentlichen Entscheidungen zur Arbeits- und Sozialpolitik in der sozialpolitischen Abteilung des Arbeiterrates zu verhandeln.⁸¹ Auch auf Reichsebene wurde der AR als Dialogpartner marginalisiert. Die Reichsregierung Ebert-Scheidemann lud nun zur Beratung an dem Verfassungsentwurf als Vertreter Hamburgs ausgerechnet Senator Bruno Louis Schaefer (1850-1945) nach Berlin ein, aus dessen Feder 1905 der Entwurf des berüchtigten Wahlgesetzes für Hamburg – das in der Hamburger Arbeiterbewegung unter »Wahlrechtsraub« bekannt wurde – stammte.⁸² Carl Herz kritisierte diese stille Aberkennung der Macht des AuSR in der Sitzung

76 Vgl. die ausführlichen Schilderungen bei Ullrich, S. 694-699. »Zwar mußte Laufenberg auf den Druck der einzelnen Solidarisierungsbewegung in der Werftarbeiterschaft nach einigen Stunden wieder freigelassen werden, doch war der linken Führung des Arbeiterrates mit seiner Verhaftung ein schwerer Schlag versetzt worden.« Vgl. ebd., S. 696.

77 Ebd., S. 696.

78 Ebd., S. 698.

79 Zum Ergebnis der Wahlen vgl. ebd., S. 699. Vgl. in diesem Band Omland, Frank: »Wie wählen wir am besten?«, Tabelle 1, S. 272.

80 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 700 u. S. 702.

81 Ebd., S. 700.

82 Der erste Entwurf wurde am 24.12.1905 veröffentlicht. Zu dem Beratungstermin am 17. Januar 1906 in der Bürgerschaft rief die SPD zu Demonstrationen am Nachmittag auf. Aus den Demonstrationen, an denen sich mehrere 10.000 Menschen beteiligten, erwuchsen in der Nacht zum 18.1. die Schoppenstehlkrawalle, der Zusammenstoß von empörten und wütenden Demonstranten mit berittenen und bewaffneten Polizeitruppen. Vgl. Evans, Richard J.: »Wahlrechtsraub, Massenstreik und Schoppenstehlkrawall. Der Kampf gegen die Wahlrechtsverschlechterung 1905-06«, in: Berlin,

des Exekutivrates vom 31. Januar 1919, fand jedoch kein Echo bei der SPD, kam diese Entscheidung der Reichsregierung »doch ihren eigenen, auf den Abbau der politischen Stellung des Rates gerichteten Intentionen entgegen.«⁸³

Sehr deutlich wurde der Dissens zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung in den vorgelegten Entwürfen zur neuen politischen Verfassung des Hamburgischen Staatswesens, die in den Sitzungen vom 31. Januar und 8. Februar 1919 im Exekutivausschuss diskutiert wurden. Der von Carl Herz vorgelegte Wahlrechtsentwurf hielt am Prinzip der Souveränität des Arbeiter- und Soldatenrates fest. Der Senat sollte hier als leitende Verwaltungsbehörde unter dem neuen Namen »Rat der Volkskommissare« unterhalb der Machtebene des AuSR agieren, während der Bürgerschaft die Funktion einer ausführenden kommunalen Verwaltungsbehörde zugedacht war. Ihre legislative Kraft blieb eingeschränkt; auch wenn sie die Verfassung ausarbeiten sollte, behielt sich der Arbeiter- und Soldatenrat die letzte Entscheidung über die Gesetzgebung vor.⁸⁴ Im Gegensatz dazu orientierte sich der Entwurf einer »Wahlverordnung« des SPD-Mitgliedes Georg Blume (1849-1921) an den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie mit der klassischen Aufteilung der Aufgaben von Parlament (Bürgerschaft) und Exekutive (Senat). Die Aufgaben der neuen Bürgerschaft umfassten nach § 1 dieser Wahlverordnung »außer der Erledigung der laufenden Angelegenheiten die alsbaldige Inangriffnahme der Beratung und Beschlußfassung über eine neue Verfassung und die zu ihrer Ergänzung erforderlichen Gesetze [...]«⁸⁵ Mit dem Augenblick der Wahl zur Legislative sei das Regime des Arbeiter- und Soldatenrates beendet. Die Vorlage wurde in der Sitzung des Exekutivausschusses mit 26:12 Stimmen angenommen »und von einer am 11. Februar einberufenen kombinierten Vollversammlung des Arbeiter- und Soldatenrates gebilligt.«⁸⁶

Auch die vorübergehende Solidarisierung der Fraktionen der Hamburger Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zur Unterstützung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates während der Niederschlagung durch die Division Gerstenberg brachte für die verfestigten Positionen der MSPD auf der einen und der Linken (USPD/Kommunisten/Linksradikale) auf der anderen Seite keine Veränderung.⁸⁷ Nachdem die Bremer Räteregierung besiegt war, distanzierte sich die Hamburger SPD von der »Aktionsgemeinschaft mit den Unabhängigen und Kommunisten« und sprach der Reichsregierung ihre Loyalität aus.⁸⁸ Am 7. Februar 1919 unterstützte der Soldatenrat unter der Leitung von

Jörg: Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 162-189, hier S. 174-175.

83 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 701. Vgl. w.u. Hanke: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 170; zur Sitzung vom 31.1.1919 vgl. die Auszüge aus dem Protokoll bei Stalman, Arbeiter- und Soldatenrat (2013), S. S. 709-718; zur Diskussion vom 8.2.1919 vgl. ebd., S. 865-882.

84 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 702.

85 Ebd., S. 703.

86 Ebd.

87 Vgl. ebd., S. 705.

88 Zur Niederschlagung der Räterepublik in Bremen vgl. Brinkhus, Jörn: »Novemberrevolution – Räterepublik – Stacheldrahtostern. Die Revolution 1918/19 in Bremen«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 57-69, hier S. 65-68.

Lamp'l in der Vollversammlung des stellvertretenden IX. Armeekorps mit seiner Resolution nach sofortiger Wiederherstellung »geordneter Verhältnisse« die Reichsregierung und ihre Politik der Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie.⁸⁹

Die Tage bis zum Ende des AuSR, das mit der Bekanntgabe der Notverfassung durch die am 16. März 1919 gewählte Bürgerschaft in ihrer 2. Sitzung am 26. März 1919 erfolgte, beschreibt Heinrich Laufenberg als »eine peinliche Agonie«.⁹⁰ Mit der Erklärung von Karl Hense (1871-1946) in dieser Sitzung, wonach der AuSR »seine politische Macht, die er auf Grund der Revolution ausgeübt hat, in die Hände der Bürgerschaft« zurücklegte, war seine Auflösung wirksam. In »aller Stille« wurde auch die rote Fahne vom Rathaus entfernt.⁹¹

4. Fazit

Folgen wir der Darstellung von Volker Ullrich zur weiteren politischen Machtentwicklung, so lässt sich die Verschiebung der Macht zugunsten der SPD als Folge der Wahlen, der Koalitionsentscheidung und bestimmter Politiken des Verschleierns und des Verzögerens beobachten. Die SPD entwickelte ein neues Aktionsprofil, das sich stärker auf die bürgerlichen Parteien zubewegte. Diese Verschiebungen zeigt Volker Ullrich auf, indem er die praktizierte Politik der Regierungspartei mit ihrem Wahlprogramm vergleicht und auf Inkompatibilitäten hinweist. Die beobachtete Neuausrichtung der Partei erscheint als verstärkte Anpassung der SPD-Politik an das bürgerliche Lager. Deutliche Anzeichen waren erstens der Beschluss der SPD, trotz der in den Wahlen errungenen absoluten Mehrheit in Hamburg in eine Regierungskoalition mit den Liberalen einzutreten⁹² und zweitens der Beschluss, die Hälfte der Senatsmitglieder des Ancien Regimes im Senat zu belassen. Damit wurde die Umwandlung des Senates in eine demokratische gewählte Körperschaft verhindert. Außerdem blieben wichtige Ressorts – so das Wirtschafts- und Finanzressort – in den Händen der »alten Eliten«; dies traf auch für das Amt des Ersten Bürgermeisters zu, in dem Werner von Melle belassen blieb.⁹³

Die »politischen Implikationen« einer solchen Politik bringen, so die These Volker Ullrichs, eine Haltung der SPD zum Ausdruck, »die auf Anpassung an die Interessenlage der vorrevolutionären gesellschaftlichen Führungsgruppen« ausgerichtet gewesen sei. Zu den weiteren Merkmalen dieser Politik gehörten die ausgebliebene »Demokratisierung der Verwaltung«⁹⁴, die zu den »Kernforderungen der alten Sozialdemokratie« gehörte, ebenso eine große Zurückhaltung »in der Frage der Sozialisierung«, in der nicht einmal der Spielraum genutzt wurde, den die abgeschwächte Fassung des

89 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 709.

90 Ebd., S. 705.

91 Ebd., S. 706.

92 Zu den Wahlen 1919 in Hamburg und ihren Ergebnissen vgl. in diesem Band Frank Omland: »Wie wählen wir am besten?«, S. 251-290.

93 Vgl. Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 708.

94 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 708.

»am 13. März 1919 von der Nationalversammlung beschlossenen Sozialisierungsrahmengesetz[es]« eingeräumt habe.⁹⁵ Der am 26. März 1919 neugewählte Große Arbeiterrat mochte in der Namensgebung noch an den Arbeiterrat der Revolution vom 5. November 1918 erinnern, in Wirklichkeit war er mit den nun »sehr beschränkten Kompetenzen« zu einem »wirtschaftlichen Interessenorgan« herabgestuft.⁹⁶

Die so zu beobachtende Orientierung der SPD hin zur liberalen bürgerlichen Mitte interpretiert Volker Ullrich als »Ausdruck ihrer veränderten objektiven politisch-sozialen Funktion als Träger und Stabilisator der bestehenden Gesellschaftsordnung, mit der der vor 1914 eingeleitete Prozeß der Transformation des sozialdemokratischen Reformismus zu einem integralen Bestandteil des bürgerlichen Staates seinen Abschluß fand.«⁹⁷ Lotta Mayer würde hier eine andere Interpretation vornehmen, wonach das Ergebnis als Prozess von Verschiebungen, Verlusten und Gewinnen von Machtpotentialen aufgrund dynamisch sich verändernder Konfliktlagen anzusehen ist. Diese Verschiebungen lassen sich im Zusammenhang mit drei Ereignisketten festhalten: 1. als Ergebnis der Konterrevolution in Hamburg im Dezember 1918, 2. als Folge des Beschlusses des Allgemeinen Rätekongresses in Berlin, allgemeine Wahlen zur Bildung der Nationalversammlung abzuhalten und im Zuge dessen die Zuspitzung zwischen zwei ordnungspolitischen Modellen, vertreten durch die Volksmarinedivision in Berlin (Weihnachtsunruhen) und die Reichsregierung erfolgte und schließlich 3. als Ausdruck der seit Januar 1919 einsetzende Polarisierung zwischen der kommunistischen radikalen Linken und der USPD einerseits, der SPD andererseits.

In seinem Ausblick auf die Situation nach der Etablierung der parlamentarischen Republik in Hamburg seit dem Frühjahr/Sommer 1919 weist Volker Ullrich auf die neuen Tiefenstrukturen der politischen Lager in Hamburg hin: Es vertiefte sich die Bruchlinie zwischen der MSPD und der radikalen Linken, aber auch zwischen MSPD und dem rechten bürgerlichen Lager. Dies kündigte sich durch Entwicklungen am extremen rechten Rand an, während es in der Mitte weiterhin noch Kooperationen mit den Liberalen gab. Hier bestand die Gefahr für die MSPD, aus machstrategischen Gründen die feinen Unterschiede zwischen der »gemeinsamen Frontstellung gegen links« und der »Toleranz gegenüber der sich formierenden antirepublikanischen Rechten« zu übersehen.⁹⁸ Im interaktionistischen Ansatz ist dieses Zusammengehen durch das Eingehen situativer Zweckbündnisse zwischen zwei Lagern aus strategischen Gründen durchaus vorstellbar. Auch die Frage der zukünftigen Rolle der neu zu gestaltenden Armee in einem demokratischen Staat barg angesichts der Zersplitterung der militariisierten Ordnung (Aufbau gegenrevolutionärer Truppen, die Bildung von Freiwilligen- oder Freikorps-Verbänden, die Reorganisation der Reichswehrtruppen) und der Unru-

95 Ebd., S. 709.

96 Dennoch sind die Wahlergebnisse sehr aussagekräftig hinsichtlich der sich ausdifferenzierenden Strukturen der Wählerschaft, zu der auch Angestellte und Beamte gehörten. Von den 400 Mandaten »entfielen auf die SPD 239, auf die Unabhängigen 37, und auf die Kommunisten 25.« Ebd., S. 706f. Zu den Wahlergebnissen der Bürgerschaftswahl vom 16.3.1919 in Hamurg vgl. in diesem Band Omland, Frank, : »Wie wähle«n wir am besten?«, S. 272, Tabelle 2.

97 Ullrich (1976): Arbeiterbewegung, S. 710.

98 Die Zitate ebd., S. 711.

he der sich im extremen linken und rechten Spektrum formierenden »unrest groups« Anlass für neue Verwerfungen.⁹⁹

99 Ebd., S. 713.

Dimension: Vorrevolutionäre Ära 1890-1918:

Räume der politischen Macht

Albert Ballin 1890-1918: Politische und unternehmerische Spielräume des leitenden Managers der Hamburg Amerika Linie (HAL) im Wilhelminismus

Johanna Meyer-Lenz

1. Machträume 1890-1914: Lokal, national, transnational und global

1.1 Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag zu Ballin umfasst zwei Teile. Der erste Teil durchmisst die verflochtenen lokalen, nationalen, transnationalen und globalen Dimensionen des Handlungsraumes, innerhalb dessen Ballin und die HAL¹ ihre unternehmerischen Tätigkeiten entfalteten. Das weltumspannende Seetransportunternehmen HAL, seit 1900 weltweit an der Spitze der Branche, war seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit dem globalen Transportnetz über den Welthafen Hamburg als bedeutendem Knotenpunkt des internationalen Seetransportes im Zeitalter der Globalisierung und Hochindustrialisierung verbunden. Das unternehmerische Handeln Ballins wirkte ebenso auf Hamburg zurück wie es umgekehrt auf die globalen Verkehrs- und Handelsbeziehungen der Stadt ausstrahlte.

Der erste Teil beschreibt die dynamische Entwicklung der HAL von 1886 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Der unternehmerische Erfolg des hamburgischen Reedereiunternehmens stützte sich auf ein expandierendes Überseegeschäft mit einem besonderen Schwerpunkt auf der europäischen Migration nach Übersee und der globalen Ausweitung des Routen- und Liniennetzes. Ballin und seine Unternehmenspolitik waren zugleich Teil des Herrschaftsregimes des Wilhelminismus. Navalismus und die

1 Die Kurzform HAL zur Bezeichnung der Hamburg Amerika Linie führte Ballin 1894 statt des umständlicheren HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) – auch im Hinblick auf das transatlantische Publikum – ein. Diese Abkürzung wird für die Zeit ab 1894 benutzt; das Kürzel HAPAG blieb ebenfalls in Gebrauch und wurde für offizielle Bekanntmachungen u.ä. genutzt. Vgl. StA HH Familienarchiv Merck II 8 konv. 2a Band 1. Merck, Johannes Theodor, Meine Erinnerungen an die Hamburg-Amerika-Linie und an Albert Ballin (geb. 15.8.1857, gest. 9.11.1918.) 1896 bis 1918, 1921/22, S. 47.

Weltpolitik Wilhelms II. prägten den Spielraum des unternehmerischen Handelns Ballins bis 1914, der hier in seinen Möglichkeiten und Eingrenzungen abgesprochen wird.² Dabei wird der Frage nachgegangen, ob und in welcher Form Spannungen und Widersprüche im Verhältnis von transnationalen und globalen unternehmerischen Politiken eines Unternehmens wie der HAL in der Epoche des globalen Liberalismus und der wilhelminischen Weltpolitik zu beobachten sind und wenn ja, wie sie das Verhältnis von politischer und wirtschaftlich-unternehmerischer Macht beeinflussten. Dies wird an ausgewählten Aspekten unternehmerischen Handelns Ballins und der HAL im urbanen, globalen und kolonialen Kontext dargestellt.

Mit dem Kriegseintritt 1914 änderten sich Handlungs- und Spielräume des Unternehmens schlagartig. Das sich im Laufe des Kriegsgeschehens wandelnde Verhältnis des Unternehmer-Managers und Politikers Ballin zur Kriegspolitik des Kaisers und der militärischen Führung beschreibt eine zunehmende Distanznahme, ein Auseintreten der Interessen des Unternehmers und des Machtregimes der OHL seit 1916. In diesem Prozess positioniert sich Ballin im Sinne der Wilson'schen Linie und der Forderung einer Transformation des Staates zu einem liberaldemokratischen Verfassungsstaat.³

1.2 Albert Ballin: Das unternehmerische Feld Hamburg

Als Ballin 1877 als junger Agent für das indirekte Auswanderergeschäft die Bühne des hamburgischen Reedereigeschäftes betrat, bedeutete dies den Eintritt in das Feld der mächtigen Handels- und Wirtschaftseliten Hamburgs und später des Reiches mit einem Schwerpunkt in Berlin. Dieser Schritt war insofern bemerkenswert, als er mit einem heftigen durch Ballin ausgelösten Preiskrieg um die Passagietickets im Hamburger Auswanderergeschäft verbunden war.⁴ Die ruinöse Konkurrenz unter den beteiligten Reedereien, die die HAPAG seinerzeit besonders hart traf, fand erst ein Ende, als der Hauptkonkurrent Ballin als Agent mit einem günstigen Vertrag in das Auswanderungs- und Überseegeschäft der HAPAG übernommen wurde und Ballin dort die Auswanderung zu einem blühenden Geschäftszweig entwickelte.⁵ Ballin agierte hier in einer agi-

2 Seit Mitte der 1890er Jahre ist die HAL in den Navalismus der kaiserlichen Politik eingespannt, dem Streben des Kaisers nach Weltherrschaft zur See, das sich auf eine starke Kriegsmarine zum Schutze der gleichfalls mächtigen Handelsflotte stützt. Vgl. Epkenhans, Michael: »Wilhelm II and his navy, 1888-1918«, in: Mombauer, Annika/Deist, Wilhelm (Hg.): *The Kaiser. New Research on Wilhelm II's role in Imperial Germany*, Cambridge 2003, S. 12-36., hier S. 17-19.

3 Vgl. im Einzelnen w.u., S. 130-170.

4 Vgl. Huldermann, Bernhard: *Albert Ballin: eine Biographie von den Anfängen bis nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 1922, S. 12-26; Gerhardt, Johannes: *Ballin*, Hamburg 2009, S. 24-25; Cecil, Lamar: *Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888-1918*, Hamburg 1969, S. 32-36. Das gemeinsame Vorgehen Ballins und der Privatreederei der Firma Edward Carr gegen das traditionelle Passagiergeschäft zeugt von der »Unternehmungslust« Ballins, den alteingefahrenen und starren Geschäftsideen u.a. der HAPAG neue gegenüberzusetzen, denen die bisher vernachlässigten Auswanderergruppen aus Osteuropa zu einem erfolgreichen Geschäftsgang verhalfen. Vgl. Huldermann (1922): *Albert Ballin*, S. 12.

5 Vgl. w.u. S. 101-104. Vgl. dazu ausführlich Huldermann (1922): *Albert Ballin*, S. 11-23; Rosenbaum, Eduard: *Albert Ballin: A Note in the Style of his Economic and Political Activities*, in: Leo Baeck In-

len und erfolgreichen Weise, die der Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter (1863-1950) in seiner Unternehmenstypologie als hervorstechendes Merkmal des »schöpferischen Unternehmers« herausstellt. Sein wirtschaftlicher Erfolg beruhe, so Schumpeter, nicht so sehr auf neuen Erfindungen, sondern vielmehr auf einer erfolgreichen Kombination bereits vorhandener wirtschaftlicher Gegebenheiten, welche nicht nur den eigenen Profit erhöhen, sondern maßgebliche Impulse für das Wachstum der Gesamtwirtschaft auslösen. Diese »Neukombinationen bereits bekannter Komponenten« kennzeichnet das schöpferische Potential: »Ein solcher Unternehmer muß kein Risiko übernehmen, sondern kann es an den Kapitalgeber delegieren. [...] Der Kern der Unternehmerfunktion ist das Treffen bahnbrechender Entscheidungen, durch die sich die Konfiguration des Faktoreneinsatzes durchschlagend verändern und große Wachstumseffekte ausgelöst werden.«⁶ Diese Innovationen lagen für Ballin im Bereich des Auswanderungsgeschäftes, das bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges eine tragende und ausgesprochen gewinnbringende Säule des Unternehmens HAL darstellte.⁷ Die Wirkungsmacht dieses erfolgreichen Geschäftszweiges führte zu steigenden Investitionen in die Modernisierung und Vergrößerung des Unternehmens, vom Schiffspark mit der neuen Generation von Schnelldampfern mit Doppelschrauben bis hin zum Ausbau des globalen Liniennetzes und der Erschließung weltweiter neuer Absatzmärkte im Passagier- und im Frachtgeschäft sowie der rechtlich-politischen Absicherung der Transitrouen im Auswanderungsgeschäft.⁸

stitute Year Book 3 (1958), S. 257-299, hier S. 259-261. Laut Vertrag übernahm die HAPAG die »Passagiere und die Leitung und Ausführung des Passagegeschäftes für beide Parteien [...] mit der Verpflichtung, mindestens ein Viertel der Passagiere den Schiffen der Union-Linie zu überweisen.« Gleichzeitig verpflichtete sich die HAPAG, »Albert Ballin an die Spitze ihrer Passageabteilung zu stellen und sich mit ihm über die Handhabung des Geschäftes zu verständigen.« Vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 23. Zusammen mit weiteren Regelungen wurde Ballin ein Mindestgesamteinkommen von Mk 60.000 garantiert. Im Jahre 1886 wird Albert Ballin zum »selbständigen alleinigen Leiter« des »gesamten Passagegeschäftes von und nach Nordamerika« ernannt. Vgl. ebd., S. 25.

- 6 »Schumpeter [...] ging es um bahnbrechende Veränderungen mit strukturellen Großeffekten. Er sprach von der »Andersverwendung des Produktionsmittelvorrates«, durch die Unternehmer die ganze »Volkswirtschaft in neue Bahnen« zwingen und gigantische Wellen des Wachstums auslösen, welche die von den bisherigen Kombinationen erzeugte Dynamik bei weitem übertreffen.« Vgl. Berghoff, Hartmut: *Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung*, Paderborn/München/Wien u.a., 2004, S. 36-37.
- 7 Die Auswanderungsströme wuchsen kontinuierlich und erreichten eine neue Steigerung durch die in den 1890er Jahren einsetzende Auswanderung aus Südost- und Osteuropa. Die Effekte auf die Nachfrage nach geeigneten Schiffen waren erheblich. Diese führten zur Entwicklung eines neuen Typus von Fracht- und Fahrgastschiffen auf der transatlantischen Route mit großen aufnahmefähigen Zwischendecks für den Transport von Auswanderern einerseits, von Frachtgütern andererseits. Diese doppelte Kommerzialisierung des Frachtraumes brachte die legendären Doppelschraubendampfer hervor, die Ballin für die Atlantikroute in Auftrag gab. Vgl. dazu Kludas, Arnold: »Die deutschen Schnelldampfer«, in: *Deutsches Schiffsarchiv* 3 (1980), S. 145-160 (Teil 1) und *Deutsches Schiffsarchiv* 4 (1981), S. 93-108 (Teil 2). Vgl. auch Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 36-39.
- 8 Dazu zählen die Ausweitung des Agentensystems, die Einrichtung von Grenzstationen zur Kontrolle und »Desinfektion« an der preußisch-russischen (polnischen) Grenze, die Einrichtung eigener Transitrouen, die Versorgung der Auswanderer durch eigene Ladenketten sowie die Einrichtung

Ausschlaggebend für seinen Erfolg war weiterhin die Festigung der Stellung Ballins innerhalb der Hamburgischen Kaufmannschaft, der Reedereiunternehmen und der transnationalen Handelshäuser. Ein großer Teil von ihnen zählte zu den Aktionären der HAL und war im Aufsichtsrat vertreten; umgekehrt gehörten sie, wie bereits erwähnt, einem verschlungenen Netzwerk von Beteiligungen an, hatten mehrfach Sitze in verschiedenen Aufsichtsräten oder in der Geschäftsführung großer und einflussreicher Hamburger Reederei-, Industrie- oder Handelsunternehmen inne.⁹ Der Geschäftserfolg, beruhend auf der machtvollen Stellung in der hamburgischen Wirtschaft, der zentralen Rolle im Handel und der Unterstützung der Finanzoligarchie, öffnete Ballin die Türen der Mächtigen in Politik und Diplomatie in Berlin. Mit dem Aufstieg der HAL zum – neben dem Bremer Lloyd – größten Seetransportunternehmen im Kaiserreich wurde er zu einem der mächtigsten Akteure der Schifffahrtsbranche weltweit, der den Aus- und Aufbau des Unternehmens dank der beteiligten und verflochtenen Netzwerke der einflussreichen Hamburger Handels- und Reedereidynastien vorantreiben konnte.¹⁰

In der wachsenden Hafen- und Handelsstadt wurde der ständig zunehmende Bedarf an Anlagen in den urbanen Bauvorhaben, Einrichtungen und Erweiterungen der städtischen und der hafenwirtschaftlichen Infrastruktur mit den großen Modernisierungsprojekten der Stadt gefördert; der Zollanschluss Hamburgs und der Ausbau des Hamburger Hafens und der Hafen- und Lagerstadt und der Verkehrssysteme, die Bereitstellung zusätzlicher infrastruktureller Anlagen, schufen wesentliche Voraussetzungen für das globale Agieren der HAL. Auch in der weiteren Entwicklung war der Stadt daran gelegen, auf die Bedürfnisse der HAL und der Reedereien mit dem kontinuierlichen Ausbau von Verkehrs- und Hafenanlagen Rücksicht zu nehmen. So wurde dem zunehmenden Volumen des Umschlags und des Passagierverkehrs durch Erweiterungen

der Auswandererhallen auf der Veddel als komparativer Vorteil gegenüber anderen Wettbewerbern. Vgl. Brinkmann, Tobias: »Why Paul Nathan Attacked Albert Ballin: The Transatlantic Mass Migration and the Privatization of Prussia's Eastern Border Inspection, 1886-1914«, in: *Central European History* 43 (2010), S. 47-83.

- 9 Max M. Warburg (1867-1946), der Inhaber der Warburg-Bank in Hamburg zählte zu seinen engsten Freunden, Carl Heinrich Laeisz (1828-1901), Aufsichtsratsmitglied und -vorsitzender vieler Hamburger Reedereien und Vorstand der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und seit 1887 Leiter ihres Verwaltungsrates, einer der einflussreichsten Akteure der Hamburger Reedereiwirtschaft u.a. Großaktionär der HAL, war als Mentor an Ballins Seite. Zur Entwicklung und Konzentration der Reedereiunternehmen in Hamburg von 1870 bis 1910 vgl. Meyer-Lenz, Johanna: *Schiffbaukunst und Werftarbeit. Arbeit und Gewerkschaftsorganisation im industrialisierten Schiffbau des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. [u.a.] 1995, S. 109-113; zur Bedeutung der Reedereien für die Hamburger Werftindustrie und zu den Verflechtungen der Reedereiunternehmen ebd., S. 127-146; dies.: »Deutschland als Nachzügler? Blohm & Voss 1877-1914. Ein Unternehmen des industrialisierten Großschiffbaus«, in: Elvert, Jürgen/Hess, Sigurd/Walle, Heinrich (Hg.): *Maritime Wirtschaft in Deutschland. Schifffahrt – Werften – Handel – Seemacht im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2012, S. 90-105, hier S. 102-104.
- 10 Das Interesse an der Ausschüttung von Aktiengewinnen war bei den eigenen Aktionären sehr ausgeprägt und diesem Punkt galt jedes Jahr ein besonderes Augenmerk Ballins. Vgl. STA HH Familienarchiv Merck II 8 konv. 2a Band 1. Merck, Johannes Theodor, *Meine Erinnerungen an die Hamburg-Amerika-Linie und an Albert Ballin* (geb. 15. 8. 1857, gest. 9. 11. 1918) 1896 bis 1918, 1920/1922, S. 46 und S. 56.

der Abfertigungsmöglichkeiten auf dem Amerika-Kai 1889 Rechnung getragen; neue Anlagen wurden auf dem Petersen-Kai am Nordufer der Elbe, die neue Abfertigungsanlage Brunshausen an der Unterelbe für die neuen Schnelldampfer errichtet. Schließlich folgten die neuen Hafenanlagen und der Bahnanschluss für die Passagierabfertigung in Cuxhaven für die Dampfer der Imperatorklasse.¹¹

1.3 »Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser«: Wachstum und Diversifizierung in der Globalisierung

Der erste Höhepunkt im Ausbau des Unternehmens HAL war nach einer dynamischen Aufbauphase um die Jahrhundertwende erreicht.¹² Davon zeugten die Neugestaltung der Unternehmenszentrale am Alsterdamm ebenso wie die Umstrukturierung der Geschäftsbereiche, der betriebliche Ausbau der Dienste, die Ausweitung der Linien und der Routen.¹³ Die neuen Liniendienste in der transatlantischen Dampfschiffahrt wurden publikumswirksam mit Bildern und Plakaten der neuen Generationen der Schnelldampfer in die imaginäre Vorstellungswelt der Öffentlichkeit eingeschrieben. Die haus-eigene Werbeabteilung, das »Literarische Büro«,¹⁴ sprach mit Erfolg die Imagination des wohlhabenden Publikums an, indem sie vorzugsweise touristische Motive der Reiseziele in eleganten Passagierdampfern mit einer Darstellung des Globus mit der Sicht auf die Weltmeere und die Kontinente verband.¹⁵ Der globale maritime Raum der Fahrtgebiete spiegelt sich im global umspannenden Liniennetz auf großen Werbeplakaten der HAL. Die Hauptrouten lagen zunächst auf dem Atlantik, erweiterten sich an der Ostküste der USA, integrierten Philadelphia und Baltimore und dehnten sich

-
- 11 Zu den großen Hafenanlagen des Amerikahafens in Cuxhaven vgl. Koperschmidt, Horst: Albert Ballin und Cuxhaven. Eine Ausstellung anlässlich des 150. Geburtstages des großen Reeders. Hg. vom Förderverein Hapag-Halle Cuxhaven, Cuxhaven 2007, S. 3, S. 12-13.
 - 12 Vgl. Ritter, Gerhard A.: »The Kaiser and his Ship-Owner: Albert Ballin, The HAPAG Shipping Company, and the Relation between Industry and Politics in Imperial Germany and the Early Weimar Republic«, in: Berghoff, Hartmut/Kocka, Jürgen/Ziegler, Dieter (Hg.): *Business in the Age of Extremes. Essays in modern German and Austrian Economic History*, Cambridge 2013, S. 15-39, hier S. 21-28. Hamburg zählte zu dem bevorzugten Ort der Marine-Festkultur Wilhelms II. Vgl. Elsner, Tobias von: *Kaisertage. Die Hamburger und das Wilhelminische Deutschland im Spiegel öffentlicher Festkultur*, Frankfurt a.M. 1991, S. 418-540. Zum Navalismus vgl. w.o., Anm 2.
 - 13 Zu den einzelnen Abteilungen vgl. Merck, Johannes (1920/1922): *Erinnerungen*, S. 41-44; zum Vorstand ebd., S. 8-11. Zur repräsentativen Architektur des neuen Geschäftsgebäudes vgl. Hapag-Lloyd AG: *Das Ballin-Haus. Ein Detail Hamburger Geschichte*. Hamburg o.J. (vermutlich 2003). Das neue Geschäftsgebäude, entworfen von dem Architekten Martin Haller (1835-1925) und gekrönt mit »einem sieben Meter hohen bronzenen Neptun mit Dreizack« von Ernst Barlach (1870-1938) wurde 1903 bezogen. Ebd., S. 9.
 - 14 Spektakulär in der zweiten Erneuerungsphase: die 1900 in Betrieb genommene DEUTSCHLAND und die folgenden AMERIKA und KAISERIN AUGUSTE VICTORIA. Vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 36. Die Schiffsnamen werden hier wie vielfach in marinehistorischen Darstellungen üblich, in Großbuchstaben geschrieben. Von der Schreibweise wird abgewichen, wenn diese im Zusammenhang mit einem Zitat verändert ist.
 - 15 Dazu wurde eigens das literarische Bureau – heute Werbe- bzw. Presseabteilung – eingerichtet, das in zahlreichen Plakaten und Schriften, die weltweit die Bilder der Oceanliner gepaart mit der Vorstellung einer modernen und sicheren Technologie, Schnelligkeit und Eleganz verbreitete.

schließlich nach Norden (Kanada) und nach Süden (Südamerika: Venezuela, Kolumbien) aus. Um die Jahrhundertwende fügte die HAL Fahrtgebiete nach Asien (Indien/China) hinzu. Eine zweite Passagierdampferlinie nach New York wurde eröffnet.¹⁶ Die HAL konnte neben dem Linienverkehr sehr beweglich auch ungewöhnliche Aufträge, so Transporte in Konfliktzonen, die dem Kolonialismus geschuldet waren, übernehmen, die dazu besonders hohe Profitraten versprachen.¹⁷

Der Schnelldampfer – der HAL wie seines Konkurrenten, des Bremer Lloyd – wurde zum Träger des Mythos einer neuen Zeitdimension erhöhter Beschleunigung in der Überwindung interkontinentaler Distanzen. Technikfortschritt und Größendimensionen eigneten sie sich in hervorragender Weise als Werbeträger der kaiserlichen Weltpolitik. Die Namen der jeweiligen Typenschiffe neuer Serien, so die KAISERIN AUGUSTA VICTORIA¹⁸ und die DEUTSCHLAND, 1913/14 die drei Schiffe der Imperator-Klasse, der IMPERATOR, die VATERLAND und die BISMARCK, dienten der Aufladung der imaginären Vorstellungen des Publikums durch Texte und Grafiken, welche die Fantasie von modernem und schnellem Reisen beflügelten.¹⁹ Schiffstausen und Jungfernfahrten wurden zu Ereignissen nationaler Bedeutung, die zunehmend im Kalender der wilhelminischen Festkultur Platz fanden.²⁰ Die Werbebotschaft der HAL übte eine Wirkung im Gleichklang mit der Vermittlung der Ziele und der Ideologie des wilhelminischen Navalismus aus; eine Botschaft, die auch in der Hafenstadt und urbanen Metropole Hamburg auf eine entsprechende Rezeption stieß.²¹

Während das Unternehmen HAL in das System der Machtentfaltung des Wilhelminismus eingebunden war, wirkten Größe und Bedeutung des Unternehmens als stabilisierende Faktoren für Hamburgs Handel und Wirtschaft. Politisch bewegte sich der Unternehmer Ballin in Hamburg im Kreis der bürgerlich konservativen und liberalen Eliten. Die Kooperation mit Interessen- und Wirtschaftsverbänden war selbstverständlicher Teil des ökonomisch-politischen Netzwerkes, in Hamburg mit dem 1884 gegründeten Verein Hamburger Reeder, seit 1907 Zentralverein deutschen Reeder, mit dem Verband der Eisenindustrie unter dem Vorsitzenden und dem Leiter des Schiffbauunternehmens Blohm & Voss, Eduard Blohm und mit dem Arbeitgeberverband von

16 Vgl. die Schiffe AMERIKA und die DEUTSCHLAND, in: Kludas, Arnold: Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt Bd III, Hamburg 1988, S. 56-57.

17 S. w.u. S.112-122; vgl. Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 16-19.

18 Die AUGUSTA VICTORIA und die COLUMBIA, die im April und im Juni 1889 in Dienst gestellt wurden, zählten zu den ersten »Zweischraubenschiffdampfern der Welt« und »gehörten auf Anhieb zu den beliebtesten Schiffen auf dem Nordatlantik«, deren Passagen ständig ausgelastet waren. Vgl. Kludas, Arnold, Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Band 1. Die Pionierjahre von 1850 bis 1890. Hamburg 1986, S. 186.

19 Vgl. zur Arbeit der Werbeabteilung, dem »Literarischen Büro«, zur Produktion und Verbreitung des Werbematerials Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 20. Zum Imaginationsraum des Nationalen in Verbindung mit den Schiffen der IMPERATOR-Klasse vgl. Russell, Mark A., Steamship Nationalism. Ocean Liners and national Identity in Imperial Germany and the Atlantic World, Routledge Studies in Modern European History, 2020.

20 Vgl. von Elsner (1991): Kaisertage, S. 498-503 und zum Stapellauf der BISMARCK ebd., S. 524.

21 Sie ließ sich damit in das Leitbild von Stadt und Hafen als »Tor zur Welt« problemlos einordnen. Dieses Bild fand über das Netz der HAL-Agenturen in den Metropolen Deutschlands und in Österreich weite Verbreitung. Vgl. Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 29.

Hamburg-Altona.²² Ebenso einflussreich agierte Ballin in der Hamburger Handelskammer; dort stand Ballin in vertrautem Kontakt zu Kollegen, Freunden und Experten der Wirtschaft und des Handels.²³ Max M. Warburg (1867-1946) gehörte zu seinen engsten Freunden, dem Sohn Warburgs, Erich M. Warburg (1900-1990), war er durch die Freundschaft zu seinem Vater sehr verbunden.²⁴

Unüberbrückbar war die Kluft zwischen Ballin und der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft, die freien Gewerkschaften wie die sozialdemokratische Partei hatten in dem konservativen Denkraum des Unternehmers keinen Platz; ausgleichende Verhandlungsregimes zur Aufarbeitung und zur Lösung sozialer Spannungen waren Ballin fremd.²⁵ Fragen der Arbeitnehmerrechte, Lohnfragen, Fragen der sozialen Lagen handhabte Ballin im Sinne der patriarchalen Unternehmensführung, begleitet von einem strikten Verbot einer gewerkschaftlichen Organisation für Angestellte und Mitarbeiter des Unternehmens. Noch 1906 zeigte Ballin ganz offen seinen Widerstand gegenüber einer von der SPD angestrebten Wahlrechtsreform des pluralen Klassenwahlrechts in Hamburg.²⁶

Ballin bewegte sich strategisch geschickt auf dem Parkett der Diplomatie und der wirtschaftlichen und politischen Eliten in die Hauptstadt Berlin, in die Nähe des Kaisers.²⁷ Genauso häufig führten ihn Reisen in die Hauptstädte Europas und in die USA:

»Wenn die bestehende politische Struktur geändert werden mußte, führte der beste Weg dorthin nicht über eine Revision der Verfassung, sondern über eine Verstärkung des Einflusses seitens der Geschäftswelt auf die Gestalter der Regierungspolitik. Wenn Ballin und seine Freunde bereit waren, der Aristokratie die Kontrolle der Regierungsorgane zu überlassen, so lag die Erklärung dafür in dem Glauben, daß sich die staatliche Politik durch persönliche Einwirkung, Propaganda und die freigiebige Verwendung von Geldmitteln in ihrem Interesse beeinflussen ließ.«²⁸

-
- 22 Vgl. Saul, Klaus: »Verteidigung der bürgerlichen Ordnung; oder Ausgleich der Interessen? Arbeitgeberpolitik in Hamburg-Altona 1896 bis 1914«, in: Herzig/Langewiesche/Sywottek (1983): Arbeiter in Hamburg, S. 261-282.
 - 23 Zum verbandlichen Zusammenschluss der Reeder u. Kaufleute und zur »unnachgiebigen« Form der Betriebsführung Albert Ballins vgl. Michael Grüttner: Arbeitswelt an der Wasserkante, Cöttingen 1984, S. 25. Eduard Rosenbaum, Syndikus der Handelskammer und Experte für Verbands- und Handelsrecht, stand mit Ballin in engem Austausch. Vgl. Gröwer, Karin: »Dr. Eduard Rosenbaum, Direktor der Commerzbibliothek und Syndikus der Handelskammer Hamburg 1914-1931«, in: Gröwer, Karin/Günther, Barbara, Gegen das Vergessen. Opfer totalitärer Verfolgung aus dem Ehren- und Hauptamt der Handelskammer Hamburg, Hamburg 2019, S. 477-493.
 - 24 Vgl. Warburg, Eric: Zeiten und Gezeiten, Hamburg 1918. Den Vornamen »Eric« nahm der Sohn von Max M. Warburg bei seiner Einbürgerung in die USA an.
 - 25 Vgl. zur Haltung der HAL während des großen Hafenarbeiterstreiks 1896/97 Grüttner, Michael (1984): Arbeitswelt an der Wasserkante, S. 165-175. Die »Reeder und Hafenunternehmer« übergaben die Bekämpfung des Streiks dem besonders rücksichtslos gegen die Streikenden vorgehenden Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona. Ebd., S. 170.
 - 26 Vgl. w.o. Meyer-Lenz, S. 48-50; Cecil (1969): Albert Ballin, S. 45-48.
 - 27 Mit der Zunahme seiner global ausgerichteten Unternehmenstätigkeit entwickelte Ballin eine rege Reisetätigkeit, die ihn oft ins Ausland führte; ebenso wurde die Hauptstadt Berlin zu einem zentralen Ort der kommunikativen Netzwerkpflge.
 - 28 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 13.

1.4 Transnationaler Machtraum: Strategien des Gewinnausgleichs in der Überseereederei 1886-1914

Um gemeinsam an den ertragreichen Geschäften mit den großen Auswandererströmen nach Nordamerika zu profitieren, einigten sich die großen Reedereien in Europa und Übersee zur Vermeidung verlustreicher Konkurrenzkriege auf die Entwicklung eines Poolsystems, das nach einer ausgeklügelten Formel die Interessen aller Beteiligten ausglich. Im einschlägigen »Nordatlantischen Dampfer-Linien-Verband« regelten seit 1892 Poolverträge Anteile und Einkünfte der großen Gesellschaften, die nach Kapazitäten (BRT) und Passagieraufkommen berechnet und mit einer Gleitklausel austariert wurden. Ballin hatte in diesen Konferenzen eine klare Führungsrolle inne.²⁹

29 In den meisten Konferenzen kam es zu klaren Führerpersönlichkeiten und die Macht konzentrierte sich in den Händen von Reedereiunternehmen wie Albert Ballin, Heinrich Wiegand (Lloyd), Sir Thomas Sutherland (P & O), Lord Inchcape (British India Steam Company) usw. Vgl. Broeze, Frank »Albert Ballin: The Hamburg-Bremen rivalry and the dynamics of conference system«, in: *International Journal of Maritime History*, Bd. 3 (1991), S. 1-32, S. 2; Fields, M.J.: »The International Mercantile Marine Company. An Ill conceived Trust«, in: *The Journal of Business of the University of Chicago* Vol. 5, No. 3 (Jul., 1932), S. 268-282.

Tabelle 1: Die größten Reedereien der Welt 1914 mit einem Schiffsgehalt von über 400.000 BRT

Unternehmen	Raumgehalt (GRT)	Leitung/Chairman	von – bis
HAL/HAPAG (gegr. 1847)	1.300.000	Albert Ballin	1899-1918
Norddeutscher Lloyd (gegr. 1857)	983.000	Heinrich Wiegand Philipp Heineken	1892-1909 1909-1920
British India Steam Navigation Company (gegr. 1856)	713.000	James Lyle Mackay (=Lord Inchcape (Brit.) 1913 (seit 1914 Teil der P&O-Gruppe)	seit 1913
Ellerman Lines (gegr. 1901)	598.000	John Ellermann (Teil des IMMC) (Brit./USA)	1901-1933
P&O (=Peninsular & Oriental Steam Navigation Co. Ltd. (gegr. 1840))	550.000	Sir Thomas Sutherland (Brit.)	1882-1922
Ocean Steamship Company (gegr. 1866)	513.000	Philipp Holt	1914
White Star Line (gegr. 1869)	487.000	Joseph Bruce Ismay (Teil des IMMC Brit./USA) Harold Sanderson	1899-1912 1913-1916
DDG »Hansa« (gegr. 1881)	441.000	Oltmann J. D. Ahlers Hermann Helms	1881-1910 1910-1940
Furness Withy & Company Line (gegr. 1885)	401.000	Sir Stephen Wilson Furness (Teil des IMMC)	1912-1914
Nippon Yusen Kabushiki Kaisha (NYK) (gegr. 1885)	400.000	Kyodo Unyu Kaisha	1914
Cunard Steamship Company Ltd. (1879-1934)	300.000	John Burns George A. Burns (Lord Inverclyde) James Burns (Lord Inverclyde)	1879-1900 1901-1905 1905-1919

Nach: Frank Broeze (1991): Albert Ballin, S. 1-2.

Nach Frank Broeze funktionierten die Pools der großen internationalen Übersee-reedereien als ein den Profit aller ausgleichendes Vertragssystem der beteiligten Reedereien. »Seitdem 1875 die ersten Übereinkünfte im britisch-indischen Handel abgeschlossen wurden, haben Konferenzen ihren Mitgliedern Gewinne durch das Festlegen von Frachtraten und Rationalisierungsmaßnahmen der Dienste eingebracht.«³⁰ So verhinderte man die Nachteile einer darwinistischen Konkurrenz, wenn auch diese nicht

30 Broeze (1991): Albert Ballin, S. 6.

beseitigt war, fand doch auf diesen Konferenzen ein ständiger unterschwelliger Streit um Raten- und Poolanteile statt und galten die gefundene Regelungen nur bis zum Ausbruch eines neuen Streites. »The number of members, extent of regulation and even the organisational structure can differ from conference to conference, but their common essence is ›rates, rights and rebates‹.«

Pools garantierten eine zeitlich befristete Beruhigung am Markt, die es den Mitgliedern ermöglichte, in Ruhe neu zu investieren, eine vorteilhafte Marktposition zu erreichen.³¹

The NDLV of 1892, for example, gave Ballin the necessary financial security and breathing space to revive the fortunes of the company, to build four twin-screw express steamers of the Augusta-Victoria class and the first of the highly successful P-vessels.³²

Broeze beschreibt das Poolssystem sehr treffend mit dem Bild der scheinbar ruhigen Oberfläche, unter der sich gefährliche Untiefen verbergen: »Below the seemingly smooth surface of pools and conferences, profound tensions can therefore exist or rapidly develop, especially considering, that every agreement, ipso facto, ›protects the weaker rather than the stronger members‹.«³³ Albert Ballin nutzte dieses System ausgiebig und bewährte sich, folgt man Huldermann, als meisterhafter Vorsitzender in den kompliziertesten Verhandlungen.³⁴

Neidlos werden sie indes alle die Palme des Poolsachverständes Albert Ballin reichen, dem vermöge seines fabelhaften Gedächtnisses jede Phase des Pools, seine Entstehung und Ausgestaltung auch nach zwei Jahrzehnten noch stets gegenwärtig war, und der es in den Poolverhandlungen zu einer unübertroffenen Meisterschaft gebracht hat. Das beste Zeugnis dafür war wohl, daß, als er im Jahre 1908 in London die Verhandlungen zur Begründung des sogenannten »General-Pool«, d.h. des ganz Nordeuropa unter Einschluß Englands umfassenden Pools begannen, auf Vorschlag der englischen

31 Broeze (1991): Albert Ballin, S. 6-7.

32 Ebd., S. 12. Deutsche Übersetzung Vf.: »So gab der NDLV von 1892 Ballin die nötige finanzielle Sicherheit und Atempause, um die Geschicke des Unternehmens wiederzubeleben, vier Doppelschrauben-Expressdampfer der Augusta-Victoria-Klasse und den ersten der sehr erfolgreichen P-Schiffe zu bauen.« Die 1997 bei der HAL in Dienst genommene PENNSYLVANIA, mit 13023 BRT seinerzeit das größte Schiff der Welt, signalisierte dann die Wiederaufnahme der Konkurrenz.

33 Ebd., S. 7-8. Broeze zitiert ein ehemaliges Mitglied der Nordatlantik Konferenz, der die Verhandlungsatmosphäre als ein bedrohliches Szenario beschreibt, wo jeder kalt für sich kalkuliert, »over which colleague is most likely to founder, if and when a rate war were to be unleashed.« Ebd., S. 8.

34 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 48-50. Bezeichnend war, dass der Abschluss des ersten Vertrages 1892 von den Beteiligten als »Sprung ins Dunkle« wahrgenommen wurde. Ebd., S. 49. Huldermann zitiert aus einem Brief des Sekretärs des Pools, dem ehemaligen Leiter des Passagiergeschäfts des Norddeutschen Lloyd, Heinrich Peters, den dieser »kurz vor seinem im Sommer 1921 erfolgten Tod« verfasst hat. Ebd., S. 48. Leider sind viele Quellen, die Huldermann zitiert, nicht mehr im Original enthalten, so dass man hier – ceteris paribus – mit einem ständigen Vorbehalt arbeiten muss.

Linien Ballin der Vorsitz in den Verhandlungen übertragen wurde, die nach manchem kritischen Moment dann auch mit einem vollen Erfolg schlossen.³⁵

Der am Verhandlungstisch umstrittenste Kampfplatz (»battleground«) war der Nordatlantik, denn hier lag das Hauptfahrgebiet für den Transport der großen Auswanderungsströme in die USA und nach Kanada. Dort war auch der größte Teil der Flotte der HAL eingesetzt, dort wurde der größte Teil des Gewinns mit der Auswanderung von Europa nach Amerika (Kanada und die USA) und nach Australien erwirtschaftet.³⁶

Tabelle 2: Deutsche und europäische Auswanderung in die USA 1901-1914 (in Tausend)

Auswanderung 1901-1907			Auswanderung 1908-1914		
Jahr	Deutsche Auswanderung in die USA	Europ. von brit. + kontinent. Häfen nördl. Bordeaux:	Jahr	Deutsche Auswanderung in die USA	Europ. von brit. + kontinent. Häfen nördl. Bordeaux
1901	21.651	376.471	1908	32.309	263.090
1902	28.304	308.872	1909	25.540	373.804
1903	40.086	389.424	1910	31.283	390.370
1904	46.380	324.486	1911	32.061	406.368
1905	40.574	613.610	1912	27.788	538.444
1906	37.564	732.429	1913	34.329	731.800
1907	37.807	825.432	1914	35.734	-

Nach: U.S. Bureau of Census: Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1914, Washington DC., in: Ottmüller-Wetzel, Birgit: Die H.A.P.A.G. und die Auswanderung nach Nordamerika. Hamburg, Berlin 1986, 56-57. Hierunter fallen auch die Auswanderungen nicht deutscher Staatsbürger über deutsche Häfen.

1.5 Die International Mercantile Marine Company (IMMC). Transatlantischer Machtraum

Das System des Ausgleichs der Interessen durch die Poolkonferenzen im Rahmen der Nordatlantischen Liniendampferkonferenzen konnte während ca. 25 Jahren aufrechterhalten werden. Erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges kündigte die HAL im Zuge der Planung der großen Neubauten der IMPERATOR-Klasse die Verträge, um nun die Anteil- und Gewinnverhältnisse mit dem bremischen Lloyd exklusiv neu auszuhandeln. An die Stelle der Verträge sollten nach Ballin Regelungen im Sinne des Ausgleichs von Interessengemeinschaften stehen, d.h. Absprachen zwischen zwei und mehr Gesellschaften zur besonderen Vorteilmahme der Geschäftsinteressen. Die Absprachen be-

35 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 54. Huldermann beschreibt im einzelnen die ständigen schwierigen Poolverhandlungen zwischen den kontinentalen und den englischen Linien, im Mittelpunkt der Streit um die Auswanderungspassagen aus Russland nach der Choleraepidemie und die Raten für den »Zwischendecks- und Kajütsverkehr«. Ebd., S. 55-60, besonders S. 59.

36 Broeze (1991): Albert Ballin, S. 16-17.

ruhten nicht mehr auf den komplexen Ausgleichsmechanismen eines Pools, sondern zogen stattdessen eine Form des Zusammenschlusses vor, der es den Partnern, z.B. Überseereedereien verschiedenster Nationalitäten, ermöglichte, sich ein Monopol in einem Sektor des transatlantischen Seetransportes zu sichern.³⁷

Diese Form der Monopolisierung des nordatlantischen Transportmarktes durch einen trustartigen Verband, der bereits kurz nach der Jahrhundertwende das internationale Geflecht von Absprachen und Ausgleichen in außerordentliche Bedrängnis brachte, wurde durch den US-amerikanischen Bankier und Stahlmagnaten John Pierpont Morgan (1837-1913) ins Spiel gebracht. Er plante bereits 1901/1902 seinen riesigen Trust, beruhend auf einer Monopolstellung der US-amerikanischen Eisenbahngesellschaften, die er durch Hinzufügung eines internationalen Seetransportkonsortiums auszuweiten suchte. Damit beabsichtigte er, der amerikanischen Handelsschifffahrt eine beherrschende Rolle im transatlantischen Überseetransport zu sichern und sein Verkehrsimperium, das sich bereits über einen großen Teil der amerikanischen Eisenbahnlinien erstreckte, durch die Zusammenführung von überseeischem und kontinentalen Transport transkontinental abzusichern.³⁸ Ballin schätzte sofort die Gefahr des Konstruktes mitsamt der »Verquickung amerikanischer Eisenbahninteressen« richtig als eine Bedrohung der bisherigen Regelungen des internationalen Transportmarktes für die europäischen Gesellschaften ein:

In dieser geplanten Verbindung des Landes- und Seetransportes liegt [...] die Gefahr für die ausländischen Reedereien [...], daß ihnen die Zufuhr aus dem amerikanischen Inlande abgeschnitten wird. Diese Zufuhr ist für die Rentabilität unserer nordamerikanischen Linien unerläßlich und Morgans Behauptung, daß sie ca. 70 % der gesamten Beförderung ausmacht, dürfte nicht wesentlich übertrieben sein.³⁹

Sorgfältig verfolgte er die »durch 1 $\frac{1}{2}$ Jahre sich hinziehende[en] Verhandlungen« Morgans und überlegte zugleich strategische Gegenmaßnahmen, die »amerikanische Gefahr« zu bannen und die Gelegenheit zu nutzen, eine »alles umfassende Gemeinschaft der Interessen unter den transatlantischen Reedern zu schaffen⁴⁰ und eine umfassende Neuregelung zu finden.

37 Zur Definition von »Interessenausgleich« und Interessensgemeinschaften vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 121 und S. 150-151.

38 Dies auch im Hinblick auf die damit seitens der US-amerikanischen Regierung angekündigten Subventionen. Vgl. auch Murken (1922), S. 161-162.

39 Aus Ballins Aufzeichnungen, zitiert bei Huldermann (1922), Albert Ballin, S. 73-74.

40 Ebd., S. 68. Ergänzend sei die Einschätzung Ballins aus einer Denkschrift vom August 1901 hinzugefügt, indem er die globalen Zusammenhänge von Missernte und Konjunktüreinbrüchen auf dem Frachtenmarkt mit der Gefahr »für eine Compagnie von dem ungeheuren Umfang der unsrigen« verbindet, die sich aus der Bildung von Marktmonopolen amerikanischer Herkunft entwickelt: »In Amerika mit seinen unerschöpflichen Hilfsquellen, seinen rücksichtslos unternehmenden Bewohnern und seinem ungeheuer gestiegenen Reichtum ist die Bildung von Trusts an der Tagesordnung. Der Bankier Pierpont Morgan, ein Mann, dem man nachsagt daß er mit seinem ungeheuren Reichtum eine geradezu erstaunliche Intelligenz verbindet, hat schon den großen Stahl-Trust, die größte Kombination, welche jemals die Welt gesehen hat, ins Leben gerufen und geht nun daran, den Amerikanern die Grundlage für eine Handelsmarine zu schaffen.« Ebd., S. 68-69.

Mit der Ausweitung seines Trusts auf europäische Unternehmen folgte Morgan der Öffnung der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik, indem er die Bestrebungen amerikanischer und britischer Reedereien zur Bildung eines Schiffftransportmonopols aufgriff und intensiv förderte. Maßgeblich beteiligt waren der Leyland-Konzern unter der Leitung von John Ellermann [1862-1933], die American und die Red Star Line unter Clement Griscom [1841-1912], die Atlantic Transport Line mit Bernard N. Baker [1854-1918], die White Star Line mit J. Bruce Ismay [1862-1937] an der Spitze, ebenso die Dominion Line, die zu einer weitverzweigten Holding mit weiteren Tochtergesellschaften unter John P. Morgan & Co. ausgebaut worden war, finanziert von den Banken von John Pierpont Morgan.⁴¹ Nach außen wurde dies nicht sichtbar, denn die Schiffe führten jeweils die Flagge ihrer Stammreederei und der Nationen, in denen diese ihren Sitz hatten; so fuhren die Schiffe der mächtigen Red Star Line unter belgischer Flagge.⁴² Die Begehrlichkeit Morgans richtete sich auch auf deutsche Reedereien. Die Gefahr der Morgan'schen Ausdehnung der Trustbildung auf die europäischen Unternehmen und damit auch auf die HAL, lag nach Ballin nicht allein in dem Anschluss an den vom Morgan-Trust beherrschten inneramerikanischen Transportmarkt oder in der »geplanten Verbindung des Land- und Seetransportes«, der den ausländischen Reedereien »die Zufuhr aus dem amerikanischen Inland« abgeschnitten hätte,⁴³ sondern in der Einflussnahme auf die unternehmenspolitischen Entscheidungen durch Beteiligung am Aktienkapital.

Die Verhandlungen mit dem Morgan-Trust, die auf Wunsch der europäischen Magnaten des Seetransports und Seeschiffbaus, unter ihnen Albert Ballin, stattfanden, zogen sich über ein Jahr hin und mündeten schließlich in einen ersten Vertragsentwurf, wonach eine amerikanische Kapitalbeteiligung an deutschen Unternehmen ausgeschlossen wurde, um die »völlige Unabhängigkeit [zu] wahren, unsere Nationalität unberührt [zu] lassen und eine Aufnahme amerikanischer Mitglieder in unserem Aufsichtsrat [zu] vermeiden, während sie andererseits doch einen ziemlich nahen Anschluß der Hamburg-Amerika Linie an den Trust ermöglichen und die Konkurrenz zwischen den beiden Parteien aufheben« sollten.⁴⁴

Den Verhandlungen erhielten ein besonderes Gewicht insofern, als Ballin sich vor dem Abschluss der »volle[n] Zustimmung des Kaisers und des Reichskanzlers« versichern wollte⁴⁵ und auf Anordnung Wilhelms II. am 16. Oktober 1901 nach Hubertus-

41 »The International Mercantile Marine Company was organized under the laws of the State of New Jersey on October 1, 1902.« Vgl. Fields, M. J. (1932), »The International Mercantile Marine Company. An ill conceived Trust«, S. 268. Vgl., Meyer-Lenz (2012): »Deutschland als Nachzügler?«, S. 96-97; Murken, Erich: Die großen transatlantischen Linienreederei-Verbände, Pools und Interessengemeinschaften bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Ihre Entstehung, Organisationen und Wirksamkeit. Jena 1922, S. 162-180.

42 Zu den präzisen Einzelheiten wie den Gesellschaften, Dampferrouden, Tonnagekapazitäten und Machtverhältnissen auf dem Transportmarkt vgl. die Denkschrift Ballins von August 1901, abgedruckt bei Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 70-74.

43 Ebd., S. 73. Zu den Einzelheiten ebd., S. 68.

44 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 76.

45 Ebd., S. 77. Es ging um das sorgfältige Austarieren der jeweiligen Aktienbeteiligung des Morgan-Trusts und der HAL mit dem Ziel, dem Morgan Trust keinen zu großen Einfluss auf den Geschäftsgang der HAL einzuräumen. Ebd., S. 76. Zu den Vertretern der Hochfinanz zählten u.a. »Herr Ja-

stock reiste, wo der Kaiser in einer persönlichen Sitzung »Paragraph für Paragraph des Abkommens vorlas und jeden einzelnen Punkt diskutierte.«⁴⁶ Wenn Huldermann die Beziehung Ballins zum Kaiser als Austausch zweier Männer am Schnittpunkt ihrer jeweiligen Machtinteressen kennzeichnet, ansonsten jedoch das Verhältnis als ungemein distanzierte Verbindung betrachtete, das seitens des Kaisers eher fern von seinen Amts- und Hofverpflichtungen in Berlin stattfand⁴⁷, so ist doch in diesem Falle eine Ausnahme zu beobachten, die sich aus dem Konflikt der amerikanischen Expansion mit den Machtinteressen des Kaisers durch die Möglichkeit einer sich abzeichnenden Einflussnahme des amerikanischen Kapitals auf das größte deutsche Seetransportunternehmen ergab. In dieser Frage war die Unabhängigkeit der HAL – ähnlich der Haltung der britischen Regierung zur Übernahme der Cunard-Line – von höchster nationaler Bedeutung. Nachdem diese Gefahr abgewendet war, äußerte Wilhelm II. seine übergroße Zufriedenheit Ballin gegenüber in einem Telegramm unmittelbar nach dem Abschluss des Vertrages im Februar 1902. Strategisch war die Unabhängigkeit der Unternehmensführung der HAL – auch des Norddeutschen Lloyds – vor dem direkten amerikanischen Einfluss bewahrt worden und die Selbständigkeit der HAL blieb durch den Ausschluss Pierpont J. Morgans aus dem Kreis der Aktionäre erhalten; auf den zunächst geplanten gegenseitigen Aktienaustausch mit Stimmrechtsbeteiligung wurde zugunsten einer gegenseitigen finanziellen Absicherung auf der Ebene der Dividendenbeteiligung verzichtet.⁴⁸ Ähnliche Konditionen wurden mit dem Norddeutschen Lloyd ausgehandelt, der ebenfalls auf Wunsch des Kaisers in die Runde der verhandelnden Vertragspartner aufgenommen worden war. Die britische Regierung unternahm noch weitaus drastischere Maßnahmen, um die Cunard-Line dem Zugriff des Morgan-Trusts zu entziehen und nicht befürchten zu müssen, im Falle eines Kriegsausbruchs nicht auf die Schiffe der Cunard Linie als Hilfskreuzer zurückgreifen zu können. Die Cunard-Linie behielt

cob Schiff von der Firma Kuhn, Loeb & Co [...].« Vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 83. »Jacob Schiff, ein aus Deutschland eingewanderter jüdischer Bankier und Mitinhaber der Bank von Kuhn, Loeb & Co, [war] 1902 nach J. P. Morgan einer der einflussreichsten Bankiers der USA und einer der wichtigsten Finanziers der amerikanischen Eisenbahngesellschaften. Mitteilhaber der Bank waren Schiffs Schwiegersohn Felix Warburg, der Sohn des hamburgischen Bankiers Max M. Warburg, ebenso der Bruder Paul Warburg, der eine Nichte Paul Loeb heiratete und maßgeblich an der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage des Federal Reserve Act, einem »Bundesgesetz«, mit dem das Zentralbankensystem 1913 begründet wurde [...], beteiligt war.« Vgl. Chernow, Ron: Die Warburgs. Odyssee einer Familie (Deutsche Übersetzung 1994), Berlin 1996, S. 72-85 u. S. 177-179, das Zitat S. 179; zu Paul Schiff vgl. <https://www.immigrantentrepreneurship.org/entries/jacob-h-schiff/> - abgerufen am 1.5.2021.

- 46 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 79; Murken (1922), S. 182-191. »Auf den Wunsch des Kaisers ist Ballin als sein geeignetster Toreador in die atlantische Arena hinabgestiegen, um zu versuchen, den amerikanischen Stier bei den Hörnern zu packen und ihn für die deutsche Schifffahrt womöglich unschädlich zu machen.« Ebd., S. 182. Zu den finanziellen und schiffahrtspolitischen Abmachungen des Vertrages vgl. ebd., S. 191-199.
- 47 Das Verhältnis Albert Ballins zu Wilhelm II. endete letztlich in Unverbindlichkeit und in der Distanzierung der beiden Persönlichkeiten voneinander am Ende des Krieges. Vgl. w.u. die Ausführungen S. 130-156.
- 48 Zu den Details der »gegenseitigen Gewinnbeteiligung« vgl. Stubmann, Peter Franz: Mein Feld ist die Welt. Albert Ballin. Sein Leben. Erweiterte Neuauflage der Ausgabe von 1926, Hamburg 1960, S. 90-91.

dank der großzügigen jährlichen Subvention seitens der britischen Regierung ihre Unabhängigkeit von der IMMC bei.

Die langen und zähen Verhandlungen zum Ausgleich mit Morgan führten die Verhandlungspartner in Köln, Berlin und New York und an Bord des Kriegsschiffs KAISER WILHELM II.⁴⁹ Nichts brachte die gemeinsamen Interessen von amerikanischer und deutscher Unternehmens- und Handelspolitik deutlicher zum Ausdruck als die großen und prächtigen Diners zur Feier des Vertragsabschlusses im Februar 1902 mit den Spitzen der Unternehmen beider Nationen, den Repräsentanten der Hochfinanz und des politischen und öffentlichen Lebens der USA, den »Captains of Industry« und den deutschen Repräsentanten.⁵⁰ Auf deutscher Seite nahmen die Leiter der beiden größten Reedereien teil, ebenso der auf der KRONPRINZ WILHELM in New York eingetroffene Bruder Wilhelms II., Prinz Heinrich. Ballin schrieb in sein Tagebuch:

An demselben Abend fand das von 1200 Journalisten veranstaltete Diner der Presse zu Ehren des Prinzen statt. Durch Vermittlung von Herrn Schiff machte ich die Bekanntschaft von Mr. Harriman, dem Präsidenten der Union Pacific, und konnte mit demselben Verhandlungen einleiten über unsere Beteiligung an der Schifffahrt San Francisco-Ostasien.⁵¹

Im Frühjahr 1902 war Pierpont Morgan Ehrengast des Kaisers auf der Kieler Woche und in Berlin. Morgan machte Ballin das Angebot, die Leitung des Trusts in New York zu übernehmen. Ballin kommentierte: »Ich lehnte das schon im Hinblick auf meine Stellung zum Kaiser ab.«⁵²

Bei der Veröffentlichung der Vertragstexte schlugen in Europa die Wellen hoch. Die Folge war, dass es nun zu weiteren Verschiebungen und Neuordnungen im internationalen Transportgeschäft kam. Die Cunard-Linie nahm als »Outsider«⁵³ in Eigenregie Verhandlungen mit Ungarn und Österreich auf, um mit beiden Ländern eine Interessenvereinigung im transatlantischen Migrationsgeschäft über die Häfen Fiume (Ungarn) und Triest (Österreich) zu erreichen.⁵⁴ Nach Fields litt der Morgan-Trust bei seiner Gründung an einer Überkapitalisierung und von daher war die Wirtschaftlichkeit erst gegeben, als 1918 eine Neuordnung der Finanzierung eintrat. Außerdem führte der nicht erfolgte Beitritt der Cunard Line zu beträchtlichen Gewinnausfällen. »Erst der große Krieg mit seinen unerhörten Gewinnen für die Reederei der neutralen und der alliierten Länder hat eine finanzielle Gesundung dieses Unternehmens herbeige-

49 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 81.

50 D.h. den »hundert ersten Leute(n), welche aus allen Teilen der Vereinigten Staaten zu diesem Zweck zusammengekommen waren«, als der Vertrag zum Abschluss kam. Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 83.

51 Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 83-84.

52 Huldermann, ebd., zitiert diesen Eintrag aus Ballins Tagebuch, ohne genaue Zeitangabe. Die bibliografischen Hinweise fehlen ebenfalls.

53 Huldermann, ebd., S. 91.

54 Huldermann, ebd., S. 93.

führt, von der man heute (1922) noch nicht sagen kann, ob sie sich als dauernd erweisen wird.«⁵⁵

1.6 Im Gleichklang nationaler und kolonialer Politiken des Wilhelminismus?

Deutsche Reedereien übernahmen den Transport von Kolonialtruppen im Rahmen der deutschen Kolonialpolitik in Afrika. Der HAL und dem Norddeutschen Lloyd wurde offiziell vom Reichstag das Monopol der Truppentransporte übertragen, die seit 1903/04 regelmäßig zur Bekämpfung der Aufstände in Deutsch Südwest-Afrika und später in Ostafrika stattfanden. Der Einsatz der Handelsmarine war somit funktional in den Navalismus in Form unterstützender Transportleistungen und bei Konflikten in Übersee einbezogen; im Kriegsgeschehen selbst waren die Schiffe der Handelsmarine als Hilfskreuzer und Begleiter von Flottenverbänden stärker in das direkte Kriegsgeschehen, das auch Deutschland als Kriegsbeteiligten involvierte, einbezogen. In seinen Erinnerungen erwähnt Johannes Merck drei solche internationalen Konflikte, die im Zusammenhang mit der europäischen Kolonialpolitik standen. Aus den damit verbundenen unternehmerischen Geschäften entstanden der HAL Gewinne in nicht unbeträchtlicher Höhe.

Das erste Beispiel betrifft die bereits erwähnte Unterstützung des russischen Zarenreiches während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05. So hatte die HAL für die russische Regierung im russisch-japanischen Krieg die Aufgabe übernommen, die ehemals baltische, dann zweite pazifische Flotte während ihrer mehrere Tausende Seemeilen umfassenden Route von der Ostsee durch den Suezkanal bis zum chinesischen Meer mit Bunkerkohle auszustatten. Der russisch-japanische Krieg entschied über die kolonialen Expansionsbestrebungen der Gegner; Russland strebte nach Ausdehnung seiner Gebiete in der nördlichen Mongolei, Japan nach Ausdehnung seines Machteinflusses auf das chinesische Festland und – ebenso wie Russland – nach der Einnahme des Hafens Port Arthur. Die russische Flotte erlebte im Mai 1905 in der Schlacht von Tsushima eine furchtbare Niederlage. Diese Schlacht war für Japan eine entscheidende Station im Aufstieg zur Großmacht im ostasiatischen Raum, während Russland sich hier zunächst zurückziehen musste. Die große politische Bedeutung dieser Schlacht in der Verschiebung der Mächtekonstellation hatte auch Auswirkungen auf Europa, da sich England politisch Japan angenähert hatte und ein Bekanntwerden der Bekohlungsaktion der russischen Flotte durch ein deutsches Unternehmen heftigste politische Erschütterungen aufgrund des Vorwurfes der Verletzung der Neutralität hätte hervorrufen können.

Dass während dieser geheim gehaltenen Unternehmung Risiken eines unvorhersehbaren Zwischenfalls nicht ohne weiteres beherrschbar waren, sondern ungeplante

55 Huldermann, ebd., S. 93. Eine ausführliche differenzierende Einschätzung des Morgan-Trusts im global play der internationalen Überseereedereien im transatlantischen Geschäft vor 1914 findet sich ebd., S. 93-97. Zu den wirtschaftswissenschaftlichen Daten vgl. Fields, M. J. (1932), S. 268-282. Fields gibt als einen der Gründe die Überkapitalisierung des Trusts an. Vgl. ebenfalls Brown, Jeffrey N.: A Tall Ship: The Rise of the International Mercantile Marine. Graduate Thesis department of History. College of Arts and Sciences, University of South Florida 2019, S. 250-252, in: <https://scholarcommons.usf.edu/etd/8341> – abgerufen am 20.7.2021.

Ereignisse oder Entscheidungen einer der kriegführenden Parteien eine internationale Krise hätte heraufbeschwören können, war den Verantwortlichen bewusst. Johannes Merck beschreibt die Situation:

Dass das Geschäft für uns politisch nicht ohne Gefahr war [...] ist uns einige Male recht fühlbar geworden. [...] Die nach dem Osten bestimmte Kriegsflotte hatte mit ihrer Spitze Aden erreicht und war im Begriff [...] in den indischen Ozean auszulaufen. Man glaubte [verkehrter Weise allerdings] dass die Japaner den Russen in der Gegend der Straits⁵⁶ auflauern würden, und dass es dort zum Kampf kommen würde, in welchem Fall die der Flotte folgenden resp. sie erwartenden Kohlendampfer in den Hinterindischen Gewässern der Gefahr der Kaperung, oder der Vernichtung durch die Japaner ausgesetzt gewesen wären, was politische Verwicklungen hätte zur Folge haben können und uns bei der deutschen Regierung eine Verstimmung und ihr Eingreifen gegen uns hätte eintragen können.

Saigon war, soweit ich mich entsinne, der östlichste Punkt [...] zu dem wir uns verpflichtet hatten [...] die Bekohlung auszudehnen. Aber bis dahin mussten wir liefern. Wir hatten nur die Wahl, entweder der übernommenen Gefahr konsequenter Weise ins Gesicht zu sehen [...] oder einen glatten Kontraktbruch den Russen gegenüber zu begehen.

Ballin war von Hamburg abwesend, auf der Reise [...] und seine Entscheidung nicht zu erreichen.

Unter solchen Umständen [...] da die Entscheidung drängte, berieten wir im Vorstand und beschlossen das einzig mögliche, nämlich die Kohlenschiffe weiter fahren zu lassen.

Als Ballin einige Tage darauf zurückkam [...] die Sachlage erfuhr [...] gab es eine furchtbare Szene [...] zu der er seinen Kollegen gegenüber nicht im mindesten berechtigt war. Er tobte wie noch nie. [...] Schließlich hatten wir auf jeden Fall doch das Richtige getroffen [...] und auch Ballin hätte, ohne schwerste Nachteile für die Gesellschaft, gar keinen anderen Weg einschlagen können.

Es ist anzunehmen, dass Ballin sich direkt beim Kaiser die Erlaubnis zu dem Kohlengeschäft gegen den anfänglichen Willen des Reichskanzlers durch die Darstellung erschlichen hatte, das glänzende Geschäft sei für uns und politisch für das deutsche Volk ganz ungefährlich.⁵⁷ Daher jetzt die Judenangst, dass man ihn persönlich an höchster

56 Merck bezieht sich wahrscheinlich auf die Meerenge Bab el-Mandab zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden. Ein Teil der russischen Flotte nahm den Weg über den Suez-Kanal. Ebd., Vgl. auch Jacob, Frank: Tsushima 1905. Ostasiens Trafalgar. Paderborn 2021 (2., durchgesehene Auflage), S. 52-53.

57 Diese Annahme war berechtigt, folgt man den Aufzeichnungen von Ballin von Mai 1904 über das russische Geschäft: »Unser großer Kohlenkontrakt mit der russischen Regierung ist inzwischen noch erheblich vermehrt worden. Die Ausführung des Vertrags macht mir aber viel Sorgen, weil natürlich die englischen Blätter, besonders die »Times«, diesen Vorwand benutzen, um die Neutralität Deutschlands zu verdächtigen. Bei der Schwäche unserer Regierung wirken diese Artikel

Stelle hätte zur Verantwortung ziehen können [,] und er in allerhöchste Ungnade hätte fallen können.

Auch hier ist es ein Glück gewesen [,] daß unsere Unterstützung der Russen gegen die Japaner, wie s. Zt. die der Spanier gegen die Amerikaner, keine Erfolge für die Unterstützten zeigte.⁵⁸

Aufschlussreich ist hier das Abwägen von Johannes Merck zwischen dem reinen geschäftlichen Interesse an der Einhaltung des Vertrages und der Abschöpfung der Gewinne einerseits und dem politischen Risiko durch ein Fehlmanöver. Die politischen Folgen und die verlustreiche Niederlage auf russischer Seite schlugen nun allerdings für das Unternehmen positiv, ohne Folgen für den weltweit nach wie vor guten Ruf zu Buche. So folgte ein weiteres profitables Geschäft mit Russland:

Außer dem Kohlegeschäft hatten wir auch die günstige Gelegenheit [,] mehrere Dampfer [,] darunter die drei alten Schnelldampfer »Fürst Bismarck«, »Viktoria Luise« und »Columbia« an die Russen zu verkaufen, die diese Schiffe umtaufen mussten und zu Hilfskreuzern ausrüsten ließen. Die beiden letztgenannten haben, so weit ich weiss, ihren Untergang mit der Flotte Admiral Rostdewschenskis⁵⁹ in der Straße von Tschuschima gefunden. »Fürst Bismarck« verkauften die Russen später nach Österreich weiter. Ich habe noch 1912 das Schiff in Pola als Marineschiff gesehen.⁶⁰

Angesichts der politischen Brisanz ging man in den Jahresberichten der Gesellschaft »vorsichtshalber über unsere Geschäfte mit den Spaniern und Russen« hinweg.⁶¹ Das schließlich risikoreichste Geschäft mit der russischen Kriegsmarine gehörte zu den einträglichsten, wie Merck es beschreibt:

Der größte all dieser Extragewinne, in verhältnismässig kurzer Zeit und ohne weitgehende Anspannung unserer eigenen Tonnage wurde von uns im Russisch-Japanischen Krieg erzielt, als wir hauptsächlich mit gemieteten Schiffen die Bekohlung der Rostdewschenskischen Flottenexpedition nach Ostasien unternahmen. Es war ein eigenartiges, politisch nicht ungefährliches Geschäft, aus dem sich aber auf ganz reinliche Weise ein Überschuss von uns für etwa 13 Millionen Mark ergaben. Die Sache wurde nur möglich durch die geschickte Vermittelung von St. Petersburg, des Staatsrates Konstatin von Wachter, den ich dafür in Vorschlag gebracht hatte. Ich kannte seinen

natürlich sehr unerfreulich. Ich hatte die Gelegenheit, die Sache mit dem Reichskanzler am Freitag, dem 23. September (1903 – Anm. d. Verf.) in Homburg zu besprechen.« Vgl. Huldermann (1922), Albert Ballin, S. 147.

58 Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 19; zur Wahrnehmung von Ballin im Deutungsrahmen des antisemitischen Rechtskonservatismus von Johannes Theodor Merck s.w.u., S.154-157.

59 Die Rede ist von Admiral Sinowj Petrowitsch Roschestwenski (1848-1909). Die buchstabengetreue Übertragung lautet: Sinovij Petrovič Rožestvenskij. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Sinowj_Petrowitsch_Roschestwenski - abgerufen am 14.9.2021; Jacob (2021): Tsushima 1905, S. 51-54 und S. 57-64.

60 Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 19-20.

61 Ebd., S. 20.

Namen durch Krupp und war mit dem Bruder Alexander von Wachter von Eschenauer & Co. Bordeaux gut bekannt.

Geschmiert wurde, wie man vielleicht bei russischen Geschäften leicht anzunehmen geneigt sein wird, absolut nicht. Auch sind die Russen in jeder Hinsicht von uns gut und reel[!] bedient worden. Bei der endgültigen Abrechnung nach dem Krieg reklamierten die Russen aus den Endbeträgen nur ganz geringfügige Summen, ein Zeichen, dass sie mit unseren Leistungen zufrieden gewesen sind.

Die Zahlungen wurden immer vorweg durch die Agentur der russischen Regierung, Mendelssohn in Berlin, geleistet. Die alte zaristische Regierung ist überhaupt immer eine gute Zahlerin gewesen. Sie hatte ja einen der bedeutendsten Goldvorräte der Welt, in ihrer Reichsbank in St. Petersburg liegen und war sehr coulant [sic!].⁶²

Ballins Berichte informierten über die aufwändigen diplomatischen Unternehmungen. Der Austausch mit dem Reichskanzler und den Mitgliedern des Auswärtigen Amtes führte Ballin häufig nach Berlin. Die Durchführung des Auftrags erforderte überdies oft die Anwesenheit der Vertreter der Reederei in Petersburg, fast täglich stimmten sich die beteiligten Abteilungen in Konferenzen vor Ort selbst ab. Ballin hält in seinen Aufzeichnungen fest:

Um die Kohlenkontrakte auszuführen, haben wir eine große Zahl von fremden Schiffen chartern müssen, so daß zeitweilig bis zu 80 Dampfern [sic!] für die Russen unterwegs sind. Zu dem Verkaufe der alten Schnelldampfer und der BELGIA kommt noch der endgültige Verkauf der PALATIA und PHOENICIA an Rußland, sowie der von 9 anderen Dampfern der Gesellschaft [...]. Die große Aufgabe, welche wir übernommen haben, nämlich die bis dahin für fast unmöglich gehaltene Überführung eines so mächtigen Geschwaders wie dasjenige der sogenannten baltischen Flotte von Europa nach Ostasien, haben wir glücklich gelöst. Die Flotte ist, ohne feste Kohlenstationen zu besitzen, lediglich durch die richtige Disposition von Dampfern durch die Übergabe der Kohlen teilweise auf offener Reede, glücklich nach Ostasien gebracht worden. Daß sie dort in der Koreastraße ein so unrühmliches Ende fand, kann sicher nicht die Größe der Leistung beeinträchtigen, welche wir in der Bekohlung der Flotte auf dieser weiten Strecke vollbracht haben und mit welcher wir Erfahrung gesammelt haben, die auch für die deutsche Regierung von hohem Werte sind. Der Gewinn, den wir bei dem Kohlengeschäft erzielt haben, ist ein recht erheblicher, wenn er auch nicht exorbitant erscheint im Hinblick auf die außergewöhnliche Arbeitsleistung und auf das ungewöhnliche Risiko.⁶³

62 Vgl. ebd., S. 18-19. Diese Kritik von Merck ist sehr parteiisch, denn der Krieg erwies sich für Russland als sehr kostspielig und reduzierte die Kreditfähigkeit des Zarenreiches im Ausland. Französische Banken gewährten z.B. keine weiteren Kredite. Vgl. Jacob, Frank (2021): Tsushima 1905, S. 23 und S. 85.

63 Aus den Aufzeichnungen Albert Ballins, zitiert bei Huldermann (1922), Albert Ballin, S. 148-149. Wie hoch dieses Risiko war und wie sehr man bei einer Aufdeckung dieser verschwiegene Operation um einen Verlust sowohl der finanziellen als auch des symbolischen Kapitals des Vertrauens bei der HAL besorgt war, berichtet Johannes Merck. Als ein Teil des Geschwaders in den indischen Ozean auslief, befürchtete man »dass die Japaner den Russen in der Gegend der Straits auflauern

Die Gewinne waren – entgegen der skeptischen Einschätzung Ballins – beträchtlich. Nach Huldermann waren sie eine Quelle der »Wiedergeburt« der HAL, da der »erhebliche Gewinn« aus dem Verkauf »einer ganzen Reihe von Dampfern« und das gleichzeitige »Kohlenlieferungsgeschäft von gewaltigem Umfange« die umfangreichen Investitionen in die Schiffe der nachfolgenden Generation ermöglichte.⁶⁴ Die hohe Erwerbs- und Bautätigkeit der HAL führte im Jahre 1904/05 zu einer Erweiterung des Schiffsbestandes um »21 Dampfer für einen Gesamtpreis von 22 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark [...]«. Mitte 1905 hatte die HAL »noch 19 Dampfer mit einem Gesamtpreis von 52 Millionen Mark im Bau«, darunter die beiden großen Passagierdampfer AMERIKA und KAISERIN AUGUSTA VICTORIA für die Nordamerika-Fahrt: »Von den Kosten dieser Neuanschaffungen konnte sie 24 Millionen Mark aus ihren Schiffsverkäufen decken, ferner eine beträchtliche Summe aus Betriebsgewinnen, den Rest aus einer Prioritätenausgabe.« Dieser erst 1913 wieder erreichte Zuwachs an Investitionen führte gleichzeitig zu einem Qualitätswachstum in der »Neugestaltung des Nordamerika-Dienstes« durch die neuen Typen von Schnelldampfern, »durch den langsameren, für den Passagier durch eine außerordentliche Bequemlichkeit ausgezeichneten Schiffstyp«, der der HAL »eine gewaltige Anziehungskraft und eine hohe Rentabilität brachte.«⁶⁵

Ebenfalls profitierte die HAL wirtschaftlich von dem kurzfristig steigenden Bedarf der spanischen Flotte nach überseeischer Transportkapazität im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898.⁶⁶ Auch in diesem globalen Konflikt taktierte die HAL sorgfältig das wirtschaftliche Interesse und die gespannte internationale Lage aus. Einem Gesichtsverlust durch den Vorwurf des möglichen Bruches der Neutralität konnte sie auch hier entgehen, weil der europäische Geschäftspartner zur unterlegenen Partei zählte und überdies die Vorbereitungen zum Auslaufen der Flotte und damit auch der gekauften Schiffe sich stark verzögerten, so dass diese den spanischen Hafen Cádiz nicht mehr verließen.⁶⁷ Das Kalkül aus Geschäftsinteresse und Risikoabwägungen ging

würden, und dass es dort zum Kampf kommen würde, in welchem Fall die der Flotte folgenden resp sie erwartenden Kohlendampfer in den Hinterindischen Gewässern der Gefahr der Kaperung oder Vernichtung durch die Japaner ausgesetzt gewesen wären, was politische Verwicklungen hätte zur Folge haben können und uns bei der deutschen Regierung eine Verstimmung und ihr Eingreifen gegen uns hätte eintragen können.« In: Merck (1920/1922): *Erinnerungen*, S. 20.

64 Huldermann, Zitate ebd., S. 145; erläuternde Ausführungen ebd., S. 145-150.

65 Huldermann (1922), S. 150 »Die Gewinne aus diesem russischen Geschäft trugen auch dazu bei, für die Gesellschaft die Einbuße durch den scharfen Konkurrenzkampf mit der Cunard-Linie weniger fühlbar zu machen. Sie war trotz dieses Konkurrenzkampfes in der Lage, ihre Dividende im Jahre 1904 um 9 % und im Jahre 1905 sogar um 11 % zu steigern.« Ebd. S. 150.

66 Vgl. Schoonover, Thomas D.: *Uncle Sam's War of 1898 and the Origins of Globalization*, Kentucky, Lexington 2003. Nach Schoonover markiert dieser Krieg den Eintritt der USA in eine globale Expansionspolitik, die zur Eroberung der letzten Überseebesitzungen Spaniens in Asien (Philippinen) und in der Karibik (Kuba, Puerto Rico) führte. In der Seeschlacht vom 3. Juli 1898 vernichtete die US-Navy das spanische Geschwader unter der Leitung von Admiral Cervera. Zu Einzelheiten der Ausrüstung der Flotten und des dramatischen Unterschiedes der technischen Modernisierung und zum Verlauf der Seeschlacht vgl. Tucker, Spencer C. (Hg.): *The Encyclopedia of the Spanish-American and the Philippine-American Wars. A Political, Social and Military History*. 3. Auflage, Santa Barbara, CA 2009, S. 426.

67 Vgl. Merck (1920/1922): *Erinnerungen*, S. 15. Die Schnelldampfer AUGUSTA VIKTORIA, COLUMBIA und NORMANNIA waren nach zehn Jahren Einsatz im New Yorker Schnellverkehr technisch ver-

schließlich auf und der für die USA glückliche Ausgang des Krieges ließ das Resultat des Geschäftes für die HAL noch positiver strahlen. Statt eines geschäftsschädigenden Loyalitätsbruches konnte man sich weiterhin des Vertrauens des amerikanischen Publikums versichern und darüber hinaus aus dem Rückkauf der Schiffe unterhalb des ursprünglichen Verkaufspreises Profit erzielen und die Schiffe mit einer niedrigen Abschreibung bilanzieren und im Tourismusgeschäft noch profitabel einsetzen.⁶⁸

1.7 Koloniale Blicke und koloniale Unternehmungen

Im Zuge der Pläne des Kaisers, die Schutzgebiete in China um Kiautschou mit dem Hafenort Tsingtau (Qingdao) als »Vorhut« für den deutsch-chinesischen Handel einzurichten und die chinesische Küstenschifffahrt auszuweiten, schätzten auch die Leiter der beiden Überseereedereien, des Bremer Lloyd und der HAL, auf persönlichen Schiffsreisen die Handloptionen mit China samt dem damit verbundenen Investitionsvolumen ein. 1901 unternahm Albert Ballin auf dem Reichspostdampfer des NDL, der KIAUTSCHOU, eine Reise nach Ostasien, auf der er auch in Qingdao Station machte.

Aus Briefen an die Mutter und an die Direktion der HAL von Albert Ballin an Bord der KIAUTSCHOU zitiert Huldermann die Eindrücke Ballins während der Reise. Auch Ballin wirft einen Blick aus der Perspektive des »kulturell« hochstehenden Europäers auf die Reisegebiete und die Hafenstädte, vielfach Teil europäischen Kolonialgebietes (Kairo, Colombo, Ceylon). Die Bewohner dort, Fremde in den Augen Ballins, werden aus der Sicht des überlegenen und zivilisierten Europäers und des Kaufmannes betrachtet, wenn Ballin die wirtschaftliche Indienstnahme eines Ortes, angepasst an den Standard westlicher kapitalistischer Unternehmen, gedanklich durchspielt. Eigenschaften der Menschen in den »fremden« Gebieten gerinnen zu anthropologischen Kennzeichen, klassifikatorischen Merkmalen, die die Kulturen aufgrund »exotischer« und unter westlichen Gesichtspunkten nicht »Wert schaffender« Eigenschaften in eine hierarchische Rangordnung auf einer rassischen Wertskala einfügen. So schreibt er über Einwohner der Hafenstädte Singapore und Hongkong:

Der Chinese kennt nur einen Feiertag, das ist Neujahr. Während des ganzen Jahres arbeitet er fleißig, er kennt keinen Sonntag und keine Erholungszeit, aber mit dem Anbruch des neuen Jahres verbindet er einen besonderen Glauben. Da löst er aus dem Pfandhause seine guten Kleider aus (die er schon deshalb dort unterbringt, weil er sie im Leihhause vor Diebstahl gesichert weiß), während er den größten Teil seines übriggebliebenen Geldes in Feuerwerkskörpern anlegt [...], was hier zu Hunderttausenden

altet und waren der spanischen Regierung als Hilfskreuzer angeboten worden. »Die kriegerischen Ereignisse entwickelten sich aber so rasch zu Ungunsten der Spanier, und ihre Schwerfälligkeit, die Schiffe kriegsverwendungsfähig zu machen, war so groß, dass die Dampfer schließlich Cadix nie verlassen haben.« Es »war ein Glück für uns, dass unsere Schiffe nie in Aktion traten und besonders keine Erfolge gegen die Amerikaner erzielten, sonst hätten wir uns bei dem Geschäft bei unserer amerikanischen Kundschaft sicher eklig in die Nesseln gesetzt.« Ebd., S. 16-17.

68 Vgl. Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 17.

verpufft wird. Um die bösen Geister zu vertreiben, brennt der Chinese beim Beginn und am ersten und zweiten Tage des neuen Jahres Feuerwerk ab. [...] ⁶⁹

Ich kann meine Erinnerungen an Hongkong hier nicht in flüchtigen Strichen festlegen, ohne auf das einzigartige Leben und Treiben von Hongkong, dieser Perle in dem großen Kran englischer Kolonien, etwas ausführlicher einzugehen. [...] Als Verkehrsmensch ist es mir sicherlich gestattet, über die Verkehrsmittel mich besonders auszusprechen. Das Pferd, welches nur in vereinzelten Exemplaren für Reit- und Sportzwecke vorhanden ist, wird in Hongkong durch den Menschen ersetzt, den Kuli, diesen letzten in seiner Rasse, der dem sensitiven Europäer unendliches Mitleid abnötigt [...]. ⁷⁰

Am 13. März frühmorgens gingen wir in Tsingtau [Quingdao] vor Anker. Ich war freudig überrascht von dem, was ich vor mir sah. Eine Stadt ist hier in unglaublicher kurzer Zeit unter den schwierigsten Verhältnissen aus der Erde emporgewachsen! [...] Wenn man auch zugeben muß, daß bei dem bisher Geschaffenen die militärischen Bedürfnisse weit in den Vordergrund geschoben sind und die Bedürfnisse von Handel und Verkehr noch zu kurz kommen, so bleibt die Leistung doch eine ganz außerordentliche [...]. ⁷¹

In Tokio heißt es am 31. März 1901:

Daß Klima und Natur auf den Menschen einen großen Einfluß üben, sieht man beim Japaner wie beim Chinesen; dieser immer ernst und mürrisch, wenig geneigt, sich um andere zu kümmern, der Japaner dagegen lustig, geschwätzig, und in überschwenglicher Höflichkeit den Fremden entgegenkommend. Dabei muss aber hervorgehoben werden, daß die Ehrlichkeit der Chinesen, besonders der chinesischen Kaufleute, eine geradezu unantastbare ist, während den Japanern ein großes Teil von Verschlagenheit und Mangel an Treue innewohnen soll, so daß die europäischen Kaufleute sehr schlecht auf sie zu sprechen sind. ⁷²

Fernab von einem Versuch der Beschreibung einer Geschlechterordnung erinnert die Einschätzung von Frauen in Japan an das Kapitel »Exotik und Schönheit« in einem Beschreibungsbuch der Arten, das auch den Beobachter als jemanden entlarvt, der sich an den gängigen Klischees orientiert:

Die Frauen Japans sind uns aus dem »Mikado« und der »Geisha« ja schon bekannt. Sie machen in der Tat einen außerordentlich sympathischen und gleichzeitig possierlichen Eindruck. ⁷³

69 Ebd., S. 128.

70 Albert Ballin, Brief vom 16. Februar 1901. In: Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 127.

71 Der Blick des Geschäftsmannes wird deutlich, als Ballin die Bilanz seiner Reise unter unternehmerischen Gesichtspunkten zieht. Vgl. Huldermann, (1922): Albert Ballin, S. 131.

72 Vgl. ebd., S. 131-132.

73 Ebd., S. 132. Zur Stereotypenbildung gegenüber asiatischen Menschen dank des »imaginären« Vorrats u.a. in satirischen Zeichnungen vgl. Langbehn, Volker: »Similarity in Appearance – »Chinaman« in German and American Satire Magazines around 1900«, in: Lahti, Janne (Hg.): German and United States Colonialism in a Connected World. Entangled Empires, Helsinki 2021, S. 200-228.

Hier sind Sehgewohnheiten an Reiseführern und an Geschäftsinteressen des zeitgenössischen Mainstreams ausgerichtet, die indirekt die Planungen zukünftiger Unternehmen auch im Interesse des Kaiserreichs beeinflussen. Für Aufträge im direkten Zusammenhang mit der Kolonialpolitik des Kaiserreichs stand die HAL zur Verfügung, wenn die nicht direkt im Kolonialgebiet agierenden Reedereien den Aufträgen aufgrund ihrer eingeschränkten Kapazitäten nicht gerecht werden können. Sie agierte als umsichtiger und effektiver, aber auch als hart kalkulierender Geschäftspartner, der seine Vorteile in die Waagschale zu werfen wusste.

Im Hinblick auf die Einbindung in Kolonialpolitiken des deutschen Reiches (Reichskolonialamt/Reichsmarineamt), seien es geschäftliche Unternehmungen oder Aufträge im Zusammenhang mit kriegerischen Konflikten, griffen die deutschen Reedereien, insbesondere die in Kolonialgebieten agierenden, auf ihr sehr enges und verflochtenes Netzwerk auf dem operativen Sektor und auf ihr Geflecht von Geschäfts- und Bankenbeziehungen zurück. Für Kooperationen im internationalen und globalen Seetransportgeschäft erwies sich auch hier die Bildung von Interessengemeinschaften als flexibles Instrument.⁷⁴ Zu den wichtigen Geschäftspartnern zählte der Reeder Adolf Woermann (1849-1911), Besitzer und Geschäftsführer der 1890 gegründete Woermann-Linie, deren Schiffe die deutschen Schutzgebiete und überseeischen Besitzungen in Afrika in Kamerun, Togo und Deutsch-Südwestafrika anfahren, der in dieser Eigenschaft die Deutsche Ost-Afrika Linie leitete, die zur Aufrechterhaltung der Seeverbindungen zwischen dem deutschen Reich und Deutsch-Ostafrika gegründet worden war.⁷⁵

Tatsächlich war die HAL mehrfach bei Truppentransporten in Kolonialkriegen eingebunden, in denen das Kaiserreich offiziell als Kriegspartei intervenierte. Der erste große Auftrag erfolgte im Zusammenhang mit der Entsendung deutscher Kolonialtrup-

74 Je nach Situation, Interesse, Bedarf und Marktlage schlossen die Reedereien, die HAL an der Spitze, mit Branchenführern auf Teilmärkten Interessengemeinschaften ab, die auf Absprachen hinsichtlich von Fahrgebieten, Routen und Transportumfang, Beteiligung an Kosten und Gewinn, beruhten.

75 Diese Verbindungen umfassten die heutigen Länder Tansania (ohne Sansibar), Burundi, Ruanda, und ein kleines Gebiet des heutigen Mosambik. Vgl. die Karte in: Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn 2018 (7. aktualisierte u. erweiterte Auflage), S. 174. Die Deutsche Ost-Afrika-Linie wurde als eine vom Deutschen Reich subventionierte Postdampferlinie zur Aufrechterhaltung der Verbindungen zu den deutsch-ostafrikanischen Kolonialgebieten geründet. Vgl. Kludas, Arnold: Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Band 2. Expansion auf allen Meeren 1890 bis 1900, Hamburg 1987, S. 27-43 und S. 65-69; zu den Fahrtgebieten nach Westafrika vgl. ebd., S. 227-228, nach Ostafrika vgl. ebd., S. 228-229. Zu den Anfängen der Woermann-Linie vgl. ders., Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Band 1. Die Pionierjahre von 1850 bis 1890, Hamburg 1986, S. 162-166. Zur Geschichte der Woermann-Linie 1900 bis 1914 vgl. ders., Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Band 3. Sprunghaftes Wachstum 1900 bis 1914, Hamburg 1988, S. 143-151. Zur Rolle der Woermann-Linie und den subventionierten Truppen- und Materialtransporten während der Niederschlagung des Aufstandes der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika vgl. ebd., S. 145-148. Zur Debatte im Reichstag über die Rolle der Woermann-Linie und ihre Monopolstellung in der Afrikafahrt 1904-1906 vgl. Hücking, Renate/Launer, Ekkehard: Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat, Hamburg 2000, S. 167-176.

pen zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China.⁷⁶ Auch hier stehen im Mittelpunkt der Berichterstattung von Johannes Merck weniger die Beurteilungen der kriegesischen Auseinandersetzungen als die vorzügliche und umsichtige Planungen und die Durchführung des Transportes. Diese bestand darin, ca. 1.500 Pferde, die zuvor in Australien und Kalifornien gekauft worden waren, von China »auf dem Frachtdampfer ›Alesia‹ [...] von Tientsin durch den Indischen Ozean, das Mittelmeer und den Atlantischen Ozean bis Hamburg gesund ohne einen einzigen Verlust zurückzuschaffen.«⁷⁷ Die Passage wird als eine unternehmerische Erfolgsgeschichte erzählt, die sich problemlos in die umfassende Erzählung des Expeditionskorps einbetten ließe, um die geschickte Logistik der Reederei als Teil des positiven militärischen Ausgangs zu unterstreichen. Sie selbst ist eingebettet in das umfassendere Narrativ der besonders herausragenden Leistung des Kaiserreiches zur Niederschlagung des Boxeraufstandes, wobei der deutschen Expeditionstruppe von 22.000 deutschen Soldaten als dem größten Kontingent des insgesamt über 90.000 Mann umfassenden Expeditionskorps aus acht Nationen zur Niederschlagung des Boxeraufstandes unter dem Generalkommando von Alfred Graf von Waldersee eine herausragende Rolle zukam.

Zwei Bataillone Marineinfanterie wurden am 2. Juli 1900 in Wilhelmshaven eingeschifft. Am 9. Juli folgte ihnen ein imposantes Geschwader moderner Linienschiffe, und am 27. Juli die deutsche Hauptmacht, das aus Freiwilligen gebildete »Ostasiatische Expeditionskorps« unter Generalleutnant von Lessel in der Stärke einer Infanteriedivision, die in Bremerhaven verladen wurde: insgesamt etwa 22 000 deutsche Soldaten. Außerdem wurden japanische, englische, amerikanische, französische, russische, italienische und österreichisch-ungarische Kontingente entsandt.⁷⁸

Die wirtschaftlichen Interessen, die sich mit der Militärexpedition nach China verknüpften, sprach der spätere Generalstabschef von Moltke (jr.) am 11. Juli 1900 ganz offen aus: »Wenn wir ehrlich sein wollen, so ist es Geldgier, die uns bewogen hat, den großen chinesischen Kuchen anzuschneiden. Wir wollen Geld verdienen, Eisenbahnen bauen, Bergwerke in Betrieb setzen, europäische Kultur bringen, das heißt in einem Wort ausgedrückt: Geld verdienen.«⁷⁹ Der direkte Gewinn aus dem chinesischen Trans-

76 »Für die Beförderung des Deutschen Expeditionskorps [...] der Vorräte und der Kriegsmaterialien entstand bei der Reichsregierung ein ungeheurer Bedarf an Tonnage. An uns und an den Norddeutschen Lloyd erging in erster Linie die Aufforderung, sie zu stellen. Schnell wurde im geheimen ein Uebereinkommen in Bremen mit dem Lloyd getroffen und die Unerfahrenheit des Reichsmarineamtes weidlich ausgenutzt [...] um den Fiskus gehörig hoc zu nehmen, allerdings in der Voraussicht, dass der Chinese schließlich die Zeche würde zahlen müssen. [...] Es wurden von unserer Seite allein 13 große Passagier- und Frachtdampfer gestellt, die etwa ein halbes Jahr im Reichsdienst beschäftigt blieben.« Merck beschreibt u.a. das »Meisterstück« eines Pferdetransportes mit Tausenden von Pferden von Australien und Kalifornien nach China und von dort nach Hamburg.« Vgl. Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 17-18.

77 Ebd., S. 18.

78 Vgl. Afflerbach, Holger: »The Germans to the Front«, Artikel vom 6. 8. 1993 in: <https://www.zeit.de/1993/32/the-germans-to-the-front>, abgerufen am 28.6.2021.

79 Helmut von Moltke am 11.7.1900. Vgl. ders (1922): Aufzeichnungen, Briefe, Schriften, Reden, S. 243.

portgeschäft wurde in den Jahresberichten der HAL geschickt durch den Hinweis auf Verluste verdeckt.⁸⁰

In den folgenden Jahren verstetigte sich die Kooperation zwischen Reichsmarineamt, der HAL und dem Norddeutschen Lloyd. Im Mittelpunkt standen Transportleistungen von Truppen und Ausrüstungsmaterialien für die Kolonialverwaltung, insbesondere zur Niederschlagung von Erhebungen und Aufständen in den deutschen kolonialisierten Gebieten in West- und Ostafrika. Das Hauptkontingent der Transportleistungen entfiel zunächst auf die beiden Afrikalinien der in Hamburg beheimateten Woermannlinien. Die Finanzierung dieser Truppentransporte beruhte auf eigens vom Reichstag verabschiedeten Gesetzen, die das gewährte Finanzvolumen zu diesen Aufträgen an bestimmte Tarife gebunden hatte. Die Überschreitung dieses Volumens stieß eine kritische und in der Öffentlichkeit sehr wirkungsvolle Debatte unter der Federführung des Zentrum-Abgeordneten Matthias Erzberger wegen des Verdachts auf Bereicherung an.⁸¹ Während Ballin sich auf die Seite Woermanns mit dem Hinweis stellte, dass die vom Reichstag bewilligten Summen letztlich noch zu niedrig angesetzt seien und seine Reederei den Auftrag aus diesem Grund nicht angenommen hätte, weist Merck auf die doch beträchtliche Gewinnmarge im Afrikageschäft hin.⁸²

»Und wenn«, so Merck, »bei den Truppenverladungen zur Bekämpfung der Hereros auch naturgemäss Adolph Woermann mit seinen Afrikalinien, als der Nächste dazu, den dicksten Rahm von der Milch abschöpfte – und er war sehr dick, dieser Rahm – so haben doch auch wir nach und von Südwest einige Transporte mit sehr gutem Nutzen ausführen können, ebenso wie später regelmässige Kolonial- und Marineersatz-Transporte, wie sie die Politik des Reiches in den Jahren vor dem Weltkriege immer häufiger erforderte. Allmählich bildete sich die Wissenschaft von solchen Transporten

80 »Unser Gewinn an dem Geschäft war ein sehr großer, wenn auch demgegenüber eine starke Benachteiligung unserer regelmässigen Liniengeschäfte, dem wir so viele Schiffe entzogen hatten, ins Gewicht fällt. [...] Um die Behörden und die öffentliche Meinung wegen der erzielten grossen Gewinne nicht argwöhnisch zu machen, wurde diese Sachlage im Jahresbericht möglichst breitgetreten.« Merck, ebd., S. 18.

81 Akribisch rechnete Mathias Erzberger in den Reichstagsdebatten 1906 um den Reichshaushalt die zu hoch veranschlagten Subventionierungen für die Reederei Woermann hinsichtlich der Transporte nach Swakopmund nach Deutsch Südwest-Afrika »einen Überverdienst von drei Millionen Mark« vor. Vgl. Hücking, Renate/Launer, Ekkehart: *Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat*, Hamburg 1986, S. 173. Vgl. Stenographische Berichte über die Veröffentlichungen des Reichstags. XI. Legislaturperiode, 1905/06, II. Session, Band III, 74. Sitzung vom 24. 3. 1906, S. 2257 und 2258; zum Auslaufen des Transportvertrages zwischen der Woermann-Linie und dem Reich zum 31.12.1907 vgl. ebd., XII. Legislaturperiode, Bd.1, 30. Sitzung vom 16. 4. 1907, S. 824-825. Vgl. auch Todzi, Kim Sebastian: »Afrikahaus«: Sitz des Woermann-Konzerns. Ein Kapitel kolonialer Globalisierung«. In: Zimmerer, Jürgen/Todzi, Kim Sebastian (Hg.), *Hamburg: Tor zur kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung*, Göttingen 2021, S. 83-98.

82 Zur Würdigung Woermanns durch Ballin vgl. den bei Huldermann abgedruckten Nachruf Ballins, in: ebd., S. 152-154. Ballin würdigt Woermann als »Urbild eines Hanseaten, großen Vaterlandsfreund und tatkräftigen Politiker, [...] hamburgischen Patrioten, [...], wahrhaft königlichen Kaufmann, [...] dem größten, wagemutigsten und opferfreudigsten Privatree der, den die Hansestädte jemals gesehen haben [...]«. Vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, ebd., S. 154.

bei uns immer vervollkommnet aus, aber auch das Reichsmarineamt hatte gelernt und eine eigene Abteilung [...] gebildet, die die Gewinnsucht der Reedereien mehr und mehr einzudämmen versuchte. Trotzdem, da wir mit dem Lloyd, Woermann und A[nderen] mehr stets unter einer Decke spielten, ist immer noch an jedem Transport ein Erkleckliches verdient worden.«⁸³

Tabelle 3: Gewinne der HAL 1905-1913 an Truppen- und Versorgungstransporten im kolonialen Kontext (Auszüge)

Jahr	Summe (in Mk.)	Leistungen
1905	507.705,97	Russ.-japanischer Krieg; Versorgung der russischen Kriegsmarine mit Kohle auf ihrer Fahrt von der Ostsee bis zum chinesischen Meer; Verkauf alter Schiffe; Truppentransporte für Deutsch-Südwest-Afrika seit 1904; 1907 Interessengemeinschaft mit der Woermann-Linie: Beteiligung an der westafrikanischen Fahrt nach dem Ausscheiden Adolph Woermanns 1907: »Regelmäßige Kolonial- und Marine-Ersatz-Transporte, wie sie die Politik des Reiches in den Jahren vor dem Weltkriege immer häufiger erforderte.«
1906	319.969,09	
1907	96.614,17	
1908	154.716,14	
1909	353.921,15	
1910	401.300,07	
1911	205.441,64	
1912	315.340,16	
1913	336.960,87	
Summe	2.691.968,90	

Nach Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 18.

1.8 Die HAL und das Kaiserreich: Das symbolische Kapital der Imperatorklasse

Mit dem Einstieg in die neue Generation der Dampfer der Imperatorklasse setzte sich die HAL an die Weltspitze der neuen Klasse der Passagierdampfer, was die Dimensionierung, die Technik und die Ausstattung anbetraf. Geplant war 1911 die Indienststellung von drei Dampfern, um die wöchentlichen Abfahrten zwischen Hamburg und New York zu garantieren.⁸⁴

83 Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 18. Vgl. auch <https://www.spiegel.de/geschichte/colonialist-adolph-woermann-reich-durch-schnaps-und-zwangsarbeit-in-afrika-a-7d8102dd-f383-4c98-8f68-c8f3bd931f2d>, abgerufen am 31.6.2021; vgl. Kawlath, Jan: »Der Baakenhafen. Inszenierungen für Vorstellungen von Deutschland als Kolonialmacht«. In: Zimmerer, Jürgen/Todzi, Kim Sebastian (Hg.): Hamburg: Tor zur Kolonialen Welt. Erinnerungsorte der (post-)kolonialen Globalisierung, Göttingen 2021, S. 67-82, hier S. 69-80. Vgl. Todzi, Kim Sebastian: Der Woermann-Konzern und der deutsche Kolonialismus (1837-1916), Göttingen (erscheint) 2023.

84 Vgl. die zeitgenössische Darstellung des IMPERATOR als Superlativ der damaligen Schiffswelt, gepriesen als das »größte Schiff der Welt und der erste Vierschrauben-Turbinen-Dampfer der deutschen Handelsflotte [...]«. Vgl. Flamm, Oswald: Der Turbinenschnelldampfer »Imperator«: Schiffbau, 14. Jahrgang, 18, 25.6.1913, S. 759-765, Zitat S. 759. Zu den Aspekten der Baugeschichte, der Wirtschaftlichkeit und der Biografie der Schiffe vgl. Kludas, Arnold: Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Bd IV, Hamburg 1989, S. 17-30.

Tabelle 4: Hauptdaten der IMPERATOR-Klasse

Name (Bauwerft)	Stapellauf Indienstnahme Ablieferung nach 1918	BRT tons	L.ü..a. l.reg./m Kn/norm/max	Breite Tiefe/m	Passagiere Kl I Kl II	Passagiere Kl III +Zwischendeck Besatzung S
IMPERA- TOR (Vulcan- Hamburg)	23.5.1912 24.5.1913 Transporter US Navy 1919	52.117 15.000	277,06 269,97 23/24	29,87 19,20	714+194 401+205	962 +772 1180 S=4428
VATER- LAND (Blohm &Voss)	3.4.1912 1.5.1914 Shipping Board 1917	54.282 15.000	289,55 276,59 23/25,84	30,48 19,20	752+2228 330+205	850+ +532 1234 S=4131
BISMARCK (B&V)	20.6.1914 28.3.1922 White Star 1922	56.551 15.850	291,40 279,01 23/24,74	30,48 19,20	750 545	859 +1000 S=3154

Nach: Arnold Kludas, Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt Bd IV, Hamburg 1989, S. 17.
Abkürzungen: L. ü..a. = Länge über alles; l reg. m. = Länge registriert in Metern; BRT = Brutto-
Register-Tonnen; tons = Nettoregistertonnen- gegeben Aufnahme-/Ladefähigkeit an; Kn = Knoten;
max = maximal; Kl = Passagier-Klasse; S = Gesamtzahl der Passagiere inklus. Besatzung.

Mit der Imperator-Klasse verfolgte Ballin zwei Ziele. Zum einen ging es ihm darum, dem Kabinengeschäft und dem Erster-Klasse-Passagiergeschäft, das mit dem Trio der Morgan'schen White Star Line, der OLYMPIC, TITANIC und GIGANTIC eine neue Dimension angenommen hatte, Konkurrenz zu machen. Zweitens war es ihm möglich, mit dem Norddeutschen Lloyd in allen Kategorien von Passagieren und Expressgütern in einen neuen Wettbewerb einzutreten⁸⁵ und damit die »Balance of power« aufzukündigen und sich einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Norddeutschen Lloyd zu verschaffen. Den durch das Aufkündigen des Abkommens mit dem Lloyd drohenden tödlichen Ratenkampf vermied Ballin, indem er mit dem Lloyd einen Kompromiss verabredete, der den neuen Anteil am jeweiligen Geschäftsvolumen im Verhältnis von 55.8 % zu 44.2 % zugunsten der HAL festlegte.⁸⁶

The construction of the Imperators signalled a virtual revolution in HAL's financial and strategic position. For the first time since the late 1890s the bulk of its investments were directed to the north Atlantic. No less than about 125 million marks, or two thirds of its nominal share capital and forty per cent of its overall assets, would be invested in these three vessels. Their passenger carrying capacity almost equalled that of its entire north

85 Broeze (1991): Albert Ballin, S. 19-20.

86 Ebd., S. 23.

Atlantic fleet. In order to make these huge investments profitable [...] it was absolutely vital to change the quota agreement with Lloyd as radically and as rapidly as possible.⁸⁷

Diese Haltung Ballins, Pools und Konferenzen als reine taktische Maßnahmen der Teilnehmer der Konferenzen zur Wahrung des eigenen Vorteils zu betrachten, wird verständlich, wenn man sieht, dass Ballin bereits 1911 in die genauere Planung eingetreten war: »[...] these huge ships needed a dramatic increase in the passenger quota allocated to the HAL in its ›Sonderpool with Lloyd‹.«⁸⁸ Broeze gibt hier zu bedenken – Merck folgend – dass die Einnahmen aus dem Einsatz der beiden ersten Dampfer der Imperator-Klasse weit hinter den Erwartungen zurückblieben und die riesigen Investitionen folglich ein großes Risiko darstellten. Der IMPERATOR machte in der ersten Saison seines Einsatzes Verluste, die geplanten Konstruktionskosten lagen erheblich unter den tatsächlichen Kosten (39 Mio. statt 325 Mio.); die Schiffsturbinen machten Probleme und benötigten eine Nachbesserung, der Kohleverbrauch war gigantisch, die Ladezeiten für die Aufnahme der Fracht an den Landungsbrücken waren zu kurz berechnet worden.

Die Folgen, so Broeze, hätten zu einem neuen erbitterten Konkurrenzkampf mit unabwägbaren Folgen geführt. Aufgrund der zunächst unausgeglichenen Kostenseite führte die Imperator-Klasse die HAL an die Grenzen ihrer Liquidität. Den Netto-Einnahmen zwischen 1911 und 1913 von 207 Mio. Mark standen 283 Mio. an Ausgaben gegenüber. Bei Ausbruch des Krieges waren nur 13 Mio. flüssig gegenüber Außenständen von 93 Mio. Mk., um nur einige Zahlen zu nennen. Nach Broeze verkörperte Ballin mit seinen unternehmerischen Entscheidungen nun einen Unternehmertypus, welcher auf die starke und gefährliche Dynamik des Überbietens und damit auf den »commercial and maritime social-Darwinism« durch Konkurrenz setzte. »Ballin was a particularly ambitious and aggressive operator« – die Ruhepausen, erreicht durch die Kompromisse der Pools am Verhandlungstisch, seien ein Beispiel dafür, »that competition in liner shipping can only be temporarily suppressed by agreements«.⁸⁹

1.9 Risiken der globalen Unternehmenspolitik im Zeitalter des Navalismus: Ballin und die Haldane Mission 1908-1912. Polarisierungen des Nationalismus – Unterströmungen und Erosionen

Die Haldane-Mission von 1912 galt dem Versuch des Ausgleichs zwischen den imperialen Machtinteressen zweier imperialer europäischer Mächte, der Welt- und Kolonialmacht England und dem Deutschen Kaiserreich mit seinem Anspruch, einen ange-

87 Ebd., S. 21. Mit der Einigung tauchten neue Probleme auf, weil damit das Gesamtgleichgewicht der Ratenvereinbarungen mit allen Teilnehmern der Konferenz aus dem Ruder geraten war. Der Dissens reichte bis in die Kriegszeit hinein. Vgl. ebd., S. 26.

88 Vgl. ebd., S. 11: »[...] diese riesigen Schiffe brauchten eine dramatische Erhöhung der Passagierquote, die der HAL in ihrem ›Sonderpool‹ mit dem Lloyd zugewiesen wurde.«

89 Ebd., S. 26 und S. 32; vgl. ebenfalls Broeze, Frank: »Shipping Policy and Social Darwinism: Albert Ballin and the Weltpolitik of the Hamburg-America Line 1885-1914«, in: *The Mainer's Mirror*. Vol 79, No 4 (November 1993), S. 419.436, hier S. 432.

messenen Platz im Kreis der imperialen europäischen Mächte mit einem ansehnlichen kolonialen Besitz zu verbinden.⁹⁰

Die konfliktuelle Zuspitzung hinsichtlich ihrer konkurrierenden Flottenpolitik zu einer nationalen aggressiven feindlichen Auseinandersetzung nahm im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts besorgniserregende Formen an. Mit der Eintrübung des deutsch-englischen Verhältnisses gingen massive Verschiebungen in den europäischen Bündnispartnerschaften einher, die in der Logik der diplomatischen Szenarien zu einer Isolierung der europäischen Mittelmächte (Deutschland/Österreichisch-ungarische Monarchie) gegenüber einem Bündnissystem zwischen Frankreich, England und Russland führen konnte, eine Befürchtung, die sich bei Eintritt in den Krieg in der Gegnerschaft von Entente und Mittelmächten und ihren jeweils verbündeten Mächten bewahrheitete.

Noch waren um 1908 die Fronten nicht so festgefahren und angesichts der Geschäftsbeziehungen Ballins und des Vertrauens, das ihm englische Unternehmen und Geschäftspartner entgegenbrachten, wurde ihm die Aufgabe übertragen, in Vorgesprächen die Möglichkeiten eines binationalen Ausgleichs der Spannungen zwischen dem deutschen Reich und England zu sondieren. Kreise der deutschen Hochfinanz vermittelten ein Gespräch mit Sir Ernest Cassel in London, einem zentralen und diskreten Vermittler der Verbindungen von Spitzen der Wirtschaft, Mitgliedern der englischen Regierung und dem englischen Königshaus. Sir Ernest Cassel, ein jüdisch-deutscher Einwanderer, zählte zu den reichsten Männern Englands und zu den Verwaltern des Privatvermögens des englischen Königs Eduard VII. Er war befreundet mit dem liberalen Politiker und von 1905-1912 amtierenden Kriegsminister Richard Burdon Haldane und dem englischen Außenminister Edward Grey.⁹¹

Was diese Verhandlungen auszeichnete, ist eine ganz wesentliche Eigenschaft, die im Hinblick auf die gesellschaftliche Tiefe der Jahre später erfolgten Transformation des Kaiserreichs in eine Demokratie von hoher Aussagekraft ist. Die Akteure der Haldane-Mission zählten auf beiden Seiten zu hervorragenden Vertretern der nationalen politischen und wirtschaftlichen Eliten. Die Gesprächspartner beider Seiten ähnelten sich in ihrer wirtschaftspolitischen Auffassung; es waren Liberale, Anhänger der Freihandelspolitik und damit einer Strömung, die einen Ausgleich im Wettrüsten der Gefahr einer wachsenden politischen Konfrontation vorzogen. Doch die öffentliche Meinung

90 Mit der Verabschiedung des Flottengesetzes von 1898 trat das Kaiserreich mit einem neuen Machtanspruch gegenüber der größten Seemacht der Welt auf, indem die deutsche Kriegsflotte in einem beispiellosen, über mehrere Jahrzehnte angelegten Bauprogramm ein Verhältnis zur britischen Flotte von zwei zu drei anstrebte, um letztlich dem berühmten Risiko eines Vernichtungsangriffs zu entgehen, vornehmlich aber, um auf den Weltmeeren ihren Platz im Kreis der globalen imperialen See- und Kolonialmächte einzunehmen. Vgl. Epkenhans, Michael: »Schlachtflottenbau und Werftindustrie 1897-1914«, in: Deutsches Schiffsarchiv 27 (2004), S. 183-200; vgl. Bönker, Dirk: Militarism in a Global Age. Naval Ambitions in Germany and the United States before World War I (= The United States in the World), Ithaca/London: Cornell University Press 2012.

91 Huldermann, ebd. S. 203-205. Die Vorbereitungen waren recht kompliziert, weil das diplomatische Parkett angesichts der Empfindlichkeiten hinsichtlich der Rolle der Staaten und ihrer Verhandlungsführer, hinsichtlich der Frage der gleichberechtigten Partnerschaft und der Gesichtswahrung beim Ansehen der Nationen ausgesprochen heikel war.

in beiden Ländern war in dieser Frage sehr gespalten und man steuerte zunehmend auf eine Konfrontation zu.

So beschreibt Ballin in einem Bericht vom Juli 1909, nach einigen Vorbesprechungen und gegenseitigen Besuchen der Herrscherpaare⁹² die »große[n] Aufregung, welche in England über die deutschen Kriegsschiffbauten herrsche und einer feindlichen Stimmung gegen Deutschland als Unterlage diene [...]«.

Ballin schreibt weiter:

Vor Jahresfrist [...] habe mein Freund mir in seiner klaren und klugen Weise die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und England über den Ausbau ihrer Kriegsflotten dargelegt und mich gebeten, in dieser Richtung zu wirken. Diese Anregung ist bei mir auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Umstand, daß es mir gelungen sei, auf den wichtigsten Gebieten des der transozeanischen Handelsschiffahrt Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener, Österreicher und eine ganze Reihe kleinerer Nationen unter einen Hut zu bringen und an die Stelle eines schrankenlosen und unwirtschaftlichen Wettkampfes friedliche und für alle Teile ersprießliche Verhältnisse zu setzen, müßte mir Sympathie einflößen für den Gedanken, daß auch zwischen den Regierungen ein solcher Weg bei gutem Willen gangbar sein müßte. Ich hätte mich deshalb entschlossen, unserer Regierung einen solchen Plan zu unterbreiten. [...] Cassel erwiderte mir darauf, daß sich seit Jahresfrist die Verhältnisse für England erheblich verschoben hätten, und daß er nicht mehr in der Lage sei, die Ansichten zu vertreten, die er damals vertreten hätte. Es sei heute klarer, als es damals gewesen sei, daß England seine Suprematie auf dem Meere unter allen Umständen und völlig ungebunden aufrecht erhalten müsse. Angesichts der inzwischen beschlossenen Kriegsschiffbauten Österreichs und Frankreichs sei eine einseitige Verständigung zwischen Deutschland und England nicht mehr möglich [...].⁹³

Die Ausführungen über den weiteren Gesprächsverlauf verweisen auf die Komplexität der Verhandlungsführung angesichts von Zielen, die letztlich unvereinbar erscheinen: 1. die Wahrung der Suprematie Englands auf den Meeren »im Hinblick auf seine kolonialen und Welthandelsinteressen«, 2. solide Bündnispartnerschaften in Europa, 3. die Beibehaltung des Systems des Freihandels und 4. eine solide Finanzierung des Flottenausbaus, auch wenn dies auf Kosten der Sozialpolitik geschehe.⁹⁴

Der Fortgang der äußerst komplizierten Verhandlungen erwies sich als zäh und angesichts der zahlreichen äußeren und innenpolitischen Veränderungen als unmöglich. Hatte bereits die Daily Telegraph-Affäre 1908 für eine empfindliche Eintrübung der Beziehungen zwischen beiden Ländern gesorgt,⁹⁵ so führten der Tod Eduards VII. am 7. März 1910, die Parlamentswahlen in England im gleichen Jahr und eine Eintrübung der Konjunktur zu erneuten Verzögerungen.⁹⁶ Die britische öffentliche Meinung blieb ge-

92 Huldermann, ebd., 1907 des deutschen Kaiserpaars in Windsor, ebd., S. 206, 1908 des englischen Königspaars in Berlin, ebd., S. 215.

93 Huldermann, ebd. S. 218–219.

94 Zitate bei Huldermann, ebd., S. 220 u. S. 221.

95 Huldermann, ebd., S. 213–21.

96 Ebd., S. 229–231.

spalten, es gab ein Schwanken in der Einschätzung der Vertragspartner in der Frage des »Geben und Nehmens«, ⁹⁷ welche die Westminster-Gazette Ende 1911 in einem umfangreichen Artikel abwog. ⁹⁸ Die Zeichen standen wieder günstig für die Verhandlungen, die schließlich am 9. Februar 1912 in Berlin stattfanden. Doch der Eindruck täuschte. Die Flottenvorlage stieß zwar auf Kritik englischerseits, erfuhr jedoch zunächst keine ausgesprochene Ablehnung, ⁹⁹ doch wurden diese Verhandlungen nicht von den entscheidenden Akteuren, also Churchill und Tirpitz, geführt, sondern von Haldane jeweils getrennt mit Wilhelm II. und mit Bethmann Hollweg in einer freundlichen Atmosphäre. Ergebnisse zwischen beiden Staaten in der Flottenfrage kamen letztlich nicht zustande. England erklärte sich nicht mit der auf deutscher Seite angestrebten Erhöhung der Mannschaftsstärken auf den neuen drei Linienschiffen des geplanten III. Geschwaders einverstanden. Die englische Verhandlungsführung bestand auf einer Stärke von 4.500 – 5.000 Mann, statt auf 15.000. ¹⁰⁰ Diese Differenz konnte nicht ausgeräumt werden; überdies sprachen sich beiden Seiten für die »Fortsetzung des unausgesetzten Marinerüstens« aus. ¹⁰¹

Letztlich stand die Stellung Englands als Weltmacht auf dem Spiel, die England nicht mit der Erklärung einer uneingeschränkten Neutralität gegenüber dem Kaiserreich im Falle eines kriegerischen Konfliktes in Frage stellen konnte. Wenn Deutschland Frankreich angreifen werde, werde England – so die Position Churchills – keine Neutralität wahren, um die »Balance of Power« nicht im Sinne eines zu mächtigen Deutschlands außer Kraft zu setzen. ¹⁰²

Im Juli 1914 scheiterte Ballin in einer letzten Anstrengung, einen Ausgleich zwischen beiden Mächten in der Flottenfrage am Verhandlungstisch zu vermitteln. ¹⁰³

97 Ebd., S. 244.

98 Abgedruckt bei Huldermann in der deutschen Übersetzung S. 235-445. Das englische Original mit den Anmerkungen des Kaisers ist in Kopie des Originals beigelegt.

99 Huldermann, ebd. S. 244.

100 Huldermann, ebd., S. 261.

101 Ebd., S. 269.

102 Ebd., S. 275.

103 Huldermann, ebd., S. 275-276; Zu den letzten gescheiterten Versuchen Ballins, in London in Gesprächen mit Grey, Haldane und Churchill am 23. und 24.7.1914, eine Vermittlung anzubahnen vgl. Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 209-211. Ballin selbst ging davon aus, dass »England keine Veranlassung habe [...], aktiv an einem kriegerischen Konflikt teilzunehmen [...]«. Vgl. »Generaldirektor Ballin über die politische Lage«, in: Hamburgischer Correspondent Nr. 280 vom 29.7.1914, in: Merck (1920/1922: Erinnerungen, S. 50; vgl. auch: Seligman, Matthew S.: Military Diplomacy in a Military Monarchy? Wilhelm's II Relations with the British Service Attachés in Berlin, 1903-1914, in: Mombauer/Deist (2003): The Kaiser, S. 176-194.

2. Der Erste Weltkrieg als Katalysator. Ballins Hinwendung zur Transformation des politischen Systems des Kaiserreichs

2.1 Dynamiken des Kriegsverlaufs – Aspekte der Betrachtung

Die Auswirkungen des Kriegsverlaufs auf den Unternehmer, den politischen Betrachter, den Politiker und Diplomaten Ballin im Ersten Weltkrieg waren vielfältig, wechselvoll und dramatisch. Die große Katastrophe des Ersten Weltkriegs lässt sich – legt man den Begriff des Katalysators als sprachliche Metapher zugrunde –, als ungeheure und beschleunigende Aktivierungsenergie beschreiben, als Auslöser gewaltiger Entwicklungen, die sich in ihrer Dynamik wechselseitig verstärkten, beschleunigten und mit gewaltigen Energien ausstatteten. Vorgegebene gesellschaftliche und politische Ordnungen wurden zunichte gemacht – trotz der Vereinbarung völkerrechtlicher Regelungen.¹⁰⁴

Auch die weltweit größte Überseereederei HAL erfuhr durch den Ausbruch des Krieges einen radikalen Einschnitt; die Geschäftsgrundlage war außer Kraft gesetzt. Das Auf und Ab des Kriegsgeschehens führte zu einem enormen Werteverfall, bedingt durch den Stillstand des Geschäftsbetriebes, durch Aufliegen der Schiffe, schließlich durch Beschlagnahmung einer großen Zahl der in US-amerikanischen Häfen aufliegenden Schiffe bei Eintritt der USA in den Krieg am 7. April 1917. Ballin wurde zu einem sorgfältigen Beobachter und Kommentator des globalen Kriegsgeschehens. Im Mittelpunkt seines Interesses stand die Lage auf den Weltmeeren, und hier rückte der U-Boot-Krieg als zunehmendes Bedrohungspotential für die Niederlage der Mittelmächte und ihrer Verbündeten am Ende des Krieges näher. Relativ früh – die Versenkung der *Lusitania* am 7. Mai 1915 galt ihm hier als Menetekel – war für Ballin absehbar, dass der unbeschränkte U-Boot-Krieg durch den Eintritt der USA in den Weltkrieg an der Seite der Entente zu einer Bedrohung Deutschlands, zur Niederlage und damit zu einer Erschütterung nicht nur des politischen Systems des Kaiserreichs, sondern auch der bisherigen globalen Welt- und Wirtschaftsordnung führen musste. Zahlreiche Briefe und Berichte dokumentieren die Stationen der Beobachtungen Ballins. Am Ende des Krieges – für das Kaiserreich unhaltbar verloren – unterstützte Ballin die Friedenspläne von Wilson, somit eine Transformation des politischen Systems vom Kaiserreich in eine parlamentarische Demokratie im Rahmen einer neuen politischen internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts. Ballin teilte in vielen Punkten die Sichtweise der fortschrittlichen Liberalen in Deutschland. Er begrüßte eine politische Transformation in Deutschland im Rahmen einer repräsentativen Demokratie, lehnte jedoch eine sozialistische und in das liberalkapitalistische Wirtschaftsgefüge eingreifende Gesetzgebung ab. Die Rückkehr zum globalen liberalen *Laissez-faire* im Sinne eines Ausgleichs unter den mächtigen internationalen Wirtschaftsführern entsprechend der Unternehmenspolitik der Vorkriegszeit erschien ihm nach wie vor als Ideal unabhängigen unternehmerischen Handelns. Nach langem Zögern gab er auch das Festhalten an der Überzeu-

104 Vgl. Toppe, Andreas: Militär und Kriegsvölkerrecht. Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland 1899–1940, München 2008.

gung, dass der neue Staat noch eine repräsentative Funktion für die Nachfolger der Dynastie der Hohenzollern bereithalten müsse, auf.

Während des Krieges erschloss sich die HAL neue unternehmerische Geschäftsbereiche. Gern hätte sie die Unternehmungen im Bereich der Kriegswirtschaft ausgeweitet, doch erwies sich Hamburg (Zentrale Einkaufsgesellschaft (ZEG)/Getreideimport aus Rumänien) auf Dauer nicht als geeigneter Standort. Ebenfalls richtete Ballin seine Aufmerksamkeit auf kompensatorische Geschäfte zur Erhaltung des Unternehmenskapitals und der Anlagen des Unternehmens, so etwa auf die Errichtung neuer Geschäftszweige in Zusammenarbeit mit Unternehmen der Schwerindustrie. Ein Teil der unternehmerischen Aktivitäten galt in den ersten Kriegsjahren der profitablen Verwendung des in den Häfen neutraler Staaten liegenden Schiffsraumes. Ein weiteres neues Tätigkeitsfeld erschloss sich in der Organisation des Seehandels und wichtiger Export-/Importgüter über Häfen der neutralen Länder vorwiegend in Nordeuropa.

Im Laufe des Krieges zeichnete sich eine langsame Hinwendung Ballins zu den Friedensplänen Wilsons ab und zu einer Haltung, die, anfänglich zögernd und im Herbst 1918 sehr entschieden, die politische Transformation des Kaiserreichs als Voraussetzung für einen Friedensschluss unterstützte. Zunehmend entwickelte Ballin eine kritische Haltung gegenüber Wilhelm II. und der III. Obersten Heeresleitung, die in der zweiten Kriegshälfte die Form einer Militärdiktatur annahm und mit ihren Entscheidungen den Krieg zuungunsten einer langfristigen Strategie eines Friedensabschlusses eskalieren ließ. Im Mittelpunkt seiner wachsenden Bedenken standen der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, schließlich auch die sehr weit gehenden Annexionspläne gegenüber Belgien, die er anfangs selbst gut geheißsen hatte. Die Friedensvorstellungen Ballins bewegten sich im Rahmen des bürgerlichen Liberalismus und ging mit einer strikten Ablehnung des sozialistischen Revolutionskonzepts einher. Hier zeichneten sich die Grenzen seiner Kompromissbereitschaft deutlich ab.

Ballin setzte sich bereits während des Krieges für den baldigen Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach Kriegsende ein. Die Weichen wurden mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Entschädigung des Schiffbestandes der deutschen Reedereien durch den Reichstag im Oktober 1917 gestellt. Dieses Gesetz trug mit dazu bei, die wirtschaftliche Erneuerung der deutschen Reedereiwirtschaft und damit auch der HAL nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erfolgreich einzuleiten.¹⁰⁵ Diese und weitere Maßnahmen zur Absicherung der komplexen Entschädigungsverfahren sorgten für eine Kontinuität und den Wiederaufbau der Handelsflotte nach dem Vertragsabschluss von Versailles. Ebenso trug Ballin mit der Bestimmung Wilhelm Cunos zu seinem Nachfolger zur Kontinuität der Unternehmensführung in der HAL nach Kriegsende bei.¹⁰⁶

105 Ballin stellte mit diesem Schritt im Laufe des Ersten Weltkrieges die Weichen für die finanzielle Absicherung des Neuanfangs, indem er das Entschädigungsgesetz erfolgreich durch den Reichstag brachte. Im Einzelnen vgl. Priester, Hans E.: Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart, Berlin 1926, S. 36-42.

106 Das sogenannte »Kriegsentschädigungsgesetz« wurde am 11. Oktober 1917 vom Reichstag verabschiedet. Der »Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte« wurde am 24. Januar 1918 vom Bundesrat nominiert. Seine Mitglieder umfassten »Repräsentanten der Regierung, der Werftindustrie, der Reedereien«, der Schiffsversicherungen und der Interessenverbände der Schiffsbesatzungen. Dieses Entscheidungsgremium sollte anhand der Ausführungsbe-

Der Handlungsraum Weltkrieg wird hier durch den Ausblick auf das Kriegsende und die Vereinbarungen zur Entschädigung der Verluste der deutschen Handelsmarine und damit auch der HAL auf die Anfangsjahre der Weimarer Republik erweitert. Insofern folgt die Darstellung nicht der Dramaturgie zahlreicher Ballindarstellungen, die mit seinem tragischen Tod enden, sondern sie gibt der Betrachtung der Wirkungen von Ballins unternehmerischen Entscheidungen während des Krieges für die Entwicklung des Unternehmens über das Kriegsende hinaus bis in die frühen 1920er Jahre Raum.

2.2 Albert Ballin: Unternehmenspolitiken im 1. Weltkrieg: Diversifikation im Rahmen der staatlichen Kriegswirtschaft

Mit der Kriegserklärung an Serbien durch die österreichisch-ungarische Monarchie vom 28. Juli 1914 wurde die Kette der Bündnisverpflichtungen der europäischen Mächte für den Eintritt in den Ersten Weltkrieg ausgelöst. Mit der Kriegserklärung an Russland am 1. August 1914 trat Deutschland in den Krieg ein, die Kriegserklärung an Frankreich folgte am 3. August, der Einmarsch in Belgien fand am Tag darauf statt, woraufhin Großbritannien Deutschland ein Ultimatum überreichte mit dem Ergebnis, dass, nachdem Deutschland dieses um Mitternacht verstreichen ließ, zwischen England und Deutschland der Kriegszustand eintrat.¹⁰⁷ Mit dem Kriegsausbruch änderte sich die *raison d'être* für die internationale Handelsschifffahrt. Die Teilung der Staaten in Feinde, Verbündete und Neutrale stellte die Überseereedereien vor die Alternative, die Schiffe nicht auslaufen zu lassen, sie aufzulegen, die Häfen neutraler Staaten anzulaufen bzw. dort zu verbleiben, eine schnelle Rückkehr einzuleiten, oder aber die Beschlagnahmung in Kauf zu nehmen, wenn das Schiff im Hafen eines Kriegsgegners lag.¹⁰⁸

stimmungen »den weitem[sic?] Ablauf des Entschädigungsverfahrens« in die Hand nehmen. Vgl. Rübner, Hartmut: Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt. Maritime Wirtschaft und Politik im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Bremen 2005, S. 99-103. Die Zitate ebd., S. 102.

107 Zur Neutralität vgl. die Abmachungen der Haager Friedenskonferenz von 1907. Die diplomatischen Vorbereitungen und die Ereigniskette von der Absendung des Ultimatus an Belgien durch Moltke an das Auswärtige Amt am 26. Juli 1914, die Übermittlung der Note an den »deutschen Gesandten in Belgien, die Übermittlung des Ultimatus am 2. August 1914 um 19.00 an den belgischen Außenminister, die Zurückweisung der Note durch Belgien und die Mobilmachung der belgischen Truppen am 3. August und der Einmarsch der deutschen Truppen in Belgien am 4. August und der Kriegseintritt Großbritanniens am selben Tag sowie die folgenden Kriegereignisse beschreibt ausführlich Bischoff, Sebastian: Kriegsziel Belgien. Annexionsdebatten und nationale Feindbilder in der deutschen Öffentlichkeit 1914-1918, Münster 2018, S. 38-39.

108 Vgl. die Beschreibung der letzten Tage im Juli bei Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 299-307. Die Kapitäne der »auf See fahrenden Schiffe« wurden entsprechend benachrichtigt. Die Marine warnte, »weitere Schiffe auslaufen zu lassen [...]«. Nur 80 der 175 Hapag-Dampfer befanden sich bei Kriegsbeginn in deutschen Häfen; einige von diesen übernahm die Marine als Hilfskreuzer oder Versorgungsschiffe. [...] Von den rund 25.000 Angestellten und Arbeitern der Hapag wurde ungefähr die Hälfte zu Beginn des Krieges eingezogen.« Vgl. Gerhardt, Johannes: Albert Ballin (Mäzene für Wissenschaft 6), Hamburg 2009, S. 95-96. »Auch das Flaggschiff der deutschen Handelsflotte, die VATERLAND, lag bis auf weiteres an ihrem Liegeplatz in Hoboken fest.« Vgl. Kludas, Arnold: Die Geschichte der deutschen Passagierfahrt. Band IV. Vernichtung und Wiedergeburt 1914 bis 1930, Hamburg 1989, S. 9; Priester, Hans E.: Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt.

Hier war die HAL sehr schnell massiv betroffen. Spektakulär war das Umbuchen der Passagiere des IMPERATOR, der zum 31. Juli 1914, »in allen Kajüten ausgebucht«, nach New York auslaufen sollte. Die Passagiere »mußten sich zumeist in den folgenden Tagen nach neutralen und englischen Häfen begeben und sich von dort einschiffen«; sie auf andere Schiffe umzubuchen, erzeugte eine fieberhafte Aktion, die deutlich machte, wie überraschend der Kriegsausbruch die Reederei traf.¹⁰⁹ Auch Ballin wurde der Ernst der Lage erst nach der Rückkehr aus England bewusst, war er doch einige Tage zuvor von seinen Gesprächen mit Churchill und Grey aus England in euphorischer Stimmung zurückgekehrt, weil er den Eindruck gewonnen hatte, dass von einem drohenden Krieg nicht die Rede sein konnte.¹¹⁰

Der Eintritt in den Weltkrieg führte zu einem tiefen Einschnitt in den Gang des Unternehmens HAL, bedeutete er doch einen fast völligen Stillstand des Reedereigeschäftes. Die von nun an geltende Unterscheidung in Freund, Feind und Neutrale, in bedrohte, verbotene und zugängliche Zonen zu Wasser und zu Lande, die Unterbrechung der internationalen Geld- und Zahlungsverkehre und der Kommunikationskanäle, ebenso die von England ausgeübte Zensur in neutralen Häfen, all das führte dazu, dass »mit dem Welthandel auch das Reedereigeschäft« stockte. Die Frachten fielen, und in der ersten Zeit des Krieges wuchs die Zahl der aufgelegten Dampfer gewaltig. »Der Weltverkehr war paralysiert.«¹¹¹ Mit der umfassenden Seeblockade, die England seit November 1914 über das Gebiet der Nordsee von den Shetlandinseln bis zum Ärmelkanal verhängte, war das Auslaufen von Handels- und Kriegsschiffen deutscher Flagge aus den Nordseehäfen praktisch eingestellt. Die Distanzblockade führte das Scheitern der Schlachtflottenpolitik des Marineadmirals Tirpitz vor Augen, der, so die Kritik, eine moderne Flotte zu einer rückwärtsgewandten Strategie nutzte, statt eine »strategisch-taktische Alternative« zu suchen, die auch die »Grand Fleet zur Zersplitterung ihrer Streitmacht gezwungen hätte.«¹¹² Mit dem Kriegseintritt traten im Reichsinnern die Verträge und gesetzlichen Regelungen in Kraft, die der Admiralität den Zugriff auf die Schiffe der HAL ermöglichte, welche sie zur Versorgung der Marine und als Hilfsschiffe nutzte.¹¹³

Angesichts des Wegfalls des originären Geschäftsbereiches standen für die Reederei grundsätzliche Fragen der Hinwendung zu alternativen Geschäftsfeldern im Raum. Den ursprünglichen Plänen der OHL zufolge ging man in Deutschland von einer bis

Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart, Berlin 1926, S. 7-11; Fisser, Marc: »Die deutsche Seeschifffahrt am Ende des ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik«, Deutsches Schiffsarchiv 13, 1990, S. 111-142, hier S. 111.

109 Huldermann, ebd., S. 307. Zur Haldane-Mission vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Johanna, »Albert Ballin 1890-1918«, S. 124-127.

110 Ballin war vor dem 23. Juli 1914 zu Gesprächen mit Haldane, Grey und Churchill nach London gereist. Am 27. Juli traf er wieder in Berlin ein. Vgl. Huldermann (1922), S. 30. Ballin war offensichtlich wie viele andere der Ansicht, dass eine »dringende Gefahr« (nicht) vorliege. Man sei zwar im britischen Kabinett angesichts der Note Österreichs-Ungarns am 23. Juli sehr besorgt gewesen, aber die Abschiedsworte Churchills, »My dear friend, don't let us go at war!«, hatten Ballin in einer trügerischen Sicherheit gewiegt. Vgl. Huldermann (1922), S. 302.

111 Huldermann, ebd., S. 312.

112 Vgl. Epkenhans, Michael: Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2015, S. 110-115.

113 Huldermann, ebd., S. 307.

zum Spätherbst 1914 kurzen Kriegsdauer aus. Mit dem Übergang in den Stellungskrieg ab Ende November 1914 änderte sich die Lage grundsätzlich und spätestens seit den verlustreichen Stellungskämpfen um Verdun 1916 trat der Krieg in eine Phase, die ein schnelles Ende mit einem Siegfrieden in weite Ferne rückte. Damit war auch die HAL herausgefordert, ihre Unternehmenspolitik auf eine langfristige Strategie des Überdauerns anzulegen. Kriegseintritt und Kriegsgeschehen schufen völlig neue Prämissen für das Fortbestehen des Unternehmens und damit für das unternehmerische Handeln Ballins.

Die folgenden Ausführungen widmen sich folgerichtig der Frage, inwiefern die sich vielfach verändernde Kriegssituation Unternehmensentscheidungen und -entwicklungen beeinflusste und inwiefern der dramatische Kriegsverlauf als Katalysator sich beschleunigenden Wandels für das Unternehmen und für die Handlungsoptionen Ballins und seine grundsätzlichen Einstellungen zur politischen Macht gewirkt hat.

Betrachtet man die Ausgangssituation in Hamburg, so konzentrierte sich die HAL zunächst auf kurzfristige Umstellungen. Man wich auf verwandte Geschäftsfelder aus und suchte in dem Aufbau einer umfassenden Logistik für die überhastet einsetzende Planung der staatlichen Kriegswirtschaft ein sicheres Standbein. Außerdem kam es zu Ausgründungen, Verflechtungen und Zusammenschlüssen mit anderen Unternehmen.¹¹⁴ Je länger der Krieg andauerte, desto gewichtiger wurden diese neuen Felder, die zu vermehrten Kooperationen von Reedereien, Unternehmen der Montan- und Schwerindustrie, Handels- und Transportwirtschaft, Schiffbau, Bank- und Finanzwirtschaft führten. Seit 1916 war Hugo Stinnes, der mächtige und ehrgeizige Industriemagnat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, treibende Kraft und Förderer neuester Entwicklungen im Schiffs- und Flugmotorenbau. Die dabei zunächst eingesetzte Architektur der vertikalen Verflechtungen – etwa von Unternehmen der Schwerindustrie, des Schiffbaus und der Seetransportwirtschaft – führte zur Gründung der Werft AG und der Deutschen Werft AG in Hamburg, bei der auch die HAL als Miteigentümerin Aktien zeichnete. Darüber hinaus plante Stinnes, auf dem Erdölmarkt Rumaniens Fuß zu fassen und zur Sicherung eigener Anteile ein Konsortium zu gründen. Das Ausgreifen in umfangreiche Planungs- und Verflechtungsmodelle, die Gründung von neuen Allianzen großen Stils interpretiert der Historiker Hartmut Rübner bereits als Teil einer Epochenwende der Wirtschaft, ermöglicht durch den kontingenten Verlauf des Krieges.¹¹⁵

Hinzu kam, dass Schiffbauindustrie und Transportindustrie auf die großen Verschiebungen auf den Märkten in den USA reagieren mussten, da die US-amerikanische Schiffbauindustrie und die US-amerikanische Reederei mit dem Eintritt in den Weltkrieg weltweit die Führung übernommen hatten. Ihre Monopolstellung auf dem Frachtraummarkt verdankten sie insbesondere der Tatsache, dass mit dem Eintritt der USA am 6. April 1917 in den Krieg das Material der deutschen Handelsflotte und ihrer

114 Vgl. zum Folgenden die Ausführungen von Rübner, Hartmut: Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt. Maritime Wirtschaft und Politik im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Bremen 2005, S. 89–99, hier S. 89–92.

115 Ebd., S. 89–92.

Verbündeten beschlagnahmt worden war und die Verfügung darüber auf die *Shipping Boards* übergegangen war.

Angeichts dieser Lage wählte Ballin notgedrungen den Weg aus dem »Kerngeschäft«. Dies bedeutete jedoch nicht, dass Ballin die Frage der »nicht tätigen« Flotte nicht dringend verfolgte, um die hohen Werte der im In- und Ausland liegenden Handelsflotte zu sichern und die Mannschaften, die die Schiffe instand hielten, zu finanzieren. Ungefähr 4.000 Hapag-Mitarbeiter waren »im Ausland stationiert [...] oder in Entente-Häfen mit ihren Schiffen in die Hand des Kriegsgegners« gefallen und interniert worden. »Die übrigen arbeiteten, allerdings zu herabgesetzten Bezügen, weiter [...]«. ¹¹⁶ Zur Finanzierung dieser Kosten trug – nach einer Intervention Ballins – das Reichsschatzamt bei.

Auf verschiedenen Wegen erschlossen die Großreedereien NDL und HAL ihren »brachliegenden Firmkapazitäten neue, abseitige Tätigkeitsfelder«. Die HAL richtete mit Hilfe von Kapitalbeteiligungen u.a. des Bankhauses M. M. Warburg & Co und in Zusammenarbeit mit staatlichen Gesellschaften und Einrichtungen Nebenbetriebe mit »lukrativen Fremdaufträgen« ein. ¹¹⁷ Diese »technischen Betriebe«, »Reparaturwerkstätten, Kaianlagen und Schlepper«, führten »entweder Konversionsaufträge für die Kriegsmarine« oder »Reparaturaufträge für die Reichsbahn« ¹¹⁸ aus. Weitere neue Betätigungsfelder erschlossen sich in Zusammenarbeit mit staatlichen Eisenbahngesellschaften im Fremdenverkehrsgeschäft, im Seebäderdienst, in der »Versorgung von etwa 20 Gefangenenlagern« sowie der »Verproviantierung von in deutschen Häfen stationierten Marineeinheiten« durch »das eingespielte Küchen- und Bedienungspersonal«, im Speditionsgeschäft, in der »binnenländische[n] Schifffahrt« und schließlich im »Luftfracht- und Passagiergeschäft«, einer Vorstufe der 1926 gegründeten »Luft-Hansa AG«, aus denen beide, NDL und HAL, insgesamt »Überschüsse in Höhe von zusammen 26 Mio. Mark erwirtschaften konnten.« ¹¹⁹

Über »Kapitalbeteiligungen« ließen sich Gewinne für Wiederaufbaufonds erwirtschaften. Auch in dieser Hinsicht bot sich die Gründung und der Aufbau der Reichseinkaufsgesellschaft in Kooperation mit dem Bankhaus M.M. Warburg & Co. »wenige Tage nach Kriegsausbruch« an. Die nach einer Reorganisation 1915 dem Reichsamt des Innern unterstellte Zentrale Einkaufsgesellschaft (ZEG) beschäftigte bald »8000 Personen«. ¹²⁰ Ballin leitete und organisierte im Rahmen der ZEG die Verladung und den

116 Gerhardt (2009): Albert Ballin, S. 222.

117 Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 63-65, S. 76-77.

118 Vgl. ebd., S. 63. Die HAL gliederte die »überwiegend auf fremde Rechnung arbeitenden Neben- bzw. Regiebetriebe« aus und wandelte »diese sukzessive in formal selbständige Gesellschaften mit beschränkter Haftung« um. Ebd., S. 64.

119 Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 64-65.

120 Ebd., S. 64. »Aus der zunächst unter der Ägide der HAL stehenden Lebens- und Futtermittelbeschaffungsstelle gingen nach einer Reorganisation im Januar 1915 die »Zentraleinkaufsgesellschaft mbH«, die als staatliches Monopolunternehmen direkt dem RWM in Berlin unterstellt war, sowie die »Lager- und Speditionsgesellschaft mbH« in Hamburg hervor.« Leiter des Aufsichtsrates war Max M. Warburg. Ebd. S. 64. Die Zentrale Einkaufsgesellschaft (ZEG) war mit einem umfangreichen Kapital von 45 Mio. Mark ausgestattet. »Ihre Aufgabe war die Beschaffung der Lebensmittel aus dem Auslande.« Vgl. Huldermann (1922), ebd., S. 313. Dazu griff man auf regulierende Mechanismen wie Zentralisierung und strenge Bedarfsrechnungen für die Käufer wie für die Ver-

Transport der umfangreichen Getreidemengen aus Rumänien per Flussschifffahrt und Eisenbahn.¹²¹ Im Reichsschatzamt wiederum lernte Ballin den Juristen Wilhelm Cuno kennen, den er bereits 1916/17 dem Vorstand der HAL als seinen Nachfolger vorschlug.¹²²

Die HAL übernahm für den Transport der Getreidemengen aus Rumänien die Leitung der logistischen Planung und der technischen Abläufe mit einem »gewaltigen Apparat für den Umschlag an der Donau und die Verschiffung [...]«. ¹²³ Diese garantierten die Versorgung Deutschlands und Österreich-Ungarns mit rumänischem Getreide in den Jahren 1915-1918, also auch noch nach der Niederlage Rumäniens 1916, durch die Mittelmächte.¹²⁴

käufer, Regulierung der Preise und der Mengen zurück, um angesichts zunehmender Verknappung die Vergabe von Nahrungs- und Futtermitteln dem freien Markt zu entziehen. Vgl. Huldermann (1922), S. 314. Zur Entstehung und zur Durchführung der ZEG vgl. Helfferich, Karl, *Der Weltkrieg*. Bd. II. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg, Berlin 1919, S. 202-221 und S. 232-240.

- 121 Ohne Rücksicht auf die zunehmend prekäre Ernährungslage der rumänischen Bevölkerung galt die Aufmerksamkeit des Militärs und der Schiffsingenieure des Reiches den »Herausforderungen« der Logistik und der Transporttechnik für dieses komplexe und schwierige Unterfangen. Vgl. Barber, Oswald: *Einrichtung und Aufgaben der Zentral-Einkaufsgesellschaft*. Breslau, 1917 (Nachdruck des Vortrages vom 6. November 1917 auf der kriegswirtschaftlichen Tagung in Breslau); vgl. auch Foerster, E.: »Schiffstechnische Organisationen des deutschen Feldeisenbahnchefs auf der Donau«, in: *Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft* 1918, S. 123-172.
- 122 Wilhelm Cuno (1877-1933) »studierte in Berlin und Heidelberg die Rechte und promovierte zum Dr. jur. 1907 wurde er als Regierungsassessor in das Reichsschatzamt berufen, wo er 1910 zum Regierungsrat und 1912 zum Geheimen Regierungsrat aufrückte. Er war hier hauptsächlich mit Gesetzentwürfen und deren Vertretung im Reichstag beschäftigt. Im Kriege leitete er die Reichsgetreidestelle von ihrer Gründung bis Juli 1916, wurde dann dem Staatssekretär von Batocki zur Organisation des Kriegsernährungsamts beigegeben und erhielt Ende 1916 im Reichsschatzamt das Generalreferat für kriegswirtschaftliche Fragen. Einem Ruf A. Ballins folgend, trat er am 1.11.1917 in das Direktorium der Hapag ein und schied damit aus dem Reichsdienst aus. Nach Ballins Tod wurde er am 20.12.1918 zu dessen Nachfolger als Generaldirektor der Reederei gewählt.« Vgl. Klein, Gottfried: »Cuno, Wilhelm« in: *Neue Deutsche Biographie* 3 (1957), S. 438-439 [Online-Version: <http://www.deutschebiographie.de/pnd118677497.html#ndbcontent>, abgerufen am 30.8.2021; Rübner (2005): *Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt*, S. 92 und 95.
- 123 Huldermann (1922): ebd., S. 314. Um den Umfang zu beziffern, nennt Huldermann eine Summe von sechseinhalb Milliarden Mark für die Gesamtheit der Umschläge von 1915 bis 1918. Die Menge erhöhte sich bis auf 800 Waggon pro Tag. Darüber hinaus griff Ballin ordnend in das »Wirrwarr der Einkaufstätigkeit im Auslande« ein und schuf »geordnete Zustände.« Ebd., S. 314. Große Probleme ergaben sich aus der mangelhaften Logistik bei der »Verteilung der Lebensmittel«. Vgl. ebd., S. 313-314.
- 124 Die Idee entwickelte Ballin gemeinsam mit Max Warburg. Seit dem 26. August 1914 stellte Ballin einen Teil der Räume und »mehrere Hundert Bürokräfte der Reederei« für den Aufbau der Reichseinkaufs-Gesellschaft zur Verfügung, die sich zu einem großen zentralen Unternehmen der Beschaffung und Verteilung von Gütern entwickelte. 1915 wurde der Hauptsitz nach Berlin verlegt, 1916 wurde die Zentraleinkaufsgesellschaft dem Kriegsbeschaffungsamt eingegliedert. Die Rolle Ballins wäre im Zusammenhang mit dem Verhältnis der Mittelmächte zu Rumänien nach der Niederlage 1916 noch deutlicher nachzuzeichnen. Vgl. Gerhardt, Johannes (2009): *Albert Ballin*, S. 95; vgl. Huldermann (1922), ebd.

Bewegte sich hier Ballin im Feld der Erweiterung unternehmerischen Handelns im Rahmen der deutschen Eroberungspolitik, so eröffneten die Verflechtungen der Interessen der HAL mit Stinnes noch größere Dimensionen.¹²⁵ Stinnes war ein bedeutender Strategie, der dabei war, sein gewaltiges Montan-Imperium anlässlich der Besetzungen Luxemburgs, Frankreichs und Belgiens zu erweitern. Ballin war – als ›starker‹ Mann der hanseatischen Wirtschaft – ein geeigneter Partner, mit dessen Unterstützung Stinnes sich den Eintritt in den Aufsichtsrat der HAL verschaffte und aus dieser Position heraus seine Stellung in der HAL auszubauen plante.¹²⁶

Zur Erhaltung des Wertes der in den Häfen neutraler Mächte aufliegenden Schiffe der HAL setzte sich Ballin über die noch bestehenden Kommunikationskanäle der HAL mit amerikanischen Agenturen und Geschäftsverbindungen in Verbindung. Seine Bemühungen, die in US-amerikanischen Häfen aufliegenden Schiffe schnell zu verkaufen oder zu verchartern,¹²⁷ scheiterten allerdings zunächst am Widerstand des Admiralstabes, der seine ablehnende Haltung mit kriegsstrategischen Überlegungen begründete, wonach jeglicher Verkauf der Schiffe zu einer Vergrößerung der Handelsflotte der Entente führe, damit ihre Transportkapazitäten erhöhe und somit den Gegner schwäche, indem er u.a. den U-Boot-Krieg verlängere.¹²⁸

Beispielhaft sei hier aus einem Schreiben Ballins an den damaligen Staatssekretär des Inneren und Vizekanzler Karl Helfferich (1872-1924) zitiert, in dem Ballin heftige Kritik an der Entscheidung des deutschen Admiralstabes übte. Den Brief verfasste Ballin zwischen dem 9. September und dem 22. Oktober 1917.¹²⁹ Seine Kritik bezieht sich

125 Investitionen lockten im Mineralölgeschäft, im Ausbau der Verkehrswege (Eisenbahnen/Häfen/Flussschifffahrt/Flugzeuge). Ballin hatte bereits die zukünftige Revolution im Schiffsmotorenantrieb durch die Nutzung des – überdies im Verbrauch preiswerteren – Dieselmotors im Auge. So erklärt sich auch das Interesse Ballins und Stinnes an dem rumänischen Ölgeschäft. Vgl. Feldmann, Gerald D.: Hugo Stinnes, München 1998, S. 472.

126 Nach Feldmann hatte die Suche nach der Zusammenarbeit von Stinnes drei Gründe: 1. Ballin sollte bei seinem Bemühen um die Verabschiedung des Entschädigungsgesetzes für die deutsche Handelsflotte »die Emdener Werft mit einbeziehen«, 2. einen Interessenausgleich mit Ballin angesichts der erheblichen Erweiterung seines Schiffsbestandes zu treffen, um nicht in eine gegenseitige ruinöse Konkurrenz zu geraten und 3. in das Reedereigeschäft Hamburger Reeder durch den Ankauf von Aktien der Ostafrika-Linie einzutreten und sich dort der Unterstützung Ballins zu versichern. Vgl. ebd., S. 425-427; vgl. Wulf, Peter: »Schwerindustrie und Seeschifffahrt nach dem 1. Weltkrieg: Hugo Stinnes und die HAPAG«, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 67, Heft 1 (1980), S. 1-21.

127 »Ballin versuchte zunächst, die im neutralen Ausland liegenden Schiffe der Reederei zu verchartern, später dann, sie zu verkaufen; diejenigen, die in den Häfen der Entente-Länder lagen, waren sofort beschlagnahmt worden.« Nach und nach wurden die meisten der Schiffe abgeschrieben, nur neun von ihnen wurden verkauft. Vgl. Gerhardt (2009): Albert Ballin, S. 95-96. »Die Gesamtflotte der Hapag betrug kurz vor Kriegsausbruch (März 1914) 439 Fahrzeuge mit 1360360 Br.-Reg.-Tonnen. Hiervon gingen aus den angegebenen Gründen insgesamt 178 Ozeandampfer mit zusammen 1235397 Br.R.T. verloren.« Vgl. Castner, NN.: »Die Hamburg-Amerika-Linie und ihre heutige Flotte«, in: Polytechnisches Journal 1927, Band 342, S. 49-55, Zitat S. 49.

128 Zu dieser Argumentation vgl. Huldermann (1922), S. 316.

129 Der Termin »ante quem non« bezieht sich auf die Erwähnung, dass ein Dampfer in Argentinien beschlagnahmt wurde (Anfang September 1917), der Termin »post quem non« auf das Datum der Entlassung Helfferichs aus dem Amt des Staatssekretärs des Inneren am 23. Oktober 1917.

auf zwei Punkte, erstens auf die fehlende Einsicht des Admiralstabes in die Interdependenz nationaler und internationaler Wirtschafts- und Zahlungskreisläufe (Verbot des Verkaufs der aufliegenden Schiffe) und zweitens – als Folge – auf den Mangel an politisch-strategischer Urteilsfähigkeit. Ballin – typisch für ihn – legt zunächst den Sachverhalt dar, um daraus die Folgen für die Wirtschaft und den Kriegsverlauf abzuleiten:

Unsere Gesellschaft, welche die größte Schifffahrtsunternehmung der Welt war und bei Ausbruch des Krieges über Schiffe von etwa 1 500 000 tons verfügte, hat diese bis auf einen geringen Teil verloren, viel weniger durch Kaperungen und Versenkung im Dienste der kaiserlichen Marine, als durch die Handlungen unserer eigenen Regierung. Die deutschen Schiffe in Italien, Portugal, in Griechenland, in den Vereinigten Staaten, in Brasilien usw. hätten uns in natura oder durch Auszahlung ihres Wertes erhalten bleiben können, wenn unsere Regierung mit der gleichen Erkenntnis gehandelt hätte, wie die österreichische Regierung es in den Vereinigten Staaten sowohl als auch in China getan hat.¹³⁰

Die angebliche Gefahr der ungenutzten Flotte, welche die Admiralität beschwor, sei, so Ballin, ein Phantom des Admiralitätsstabes gewesen.¹³¹ Denn die Vernichtung der Schiffe habe – so der zweite Kritikpunkt – zu einer Kettenreaktion zugunsten der Entente geführt. Der Mangel an Frachtraum und damit die daraufhin erfolgte weitere Erhöhung der Frachtraten habe die neutralen Staaten aus »Schiffraumnot« zum Eintritt in den Krieg an der Seite der Entente gezwungen, weil im Deutschen Reich »eine Behörde ausschlaggebend ist, die sich der Einsicht der wirtschaftlichen und politischen Folgen beklagenswerterweise verschließt.«¹³²

Bereits im Jahre 1914/15 hatte Ballin versucht, die in den USA liegenden Schiffe der HAL an das internationale, von Herbert Hoover geleitete *Relief Committee* zur Versorgung der hungernden Bevölkerung in Belgien zu verchartern, was ebenfalls von der Admiralität vereitelt wurde. Die Schiffe der HAL hätten, so Ballin, sehr günstig in die Flotten der Hilfskonvois des Relief-Programms, geleitet von dem späteren amerikanischen Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964), integriert werden können. Das galt sicherlich bereits für den Einsatz ab 1915, als das Relief-Programm, dann unter dem Namen *Lloyd Royal Belge* firmierend, die Aufgabe übernommen hatte, die von den Briten aufgrund des unbeschränkten U-Boot-Krieges zurückgehaltene Tonnage durch Tonnage privater Reedereien zu ersetzen.¹³³ Auch dieser Versuch scheiterte am Widerstand der deutschen Admiralität. Es wäre sogar, so Ballin in seinem Brief von September/Oktober 1917 an Helfferich, mit dem Einverständnis Englands möglich gewesen, die

130 Huldermann (1922), S. 317-318.

131 Huldermann beschreibt es ironisierend: »Jenes Phantom war der Kampf gegen Schiffsraum, die falsche Voraussetzung des Ubootkrieges, ein törichter Glaube, der sogar so weit ging, anzunehmen, daß die Herausziehung des deutschen Schiffsraumes aus dem Weltverkehr die Versorgung der feindlichen Mächte beeinträchtigen könnte.« Ebd., S. 316.

132 Vgl. ebd.

133 https://de.wikipedia.org/wiki/Kommission_f%C3%BCr_das_Belgische_Hilfswerk, abgerufen am 22.8.2021.

Schiffe nach Belgien zu überführen. Obwohl, so Ballin, »England die ganze Liste unserer in Amerika liegenden, etwa 2 500 000 Tons repräsentierenden Schiffe genehmigt und mit seinen Bundesgenossen schriftlich die Erklärung abgegeben hatte, daß diese Schiffe unangetastet bleiben sollten, solange sie für die Zwecke der Versorgung Belgiens benutzt würden«, beharrte die Admiralität auf ihrem Standpunkt und versagte bis auf drei Ausnahmen die Genehmigung. Nach Beendigung der Aufgabe hätte die HAL-Flotte »in Rotterdam liegen und ungehindert nach Hamburg überführt werden können.«¹³⁴

Im Gegenzug entwickelte Ballin gemeinsam mit dem Leiter des Norddeutschen Lloyd und unterstützt von den deutschen Reedern, vertreten durch den Kriegsausschuss der Deutschen Reederei (KDR), von 1914 an das Vorhaben, die Reichsregierung zu Ersatzleistungen für die durch Beschlagnahmung und infolge kriegserischer Handlungen verlorengegangenen Schiffe auf hoher See zu veranlassen. Nachdem die Regierung eine ersatzlose Entschädigung abgelehnt hatte, entfachten die Reeder, namentlich unterstützt von Ballin, eine Kampagne, um eine Entschädigungsregelung auf dem Gesetzeswege zu erreichen. Eine umfangreiche Lobbyarbeit bei den Abgeordneten der Reichstagsfraktionen führte schließlich zum Erfolg. Gegen die Stimmen von SPD und USPD verabschiedeten der Reichstag am 11. Oktober 1917 und der Bundesrat am 7. November 1917 das *Gesetz zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte*.¹³⁵ Dieser für Ballin große Erfolg – ein Erfolg, der ihn erstmals enger mit den Vertretern der Reichstagsfraktionen in Kontakt brachte – bildete neben den Folgegesetzen 1919 und 1920 die Grundlage für die Entschädigung der Reedereien.¹³⁶

2.3 Ballin und das politisch-militärische Feld im ersten Kriegsjahr: Diplomatische Einschätzungen und strategisches Abwägen im diskursiven Spannungsfeld von Eroberungspolitik und Teilfrieden

Ballin betrachtete das Kriegsgeschehen und die Akteure in den Kriegsparteien in einer ähnlichen Weise, wie er unternehmerische Planungen, Projekte oder komplexe Verhandlungssituationen abzuwägen und zu beurteilen pflegte. Dies geht aus zahlreichen schriftlichen Äußerungen hervor, die Ballin verfasste: Briefwechsel, Kommentare, Memoranden, Tagebucheinträge.¹³⁷ Darin lotete er detailreich die Position der Verhand-

134 Huldermann (1922), S. 319. Verantwortlich für diese Entscheidung zeichnete der Vertreter des Admiralstabes, bis 1917 Kapitän zur See Kurt Grashoff (1869-1952).

135 Zu den Einzelheiten von der Entstehung der Vorlage, der umfangreichen Lobbyarbeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes und der Einrichtung des Gremiums (Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte), dem das »Vorschlagsrecht zur Gewährung von Entschädigungsleistungen« zustand und das am 24. Januar 1918 durch Beschluss des Bundesrates nominiert wurde, vgl. Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 99-103, hier S. 102. Vgl. ebenfalls Merck (1920/22): Erinnerungen, S. 60-61.

136 Diese umfassten den Verlust ihrer Schiffe im Krieg wie auch die Verluste infolge der Abgabe fast der gesamten Handelsflotte aufgrund der Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles und der weiteren Ausführungsbestimmungen. Vgl. Priester, Wiederaufbau (1926), S. 26-30.

137 Viele Briefe werden zum Teil nur in Ausschnitten zitiert. Vgl. Huldermann, Bernhard: Albert Ballin: eine Biographie von den Anfängen bis nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 1922; Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt; Gerald D. Feldmann: Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998.; Cecil, Lamar: Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kai-

lungspartner aus, um zu einer Schlussfolgerung zu kommen, eine Strategie, die er in zahlreichen Verhandlungen in seinem Unternehmen, insbesondere in den Atlantik-Pool-Konferenzen souverän zu handhaben gelernt hatte.¹³⁸ Bei aller Verbindlichkeit und Freundlichkeit des Tones wusste der geübte Briefeschreiber Ballin die Anliegen für den Adressaten auf den Punkt zu bringen und die Argumentation präzise darauf zuzuschneiden. Die Kunst des Hervorhebens und des Auslassens gilt es bei der Lektüre der Schriftstücke Ballins sehr sorgfältig zu beachten.

Eingedenk seiner engen Beziehungen zu England äußerte sich Ballin Anfang Oktober 1914, zu Beginn des dritten Kriegsmonats, im Konzert der zahlreichen Gruppen, Verbände und Parteien, die nach der Einnahme von Belgien und angesichts der scheinbar erfolgreichen Offensive in Frankreich die Debatte um die Kriegsziele führten. Die Architekten der radikalen annexionistischen Gedankengebäude waren besonders stark in den Kreisen der Alldeutschen, aber nicht nur dort vertreten.¹³⁹ Die Diskussion fand auch in breiten Kreisen der Wirtschaft, besonders der Schwerindustrie und der rheinisch-saarländischen Montanindustrie, statt, ebenso in der Verarbeitungsindustrie und unter den Agrarverbänden. Bethmann Hollweg bat Ende des Jahres 1914 sechs große Industrieverbände zu einer Stellungnahme zu seiner Septemberschrift von 1914, um die politische Bandbreite auszuloten.¹⁴⁰ Auch Ballin beteiligte sich an der Debatte. Vor seiner Denkschrift von Mitte Januar 1915 hatte er sich bereits am 1. Oktober 1914, kurz nach der Veröffentlichung des Septemberprogramms, zur Frage der Annexionen in einem Brief geäußert.¹⁴¹ Zu diesem Zeitpunkt war die Distanzblockade der englischen Kriegsflotte noch nicht erfolgt. Das Schreiben richtet sich an Alfred Tirpitz, dem *spiritus rector* der strategischen Ausrichtung der Kriegsmarine auf die Entscheidungsschlacht zur See.¹⁴² Ballin rief darin dazu auf, die Kriegsplanung auf die langfristige Perspektive der zukünftigen Gestaltung einer Friedenspolitik mit England anzulegen:

serreich 1888-1918, Hamburg 1969; Gerhardt, Johannes (2009): Albert Ballin. Bis auf Huldermann weisen die Autoren die Fundstellen in ihren bibliografischen Angaben aus.

138 Vgl. w.o. S. 104-108.

139 Zur Annexionsdebatte vgl. Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-18, Königstein 1979 (Nachdruck der Sonderausgabe 1967); zu den Annexionsplänen des Alldeutschen Verbandes vgl. Hering, Rainer: Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939, Hamburg 2003, S. 133-138; vgl. auch Leicht, Johannes: Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2011.

140 Fischer (1979): Griff nach der Weltmacht, S. 90-95; zur Eingabe der sechs Wirtschaftsverbände am 20. Mai 1915 ebd., S. 142-143.

141 Vgl. die Ausführungen Fischers zum Septemberprogramm von Bethmann Hollweg: »Die Durchsetzung dieses Programmes hätte eine vollständige Umwälzung der staatlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Europa herbeigeführt. Nach der Vernichtung der französischen Großmachtstellung, der Beseitigung des englischen Einflusses auf dem Kontinent und der Zurückdrängung Rußlands, wäre Deutschland die Hegemonie in Europa zugefallen. [...] Zwar hätte die Durchsetzung dieses Programms die Koalition der drei Entente-Mächte gesprengt [...]. Damit [wäre] gefährlicher Sprengstoff für neue Konflikte gelegt worden [...]«. Fischer (1979): Griff nach der Weltmacht, S. 93-95, das Zitat ebd., S. 94-95.

142 Vgl. Epkenhans, Michael: »Schlachtflottenbau und Werftindustrie 1897-1914«, in: Deutsches Schifffahrtsarchiv 27 (2004), S. 183-200; König, Marcus: Agitation – Zensur – Propaganda. Der U-Boot-Krieg und die deutsche Öffentlichkeit im Erstem Weltkrieg, Stuttgart 2014, S. 131-146.

Die erfolgreiche Gestaltung des Friedens wird nicht viel weniger schwer sein wie die glückliche Durchführung des Krieges. Diesen Weltkrieg kann man meiner Meinung nach in sechs Monaten mit den gleichen Resultaten beenden, wie man sie nach 12 Monaten zu erlangen vermag. Ich meine, daß, wenn wir nicht in einigen Monaten die Grundlage für unsere Entschädigungsforderungen (Annektionen, ML) geschaffen haben, die Aussichten im weiteren Verlauf der Dinge sich für uns auch nicht viel sicherer gestalten würden.

Was wir anstreben mußten, ist eine Neugruppierung eines Bündnisses Deutschland-England-Frankreich. Dieses Bündnis wird zu haben sein, sobald wir Frankreich und Belgien zu Boden gerungen haben, und sobald Sie sich entschlossen haben, mit England eine Verständigung über den Flottenbau herbeizuführen.¹⁴³

Weiter führte Ballin in seinem Brief an Tirpitz aus: »Ich weiß, daß dieser Gedanke Ihnen wenig sympathisch ist, aber ohne eine Übereinkunft mit Bezug auf die Flotte werden Sie die Engländer niemals zu einem vernünftigen Friedensschluß bringen können.« Wohl mit Blick auf die Propaganda des Alldeutschen Verbandes fügte er hinzu: »Der gegenwärtige Zustand stellt eine Schraube ohne Ende dar und erzeugt einen Zündstoff in England, der uns nie zu einer sicheren Verständigung kommen läßt.«¹⁴⁴

Ballin nahm in diesem Schreiben deutlich Stellung gegen die konfrontative Grundidee, die der Tirpitz'schen Flottenpolitik zugrunde lag. Die dadurch eintretende Spirale des gegenseitigen Wettrüstens und die Anlage hin auf die finale Entscheidungsschlacht benannte Ballin als ein großes Dilemma dieser Politik, da sie letztendlich das Ziel eines vernünftigen Friedensschlusses aus den Augen verliere, den Gegner demütige und damit die Brücke zu einem Kompromissfrieden zerstöre. Ballin machte mit seinem Schreiben Tirpitz eindringlich auf die desaströsen Folgen seiner Vernichtungsstrategie aufmerksam:

»England kämpft in ebenso hohem Maße, wenn nicht in noch höherem, um seine Existenz wie wir. Die Existenz Englands als Weltmacht ist aber abhängig von einer mindestens numerischen Überlegenheit seiner Flotte.«¹⁴⁵

Deshalb plädierte Ballin für einen Ausgleich der beiden kriegsführenden Mächte in einem »vernünftigen Friedensschluß«¹⁴⁶, den er folgendermaßen definiert:

Einen vernünftigen Friedensschluß nenne ich ein solches Abkommen, mit welchem Deutschland und England ehrenvoll nach Hause gehen können, und welches weder bei der einen noch bei der anderen Nation einen Haß zurückläßt, der den Boden schon bereitet für den nächsten Krieg.¹⁴⁷

Damit kritisiert Ballin das Prinzip einer Kriegsführung, das mit der Selbstzerstörung der Kriegsflotte der Nation die wirtschaftlichen Grundlagen entzieht und auch dem Navalismus wilhelminischer Prägung ein Ende bereitet:

143 Schreiben Ballins an Tirpitz vom 1.10.1914, in: Huldermann (1922): Albert Ballin, S. 326 u. S. 327.

144 Schreiben Ballins an Tirpitz vom 1.10.1914, in: ebd., S. 326 u. S. 327.

145 Huldermann (1922), ebd., S. 327.

146 Huldermann, ebd. S. 328.

147 Huldermann, ebd., S. 326.

Die Flotte ist in meinen Augen nie etwas anderes gewesen, und darf nichts anderes sein, wie die unerlässliche Reserve einer gesunden Weltwirtschaft. Und ebensowenig wie ein gewissenhafter Direktor die Reserven seiner Gesellschaft angreifen wird, solange nicht die bitterste Notwendigkeit ihn dazu zwingt, ebensowenig sollte man die Flotte in den Krieg hineinziehen, solange nicht der härteste Zwang dafür vorliegt.¹⁴⁸

In seinen Überlegungen kritisiert Ballin die Ignoranz der Überlegungen der Marine, die einseitig auf militärische Operationen, den schnellen Sieg und Annexionen im Land der Besiegten ausgerichtet sei, ohne Rücksicht auf globale wirtschaftliche gemeinsame Interessen, die langfristig einer Versöhnung der Kriegsgegner England und Deutschland den Vorrang einräumen müsse. Ihre Annexionspläne sollten sich stattdessen primär auf überseeische Kolonien konzentrieren; hier wiederum sei es notwendig, die Kolonialpolitik mit England zu aller Nutzen und zur Mehrung des jeweiligen Nationalreichtums friedlich und in Form wirtschaftlicher Kooperationen abzustimmen. Die folgende Passage atmet noch den Geist der globalen liberalen Wirtschaftspolitik der »offenen Tür« der Vorkriegszeit:

»Und eins vergessen Sie bitte nicht«, so Ballin in seinem Brief an Tirpitz:

Wir müssen unsere Entschädigung suchen in der Annektion wertvoller überseeischer Gebiete. Wir können uns des ruhigen Genusses dieser Früchte dieses überseeischen Gebietszuwachses aber nur erfreuen im Frieden mit England. [...] Heute sind in fast allen englischen Kolonien Deutsche die hervorragendsten Führer des Wirtschaftslebens, und die offene Thür hat uns einen großen Teil des Nationalreichtums gesichert, der bei Kriegausbruch die glänzende Organisation unserer finanziellen Mobilmachung ermöglichte.¹⁴⁹

Folglich kommt Ballin am Ende seines Briefes zu dem Schluss, dass der Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen dem Sieger den großen Prestigegewinn verspreche.¹⁵⁰ Dieser beruhe auf dem überwältigenden »Eindruck der deutschen Leistung in der Welt« und darauf, »daß auf indirektem Wege wir mehr Vorteile aus dem Krieg ziehen würden als die größte Kriegsentschädigung und der größte Landgewinn uns bringen könne.«¹⁵¹ Dennoch, auch Huldermann kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Ballin nicht ganz frei von dem Gedanken war, dass es die Siege sind, die der kriegführenden Partei Vorteile verschaffen. Wie in der umfassenden Kriegszieldebatte von vielen Seiten geäußert, so konnte sich auch Ballin nicht dem Denkmuster entziehen, dass Eroberungen bzw. Siege gegenüber »kleineren« Staaten einen Diskurs der Vorteilsnahme gegenüber dem besiegten Land rechtfertigen. So sah Ballin die im August 1914 erfolgte Niederlage Belgiens und den erwarteten Sieg über Frankreich als klaren Vorteil für Deutschland an. Ballin positionierte sich in der Belgienfrage auf der Seite der gemä-

148 Ebd., S. 329.

149 Huldermann, ebd.

150 Huldermann, ebd., S. 323.

151 Huldermann, ebd., S. 323.

ßigten Annexionisten,¹⁵² als er bereits um die Jahreswende 1914/15 Vorstellungen zur Einbindung Belgiens zur Stärkung der machstrategischen Stellung Deutschlands entwickelte. Dabei spielte auch der Gesichtspunkt, die Kontrolle über die belgische Küste und die belgischen Häfen zu nutzen, um dem »nassen Dreieck«, dem Gebiet der deutschen Bucht, das der deutschen Seefahrt durch die englische Seeblockade entzogen worden war, zu entkommen, eine entscheidende Rolle.¹⁵³

Die Diskussion um die Zukunft des eroberten und besetzten Belgiens setzte bereits im August 1914 mit einer Vielzahl von Vorschlägen ein, deren Extreme sich zwischen den Forderungen hoher Kontributionen, einer vollständigen Annexion, einer Eingliederung als Siedlungskolonie, in Form einer Diktatur oder eines Vasallenstaates und gemäßigten Szenarien in Gestalt einer Zoll- und Währungsunion bewegten.¹⁵⁴ In seinem Septemberprogramm von 1914 hatte Bethmann Hollweg die Vorstellung der Eingliederung des eroberten Belgiens als Vasallenstaat in eine Mitteleuropäische Union befürwortet. Dieser Plan, von seinem Berater Kurt Riezler (1882-1955) als »mitteleuropäischer Imperialismus der leichten Hand«¹⁵⁵ bezeichnet, sah das »Besatzungsrecht« Deutschlands »an den Hafenplätzen« vor, die Küsten sollten »militärisch zur Verfügung« gestellt werden, und Belgien sollte »wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz« und Teil des »mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes« werden.¹⁵⁶ Angesichts des Streites über die Zukunft Belgiens holte Bethmann Hollweg im Sinne seiner Politik der Diagonalen, eines Ausgleichs zwischen den Extremen, sechs Gutachten ein.¹⁵⁷ Albert Ballin zählte gemeinsam mit Riezler, von der Lancken und Warburg zu den gemäßigten Gutachtern in der belgischen Frage. Im Gegensatz zu Tirpitz, dem Vertreter der »direkten Annexion« und Falkenhayn, der eine »Militärdiktatur« und militärische und infrastrukturelle Kontrolle empfahl, sprachen sich die vier für ein indirektes Herrschaftsmodell mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen im Sozialen und im Wirtschaftlichen aus.¹⁵⁸

152 Vgl. dazu die Ausführungen von Sebastian Bischoff zur »Anfangsphase zwischen erster Orientierung und Größenphantasien« im Jahre 1914, in: ders., *Kriegsziel Belgien*, S. 90-93; zu den »Planungen der Reichsleitung bis zum Beginn der koordinierten Belgienpolitik Ende 1914« ebd., S. 102-109.

153 Am 1. Januar 1915 veröffentlichte die Frankfurter Zeitung einen Artikel Ballins unter der Überschrift »Das nasse Dreieck«. Nach Huldermann habe Ballin darin die Idee einer »Flottenstation am Atlantischen Ozean, etwa in der Gegend Nordafrikas« entwickelt. Dabei habe Ballin den Gedanken einer »Annexion« oder »Entschädigung« verworfen zugunsten der Vorstellung von »Gewinn auf weltwirtschaftlichem Gebiete und einer dauernden Verständigung mit England auf politischem und Marinegebiet [...]«. Vgl. Huldermann, ebd., S. 322-323. Ballin zählte zu den »moderateren« Vertretern einer Annexion in der »belgischen Frage«, die eine Zoll- und Wirtschaftsunion bevorzugten.

154 Bischoff (2018): *Kriegsziel Belgien*, S. 92-93 und S. 145-146.

155 Riezler, *Tagebücher*, Eintrag vom 11.10.1915, S. 305. Zitiert bei Bischoff (2018): *Kriegsziel Belgien*, S. 103.

156 Ebd. S. 102; die Zitate nach Fischer (1979): *Griff nach der Weltmacht*, S. 93-94.

157 Die Gutachter Alfred von Tirpitz und Erich von Falkenhayn nahmen »von militärischer Seite« aus Stellung, aus der Politik äußerten sich »Kurt Riezler und Oscar von Lancken« und »aus der Wirtschaft« waren es die oben bereits erwähnten »Albert Ballin und Max Warburg«. Vgl. Bischoff (2018): *Kriegsziel Belgien*, S. 145.

158 Vgl. StA HH, Familie Krogmann, A 8, Stellungnahme Albert Ballins zur Annexion Belgiens vom 6. Februar 1915. Der Text ist abgedruckt in: Pohlmann, Harald: Richard C. Krogmann (1859-1932). Leben und Leistung eines hamburgischen Kaufmanns und Reeders, Hamburg 1986, S. 271-276, das Zitat ebd., S. 274. Den Hinweis auf die Quelle verdanke ich Myriam Richter.

Der Vorschlag Ballins lehnte zwar eine Annexion Belgiens und die Eingliederung in das Deutsche Reich als Kolonie ab, aber mit seinem Plädoyer, dem Reich die Verfügung über wichtige verkehrs- und finanzwirtschaftliche Bereiche Belgiens zu sichern, würden durch das Recht der Eroberung weitgehende Bereiche der staatlichen Infrastruktur und Wirtschaft in die Verfügung des deutschen Reichs übergehen, das gemeinsam mit Belgien einen »Zollverband« bilden würde.¹⁵⁹ Das Deutsche Reich übernahm danach die belgischen Staatsbahnen »anstelle einer Kriegsentschädigung« und verfügte über den Hafen von Antwerpen in einer deutsch-belgischen Betriebsgesellschaft, die »natürlich überwiegend eine deutsche [ist], und mit Rücksicht schon auf die Interessen der Eisenbahn wird die deutsche Regierung in der Gesellschaft durch einen Reichskommissar vertreten sein.«¹⁶⁰ Deutschland »verfügt über die Häfen von Zeebrügge und das Hafenbecken von Brügge [...] zum Zwecke der Errichtung einer Marine-Station.«¹⁶¹ Brüssel würde internationaler Finanzplatz und es sollten »Grenzberichtigungen zuzulassen [sein], welche aus strategischen Gründen von Deutschland gefordert werden müssen.«

2.4 Der Eintritt der USA in den Weltkrieg: Völkerrecht und demokratische Staatenbildung bilden ein neues Framing der Kriegszieldebatte

Am Ende des Ersten Weltkrieges, im Oktober 1918, führte die Regierung Max von Baden Verhandlungen mit der US-amerikanischen Regierung auf der Grundlage der Note Wilsons, um in die Friedensverhandlungen einzutreten. Vorbedingung war, dass Deutschland seine Staatsform in eine Demokratie überführe, um als Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Ein zweiter Punkt ist entscheidend. Die Hinwendung, oder besser gesagt, die Akzeptanz der Forderungen Wilsons durch Ballin und mit ihm eines Teiles der Unternehmerschaft und Politik, erwuchs aus der Einsicht in die Aussichtslosigkeit der militärischen Lage, in die Einsichtslosigkeit der Herrschenden und in die kräftemäßige Überlegenheit der Gegner und ihre zukünftigen Vorstellungen. In der Konstellation der Entente und ihrer Verbündeten hatten die USA in der Phase der Vorverhandlungen dank ihres den Krieg entscheidend beeinflussenden Eingreifens eine hohe Definitionsmacht. Mit Wilson traf die Debatte um eine neue internationale Staatenordnung nach den Prinzipien des Völkerrechts für einen kurzen Zeitraum auf eine hohe Akzeptanz, auf eine Stimmung voller Hoffnung auf eine Verständigungs- und Ausgleichspolitik. Diese Grundidee hatte Ballin in der Diskussion um den unbeschränkten U-Boot-Krieg mitgetragen.

Diese entwickelte sich im Laufe des Krieges in drei verschiedenen Phasen, von 1914 bis 1915, von 1915 bis 1916 und von 1916 bis 1918, in denen mehr oder weniger heftig über den Sinn und die Effekte des unbeschränkten U-Boot-Kriegs gestritten wurde.

159 Ebd., S. 275. Die siegreiche Eroberung als Voraussetzung der Inbesitznahme formuliert Ballin, wenn er unterstreicht: »Ich möchte zum Schluß noch einmal betonen, daß die Vorschläge zur Lösung der belgischen Frage meiner Meinung nach eine militärische Lage zur Voraussetzung haben, deren Überlegenheit auch England anerkennt.« Ebd., S. 276.

160 Ebd., S. 274.

161 Ebd., S. 274-275; dort auch das nachfolgende Zitat.

Die ersten Einsätze von U-Booten fanden im Herbst 1914 statt.¹⁶² Doch erst die Distanzblockade der Nordsee durch die Royal Navy führte zu einer ersten Verschärfung der U-Boot-Einsätze durch die Admiralität. Diese erklärte am 4. Februar 1915 die Gewässer um Großbritannien und Irland zum Kriegsgebiet, nachdem englische U-Boote unter Missachtung des Prisenrechtes zum unbeschränkten U-Boot-Krieg übergegangen waren. Hatte bereits die Versenkung der AQUILA durch ein deutsches U-Boot am 27. März 1915 zu Protesten aus England geführt, so mischte sich in die Proteste angesichts der Versenkung der FALABRA tags darauf bereits die Stimme der USA ein, als bekannt wurde, dass unter den 104 Toten auch ein Passagier mit amerikanischer Staatsangehörigkeit war. Die Versenkung der LUSITANIA am 7. Mai 1915, eine Katastrophe dramatischen Ausmaßes, die den Tod von 1.198 Passagieren, darunter 127 US-Amerikanern, zur Folge hatte, führte zu einer sehr ernsthaften Krise zwischen den USA und dem deutschen Reich, in deren Verlauf die USA mit dem Eintritt in den Krieg drohten. Die Verhandlungen über gegenseitige Zusicherungen und Garantien zogen sich bis zum Beginn des Septembers 1915 hin.¹⁶³ Der Konflikt verlagerte sich in Deutschland auf Auseinandersetzungen zwischen der Zivilregierung und der Admiralität. Tirpitz reichte am 15. März 1916 seinen Rücktritt ein, nachdem Admiral Gustav Bachmann, der sich gegen die Vermittlungsbemühungen Bethmann Hollwegs ausgesprochen hatte, »seine Entlassung als Chef des Admiralstabes« erhielt. Dieses erste Rücktrittsgesuch Tirpitz' konnte u.a. auch durch die Intervention Ballins, rückgängig gemacht werden.¹⁶⁴

- 162 Im Rahmen der strategischen Überlegungen von Tirpitz waren sie von geringerer Bedeutung, da er dem Gedanken der entscheidenden Seeschlacht bis 1916 den Vorrang gab. Vgl. den Brief Ballins an Tirpitz vom 1. Oktober 1914, s.w.o. S. 138-140. Der Wechsel des Kriegsglücks Anfang Oktober 1914 im Zuge des an der Marne gestoppten Vorrückens der deutschen Truppen löste bei Ballin noch keine sorgenvollen Gedanken einer umfassenden Niederlage aus. Im Gegenteil, die Situation schien noch offen, zumal Belgien bis auf einen Streifen an der Kanalküste besetzt war und an der Ostfront Erfolge vermeldet werden konnten. Deutschland erschien Ballin seinerzeit in einer sehr günstigen Verhandlungsposition (s.o.), in der die Neutralität Englands noch hätte ausgehandelt werden können. Zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg vgl. Stibbe, Matthew: »Germany's ›Last Card‹. Wilhelm II and the Decision in Favour of Unrestricted Submarine Warfare in January 1917«, in: Mombauer//Deist (2003): The Kaiser, S. 217-234.
- 163 Die USA sandten drei sich verschärfende Noten. »In der ersten ihrer Lusitania-Noten vom 13. Mai erklärten die Vereinigten Staaten ihre Absicht, jede Einschränkung des Rechts amerikanischer Staatsbürger, auf unbewaffneten Dampfern kriegsführende Mächte über den Atlantik zu reisen, einer strikten ›accountability‹ zu unterziehen. Washington ›erwartet‹, so hieß es in der Note, »daß solche Angriffe unterlassen, Entschädigungen bezahlt und Maßnahmen von Deutschland ergriffen würden, die geeignet seien, eine Wiederholung solcher Tragödie auszuschließen.« Vgl. Cecil (1969): Albert Ballin, S. 243. Weitere Komplikationen gab es, als kurz darauf die ARABIC versenkt wurde, wobei unter den 44 Opfern zwei Amerikaner waren. Vgl. ebd., S. 247.
- 164 Im Zuge des Notenaustausches zwischen den USA und dem Deutschen Reich nach der LUSITANIA-Katastrophe lenkte Bethmann Hollweg ein. Vgl. Cecil (1969): Albert Ballin, S. 247. »Admiral Bachmann, der gegen Bethmanns vermittelnden Schritt eingestellt gewesen war, [erhielt] seine Entlassung.« Ebd., S. 248. In seiner Empörung über den Vorgang reichte Tirpitz »sein Rücktrittsgesuch« ein, um es dann wieder zurückzuziehen. Admiral Müller, Chef des Marinekabinetts, »schrieb diese Entscheidung den dringenden Bitten Ballins und des Kapitäns [zur See] Löhlein zu.« Ebd., S. 248-249. 1915 geriet der Krieg ins Stocken; die Annexionsdiskussion strebte ihrem Höhepunkt zu. Ballin versuchte zu vermitteln und knüpfte diplomatische Kontakte mit den USA zur Sondierung von Friedensangeboten an. So vermeldete Ballin: »Der amerikanische Botschafter wünscht mit mir über

Die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges erfolgte im Winter 1916 als Antwort der Admiralität auf die Niederlage von Verdun. Eines der Hauptargumente der OHL für den Eintritt in den U-Boot-Krieg besagte, dass »der Krieg auf dem Lande nicht zu gewinnen sei, wenn es nicht gelänge England, das finanzielle und militärische Herz der Entente, zu schlagen.«¹⁶⁵ Ballin schwankte zunächst und stellt sich auf die Seite des Großadmirals Henning von Holtzendorff, Chef des Admiralstabs, der der Ansicht war, »daß England innerhalb von fünf Monaten durch die Unterseeboote zum Frieden gezwungen würde.«¹⁶⁶ Er wandte sich jedoch sehr bald wieder dem Lager der Gegner zu. Zwei Gründe bestärkten ihn darin, zum einen, »die zu geringe Anzahl der U-Boote« auf der Seite Deutschlands, »um eine wirksame Blockade zu errichten«, und zum zweiten würde »eine Politik uneingeschränkter Kriegführung mit Unterseebooten [...] den Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten bedeuten und eine Kriegserklärung Washingtons nach sich ziehen.« Auch die Politik übte Druck auf Tirpitz und seine Anhänger aus. Tirpitz reichte seinen Rücktritt am 12. März 1916 erneut ein, der am 16. März angenommen wurde. Bethmann Hollweg gelang es nochmals, die drohende Eskalation abzuwenden.¹⁶⁷ Die entscheidende Wendung war nach der Torpedierung der SUSSEX durch ein deutsches U-Boot am 14. März 1916 im Ärmelkanal eingetreten, bei der 50 der 325 Passagiere ihr Leben verloren, darunter zwei US-amerikanische Staatsbürger. In seinem sogenannten Sussex-Ultimatum forderte US-Präsident Woodrow Wilson Deutschland zur Einstellung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf. Deutschland lenkte ein und hob im Juni 1916 den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zugunsten eines U-Boot-Krieges nach der Prisenordnung auf.¹⁶⁸

2.5 Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg: Eine einschneidende Wende

Ballin hatte bereits Anfang 1916 auf eine Wendung des Krieges zugunsten des sich abzeichnenden Bündnisses zwischen England und den USA aufmerksam gemacht:

Rein maritim gesprochen ist diese Allianz von überwältigender Kraft. Gegen die beiden Mächte zusammen einmal das Szepter der Seeherrschaft zu erringen, halte ich für unser Reich, das stets auch mit schweren kontinentalen Bedrohungen zu rechnen haben wird, für vollkommen ausgeschlossen. Eine Liga der beiden, um uns als Handelsmacht, Seemacht und Kontinentalmacht nicht aufkommen zu lassen, würde meines Erachtens Deutschland wahrscheinlich in die Schranken einer rein kontinentalen Politik zurückzwingen, aus denen es gerade seit dem Regierungsantritt unseres Kaisers

die Möglichkeit zu reden, seinen Präsidenten als Friedensvermittler in Bewegung zu setzen.« Vgl. Schreiben Ballins vom 12.8.1915, in: Huldermann (1922), S. 335.

165 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 253.

166 Vgl. Warburg, Eric M.: Zeiten und Gezeiten, Hamburg 1982, S. 45.

167 Der Befehl zum unbeschränkten U-Boot-Krieg war am 29. Februar 1916 ergangen. Vgl. Cecil (1969): Albert Ballin, S. 257.

168 Vgl. im einzelnen König, Marcus (2014): Agitation – Zensur – Propaganda, S. 360–381.

so glücklich hervortreten begonnen hat. [...] Dieses englisch-amerikanische Zusammengehen zu vermeiden, halte ich für unsere höchst Aufgabe.¹⁶⁹

In seinem Brief vom 10. Mai 1916 gab Ballin noch einmal zu bedenken, welches Risiko mit einem weiteren Festhalten an einem uneingeschränkten U-Bootkrieg verbunden war:

Die amerikanische Gefahr scheint ja (vorläufig wenigstens) beseitigt zu sein. Ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika wäre im gegenwärtigen Stadium geradezu verhängnisvoll für Deutschland gewesen. Weil militärisch der Krieg für uns als gewonnen angesehen werden könnte, mußte *eine solche Katastrophe* (Hervorhebung d. Verf.) jetzt unter allen Umständen ferngehalten werden. «Denn Deutschland, so Ballin weiter, sei »zur Zeit in einer vorteilhaften Situation aufgrund der Kriegsgewinne, die es nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen könne. Praktisch kann man wirklich sagen, daß der Krieg, soweit es sich um die militärische Kraftleistung handelt, von Deutschland gewonnen ist.« Und weiter heißt es: »Wir befinden uns deshalb auch im höchsten Stadium des fortschreitenden Erschöpfungskrieges, das nur hätte unterbrochen werden können durch den Eingriff Amerikas gegen uns.«¹⁷⁰

Ballin wirft ein ganzes Arsenal an sachlichen Gründen in die Diskussion, um die Befürworter davon zu überzeugen, dass der unbeschränkte U-Boot-Krieg nicht zu einem Sieg führen kann. In Ballins Augen bewegten sich viele der Vorstellungen in einem Denkhorizont, der der Bedeutung des transatlantischen Handels und der ihn tragenden wirtschaftlichen und politischen Mächte nicht Rechnung trug. Die globale und imperiale wirtschaftliche Bedeutung der USA und die politische-militärische Macht des Gegners wurden nicht annähernd erfasst: »Wenn an den oberen Stellen leichten Herzens von einem Kriege mit Amerika gesprochen wird, als handle es sich etwa um Montenegro oder San Marino, so scheint mir darin eine ungeheure Gefahr zu liegen.«¹⁷¹

Für Ballin stand angesichts der in den Planungen zutage tretenden Unkenntnis der situativen Gefährdungen außer Frage, dass den Kriegstreibern die Konsequenzen ihres Schrittes bewusst waren: Der Verlust »des Reiches, seiner (des Kaisers Anm. ML) Krone und vielleicht seiner Dynastie. Man glaubt in einem Tollhause zu sein, wenn von allen Seiten Krieg mit Holland, Amerika, Dänemark und Rumänien besprochen wird, als handle es sich um eine Landpartie.«¹⁷²

Im Sommer 1916, nach dem Fehlschlag der Verdun-Offensive und nach dem Ausgang der Skagerrak-Schlacht, erfuhr die Diskussion um den Einsatz des unbeschränkten U-Bootkrieges eine neue Qualität. Eine Wende in der Frage des Einsatzes der U-Bootwaffe trat ein, als die neue Seekriegführung unter Admiral Reinhard Scheer, unterstützt von den Nationalliberalen und Konservativen im Reichstag sowie durch eine lebhaft propagandistische Öffentlichkeit unter besonderer Mitwirkung der Alldeutschen,

169 Vgl. Huldermann (1922): Albert Ballin, Brief vom 16.2.1916, S. 347. Zur Einstellung Ballins zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg vgl. die Briefe Ballins vom 10.1.1916, in: Huldermann, ebd., S. 337-338; vgl. die Schreiben Ballins vom 10. 5. 1916, ebd., S. 342-345 und vom 16.2.1916, ebd., S. 346-348.

170 Huldermann, ebd., S. 342-343.

171 Huldermann, ebd., S. 347.

172 Ebd., S. 348.

sich für den Einsatz der neuen Waffe aussprach. Man war der festen Ansicht, dass es innerhalb eines halben Jahres den U-Booten gelingen werde, England und die Entente entscheidend durch die Vernichtung der Handelsflotte zu treffen, ein Zeitraum, von dem man annahm, dass die USA ihre Neutralität wahren würden. Die britische Admiralität antwortete darauf mit einer wirksamen Verstärkung und Ausweitung des Konvoisystems.¹⁷³

Die Debatte wurde mit ungewöhnlicher Heftigkeit geführt. Die Falken veröffentlichten eine Denkschrift, die der »These zum Durchbruch verhalf«, daß nur die Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges eine »Hoffnung auf die Überwindung der festgefahrenen Situation bot.«¹⁷⁴

Wie bereits beschrieben, schwankte Ballin im Sommer 1916 noch zwischen Zustimmung und Ablehnung. Er war zunächst tatsächlich der Ansicht, »daß die U-Boot-Blockade gegen England in aller Stille wieder aufgenommen werden sollte.« Neben den o.a. Gründen trug auch »die deutsche[n] Kriegserklärung an Rumänien am 28. August 1916« zu seiner Meinungsänderung bei.¹⁷⁵ Ballin suchte zunächst nach einem taktischen Ausweg, Amerikas Aufmerksamkeit von dem Kriegsgeschehen in Osteuropa abzulenken, indem man Verhandlung über einen allgemeinen Frieden aufnehme.¹⁷⁶ Nach »Ballins Meinung war [dies] der gangbarste Weg, die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten, und zwar gekoppelt mit einer Einschränkung des deutschen U-Boot-Krieges, wenn es Bethmann Hollweg gelänge, Woodrow Wilson als Friedensmittler zu gewinnen.«¹⁷⁷

Um die deutsche Friedensdiplomatie in Gang zu setzen, unterbreitete Ballin Anfang November 1916 Bethmann Hollweg »den Vorschlag, der Kanzler solle Deutschlands Bereitschaft erklären, zur Erhaltung des künftigen Friedens nicht nur einem Völkerbund beizutreten, sondern auch die Frage der Kriegsziele einem Schiedsgericht zu unterbreiten.«¹⁷⁸ Dieses Angebot verkündete Bethmann am 12. Dezember 1916 in einer Rede vor dem Reichstag, und Wilson forderte am 18. Dezember 1916 »die kriegführenden Parteien auf, ihre Friedensbedingungen zu nennen.«¹⁷⁹

173 Unter Konvoi versteht man einen von zahlreichen Schiffen gebildeten Geleitschutz der überseeischen Handelstransporte.

174 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 261.

175 Ebd., S. 261. Die U-Boote sollten nun in den Häfen bleiben – bis dahin Verhandlungen abwarten – dann hätte Deutschland auch Zeit, die Anzahl seiner U-Boote zu erhöhen und diese dann als Mittel der Drohung gegen die USA einzusetzen. Ebd., S. 261.

176 Bei Lamar Cecil scheint dies eine eher taktische Überlegung Ballins gewesen zu sein, um Zeit für die Erweiterung der U-Boot-Flotte zu gewinnen. »Mit einer schnellen Kehrtwendung (nach der Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien am 28.8.1916) erklärte Ballin, ein uneingeschränkter U-Boot-Krieg komme jetzt nicht in Frage; die Unterseeboote sollten vielmehr so lange in den Häfen zurückgehalten werden, bis die Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden in Gang käme. Bis dahin [...] würde Deutschland noch mehr Unterseeboote zur Verfügung haben; die Drohung, sie einzusetzen, um zufriedenstellende Friedensbedingungen zu erhalten, würde ein sehr wichtiges diplomatisches Druckmittel bedeuten.« Vgl. ebd., S. 261.

177 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 261.

178 Ebd., S. 262. Unterstützung fand Ballin bei dem Diplomaten Graf Metternich und dem deutschen Gesandten in den USA, Graf Bernstorff, der bei Wilson sondieren konnte.

179 Ebd., S. 262.

Die Friedensbedingungen, die daraufhin durch England veröffentlicht wurden, waren für Bethmann Hollweg letztlich unannehmbar und Deutschland entschied sich daraufhin für die aggressive Variante, die Fortführung des Krieges durch die Aufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 4. Februar 1917.¹⁸⁰

Von diesem Zeitpunkt an (Februar 1917) wurde Ballin nicht müde, auf die verheerenden Folgen für den Kriegsfortgang hinzuweisen.¹⁸¹ Aber auch die Argumente, die die schiere zahlen- und ressourcenmäßige Überlegenheit der Entente dokumentierten, gingen ins Leere. Umsonst wies Ballin auf die Übermacht der Entente hin, so z.B. auf die Hafenstützpunkte in Frankreich für England, oder auf die ungeheure Masse an Transportkapazitäten auf Seiten Englands und der USA. Somit bestünden für England keinerlei Probleme für die Versorgung sowohl mit ausreichenden Lebensmitteln wie den Rohstoffen für die Erzeugung und Herstellung der für die Fortführung des Krieges benötigten Materialien und Waffen.¹⁸²

Am 6. April 1917 traten die Vereinigten Staaten in den Krieg ein,¹⁸³ doch dauerte es bis zum September 1918, ehe die OHL offiziell die Niederlage eingestand und der Regierungswechsel mit der Umformung der Regierung Max von Badens in eine parlamentarische Demokratie sowie die Verhandlungen zur Vorbereitung des Waffenstillstandes und zur Beendigung des Krieges ermöglicht wurden. Der U-Boot-Krieg wurde im Zuge des Austausches der Wilson-Noten und der Regierung von Max von Baden am 21. Oktober 1918 beendet.

2.6 Systemtransformation als Modernisierung: Machttechniken zur Vermeidung der Revolution

Soweit sich den Darstellungen Huldermanns, Stubmanns und Cecils entnehmen lässt, eröffnete sich für Ballin am Ende des Krieges ein Handlungs- und Denkraum, der über die politischen Strukturen des Ancien Régimes hinausreichte und Perspektiven der zukünftigen Entwicklung in Europa und der transeuropäischen Ordnung aufwies.¹⁸⁴ La-

180 Lloyd George antwortete Wilson am 10. Januar 1917, »daß nur ein Friede in Frage komme, der in Westeuropa den status quo ante bellum wiederherstellte, und zwar unter Voraussetzung von Reparationszahlungen an die Entente und einer Reorganisation Mitteleuropas auf Kosten des habsburgischen und türkischen Reichs.« Vgl. ebd., S. 263. Vgl. im einzelnen König, Marcus: Agitation – Zensur – Propaganda, S. 360-381. Zum Eintritt in den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und dem Eintritt der USA in den Krieg vgl. im einzelnen König, Marcus: Agitation – Zensur – Propaganda, S. 537-552.

181 Vgl. Brief vom 6.6.1917 an den Oberhofmarschall Freiherr von Reischach, in: Huldermann (1922), ebd., S. 357-361.

182 Brief vom Mai/Juni 1917, in: Huldermann, ebd., S. 359. Darüber hinaus zeigte die Konvoifahrt eine hohe Schutzwirkung. Die hohe Zahl der begleitenden Schiffe senkte die Wahrscheinlichkeit, eine effektive Versenkungsquote zu erreichen.

183 Wilson brach die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zwei »Tage, nachdem die neue U-Boot-Offensive begonnen hatte«, ab. Vgl. Cecil (1969): Albert Ballin, S. 263. Im Sommer 1917 trafen die ersten Truppentransporte aus den USA in England ein; mit der Verstärkung des Bündnisses der Entente erhielt der Krieg eine entscheidende Wende.

184 Der promovierte Jurist Peter Franz Stubmann (1876-1962) war von 1903 bis 1908 Syndikus des Vereins Hamburger Reeder, dem Ballin vorstand, er war Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

mar Cecil selbst engt Ballin auf die Identifikation mit der Machtperspektive des mehr und mehr in die globalpolitische Bedeutungslosigkeit absinkenden Kaisers ein, wenn er am Schluss seiner Studie zu bedenken gibt: »Ballins Tragödie war, nicht rechtzeitig erkannt zu haben, daß er seine Fähigkeit, neben der Wirtschaft auch auf die Politik einwirken zu können, überschätzt hatte.¹⁸⁵ Diese Einschätzung wird der Rolle Ballins nicht gerecht, weil sie den Spielraum Ballins zu sehr auf die Machtsphäre um den Kaiser einengt. Betrachtet man den Handlungsspielraum des Unternehmers und Politikers Ballin in den Kriegsjahren, so wird deutlich, dass er hier weit mehr Möglichkeiten wahrnahm, als sich nur auf die Entourage des Kaisers zu beschränken. Vielmehr müssen seine wirtschaftspolitischen Grundsätze, die Verbindung von politischem und wirtschaftlichem Handeln und Denken in transnationalen, insbesondere transatlantischen Dimensionen, miteinbezogen werden. So auch die Betrachtungen Ballins zum Eintritt der USA in den Weltkrieg, die letztlich die Gefährdung des gemeinsamen amerikanisch-europäischen Wirtschafts- und Politikraumes durch die zunehmende konfliktuelle Zuspitzung der Kriegslage thematisiert. Ballin hatte richtig vorausgesehen, dass die US-amerikanische Politik, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, quasi zum Gegenspieler des kriegführenden Deutschlands und seiner Verbündeten erwuchs und dass diese am Ende gezwungen waren, die Friedensbedingungen der neuen Weltmacht anzunehmen und einem fundamentalen politischen Systemwandel im Sinne der neuen Weltordnung, basierend auf dem Selbstbestimmungsrecht demokratischer Staaten in dem von Frie so benannten »Wilsonian Moment«, zuzustimmen.¹⁸⁶ Ballin sollte, auf Initiative von Ludendorff und Stinnes, eine Mission übernehmen, die den Prozess der

von 1913 bis 1918 in der »sogenannten Fraktion der Rechten, die sich 1916 in Fraktion der National-liberalen umbenannte [...]«. Vom 12. November 1920 bis zum 8. März 1925 war Stubmann Mitglied des Hamburgischen Senats, dort seit 1923 Senator für Handel Schiffahrt und Gewerbe. 1925-1933 wirkte er als Direktor der staatseigenen Hafen-Dampfschiffahrts-AG Hamburg und wurde 1933 dienstentlassen. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Stubmann, abgerufen am 2.12.2021. In seiner Ballin-Biografie gibt Stubmann eine ausführliche und differenzierte Betrachtung von Ballin als Beobachter des Endes des Ersten Weltkriegs. Vgl. Stubmann, Peter Franz: Mein Feld ist die Welt. Albert Ballin. Sein Leben. Die erweiterte Neuauflage der 1926 erschienenen Ballin-Biographie, die 1933 vernichtet wurde, wurde 1960 neu bei Christians in Hamburg aufgelegt. In der Biografie spielt der Briefwechsel zwischen Ernst Francke (1852-1921), Mitbegründer der DDP und Albert Ballin – besonders in der Zeit vom 29. Juli 1914 bis zum 27. Oktober 1918 – eine besondere Rolle. Darin spricht Ballin folgende Themen an: 1. die Haltung Deutschlands gegenüber England und den USA im Zusammenhang mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg, 2. die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, 3. die Kritik an den Kommando- und Denkstrukturen im Marineamt und im Reichsversorgungsamt seit 1917, 4. die Haltung zum Friedensangebot Präsident Wilsons, 5. die zunehmend distanzierte Haltung gegenüber dem Kaiser und seinen »Einflüsterern« und 6. den bevorstehenden politischen Umbruch. Vgl. Stubmann (1960), ebd., S. 211-231.

185 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 297.

186 Für die Kennzeichnung der Machtbasis der USA als Siegermacht vgl. die Ausführungen Ballins in dem Memorandum vom 4. September 1918: »Heute ist ein Heer von 1,5 Mill. Amerikanern in Frankreich. Bis Ende des Jahres werden es 2,5 Mio. sein. Die Amerikaner befinden sich in der Maienblüte ihrer Kriegslust, wir befinden uns im Spätherbst unserer Leistungsfähigkeit. Einen militärischen Sieg über 4/5 der Menschheit gibt es nicht. Jeder Tag, der Deutschlands Erschöpfung vertieft, wird Verhängnis.« In: Stubmann (1960): Albert Ballin, S. 226.

Entmachtung des kaiserlichen Regimes und der politischen Transformation mit einleiten sollte, indem er dem Kaiser einen Einblick in die Realität der Verhältnisse am Ende des verlorenen Krieges verschaffen sollte, um den Prozess der Friedensverhandlungen mit Wilson zu beschleunigen.

Ballin sollte »den Kaiser über die ernste militärische Lage« aufklären; »außerdem solle er dem Monarchen die Notwendigkeit eines sofortigen Kanzlerwechsels und eines baldigen Friedensschlusses über Wilson nahelegen.«¹⁸⁷ In dem Memorandum, das Ballin zur Vorbereitung des Gespräches mit Wilhelm II. Anfang September 1918 anfertigte, hielt er skizzenhaft den Entwurf einer politischen und wirtschaftlichen Grundordnung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Europa und im transatlantischen Raum fest. Die neuen Gruppen, welche in Zukunft politische Macht ausüben würden, entstammten nun vielfach den Arbeiterklassen der einzelnen Staaten, die aufgrund ihres politischen Machtzuwachses in Zukunft einen erheblichen Einfluss ausüben würden. Die Rolle der führenden Mächte – Großbritannien und USA – würden nach dem Kriegsende noch durch eine Konkurrenz bestimmt sein. Als wesentliche Aufgaben der neuen Regierungen sah Ballin Fragen der Beschaffung und »Verteilung« der Rohstoffe und der Nahrungsmittel an, wobei für Ballin die Ausbeutung der nach wie vor existierenden Kolonien nicht in Frage gestellt wird. Was Ballin unter Modernisierung der Demokratien versteht, wird im Falle Deutschlands deutlich. Diese beinhaltet die »Abschaffung des alten militaristischen preußischen Staates«¹⁸⁸ und den Machtverlust des Deutschen Kaisers, wobei der Hohenzollern-Dynastie zunächst noch bestimmte Funktionen der Staatsrepräsentanz erhalten bleiben sollten.¹⁸⁹

Ballin denkt hier kühl; technokratisch beschreibt er den Systemwechsel als funktionale Transformation, indem er ihn als Modernisierung, als einen fließenden Übergang in eine besser regulierte Regierungsmaschinerie darstellt, ohne den tiefgreifenden Umbruch dieses Systemwechsels, die vom Volk selbst bestimmte und gestaltete Regierung, ansatzweise zu charakterisieren. Die Kontinuität der Dynastie sollte nach außen gewahrt bleiben durch eine Form der konstitutionellen Monarchie, in der den Hohenzollern eine repräsentative Funktion überlassen blieb.¹⁹⁰ Eine bedeutende Rol-

187 Es ist die Situation im Herbst 1918, als die OHL vor dem Eingeständnis steht, den Krieg nicht mehr erfolgreich weiterführen zu können und die Front zusammenbricht. Ludendorff bittet durch den Kontakt über Stinnes Ballin, ein entscheidendes und klärendes Gespräch mit dem Kaiser zu führen. Zu Wilsons Rolle vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages/Payk, Marcus M.: »Das Völkerrecht und das ›Syndikat der Sieger‹. Zur Entstehung der Völkerbund-Satzung 1919«, in: Krefß, Claus (Hg.): Paris 1919-1920: Frieden durch Recht?, Baden-Baden 2020, S. 17-44.

188 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 280.

189 Für den Bundesstaat Preußen sah Ballin vor: »Das preußische Wahlrecht sollte liberalisiert werden, und als Gegengewicht zu der großen Zahl von Sozialisten, die nunmehr im Unterhaus Sitze gewinnen würden, sollten mehr Vertreter aus Handel und Industrie in das Oberhaus, das Herrenhaus eingeführt werden.« Ballin an Holtzendorff vom 6. Februar 1918, ebd., S. 330, Fußnote 40. Zum Wortlaut des Memorandums von Ballin vgl. Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 226-227.

190 Dies hatte Ballin an anderer Stelle so beschrieben: Ein Könighaus, das alimentiert wird, das aber politisch bedeutungslos ist. An Holtzendorff schrieb Ballin am 1.11.1918: »Was die Kaiserfrage angeht, so hätte der Kaiser schon vor mehreren Wochen mit einer weiten Geste seine Abdankung erklären sollen. Daß er es nicht getan hat, ist das Werk der Kaiserin, Eulenburgs und, wie es scheint, auch Delbrücks. Der Kaiser aus eigener Initiative würde nie Schwierigkeiten gemacht haben. Er

le bei den Überlegungen Ballins spielte das neu sich formierende Russland nach der Oktoberrevolution von 1917. Die wechselnde Kriegslage – der Erfolg der Offensive der Mittelmächte über die russische Armee bis Oktober 1917, die nachfolgenden instabilen, von wechselnden Positionierungen der Kriegsparteien geprägten Verhandlungen in Brest Litowsk, die erst nach der Kapitulation der russischen Regierung Ende Februar 1918, angesichts eines erneuten von der OHL beschlossenen weiteren Vormarsches deutscher Truppen nach Osten, zu einem Abschluss kamen¹⁹¹ – forderten Ballin ständig wechselnde Einschätzungen und neue Schlussfolgerungen ab. Sie schwankten, folgt man den Aufzeichnungen Lamar Cecil, zwischen der Befürwortung eines moderaten Friedensschlusses im Sinne der Friedensresolution der drei Fraktionen im Reichstag vom 19. Juli 1917¹⁹² und der Furcht einer zu engen Anbindung an Russland im Rahmen einer engen Kooperation von Russland und den Mittelmächten in einer mitteleuropäischen Staaten- und Wirtschaftsunion. Diesen »Dreibund der Unzufriedenheit«, welcher »deutsche Führerschaft, russische Rohstoffquellen, japanische Anpassungsfähigkeit und aggressives Unternehmertum in sich vereinigte«¹⁹³, konnte Ballins Modell nur als Übergangsregelung akzeptieren, da er als Konsequenz die Dominanz der Entente im Welthandelsverkehr befürchtete: »Die Entente würde weiter die Meere beherrschen und Deutschland müßte sich mit dem schäbigen Rest begnügen. In einer solchen Welt wäre kein Platz mehr für die Hamburg Amerika Linie.«¹⁹⁴

Noch deutet sich mit der Entstehung der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik (RSFS) nicht ein Denken in den Konturen einer neuen Weltordnung mit den antipodischen Rollen der USA und Sowjetrusslands an. Doch übersieht Ballin nicht die Anziehungskraft des bolschewistischen Revolutionsmodells für die anderen im Kriegsgeschehen involvierten europäischen Staaten. Er beschreibt die Revolution in einem Brief an Holtzendorff vom 27. März 1918 als ein Bedrohungsszenario der alten Ordnung. Es ist ein Szenario, das Ballin wie eine Versuchsanordnung im Labor beschreibt: es werde von den Unterklassen getragen und wie in Italien »gewaltsame Formen annehmen, weil die niedere Bevölkerung durch schlechte Verwaltung konsequent bedrückt wurde und die Nahrungsnot zunimmt.«¹⁹⁵ Die Frage, die er sich stellt, ist die Frage nach dem Potenzial der »gewaltsame[n] Erschütterung, die Entkräftung herbeiführt.« Im Durchgang durch die verschiedenen Variationen der sozialistischen revolutionären Kräfte in den unterschiedlichen Ländern kommt er zu unterschiedlichen Einschätzungen, die jedoch im Prinzip auf die *Kraft* der Bewegung verweisen, insbesondere dort, wo Arbeiterparteien starke demokratische und republikanische Kräfte vertreten, sich

hat oft gesagt, daß er das Leben eines »private gentleman« erheblich vorzöge, er hat ja auch nie rechte Lust zur Arbeit gehabt und würde, wenn er eins seiner Schlösser bezöge, seinen Hofhalt hätte mit schönen Automobilen und einer Dampfyacht etc. etc., sehr zufrieden sein. Seine Fantasie ist so lebhaft, daß er in seinem subjektiven Empfinden nicht viel merken wird von dem, was hinter ihm liegt. Er ist in diesen Krieg hineingeworfen worden, ohne es zu ahnen.« Ebd., S. 259.

191 Sie dauerten nach dem Friedensangebot der Bolschewiki am 28. November 1917 vom 3. Dezember 1917 bis zum 3. März 1918. Cecil (1969): Albert Ballin, S. 277.

192 Vgl. ebd., S. 277–278.

193 Ebd., S. 267.

194 Cecil (1969): Albert Ballin, S. 266.

195 Ebd., S. 276–277.

zudem durch die Entwicklung in den Nachbarländern bestärkt fühlen, das »Nationalitätenprinzip« mit dem »Selbstbestimmungsrecht« zu verbinden.¹⁹⁶ Es schimmert die Furcht vor einem Chaos in einem sozialdarwinistischen »Kampf aller gegen alle« durch, welcher die alte Staatenordnung durch eine neue und nicht geregelte Unordnung ersetzt: »kommt aber die Herrschaft von unten, so fallen die politischen Grenzen, die Nationalitäten finden sich von selbst und Slawe und Deutscher mögen sich mit den Franzosen umarmen. Es wird aber keine Freude mehr sein, in dieser neuen Welt zu leben.«¹⁹⁷

Am 10. September 1918 berichtet Ballin über das Gespräch mit Wilhelm II. Er schreibt, dass man in der Umgebung des Kaisers überlege, Wilson ein Friedensangebot »durch die Königin der Niederlande [...] über England/Frankreich« zu machen. Ballin schätzte dieses hellsichtig als für die USA inakzeptabel ein, weil nach dem 14-Punkte-Programm nur ein demokratisches Deutschland Verhandlungspartner sein konnte. »Ich glaube nie und nimmer, daß Wilson zu haben sein wird für eine königliche Friedensvermittlung. Ich meine vielmehr, daß es notwendig sein wird, daß das Reichstagspräsidium oder der Hauptausschuß des Reichstags unter der Initiative des Kaisers ein solches Anerbieten ergehen läßt [...]«.«¹⁹⁸

Doch es vergingen fast drei Wochen, ehe die Kriegslage so weit geklärt war, dass die Vorbereitungen zu ernsthaften Verhandlungen eingeleitet werden konnten. Nach dem Eingeständnis der OHL vom 29. September, dass der Krieg militärisch nicht mehr gewonnen werden könne und ein Waffenstillstand herbeizuführen sei, wurde ein Regierungswechsel »von oben« eingeleitet. Unter Mitwirkung der im Reichstag vertretenen Parteien wurde nach dem Rücktritt der alten Regierung (Kabinett Hertling) am 30. September 1918 die Transformation des Ancien Régimes durch die Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden am 3. Oktober 1918 eingeleitet. Am 28. Oktober war diese mit den sogenannten Oktoberreformen beendet. Mit dem Kabinett Max von Baden kamen die Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in Gang, denn bereits in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober erging eine Note an Präsident Wilson mit der Bitte, »auf der Grundlage seiner 14 Punkte die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen und einen sofortigen Waffenstillstand herbeizuführen.« Doch die Verhandlungen mit

196 Ebd., S. 277.

197 Ebd., S. 277.

198 Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 228.

Wilson verzögerten sich; erst nach der Entlassung Ludendorffs am 26. Oktober und nach weiteren zwei Noten Wilsons wurden sie wieder aufgenommen.¹⁹⁹

Peter Stubmann zitiert aus einem der letzten Schreiben Ballins vom 18. Oktober 1918. Darin kommentiert Ballin die Antwort Wilsons vom 14. Oktober auf das Schreiben Deutschlands in der zweiten Runde des Notenaustausches. Ballin schien an der Formulierung beteiligt gewesen zu sein.²⁰⁰

In seiner Note vom 14. Oktober hatte Wilson seinen Ton verschärft, nachdem bekannt geworden war, dass die Führungsspitze der kaiserlichen Armee glaubte, einen Waffenstillstand ablehnen und selbstherrlich über den Fortgang des Krieges entscheiden zu können. Innerhalb der folgenden zehn Tage verschärfte sich die Situation, indem Ludendorff und Hindenburg ohne Rücksprache mit dem Kaiser nach Berlin fuhren und in einem Armeebefehl erklärten, dass auch die letzte Note Wilsons vom 23. Oktober unannehmbar sei und eine Entwaffnung nicht in Frage komme. Auf diesen Akt der Insubordination reagierte Max von Baden, indem er einen personellen Wechsel einleitete. Daraufhin erfolgten die Bitten um Rücktritt seitens der beiden Führer der OHL. Ludendorff wurde entlassen und durch Groener ersetzt, Hindenburg blieb in seinem Amt.

Ballins Brief vom 18. Oktober wurde also ca. eine Woche vor der erneuten Zuspitzung der Ereignisse am 26. Oktober verfasst. Besorgt wirft Ballin darin einen Blick auf die schleppenden Verhandlungen und die drohenden negativen Folgen: »[...] da wir unsere Kriegslage wahrhaftig nicht verbessern, sondern sehr verschlechtern haben, darf man sich nicht wundern, wenn Frankreich und England und selbst der Senat in Washington Wilson zwingen, den Bogen straffer zu ziehen.« Ballin fährt nach dem bewährten Muster seiner Analysen fort:

Was will Wilson? Er will Sicherheit haben gegen die spätere Erneuerung des Krieges. Er wünscht dafür zu sorgen, daß wir während dieses Waffenstillstandes unsere Linien nicht ausbauen und alles, was auf zwei Beinen herumgeht, zur Verstärkung der Armee heranzuziehen [sic?]. Er will die Kriege überhaupt beseitigt wissen. Er wünscht dazu

199 Erschwerend kam hinzu, dass noch am 10. Oktober 1918 der Passagierdampfer LEINSTER in der Irischen See von einem deutschen U-Boot (UB 123) versenkt wurde, wobei 501 der 771 Passagiere und Besatzungsmitglieder ihr Leben verloren. Dies zählte nach der Versenkung der LUSITANIA zu den weiteren großen Katastrophen des U-Boot-Krieges. Die vier Noten der deutschen Regierung erfolgten am 3.10. (1), 12.10. (2), 20.10. (3) und am 27.10. (3) und die Antworten von Wilson am 7.10. (1), 14.10. (2), 23.10. (3) und 5.11. (4). In: Rust, Christian: Deutschland und die Nachkriegsordnung. Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Grundlagen einer Friedensregelung mit Deutschland in Paris 1919 und Jalta/Potsdam 1945. Die amerikanische Deutschlandkonzeption und -politik 1918-1919, Diss. Berlin 2001, S. 220. Vgl. <http://webdoc.sub.gwdg.de/ebook/diss/2003/fu-berlin/2001/264/Kap2.pdf>, abgerufen am 24.8.2021. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg wurde im Zuge des Notenaustausches mit Wilson am 21.10.1918 eingestellt.

200 Vgl. Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 229-230, darin sind Ausschnitte aus dem Schreiben Ballins vom 18.10.1918 enthalten.

auch die Beseitigung derjenigen Machthaber, welche diesen Krieg veranlaßt haben. [...] Gewiß, der Friede wird teuer werden, aber wie wird der Clémenceau-Friede?²⁰¹

Erneut wies Ballin – wahrscheinlich auch vor dem Hintergrund der Versenkung der LEINSTER – auf die Unsinnigkeit des uneingeschränkten U-Boot-Krieges hin.²⁰² »Daß Wilson gegen die U-Boote und gegen die rücksichtslose Zerstörung von Ortschaften, die wir auf unserer Flucht aufgeben müssen, protestiert, kann kein vernünftiger Mensch ihm verdenken. Dieser uneingeschränkte U-Bootkrieg hat uns zu dem heutigen Ergebnis geführt.«²⁰³ Ebenso kritisierte er die deutsche Presse, die »das Volk glücklich wieder dahin gebracht [hat], daß Wilson als Heuchler und Verräter dasteht, dem wir nun mal zeigen wollen, was wir können.«²⁰⁴ An dieser Stelle zitiert Ballin zum ersten Mal die »Gefahr« einer Revolution – als explosive Reaktion breiter Schichten einer Bevölkerung auf die ungeschickten Verhandlungen der OHL und Wilhelms II., aber mehr noch auf das Andauern der schwierigen Versorgungslage und der Entbehrungen in der Bevölkerung.

Sollte sich der Prozess der Demokratisierung weiter verzögern, so hatte Ballin das Schreckbild einer Revolution nach russischem Vorbild vor Augen, wo Chaos und Unordnung, Anarchismus, Zerstörung und Gewalt vorherrschende Elemente waren.²⁰⁵ Vor diesem Hintergrund erschien Ballin die Übernahme einer republikanischen Verfassung nach dem Vorbild der USA unabwendbar. Ballin vermied in der Diskussion über die Systemtransformation im Oktober 1918 allerdings stets den Begriff der »Demokratie« und ersetzte ihn bewusst durch den Begriff der Modernisierung. Er knüpfte damit an einen Bedeutungskern an, der sich an Konzepten der Moderne als Prozess der Rationalisierung und der planbaren technischen Abläufe orientierte, nicht primär an der Bedeutung der Moderne als Epoche bahnbrechender Entwicklungen von Technologien auf der Grundlage neuer Erkenntnisse und ihrer Anwendungen, obwohl auch diese natürlich eine Voraussetzung darstellten. Das mit dem politischen System der Demokratie verbundene wesentliche Element der demokratischen Entscheidungsprozesse, die Einbeziehung der Gesamtheit der Mitglieder einer Gemeinschaft, verbunden mit einer besonderen Kunst der *governance*, sind, soweit das zu übersehen ist, nicht Teil seines Denk- und Beliefsystems.²⁰⁶

Die Gewerkschaften werden das Volk auch nicht halten. Über die gegenwärtig führenden Sozialdemokraten geht die Welle restlos hinweg, ebenso wie sie nach einiger Zeit

201 Ebd., S. 230. Der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau bestand auf hohen Entschädigungen seitens des Kriegsgegners, darunter große Gebietsabtretungen wie die Rückgabe Elsass-Lothringens, die Abtretung des Saarlandes und des Rheinlandes.

202 Vgl. Anm. 199.

203 Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 230.

204 Ebd.

205 Stubmann (1960): Mein Feld ist die Welt, S. 260-261.

206 Zum Belief System als »kognitives Ordnungs- und Orientierungsmodell« vgl. Bizeul, Yves »Mythos als belief system und Tabula rasa«, in: Bizeul, Yves/Wodiańska, Stephanie (Hg.): Mythos und Tabula Rasa. Narrationen und Denkformen der totalen Auslöschung und des absoluten Neuanfangs, Bielefeld 2018, S. 32.

auch über die führenden unabhängigen Sozialisten hinweggehen wird. Auch die Revolution ist eine Magenfrage! Sucht man nach einem Troste, so könnte man ja sagen, daß das deutsche Volk im allgemeinen für Revolutionen bisher nicht geeignet war. Bisher: Dieser vierjährige Krieg mit seinen ungeheuerlichen Verbrechen und Entbehrungen dürfte auch in dieser Beziehung die Dinge sehr verändert haben [...].²⁰⁷

Anfang November 1918 wurde Ballin gebeten, die Friedensverhandlungen mit der Delegation der Alliierten zu führen. Am 2. November schrieb Ballin: »Stinnes liess mir mitteilen, dass sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokraten dafür wären, dass ich die Friedensverhandlungen führen müsse. Ich habe ihm sagen lassen, dass ich nicht kniefen würde, aber jedem anderen es lieber gönnte.«²⁰⁸

2.7 Exkurs: Albert Ballin, wahrgenommen aus der Perspektive eines patriotischen, antisemitischen und nationalkonservativen Mitglieds der Hamburger Notabeln

Der Historiker Werner Eugen Mosse (1918–2001) stellt in seiner 1987 erschienenen Studie über die Rolle der deutsch-jüdischen wirtschaftlichen Elite drei Typen deutsch-jüdischer Wirtschaftsunternehmer vor, unter ihnen die Manager-Unternehmer, zu denen er Albert Ballin zählt.²⁰⁹ Die Mitglieder dieser »Corporate Elite« zeichneten sich weniger durch hohen Reichtum als durch ihre herausragende Fähigkeit, im Zeitalter der Hochindustrialisierung und der Ausbildung großer Kapital- und Aktiengesellschaften im Vorstand der Gesellschaften, als Direktoren, Generaldirektoren oder im Vorsitz von Aufsichtsräten zu wirken. Zu den Prototypen dieser Gruppe gehört nach Mosse Albert Ballin, seit 1900 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Unter den besonderen Eigenschaften dieser jüdischen herausragenden Unternehmer sticht nach Mosse die

207 Die Zitate bei Stubmann (1960): *Mein Feld ist die Welt*, S. 230. Bereits im Frühjahr 1917 fürchtete Ballin den Ausbruch einer Revolution nach russischem Vorbild infolge der Spannungen: »Wenn der Friede nicht bald von oben kommt, dann kommt er von unten.« Vgl. ebd., S. 252. Vgl. ähnliche Zitate ebd., S. 253, 256, 260–261.

208 Vgl. Gerhardt (2009): Albert Ballin, S. 109 u. Huldermann (1922), ebd., S. 378.

209 Mosse, Werner E.: *Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820–1935*, Oxford 1987. Mosse arbeitet mit einer in den USA gebräuchlichen Definition des »Jüdisch-Seins«, indem er es auf die Mitgliedschaft der »Jewish »ethnic group«, bezieht, die auf Kategorien der Ethno-soziologie und der Kulturwissenschaften beruht: Dazu zählen Zugehörigkeit zur Verwandtschaftsnetzwerken, auch durch Heirat, »common customs and traditions, preservation of distinctive names, with religion as only one in a bundle of attributes. If such a »pluralist« definition is adopted, membership of the ethnic group may be judged by the presence or absence of a number of different criteria.« Ebd., S. 2. Die neuen Manager-Führer jüdischer Herkunft unterschieden sich von der Generation der jüdischen Bankiers-Eliten nicht nur durch ihr Geschick, die Kapitalströme zu lenken und zu verwalten, sondern auf der operativen Ebene entscheidende Entwicklungen durch Expansion und Diversifikation in Gang zu setzen, um die Führungsrolle in der Branche, z.B. in der Elektroindustrie (Walther Rathenau) oder im Überseetransport (Albert Ballin), zu übernehmen. Ebd., S. 219–212 und S. 249. Zu Albert Ballin als Prototyp des Managers, zu seinem beispielhaften Aufstieg von dem Agenten im Auswanderergeschäft zum Generaldirektor der HAPAG/HAL vgl. ebd., S. 392–393.

hohe Intelligenz heraus, sich schnell auf neue Situationen einstellen zu können, die einer großen Flexibilität, der Internationalität der Geschäftsbeziehungen, aber auch der Situation geschuldet ist, dass etliche Manager der Ballin-Generation nicht aus alt eingesessenen Familien stammten, sondern sich in kleinen und mittleren Familienmilieus dank eigener Leistungen und persönlichem Geschick entwickelten, aufstiegen und besonderen Wert auf die kommunikative Kooperation innerhalb ihrer unternehmerischen global community legten.²¹⁰

Als Leiter des Imperiums HAL und mit seinem besonderen Profil des visionären und schnell entscheidenden Unternehmers mit ungewöhnlichen, aber erfolgreichen Maßnahmen, stieß Ballin auch mitunter auf kritische bis ablehnende Beurteilungen aus den Kreisen der Kaufmannseliten und wohlhabenden Familien der Stadt. Einer dieser Kaufmannssöhne war Johannes Theodor Merck (1855-1934). Der ältere Sohn des erfolgreichen Kaufmannes Theodor Merck (1816-1889) und Enkel des vermögenden Heinrich Johann Merck, der 1820 Mitglied des hamburgischen Senates wurde und Mitbegründer der HAPAG war, leitete von 1892 bis 1919 die Finanzabteilung der HAPAG/HAL. Er entwickelte sich zu einem der schärfsten Gegner und Beobachter Ballins. Seine kritische Sicht legte er in seinen *Erinnerungen*, die er nach seinem Ausscheiden aus der HAL in der Zeit zwischen 1920 und 1922 verfasste, nieder, in der Absicht, ein »anderes«, ungeschminktes Bild des Überseereeders zu zeichnen, als es in der Öffentlichkeit dargestellt werde: das Bild des erfolgreichen und glänzenden Leiters der weltgrößten Reederei, Freund des Kaisers und erfolgreicher Verhandlungsführer auf den Poolkonferenzen auf den internationalen Schauplätzen der Wirtschaft.

Die seine antijüdische Imagination befügelnden Bildelemente webt Johannes Merck geschickt in die Geschichte der Entwicklung des Unternehmens ein. Es ist eine Geschichte des Erfolges, die im Laufe der Jahre aus einem recht überschaubaren Handelshaus mit übersichtlichem Geschäftsverlauf und einer noch wenig gegliederten Verwaltung, einer übersichtlichen Zahl von Routen und Fahrten, ein verzweigtes und umfassendes globales Unternehmen mit hohen Renditen entstehen lässt. Johannes Theodor Merck trat 1892 in die Geschäftsführung ein, zunächst als Leiter der noch wenig umfangreichen Bilanz- und Rechnungsabteilung, um mit dem Wachstum des Unternehmens schließlich die gesamte Leitung der Buchhaltung und des Rechnungswesens zu übernehmen – bis auf die Passageabteilung, die Ballin direkt unterstand – und Mitglied des Direktoriums zu werden.

Johannes Theodor Merck, aufgewachsen in den Traditionen einer Familie der Hamburgischen Nobilität, Teil der wirtschaftlichen und politischen Elite Hamburgs mit Verbindungen in ganz Europa und zu England, brachte eine gediegene Ausbildung,

210 Mosse (1987): *Jews in the German Economy*, S. 393 und S. 399. Unter Bezugnahme auf die Rolle von Ernest Cassel weist Mosse auf die besondere Funktion der Integration der deutschen (Kirchturm-orientierten[?]) Wirtschaftspolitik in die internationale Wirtschaft hin. Zugleich auf das Überschreiten einer antikapitalistischen Mentalität innerhalb der deutschen Gesellschaft, einer Opposition, »essentially hostile to all forms of capitalist development. Capitalism was attacked consistently and virulently in the name of preindustrial values (real and imaginary). And, of course, general anticapitalism could all too easily be directed into anti-Jewish channels [...]«, in: Mosse (1987): *Jews in the German Economy*, S. 398.

ökonomischen Sachverstand und den Habitus eines Mitgliedes des alten Hamburgischen Patriziats mit sich, gestützt auf die weitverzweigten Verbindungen seiner Familie. Sein Onkel war Mitbegründer der Norddeutschen Bank, seine Frau entstammte der Familie Berenberg-Gossler, einer angesehenen hamburgischen Privatbank, seine Großmutter aus der Familie der Amsinck, Kaufleute und Mitbegründer der Hamburgisch-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. In seinen »Erinnerungen« stellt Johannes Theodor Merck die Entwicklung des Unternehmens HAL seit den 1890er Jahren in den Mittelpunkt, die Expansion des Unternehmens mit Blick auf die Differenzierung der unternehmerischen Verwaltung mit einer expansiven und profitablen Entwicklung des weltumspannenden Reedereibetriebes auf den globalen Märkten bis 1914. Er dokumentiert die Geschäftsentwicklungen anhand der ansteigenden Volumina der Vermögens- und Einlagewerte, der Investitionen, der Gewinne, ausgewiesen durch die Aktieneinlagen und die jährlichen Dividende. Scharfe Kritik widmet er überflüssigen Ausgaben des Unternehmens, indem sie dem Kreislauf vom Investition und Gewinn ein nicht geringes Kapital entzogen. Im Zentrum seiner Kritik stehen jene exorbitanten Summen, die Ballin für die Ausrichtung von prächtigen Festen und Empfängen auf den Schiffen der HAL zu Ehren des Kaisers, der kaiserlichen Gesellschaft und ihrer Entourage zur Verfügung stellte. Besonders hoch schlugen die Aufwendungen anlässlich von Regatten (Hamburger Regatta auf der Elbe) oder maritimer Anlässe wie die Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals oder die jährlichen Feierlichkeiten zur Kieler Woche zu Buche. Hier schleicht sich in dem Bericht der Erinnerungen Mercks langsam der Begriff des Byzantinismus ein, einer im Diskurs des »Orientalismus« zur Verfügung stehenden Denkfigur des verschwenderischen und zugleich launischen Fürsten aus dem Orient. Diese Denkfigur wird im Weiteren mit der »antipatriotischen« Attitüde Ballins zur verstärkten »negativen« Imaginierung des Byzantinismus als Herrschaftsform à la Ballin zusammengeführt.²¹¹

211 Merck (1920/1922): *Erinnerungen*, S. 10. Aus dem positiv konnotierten Ballin als »der geniale Himmelsstürmer« (S. 13) wird der Schmeichler und Verschwender (S. 22) anlässlich der Bewirtung der »Kaisergäste« auf den Schiffen der HAPAG. Der Begriff des »jüdischen Byzantinismus« fällt im Zusammenhang mit den hohen Kosten für die Tangerreise des Kaisers im Jahre 1906 auf S. 25 zum ersten Mal. Variationen folgen auf S. 26, 27, 28 (»blinder Byzantinismus«). Im Zusammenhang mit den Geschäften Ballins benutzt Merck das Adjektiv »größtenwahnsinnig«, seine Unternehmungen im Seeverkehr gehen über die »Grenzen des Genies hinaus« (S. 33, S. 37). Im Wortfeld »Byzantinismus« finden sich »Günstlingswirtschaft« (S. 41), andererseits eifersüchtiges Konkurrenzverhalten (S. 43). Für seine diplomatische Mission in England noch kurz vor Ausbruch des Krieges im Juli 1914 erhält er die Bezeichnung »Amateurdiplomate« (S. 51); Merck gelangt sogar zu der Einschätzung Ballins als »Schädling« der nationalen Sache (S. 51), da Ballins Verhalten und sein diplomatischer Misserfolg (Unterschätzung der englischen Feindseligkeit) selbst mit Veranlassung zum Kriegsausbruch gegeben hätten (S. 52). Es folgt die »jüdische Gier nach dem riesigen Reibach« (S. 53), Verschwendungssucht (S. 63) zur Charakterisierung der Motive Ballins, beim Reich Entschädigung für die ausgefallenen Einnahmen (als Anleihe) zu beantragen und das Entschädigungsgesetz von 1917 auf den Weg zu bringen (S. 55). Angesichts der Verabschiedung des Gesetzes habe Ballin hohe Erfolgsprämien an die Mitarbeiter für die erfolgreiche Lobbyarbeit als »Liebesgabe« ausgeschüttet (S. 60, S. 61). Die Ballin'sche Kritik am Krieg führt zur Einschätzung Mercks als »kein Vaterlands- und Volksfreund«; eine Steigerung des Negativbildes folgt in der Charakterisierung Ballins als eines orientalischen Despoten (S. 67).

Johannes Theodor Mercks Biographie lässt sich als Antithese der Unternehmertypologie von Mosse interpretieren. Im Lichte der Darstellung des langjährigen Leiters der Finanz- und Rechnungsabteilung der HAL, der sich in dieser Stellung offensichtlich ständig in einem inneren Zwiespalt befand, da sein Spielraum durch die große Entscheidungsfreiheit des Generaldirektors eingeschränkt war, entsteht ein Bild Ballins, das dank seiner antisemitischen Einfärbungen Ballin jene Eigenschaften abspricht, die ihn laut Mosse als erfolgreichen Unternehmensmanager im Zeitalter der Hochindustrialisierung besonders auszeichnen. Selbstverständlich muss man auch die Charakterisierungen des jüdischen Unternehmertypus von Mosse im Spiegel neuer kritischer Betrachtung der globalen und postkolonialen Geschichtsschreibung sehen. Doch geht die Darstellung von Johannes Theodor Merck weit darüber hinaus, wenn er seine Schilderung auf die Stereotypisierung von Ballin zu einem sogenannten »jüdischen« Charakter im Gegensatz zum »deutschen« Charakter ausrichtet. Diesem sehr weit verbreiteten antisemitischen Stereotyp gesellt er in abwertender Weise weitere Charaktereigenschaften hinzu, die sich aus dem Gegensatz zum »deutschen Charakter« ableiten. Dem »jüdischen« Unternehmer aus kleineren Verhältnissen stellt Merck die aufgewertete alteingesessene hamburgische Oberschicht als elitäre abgeschlossene Klasse gegenüber, zu der er sich selbst zählt. Diese Sicht verpackt Merck in seine Charakterisierung des Gastgebers Ballin:

Alles, was von Rang und Würden in Hamburg war, verkehrte bei ihm. Er gab glänzende Diners. Die Senatoren, hohe Offiziere, Gesandte, Minister, regierende deutsche Fürsten und vornehme Ausländer gingen bei ihm aus und ein. Man sollte meinen [,] sein Ehrgeiz sei in dieser Hinsicht befriedigt gewesen, aber nein, er konnte trotzdem sehr scharf gelegentlich die Exklusivität althamburgischer Kreise angreifen und verurteilen, als ob nicht überall sonst in der Welt auch dem Eindringen in alteingesessene Familien und Freundeskreise durchaus natürliche und berechtigte Schwierigkeiten entgegenstehen. Gerade Ballin durfte sich hierüber nicht beklagen, ist man ihm doch in hamburgischen Kreisen weitgehendst entgegengekommen, meiner Beobachtung nach weit mehr als anderen Elementen.²¹²

An dieser Stelle wertet Merck seine Beobachtungen zu Ballin als Bestätigung eines besonders infamen Stereotyps des jüdischen Charakters, den er als Gegenbild zum Herrscherbild des verantwortungsvollen, gnädigen, bescheidenen und gerechten Herrschers entwirft. Die Identifikation mit dem negativen Herrscherbild des Nebukadnezar fasst seine Kritik an dem Unternehmer Ballin zugleich mit der Imagination des orientalischen unberechenbaren Herrschers zusammen:

Ein großer Charakterfehler Ballins, vielleicht ein Rassenfehler, etwas speziell Jüdisches, und deshalb bis zu einem gewissen Grad[e] bei ihm entschuldbar, war sein absoluter Mangel an Objektivität. Wen er als seinen Gegner ansah, der taugte nichts, der war in seinen Augen schlecht oder dumm, den verfolgte er mit dem ganzen Haß seiner orientalischen Seele. Wer schön zu ihm tat, wer ihm schmeichelte, von dem

212 Ebd., S. 67.

war er gleich entzückt [...]. Wer in die Lage kam, ihm eine ungünstige Nachricht unterbreiten zu müssen, den hätte er am liebsten erschlagen.

Vor Jahren hatte einmal ein Bild auf dem Pariser Salon einen unauslöschlichen Eindruck auf mich gemacht. Es stellte einen Pharao dar, der auf einer Lagerstatt in Grimm und Verzweiflung zum nächtlichen Sternenhimmel hinaufstarrend in der gesenkten Hand noch die Waffe, mit der er soeben einen zu seinen Füßen in Blut schwimmenden Menschen niedergestreckt hatte. Aus einer beleuchteten Türöffnung blickten einige Sklaven scheu zu ihrem Herrn hinüber. Das Bild war betitelt »der Unglücksbote«. An dieses Bild hat mich oft das Benehmen Ballins erinnert.²¹³

Die weiteren sich steigernden Aufzählungen der Eigenschaften des unberechenbaren »Leiters« enden in der Charakterisierung des »Größenwahns« und der Vorstufen der »Unberechenbarkeit«, der »Eitelkeit« und der »Ruhmsucht«. Dem negativen Fürstenlob, der gegensätzlich gewendeten Figur des Panegyrikons, wird geschickt etwas verknüpft: Die Darstellung der eigenen Qualitäten hinzugefügt:

Für Ordnung im Betriebe, für Stetigkeit und Sparsamkeit hatte er oft nur eine geringe Wertschätzung. Er wollte nur Erfolge und große Gewinne sehen. Zum Teil mag das darin seinen Grund gehabt haben, dass er kein richtig kaufmännisch gebildeter Mann war. Von Finanzwirtschaft, Kalkulation, Buchhaltung und anderen verwaltungstechnischen Dingen besaß er nur sehr oberflächliche Kenntnisse. Er war z.B. auch ein schlechter Rechner.²¹⁴

2.8 Der Tod Albert Ballins – Ende einer Epoche?

Am 8. November 1918 nahm Ballin nach der Rückkehr aus der Unternehmenszentrale am Alsterdamm in die Feldbrunnenstraße eine Überdosis Sublimat, ein Schlafmittel, dessen richtige Dosierung ihm seit Jahren bekannt sein musste. Nach dem Bericht von Stubmann waren an diesem dritten Tag der Revolution in Hamburg Mitglieder des provisorischen AuSR auf der Suche nach einem dauerhaften Quartier in der Geschäftsstelle der HAL am Alsterdamm aufgetaucht. Die Darstellungen über die letzten Stunden seines Lebens sind nicht sehr präzise, doch steht eines fest: Ballin starb am folgenden Tag, dem 9. November mittags, zu dem Zeitpunkt, als in Berlin die Republik ausgerufen wurde, in einer Privatklinik am Mittelweg in Hamburg. Die Meinungen gehen auseinander, ob die Einnahme der Überdosis bewusst oder ein Versehen war; die Rekonstruktion der Ereignisse führt zu verschiedenen Deutungen.²¹⁵ Die einen sug-

213 Merck (1920/1922): *Erinnerungen*, S. 67. Zur Denkfigur des orientalischen Despoten vgl. Said, Edward W.: *Orientalismus* (1978), Frankfurt a. Main 2009, S. 45.

214 Ebd., S. 68.

215 Klaus Eichler kompiliert Zitate und Fakten aus verschiedenen Quellen, die bis auf eine Ausnahme nicht belegt werden. Er stellt aus »Überlieferungen und Zeugenaussagen« einen zeitlich fast lückenlosen Ablauf zusammen. Durch die Stilmittel der direkten Rede und des inneren Monologs der Akteure und durch die Beschreibung innerer Gefühlsabläufe wird die Suggestion eines authentischen Berichts erzeugt. Als Personen, die sich im Hause Ballins, Feldbrunnenstr. 58, aufgehalten haben und Hilfe leisteten, werden der langjährige »Diener« Carl Fischer und Herr Kryck, »Freund

gerieren ein Motiv, indem sie die Enttäuschung über das Ende seines Lebenswerkes angesichts der bedrohlichen Kulisse der sozialistischen Revolution thematisieren, andere erwähnen die Schlafstörungen, die dritten vermuten als Motiv eine Melancholie, die Ballin in der leeren Villa an der Feldbrunnenstraße nach der Abreise seiner Frau ergriffen habe. Was danach passiert, erfährt vielfache – auch freie – Ausschmückungen. Wieder andere, wie Schinckel, betrachten die Ereignisse eher nüchtern und lehnen eine Verbrämung der Ereignisse als letzten heldischen Akt am Ende eines Lebens ab.²¹⁶ Den Schilderungen von Johannes Merck zufolge erhält die These des freiwilligen Ausscheidens eine höhere Plausibilität. Merck nimmt die Nachricht vom Tode Ballins noch an der Front zur Kenntnis:

Als die Revolution ausbrach, stand ich in Dünaburg als Kommandant der Feldgendarmerie beim Generalkommando z.B.V.67. Es waren für jedes vaterländisch empfindende Herz die denkbar schwersten Tage. Unter den wüsten Nachrichten der damals schon ganz in roten Händen befindlichen Wilnaer Zeitung[en], den einzigen, die uns erreichten, las ich auch eines Abends eine Depesche, dass Ballin nach kurzem Unwohlsein einer Magenblutung erlegen sei. Unwahrscheinlich klang diese erste Nachricht nicht. Es kam mir aber gleich die Frage, ob nicht viele glauben würden, er habe sich das Leben genommen. Es blieb aber bei der Version von dem aufgebrochenen Magengeschwür. [...]

Erst im April 1919 erfuhr ich zufällig eines Tages von einem Angestellten der Packetfahrt, der den traurigen Vorfall in Ballins Privathaus miterlebt hatte, die Wahrheit über das Ende des unglücklichen Mannes. Danach hatte er am 8. Nov. nachmittags sich in seinem Zimmer aufs Sofa gelegt und eine starke im Wasser aufgelöste Dosis Sublimat geschluckt.

Das scharfe Gift hatte ihm die Magenwände zerfressen und ihm noch entsetzlich qualvolle Stunden bei vollem Bewusstsein bereitet, ehe er am nächsten Tage in der Klinik endete. Der herbeigerufene Arzt und sein treuer Diener Carl Fischer hatten den Schwerkranken noch mit Mühe zu Fuss nach der Wünsch'schen Klinik geschleift, und dort vergeblich versucht ihm Hilfe und Linderung zu schaffen. Die Leiche ist dann nach der Leichenhalle vor dem Dammtor und von dort nach Ohlsdorf geschafft worden. Am Abend vor der Beisetzung hat noch im Hause im Kreise versammelter Freunde Max Warburg sehr sympathische Worte als Nachruf gesprochen. Die offizielle Leichenfeier war in Ohlsdorf.

Der Gewährsmann, der mir die Vorgänge berichtet hat, sagte, Ballin habe in den Tagen wiederholt Drohbriefe erhalten und auch von anderer Seite Warnungen, man stelle ihm nach und beabsichtige ihn nächtlicherweise aufzuheben. Der Gewährsmann habe ihm vorgeschlagen, doch mit dem Auto die Stadt zu verlassen und sich einige Tage unerkannt in einem Hotel in Glückstadt aufzuhalten, was sich leicht würde machen lassen. Am 8. Nov[ember] war ja auch der Arbeiter- und Soldatenrat brutal im

des Hauses«, genannt. Vgl. Eichler, Klaus: Albert Ballin. Vater, Unternehmer, Visionär, Hamburg 2018, S. 175 und S. 172.

216 Vgl. w.u. Anm. 103.

Geschäftshaus am Alsterdamm eingedrungen, in der Absicht dort sein Hauptquartier aufzuschlagen, alles Vorgänge, die die Niedergeschlagenheit Ballins steigern konnten. Trotzdem hat er äusserlich an dem Tag Gleichmut bewahrt und ist noch zu Fuss nach Hause gegangen. Es soll verabredet gewesen sein, dass er mit seiner Gattin die Nacht in einem Hause von Freunden [Frau Falk], nicht in seinem eigenen zubringen sollten.

Der Zusammenbruch seines Lebenswerks, an dem er mit jeder Faser seines Herzens hing, eine grenzenlose Enttäuschung stand ihm vor der Seele und hat ihn wahrscheinlich zu völliger Verzweiflung gebracht. Trotzdem erklärt es mir immer noch nicht, wie dieser kluge Mann zu einer so unseligen Tat schreiten konnte. »Herr Ballin hat auch in seinen Qualen noch sehr bereut, das Mittel genommen zu haben«. fügte mein Gewährsmann seinen Mitteilungen hinzu.

Ich kann nur den für solche Fälle freiwilligen Endes in England üblichen Wahlspruch des Coroner Inquests auf den verstorbenen anwenden: »He committed suicide whilst in a state of unsound mind.«

Welch ein unendlich tragischer, grauenhafter Abschluss dieses bewegten, tatenreichen Lebens!²¹⁷

Eduard Rosenbaum betrachtet das Lebensende Ballins aus einer human-ethischen Sicht:

On Friday, November 8th, I received a telephone message in my room et²¹⁸ the Hamburg Chamber of commerce that the Arbeiter- und Soldatenrat hat²¹⁹ [sic?] occupied the building of the HAPAG. I immediately rang up Ballin who was at his desk, and agreed that I should come to see him. So we had a long talk at noon. The building was only partly occupied, mainly the board room. Ballin said with his tolerant smile: »Die Leute möchten auch einmal in einem anständigen Raum tagen.« He talked in a quiet although resigned manner about the coming tasks of the shipping industry, for which he had already paved the way by his untiring work for the »Gesetz für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte«. General economic problems were also discussed, and I left him with his assurance that we would have further common work in the »Vereinigung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens« which he had founded and of which I, with Bernhard Huldermann's experienced support, was secretary.

Rosenbaum schreibt, dass er zunächst nicht der Auffassung war, dass es sich um einen Freitod handelte, räumt nach längerem Nachdenken auch der Hypothese, dass sich dies so verhalten haben kann, eine gewissen Plausibilität ein. Er lässt schließlich die Frage offen.

[...] the evidence that he had chosen to end his life became nearer acceptable. [...] When the ships of his company ceased to move on the highways of the ocean the mainspring in Ballin's life was broken. He lived on in his strong sense of duty and responsibility, but

217 Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 68. Unterstreichungen wie im Original.

218 Wahrscheinlich ein Rechtschreibfehler statt »at«. Anm. der Vf.

219 Statt »had«. Wie Anm 218.

in deepening melancholy and weakening faith on the forces of reason, with too much time for reflection, too little scope for action [...].

So I am now inclined to think that, weighed down by the fading light of the autumn day and by the news from Berlin which indicated the end of the Monarchy, he took more than the normal dose of his sleeping tablets because he was undecided whether he wanted a long or an eternal sleep.

Actually it seems only of minor importance which words a legal verdict would have to choose. For the fateful hour of his death conformed the style in which he had shaped his life.²²⁰

Damit schließt sich Rosenbaum dem Narrativ von Huldermann des »tragischen Endes« an, das Schinckel seinerseits mit seinem trockenen Kommentar bedenkt und es durch ein anderes, den Selbstmord als Antwort auf eine anonyme Drohung, ersetzt und ihm so der Aura des Melodramatischen entzieht:

Dem Andenken an diesen auf seinem Gebiet alle anderen überragenden Mann«, so Schinckel, »hat nichts so sehr geschadet, wie die überschwenglichen Worte seiner Biographen, die ihm eminente Fähigkeiten und Leistungen über seine eigene Sphäre hinaus auf allen Gebieten, so auch auf dem Gebiet der Politik zuschreiben wollten, und die ihn, wie Huldermann, Stubmann und sogar von Eppstein in seinem Kronprinzen-Buch am Tage der Revolution an gebrochenem Herzen den Heldentod sterben lassen. Das hat bei all denjenigen schmerzlichen Widerspruch gefunden, die gerade, weil sie Ballin so hoch geschätzt haben, ihm ein anderes, als das nach Empfang eines Drohbriefes erfolgte freiwillige Ende gewünscht hätten, und die seine Mitarbeit an dem Wiederaufbau seiner Gesellschaft schmerzlich entbehrt haben.²²¹

Unzweifelhaft ist, dass beide im Titel genannten antithetisch einander gegenübergestellten Aspekte nicht in einem kausalen Zusammenhang gesehen werden können. Mit dem Lebensende von Ballin wird nicht das Ende einer Epoche eingeläutet. Die Gleichzeitigkeit der Ereignisse, das Ende des Krieges und das Ende des Kaiserreiches, die Novemberrevolution 1918 als Signal für den politischen und gesellschaftlichen Umbruch und der Tod Ballins sind in der Zeit parallele Ereignisse, die Anfang und Beginn und Ende und Abschluss prägen. Was letztlich auch immer die Ursache für den Tod Ballins

220 Deutsche Übersetzung: »Ich bin also geneigt zu denken, dass er, belastet durch das verblassende Licht des Herbsttages und durch die Nachrichten aus Berlin, die auf das Ende der Monarchie hindeuteten, mehr als die normale Dosis seiner Schlaftabletten nahm, weil er sich nicht entschieden hatte, ob er einen langen oder einen ewigen Schlaf wollte. Tatsächlich scheint es nur von untergeordneter Bedeutung zu sein, welche Worte ein Gerichtsurteil wählen müsste. Denn die schicksalhafte Stunde seines Todes entsprach dem Stil, in dem er sein Leben gestaltet hatte.« (Übersetzung d. Verf.) Vgl. Rosenbaum, Eduard: Albert Ballin: A Note on Style of his economic and Political Activities, in: Leo Baeck Institute Year Book 3 (1958), S. 257-299.

221 Schinckel, Max von (1929): Lebenserinnerungen, S. 268. Bei dem erwähnten Roman handelt es sich um den Roman des Juristen, Publizisten und Monarchisten Georg Freiherr von Eppstein: Der deutsche Kronprinz. Der Mensch, der Staatsmann, der Geschichtschreiber. Band 1 und Band 2, Leipzig 1926.

war, so bedeutet das zufällige Zusammentreffen des Lebensendes von Ballin mit dem Ende des Kaiserreichs nicht auch das Ende des Unternehmens HAL.²²² Das Unternehmen, vor Ausbruch des Weltkriegs im Kerngeschäft eine Reederei, die im kooperativen Kapitalismus des Kaiserreichs und der weltweiten Globalisierung eine führende Rolle in der Passagier- wie in der Transportfahrt innegehabt hatte, durchlief in seiner Unternehmensstruktur im Laufe des Ersten Weltkriegs eine Veränderung, einen Wandel, der sich nach dem 9. November 1918 weiter fortsetzte. Wesentliche Konturen dieses Wandels gingen bereits auf Ballin zurück.²²³

Die Haltung Albert Ballins zu den verantwortlichen politischen und militärischen Akteuren des Kaiserreichs, zu denen er als mächtiger Wirtschaftsmagnat Zugang hatte, veränderte sich im Laufe des Krieges. Nimmt man die Briefe, die Stubmann, Huldermann und Cecil zitieren, ernst, so überwogen offensichtlich – als Konstante – die Eigenschaften, die den Unternehmensmanager als ein in vielen Konferenzen erfahrenen Verhandlungsführer charakterisierten: der abwägende Blick auf die sich verändernde Kriegssituation, der ständige Versuch eines Ausgleichs zwischen den politischen Lagern, den Anhängern einer Kompromisslösung und den Befürwortern des Siegfriedens. In der zweiten Hälfte des Krieges neigte Ballin dem Lager eines Kompromissfriedens zu mit dem Wunsch nach einer gewissen Handlungsfähigkeit der Konfliktparteien und einer bestimmten Offenheit gegenüber einer mit dem neuen Völkerrecht zu vereinbarenden Friedenslösung. Die USA und England bildeten in seinen Augen die beiden entscheidenden Kräftepole innerhalb des transatlantischen Raumes. Die Regeln des Freihandels, der »open door«-Politik mit der Beibehaltung der Kolonien – dies war Teil seines unternehmerischen Credos. Ballins Vorstellungen von dem Deutschland nach

222 Eine dramatische Inszenierung im fiktiven Arrangement einer Selbsttötung findet sich bei Hans Leip. Dort wird das Ende der Epoche – des Kaiserreichs – überhöht durch die Erscheinung der Person des verstorbenen Reichskanzlers Bismarck. Dieses wird mit dem bewusst selbst herbeigeführten Ende Ballins dramatisch miteinander verblendet. Ballin begeht Selbstmord am Fuße der Bismarckstatue am Bismarckdenkmal im Alten Elbpark durch ein Gift, das sich in der Perle seiner Schlipsnadel befand. Nach Leip überreicht in einer Art Vision der Patriarch Bismarck durch seine »graue stille Greisenhand« Albert Ballin die »Perle«, mit der er sich umbringt. Vgl. Leip., Hans Des Kaisers Reeder. Eine Albert-Ballin-Biographie, München 1956, S. 331. Der Todeszeitpunkt wird auf den 8. November kurz vor Mitternacht gelegt: »Es ist Freitag, den 8. November 1918, gegen Mitternacht.« – Vgl. ebd., S. 332. Dichtung und Wahrheit im Bericht über den Tod Ballins mischen sich ebenfalls bei Straub. Vgl. Straub, Eberhard: Albert Ballin. Der Reeder des Kaisers, Berlin 2001, S. 257–260. Die von ihm angeblich bei Merck gefundenen Details sind bei Merck so nicht berichtet. Vgl. Merck (1920/1922): Erinnerungen, S. 68. Da Eberhard Straub bei seiner Darstellung Ballins als »Inbegriff des faustischen Deutschen« (ebd., S. 10) völlig auf Fußnoten verzichtet, lässt sich nicht nachverfolgen, auf welche fiktive Darstellung Straub hier Bezug nimmt, abgesehen davon, dass damit Huldermanns Narrativ eine weitere Variation findet. Befremdlich ist, dass Jörn Leonhard sich bei der Beurteilung Ballins diesem Narrativ in der bei Straub abgewandelten Form anschließt. Die Datierung ist nicht exakt, wenn Jörn Leonhard den »Selbstmord von Albert Ballin am 9. November 1918« stattfinden lässt. Vgl. Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. S. 894 und S. 1069. Ihm folgt in seiner Interpretation und ebenfalls unter Berufung auf Straub Robert Gerwarth, in: ders., Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018, S. 15 und S. 394.

223 Vgl. Kap. 3.2.1.

Kriegsende waren noch geprägt von der Imagination eines Kolonialreiches mit Verfügungsmacht über das ehemalige russische Zarenreich.

Ballin sah die USA und England nicht als Gegner, sondern als Partner im Global Play an. Dies erklärt seine – im Vergleich zur OHL und den alldeutschen Machtfantasien – gemäßigte und den Friedensvorstellungen Wilsons zugeneigte Haltung. Er gehörte zu denjenigen, die konsequent das Friedensangebot von Wilson unterstützten und ihn als Leiter der Friedensverhandlungen sofort anerkannten. Hierbei ging er sogar so weit, seine antidemokratische Haltung zu überwinden, indem er die Forderung nach der Transformation des politischen Systems in eine Demokratie unterstützte und die Parteien, darunter auch die lange »verfemten« Sozialdemokraten, als Verhandlungspartner akzeptierte.

Doch darf man sich nicht dahingehend täuschen, dass dies ein Kompromiss gewesen wäre, der auf die konservative Grundhaltung des Wirtschaftsführers verzichtet hätte: Demokratisierung in seinem Sinne war konzipiert als »technischer Umbau« – er nannte dies »Modernisierung«, um den »giftigen« Beigeschmack der Demokratie als Partizipationsmodell des gesamten Volkes zu verdrängen, indem die schnelle und in geordneten Bahnen verlaufende Etablierung des neuen Herrschaftsmodells einer »un-gesteuerten Revolution« von unten entgegenwirkte. »Revolution« verband sich für ihn mit dem abgelehnten Feindbild der russischen Revolution, eine plötzliche chaotische Bewegung aus dem Volk, die – seinen Ängsten nach – alles, auch die Sozialdemokratie und ihre radikalen Flügel, hinwegfegen konnte. Ballin zählte damit zu den Vertretern einer bewusst geplanten »Revolution von oben«, um der »Revolution von unten« den »Wind aus den Segeln zu nehmen«. Nach Fritz Fischer würde er sicherlich nicht zu jenen Vertretern Deutschlands zu zählen sein, die »die Effizienz der sittlichen und naturrechtlichen Überzeugungen der westlichen Demokratien [...] als Erbe ihrer geistig-politischen Geschichte zu verteidigen bereit« waren.²²⁴ Er hätte sich als Pragmatiker dem Neuen nicht in den Weg gestellt, es jedoch reguliert.

2.9 Kontinuitäten: Ordnung des Überganges der HAL in die Nachkriegszeit

Die Daten des 9. November 1918 und des 11. November 1918, die Daten des Regierungswechsels und des Kriegsendes mit der Unterzeichnung der Kapitulation in Compiègne, setzten einen Schlussstrich unter die Existenz des Wilhelminischen Reiches. Die nun folgenden Monate, die Monate des Übergangs in die Weimarer Republik, in die Aus-handlungen des Friedensvertrages und in den reellen Eintritt in die Nachkriegszeit, waren jedoch gezeichnet von den Auseinandersetzungen um den Übergang in die neue Staatsform (Revolution), um die Gestaltung dieses Staatswesens, den Abbau des ungeheuren Reformstaus in Demokratie und um die Ausgestaltung der Friedensordnung auf allen Ebenen: Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kunst, Bildung, Rechtsgleichheit der Geschlechter. Zugleich waren die Folgen des Krieges zu bewältigen, die Rückführung des Heeres, die Gestaltung der neuen Zivilgesellschaft und der nach dem Friedensschluss drohenden Wiedergutmachungs- und Entschädigungsforderungen der Entente und ihrer Assoziierten.

224 Fischer, Fritz (1979): Griff nach der Weltmacht, S. 559.

Auf der Ebene der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung waren die Verlustrechnungen für die Handels- und Transportwirtschaft ganz besonders desaströs. Die Verlustbilanz der HAL durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, durch das Zusatzabkommen vom Januar und März 1919, durch die Bestimmungen des Friedensvertrags vom 7. Mai 1919, der am 31. August 1919 von den Kriegsparteien (Entente und Deutschland) unterzeichnet wurde, war sehr hoch. Das Deutsche Reich verzeichnete am 3. Dezember 1918 einen Verlust durch Kriegshandlungen und Beschlagnahmen von fast der Hälfte seines Schiffsraums. Von dem am 1. August 1914 verzeichneten Schiffsbestand von 5,6 Mio. Bruttoregistertonnen (BRT) blieben der Handelsflotte ca. 2,85 Mio. BRT (Bestand am 3. Dezember 1918). Von diesem Bestand blieben nach Auslieferung laut den Bestimmungen der Waffenstillstandsverhandlungen und der Friedensverhandlungen von Versailles bis August 1919 inklusive der in Nachfolgeverhandlungen 1920 beschlossenen Ablieferungen und Enteignungen ca. 500.000 BRT. Damit war nach der Auslieferung von insgesamt 625 Schiffen an die Entente von insgesamt 2.695.752 BRT der Anteil Deutschlands »am Weltschiffraum [...] von 11,31 % am 30. Juni 1914 auf 0,7 % am 30. Juni 1920« gesunken. Davon war auch die Flotte der HAL betroffen.²²⁵

Dem Wertverlust der Handelsflotte standen auf der anderen Seite Maßnahmen des Wiederaufbaus gegenüber, die bereits während des Krieges eingeleitet worden waren und bis 1921 sukzessiv durch eine Reihe von Gesetzen in der neuen Republik ergänzt worden waren. So flossen z.B. den deutschen Reedereiunternehmen nicht unbeträchtliche Einnahmen aus der Vercharterung ihrer – beschlagnahmten – Schiffe zu, bevor diese gemäß dem Friedensvertrag von Versailles abzuliefern waren. In diesem Falle sorgte wiederum das Enteignungsgesetz vom 31. August 1919 für eine »Entschädigung der nach dem Friedensvertrag abzuliefernden Schiffswerte.«²²⁶ Zum ausführenden Organ wurde nun anstelle des Reichsausschusses für den Wiederaufbau die am 15. September 1919 eingerichtete Reedereitreuhandgesellschaft mbH (RTG) »für den selbstorganisierten Finanztransfer« eingerichtet.²²⁷

Mit dem am 14. März 1921 vom Reichstag verabschiedeten *Reedereiabfindungsvertrag* lag eine endgültige Regelung der Finanzierung des Wiederaufbaus der Flotte unter Berücksichtigung des Inflationsausgleiches als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der RTG mbH und dem neuen Reichsministerium für Wiederaufbau vor. In diesem Vertrag wurde »den Reedern als endgültige Abfindung 12 Milliarde Papiermark (Pm)« unter Anrechnung der nach dem Beihilfengesetz (1917) und dem Überteuerungsabkommen usw. bereits gezahlten Mittel zugesprochen gegen die Verpflichtung, innerhalb von 10 Jahren mindestens 2,5 Mill. Tragfähigkeitstonnen aufzubauen.«²²⁸

225 Vgl. Peters, Dirk J.: Deutsche Werften in der Zwischenkriegszeit (1918-1939) Teil 1: Von der Kriegsrüstung zur Friedenswirtschaft. Schiffbaukonjunktur durch Reparationsleistungen und durch den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte nach dem Ersten Weltkrieg. (1918-1923), in: Deutsches Schiffsarchiv 28, 2005, S. 95-134.; Vgl. die Angaben bei Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 456 und S. 499, Tabelle 50.

226 Ebd., S. 104.

227 Ebd.

228 Priester (1926): Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt, S. 45. Vgl. auch Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 104-105.

Zu all diesen Abkommen hatte Albert Ballin die Grundlagen geschaffen, indem er 1916 gemeinsam mit dem NDL und dem Kriegsausschuss der Deutschen Reederei (KDR) mit der Verabschiedung des »sogenannte Beihilfengesetzes« 1917 im Reichstag die Grundlagen für die Entschädigung des Schiffsraumverlustes der Handelsflotte mit auf den Weg gebracht hatte.²²⁹ In den verschiedenen o.g. Anpassungsgesetzen, die in den »Reedereiabfindungsvertrag« gipfelten, wurden die Grundlagen der staatlichen Subvention zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte gelegt, welche nach Berechnung von Priester mit 700 Mill. Goldmark (Gm) ungefähr dem Wert der abgegebenen Schiffe entsprach, die von der Entente dem Reparationskonto des Reiches gutgeschrieben worden waren.²³⁰

Wie schwierig auch immer sich die Situation der Reedereien gestaltete, so war doch – durch die Übernahme der Solidarsicherung zur Finanzierung des Wiederaufbaus durch das Reich – eine Grundlage geschaffen, die es erlaubte, innerhalb der kommenden vier Jahre den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte in die Wege zu leiten.

So standen den Ablieferungen der Schiffe auf der einen Seite die Aufbauhilfen des neuen Staates auf der anderen Seite gegenüber. Die Entschädigungen glichen den Werteverlust der einzelnen Reedereien nicht vollständig aus; die Reedereien gingen nun angesichts des fehlenden Eigenkapitals eigene Wege, indem sie neue unternehmerische

229 Hervorgegangen war diese Initiative aus der frühen Forderung der beiden großen Reedereien HAL und NDL an die Reichsregierung nach einer Entschädigung der »Gewinnaufschläge durch Schiffsverluste, Aufwendungen für die Instandhaltung der im In- und Ausland aufgelegten Schiffe und die weiterhin anfallenden Lohnkosten für die noch beschäftigten Besatzungen [...]«, in: Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 99. Zur Durchsetzung ihrer Ansprüche in einem dann geforderten Kriegsentschädigungsgesetz gründeten die Reedereien den Kriegsausschuß der deutschen Reederei (KDR). Vgl. ebd. S. 99-100. Daraus entwickelte sich eine zähe Kampagne, die nach dem Eintritt der USA in den Krieg (6.4.1917) Erfolg hatte. Die »engen Beziehungen« zwischen Regierung (Reichsschatzamt) und »sehr engen personalen Beziehungen« zwischen der Reichsbürokratie und den Reedereien, namentlich dem NDL und der HAL, unterstützt von der Mehrheit der Abgeordneten der Parteien (des interfraktionellen Ausschusses) führten schließlich zu einem Gesetzesentwurf, der für das Kriegsentschädigungsgesetz einschlägig wurde. Es wurde am 4. Juli 1917 vom Bundesrat und am 10. Juli 1917 vom Reichstag angenommen. Vgl. Rübner (2005), Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 101; vgl. den Prozess der Lobbyarbeit, d.h. der Beeinflussung der Parteien mit einem Schwerpunkt auf Ballin, in: Johannes Theodor Merck, Erinnerungen (1920/1922), S. 60-62. Zu den Einzelheiten des Gesetzes vgl. Priester (1926): Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt, S. 36-41. Es folgten die Gesetze über die Ausführungsbestimmungen, am 24. Januar 1918 über den »Reichsausschuss für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte«, vgl. Rübner (2005), ebd., S. 102; vgl. Priester (1926): Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt, S. 42.; es folgten das Anpassungsgesetz, um die Preis- und Lohnsteigerungen aufzufangen und das »Überteuierungsabkommen« vom 27. Februar 1919. Vgl. Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 103, Wulf (1980): Schwerindustrie und Seeschifffahrt nach dem 1. Weltkrieg, S. 2-3.

230 An Maßnahmen zählen Priester und Rübner auf: Staatliche Maßnahmen im Zuge des Abfindungsvertrages, Einsatz von Eigenmitteln der Unternehmen, Veränderung und Erweiterung der betrieblichen Abläufe. Vgl. Priester (1926): Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt, S. 54, 59, 63, 66, 67, 72, 96 und 91; vgl. Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 95-115. Fisser gibt aufgrund anderer Berechnungen einen Gesamtwert von 583 Mio. Gm an. Vgl. Fisser (1990): Die deutsche Seeschifffahrt am Ende des ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik, S. 121.

Felder erschlossen, Kredite aufnehmen oder mit anderen Unternehmen Verflechtungen eingingen und damit den Prozess der vertikalen und horizontalen Konzentration beschleunigten.²³¹

Am 2. Mai 1923 waren mit Mitteln der Schiffbautreuhandbank (SBT) »und eigenen Geldern der Schiffsahrtsunternehmen 423 Schiffe mit 1,1 Millionen BRT neu gebaut, 20 Schiffe mit 270000 BRT zu Frachtern umgebaut und 169 Schiffe mit 570000 BRT im Ausland angekauft worden. [...] Die Wiederaufbauverpflichtung der deutschen Reeder war Mitte 1923 erfüllt.«²³²

Hier spielen weitere Kontinuitäten aus der Ballin-Ära hinein. Die erste betrifft die Nachfolge Ballins, die er selbst 1917 dem Vorschlag des Ökonomen und Juristen Wilhelm Cuno folgend auf den Weg gebracht hatte. Ballin hatte ihn im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Entschädigungsgesetz im Reichsschatzamt kennengelernt. Eine ähnliche Nachfolgeregelung wählte der NDL, der aus dem Reichsschatzamt Joachim Stimmig in den Vorstand des NDL holte.²³³

Die zweite spielt in den Wiederaufbau der Handelskontakte mit den internationalen Partnern hinein, die an die bereits unter Ballin bestehenden Kontakte mit den *Captains of the Industry* anknüpften und dazu führten, die Liniendienste in absehbarer Zeit wiederaufzubauen.²³⁴

Konkrete Kontakte wurden erst nach dem Waffenstillstandsvertrag 1919 aufgenommen. Das amerikanische Schiffsahrtsamt trat an die Hapag heran, »da es der in der Kriegszeit riesenschnell emporgewachsenen amerikanischen Handelsflotte an den nötigen Erfahrungen und vor allem an einer großen Organisation fehlte, beides Dinge, die die Hapag in reichem Maße besaß.« Es kam zu Gesprächen zwischen dem damaligen amerikanischen Vertreter der Hapag in New York, William George Sickel (gest. 1929) und zu einer Einladung der Hapag-Direktoren Cuno, Peltzer und Huldermann am 28. März 1920 nach New York.

In Anbetracht der Situation der deutschen Handelsflotte und der Situation der HAL im Speziellen beruhte die Grundidee der Kooperation auf der Synthese von organisatorischer Infrastruktur (deutsche Seite) und vorhandener Handelsflotte. Die HAL stellte die weltweit vorhandenen Agenturen und ihr Organisationspotential zur Verfügung,

231 Vgl. Wulf (1980): Schwerindustrie und Seeschifffahrt nach dem 1. Weltkrieg, S. 3-4.

232 Fisser (1990): Die deutsche Seeschifffahrt am Ende des ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik, ebd., S. 122.

233 Rübner (2005): Konzentration und Krise der deutschen Schifffahrt, S. 101. Wilhelm Cuno war »im Generalreferat des Reichsschatzamt für kriegswirtschaftliche Frage zuständig«. Im ständigen Kontakt mit den großen Seehandelsunternehmen erwies sich das Reichsschatzamt als Drehkreuz für Karrieren in der Führungsebene der Großreedereien. »Einige Jahre später (1923) übernahm der vormalige Staatssekretär im Reichsschatzamt Siegfried Graf von Roeder die Funktion des geschäftsführenden Vorsitzenden des VDR (bis August 1933).« Rübner, ebd. Vgl. Max von Schinckel: »Die nach dem Kriege vor ein völliges Vakuum gestellte Direktion der Hamburg-Amerika-Linie hat unter der hochbegabten Führung des von Ballin selbst als seinen Nachfolger erkorenen Geheimrat Dr. Wilh. Cuno das Andenken an ihren großen Vorgänger dadurch am besten zu ehren gesucht, daß sie, soweit die veränderten Verhältnisse es erlauben, auf seinen Bahnen weiterzuwandeln strebt.« In: Ders, Lebenserinnerungen, Hamburg (o.J., vermutlich 1929), S. 273.

234 Vgl. Priester (1926): Wiederaufbau, S. 98.

Harriman, bzw. der dem Harriman Konzern neu angegliederter Schifffahrtskonzern, stellte Schiff und Frachtraum.

Das Abkommen zwischen Harriman und der Hapag – in Form einer Arbeitsgemeinschaft – wurde als weltweit umspannendes Netzwerk der Verbindungen und Agenturen und internationalen Betriebsorganisationen und dem Schiffseigner geschaffen, um »nach Aufhebung der Blockade [...], ihren Betrieb mit Hilfe ausländischer Reedereien aufzubauen, weil es ganz ausgeschlossen war, mit den ihr zur Verfügung stehenden kärglichen Mitteln ihre vor dem Krieg bestandenen, die ganze Welt umspannenden Liniendienste in absehbarer Zeit aus eigener Kraft wieder aufzubauen.«²³⁵

Woran die Hapag dachte, wird aus dem Vorschlag ersichtlich, den sie dem Shipping Board unterbreitete, »eine deutsch-amerikanische Gesellschaft zu gründen, die das frühere Liniennetz der Hapag befahren sollte und der auch die großen Dockanlagen der Hapag in Hamburg, Cuxhaven, Südamerika und im Orient zur Verfügung stehen sollten.«²³⁶ Die Pläne zerschlugen sich zunächst. Im Mai 1919 knüpfte auf Veranlassung des amerikanischen Schifffahrtsamtes ein »Teilhaber des Mr. Harrison«, Mr. Robinson, Verbindungen zur Hapag, die mit einem Vertrag endeten, wonach als neues Teilunternehmen des Harrison-Konzerns im Zuge eines Umbaus des Konzerns die »American Ship and Commerce Corporation« gegründet wurde, welche »die Handelsschiffroute« übernahm, »die die Hapag bis zum Kriegeausbruch« bedient hatte.²³⁷ Nachdem »die dem Harriman-Konzern gehörenden Seeschiffsunternehmungen zu den »United American Lines« vereinigt« worden waren, wurde der Vertrag im August 1920 abgeschlossen.²³⁸ Beide Vertragspartner traten als selbständige Unternehmen auf; für die HAL hatte dies zur Folge, dass sie relativ selbständig gegenüber Hugo Stinnes auftreten konnte, der im Zuge seiner aggressiven vertikalen und horizontalen Verflechtungs- und Konzentrationsbestrebungen auch die HAL im Visier hatte.²³⁹

Stinnes zielte darauf ab, die HAL in die Architektur seiner großen vertikalen Zusammenschlüsse mit der Gründung oder der Beteiligung bei der Gründung neuer Werften einzubeziehen; ebenso hatte er eine Beteiligung bei der HAL ins Auge gefasst. Ballin hatte bereits früh die Möglichkeiten der neuen Verflechtungen, ihre Chancen und ihre Nachteile erwogen. Er war mit Stinnes und anderen Unternehmen in die Gründung (und Anbindung) neuer Werftunternehmen in Hamburg, so der Hamburger Werft und der Deutschen Werft AG eingetreten, an der Gründung der deutschen Werft war auch die AEG als Aktionär beteiligt. Als Stinnes seine Beteiligung an der HAL nach dem Tode Ballins auszuweiten drohte und dies in Form einer feindlichen Übernahme durch den Erwerb eines großen Teiles der Aktien ankündigte, kam es zu einer regelrechten Abwehrfront innerhalb der Aktionäre als Bündnis aus sehr verflochtenen und vernetzten Strukturen Hamburger Reedereien und der im Aufsichtsrat vertretenen Banken.²⁴⁰ In

235 Ebd., S. 98.

236 Ebd., S. 99.

237 Ebd., S. 100.

238 Vgl. ebd., S. 101 (Grafik der Verflechtungen); zum Vertragstext (deutsche Übersetzung) vgl. ebd., S. 143-146.

239 Vgl. Wulf (1980): *Schwerindustrie und Seeschifffahrt nach dem 1. Weltkrieg*, S. 4-7 und S. 11-21.

240 Zu den Einzelheiten vgl. ebd., S. 15-21. Vgl. auch Schinckel zu seiner Rolle als Aufsichtsratsvorsitzender, nachdem der Aufsichtsrat beschlossen hatte, sich von Stinnes zu trennen: »Mir fiel die

einer spektakulären Aktion wehrte man die Übernahme durch Stinnes ab und führte die HAL als Unternehmen mit überwiegender Beteiligung Hamburger Reedereien »unter sich« weiter.

wenig beneidenswerte Aufgabe zu, die Trennung in die Wege zu leiten. Ich wurde dabei von meinem Kollegen im Aufsichtsrat, Max Warburg, aus voller Überzeugung unterstützt. Er prägte das Wort: Qui mange de Stinnes en meurt. [...] Ich wurde dieserhalb selbst von guten Freunden hart angelassen. Aber das war nun einmal mit meiner Stellung in der Hapag verknüpft und ich habe dieses Ungemach gern in Kauf genommen. Wußte ich doch damals schon, daß der vielgepriesene und bestaunte Stinnes'sche Vertikalturm überwiegend auf Kredit und daher auf Sand gebaut war. Die Folgezeit hat dem damals kühnen Trennungsentschluß der Hapag recht gegeben.« In: Schinckel, Max von: Lebenserinnerungen, Hamburg (o.J., vermutlich 1929), S. 273-274.

Dimension: Revolution: Umbruch, Utopien und Politik 1918/19

Selbstverwaltung und Sozialismus. Der Sozialdemokrat Carl Herz und die Revolution 1918/19 in Hamburg

Christian Hanke

»Wir dürfen nicht nur vernichten, sondern müssen auch organisieren und für das Fortbestehen einer geordneten Kommunalwirtschaft sorgen.¹«

Dr. Carl Herz am 15. November 1918 in der 9. Sitzung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats.

1. Abstract

Der folgende Beitrag lehnt sich in seinen wesentlichen Teilen an meine 2006 in Hamburg erschienene Dissertation *Selbstverwaltung und Sozialismus – Carl Herz, ein Sozialdemokrat* an. Herz wird hier als Vertreter des gemäßigten Flügels der USDP charakterisiert. Die Darstellung konzentriert sich darauf, die gemäßigte Position des USPD-Vertreters Carl Herz aufzuzeigen, indem er als prinzipientreuer und streitbarer Sozialdemokrat agierte, dessen politischer und programmatischer Schwerpunkt dem expliziten Ziel galt, Sozialismus und Demokratie miteinander in Beziehung zu setzen. Als ideales Betätigungsfeld, diese beiden Prinzipien miteinander zu verbinden, sah er die kommunale Selbstverwaltungslinie in der SPD an.

Anhand des beruflichen und politischen Werdegangs Carl Herz wird dargelegt, wie Carl Herz sich als erfolgreicher Anwalt und als einer der ersten SPD-Stadtverordneten in Altona in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Ruf als temperamentvoller Kämpfer für die Sache der ärmeren Schichten und der Arbeiterbewegung erwarb. Vor dem Ersten Weltkrieg war er einer der drei Wortführer der linken Opposition in der Hamburger SPD.

Im Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg und Altona übernahm er am 13. November 1918 die Leitung der Justizkommission. Er verhandelte noch am gleichen Tag in

1 Staatsarchiv Hamburg (StA HH), Protokolle Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) Hamburg: 9. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg v. 15.11.1918.

der Rolle des Verhandlungsführers der Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrats mit Vertretern des Senats über die künftige Verteilung der politischen Macht in Hamburg.

Im Weiteren konzentriert sich die Darstellung auf die Tätigkeit von Carl Herz im Arbeiter- und Soldatenrat und auf seinen Versuch, in der Phase der Transformation die neue Verfassung demokratisch und sozialistisch auszuformen. Herz hatte darin u. a. für die Beibehaltung des Arbeiter- und Soldatenrats als »wachsames Auge der Revolution« neben Senat und Bürgerschaft plädiert.

Dies gelang in dem Maße weniger, wie SPD und Gewerkschaften zunehmend seit 1919 die Mehrheit im Arbeiter- und Soldatenrat erlangten und ihre Vorstellungen in dem Verfassungsentwurf durchsetzen konnten. Dem Entwurf von Carl Herz für eine neue Hamburgische Verfassung im März 1919 war kein Erfolg beschieden. Ein weiterer Ausblick auf seine kommunalpolitische Tätigkeit in Berlin in den 1920er Jahren, sein Exil in London und seine Emigration nach Palästina lassen die Phase der politischen Tätigkeit von Carl Herz in Altona und in Hamburg als Phase des persönlichen beruflichen Übergangs zum erfolgreichen Kommunalpolitiker in Berlin und als Verfassungstheoretiker u. a. erscheinen.

2. Der Jurist und Marxist Carl Herz: Im linken Spektrum der SPD

Dr. Carl Herz (1877-1951) war Rechtsanwalt in Altona und während der Revolutionszeit Mitglied der USPD. Er fungierte ab dem 12. November 1918 als juristischer Berater des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats und war in dieser Funktion maßgeblich an den Verhandlungen des Revolutionsgremiums mit dem Senat um die künftigen Machtverhältnisse in Hamburg beteiligt. Er wurde außerdem zum Vorsitzenden der Justizkommission gewählt, nahm an nahezu allen Sitzungen der Exekutive des Arbeiterrats teil und wurde am 31. Dezember 1918 auch formal Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats. Am 19. Januar 1919 legte er den Vorsitz der Justizkommission in Folge der Unruhen in diesen Wochen nieder, arbeitete aber weiter im Arbeiterrat mit. Im Februar und März 1919 schrieb er zwei Vorlagen zur Neuwahl der Hamburgischen Bürgerschaft, die schon Elemente einer künftigen Hamburger Verfassung beinhalteten.

Carl Herz wurde 1877 in Köthen/Anhalt als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, Inhaber eines Geschäftes für Herrenkonfektion, geboren. Nach dem Abitur studierte er Jura, wechselte an verschiedene Universitäten und ließ sich nach dem Staatsexamen 1904 im preußischen Altona an der Elbe als Rechtsanwalt nieder. Während des Studiums interessierte er sich bereits für Politik. Zunächst galt sein Interesse liberalen Denkern und Politikern des 19. Jahrhunderts wie dem Freiherrn vom Stein, Rudolf von Gneist (1816-1895) und dem Rechtshistoriker Otto von Gierke (1841-1921). Hier zeigte sich bereits sein kritischer Geist, wenn er z. B. Gierke, dessen Genossenschaftsbegriff er sich zu eigen machte, als »hohenzollerisch« bezeichnete und ihn für einen der merkwürdigsten Gelehrten der deutschen Geschichte hielt.²

2 Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Nachlass (NL) Carl Herz. Nr. 478: »Dem Andenken von Hugo Preuß« von Carl Herz, o.J. (1925).

Auf der Suche nach einem politischen Ideal, einer Idee, einem politisch überzeugenden Entwurf wandte er sich dem Sozialismus zu. Ihn begeisterte insbesondere die Demokratie, als das besondere politische Ziel des Sozialismus, eine Folge der intensiven Beschäftigung mit dem liberalen Gedankengut während seines Studiums. So vermerkte er in »Geister der Vergangenheit« über seine Hinwendung zur Sozialdemokratie: »Sie war die Hoffnung aller ehrlichen Demokraten der Welt. Gegenüber den bombastischen Reden Wilhelms II., gegenüber dem Säbelrasseln der Militärs, gegenüber der brutalen Rücksichtslosigkeit der Schwerindustrie schien hier aus der Tiefe der Gesellschaft eine Macht aufzustehen, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, den Frieden der Welt durch eine Umformung Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen zu erhalten.«³ Er traute der Sozialdemokratie sehr viel zu. Aus den Jahren 1908 und 1929 haben sich briefliche Aussagen erhalten, die zeigen, dass Herz schließlich im Marxismus, der damals die ideologische Grundlage der Sozialdemokratie bildete, die Grundlagen fand, die ihm Halt gaben auf der Suche nach »großen Idealen, die mein Gemüt erfüllten« und nach »festen Anschauungen, die meinen Verstand befriedigten.«⁴ Dieses Glück gipfelte in dem Satz: »Marx und der Marxismus sind für mich eine Erlösung aus dumpfer Verzweiflung.«⁵

Es war Karl Kautsky (1854-1938), der als Mentor den Weg von Carl Herz in den Sozialismus begleitete und ein ständig vertrauter Diskussionspartner über Jahrzehnte hinweg blieb. Getreu Kautskys Auffassung eines auf friedlichem Wege ausgefochtenen Kampfes des Proletariats um die Macht mittels Aufklärung, Agitation und Organisation mit dem Ziel einer demokratischen Republik wurde Herz innerhalb der SPD ein Parteigänger des marxistischen Zentrums, der Richtung, die unter Kautskys und August Bebels (1840-1913) Einfluss lange Zeit die Parteilinie bestimmte, um dann zwischen pragmatischem Reformismus und radikaler Linker zerrieben zu werden.

1904 trat Herz in die SPD ein, im gleichen Jahr, in dem er mit einem Partner eine Anwaltskanzlei in Altona eröffnete. Er verteidigte Angehörige der unteren Schichten, der Arbeiterschaft, von Parteimitgliedern und Mandatsträgern der Sozialdemokratie und machte sich schnell einen Namen als erfolgreicher und temperamentvoller Anwalt. Aufsehen erregte er mit dem Ruhstrat-Prozess, in dem er einen Freispruch für einen Kellner erwirkte, den der oldenburgische Staatsminister Franz Friedrich Paul Ruhstrat (1859-1935) des Meineids bezichtigt hatte. Ruhstrat war von dem Chefredakteur einer linksliberalen Oldenburgischen Zeitung des Glücksspiels im Zivilkasino zu Oldenburg bezichtigt worden. Der verantwortliche Redakteur und weitere Journalisten wurden daraufhin wegen der Beleidigung des Ministers zu teilweise empfindlichen Strafen verurteilt. Diese Urteile wurden in überregionalen Presseorganen als Justizskandal gebrandmarkt. Ein Kellner des Zivilkasinos schwor aber, den Minister beim Glücksspiel gesehen zu haben und wurde daraufhin von Ruhstrat wegen Meineids verklagt. Herz verteidigte den Kellner erfolgreich. Dieser Erfolg wurde begreiflicherweise zu einer Sensation im kaiserlichen Deutschland.

3 Herz, Carl: Geister der Vergangenheit (Maschinenschrift), Haifa 1951, S. 96.

4 IISG, NL Karl Kautsky DXII 537 und 546 vom 21.11.1908 und vom 15.10.1929.

5 Vgl. Briefe von Herz an Karl Kautsky, in: IISG, NL Karl Kautsky, DXII 537, Herz an Kautsky vom 21.11.1908.

Carl Herz wurde besonders von den Berliner Berufskollegen aus der SPD geschätzt. Karl Liebknecht (1871-1919) hätte Herz am liebsten in die Reichshauptstadt geholt, denn dort, so Liebknecht an Herz, »fehlt es an politischen Anwälten. Vor allem fehlt einer mit Temperament.«⁶

Herz jedoch lehnte mit der Begründung ab, dass er seinen Schwerpunkt auf die politische Aufbauarbeit in Altona legen wollte: »In der Kommunalpolitik ist hier noch viel zu erarbeiten.«⁷ Herz leistete in Altona eine gründliche Aufbauarbeit für die Partei, die recht spät, erst nach der Jahrhundertwende, in der Kommunalpolitik der preußischen Nachbarstadt Hamburgs das nachholte, was sie lange versäumt hatte. Im Vergleich zu Hamburg, wo 1901 immerhin der erste, 1904 dann schon weitere zwölf Sozialdemokraten in die Bürgerschaft gewählt wurden, zogen erst 1909 die ersten fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten in das Altonaer Kommunalparlament (Stadtverordnetenhaus) ein, unter ihnen Carl Herz, der zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Im Stadtverordnetenhaus brillierte Herz mit scharfen Angriffen auf die sozialen Verhältnisse und gegen die etablierten Parteien, wobei er mitunter sein ungestümes Temperament nicht zügeln konnte. Das »Altonaer Tageblatt«, eine bürgerliche Zeitung, berichtete am 30. Oktober 1913: »In der Besprechung der Angelegenheit kam es zu einer so lauten und erregten Auseinandersetzung zwischen Dr. Herz und anderen Stadtverordneten, dass die Debatte sich weit entfernte von dem, was man parlamentarischen Brauch nennt.«⁸ Der kritische Abgeordnete fiel auf. 1910 war Herz maßgeblich an der Aufdeckung von Veruntreuungen durch den Leiter der Altonaer Gaswerke beteiligt.⁹ Er gehörte zu den Förderern der Arbeiterbildung und hielt selbst abends Kurse in verschiedenen Einrichtungen der Arbeiterbewegung ab. Bildung, so seine Überzeugung, zählte zu den wesentlichen Instrumenten der Emanzipation der Arbeiterschaft.

In der Hamburger SPD kritisierte Herz die Parteiführung als revisionistisch und zu wenig radikal, er positionierte sich in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg neben den Sozialdemokraten Heinrich Laufenberg (1872-1932) und Fritz Wolffheim (1888-1942) als einer der drei namhaften Vertreter der linken Parteiopposition. In einem Artikel im »Hamburger Echo« übte er Kritik an der Parteipolitik der Hamburger SPD und warf ihr vor, »dass der Kampfescharakter unserer Bewegung in Hamburg an leitender Stelle nicht den ausgeprägt scharfen Ausdruck erhält, der den in Hamburg hoch gesteigerten Klassengegensätzen entspricht.«¹⁰

6 IISG, NL Carl Herz, Nr. 74/1: Liebknecht an Herz vom 10.1.1908.

7 Bundesarchiv Berlin, NL Karl Liebknecht, NY 4001/40: Herz an Liebknecht vom 14.6.1908.

8 Altonaer Tageblatt (AT) Nr. 256 vom 31.10.1913.

9 Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus, Carl Herz, ein Sozialdemokrat, Hamburg 2006, S. 61ff.

10 Hamburger Echo (HE) Nr. 159 vom 11.7.1914.

3. Revolution und Rechtsstaat: Arbeit als Mitglied der Justizkommission

Schockiert reagierte Herz auf die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges. »Bin ich verrückt oder sind es die anderen?«,¹¹ fragte er sich, verwirrt über die Entscheidung der Mehrheit der Partei, die er einst als Friedensbringer gefeiert hatte. Er gehörte fortan zu der Minderheit in der SPD, die sich gegen die Burgfriedenspolitik aussprach und für den bedingungslosen Frieden eintrat. 1916/17 wurden die Anhänger dieser Gruppe aus der Partei herausgedrängt, die sich daraufhin mit der Gründung der USPD auf der Konferenz in Gotha, die vom 6. bis 8. April 1917 tagte, eine neue politische Heimat schuf. Zu dem Zeitpunkt der Institutionalisierung des Bruches war Herz nicht mehr in Altona. Er wurde im Alter von 39 Jahren im November 1916 – knapp 15 Monate nach seinen beiden oppositionellen Mitstreitern Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim – zum Militärdienst eingezogen. Der vergleichsweise späte Zeitpunkt der Maßnahme lässt darauf schließen, dass die Militärbehörden Herz als den gemäßigteren und weniger gefährlichen unter den drei Kriegsgegnern einstufen. Wegen einer Sehschwäche blieb ihm ein Fronteinsatz erspart; bis 1918 tat Herz als Schreiber bei einem Regiment in Königsberg Dienst.

Der Ausbruch der Revolution im November 1918 ließ Herz, nach eigener Darstellung, sofort politisch aktiv werden. Noch aus Tilsit schrieb er Hugo Haase (1863-1919), einem der beiden Vorsitzenden der USPD, einen acht Seiten langen Brief, von dem dieser, so Herz »sehr dankbar Gebrauch gemacht hat«.¹² Er habe außerdem, so berichtete er später, in Kiel mit den Revolutionsführern Popp und Artelt gesprochen und am 11. November in Berlin mit Hugo Haase.¹³ Alle diese Aktivitäten, auch der Brief an Haase, sind aus anderen Quellen nicht belegt. Es kann aber so geschehen sein, denn Parteigenossen und Politiker legten Wert auf sein Urteil; Herz war ein geschätzter Diskussionspartner. Seinen Äußerungen ist zu entnehmen, dass er in den Tagen zwischen dem 4. und dem 9. November nach Kiel und Berlin reiste und mit großer Euphorie den Umsturz begrüßte und hohe Bereitschaft an den Tag legte, an den umfangreichen Gestaltungsarbeiten, die der politische Umbruch besonders in Fragen des Staatsrechtes und des Kommunalrechtes erforderte, mitzuwirken. Als Staatstheoretiker und Jurist sah er die Notwendigkeit, die Revolution und ihre politischen Ziele staatsrechtlich abzusichern, um ihr – nach der Phase der gewaltsamen Übernahme der Macht – Kontinuität und Legitimität durch die Ausformung eines sozialdemokratisch geprägten Staatswesens zu geben. Insbesondere war es die kommunale Ebene, der Carl Herz, wie später zu zeigen sein wird, eine große Bedeutung zumaß. In der Gemeinde sah Herz die Grundlage

11 IISG (= Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis), NL Carl Herz, Nr. 579, Bl. 216: Text von Herz (ohne Jahr und Titel).

12 IISG, NL Carl Herz, Nr. 35, Bl. 7: Herz an Otto Kahn-Freund.

13 Lothar Popp (1887-1980) und Karl Artelt (1890-1981) waren Führer des Kieler Matrosenaufstandes im November 1918. Karl Artelt, Mitbegründer und Vorsitzender des ersten Soldatenrates in Kiel am 4. November 1918 führte in dieser Eigenschaft Verhandlungen mit Wilhelm Souchon (1864-1946), seit Oktober 1918 Chef der Marinestation und Gouverneur in Kiel. Zum Ausbruch der Revolution in Kiel und zur Rolle der leitenden Akteure der Konfliktparteien vgl. Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel 2018. S. 35-41, 58-97.

der Demokratie, die »von unten nach oben« und nicht umgekehrt aufgebaut werden müsse.

Am 12. November nahm Herz in Hamburg an der ersten Sitzung des neugewählten Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats (AuSRs) als »dauerhafter juristischer Berater« teil¹⁴, wie Heinrich Laufenberg als Vorsitzender des AuSRs ausdrücklich vermerkte. Am Tag darauf wurde Herz zum Vorsitzenden der Justizkommission dieses Gremiums gewählt – er hatte sich selbst vorgeschlagen.

Herz übte vom ersten Tag seiner Teilnahme an den Sitzungen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats einen großen Einfluss in diesem Gremium aus. So wurde die Kommission, die mit dem Senat über die künftige Machtverteilung in Hamburg verhandeln sollte, auf seinen Vorschlag hin zusammengesetzt. Seine Popularität als einer der drei Oppositionellen in der SPD vor und im Ersten Weltkrieg mag dabei genauso eine Rolle gespielt haben wie die Tatsache, dass sein ehemaliger Mitstreiter Heinrich Laufenberg zum Vorsitzenden des AuSRs gewählt worden war.¹⁵ Sein juristischer Sachverstand und sein rhetorisches Geschick ebenso wie sein mitunter aufbrausendes Temperament machten ihn, obwohl er anfangs nicht ordentliches Mitglied des Gremiums war, fast automatisch nicht nur zum Sprecher seiner Partei, sondern auch zu einem der prägenden Akteure des Arbeiter- und Soldatenrates.

In den Sitzungen nach dem 12. November beteiligte sich Herz federführend an den Verhandlungen des AuSRs mit dem Senat. Dabei erwies er sich als hartnäckiger und fachkundiger Verhandlungspartner. Der Präses des Senats, Bürgermeister Werner von Melle (1853-1937) erinnerte sich: »Nicht Dr. Laufenberg, sondern Dr. Herz erwies sich bei dieser Erörterung als unser hartnäckigster Gegner. Mit ihm vor allem mussten Senator Schäfer und ich stundenlang kämpfen, um den vom Arbeiter- und Soldatenrat verlangten, wenn auch mehr formellen Vorsitz im Senat zu beseitigen.«¹⁶ Herz und mit ihm der AuSR sah das umgekehrt: Mit dem Umsturz war die politische Herrschaft auf den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen und der Senat als Repräsentant der Macht des »Ancien Régime« abgesetzt und wenn ihm Befugnisse übertragen wurden, so als ausführender Verwaltungskörper und qua Legitimation durch den AuSR. Dem ersten Grundsatz von Herz, wonach in Hamburg die politische Macht seit Beginn der Revolution beim Arbeiter- und Soldatenrat lag, folgte der zweite mit einem konstruktiven Anspruch: »Wir dürfen nicht nur vernichten, sondern müssen auch organisieren und für das Fortbestehen einer geordneten Kommunalwirtschaft sorgen.«¹⁷ In diesen Punkten waren sich Herz und Laufenberg einig. So wurde der Senat zunächst seiner Herrschaft entkleidet, um Tage später als reines Verwaltungsorgan in Funktion gesetzt zu werden.¹⁸ Von Melle teilte – wie er mit seinem Ausspruch deutlich zu verstehen gab – nicht die Interpretation der Revolutionäre.

14 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 5. Sitzung des Arbeiterrats vom 12.11.1918 abends.

15 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Johanna: Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution, S.80-82.

16 StA HH, NL Conrad Borchling, 622-2/7, 25: Handschriftliche Lebenserinnerungen von Werner von Melle für den Zeitraum 1891-1929, o.J. (vor 1933 mit späteren Ergänzungen).

17 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg: 9. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg v. 15.11.1918.

18 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz: Konfliktparteien, S.85.

Die Vorstellungen, den Arbeiter- und Soldatenrat als die politische Macht anzuerkennen und gleichzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für eine geordnete Kommunalwirtschaft zu etablieren, teilte Carl Herz hingegen mit dem gemäßigten Flügel der USPD.¹⁹ Auch in der Debatte um den Zeitpunkt für die Wahlen zur neuen Bürgerschaft positionierte sich Herz als gemäßigter Unabhängiger. Im Gegensatz zur MSPD, setzte er sich für einen möglichst späten Wahltermin ein, um genügend Zeit zu haben, die durch die Revolution angestrebte Neuordnung durch eine Konstitution sicherzustellen. Für Herz und den gemäßigten Flügel der USPD zählte neben der Festigung der Demokratie die Sozialisierung wirtschaftlicher »Grundbetriebe« zum wesentlichen Bestandteil der »neuen Ordnung«, die der Revolution den Charakter eines wirklichen Umbruchs, eines Einschnitts, dem ein Neubeginn zu folgen hatte, verleihen sollte. Auf der gleichen Linie lag seine Argumentation für die Abschaffung der Bezeichnungen »Senat« und »Bürgerschaft«. Senat und Bürgerschaft sollten nicht mehr dem Namen nach mit dem »alten« Regime verbunden sein, darüber hinaus sollte für beide Gremien, das Parlament wie die Exekutive, ein Neuzuschnitt der Kompetenzen erfolgen und der Arbeiterrat eine herausgehobene Stellung erhalten.²⁰ Der von Herz maßgeblich mitgestaltete Verfassungsentwurf sah u.a. vor, die Bezeichnung »Senat« durch »Rat der Volkskommissare« zu ersetzen.

In dieser Konstruktion lag einer der größten Gegensätze zwischen dem gemäßigten Flügel der USPD und der MSPD. Die Strategie der MSPD zielte darauf ab, die Revolution, die sie nie gewollt hatte, mitsamt den sie repräsentierenden Räten möglichst schnell zu beseitigen und stattdessen die parlamentarische Republik zu etablieren. Dies war auch der Grund, warum die Wahlen zur Bürgerschaft möglichst früh angesetzt wurden.

4. Carl Herz und die Rechtsstaatlichkeit

Die Verbindung von politischem Idealismus mit juristisch fundiertem Ordnungssinn, die den Arbeitsstil von Carl Herz auszeichnete, findet sich in seinem Entwurf einer Institutionalisierung des AuSRs in einem durch Gesetze und Verordnungen rechtlich abgesicherten Regelwerk wieder. Spontane Aktionen und willkürliches Handeln, die die Revolution in der ersten Phase geprägt hatten, sollten geordnetem Regieren und Verwalten weichen, ohne die Ziele der Revolution außer Acht zu lassen. So wie sich Herz am 18. November 1918 für die Beibehaltung des Senats als Verwaltungsorgan und damit als Behörde mit regulativen Kompetenzen zur (Fort)Führung der Verwaltungsaufgaben eingesetzt hatte, so warnte er in anderen Zusammenhängen vor der vorschnellen Entlassung erfahrener Juristen und damit auf den Verzicht verwaltungsjuristischen Sachverständes. Ganz entschieden verwahrte sich Herz auch dagegen, den formellen

19 Auch innerhalb der SPD-Opposition rechnete man ihn zur »Haase-Ledebour-Gruppe«, die beiden späteren USPD-Vorsitzenden, die für die Transformation das Modell einer parlamentarischen Demokratie unterstützten.

20 Damit waren Senat und Bürgerschaft als leitende politische Institutionen abgeschafft. In seinem Verfassungsentwurf 1919 plädierte Herz für den Begriff Rat der Volkskommissare statt Senat.

Ablauf von Sitzungen durch das plötzliche Erscheinen von Deputationen oder Abordnungen von Gruppen unterbrechen zu lassen. Als Jurist zog er formal korrekt ablaufende Sitzungen solchen Sitzungen vor, die in spontanes Regierungshandeln überzugehen drohten, wenn Deputationen unangemeldet den Sitzungssaal betraten und eine schnelle Entscheidung zu einer Problemlage herbeizuführen wünschten. So empörte er sich am 31. Dezember 1918 in der 35. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats über eine Deputation von Seeleuten, welche die Sitzung unterbrach:

Das geht nicht so weiter, dass man uns Deputationen schickt und einfach von uns verlangt, wir sollen nun innerhalb [der Sitzung – Zusatz Vf.] schlüssig werden, ob wir die Forderungen garantieren wollen oder nicht. Ich lasse mir das nicht mehr gefallen, es ist das eine Ungehörigkeit, die wir nicht durch Nachgeben unterstützen dürfen. Wir können nur die Erklärung abgeben, dass wir bereit sind, die Sache zu untersuchen [...].²¹

Im gleichen Sinne wollte Herz die regionale Zuständigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg und Umgebung rechtlich den Befugnissen einer Kommunalbehörde gleichzustellen. Die Entwürfe legte Herz in der 29. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates am 18. Dezember 1918 als »Richtlinien für die örtliche Zuständigkeit des hamburgischen Arbeiter- und Soldatenrats« als Inhaber der politischen Gewalt vor. Der hamburgische AuSR sah sich hier als übergeordnetes Gremium sowohl den örtlichen Räten innerhalb Hamburgs als auch gegenüber den Räten in den umliegenden preußischen Gebieten. Andererseits sah er sich auch als Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien, wenn Vertreter von Organisationen oder Truppenteile aus diesem Gebiet Mitglied im AuSR waren. Eingriffe in staatliche Verwaltungstätigkeiten sollten dem Hamburger Rat allerdings nicht gestattet sein. Mit örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten in der Umgebung Hamburgs wollte der Hamburger Rat gleichberechtigt zusammenarbeiten, insbesondere in Angelegenheiten, die sich aus der »wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit« ergaben. In preußischen Vororten, in denen keine Arbeiter- und Soldatenräte bestanden, plante der Rat eine Kontrollfunktion durch Beigeordnete auszuüben, die aus seiner Mitte gewählt wurden.

Hier noch Kompetenzen und Zuständigkeiten angesichts möglicher Überschneidungen von Kontrolle und Verwaltungsaufgaben auszuloten und die Kompetenzen des Arbeiter- und Soldatenrats rechtlich abzusichern, blieb angesichts der sich zuspitzenden Ereignisse im Januar 1919 keine Zeit mehr.²² Ausgelöst durch den sich verstärkenden Konflikt zwischen MSPD und USPD nach den Weihnachtsunruhen in Berlin, verschärfte sich auch in Hamburg das Klima zwischen MSPD und Gewerkschaften auf der einen und USPD sowie der in der Silvesternacht gegründeten KPD, in die die Hamburger Linksradiكالen eingetreten waren, auf der anderen Seite.²³ Am Neujahrstag riefen SPD und USPD ihre Anhänger getrennt zu jeweils großen Demonstrationen auf, die eine aggressive Stimmung gegen die jeweilige andere Gruppe erzeugten und die Spaltung unter ihnen verstärkten.

21 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 35. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.12.1918.

22 Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Konfliktparteien, S. 87–89.

23 Ebd.

Herz positionierte sich klar auf der Seite seiner Partei und der Linksradikalen. In den Sitzungen des AuSR kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln. Herz warf der MSPD am 2. Januar 1919 in der Sitzung des AR vor, »die Dinge auf die Spitze zu treiben«.²⁴ Auf diese Provokation reagierte der Hamburger MSPD-Abgeordnete Karl Hense (1871-1976), indem er seinem Ärger über die juristischen Regelwerke und die häufig in unverständlicher Fachsprache und besserwisserischer Attitüde vorgetragenen Ausführungen von Herz Luft machte: »Ihre Advokatenknüppel können Sie uns hier nicht zwischen die Beine werfen«.²⁵ In derselben Sitzung vom 2. Januar, in der erhitzt über die Neujahrsdemonstrationen gestritten wurde, gelang es Herz allerdings auch, die Gemüter wieder zu beruhigen. Er forderte seine Kollegen dazu auf, »sachlich weiter zu beraten«.²⁶

Am 31. Dezember 1918 war Herz als Nachfolger des krankheitsbedingt ausgeschiedenen Mitbegründers der Hamburger USPD, Paul Dittmann, offiziell zum Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats ernannt worden. Er erwies sich in den folgenden Wochen als ausdrücklicher Befürworter der Revolution, zu einer Zeit, in welcher der Arbeiter- und Soldatenrat immer stärker unter den Einfluss von MSPD und Gewerkschaften geriet. Auch Herz wurde bei den Unruhen am 11. Januar 1919, in deren Verlauf Heinrich Laufenberg von Sicherheitsmannschaften des Soldatenrats kurzzeitig in Haft genommen wurde, mit der Waffe bedroht; außerdem wurde er, der Vorsitzende der Justizkommission, vom jetzt mehrheitlich von MSPD-Anhängern bestimmten Soldatenrat nicht über eine Reihe weitgehend willkürlicher Verhaftungen informiert. »Wir haben die Diktatur des Soldatenrats«, sagte Herz unter diesem Eindruck in der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 17. Januar, ein Eindruck, den er sorgenvoll als »Durcheinanderregieren« beschrieb und in ihm die Befürchtung eines unmittelbar bevorstehenden Umsturzes hervorrief. So deutete er die Verhaftung Laufenberg's als einen Putschversuch der neuen »Ordnungskräfte« der MSPD, um umgekehrt den Arbeiterratsvorsitzenden seinerseits als »weit entfernt von jeder Putschpolitik« zu verteidigen.²⁷ Resigniert angesichts dieser konfliktuellen Zuspitzung trat Herz am 19. Januar als Vorsitzender der Justizkommission an dem Tag zurück, an dem auch Laufenberg den Vorsitz des Arbeiterrats niederlegte. In seiner Rücktrittserklärung vom 20. Januar wies Herz seinerseits vehement den erneuten Vorwurf eines Putsches, der angeblich von der USPD, den Radikalen und den Kommunisten geplant gewesen sei, zurück. Herz kritisierte umgekehrt die polarisierte Stimmung gegen den vermeintlichen »bolschewistischen« Aufstand und das Auftreten von Sicherheitsmannschaften, die überall Spartakisten, Bolschewisten und Putschisten vermutet und willkürlich Verhaftungen vorgenommen hätten. In diesem Zusammenhang äußerte Herz einen Vorwurf, der auf den Grundkonflikt zwischen MSPD und USPD verweist. Der wahre Grund dafür, dass er als Vorsitzender der Justizkommission nicht informiert worden sei, so Herz, sei der eingetretene tiefe Dissens in den politischen Grundausrichtungen der sozialistischen fragmentierten Bewegung:

24 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 36. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 2.1.1919.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 46. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 17.1.1919.

»Die Ausschaltung der Justizkommission erfolgt[e] nur deshalb, weil meine politischen Ansichten einer Anzahl von Mitgliedern der Kommission nicht zusagten.«²⁸

Mit Entsetzen verfolgte Herz die weitere Ausschaltung des Arbeiter- und Soldatenrats durch die MSPD. Der Tiefpunkt schien erreicht, als nicht ein Mitglied des Rates, sondern das Senatsmitglied Bruno Louis Schäfer (1860-1945) als offizieller Vertreter Hamburgs Ende Januar zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen wurde, die über den Entwurf der zukünftigen Verfassung von Hugo Preuß (1860-1925) beraten sollte. Herz stellte am 31. Januar im Arbeiter- und Soldatenrat resignierend fest: »Die politische Leitung ist uns jetzt entzogen worden, und zwar mit Hilfe der Regierung Ebert-Scheidemann. Wir sind also so weit gekommen, dass die Regierung Ebert-Scheidemann den reaktionären Senat gegen den Arbeiter- und Soldatenrat unterstützt.«²⁹

Als Anhänger der Revolution, als umsichtiger Realist und Jurist zeigte sich Herz bei der Reichsexekution gegen die Bremer Räterepublik Anfang Februar 1919. Der Rat der Volksbeauftragten, die provisorische deutsche Regierung in Berlin, schickte Ende Januar die Division Gerstenberg nach Bremen, um die dortige Räterepublik zu beenden, obwohl diese sich zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu selbst aufgelöst hatte.³⁰ In Hamburg wurde dieses Vorgehen von allen drei sozialistischen Parteien mit Empörung aufgenommen, weshalb erwogen wurde, die Bremer Räte militärisch zu unterstützen. Herz konnte sich einerseits in der Ablehnung der Reichsexekution nicht mäßigen – »Noske ist ein Lump«, betitelte er im Arbeiter- und Soldatenrat den MSPD-Reichswehrminister – und räsionierte andererseits nach dem Einmarsch der Division Gerstenberg in Bremen ahnungsvoll über die erstarkenden Militärs: »Gibt man dem alten Militarismus nur den kleinen Finger, dann nimmt er bald die ganze Hand. Die alten Generäle sind viel klüger als wir das annehmen.«³¹ In den Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats forderte er Solidarität mit den Bremer Räten, schlug vor, eine Delegation aus Hamburg nach Bremen zu schicken, um zu vermitteln, warnte aber vor der Bewaffnung von Zivilisten zur Unterstützung der Bremer Räte.

5. Verbindung von Sozialismus und Demokratie: Neue Rollenzuschnitte in der Gewaltenteilung

Ganz in seinem Element war Herz bei der Vorlage von Bestimmungen für die ersten Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft nach dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht, die am 16. März 1919 stattfinden sollten. Herz legte am 31. Januar seinen Entwurf für die neue Hamburger Verfassung im Arbeiter- und Soldatenrat vor. Dieser

28 Paul Neumann: Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats, Hamburg 1919, S. 69-70.

29 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 53. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.1.1919.

30 Zur Niederschlagung der Räterepublik in Bremen vgl. Kuckuck, Peter/Schröder, Ulrich: Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration, Bremen 2017 (2. Überarbeitete und erweiterte Auflage), S. 287-302.

31 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, Vollversammlung des Großen Arbeiterrats vom 4.2.1919.

beinhaltete eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses der politischen Gewalten zueinander. Der AuSR sollte nach diesem Entwurf über die von einer neu gewählten Hamburgischen Bürgerschaft erarbeitete Verfassung als letzte Instanz entscheiden. Damit, so Herz sollte die »Revolution [...] zwischen dem, was gestern war, und dem, was heute ist, einen dicken Strich machen.«³² Herz plädierte außerdem für eine strikte Trennung von Legislative und Exekutive. Demnach hatte nur die Bürgerschaft das Recht, Gesetze zu beschließen. Die Regierung, die bei ihm statt Senat »Rat der Volkskommissare« hieß, war allein für die Exekutive zuständig. Die Mitglieder dieses Rates konnten von der Bürgerschaft jederzeit abgewählt werden.

Über die Annahme dieses Entwurfs entspann sich eine lange Debatte. Der Gegenentwurf des MSPD-Mitglieds und Mitglieds des AuSRs, Georg Blume (1849-1921), bezog sich vornehmlich auf Bestimmungen zur Wahlberechtigung und zum Ablauf der Wahl. Der letzte Paragraph des Entwurfes von Blume enthielt jedoch eine Formulierung, die als Vorbehalt der MSPD gegenüber der bisherigen Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates zum Umbau des Staates verstanden werden konnte. Er lautete: »Alle diesem Gesetz entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft.«³³ In seiner Kritik an diesem Entwurf vermutete Herz, dass mit dem Inkrafttreten dieser Regelung alle Bestimmungen des Arbeiter- und Soldatenrats außer Kraft gesetzt würden, darunter auch sein eigener Entwurf, der sehr viel weiter reichte und bereits eine Definition des grundsätzlichen Verhältnisses zwischen den Verfassungsorganen vorgelegt hatte. Blume hingegen vertrat zusammen mit der MSPD die Ansicht, dass die Regelung der politischen Gewalten zueinander erst in der von der Bürgerschaft zu erarbeitenden Verfassung niedergelegt werden sollte.³⁴

Erwartungsgemäß fand der weitreichende Entwurf von Herz keine Mehrheit im AuSR, nachdem im Januar die MSPD eine deutliche Mehrheit vor USPD und Linksradikalen in den Neuwahlen zum AuSR erhalten hatte. Der Entwurf von Herz wurde der neu zu wählenden Bürgerschaft zwar als Grundlage zur Abstimmung über ein Notgesetz vorgelegt, das bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung gelten sollte. Doch sowohl im Arbeiter- und Soldatenrat als auch in der am 16. März neu gewählten Bürgerschaft verfügte die MSPD über so deutliche Mehrheiten, dass die Aufnahme eines besonderen Passus zum Arbeiter- und Soldatenrat in die Verfassung konzeptionell keine Rolle mehr spielte. Der Vorstellung von Herz von einem Rat als oberster politischer Instanz, quasi als wachsames Auge der Revolution, folgte die neu gewählte Bürgerschaft nicht. Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte damit seine Funktionen in Regierung und Verwaltung verloren. Schon am 17. Februar hatte Herz in der 65. Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats ein ernüchterndes Fazit über das Revolutionsorgan gezogen: »Wir beherrschen nicht den Verwaltungsapparat, sondern er beherrscht uns. Wir sind doch ein absterbendes Organ.«³⁵

Auch in der angespannten politischen Lage der ersten Wochen des Jahres 1919, in denen Herz sich aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Berlin und Bre-

32 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 53. Sitzung des Arbeiterrats Hamburg vom 31.1.1919.

33 Ebd., S. 82.

34 Vgl. die Position von Herz bei Neumann: Arbeiter- und Soldatenrat, S. 77-82.

35 StA HH, Protokolle AuSR Hamburg, 65. Sitzung des Arbeiters Hamburg vom 17.2.1919.

men deutlich auf Seiten der Radikalen, KPD und USPD positioniert hatte, blieb das Modell der parlamentarischen Republik noch stets eine Richtgröße, die Carl Herz mit der Mehrheitsfraktion der Arbeiterparteien teilte. Im Januar 1919 besuchte Herz seinen Mentor in staatsrechtlichen Fragen, den linksliberalen Verfassungsrechtler Hugo Preuß, damals Innenminister der provisorischen Reichsregierung, in Berlin und diskutierte mit ihm dessen Verfassungsentwurf. Preuß war wie er selbst in seiner vorsozialistischen Zeit stark von den Ideen eines Freiherrn von Stein, Rudolf von Gneist und Otto von Gierke geprägt. Nach Preuß sollte der Staat nach dem Prinzip der Selbstverwaltung »von unten nach oben« aufzubauen sein und die Struktur des Aufbaus dem genossenschaftlichen Prinzip Gierkes entsprechen. Darüber hinaus hegte Preuß große Sympathien für die grundlegenden Konzepte des englischen Staatsverständnisses, die auf der Auffassung der Identität von Volk und Staat beruhten. Diese betrachtete den Staat als das »rechtlich organisierte[n] Volk« und lehnte damit den Begriff der Souveränität als Staatsprinzip ab. Damit rückte Preuß von der Vorstellung ab, dass der Staat souverän über dem Volk schwebte und nicht von diesem abhängig sei.³⁶ Herz schloss sich dieser Vorstellung einer volksgebundenen Demokratie an, an der Seite eines »der wenigen nicht nur kenntnisreichen, sondern auch konsequenten bürgerlichen Demokraten«³⁷, wie Herz seinen Mentor nannte. Er bewunderte in dem liberalen Juristen überdies »den hervorragenden Verwaltungspolitiker, [...] der die Staatspolitik der Arbeiterbewegung mit dem Ideenkomplex der modernen Demokratie in organische Verbindung bringt.«³⁸ Wie Preuß zeigte sich Herz nach der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs am 20. Januar 1919 enttäuscht darüber, dass der verabschiedete Entwurf die von Preuß vorgesehene Neugliederung der Länder in etwa gleich große Gebiete nicht mehr vorsah.

6. Mitglied des gemäßigten Flügels: Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel der USPD in Hamburg

Mit der Wahl der neuen Hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919 und der damit verbundenen Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrats war das Wirken von Carl Herz in den Revolutionsmonaten noch nicht beendet. Seit dem 3. März saß er bereits wieder als Abgeordneter im Altonaer Stadtverordnetenhaus. Wichtiger für seine politische Positionierung in dieser Zeit aber waren die Auseinandersetzungen in seiner eigenen Partei, der USPD. Im Frühjahr 1919 brachen mit großer Heftigkeit ausgetragene Flügelkämpfe in der Unabhängigen Sozialdemokratie in Hamburg aus, die ihre Ursache in der Spaltung der Mitglieder in Anhänger der parlamentarisch-demokratischen Republik zum einen und des Räteystems zum anderen fand. Für Herz entzündete sich der

36 Zur Frage des Verhältnisses von AuSR und Volk war Herz der Ansicht, dass der AuSR sich durch die Revolution legitimiert sei; diese sollte zunächst die Voraussetzungen für den demokratischen Staat schaffen, in dem das gesamte Volk mitbestimmen konnte. Herz war der Auffassung, dass man dem Volk erst zeigen müsse, was ein sozialistischer Staat sei, bevor allgemeine Wahlen zum Parlament stattfinden könnten.

37 USPD: Protokolle über die Verhandlungen des Parteitage in Leipzig vom 8. bis 12. Januar 1922, S. 167, in: Protokolle der USPD-Parteitage, Bd. 4, Glashütten im Taunus 1976.

38 IISG, NL Carl Herz, Nr. 478: »Dem Andenken von Hugo Preuß« von Herz, Carl: o.J. (1925).

Konflikt an der Bewertung des Verhaltens der Hamburger Arbeiterparteien zum Sturz der Bremer Räterepublik. In der Hamburger Volkszeitung, dem Parteiorgan der Hamburger USPD, widersprach Herz dem Schatzmeister der Partei, Walter Rühl, der dem radikalen Flügel der Partei angehörte.³⁹ Rühl hatte in einem Artikel der Volkszeitung ausgeführt, der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat habe den Sturz der Bremer Räterepublik durch unterbliebene Hilfeleistungen mitverschuldet. Herz bezeichnete die Bremer Räterepublik dabei als »törichtes Experiment« und Bewaffnungsmaßnahmen zur Hilfe der Bremer als »nicht glücklich«.⁴⁰ Darauf polemisierte Rühl in einem weiteren Artikel gegen Herz. Die beiden USPD-Mitglieder standen sich wie die Vertreter unterschiedlicher Parteien gegenüber.

Der Gegensatz der beiden Flügel der USPD wurde auch auf einem außerordentlichen Parteitag der USPD vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin deutlich, zu dem die Hamburger bezeichnenderweise je zwei Vertreter der beiden Flügel der Partei geschickt hatten. Herz, der als einer der beiden gemäßigten Vertreter der Hamburger USPD nach Berlin reiste, fand mit seinen Ausführungen zu künftigen Aufgabenbereichen der Arbeiterräte und zur Demokratisierung der Verwaltung zwar den Beifall führender Vertreter der gemäßigten Seite wie Hugo Haase, Karl Kautsky oder Rudolf Hilferding (1877-1941), wurde aber von den meisten Teilnehmern, so Herz im Rückblick, »nicht verstanden«. Zurück in Hamburg gestand er seiner Frau: »Ich bin in eine falsche Partei hineingeraten.«⁴¹

In Hamburg hatte der radikale Flügel der USPD nach den teilweise gewalttätigen Unruhen in den ersten Wochen des Jahres 1919 starken Zulauf erhalten. Wirtschaftliche Gründe, Entlassungen, insbesondere auf den Werften, spielten dabei in Hamburg eine entscheidende Rolle. Unter den Werftarbeiten hatte die USPD seit ihrer Gründung starken Zulauf. Die Anzahl der Mitglieder der Hamburger USPD stieg von rund 500 vor der Revolution auf 16.000 Mitte März 1919. Die meisten dieser Mitglieder, sehr oft ungelernete Arbeiter, waren gewerkschaftlich nicht organisiert, da sie MSPD und Gewerkschaften als etabliert, wenn nicht gar reaktionär, ablehnten. Die meisten der nun neuen USPD-Mitglieder im Frühjahr 1919 unterstützten den radikalen Flügel und konnten aufgrund einer dezentralen und die Basis betonenden Struktur der USPD ohne großen Zeitverzug wählen und gewählt werden, anders als dies in der MSPD der Fall war. So radikalisierte sich die USPD in Hamburg in den ersten Monaten 1919 relativ schnell.

Das Klima war offenbar so aufgepeitscht, dass Carl Herz am 22. März 1919 in der »Hamburger Volkszeitung« vor Gewaltverherrlichung warnte: »Der Kultus der imperialistischen Gewalt wird abgelöst durch den Kultus der revolutionären Gewalt.«⁴² Am 4. April sah sich Herz bereits »Am Scheideweg«.⁴³ So hatte er einen weiteren Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« überschrieben. Darin bekannte er sich klar zur parlamentarischen Demokratie und erteilte der Diktatur des Proletariats eine Absage. Die ausschließliche Herrschaft der Arbeiterklasse ohne Berücksichtigung anderer sozialer Gruppen bezeichnete er als »kindischen Gedanken der Kommunisten«. Keine Gruppe

39 Die Lebensdaten zu Walther Rühl konnten nicht ermittelt werden.

40 Hamburger Volkszeitung (HVZ) Nr. 51 vom 1.3.1919.

41 IISC, NL Carl Herz, Nr. 35, Bl. 7: Herz an Kahn-Freund (1941).

42 HVZ Nr. 69 vom 22.3.1919. Die folgenden Zitate ebd.

43 Zitat wie Anm. 44.

der Gesellschaft dürfe von der Meinungsäußerung ausgeschlossen werden. Er drückte seine Überzeugung durch ein Bekenntnis zu Kautsky und Hilferding aus: »Kautsky und Hilferding sind mir lieber als Lenin und Trotzki.« Er beschloss diesen Artikel kämpferisch mit einer für die Situation seiner Partei bezeichnenden Bemerkung: Man müsse »den Mut haben zum Kampf gegen die bolschewistische Theorie.«⁴⁴ Damit wagte man sich im April 1919 auch innerhalb der USPD bereits weit vor.

Drei Tage später warnte der Sprecher des radikalen Flügels, Ernst Thälmann (1886-1944), in der »Hamburger Volkszeitung«, »dass sich einzelne Führer hemmend in den Weg stellen.«⁴⁵ In der ungarischen Räterepublik sei man dazu übergegangen, derartige Führer »beiseite zu schaffen.«⁴⁶ Diese Drohung konnte Herz sicherlich auf sich beziehen. Neben ihm äußerte sich zu diesem Zeitpunkt nur noch Siegfried Nestriepke (1885-1963), der Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung«, öffentlich im Sinne des kaum noch hörbaren gemäßigten Flügels der Partei. Herz ließ sich jedoch den Mund nicht verbieten, sondern fasste den Zustand der Arbeiterparteien in einem weiteren Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« am 23. April unerschrocken, aber resignierend zusammen. Dabei scheute er nicht davor zurück, auch die MSPD dafür verantwortlich zu machen, dass »die Gewalt unser öffentliches Leben vergiftet hat«, indem »sie den Militarismus wieder ins Leben gerufen« habe. Nun habe das deutsche Volk nur noch die Wahl »zwischen Hindenburg und Spartakus«.⁴⁷

Über die zwei Richtungen der Arbeiterbewegung schrieb er: »Die eine Richtung folgt einer auf die unmittelbaren Tagesbedürfnisse eingestellten, von jedem Idealismus losgelösten Augenblickspolitik, und verfällt damit der Geschäftsroutine einer geist- und seelenlosen Bürokratie. Die andere Richtung verliert den Boden unter den Füßen, begnügt sich mit irgendwelchen Schlagworten, entsagt der praktischen Arbeit und huldigt im blinden Dahinrinnen einer ganz sinnlosen Freude am Zerstören auch der letzten Wirtschaftsgrundlage.«⁴⁸ Rettung sah Herz nur, »wenn sich ehrliche Tagesarbeit wieder mit sozialistischem Idealismus verbindet.«⁴⁹ Nachdem Ernst Thälmann am 11. Mai zum ersten Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe der USPD gewählt worden war, sah Herz für sich keinen Platz mehr in der Hamburger USPD. In einem letzten Artikel in der »Hamburger Volkszeitung« vom 23. Mai distanzierte er sich von der Politik der neuen Führung der Hamburger Ortsgruppe: »Unter dem Druck des stärkeren linken Flügels zeigt diese Politik die Tendenz ins kommunistische Fahrwasser einzulenken«. Die Politik der KPD aber sei falsch und »ein Unglück für Deutschland.«⁵⁰

Im Altonaer Stadtverordnetenhaus war Herz noch bis zum 23. Oktober 1919 Mitglied, nahm aber aus Krankheitsgründen schon seit dem 4. Juli nicht mehr an den Sitzungen teil. Eine »schwere Nervenkrise«⁵¹ zwang ihn zur Aufgabe aller politischen Tätigkeiten. Die Krankheit sei, so ließ er durch seine Frau am 10. Oktober an Karl Kautsky

44 HVZ Nr. 80 vom 4.4.1919. Ebd. die vorausgegangenen Zitate.

45 HVZ Nr. 82 v. 7.4.1919.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Zitat wie Anm. 45.

49 HVZ Nr. 94 vom 23.4.1919.

50 HVZ Nr. 119 vom 23.5.1919.

51 Wie Anm. 52.

schreiben, »durch Überanstrengung in der Revolutionszeit, durch die Enttäuschungen über den Verlauf der Revolution und durch den Kummer über die unglückliche Entwicklung der U.S.P.« hervorgerufen worden.⁵² Herz' politische Positionierungen in den letzten Monaten vor seiner Krankheit stießen nun sogar in der MSPD auf positive Resonanz. Im »Hamburger Echo« war am 24. Oktober 1919 in einem Artikel über Herz anlässlich seines Ausscheidens aus der Altonaer Stadtverordnetenversammlung zu lesen, Herz habe in letzter Zeit »in allen Fragen eine gesunde Ansicht entwickelt«. Es wurde außerdem betont, dass er »wertvolle juristische Kenntnisse« besäße und über ein »umfassendes kommunalpolitisches Wissen« verfüge.⁵³ Damit endete die politische Laufbahn von Carl Herz in Hamburg und Altona.

7. Carl Herz, Kommunalpolitiker in Berlin und Parteitheoretiker in der SPD (1921-1933)

Nachdem Carl Herz sein Nervenleiden auskuriert hatte, öffnete sich ihm eine neue und bemerkenswerte politische Karriere als Kommunalpolitiker und Parteitheoretiker in der SPD. Zu seiner großen Überraschung nominierte ihn die USPD von Berlin-Spandau 1921 im Einvernehmen mit der dort sehr linken MSPD-Fraktion als Kandidaten für den stellvertretenden Bezirksamtsleiter. Offenbar war sein Ruf als erfahrener und kämpferischer Kommunalpolitiker auf den Feldern der Sozial- und Gesundheitspolitik bis nach Berlin gedungen. Herz wurde gewählt und es begann eine bis 1933 währende Laufbahn als Kommunalpolitiker in Berlin. 1926 wurde er zum ersten Bezirksamtsleiter des Bezirks Kreuzberg gewählt. Die Jahre dort bis 1933 zählten zu den erfolgreichsten und beruflich produktivsten Jahren seiner politischen Laufbahn. Während Carl Herz in Spandau als von außen Hinzukommender unter den dort ansässigen Kollegen nicht die erwünschte Akzeptanz fand, auch nicht in der SPD, in die er 1922 wieder eingetreten war, konnte er sich in Kreuzberg als Wohlfahrts- und Gesundheitspolitiker einen Namen machen.

In den Berliner Jahren war er als Parteitheoretiker und Vertreter der Selbstverwaltungslinie in der SPD, ebenso als Verfasser von programmatischen Texten oder Teilprogrammen gefragt. 1921 entwickelte er ein Kommunalprogramm für die USPD, 1924 ein Verwaltungsprogramm für die SPD und 1925 arbeitete er die Kapitel »Verfassung« und »Verwaltung« für das Heidelberger Programm der SPD aus. In den folgenden Jahren schrieb Herz für viele Zeitungen und Zeitschriften zu verschiedenen Themen; darunter zahlreiche, die sein wesentliches Anliegen, den Aufbau des demokratischen Staates auf der Grundlage der Selbstverwaltung, betrafen. Sein Hauptinteresse galt dem »dezentralisierten Einheitsstaat«, ein Begriff, den er von Hugo Preuß übernommen hatte. Herz bedauerte es sehr, dass die führenden Politiker der SPD wenig Interesse für seine Vorstellungen zeigten, auch wenn sie den Begriff Selbstverwaltung immer wieder im Munde führten. Sie richteten, so seine Kritik, ihr Augenmerk eher auf die Eroberung der Spitze der politischen Macht und versuchten die Demokratie von oben nach

52 IISG, NL Karl Kautsky, D XII 541: Herz an Kautsky vom 10.10.1919.

53 HE Nr. 492 vom 24.10.1919.

unten und nicht, wie Herz es nicht müde wurde, aufzuzeigen, von unten nach oben aufzubauen. Diese seine Auffassung von Demokratie legte er 1927 in der Schrift »Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie« nieder.

Die wohl bedeutendste Aufgabe wurde ihm 1930 von seiner Partei übertragen: einen Gegenentwurf gegen die Vorstellung des preußischen Innenministers Albert Grzesinsk (1879-1948), auch SPD, zu einer neuen Verfassung für die Stadt Berlin vorzulegen. Die Berliner SPD war mit dem Entwurf des Innenministers, der dem Amt des Oberbürgermeisters eine starke Stellung zuwies, nicht einverstanden. Der an dem Prinzip der Selbstverwaltung orientierter Entwurf von Carl Herz stieß in den eigenen Reihen ebenfalls nicht auf die nötige Akzeptanz. Es kam schließlich zu einem Kompromiss, mit dem eigentlich niemand zufrieden war.

Am 10. März 1933 wurde Herz von einem SA-Sturm aus dem Kreuzberger Bezirksamt vertrieben und entging vermutlich nur durch das beherzte Eingreifen eines republiktreuen Polizeibeamten einem schlimmen Schicksal. Er blieb trotzdem in Berlin, protestierte sogar gegen seine Amtsenthebung, für die er in den Augen der Nationalsozialisten als Jude und als linker Sozialdemokrat zweifach »prädestiniert« war.

8. Exil in London (1939) und Emigration nach Palästina (1946-1951)

Erst im Frühjahr 1939 emigrierte er nach London, wo er und seine Frau Aufnahme bei der Schwester seiner Frau, die mit einem geadelten Literaturprofessor verheiratet war, fanden. Herz, der sich aufgrund seiner geringen Sprachkenntnisse des Englischen im Londoner Exil stets fremd fühlte, betätigte sich sehr intensiv politisch in der Exil-SPD, deren Vorstand in London untergekommen war. Bald brachen unter den Emigranten der SPD altbekannte Konflikte auf. Herz folgte einer Linie, die sich stark an alten USPD-Positionen links von der Position des Exil-Vorstands orientierte. Die Positionen von Exil-Vorstand und der links von ihm stehenden Geyer-Loeb-Gruppe, zu der Herz zählte, prallten in der Beurteilung der Situation der Arbeiterklasse in Nazi-Deutschland und in der Frage, inwieweit die SPD den Aufstieg Hitlers und der NSDAP mit verschuldet habe, unversöhnlich aufeinander.

Herz legte 1942 in London seine Ansichten zur deutsch-preußischen Geschichte in der kurzen Schrift »The Straight Line« nieder. Darin zog er eine gerade Linie von dem preußischen König Friedrich II. bis zu Hitler. Er erweiterte diese Schrift später zu einem nicht mehr fertiggestellten Buch mit dem Arbeitstitel »Geister der Vergangenheit«.⁵⁴

Gegen Ende seines Exils in London, in den Jahren 1943/44, widmete sich Herz einer letzten großen Aufgabe. Er entwarf eine Verfassung für das künftige Deutschland, die von den beiden politischen Idealen seines Lebens geprägt war: Demokratie und Sozialismus. Neben dem hinlänglich beschriebenen Modell des dezentralisierten Einheitsstaates auf der Basis der Selbstverwaltung entwickelte Herz ein sehr ausführliches Konzept zur Sozialisierung von »Grundbetrieben«, wie er es nannte. Dieser Entwurf wurde in der deutschen Exilszene in Großbritannien diskutiert; ob er aber auch von

54 Herz, Carl: Geister der Vergangenheit, Haifa 1951.

leitenden Stellen der Alliierten beachtet wurde, bleibt unklar. Herz behauptete, »leitende Grundsätze« seines Verfassungsentwurfs hätten bei der Abfassung des Potsdamer Abkommens eine Rolle gespielt. Wirklich beweiskräftige Nachweise fehlen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg spielte Herz mit dem Gedanken, nach Berlin zurückzukehren. Er hegte seit seiner Zeit in der Berliner Bezirkspolitik den Traum, einmal Oberbürgermeister der Stadt zu werden. Doch die SPD, aus der er während der Auseinandersetzungen im Londoner Exil ausgetreten war, verweigerte ihm die Wiederaufnahme. Entscheidend für seinen Entschluss, nicht mehr nach Deutschland zurückzukehren, war letztlich der Wunsch seiner Frau. Carl und Else Herz (1882-1966) siedelten 1946 nach Palästina über, wohin bereits ein Sohn und eine Tochter emigriert waren. Auch dort begleitete er bis zu seinem Tod 1951 kritisch das politische Geschehen; den neugegründeten Staat Israel betrachtete er als Theokratie und hielt ihn letztlich für überflüssig. Er konnte sich überdies nicht vorstellen, dass die aus den verschiedensten Ländern und Kulturen stammende jüdische Bevölkerung jemals ein einheitliches Volk bilden würde.

Carl Herz vertrat mit großem Einsatz und Leidenschaft den Dualismus der Sozialdemokratie, Demokratie und Sozialismus, welche beide zusammenzuführen waren. Im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat vertrat er 1918/19 die Vorstellung von der Revolution als Zäsur und als Neuanfang. Er widmete sich der notwendigen und unmittelbar zu entwickelnden Neuformulierung einer Verfassung, die Elemente des Sozialismus mit der Demokratie vereinen sollte. Er erschuf eine Verfassung mit einer Architektur, die Räteverfassung und demokratische Prinzipien miteinander verbinden sollte, ebenso Idealismus mit Pragmatismus. Sie stieß in Hamburg auf großen Widerstand der Mehrheits-SPD.

Man darf den Gedanken wagen: Hätten mehr Sozialisten ähnlich gedacht wie die gemäßigte USPD und hätten sie sich durchsetzen können, hätte die Revolution womöglich erfolgreicher sein können. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte es vermutlich gutgeheißen.

Dimension: Politische Transformation: lokal und regional in Hamburg, Altona und im Großraum Hamburg 1918

Altona in der Revolution von 1918/19: das kommunale Modell der Transformation

Holmer Stahncke

1. Zusammenfassung

In den Novembertagen der Revolution von 1918/19 stand die kommunale Selbstständigkeit Altonas für kurze Zeit auf dem Spiel. Ihr Ende konnte verhindert werden, weil es dem bürgerlichen Oberbürgermeister Bernhard Schnackenburg (1867-1924) und der Altonaer Sozialdemokratie gemeinsam gelang, die Stadt dem Machtanspruch des Arbeiter- und Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend zu entziehen. Beide bis dahin unversöhnlichen politischen Gegner einte der Wille, eine drohende Räterepublik in Hamburg und Altona zu verhindern. Die in der Tradition der Lassalleschen Arbeiterbewegung stehende Altonaer SPD wurde durch die Bestellung kommissarischer Senatoren als revolutionäre Kraft in den Magistrat eingebunden. Durch diese Neuordnung der kommunalen Verhältnisse konnte Altona gegenüber dem links-radikalen Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat seine Eigenständigkeit im revolutionären Prozess behaupten.

Gleichzeitig wollte Altona sich so in der anstehenden Groß-Hamburg-Debatte als souveräner Verhandlungspartner positionieren. Für Altona mit seiner desolaten haushalts- und finanzpolitischen Situation war die Groß-Hamburg-Problematik schon vor dem Krieg eine Frage von existentieller Bedeutung, wobei die Stadt in der Auseinandersetzung zusehends in die defensive Rolle des Bittstellers geraten war. Jetzt wollte sie mit eigenen Forderungen erneut in die Verhandlungen eintreten, was sich aber als Illusion herausstellte. Altona wurde von keiner Seite als ebenbürtige Partnerin akzeptiert. Die Groß-Hamburg-Frage wurde in den Revolutionswochen letztlich nicht mehr geklärt. Eine Einigung, wäre sie tatsächlich erfolgt, hätte aber die Selbstständigkeit der Kommune Altona in einem Groß-Hamburg aufgehoben.

Durch die langfristige Partnerschaft bürgerlicher und sozialdemokratischer Kräfte konnte die Eigenständigkeit der Altonaer Kommunalpolitik im Kräftefeld Preußen und Hamburg in den kommenden Jahren stabilisiert werden. Hatten sich die politischen Lager schon im Krieg angenähert, bedurfte es der Revolution, auch den kaisertreuen Oberbürgermeister Schnackenburg in den Prozess der Demokratisierung der Kommu-

nalpolitik einzubinden. Die Partnerschaft, in der die stärkere Sozialdemokratie sich mit der Rolle des Juniorpartners begnügte, war nach der Wiederwahl Schnackenburgs 1921 bis 1933 geplant, wurde aber durch seinen frühen Tod 1924 beendet. Der Annäherung der beiden anfangs so unterschiedlichen politischen Akteure vom »unüberbrückbar« scheinenden Gegensatz in den Anfängen (1909) zu einer fruchtbaren Kooperation im Laufe der Revolution in Auseinandersetzung mit dem AuSR von Groß-Hamburg und weiteren Akteuren stellt eine besondere Variante der revolutionären Transformation in Altona dar.

2. Bernhard Schnackenburg: Oberbürgermeister im Kaiserreich bis zur Revolution 1918

Bernhard Schnackenburg wurde am 16. Juni 1909 zum Bürgermeister Altonas gewählt.¹ Der kaisertreue, konservative Jurist war ein ausgewiesener Kommunalbeamter, dem man zutraute, das hochverschuldete Altona gegen den übermächtigen Nachbarn Hamburg neu zu positionieren. Die »Groß-Hamburg-Frage« in all ihren Facetten und Möglichkeiten beschäftigte ihn seit Beginn seiner Amtszeit.

Schon im Vorfeld der Wahl war es zu einer ersten Auseinandersetzung mit den Altonaer Sozialdemokraten gekommen, die ihm einen Fragenkatalog mit der Aufforderung geschickt hatten, diesen in seiner Präsentationsrede zu beantworten.² Es ging u.a. um das allgemeine, gleiche Wahlrecht und um sein Verständnis von Sozial- und Wohnungspolitik. Eine Zumutung, befanden Schnackenburg und der Altonaer Magistrat, der sich bei dem Kandidaten entschuldigte und »auf schärfste« den Versuch missbilligte, ihn in den parteipolitischen Wahlkampf hineinzuziehen.³ Tatsächlich weigerte Schnackenburg sich strikt, Fragen zum Wahlrecht zu beantworten, da dieses »zu sehr in das politische Gebiet« übergreife. Ein Bürgermeister solle sich vom Parteileben fernhalten und allen Parteien gerecht werden.⁴

Als preußischer Bürgermeister musste Schnackenburg sich mit den bürgerlichen Eliten der Stadt gutstellen und für seine kommunalpolitischen Ziele stets neue Mehrheiten suchen.⁵ Die Stadtverordneten, die vom Zentralausschuss der bürgerlichen Vereine Altonas als Kandidaten aufgestellt wurden,⁶ verfolgten ihre politischen Interessen

-
- 1 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg). Am 14.2.1910 ernannte ihn der preußische König zum Oberbürgermeister. Zu Schnackenburg siehe auch Stubbe-da Luz, Helmut: Die Oberbürgermeister. Heinrich Denicke Harburg, Bernhard Schnackenburg Altona, Erich Wasa Rodog Wandsbek, Hamburg 1992, S. 33-56. Das in Abbildung 1 dargestellte Foto Passfoto stammt aus der Vorkriegszeit. Schnackenburg ließ es 1919 in seinen neuen republikanischen Reisepass kleben, um als Oberpräsident von Westpreußen nach Polen reisen zu können.
 - 2 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), W. Sievert (SPD-Altona) und H. Kürbis (SPD-Schleswig-Holstein) an Schnackenburg, 28. Mai 1909.
 - 3 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Oberstadtsekretär an Schnackenburg, 29.5.1909.
 - 4 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Präsentationsrede Schnackenburg.
 - 5 Hofmann, Wolfgang: Oberbürgermeister als politische Elite im wilhelminischen Reich und in der Weimarer Republik, in: Schwabe, Klaus (Hg.): Oberbürgermeister, Boppard am Rhein 1979, S. 28ff.
 - 6 Vgl. Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 5.11.1918. Dort wird ein solcher Auswahlvorgang beschrieben.

Abbildung 1: Passfoto von Bernhard Schnackenburg



Foto: ©StA HH 424–88 = 47_Nr. 40. Nachlass Schnackenburg.

mit themenbezogenen, wechselnden Mehrheiten. Mit dem Einzug von fünf sozialdemokratischen Stadtverordneten 1910 in die Stadtverordnetenversammlung bildete sich hier erstmals eine Fraktion mit klarer parteipolitischer Ausrichtung.⁷ Die Sozialdemokraten, insbesondere ihre beiden Führungspersönlichkeiten, der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hermann Thomas⁸ und deren intellektueller Wortführer, der Rechtsanwalt Carl Herz (1877–1951), waren für Schnackenburg als Mehrheitsbeschaffer indiskutabel.⁹ Thomas, ein Zigarrendreher, war wegen Majestätsbeleidigung und »geheimer Verbindungen« vorbestraft. Und Herz griff Schnackenburg bereits in den ersten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung publikumswirksam an. Er warf ihm Paschawirtschaft in den städtischen Betrieben und Vertuschungspolitik vor, womit er die Schlagzeilen beherrschte.¹⁰

Das Verhältnis der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister besserte sich in den folgenden Jahren nicht. Im Kommunalwahlkampf 1913 bezeichneten sie ihn als einen

7 Zu den Bemühungen der SPD, in die Kommunalvertretungen einzuziehen siehe Osterroth, Franz: 100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein, o.O. o.J., S. 45ff.

8 Amtsblatt der Stadt Altona. Bekanntmachung der städtischen Behörden. 19.1.1924, Hermann Thomas tot. Hanke gibt an, Carl Herz sei der Fraktionsvorsitzende gewesen. Vgl. Hanke, Christian: Selbstverwaltung und Sozialismus. Carl Herz, ein Sozialdemokrat, Hamburg 2004, S. 59. Zu Hermann Thomas siehe Stahncke, Holmer: Altona und die Revolution von 1918/19. Aufbruch in die kommunale Demokratie, Hamburg 2018, S. 25.

9 Zu Carl Herz vgl. in diesem Band Hanke, Christian: »Selbstverwaltung und Sozialismus«, S. 173–189.

10 Hanke (2004): Selbstverwaltung, S. 61–67.

aalglaten Politiker, der sich ohne Prinzipien mit »Worten honigsüßen Schleimes« überall durchschlängelte, sich nur um das Wohlergehen des Hausbesitzerstandes bemühte und das Wohnungselend, die Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit in Altona ignorierte. Sie warfen ihm vor, durch eine Manipulation der Geschäftsordnung die bürgerliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung sichern zu wollen, um den Staat vor der »roten Gefahr«, der Umsturzpartei, zu retten. »Glauben die Macher spießbürgerlicher Politik, daß sich der Vormarsch des Proletariats durch die dürftigen Zwirnsfäden hemmen läßt, die sie über den Weg gespannt haben?«¹¹ Dabei war die Altonaer gewerkschaftsorientierte, in der Tradition von Ferdinand Lassalle stehende SPD weit davon entfernt, eine revolutionär-umstürzlerische Partei zu sein.¹²

Im August 1914, zu Beginn des Ersten Weltkriegs, deutete nichts darauf hin, dass Schnackenburg und die Sozialdemokraten sich vier Jahre später nicht nur zu einem vorübergehenden Bündnis zusammenschließen würden, sondern diese Zusammenarbeit bis 1933 fortsetzen wollten.¹³ Im November 1918 einte sie das Ziel, eine Räterepublik zu verhindern und Altona vor dem Einfluss radikaler linker Kräfte im Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgegend (AuSR) zu schützen. Zu diesen radikalen Kräften gehörte inzwischen auch Carl Herz als juristischer Berater des linksradikalen Vorsitzenden des AuSRs, Heinrich Laufenberg.¹⁴ Herz war schon im Krieg als Gegner der Kriegskredite zu einem Fremdkörper in seiner Partei geworden.¹⁵ Ein gemeinsames Buchprojekt mit Heinrich Laufenberg (1872-1932) und Fritz Wolffheim (1888-1942) – er sollte am 6. November 1918 die große Demonstration vom Heiligengeistfeld zum Generalkommando in Altona anführen – machten ihn 1915 vollends zum Außenseiter in der Partei.¹⁶ 1916 trat Herz aus der SPD aus und kurze Zeit später der von ihm mitbegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) bei. Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung reagierte »mit großer Heiterkeit« und »ironischen Bravorufen«, als Herz' Austrittserklärung verlesen wurde.¹⁷ Herz erhielt 1916 einen Einberufungsbescheid und war damit vorübergehend von der politischen Bühne verschwunden.¹⁸

11 StA HH 424,88-47_Nr. 40. Wahl-Zeitung für die Stadtverordneten-Wahlen 1913, Hg. Sozialdemokratische Partei von Altona und Ottensen, 12.10.1913.

12 Siehe dazu die Schrift des Altonaer Reichstagsabgeordneten Carl Frohme: *Friedliche Entwicklung oder Gewaltsamer Umsturz? Ein Mahnwort an alle Gesellschaftsklassen*, Nürnberg 1885. Zur Geschichte der Altonaer Arbeiterbewegung siehe Gerd Krämer: *»Bollwerk der Sozialisten des Nordens«*. Die Anfänge der Altonaer Arbeiterbewegung bis 1875, Hamburg 1997.

13 1922 wurde Schnackenburg für weitere 12 Jahre zum Oberbürgermeister gewählt.

14 Stalman, Volker (Bearb.): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19*, Düsseldorf 2013, S. 67 u. S. 203.

15 Hanke (2004): *Selbstverwaltung*, S. 79-94.

16 Zu Fritz Wolffheim vgl. in diesem Band Meyer-Lenz: *»Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution«*, S. 61-63.

17 Hanke (2004): *Selbstverwaltung*, S. 93f. Carl Herz legte sein Mandat am 20. Oktober 1916 nieder.

18 Vgl. dazu in diesem Band Hanke, Christian: *Selbstverwaltung*, S. 175. Die Einberufung zum Militärdienst war ein probates Mittel, mit dem das IX. stellvertretende Generalkommando in Altona missliebige linke Politiker aus dem Verkehr zog. Die SPD duldete es, wenn staatliche und militärische Stellen oppositionelle Gruppierungen in der Partei, die sich der Parteidisziplin entzogen,

Obwohl die Altonaer SPD im Krieg den »Burgfrieden« bewahrte und politische Streiks wie den Januarstreik von 1918 schlichten half, womit sie dessen gewaltsame militärische Unterdrückung verhinderte¹⁹, fand Schnackenburg keinen Draht zu ihr. Dabei war sie nach den Kommunalwahlen von 1916 mit 18 Abgeordneten in der 48köpfigen Stadtverordnetenversammlung eine kommunalpolitische Größe geworden, die er nicht länger ignorieren konnte. Unter den neuen Abgeordneten war auch der 28-jährige Max Brauer (1887-1973), der ihm 1924 im Amt des Oberbürgermeisters nachfolgte. Anders als Schnackenburg, arbeiteten einige bürgerlich-liberale Stadtverordnete aber gut mit der SPD-Fraktion zusammen. Mit ihren Stimmen wurde Hermann Thomas zum zweiten Worthalter der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die SPD unterstützte die Wahl des bürgerlichen Kandidaten Theodor Görlitz (1885-1949) zum besoldeten Senator. Im Gegenzug wurde Hermann Thomas mit den Stimmen von bürgerlichen Stadtverordneten am 17. Juli 1918 als unbesoldeter Senator »gegen den entschiedenen Protest Schnackenburgs«²⁰ in dessen Magistrat gewählt.²¹ Die Gegensätze zwischen Schnackenburg und der sozialdemokratischen Fraktion hätten sich zeitweilig heftig zugespitzt, so der Altonaer Stadtarchivar Paul Th. Hoffmann.²² Die Wahl von Thomas sei nur der Anfang, kommentierte der Sozialdemokrat Carl Stoll (1888-1961) den Vorgang in der »Neuen Hamburger Zeitung«.²³ Seit Jahren habe man den Anspruch auf einen Magistratssitz erhoben und »die altonaische Sozialdemokratie hat nicht ein so heroisches Maß an Bescheidenheit«, sich mit einem einzigen Sitz im Magistrat zufrieden zu geben.

3. Die Revolution kommt nach Altona

Noch vier Monate vor der Novemberrevolution standen Schnackenburg und die Sozialdemokraten unversöhnlich in verschiedenen Lagern. Doch spätestens ab dem 8. November, als der sozialdemokratische Senator Thomas beschwichtigend auf den Soldatenrat der Altonaer Viktoria-Kaserne einwirkte, arbeiteten sie zusammen. Über die Details dieses Annäherungsprozesses wissen wir wenig, da die Novembertage weder ins kollektive Gedächtnis der Altonaer SPD noch in die Erinnerungen ihrer Funktionäre

mundtot machten. Vgl. Ullrich, Volker: Die USPD in Hamburg und im Bezirk Wasserkante 1917/18, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZVHG) 79 (1993), S. 133-162, hier S. 141.

- 19 Krause, Thomas: »Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona«, in: Sywottek, Arnold (Hg.): Das andere Altona, Hamburg 1984, S. 40. Siehe auch Ullrich, Volker: Der Januarstreik in Hamburg, Kiel und Bremen: Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegungen im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71 (1985), S. 45-74, hier S. 62-65.
- 20 Hoffmann, Paul Th.: Neues Altona 1919-1929. Zehn Jahre Aufbau einer deutschen Großstadt Bd. 1, Jena 1929, S. 41. Hoffmann gibt auf S. 46 fälschlicherweise den 1.10.1918 als Tag der Wahl von Hermann Thomas zum Senator an.
- 21 Bei den Wahlen, an denen sich nur wenige Altonaer beteiligt hatten, erhielt Hermann Thomas 886 Stimmen, sein bürgerlicher Mitbewerber Johannes Schmarje 304 und der sozialdemokratische Stadtverordnete Stoll vier Stimmen. Vgl. General-Anzeiger für Hamburg-Altona vom 18.7.1918.
- 22 Hoffmann (1929): Neues Altona Bd. 1, S. 41.
- 23 Neue Hamburger Zeitung vom 18.7.1918., das folgende Zitat ebd.

eingeflossen sind. So erwähnte Max Brauer die Revolutionstage weder in seinen Trauerreden für Hermann Thomas und Bernhard Schnackenburg 1924 noch später. Auch im Nachlass Schnackenburgs findet sich dazu nichts.²⁴

Die ersten Nachrichten von den Unruhen in Kiel, der drohenden Revolution, trafen in der Nacht vom 3. auf den 4. November in Altona ein. General Adalbert von Falk (1856-1944), der Kommandeur des IX. Stellvertretenden Generalkommandos, ansässig in der Palmaille in Altona, schickte umgehend Truppen nach Kiel, um die Unruhen zu unterdrücken. Als sein Vorhaben scheiterte, veranlasste er, dass die Bahnverbindungen nach Kiel gekappt wurden, um den Unruheherd zu isolieren²⁵ – mit der Folge, dass in Hamburg hängengebliebene Matrosen gemeinsam mit der Hamburger USPD am 6. November einen »Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat« bildeten, nachdem sie in der Nacht zuvor den revolutionären Umsturz in Hamburg aktiv unterstützt hatten.²⁶

Am 4. November war die SPD in Hamburg und in Altona noch unsicher, wie sie sich verhalten sollte. In Hamburg trafen sich die Führungsgremien der SPD und der Gewerkschaften, um zu entscheiden, ob man sich an die Spitze der Bewegung stellen oder besser abwarten sollte.²⁷ Gleichzeitig lud die Altonaer SPD zu einer »basisdemokratischen« Versammlung in das Hotel Kaiserhof. Doch die Kontrolle über die Veranstaltung entglitt ihr zusehends, als Redner der USPD das Ende des Kaiserreichs forderten. Es war nicht das erste Mal, dass junge USPD-Anhänger Versammlungen der SPD mit »lautstarken Friedensbestrebungen« störten.²⁸ Nach der Veranstaltung im Kaiserhof zogen aufgebrachte Demonstranten durch die Stadt und plünderten den Waffenbestand des Polizeireviere 4 an der Kleinen Gärtnerstraße (heute Stresemannstraße) am Bahnhof Holstenstraße.²⁹ Auch die Waffenkammer am Lunapark in Altona wurde in den nächsten Tagen von Soldaten ausgeräumt.³⁰ In Bahrenfeld beging der Oberleutnant Lange in einem Eidelstedter Wäldchen Selbstmord, nachdem er die ihm unterstehenden Munitionslager in Bahrenfeld und Schenefeld übergeben hatte.³¹

Der Altonaer Polizeikommandant empfahl eine verstärkte Militärpräsenz auf den Hauptstraßen, da er »nach Verlauf gestriger sozialdemokratischer Volksversammlung im Kaiserhof, auf der Spartakusleute mit beurlaubten Soldaten sich verbrüdeten, [...] Unruhen zwecks Umsturz und Tötung wohlhabender Personen sehr wohl möglich«

24 Altonaisches Amtsblatt vom 26. 1. 1924 und ebd. 2.2.1924.

25 Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse findet sich bei Schmidt, Ernst-Heinrich: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S. 43-73. Vgl. auch Stalman (2013): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat*, S. 40.

26 Vgl. in diesem Band Johanna Meyer-Lenz: »Konfliktparteien und Konfliktstrukturen der Revolution«, S. 63-70.

27 Stalman, Volker (Bearb.): »Die Revolution von 1918/19 in Hamburg«, in: Lehnert, Detlef (Hg.): *Revolution 1918/19 in Norddeutschland*, Berlin 2018, S. 116.

28 Ebd., S. 99-176, hier S. 115.

29 Krause (1984): *Das bürgerliche Trauma*, S. 42.

30 *Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse im In- und Ausland.* Hg. v. Friedrich Purlitz. *Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution.* 1. Bd. November 1918-Februar 1919, S. 6.

31 *Hamburger Nachrichten* vom 9.11.1918. (Anm. Vf.: Der vollständige Name konnte nicht ermittelt werden.)

hielt.³² Am 5. November traf die »Militärverwaltung im Verein mit der Polizei umfassende Sicherheitsmaßregeln« und konnte einige Demonstrationzüge aus Hamburg daran hindern, bis zum Altonaer Bahnhof vorzudringen. »Starkes Militäraufgebot gebot ihnen Halt«, meldete der »Hamburger Anzeiger«.³³

Als sich am 6. November ein Demonstrationzug mit mehreren tausend Teilnehmern vom Heiligengeistfeld kommend der Generalkommandantur in Altona näherte, gab es kein Militär mehr, das General von Falk hätte mobilisieren können. Noch tags zuvor hatte er geplant, dass »in der Kaserne des 31. Infanterie Regiments stets eine Kompanie unter Waffen bleiben [sollte], die erforderlicherseits sowohl in Hamburg wie in Altona zur Unterstützung der Polizei Verwendung finden könne.«³⁴ Doch dann erklärte die Stadtkommandantur Altonas dem zweiten Bürgermeister und Polizeisenator Franz Wilhelm Schulz, man könne bei der geringen Zahl der ihr zur Verfügung stehenden Soldaten nicht in derselben Weise wie 1917 bei den Lebensmittelunruhen verfahren. Damals hatte eine starke Militärpräsenz zur Unterdrückung der Unruhen beigetragen. Überlegungen, zusätzliche Polizeikräfte zum Schutz der Palmaille einzusetzen, wurden wieder verworfen. »Späterhin kam von der Stadtkommandantur die Mitteilung, daß sie den vom Heiligengeistfeld kommenden Zug nicht mit Waffengewalt fernhalten, sondern mit ihm verhandeln wolle. Infolgedessen kam eine Verwendung der Altonaer Polizeimannschaften für Zwecke der Kommandantur nicht weiter in Betracht.«³⁵

Das war nur die halbe Wahrheit; tatsächlich gab es keine Einheiten mehr, die von Falk hätte einsetzen können. Rechnerisch standen dem General nach eigenen Angaben rund 1000 erst fünf Wochen zuvor eingezogene Rekruten, ein paar Maschinengewehre und zwei Geschütze zur Verfügung.³⁶ Die Artilleristen in Bahrenfeld weigerten sich jedoch, ihre Geschütze einsatzbereit zu machen, und die Soldaten des Ausbildungsbaillons in der Viktoria-Kaserne waren längst zu den Demonstrierenden übergelaufen. Sie hatten sich, angeführt von einer Militärmusikkapelle, an der Veranstaltung auf dem Heiligengeistfeld beteiligt und dem sich anschließenden Demonstrationzug zum Generalkommando angeschlossen. Unter den 40.000 Teilnehmern der Veranstaltung auf dem Heiligengeistfeld³⁷ befand sich auch ein »Zug von Frauen«, wie der »Hamburger

32 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 40., vgl. auch Hartel, Werner: Geschichte der SPD in Altona-Nord, [Ort Jahr], S. 13f.

33 Hamburger Anzeiger vom 6. 11. 1918.

34 StA HH, 424-88 Nr. 29 (Nachlass Schnackenburg), Bericht des 2. Bürgermeisters Schulz an Schnackenburg vom 9.11.1918.

35 Ebd.

36 Der Soldatenrat der Viktoria-Kaserne gab zwei Tage später die Zahl von 2800 Soldaten an. Vgl. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 139.

37 Über die Veranstaltung wird an verschiedenen Stellen berichtet: Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 129-131 u. S. 134, 136f; Malanowski, Wolfgang: November-Revolution. Die Rolle der SPD, Frankfurt a.M./Berlin 1968, S. 132-134.; Ullrich, Volker: Zwischen Burgfrieden und Novemberrevolution. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Hamburg 1914-1919, in: Bauche/Eiber/Wamser/Weinke (Hg.): »Wir sind die Kraft«. Arbeiterbewegung in Hamburg von den Anfängen bis 1945, Hamburg 1988, S. 95; Ders.: »Der letzte Befehl, kein Blutvergießen«, in: Altona, Hamburgs schöne Schwester, Hamburg 1991 (2. Aufl.), S. 336; Krause, Thomas: »Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona.«, in: ders. Das andere Altona, Hamburg 1984, S. 39-58, hier S. 42.

General Anzeiger« hervorhob.³⁸ Er berichtete, dass ein Redner des Soldatenrats der Altonaer Viktoria-Kaserne die Veranstaltung eröffnete und sofortigen Frieden und die Zusicherung forderte, dass »kein Soldat auf die Bevölkerung schießen dürfe und auch nicht andere Truppen herangezogen und auf die Bevölkerung losgelassen werden dürften.«³⁹ Der radikale Linkssozialist Fritz Wolffheim rief dagegen zur Erstürmung der Generalkommandantur in Altona auf⁴⁰, worauf sich der Demonstrationzug formierte. Verhandlungen mit dem Generalkommando wurden verweigert, und von Falk und sein Stab ergriffen die Flucht, jedoch nicht ohne vorher noch den Befehl zu geben, kein Blut zu vergießen.⁴¹ Das hatte von Falk bereits am 5. November Vertretern der Arbeiterschaft, unter ihnen der Hamburger SPD-Chef Otto Stolten, bei einem Treffen im Generalkommando zugesagt.⁴² In der Arbeiterschaft war der General zur Hassfigur geworden, weil er »die Proletarier in Fabrik und Kaserne mit rücksichtsloser Brutalität unter die Sohlen seiner Kommissstiefel getrampelt« hatte, wie das sozialdemokratische »Hamburger Echo« schrieb.⁴³ Als Befehlshaber des IX. Stellvertretenden Armeekorps war er für »die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und allgemeiner Stimmung« in seinem Kommandobereich verantwortlich, nachdem im August 1914 in Deutschland der Belagerungszustand ausgerufen worden war.⁴⁴

Auf dem Weg vom Heiligengeistfeld zur Kommandantur in der Palmaille kam es zu zwei Anschlägen. Zuerst wurde der von einer bewaffneten Postenkette angeführte Zug an der Ecke Lincolnstraße/Reeperbahn aus mehreren Fenstern heraus beschossen⁴⁵, dann fielen Schüsse aus Häusern am Nobistor, denen zehn Teilnehmer zum Opfer fielen. Trotz der Toten und angesichts der Tatsache, dass der Zug von Bewaffneten begleitet wurde,⁴⁶ gestaltete sich der weitere Verlauf auch in Altona überraschend friedlich. Nach der Schießerei am Nobistor löste sich der Zug in kleine Trupps auf, die sich über

38 Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918.

39 Ebd.

40 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 41. Vgl. in diesem Band die Wiedergabe des Textes von Friedrich (»Fritz«) Wolffheim: Der 6. November, S. 56–62.

41 Der Rechenschaftsbericht des stellvertretenden kommandierenden Generals des IX. Armeekorps, Adalbert von Falk über die Zeit vom 3.–12.11.1918 findet sich in Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 138–142.

42 Ebd., S. 38.

43 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 42.

44 Zum Belagerungszustand und zu den Befugnissen der Stellvertretenden Generalkommandos siehe auch Matuschka, Edgar Graf von: Organisationsgeschichte des Heeres 1890 bis 1918, in: Deutsche Militärgeschichte 1648–1939. Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt. Bd. 3, S. 280; Feldman, Gerald D.: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918, Berlin/Bonn 1985, S. 38–45.

45 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918. Der Hamburgische Correspondent berichtete, dass mehrere Matrosen in das Haus eingedrungen seien, dort zwei Frauen als Täterinnen ausgemacht und diesen die Kehle durchgeschnitten hätten. Die blutige Darstellung dürfte ihre Wirkung auf die bürgerlichen Leser:innen nicht verfehlt haben. Im Hamburger General Anzeiger hieß es dagegen, aus einem Haus an der Reeperbahn sei ein Rädelsführer geholt und niedergemacht worden.

46 Einige Demonstranten führten ein Maschinengewehr mit, das sie der Wache am Untersuchungsgefängnis am Holstenplatz abgenommen hatten. Vgl. Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918; andere hatten zwei Polizeiwachen auf St. Pauli geplündert. Vgl. ebd.

die ganze Stadt verbreiteten.⁴⁷ Die bewaffneten Vorpostenketten forderten die Anwohner mit lauten Zurufen auf, die Fenster zu schließen und sich nicht zu zeigen. Trotzdem habe es auf den Straßen Altonas vor Menschen gewimmelt, berichtete der »Hamburgische Correspondent«.⁴⁸

Einige Demonstranten machten sich, als sie das Generalkommando leer vorfanden⁴⁹, auf den Weg zum Hotel Kaiserhof, wo General von Falk wohnte,⁵⁰ andere wollten politische Gefangene befreien. Der Aufseher des Polizeigefängnisses, der das Verbot von Falks, Waffen einzusetzen, nicht kannte, wollte das Gebäude verteidigen. Nur das Eingreifen des herbeigeeilten Polizeichefs verhinderte den Angriff. Die Gefangenen wurden freigelassen, der Polizeichef von den Demonstrierenden festgenommen.⁵¹

Ein anderer Trupp löste sich aus dem großen Demonstrationzug und marschierte zum Altonaer Rathaus, wo »die Vorläufer des Zuges« am Eingang von Senator Hermann Thomas und den sozialdemokratischen Stadtverordneten August Kirch und Wilhelm Sievert⁵² empfangen wurden. Sie erklärten ihnen, dass das Rathaus »unter ihrem Schutz stünde«.⁵³ Damit retteten sie die für die städtischen Verhältnisse durchaus bedrohlich gewordene Situation. »Fortan konnte der Magistrat mit dem Arbeiter- und Soldatenrat durch Verhandlungen die Durchführung der jetzt dringlichen Aufgaben erreichen«, schrieb der Altonaer Stadtarchivar Paul Theodor Hoffmann.⁵⁴

Die Demonstranten verteilten sich über Altona und Ottensen. Einige Bäckereien und Brothandlungen wurden geplündert, in einem Polizeiamt wurden die Polizisten entwaffnet und die rote Flagge zum Zeichen gesetzt, das es jetzt unter dem Schutz der Revolutionäre stand.⁵⁵ Andere Demonstranten drangen in die Fabriken ein und forderten die Arbeiter auf, die Produktion einzustellen.⁵⁶ In den Altonaer, Ottenser und Bahrenfelder Fabriken, aber auch in den umliegenden Städten erschienen Soldaten mit der Botschaft, die alte Ordnung gelte nicht länger. Paul Nevermann (1902-1979), der spätere Erste Bürgermeister Hamburgs, damals ein 16jähriger Maschinenschlosser-Lehrling in einer Granatenfabrik in Bahrenfeld, beschreibt das Geschehen in seiner Autobiographie: »Berittene Matrosen kamen auf den Fabrikplatz, und der Betriebsleiter schaltete den Haupthebel in der Zentrale aus: Nun war auch die Rüstungsproduktion zu Ende – wie das Kaiserreich.«⁵⁷ Ganz so einfach, wie Paul Nevermann es beschreibt, war

47 Hamburger General Anzeiger vom 6. November 1918.

48 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

49 Hamburgischer Correspondent und neue Hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

50 Der Hamburgische Correspondent verbreitete zunächst das falsche Gerücht, Gen. von Falk sei im Landgerichtsgebäude inhaftiert worden. Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

51 Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 6.

52 Er hatte 1909 gemeinsam mit Heinrich Kürbis den SPD-Forderungskatalog an Schnackenburg unterschrieben. Vgl. w.o. Anm. 2.

53 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918. Der Hamburgische Correspondent schreibt nur von Thomas und Sievert, während Hoffmann auch Kirch nennt. Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 7.

54 Ebd., S. 7.

55 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

56 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

57 Nevermann, Paul: Paul Nevermann. Metaller, Bürgermeister, Mieterpräsident, Köln 1977, S. 13f.

es nicht überall. Noch am 24. November 1918 veröffentlichten die »Hamburger Nachrichten« einen Aufruf des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung, endlich die »unproduktive Arbeit für Kriegsaufträge« zu beenden. »Die Betriebe sind unverzüglich auf Friedensmaterial umzustellen.«⁵⁸

Thomas, Kirch und Sievert blieben zunächst die einzigen Politiker, die sich den Demonstranten stellten. Später am Abend traf Senator Wilhelm Harbeck (1862-1945) mit Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats im Rathaus zusammen, berichtete der »Hamburgische Correspondent«.⁵⁹ Oberbürgermeister Schnackenburg lag in diesen Stunden, wie viele Altonaer, mit Grippe im Bett. An eben diesem 6. November hatten die Altonaer Schulen, die wegen der Spanischen Grippe geschlossen worden waren, den Unterricht wieder aufgenommen.⁶⁰ Der zweite Bürgermeister Franz Wilhelm Schulz, dem die Altonaer Polizeikräfte unterstanden, versteckte sich während der Unruhen im Bahrenfelder Gaswerk⁶¹ und ließ das Gerücht verbreiten, es sei sinnlos, nach ihm zu suchen, da er sich an der dänischen Grenze in Sicherheit gebracht habe. »Ich hatte keine Lust, der roten Bande in die Hände zu fallen.«⁶² Später rechtfertigte er seine Abwesenheit mit der falschen Behauptung, er habe in diesen Stunden versucht, Kontakt zum Hamburger Senat aufzunehmen.⁶³

Schnackenburg nahm seine Arbeit im Rathaus am 8. November wieder auf. Tags zuvor waren die Bahnhöfe und öffentlichen Gebäude von Soldaten besetzt worden, darunter auch das Generalkommando an der Palmaille, das in den nächsten Monaten als Sitz des Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend fungierte. Der Oberbürgermeister musste sich einen Überblick über die Lage verschaffen, sich der Loyalität der Beamtenschaft vergewissern⁶⁴ und sehen, wie die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden konnte. Die Verwaltungsstrukturen des Belagerungszustands wa-

58 Hamburger Nachrichten vom 24.11.1918, siehe dazu auch Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 160. Sitzung am 10.11.1918.

59 Hamburgischer Correspondent und neue hamburgische Börsenzeitung vom 7. November 1918.

60 Hamburger Nachrichten vom 11.2.1918.

61 StA HH 424-88, Nr. 33 (Nachlass Schnackenburg). Am 13.11.1918 gab »Fräulein Wünsche, Telefonistin beim Bahrenfelder Gaswerks, zu Protokoll, dass Bürgermeister Schulz vom Gaswerk aus vergeblich versucht habe, das Rathaus zu erreichen. Später habe er sich mit einem Herrn unterhalten, den er offenbar bestellt hatte. Um 16:30 Uhr habe er das Gebäude »mit dem Bemerken« verlassen, daß »er sich nach dem Rathaus begeben.« Gaswerk-Direktor Lichtheim schrieb an Schnackenburg gerichtet die Bemerkung an den Rand: »Es ist demnach nicht wahr, daß der höhere Polizeichef, wie er öffentlich behauptet hat, den ganzen Tag beim Senat in Hamburg war.«

62 Krause (1984): Das bürgerliche Trauma, S. 43.

63 StA HH 424-88 Nr. 33 (Nachlass Schnackenburg).

64 Zur Rolle der Altonaer Beamtenschaft siehe Holmer Stahncke (2018): Altona. Geschichte einer Stadt, Hamburg 2014, S. 248ff. Als der kommissarische Senator Stoll am 7. Dezember den städtischen Beamten, Lehrern und Angestellten das Regierungsprogramm der »Regierungssozialisten« vorstellte, erklärten diese, die Regierung Ebert-Hase »durch gewissenhafte Ausübung des Dienstes zu unterstützen.« Jedoch wird jeder Eingriff in die inneren Angelegenheiten der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbetriebe gemäßbilligt und die Beseitigung der gegenwärtigen Zustände durch die Einberufung der Nationalversammlung noch vor dem 16. Februar als das dringendste Gebot der Stunde gefordert.« Hamburger Nachrichten vom 7.12.1918.

ren mit der Flucht des Generals Falk faktisch obsolet. Am 9. November organisierten Hamburg, Altona und der Soldatenrat deshalb eine Lebensmittelkommission.⁶⁵

Da der Soldatenrat der Viktoria-Kaserne, die mit 2800 Mann mit wenigen hundert Gewehren belegt war, in einer Besprechung mit Schnackenburg und dem Magistrat am 8. November anbot, Soldaten abzustellen, die gemeinsam mit der Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgen sollten, und gleichzeitig betonte, mit den politisch-linken Kräften im Provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat nichts zu tun zu haben⁶⁶, konnte Schnackenburg zunächst aufatmen. »Wir betrachten die Matrosen als Abenteurer und Plünderer, haben uns ihnen nur, weil wir uns nach dem Kommandanturbefehl nicht zur Wehr setzen durften, ergeben, wollen uns aber den Offizieren, mit denen beim Regiment stets ein gutes Verhältnis bestanden hat, wieder unterordnen, auch von heute nachmittag an wieder Achselstücke anlegen«, vermerkt das Sitzungsprotokoll den Standpunkt des Soldatenrats.⁶⁷ Kurz zuvor hatten die Torwachen Matrosen daran gehindert, in die Viktoria-Kaserne einzudringen und sich aus den Kammerbeständen zu bedienen. Im Hamburger Soldatenrat machte sich das Gerücht breit, die Altonaer Soldaten hätten eine »Weiße Garde« gebildet und wollten bewaffnet gegen die Hamburger Räte vorgehen.⁶⁸

Noch war das Thema Sicherheit nicht vom Tisch, noch musste man im Rathaus mit Ausschreitungen und Lebensmittel-Plünderungen rechnen. Und obwohl die Revolution auch in Altona unblutig und diszipliniert nach den Regeln, die die Revolutionäre sich selbst auferlegt hatten, verlief, stellten viele Bürger das Machtmonopol der Kommune, die die Polizeigewalt innehatte, in Frage. Sie stellten in den folgenden Wochen eigene Bürgerwehren auf und unterstützten Anfang 1919 durch Spenden und andere Hilfeleistungen das rechte Bahrenfelder Freiwilligenkorps.⁶⁹

Faktisch lag die bewaffnete Gewalt jetzt bei den Soldaten, die mehr schlecht als recht den Soldatenräten folgten. In den ersten Tagen der Revolution hatten sich in allen Einheiten eigene Soldatenräte gebildet, die zunächst aber weder organisatorisch noch ideologisch miteinander vernetzt waren. Einige ihrer Anführer waren politisch geschult, waren Sozialdemokraten oder Linksozialisten, andere wollten von Politik nichts wissen. Heinrich Laufenberg beschrieb sie als ein »buntes Gemisch politischer Anschauungen«. Unter ihnen seien »Gefühlssozialisten, ohne Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt« gewesen, und nur wenige hätten sich zu einer gefestigten sozialistischen Überzeugung durchgerungen.⁷⁰ Die SPD, die den USPD-Rednern zwar auf den Versammlungen das Wort überlassen musste, konnte sich aber auf die Rückendeckung der organisierten Arbeiterschaft in den Betrieben verlassen. Schon früh versuchte sie erfolgreich, ihren Einfluss auch auf die Soldatenräte auszudehnen. So begleitete

65 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 150f.

66 StA HH 424-88 (Nachlass Schnackenburg), Protokoll des Treffens vom 8.11.1918.

67 Ebd.

68 Siehe dazu Baumann, Fred Seyd: Um den Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19, Hamburg 1924, S. 22ff.

69 Zur Sicherheitslage in Altona siehe Stahncke (2018): Altona, S. 251-254 u. Dähnhardt, Heinz: Die Bahrenfelder. Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Gross-Hamburg in den Jahren 1919/20, Hamburg 1925.

70 Laufenberg, Heinrich: Die Hamburger Revolution, Hamburg, 1919, S. 4.

Hermann Thomas, der sich in diesen Tagen für den Magistrat als wertvoller Verbindungsmann zu den revolutionären Gruppierungen erwies, die drei Soldatenräte nach dem Treffen am 8. November in die Kaserne und hielt vor den jungen Soldaten eine Rede, für die er »großen Beifall« erhielt.⁷¹ Als diese kurz darauf einen Fünferausschuss wählten, der sie repräsentieren und einen geregelten Dienstbetrieb organisieren sollte, kamen die Sozialdemokraten Hermann Thomas und August Kirch (1879-1959) sofort in die Kaserne, um Näheres zu erfahren.⁷² In den nächsten Tagen und Wochen konnte die SPD eigene Funktionäre und Sympathisanten in die Führungsgremien der Soldatenräte bringen. Am 28. Dezember übernahm der Sozialdemokrat Walter Lamp'l den Vorsitz des Soldatenrats und ging seitdem konsequent gegen spartakistische Bestrebungen im Rat vor.⁷³ Er war ab 1921 im Altonaer Magistrat als Senator für die Polizei zuständig. Der sozialdemokratisch dominierte Soldatenrat verhinderte, dass Laufenberg eine ihm untergeordnete rote Volkswehr, bestehend aus überzeugten Anhängern der Revolution, aufbauen konnte.

Als im Dezember 1918 die Frontsoldaten zurückkehrten⁷⁴, waren viele Soldaten des Heimatheeres bereits demobilisiert. Auch die Frontsoldaten wurden umgehend demobilisiert; zwischen einigen Einheiten des Infanterie-Regiments 31 und dem Soldatenrat der Viktoria-Kaserne kam es jedoch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. Der Soldatenrat löste die heimgekehrten Front-Einheiten schließlich am 5. Januar 1919 auf und unterstellte sie sich direkt als Kompanie des Ersatzbataillons.⁷⁵ Der Versuch dieser Einheit der Viktoria-Kaserne, in Blankenese ein Freiwilligen-Bataillon 31 (also ein Freikorps) aufzustellen, scheiterte » am Widerstand der politischen Gewalten in Altona«, so der Regimentschronist.⁷⁶

4. Vier kommissarische Senatoren und ein Beigeordneter

Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten war für das Bürgertum ein Gebot der Stunde. Der »General-Anzeiger für Hamburg-Altona« betonte am 9. November 1918⁷⁷, dass ohne die »Heranziehung der alten Richtung der Sozialdemokratie« Anarchie drohe. Noch gäbe es in der Hamburger Arbeiterschaft keine Mehrheit für »kommunisti-

71 StA HH 424-88, (Nachlass Schnackenburg), Protokoll des Treffens vom 8.11.1918.

72 Baumann, *Um den Staat*, S. 26.

73 »Lamp'l betont unter lebhaften Beifall, alle Drohungen würden ihn nicht abhalten, gegen spartakistische Umtriebe, die bis in den Dreißiger-Ausschuss und in den Korps-Delegierten-Rat sich bemerkbar machten, energisch vorzugehen.« Vgl. ders., *Die deutsche Revolution*. Bd. 1, S. 652f. Vgl. auch Stalman (2013): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat*, S. 58f. und Stalman, *Die Revolution*, S. 135f.

74 Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Stahncke (2018): *Altona und die Revolution*; vgl. auch die Regimentschroniken: Förster, Sigismund v.: *Das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 31, Oldenburg i.O.*, Berlin 1921; Studt, Bernhard: *Infanterie-Regiment Graf Bose (1. Thüringisches) Nr. 31 im Weltkriege 1914-1918*, Oldenburg 1926; Suhrmann, Wilhelm: *Geschichte des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr.31 im Weltkrieg*, Oldenburg 1928.

75 Studt, *Infanterie-Regiment 31*, S. 281.

76 Ebd., S. 281.

77 *General-Anzeiger für Hamburg-Altona* vom 9. 11. 1918.

schen Tendenzen«, doch das könne sich ändern, wenn man jetzt nicht dagegen steuere. Jetzt gelte es, den Sozialdemokraten den Rücken zu stärken.⁷⁸ Selbst der Altonaer Industrielle Johannes Menck (1845-1919) forderte die Altonaer Wirtschaft auf, die »gewerkschaftliche Sozialdemokratie« zu unterstützen, »damit sie die Übermacht über die radikale Strömung erhält«.⁷⁹

Auch Schnackenburg erkannte, dass er nur gemeinsam mit der SPD radikalen Tendenzen entgegenwirken konnte, da sie das Ziel einte, eine Räterepublik zu verhindern. Ihr gemeinsames Feindbild erhielt am 11. November ein Gesicht. Der Linksradikale Heinrich Laufenberg wurde an diesem Tag zum Vorsitzenden des neugegründeten Arbeiter- und Soldatenrats für Hamburg, Altona und Umgegend (AuSR) gewählt. Laufenberg war sich allerdings bewusst, dass er sein sozialistisches Programm nicht ohne Widerstände durchsetzen konnte und zeigte sich im Rat kompromissbereit, um die Sozialdemokratie durch Zugeständnisse vielleicht doch noch auf seine Seite zu ziehen. Volker Stalman spricht von seiner Politik des Sowohl-als-auch.⁸⁰

Die Altonaer Arbeiterschaft wählte die ihnen bekannten SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre Hermann Thomas und Gustav Hähnel⁸¹, ein von der Gewerkschaft nommierter Hafenarbeiter und Stadtverordneter, in den AuSR.⁸² Damit saß ein Mitglied des bürgerlichen Altonaer Magistrats im obersten Gremium der Revolution. Und hier traf Thomas nicht nur auf Laufenberg, mit dem er seit Jahren politisch verfeindet war, sondern auch auf seinen ehemaligen Fraktionskollegen Carl Herz, dem juristischen Berater Laufenbergs. Im Krieg hatte Thomas als Mitglied des Presseausschusses der SPD versucht, die beiden Abweichler daran zu hindern, Artikel im »Hamburger Echo« zu veröffentlichen. Jetzt wollte er verhindern, dass sie die »Rote Fahne«, wie das »Hamburger Echo« am 8. November umbenannt wurde, nutzten, um bolschewistische Propaganda zu verbreiten. »In der »Roten Fahne« wird der Bolschewismus propagiert, und wenn wir da nicht einen Riegel verschieben, werden wir dafür verantwortlich gemacht, für das, was entsteht.«⁸³ Konfliktstoff gab es reichlich.

Noch war der Altonaer Magistrat frei in seinen Entscheidungen, auch wenn der Arbeiter- und Soldatenrat den Anspruch hatte, für Hamburg, Altona und Umgegend zuständig zu sein. Laufenberg schrieb später, dass sich eine Balance zwischen Räteregierung und der alten bürgerlichen Verwaltung entwickelte, so dass es »Anlass« gab, »die Zuständigkeit des nicht nur für Hamburg, sondern auch für Altona, Ottensen,

78 Lübecker Volksbote vom 21. November 1918. Auch die Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins appellierte Ende November an die Kreis-, Bezirks- und Ortsverbände, »alle Kräfte zu mobilisieren«, zu agitieren und neue Mitglieder zu werben. »Jeder Ortsverein hat jetzt die Pflicht, selbständig vorzugehen und die Stunde zu nutzen. [...] Vorwärts dem Sozialismus entgegen!"

79 Hamburger Nachrichten vom 17.11.1918.

80 Stalman, (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 50 u. S. 68-69.

81 Im AuSR war Hermann Thomas Mitglied der Kommissionen für Verkehr, Handel, Schifffahrt und Industrie. Ebd., S. 167 u. 197.

82 Hamburgischer Correspondent vom 11. 11. 1918. Vgl. auch Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 47 u. 158-159.

83 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 301, Sitzung des AuSRs vom 29. 11. 1918.

Wandsbek und die gesamte Umgebung des Vierstädtekomplexes eingesetzten Arbeiterrates über die Nachbargebiete näher festzulegen.« Dessen Zuständigkeit habe soweit gereicht wie die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter in den Rat entsandt hatten.⁸⁴

Wie real diese Gefahr für Altona war, zeigte sich bereits am 12. November vormittags, als Laufenberg und seine Anhänger die Absetzung des Hamburger Senats und die Auflösung der Bürgerschaft beschlossen. Am Nachmittag wurde der entsprechende Entwurf verabschiedet. »Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Hamburger Staatsgebiet übernommen. Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.«⁸⁵ Damit sich Ähnliches nicht auch in Altona ereignen konnten, legten die Altonaer Sozialdemokraten dem drohenden Macht- und Expansionsdrang Laufenbergs umgehend einen Riegel vor. Bereits am 12. November, am gleichen Tag also, an dem die Absetzung der politischen Gremien in Hamburg beschlossen wurde, wählte der Altonaer Arbeiterrat, in dem nur Sozialdemokraten vertreten waren, die vier SPD-Funktionäre Carl Stoll, Max Brauer, Wilhelm Sievert und August Kirch als Kommissarische Senatoren mit weitreichenden Befugnissen in den Altonaer Magistrat und bestimmten Senator Thomas zum »Beigeordneten des Oberbürgermeisters«.⁸⁶ Brauer, der in der Produktionsgenossenschaft gearbeitet hatte, sollte mit den städtischen Betrieben zusammenarbeiten. Kirch sollte dem Polizeichef beigeordnet sein, der Journalist Stoll der Direktion des Lebensmittelamts und der Parteifunktionär Sievert vorwiegend soziale Angelegenheiten behandeln, wie der »General-Anzeiger es formulierte.⁸⁷ Gegen ihr Votum durfte im Magistrat nichts entschieden werden. Sämtliche Amtshandlungen des Oberbürgermeisters bedurften ihrer Gegenzeichnung. Seine Handlungsfreiheit, die seines Magistrats und die der Stadtverordnetenversammlung⁸⁸ waren von nun an stark eingeschränkt.⁸⁹

84 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 11. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 76 u. Fußnote 319. Die Bereitschaft, ihren politischen Machtanspruch über die Landesgrenzen Hamburgs zu erweitern und dabei den Konflikt mit der preußischen Regierung nicht zu scheuen, wie es ja schon im Namen Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgegend angelegt war – Volker Stalman spricht von einem »Gestaltungsanspruch des Rates« – zeigte sich, als der AuSR am 18. und 22. November die Landräte der Kreise Pinneberg und Stormarn ihrer Ämter enthob. Beide Kreise gehörten wie Altona zu Preußen und unterstanden dem Regierungspräsidium Schleswig. »Unsere Macht reicht so weit unsere Schiffsgeschütze reichen«, gaben sich Laufenbergs Anhänger siegesbewusst.

85 Vgl. Lampf, Walther: Die Revolution in Groß-Hamburg, Hamburg 1921, S. 14.

86 StA HH 424-88, Nr. 32 (Nachlass Schnackenburg), siehe auch Hoffmann (1929): Neues Altona, Bd. 1, S. 39 und Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 193, Anm. 7. Anthony McElligott schreibt fälschlicherweise, dass neben Thomas nur Brauer und Kirch als Kommissare eingesetzt wurden. McElligott, Anthony: Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917-1937, Ann Arbor, Michigan o.J., S. 46.

87 General-Anzeiger für Hamburg-Altona vom 13.11.1918.

88 Die Kommunalwahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 18. November 1918 waren bereits auf unbestimmte Zeit von der Versammlung und dem Zentralausschuss der kommunalen Vereine in Altona verschoben worden, um »den heutigen Verhältnissen [...] Rechnung [zu] tragen. Man wolle an der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit mitarbeiten.« Hamburger Nachrichten vom 9.11.1918 u. Hamburgischer Correspondent, vom 11.11.1918.

89 StA HH 424-88, Nr. 32 (Nachlass Schnackenburg), 12. November 1918.

Das war formal ein revolutionärer Akt, der den bürgerlichen Magistrat entmachtete. Aber in seiner Zielsetzung wollte er keine neuen politischen Tatsachen schaffen, sondern die bestehenden Verhältnisse in Altona sichern. Laufenberg konnte seinen Einfluss jetzt nicht mehr kurzfristig auf Altona ausdehnen, denn er konnte schlecht einen Altonaer Magistrat absetzen lassen, in dem die Sozialdemokraten, unter ihnen das Mitglied AuSRs Hermann Thomas, in einem revolutionären Akt formal die Macht übernommen hatten. Laufenberg war sich des wahren Charakters dieser Handlung bewusst und verurteilte ihn als feindlichen, gegen die Arbeit des AuSRs gerichteten Akt: »Während die Politik des Rates hinausging, die bürgerliche Verwaltung einer immer schärferen Kontrolle zu unterziehen und sich selbst an die leitende Spitze organisch in sie einzuschalten, ernannte im Widerspruch zu dieser Politik die alte Partei in Altona vier Senatoren.«⁹⁰ Der AuSR konnte jetzt nur noch durch Verordnungen Einfluss auch auf Altona nehmen. 135 waren es schließlich, aber sie waren in ihrer Bedeutung für die kommunale Selbstverwaltung unerheblich.⁹¹

Formal hatte Schnackenburg jetzt einen großen Teil seiner Macht verloren. Doch man wird davon ausgehen dürfen, dass die Wahl der kommissarischen Senatoren nicht ohne sein Einverständnis geschah. Die Altonaer Sozialdemokraten waren keine Hasardeure, die ihr Ziel, Altona ohne Blessuren durch die Revolution zu bringen und eine Räterepublik zu verhindern, aufs Spiel gesetzt hätten, indem sie den Oberbürgermeister mit diesem Schritt unvorbereitet vor vollendete Tatsachen stellten. Denn in diesem Fall mussten sie mit seinem Rücktritt rechnen und hätten damit möglicherweise das Risiko in Kauf genommen, die Unterstützung der Altonaer Kommunalverwaltung zu verlieren. Alles – insbesondere die gute Zusammenarbeit in den folgenden Jahren – spricht dafür, dass Schnackenburg informiert und einverstanden war.

Laufenberg und die übrigen Mitglieder des AuSRs erfuhren von der Einsetzung der vier Kommissare und von dem neuen Amt ihres Ratsmitglieds Thomas erst am nächsten Tag, dem 13. November, aus der Zeitung.⁹² In der Sitzung vom 12. November hatte Thomas diesen bedeutsamen politischen Schritt mit keinem Wort erwähnt. Entsprechend wütend war der USPD-Vertreter Paul Dittmann. Dieser Schritt kreuze die Absicht des AuSRs, seine Macht auf Altona auszudehnen. Die Angelegenheit werde selbstverständlich korrigiert, tröstete ihn Laufenberg, wenn die Eingemeindungsfrage Altonas erledigt sei und eine einheitliche Stadtverwaltung Platz greife.⁹³ Laufenberg strebte eine »erhebliche Vergrößerung Hamburgs in preußisches Territorium« an, damit er bei den Verhandlungen zur staatsrechtlichen Neuordnung Deutschlands ein schweres Gewicht in die Schale legen konnte.⁹⁴

90 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 19.

91 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 72. Bei Walther Lamp'l sind sämtliche Verordnungen aufgelistet. Vgl. ders.: Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921.

92 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 194.

93 Ebd.

94 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 15f. Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 71f.

5. Die Groß-Hamburg-Debatte

Obwohl Laufenberg ein vehementes Interesse an der Groß-Hamburg-Frage hatte, brachte nicht er, sondern sein Altonaer Widersacher Hermann Thomas dieses Thema auf die Tagesordnung des AuSRs, und zwar bereits in der ersten Ratssitzung am 12. November – an dem Tag, an dem die Altonaer SPD durch die Ernennung der vier kommissarischen Senatoren eine schnelle Lösung dieser Frage im Laufenbergischen Sinne verhindert hatte. »Thomas regt an, die Eingemeindungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen«, heißt es im Sitzungsprotokoll.⁹⁵ Hinter Thomas' Initiative standen Schnackenburg und die Altonaer Sozialdemokraten. Schnackenburg beschäftigte das Thema, wie sich das finanzschwache Altona gegen Hamburg behaupten konnte, seit seinem Amtsantritt.⁹⁶ Versuche, preußische Finanz- und Wirtschaftshilfe zu erhalten, waren gescheitert – seine Forderung, die »unnatürliche Staatsgrenze« zu beseitigen, ungehört verhallt.⁹⁷ Im Krieg hatte der Hamburger Senat das Thema für sich entdeckt und von der preußischen und der Reichsregierung die Eingemeindung preußischer Randgemeinden »im Interesse der Wirtschaft des Reiches« gefordert – das überschuldete und sanierungsbedürftige Altona davon aber kategorisch ausgeschlossen. Damit war der Magistrat in die Rolle des Bittstellers geraten, der selbst nichts anzubieten hatte und damit nicht in der Lage und fähig war, der Debatte positive Impulse zu verleihen, im Grunde nicht einmal teilnehmen durfte.

Mit dem Vorstoß von Thomas hatte Altona die Initiative übernommen. Schnackenburg und die vier kommissarischen Senatoren verloren keine Zeit und setzten das Thema »Beseitigung der staatlichen und kommunalen Grenzen zwischen Hamburg und Altona und [...] Zusammenschluss des Wirtschaftsgebiets Groß-Hamburg« bereits am 15. November in der Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung.⁹⁸ Es wurde eine 17-köpfige Kommission mit Schnackenburg an der Spitze gewählt, die »mit den zuständigen Stellen in Hamburg zur Erreichung des Zieles in Verbindung treten« sollte.⁹⁹ Gleichzeitig schickte der Magistrat einen Vertreter nach Berlin, »um einen Fühler auszustrecken« und »die preußische und die Reichsregierung von unserem Vorhaben zu unterrichten und zu verlangen, die Eingemeindung, wie beabsichtigt zu vollziehen.«¹⁰⁰

95 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 173.

96 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 713. Zur Entwicklung der Groß-Hamburg-Diskussion siehe Loose, Hans-Dieter: Altona und die Groß-Hamburg-Frage, in: Landeszentrale für politische Bildung Hamburg (Hg): Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde, Hamburg 1988, S. 41-56; Johe, Werner: Territorialer Expansionsdrang oder wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Groß-Hamburg-Frage, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 64 (1978), S. 149-190; Martens, Holger: Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungsgesetz, Hamburg 2004; Stubbe-da Luz, Helmut: Die Oberbürgermeister, Hamburg 1992, S. 47-50; Baumann, Fred Seyd: Groß-Hamburg, Hamburg 1919; sowie Großhamburg. Denkschrift des Hamburger Senats, Hamburg 1921.

97 Schnackenburg: Altona, Schleswig-Holstein, Großhamburg. In: Anhang zu Großhamburg, Denkschrift des Hamburger Senats, Hamburg 1921[?], S. 81.

98 Die Hamburger Nachrichten vom 16.11.1918 berichteten ausführlich über diese Sitzung.

99 Ebd. Der Kommission gehörten neben Schnackenburg auch Sievert an.

100 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 251.

Da es offensichtlich war, dass Preußen mitten in der Revolution keine Wirtschaftshilfe leisten konnte, sollte das Problem auf der politischen Ebene geregelt werden – zur Not unter Preisgabe der eigenen kommunalen Selbstständigkeit. Letztlich trat diese Kommission jedoch nicht in Erscheinung.

Über die öffentliche Sitzung der Altonaer Stadtverordnetenversammlung berichtete auch die Presse. Altona trete in Verhandlungen mit Hamburg ein, meldeten die »Hamburger Nachrichten« und führten aus: »Wir können dieses Bestreben nur gutheißen, allerdings auch nur unter der Voraussetzung, daß sie aus dem preußischen Staatsverband ausscheiden und Hamburg ein selbständiger Staat bleibt. Eine Angliederung möglichst weiter Landgebiete, wie sie in Altona befürwortet wurde, liegt auch im Interesse Hamburgs.«¹⁰¹ Schnackenburg hatte in der Kollegiensitzung vom 15. November, um, wie er sagte, die eigene Handschrift Altonas zu betonen, »den Wunsch« formuliert, das Eingemeindungsgebiet aus wirtschaftlichen Erwägungen bis nach Wedel und Schulau auszudehnen. Die Gemeinden Wedel und Ahrensburg fassten ähnliche Eingemeindungsbeschlüsse.¹⁰²

Am nächsten Tag, dem 16. November, fand im Hotel Kaiserhof eine »Versammlung zur Vereinigung aller Berufe«, auf der die »wirtschaftliche Vereinigung von Hamburg und Altona und anderen benachbarten Orten«, nicht die politische, diskutiert wurde.¹⁰³ Magistratsmitglieder und Stadtverordnete stellten sich den Fragen der Wirtschaftsvertreter. Dass der Magistrat bereit war, Altonas kommunale Selbstständigkeit aufzugeben, spielte in der Debatte keine Rolle, vielmehr bestimmte die Furcht vor Verstaatlichungen die Redebeiträge. Am Schluss beschloss man, eine »republikanische Volkspartei« zu gründen.¹⁰⁴

Der Altonaer Magistrat hatte, um ein Bild zu benutzen, seine schwachen Truppen früh in Stellung gebracht, konnte sie aber nicht in Marsch setzen. Im Grunde war das Vorhaben bereits am 15. November mit der Wahl der Verhandlungskommission gescheitert. Denn das eigentliche Kampfgeschehen fand auf einem anderen Feld zwischen dem AuSR und Hamburg statt – und auch hier waren es nur Schaufegechte, die sich wochenlang hinzogen, letztlich aber ohne praktische Konsequenzen blieben.¹⁰⁵ Laufenberg hatte sich, kaum dass die überraschende Nachricht von der Ernennung der vier Altonaer Senatoren wie eine Bombe eingeschlagen war, unter Ausschluss der Altonaer Politik und Wirtschaft mit Vertretern der Hamburger Wirtschaft in Verbindung gesetzt, die den Wunsch nach »Zusammenfassung eines größeren wirtschaftlichen Komplexes im Interesse des Kredits der Hamburger Kaufmannschaft« artikulierten.¹⁰⁶ Man sei sich einig gewesen, ein großräumiges politisches Gebilde zu schaffen, berichtete Laufenberg auf der Sitzung des AuSRs vom 15. November, an der Thomas sich nicht betei-

101 Hamburger Nachrichten vom 17. 11. 1918.

102 Martens (2004): Hamburgs Weg, S. 18.

103 Hamburger Nachrichten vom 17.11.1918.

104 Ebd.

105 Siehe dazu Loose, Hans Dieter: Groß-Hamburg, Hansestaat oder Republik Niedersachsen? Territoriale Neuordnungspläne für Nordwestdeutschland in der Revolution 1918/19, in: ZVHG, Bd. 66 (1980), S. 95-116.

106 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 71.

ligte.¹⁰⁷ Laufenberg gab zu bedenken, dass die Frage der Eingemeindung Altonas nicht nur unter politischen Gesichtspunkten zu behandeln sei: »Für eine Vereinigung Altonas mit Hamburg ist wichtig und ausschlaggebend die Finanzfrage.«¹⁰⁸ Damit ging er auf die bereits früher in Hamburg formulierte Ablehnung ein, sich möglichst nicht mit dem überschuldeten Altona zu belasten. Man vertagte das Thema schließlich, da es eng mit der noch ungeklärten Frage der künftigen kommunalen Verfassung Hamburgs und der später zu schaffenden gesetzlichen Körperschaften verknüpft war. Überdies stieß man mit diesen Plänen auch bei dem Rat der Volksbeauftragten in Berlin auf entschiedenen Widerstand.¹⁰⁹

Am 21. November wurde das Thema erneut im AuSR diskutiert.¹¹⁰ Carl Herz berichtete von einem Treffen mit Mitgliedern des vom AuSR wieder mit der Geschäftsführung betrauten Hamburger Senats.¹¹¹ Diese hätten Gebietswünsche zur Erweiterung des Hafens und zum Bau von Wohnquartieren angemeldet und unmissverständlich betont, dass ihnen an einer Einverleibung von Altona und Wandsbek nichts gelegen sei. Der Sozialdemokrat Berthold Grosse stimmte zu, dass »die Sache mit Altona« nicht so wichtig sei, da die Stadt eine große Schuldenlast habe und die halbe Stadt sanierungsbedürftig sei. Der im Streit aus der Altonaer SPD geschiedene Carl Herz räumte ein, »die Sache [an sich sei] nicht eilbedürftig«, aber er beharrte auf dem Standpunkt, dass man jetzt »gewisse politische Tatsachen« schaffen sollte: »Ich schlage vor, zunächst so zu verfahren, daß wir die politische Gewalt, die wir ja haben, auch auf Altona und Wandsbek ausdehnen.« Es brauche doch nur eine formelle Bekanntmachung, dass beide Städte der Aufsicht des AuSRs unterstellt würden, der diese durch zwei oder drei Kommissare ausüben lasse, die dann auch die weiteren Eingemeindungsverhandlungen führen. Hermann Thomas widersprach Herz umgehend mit dem Hinweis auf die bereits von der Altonaer SPD eingesetzten Kommissare.

Der AuSR behandelte die Eingemeindungsfrage als ein reines Hamburger Problem, was nicht im Interesse Altonas sein konnte. Dort hatte man sich deshalb bereits um die Rückendeckung Preußens und des Reichs bemüht und einen Vertreter nach Berlin gesandt, um »einen Fühler auszustrecken.« Das entspreche der früheren bürokratischen Manier, jemanden nach Berlin zu schicken und um gut Wetter zu bitten, wetterte Carl Herz, der noch eine private Rechnung mit den Altonaer Kommunalpolitikern offen hatte. Ihm ging es nicht nur um die Eingemeindung Altonas, er wollte den Magistrat entmachten. »Der Arbeiter und Soldatenrat muss die Sache absolut in der Hand haben und deshalb schlage ich vor, Altona und Wandsbek formell der Aufsicht des Rates zu unterstellen.« Diesen Vorschlag stellte Herz jedoch nicht zur Abstimmung. Laufenberg schrieb später über die Initiative von Herz: »Wenn in den Ratssitzungen das Verlangen

107 Ebd., S. 71f und S. 202–205.

108 Ebd., S. 205.

109 Ebd., S. 72 u. S. 203.

110 Ebd., S. 250–252.

111 Entsprechend wären dies Mitglieder des vom AuSR mit der Geschäftsführung betrauten Senats. Demnach entspräche dies der Konstruktion, dass der AuSR die neue »Macht« in Hamburg repräsentierte und der Senat von ihm mit der Geschäftsführung betraut wurde, also nicht »wieder in seine alten Machtbefugnisse« eingesetzt wurde. Vgl. dazu Meyer-Lenz, Konfliktparteien, S. XX in diesem Band.

hervorgetreten war, die politische Gewalt des Rates auf Altona und Wandsbek auszuweiten und die Aufsicht über diese Städte durch Kommissare auszuüben, so hatten doch diese übrigens beiläufig geäußerten Ansichten keinen Anklang gefunden.«¹¹²

Die Groß-Hamburg-Frage wurde in diesem Kreis letztlich nicht geklärt. Dem AuSR lief die Zeit davon, und der Hamburger Senat kam in dieser Frage bis in die 1920er Jahre auf keinen gemeinsamen Nenner mit der preußischen Regierung. Preußen hatte Posen und Teile Westpreußens an Polen und Nordschleswig an Dänemark abtreten müssen und wollte kein weiteres Territorium an Hamburg verlieren. Schließlich ließ man den Senat wissen, das Thema »Groß-Hamburg« sei vom Tisch und man wolle künftig nur noch in Einzelfragen verhandeln, bei denen es um Hamburger Hafen-Probleme ging. 1926 wurden auch diese Verhandlungen abgebrochen.¹¹³

Altona spielte in diesen Verhandlungen wiederum keine eigenständige, aktive Rolle. Als 1920 in Berlin eine Kommission wegen staatsrechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten eingesetzt wurde, wurde Bernhard Schnackenburg nicht einmal zur Teilnahme eingeladen.¹¹⁴ Unter seinem Nachfolger Max Brauer trat das nach wie vor finanzschwache Altona gewissermaßen die Flucht nach vorne an. Zwei Projekte, das »Neue Altona« und »Groß-Altona«, sollten die Stadt wirtschaftlich wieder handlungsfähig machen. Mit der Neues-Altona Politik sollte die Stadt sozial- und wirtschaftspolitisch modernisiert werden – was ihren Schuldenberg drastisch erhöhte. Die Eingemeindung umliegender pinnebergischer Gemeinden in ein »Groß Altona«, unter ihnen die steuerkräftigen Elbvororte und das 1919 zur Stadt erhobene Blankenese, war eine notwendige Maßnahme zur Finanzierung der Modernisierungsprojekte. Mit der Unterzeichnung der »Unterelbengesetze« im Juni 1927 wurden neun Landgemeinden gegen ihren Willen Ortsteile von »Groß-Altona«.¹¹⁵

6. Neubeginn der Kommunalpolitik

Die Revolution endete in Altona mit den ersten allgemeinen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919, an der erstmals alle Altonaerinnen und Altonaer ab dem 20. Lebensjahr teilnehmen konnten. Die SPD errang mit 54 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit, da selbst bürgerliche Wähler für sie gestimmt hatten.¹¹⁶ Die USPD kam auf neun Prozent, wogegen die radikale Linke, die sich im Januar 1919 zur Kommunistischen Partei zusammengeschlossen hatte, sich nicht an den Wahlen beteiligte. 63 Prozent der Wählerschaft hatten für eine linke Partei votiert, nur 36 Prozent gaben ihre Stimme einer der drei bürgerlichen Parteien (Deutsche Demokratische Partei, Nationalliberale Deutsche Volkspartei und die Deutsch Nationale Volkspartei).¹¹⁷ Die im November 1918 gegründete liberale DDP – sie bildete mit der SPD und dem

112 Laufenberg (1919): Die Hamburger Revolution, S. 16.

113 Loose (1988): Altona und die Groß-Hamburg-Frage, S. 50f.

114 Martens (2004): Hamburgs Weg, S. 33.

115 Hoffmann, Paul Th.: Altonas städtebauliche Bedeutung, in: Altonaer Stadtkalender 1928, S. 12.

116 Schildt, Axel: Max Brauer, Hamburg 2002, S. 21.

117 Schildt (2002): Max Brauer, S. 21. DVP: elf Prozent, DNVP: drei Prozent.

Zentrum die »Weimarer Koalition, die hinter der neuen Republik stand«¹¹⁸ – erhielt 22 Prozent der Stimmen. Das verdankte sie nicht zuletzt Bernhard Schnackenburg, der sie in den Wahlkampf geführt hatte. Schnackenburg selbst stand nicht zur Wahl; seine Amtszeit als Oberbürgermeister lief erst 1921 aus.

Die SPD stellte im neuen Magistrat die Hälfte der zwölf Senatorenposten und mit Max Brauer den neuen Zweiten Bürgermeister.¹¹⁹ Vom 31. März bis zum 31. August 1919, also unmittelbar in den Monaten nach der Wahl, leitete Brauer die Amtsgeschäfte alleine, da Schnackenburg sich hatte beurlauben lassen, um als Oberpräsident in seine Heimatprovinz Westpreußen zurückzukehren.¹²⁰ Er gab dieses Amt am 23. Juni 1919 aus Protest gegen die Gebietsabtretungen an Polen auf. Nach seiner Rückkehr nach Altona wandte er sich erneut der »Groß-Hamburg-Frage« zu.¹²¹

1921 kandidierte Schnackenburg erneut für das Amt des Oberbürgermeisters und wurde am 21. August für weitere zwölf Jahre gewählt. Nur 11,5 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab; gut 47 Prozent votierten für Schnackenburg.¹²² Die SPD hatte keinen Gegenkandidaten aufgestellt. Man teilte gemeinsame kommunalpolitische Ziele, darunter die Schaffung eines »Groß-Altonas« und ein Arbeiterwohnungsbauprogramm, und die Sozialdemokraten konnten sich eine Zusammenarbeit als Juniorpartner bis 1933 vorstellen.

Schnackenburg hatte sich in den Monaten seit der Revolution zu einem »Vernunftrepublikaner« gewandelt, blieb aber im Grunde seines Herzens Monarchist, wie er 1920 in einer Rede unumwunden zugab:

Ich war ein überzeugter Anhänger der monarchischen Regierung, und ich habe mir erst in Folge der Tatsachen, die die Revolution geschaffen hat, sagen müssen, dass eine echte monarchische Regierung in unserem Volk jetzt keinen Platz mehr haben kann. Eine monarchische Regierung aber, die nicht eine wirkliche Regierung wäre, sondern, wo der König weiter nichts ist als ein Repräsentant, als einer, der das Volk nach außen hin, auch nicht immer, aber gelegentlich vertritt, wie in England, solch eine monarchische Regierung bedeutet für mich nichts, die kann ich nicht gutheißen, die will ich nicht haben. Und ich muß sagen, unsere Hohenzollern wären mir dazu zu schade.¹²³

In der Republik musste Schnackenburg sich, wollte er weiter kommunalpolitisch aktiv sein, einer Partei anschließen. Er diente der Altonaer DDP während der kurzen Zeit, der er ihr vorstand¹²⁴, aber eher als Galionsfigur, für die bürgerliche Wähler sich begeistern konnten, denn als Steuermann, der den Kurs vorgab. Anders als sein Hamburger Amtskollege und Parteifreund Carl Wilhelm Petersen (1868-1933), der bereits um

118 Ebd.

119 Während der Abwesenheit Schnackenburgs führte er die Amtsgeschäfte allein.

120 Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 51.

121 Siehe Groß-Hamburg. Denkschrift des Hamburger Senats nebst Anhang, Hamburg 1921.

122 Neue Hamburger Zeitung vom 22.8.1921.

123 StA HH 428-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

124 Seine Nachfolger waren Senator Theodor Görlitz und Rektor August Bielfeldt, der Herausgeber des Altonaer Stadtkalenders. Vgl. Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 49.

die Jahrhundertwende Kontakt zum späteren Parteigründer Friedrich Naumann (1860–1919) hatte, hatte Schnackenburg sich für eine Mitgliedschaft in der DDP entschieden, weil nur sie – seiner Meinung nach – unter den bürgerlichen Parteien national und groß war und deshalb Hoffnung bot, »uns aus diesem furchtbaren Zustand (gemeint waren die Gebietsabtretungen an Polen, Dänemark und Frankreich, Anm. d. Verf.) herauszuführen«.¹²⁵ Wichtige Anliegen der Partei, darunter die Einführung des gleichen Wahlrechts, blieben ihm eher fremd. So schloss er sich eher den Kritiker:innen an, als die emanzipatorische Kraft des Gleichheitsprinzips zu unterstützen.¹²⁶ Von der Presse musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, der Republik und ihren Vertretern distanziert gegenüberzustehen. In seinem Nachlass findet sich ein Zeitungsartikel, den er ausgeschnitten und aufbewahrt hatte. Darin heißt es, er habe am Verfassungstag seine Dienstvilla in Othmarschen nicht geflaggt, obwohl eine Fahnenstange vorhanden war. Als der Reichspräsident Ebert Altona besuchte, habe er sich der Pflicht zu flaggen dadurch entzogen, dass er den Flaggenstock zuvor habe abmontieren lassen. Auch sei seine Begrüßungsrede im Kollegiensaal kühl, nüchtern und ohne jegliche Wärme gewesen.¹²⁷

Eine Zusammenarbeit mit den Altonaer Sozialdemokraten, die er jetzt als kultivierte, belebte Kollegen kennenlernte – der Zigarrendreher Hermann Thomas besaß eine umfangreiche Bibliothek¹²⁸ – war für Schnackenburg dennoch mehr als nur ein Gebot der Stunde. Schwarz-Weiß-Malerei, die strenge Spaltung der Gesellschaft in einerseits Bürgerliche und andererseits Sozialdemokraten passe nicht mehr in die neue Zeit.¹²⁹ Anstelle des einstigen Dualismus sei – davon war er überzeugt – ein »Bündnis von reformistischer Arbeiterbewegung mit dem aufgeklärten Bürgertum«¹³⁰ getreten. Doch blieb sein Misstrauen vor einer Herrschaft der linken Strömungen in der Sozialdemokratie, vertreten durch die USPD, erhalten:

Nun liegt die Sache nicht so, dass die Mehrheitssozialisten heute die Sozialisierungsidee so durchführen wollen, wie es vielfach ihnen vorgeworfen wird, [...] dazu sind die Herren viel zu schlau und haben sich die Sache viel zu gut überlegt. Ich habe auch das Vertrauen, dass in dieser Beziehung die Mehrheitssozialisten törichte Experimente jetzt nicht machen werden. Aber wissen wir denn, wie lange die Mehrheitssozialisten in der sozialdemokratischen Partei wirklich noch den Ausschlag geben? Wissen wir denn, ob ihre Anschauungen dauernd beibehalten wird? Wissen wir, ob nicht die Unabhängigen, die da ganz anders denken, die Führung bekommen?¹³¹

125 StA HH 424-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

126 So vertrat er eher die Haltung weiblicher konservativer Stimmen, welche zu seiner Freude sich in dem Sinne geäußert hatten, dass das Frauenwahlrecht zu plötzlich und darüber hinaus als Ergebnis eines Umsturzes gekommen. Vgl. Stubbe-da Luz (1992): Die Oberbürgermeister, S. 50.

127 StA HH 424- 88/47.

128 Altonaisches Amtsblatt, 26.1.1924.

129 StA HH 424-88/47 37, Redeprotokoll Schnackenburgs 1920 anlässlich der Wahlen zur Nationalversammlung.

130 Ebd.

131 Ebd.

Schnackenburgs Stärke, die ihn auch für die Sozialdemokraten zu einem attraktiven Partner machte, war, dass er im Grunde ein unpolitischer Kommunalbeamter blieb, der sich, anders als seine sozialdemokratischen Senatoren, nicht von einem Parteiprogramm leiten ließ. Besondere Fähigkeiten entwickelte er bei der Vermittlung zwischen den politischen Lagern. »Sein ausgleichendes Wesen trat jetzt häufig in Erscheinung«, schrieb das »Hamburger Echo«.¹³² »Es gelang ihm, bei fast allen wichtigen kommunalpolitischen Entscheidungen nach der Revolution die Rechte und die Linke im Stadtparlament zusammenzubringen und in einer Einmütigkeit, wie sie unter den deutschen Städten wohl selten zu finden ist, die Beschlüsse fassen zu lassen.«¹³³ Wie zu Beginn seiner Amtszeit 1909, hielt er sich auch jetzt vom Parteileben fern. Als Bernhard Schnackenburg 1924 unerwartet starb, übernahm Max Brauer das Amt des Oberbürgermeisters. 1909 war die SPD erstmals in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Zehn Jahre später war sie dank der Revolution die stärkste politische Kraft in der Stadt und setzte den »Aufbruch in die kommunale Demokratie« unter Max Brauer fort.

132 Hamburger Echo vom 28.4.1924.

133 Ebd.

Die Revolution im Großraum Hamburg. Lokaler Verlauf und Reaktionen im Vergleich

Ortwin Pelc

1. Abstract

Die von den Kieler Matrosen am 4. November 1918 ausgehenden politischen Umbrüche im Deutschen Reich bewirkten im November und Dezember 1918 auch in vielen kleineren Kommunen in Norddeutschland politische Veränderungen. Je nach der Stärke der lokalen Arbeiterbewegung und den Widerständen im Bürgertum sowie dem Anteil von Militärangehörigen verliefen die Umbrüche unterschiedlich, wurden aus größeren Städten beeinflusst oder entstanden spontan vor Ort. Maßgeblich für den zeitlichen Ablauf der Revolution war auch die Kommunikation unter den Revolutionären, die über Eisenbahn, Automobil, Schiff und Telegraf verlief. So können in den Hamburger Exklaven Cuxhaven und Geesthacht sowie den preußischen Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen, Stade und Harburg im Umland der Großstädte Hamburg und Altona ganz unterschiedliche oder auch gleichförmige Muster der politischen Veränderungen festgestellt werden, die von Drohungen mit Gewalt bis zu pragmatischer Zustimmung reichten.

Bereits bevor die von Kiel ausgehende revolutionäre Bewegung am 9. November 1918 in Berlin zur Ausrufung der Republik führte, kam es in zahlreichen norddeutschen Städten zu politischen Umbrüchen. Dazu gehörten nicht nur große Städte wie Hamburg, Lübeck und Rostock, sondern auch viele Kleinstädte. Der Erfolg der Bewegung hing davon ab, ob es in den einzelnen Orten den Wunsch nach Veränderungen oder revolutionäre Kräfte gab und wie stark der dortige Widerstand war. Im Folgenden soll untersucht werden, woher, durch wen und wie die revolutionären Strömungen einige kleinere Orte Norddeutschlands erreichten und auf welche spezifisch lokalen Machtverhältnisse und Besonderheiten, Unterstützung und Widerstände sie im November und Dezember 1918 stießen. Als geographischer Raum wird hier exemplarisch der Großraum *Hamburg* untersucht, von der Elbmündung bis nach *Lauenburg*, nördlich von *Hamburg* von *Itzehoe* über *Bad Oldesloe* bis nach *Ratzeburg*, südlich von *Stade* bis nach *Lüneburg*, alles Kommunen – bis auf die hamburgischen Exklaven *Cuxhaven* und *Geesthacht* –, die in den preußischen Provinzen *Schleswig-Holstein* und *Hannover* lagen. Dabei gilt das be-

sondere Interesse dem Vergleich der zeitlichen Phasen der Umwälzung in den einzelnen Orten und den Verbindungen der revolutionären Initiatoren untereinander.¹ Seit dem »Jubiläumsjahr« 2018 sind erfreulich viele neue lokale Untersuchungen erschienen, die mittlerweile ein immer differenzierteres Bild der Revolution in ihren lokalen Auswirkungen geben.² Die relativ gut erforschten Großstädte, insbesondere *Hamburg*, wo der Umbruch am 5. November begann und weit ins Umland wirkte, werden hier ausgespart, die Hamburger Rand- und Nachbarkommunen wie *Altona*, *Bergedorf* und *Wandsbek* allerdings mit betrachtet.

Es kann vorausgesetzt werden, dass in allen der im Folgenden behandelten Orte das Leiden während der Kriegsjahre ähnlich war, sowohl was die aktive Teilnahme von Männern im Krieg, ihre Verwundung oder ihr Tod und deren Wirkungen auf ihre Familien anbelangt, als auch was Mangelwirtschaft oder die spezifische Belastung durch Kriegsproduktionen bedingte. Möglicherweise war die Selbstversorgung des Einzelnen in Kleinstädten und auf dem Land etwas besser als in den Großstädten. Jedenfalls werden die Lebensumstände im Herbst 1918 in der Bevölkerung den Wunsch nach einem Ende des Krieges sowie die Bereitschaft für politische Veränderungen gefördert haben. Eine besondere Rolle kommt dabei den Militärstandorten zu, in denen potentiell kaisertreue Soldaten stationiert waren.

2. Umsturz im November

2.1 Cuxhaven (5.11.), Brunsbüttel (5.11.), Itzehoe (6.11.), Elmsborn (7.11.) und Glückstadt (11.11.)

Am Montag, dem 4. November 1918, also bereits einen Tag nach dem Ausbruch von Unruhen in Kiel, erreichte ein Minensuchboot mit revolutionären Soldaten aus Kiel das hamburgische *Cuxhaven* an der Elbmündung.³ Hier waren eine Marine-Artillerie-Abteilung, eine Mineneinheit mit Torpedobooten, Ausbildungseinheiten für die deutschen Kolonialtruppen, Minenleger und eine Marine-Luftschiff-Abteilung stationiert; zugleich war es Heimathafen für Kriegsschiffe. Die Marine spielte neben dem Seebadbetrieb, der Fischerei und der Passagierschiffahrt wirtschaftlich eine wichtige Rolle. Am Kriegsende 1918 befanden sich hier rund 15.000 Marineangehörige, annähernd so viele, wie der Ort Einwohner hatte. Verglichen mit anderen Marinestandorten war jedoch der Anteil der Reservisten relativ hoch, der der höheren Offiziere dagegen re-

1 Die regionale Entwicklung der Revolution in diesem Raum wurde untersucht in: Pelc, Ortwin: Die Revolution 1918/19 im Hamburger Umland, in: Hans-Jörg Czech/Olaf Matthes/Ortwin Pelc (Hg.), *Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Kiel/Hamburg 2018*, S. 80-107.

2 Omland, Frank/Pelc, Ortwin: Die Revolution erreicht die Öffentlichkeit. Publikationen und Veranstaltungen zur Novemberrevolution 1918 in Norddeutschland, in: *Zeitgeschichte regional* 24, H. 2 (2020), S. 102-115.

3 Zur Verbreitung der Revolution durch (Kieler) Matrosen vgl. Kinzler, Sonja/Buttgereit, Jens: »Sturmvoegel der Revolution«, in: Sonja Kinzler/Doris Tillmann (Hg.), *Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918*, Darmstadt 2018, S. 140-149.

lativ gering.⁴ Der am Abend des folgenden Tages, dem 5. November, auf einer großen Volksversammlung im Gewerkschaftshaus in *Cuxhaven* gegründete Arbeiter- und Soldatenrat bestand überwiegend aus USPD-Mitgliedern und Marinesoldaten, die Kontakte mit den Bremer Linksradikalen unterhalten haben sollen.⁵ Die ersten Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats nach sofortigem Friedensschluss, Aufhebung der Offizierskasinos und gleichem Essen für Mannschaften und Offiziere, Aufhebung der Grußpflicht und des Belagerungszustandes sowie allgemeine Amnestie wurden noch in der Nacht des 5. November vom Festungskommandanten bewilligt. Am 6. November fand um 9 Uhr morgens auf dem Exerzierplatz eine große Versammlung statt, an der auch Mannschaften der in *Cuxhaven* liegenden Kriegsschiffe teilnahmen. Eine halbe Stunde später erwirkte eine Abordnung beim Festungskommandanten eine Bestätigung der Abmachungen aus der Nacht zuvor und veröffentlichte am selben Tag einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem sie aufforderte, Ruhe zu bewahren, Plünderern standrechtliche Erschießungen androhte und den Alkoholausschank (außer Bier) verbot. Kommandantur und Offiziere der Garnison wurden entwaffnet, Widerstand von ihrer Seite ist nicht bekannt.

Es fällt auf, wie passiv sich die Befehlshaber in *Cuxhaven* gegenüber den Veränderungen in den Machtverhältnissen verhielten bzw. sich mit den neuen Gegebenheiten abfanden; tatsächlich hätten sich mögliche Gewaltmaßnahmen des Militärs gegen Marineangehörige und die Bevölkerung gerichtet. Der Chef des Admiralstabes, Admiral Reinhard Scheer, fragte zwar am 7. November bei den Berliner Marinebehörden an, wann Militärmaßnahmen gegen die Revolutionäre in *Cuxhaven* und den anderen Orten begännen, die Marineleitung in *Wilhelmshaven* lehnte jedoch ein militärisches Eingreifen ab, da Ruhe und Ordnung nicht gefährdet seien.⁶ Am Nachmittag des 6. November bewegte sich dann ein Demonstrationszug mit einigen Tausend Teilnehmern – vor allem Soldaten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter der Minendepots – und mehreren Musikkapellen »in musterhafter Ordnung« durch die Stadt.⁷ Der Schriftsteller Joachim Ringelnatz beschrieb diese Ereignisse in seinem Roman »Als Mariner im Krieg«.⁸ Der Cuxhavener Magistrat wurde noch im Amt belassen.

Mit den Marinesoldaten, die aus *Kiel* nach *Cuxhaven* fuhren, erreichte die Revolution am 4. November 1918 auch *Brunsbüttel*. Der Ort an der Mündung des Kaiser-Wilhelm-Kanals war eine der fünf Festungen der kaiserlichen Marine, hier lagen fünf Linienschif-

4 Vgl. Kühne, Karl B.: *Cuxhaven. Hafen und Meer*, Norderstedt 1981, S. 133-135; Heidbrink, Ingo: Rote Fahnen über der Elbmündung. Die Novemberrevolution in Cuxhaven, in: *Stader Jahrbuch* 108, 2018, S. 117-137, hier S. 119.

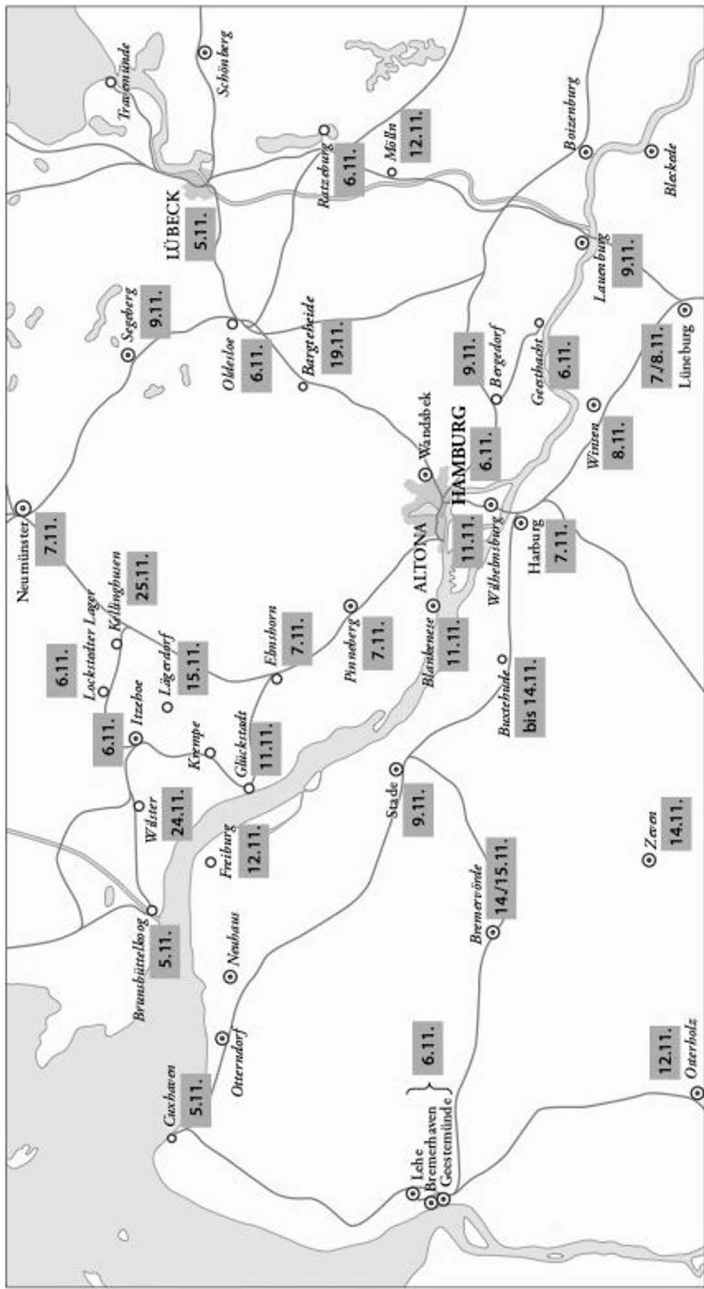
5 Zum Folgenden: Lüken, Johann: Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven von November 1918 bis Februar 1919, in: *Jahrbuch der Männer vom Morgenstern* 5, 1973, S. 138-182; Borrmann, Hermann: *Bilder zur Geschichte des hamburgischen Amtes Ritzebüttel und der Stadt Cuxhaven*, Bd. 2, Cuxhaven 1983, S. 278-284; Bussler, Peter: *Cuxhavener Geschichten*, Fischerhude 2013, S. 113-115.

6 Schmidt, Ernst-Heinrich: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart 1981, S. 84f.; Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 122f.

7 Lüken (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 141.

8 Erstmals 1928 erschienen, Ringelnatz, Joachim: *Als Mariner im Krieg*, Zürich 1996, S. 363-380.

Abbildung 1: Gründungsdaten von Arbeiter- und Soldatenräten im Hamburger Umland im November 1918.



Grafik: Günther Bock

Abbildung 2: Kundgebung in Cuxhaven vor der Seedeichkaserne am 6.11.1918.



©Stadtarchiv Cuxhaven

fe. Zu den Schiffsbesatzungen kamen Artillerieeinheiten und Hafenarbeiter hinzu. Am Abend des 5. November versammelten sich mehr als 5.000 Matrosen sowie Marineartilleristen in und vor den Lokalen und schlossen sich den Revolutionären an.⁹ Durch Kieler Matrosen wurden ein Soldatenrat gegründet, die Flakstation besetzt und einige Einheiten entwaffnet. Als das Linienschiff OSTFRIESLAND trotz des Verbots der Schleusenbesatzung auslaufen wollte, wurde es durch Schüsse daran gehindert. Die Offiziere aller Schiffe wurden daraufhin bis zum 10. November interniert.¹⁰ Der nicht weit entfernte wichtige Truppenübungsplatz *Lockstedter Lager* war damals mit 3.000 Soldaten, davon 450 Offiziere, überfüllt. Am Morgen des 5. November trafen am Bahnhof Kieler Matrosen mit einem Maschinengewehr ein, die dortigen Mannschaften schlossen sich den Revolutionären sowie den Kieler Forderungen an. Auch ein Teil der zögernden Offiziere stimmte zu. Der Lagerkommandant ließ allerdings Maschinengewehre aufstellen, um der Bewegung Einhalt zu gebieten. Als General Adalbert von Falk, Kommandierender General des stellvertretenden Generalkommandos des IX. Armeekorps in *Altona*, am Vormittag des 6. November in einem Telegramm an alle Garnisonen befahl, jeden Widerstand aufzugeben und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, unterstellte sich der Kommandant des Lagers dem am Nachmittag gewählten Soldatenrat.¹¹ Dabei ist bemerkenswert, dass die Soldaten auch einen Offizier in den Soldatenrat wählten. In der

- 9 Kollex, Knut-Hinrik: »Ruhe und Ordnung«. Provinzielle Revolution in Schleswig-Holstein, in: Kinzler/Tillmann (2018): *Die Stunde der Matrosen*, S. 133-139, hier S. 134.
- 10 Möller, Reimer: *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch (1860-1933). Die Folgen der Industrialisierung im Landkreis Steinburg* (Veröff. des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 22), Hamburg 2007, S. 191f.
- 11 Ebd., S. 192f; Stalman, Volker (Bearb.): *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19 (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, IV)*, Düsseldorf 2013, S. 139; Kollex (2018): »Ruhe und Ordnung«, S. 134. Das Telegramm von Falks erreichte die Funkempfangsstelle

unsicheren Lage verbreitete sich nachts das Gerücht, dass der Kommandant Wandsbeker Husaren zu Hilfe gerufen hätte, und die Soldaten ergriffen Abwehrmaßnahmen gegen die heranrückenden Einsatzkräfte des Alten Régimes. Tatsächlich waren Einheiten aus Heide und Itzehoe aufgebrochen, hatten dann aber die Befehle verweigert und waren umgekehrt.¹²

Von *Brunsbüttel* aus fuhren am 6. November mittags 50 Matrosen mit der Bahn in die Kreisstadt *Itzehoe*, stiegen bereits vor dem Bahnhof aus, weil sie Widerstand befürchteten, und besetzten dann den Bahnhof und das Postamt; von dort nahmen sie telefonischen Kontakt nach *Krempe*, *Kremperheide* und *Glückstadt* auf.¹³ Zwölf der Matrosen lösten am Nachmittag die Wachen der Artillerie-Kaserne in *Itzehoe* ab, befreiten die dortigen Gefangenen und hissten, ohne auf Widerstand zu stoßen, die rote Fahne. *Itzehoe* war damals mit seinen ca. 18.000 Einwohnern ein wichtiges regionales Verkehrs- und Industriezentrum mit dem Hafen an der Stör. Auch die Sperrung der Zufahrtswege nach *Itzehoe* durch das *Itzehoer* Militärkommando war nicht erfolgreich gewesen, da ein Anmarsch aus dem Lockstedter Lager und nicht mit der Bahn angenommen worden war. Für den Abend des 6. November beriefen die revolutionären Matrosen alle Soldaten und Arbeiter zu einer Versammlung in das Stadttheater, den Kaisersaal, ein. Die etwa 1.000 Teilnehmer wählten dort einen Arbeiter- und Soldatenrat aus zwölf örtlichen Soldaten und drei Zivilisten; die wenigen anwesenden Zivilisten waren führende Sozialdemokraten der Stadt, Theodor Schinkel war zwei Tage zuvor als Stadtrat in den Magistrat gewählt worden. Vorsitzender wurde der Landsturmmann Rosengarth. Die Versammlung verabschiedete in Anlehnung an die Kieler Forderungen ein 13-Punkte-Programm, in dem u.a. die Rede- und Pressefreiheit sowie die Aufhebung der Briefzensur gefordert wurden; zugleich erklärte der Arbeiter- und Soldatenrat nun die Zivil- und Militärgewalt in der Stadt übernommen zu haben. Die Marinesoldaten kehrten mit der Eisenbahn nach *Brunsbüttel* zurück.

Rasch wurde der Vormarsch der Revolutionäre fortgesetzt. Dabei waren sie auf die jeweils zur Verfügung stehenden Transportmittel angewiesen, ein in den ersten Revolutionstagen wichtiges Element der Mobilität und schnellen Kommunikation. In der Nacht vom 6. auf den 7. November 1918 kamen zwei Lastwagen aus *Itzehoe* mit etwa 40 bewaffneten Personen nach *Elmshorn*, darunter Mitglieder des *Itzehoer* Arbeiter- und Soldatenrats und des Artillerieregiments Nr. 9. Auch Soldaten der Marine aus Kiel sowie Infanteristen aus Altona waren darunter; wie diese nach *Elmshorn* gelangten, ist nicht bekannt.¹⁴ Sie besetzten den Bahnhof, die Werften und größeren Betriebe; ein

Neumünster – wie wohl auch die anderen Militärkommandos – erst um 14 Uhr am Nachmittag (Schmidt (1981): *Heimatheer und Revolution* 1918, S. 75).

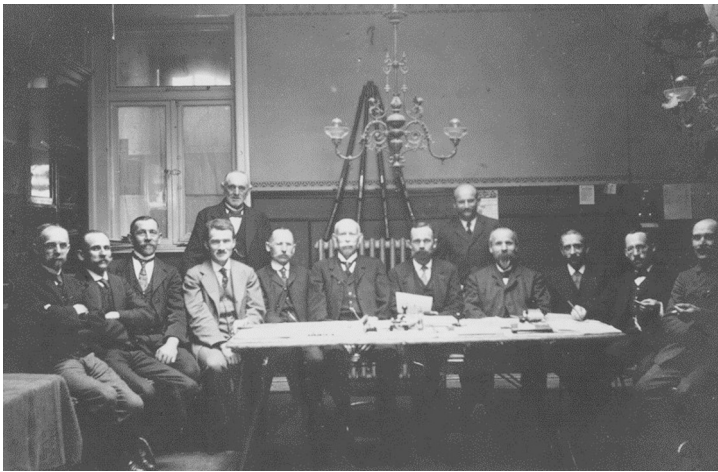
12 Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 194.

13 Vgl. zum Folgenden Kruck, Albrecht: *Der Arbeiter- und Soldatenrat in Itzehoe*, Examensarbeit Lehramt an Volksschulen, Mschr. Kiel 1970 (im Kreis- und Stadtarchiv *Itzehoe*); Pelc, Ortwin/Lorenzen, Thomas: *125 Jahre Sozialdemokraten in Itzehoe*, *Itzehoe* 1989, S. 42–44; Engel-Baseler, Ute: *Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik*, in: Ibs, Jürgen (Hg.): *Itzehoe. Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein* Bd. 2, *Itzehoe* 1991, S. 169–286, hier S. 269–273; Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 195–198.

14 Vgl. Bobell, Richard: »Die Umwälzung in Elmshorn geht in Ruhe und Ordnung vor sich«. Politische Umbrüche 1918–1933–1945, in: *Beiträge zur Elmshorner Geschichte* 2, *Elmshorn* 1988, S. 129–

Maschinengewehr-Posten am Bahnhof sollte die Reisenden kontrollieren. Ein Sympathiestreik der örtlichen Arbeiter brachte die größeren Betriebe zum Stillstand. Als erste »Amtshandlung« wurde die Munitionsfabrik von Bodstein und Harhorn geschlossen. Elmshorn hatte damals rund 14.000 Einwohnern, war die größte Stadt des Kreises *Pinneberg* und ein wichtiger Industriestandort. Gleich am 7. November fand um 9 Uhr morgens im Stadttheater eine – wie es im Ratsprotokoll steht – von Sozialdemokraten einberufene Versammlung statt.

Abbildung 3: Der Arbeiter- und Soldatenrat von Elmshorn, undatiert



©Stadtarchiv Elmshorn

Hier erläuterte ein Unteroffizier die Ziele des Kommandos aus Itzehoe, und es wurde ein Arbeiterrat gewählt, in dem auch je zwei Arbeiter der größeren Betriebe im Ort vertreten waren.¹⁵ Ein anschließender Umzug von etwa 1.000 Teilnehmern durch die Stadt mit Fahnen, Musik und Waffen verlief friedlich. Gleichzeitig tagte im Rathaus der Magistrat, zu dessen Sitzung der Arbeiterrat in Begleitung eines Unteroffiziers erschien.¹⁶ Letzterer erklärte, dass sie aus Itzehoe abkommandiert worden seien und dass am nächsten Tag die Arbeit in den Fabriken wieder aufgenommen werden sollte. Die Verwaltung solle nicht gestört werden, wer sich aber den Anordnungen des Arbeiterrats widersetze, werde erschossen. Zudem sollten die 40 Mann für drei Tage beköstigt werden, was der Magistrat auch sogleich zugestand; sie erhielten Brotkarten und Mahlzeiten im Kriegsspeisehaus.

146, hier S. 130-135; Sluzalek, Ralf: Gewerkschaftsgeschichte Elmshorn, Elmshorn 1991, S. 147-151; Rasmussen, Alfred: Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter im politischen Widerstand 1914-1935, Elmshorn 2011, S. 46-56.

15 Zu den Forderungen, der Wahl und Zusammensetzung des Arbeiterrats: Wohlenberg, Jürgen: November 1918 – Revolution in Elmshorn, in: Heimatkundliches Jahrbuch für den Kreis Pinneberg 52, 2018, S. 129-136, hier S. 132-134.

16 Ebd., S. 129f.

Ungewöhnlich verliefen die politischen Veränderungen in *Glückstadt*. Als hier am Elbufer eine losgerissene Seemine angeschwemmt wurde, verständigte das Königliche Wasserbauamt die Marinestellen in Cuxhaven.¹⁷ Nachdem die Besatzung eines Minenräumbootes aus Cuxhaven am 10. November die Mine entschärft hatte, stellte sie fest, dass die Revolution Glückstadt noch nicht erreicht hatte. Auf einer am Nachmittag des 11. November in einem Lokal einberufenen Versammlung waren Vertreter der Glückstädter Betriebe, bewaffnete Marineeinheiten, Soldaten auf Urlaub und Vertreter des Itzehoer Arbeiter- und Soldatenrats anwesend. Letztere versicherten dem Bürgermeister, dass für Ruhe und Ordnung gesorgt und kein Eigentum angetastet würde. Eine weitere Versammlung am Abend bestätigte mit wenigen Änderungen die Nominierung von Arbeitervertretern in einem vorläufigen Arbeiter- und Soldatenrat. Dabei fällt auf, dass es vor allem Vertreter der örtlichen SPD – darunter ein Stadtverordneter – und der Großbetriebe waren. Auf die Versammlung folgte ein Umzug mit Gesang durch die Stadt zum Marktplatz. Hier brachten in kurzen Ansprachen der Bürgermeister ein Hoch auf das »teure deutsche Vaterland«, ein SPD-Stadtverordneter auf die »soziale Republik« aus. Am folgenden Tag veröffentlichte der Arbeiter- und Soldatenrat in der »Glückstädter Fortuna«, dass die öffentliche Gewalt nun in seiner Hand läge, die Behörden ihn anerkannt hätten und ebenso weiterarbeiten würden, wie es die Arbeiter in den Betrieben tun sollten.¹⁸

2.2 Altona (6.11.), der Kreis Pinneberg (7.11.), Stade (9.11.), Freiburg (12.11.) und Buxtehude (bis 14.11.)

Während die revolutionären Veränderungen im Kreis Steinburg und im nördlichen Kreis Pinneberg aus dem Elbmündungsraum kamen, erfolgten sie im südlichen Kreis Pinneberg aus Richtung Hamburg und Altona. In *Altona* wurde bereits am 3. November eine Versammlung der SPD von Anhängern des Spartakus und beurlaubten Soldaten dominiert, die sich verbrüderten und das Kriegsende forderten.¹⁹ Nachdem in Hamburg am Vormittag des 6. November strategische Stellen von bewaffneten Matrosen besetzt worden waren, beschloss eine große Versammlung von ca. 40.000 Menschen auf dem Heiligengeistfeld, nach Altona an die Palmaille zu ziehen, wo sich die militärischen Kommandostellen für Hamburg und Norddeutschland befanden.²⁰ Zwar hatte

17 Zum Folgenden: Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 202-205.

18 Die Zitate ebd., S. 204f.

19 Zum Folgenden: Altonaer Tageblatt vom 7.11.1918; Krause, Thomas: Das bürgerliche Trauma. Revolution in Altona, in: Arnold Sywottek (Hg.), *Das andere Altona*, Hamburg 1984, S. 39-58; Stahncke, Holmer: *Altona und die Revolution 1918/19. Aufbruch in die kommunale Demokratie*, Hamburg 2018.

20 Zum Verlauf der Revolution in Hamburg s. ausführlich Stalman, Volker (Bearb.): »Die Revolution von 1918/19 in Hamburg. Vom Räteradikalismus zum hansestädtischen Parlamentarismus«, in: Detlef Lehnert (Hg.), *Revolution 1918/19 in Norddeutschland (Historische Demokratieforschung 13)*, Berlin 2018, S. 99-175; Ewald, Christina: »Als die rote Fahne am Rathaus wehte. Hamburg zwischen Revolution und Neuordnung«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): *Revolution! Revolution?*, S. 108-125. Vgl. in diesem Band Meyer-Lenz, Johanna, »Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution«, S. 69-93.

der Kommandeur des stellvertretenden 9. Armeekorps, Adalbert von Falk, in Absprache mit dem Altonaer Stadtkommandanten beschlossen, die als Reserve verbliebenen zwei Kompanien gegen die Aufständischen einzusetzen, die Soldaten weigerten sich aber, auf die Menge zu schießen. Der Demonstrationszug wurde um 14 Uhr an der Stadtgrenze am Nobistor durch ein Feuergefecht mit kaisertreuen Offizieren aufgehalten, bei dem zehn Menschen starben. Als der Zug das Generalkommando an der Palmaille erreichte, legten die dortigen Wachen ihre Waffen nieder. Nachdem General von Falk das oben erwähnte Telegramm an die norddeutschen Garnisonen abgeschickt hatte, um Blutvergießen zu vermeiden, floh er mit einem Auto nach Lüneburg, der Stadtkommandant in zivil durch die Gärten seiner Dienststelle. Altonas Oberbürgermeister Schnackenburg war schwer an Grippe erkrankt, sein Stellvertreter Schulz versteckte sich. Es wurden einige Bäckereien geplündert sowie die politischen Gefangenen aus den Gefängnissen befreit, ansonsten blieb es ruhig. Die Mannschaften in den Kasernen schlossen sich den Revolutionären an, in einigen wurden bis zum 7. November auch Soldatenräte gegründet. Sie scheinen aber eher unpolitisch gewesen zu sein und wollten vor allem den Dienstbetrieb in den Kasernen aufrechterhalten, nachdem die Offiziere geflohen waren. Mit dem am 6. November gegründeten »Arbeiter- und Soldatenrat für Hamburg, Altona und Umgebung« gerieten die Altonaer Soldaten allerdings in Konflikt, als sie Hamburger Matrosen daran hinderten, in der Viktoria-Kaserne Waffen und Geld zu requirieren. In Hamburg herrschte daraufhin ein gewisses Misstrauen gegen die Altonaer Soldaten, weil man sie als konterrevolutionär einstufte.²¹ Die Altonaer Verwaltung arbeitete weiter, um die städtischen Funktionen aufrecht zu erhalten. Der Altonaer SPD-Senator Hermann Thomas wurde ebenso wie der Stadtverordnete Gustav Hähnel in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und vier Sozialdemokraten am 12. November dem Magistrat als vetoberechtigte Senatoren angegliedert, wodurch die Altonaer Stadtverwaltung eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber Hamburg behielt.²²

In den preußischen Landgemeinden des großen Kreises *Pinneberg* nahe Hamburg und Altona fanden ähnliche politische Veränderungen statt wie wohl in den meisten damaligen Kommunen. Auch hier ist die Überlieferung meist spärlich oder es sind noch keine Forschungen erfolgt. Die Schulchronik von *Schnelsen* berichtet z. B.:

Am 11.11.1918 kamen zur Mittagszeit auch 3 Matrosen mit aufgepflanztem Seitengewehr und roten Fahnen nach Schnelsen. Sie entwaffneten die hieselbst im Nachrichtenpark sich befindlichen Wachen von 30 Mann und schlugen in Münsters Gasthof ihr Domizil auf. Am selben Tag wurde ein Arbeiterrat gewählt. Sie machten sich zum Soldatenrat und fingen an zu regieren.²³

Dem Gemeindevorsteher wurde ein Beigeordneter zugeteilt, der Gemeindevertretung zwei Räte, die diese beaufsichtigten. So wurden im November im *Kreis Pinneberg* – neben den bereits erwähnten – weitere Arbeiter- und Soldatenräte in *Barmstedt*, *Garstedt*, *Groß Flottbek*, *Halstenbek*, *Klein Flottbek*, *Nienstedten*, *Osdorf*, *Quickborn*, *Rissen*, *Schenefeld*,

21 Stahncke (2018): Altona und die Revolution, S. 30f; vgl. in diesem Band Stahncke, Holmer: »Altona in der Revolution von 1918/19«, S. 191–212.

22 Stahncke (2018): Altona und die Revolution, S. 34–36.

23 Grigat, Horst (Hg.): Hamburg-Schnelsen. Von der Steinzeit bis zur Gegenwart, Hamburg 1996, S. 81.

Sülldorf, Uetersen und Wedel gegründet, ein reiner Arbeiterrat in *Holm*, Soldatenräte in *Bahrenfeld, Lokstedt, Niendorf* und *Stellingen-Langenhofde*. Hinzu kamen Bauernräte in *Eidelstedt, Haselau, Holm, Lokstedt, Osdorf, Schenefeld* und *Wedel*, ein Landarbeiterrat in *Oseldorf*, ein Volksrat und ein Bürgerrat in *Rissen* sowie sogar ein Gärtnerat in *Othmarschen*.²⁴ Die politische Ausrichtung der einzelnen Räte müsste noch ermittelt werden, sie gehörten wohl nicht alle zu den Unterstützern des demokratischen Umbruchs.

In *Blankenese* an der Elbe verliefen die ersten Novembertage ausgesprochen geordnet.²⁵ Damals wurde die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats von Hamburg und Altona im Umland anscheinend schon so weit anerkannt, dass ein Telefonanruf beim Gemeindevertreter in *Blankenese* genügte, damit dieser am 11. November alle Militär-angehörigen im Ort aufrief, sich abends auf einer Versammlung zu treffen. Die Anwesenden wählten dann dort einen Soldatenrat und stellten einen Sicherheits- und Wachdienst auf. Die Mitglieder auch des zwei Tage später – allerdings nicht öffentlich – gewählten Arbeitervereins gehörten zu den alteingesessenen SPD-Mitgliedern oder standen der SPD nahe.

Am 7. November 1918 kamen um 15 Uhr mehrere Lastwagen aus Hamburg mit 20 bis 30 jungen Matrosen und Soldaten in die *Pinneberg*.²⁶ Diese kauften dort zuerst Brot und begaben sich sodann in das Bürgermeisteramt, wo gerade die Stadtverordneten tagten. Es wurde vereinbart, dass sie die kommunale Verwaltung übernehmen bzw. Beigeordnete stellen sollten. Der Arbeiter- und Soldatenrat, den sie bildeten, bestand allerdings nur aus Soldaten. Am 9. November versammelten sich die örtlichen Soldaten und bildeten einen Sicherheitsdienst; die Hamburger Soldaten kehrten nach *Hamburg* zurück. Erst am 10. November fand eine Volksversammlung mit dem örtlichen SPD-Mitglied Ernst Fliegner statt, der für Ruhe und Ordnung plädierte und Maßnahmen zur Versorgung, öffentlichen Sicherheit und Verbesserung der Eisenbahnverbindungen nach *Hamburg* ankündigte. Nun wurde auch ein Arbeiterrat gewählt.

Wenden wir uns wieder dem gegenüberliegenden Elbufer zu. Die *Stade* hatte damals als wichtigstes regionales Wirtschafts- und Verwaltungszentrum an der Unterelbe rund 12.000 Einwohner. Das dort stationierte Bataillon war im November 1918 noch an der Front, vor Ort gab es nur eine Wachmannschaft von ca. 30 Mann. Der Stader Regierungspräsident Hans Grashoff erhielt am 6. November Meldungen über Matrosenunruhen in *Cuxhaven* und anderen Orten und besprach mit Bürgermeister Frommhold, dem Landrat und dem Standortältesten der Garnison zu treffende Maßnahmen.²⁷ An

24 Kurz, Jan: »Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, in: Förderkreis Historisches Blankenese e. V. (Hg.), Blankenese 1918. Verstörung – Revolution – Nachwirkung, Hamburg 2018, S. 53-70, hier, S. 68.

25 Zum Folgenden ebd., S. 53-70.

26 Vgl. zum Folgenden ausführlich Seifert, Johannes: »Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat«, in: Domeyer, Wolfgang J. (Hg.), Pinneberg. Vom Kaiserreich zur Republik 1900-1923, Husum 2016, S. 221-246.

27 Zum Folgenden Bohmbach, Jürgen: »Stade in der Weimarer Republik«, in: ders. (Hg.), Stade. Von den Siedlungsanfängen bis zur Gegenwart, Stade 1994, S. 419-429; Müller, Henning K.: »Ihre Wogen gingen nicht hoch«. Die ersten Tage der Novemberrevolution 1918/19 in den Berichten des Stader Regierungspräsidenten und seiner Landräte, in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 139-187, hier S. 140, 146-151, 180f.

diesem Tag gab es auch bereits Gerüchte über einen kommenden Umsturz in der Stadt, denn Soldaten aus Cuxhaven sollen auf der Bahnfahrt Richtung Harburg dem Stationsvorsteher zugerufen haben, dass Stade am nächsten Tag von Matrosen besetzt würde.

Im Gegensatz zu den offensichtlich eher passiven Bürgermeistern der vorgenannten Städte reagierte der Stader Bürgermeister Frommhold sofort und erließ am 7. November einen Aufruf »Ordnung und Sicherheit«, in dem er an die besonnene Bevölkerung appellierte, vor Aufruhr warnte und zur Zusammenarbeit mit den Behörden aufforderte, um das Leben und Eigentum der Einwohner zu schützen. Am Abend des 8. November 1918 trafen hier revolutionäre Matrosen aus Hamburg ein, geführt von zwei Stadern, die in Hamburg stationiert waren.²⁸ Sie suchten den Bürgermeister und den Landrat auf, der ihnen versichern musste, dass er keine Aktionen gegen sie unternehmen und seine Arbeit fortführen würde.²⁹

Der Bürgermeister informierte sofort telefonisch den Regierungspräsidenten, so dass dieser vorbereitet war, als sie auch zu ihm kamen. Sie erklärten ihm, dass der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hätte »die Führung der öffentlichen Gewalt auf Stade durch Einrichtung einer Zweigstelle auszudehnen«.³⁰ Sie forderten den Regierungspräsidenten auf, die Arbeit mit der Zivilverwaltung fortzusetzen. Grashoff wiederum verbat sich den Eingriff in seine Amtsführung, damit Ruhe, Ordnung und die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet blieben, und unterschrieb nur widerwillig, dass er sich dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat unterstellen würde. Am 9. November informierte er seine Mitarbeiter über die neue Situation, am 10. November veröffentlichte er einen Aufruf an alle Landräte sowie weiteren Behörden im Regierungsbezirk, ihre Arbeit fortzusetzen. Grashoff sah sich in seiner Arbeit bestärkt, als – nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik in Berlin am 9. November – der Minister des Innern am 11. November alle Verwaltungsbehörden anwies, ihre Dienstgeschäfte »im Interesse des Vaterlandes« fortzuführen.³¹ In den folgenden Tagen war er dann bemüht, einen Überblick über die politische Entwicklung in den einzelnen Orten des Regierungsbezirks zu erhalten und forderte am 13. November tägliche Berichte von den Landräten ein.

Das »Stader Tageblatt« berichtete am 9. November von einer Versammlung von rund 2.000 Menschen am Bahnhof. An diesem Tag wurde auch ein Arbeiter- und Soldatenrat in Stade gegründet, der den Redakteur des sozialdemokratischen »Volksblatts für die Unterelbe«, Gustav Peltz, zum Vorsitzenden wählte. 50 bewaffnete Matrosen aus Cuxhaven sollen damals wichtige Institutionen in der Stadt besetzt und einen Soldatenrat gegründet haben, was auf konkurrierenden Einfluss der Revolutionäre aus Hamburg und Cuxhaven hindeutet. Als Offiziere der Wache allerdings einen konkurrierenden Soldatenrat – vermutlich mit anderen politischen Zielen – gründeten, wurde dieser von einem Marine-kommando aus Cuxhaven festgesetzt und auf einem Schiff nach Cux-

28 Bohmbach (1994): »Stade in der Weimarer Republik«, nennt den 7.11. Andere Quellen führen als Datum den 8.11. an. Vgl. Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 146.

29 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 181.

30 Ebd., S. 148.

31 Ebd., S. 151.

haven gebracht.³² An den Verwaltungsstrukturen in *Stade* änderte sich kaum etwas, Magistrat und Bürgervorsteher blieben im Amt, allein ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats nahm an den Sitzungen teil und unterzeichnete die Verfügungen mit. Dies entsprach den Anweisungen der Preußischen Regierung vom 14. November, dass die Räte nur eine Kontrollinstanz gegenüber der Verwaltung sein sollten.³³ Wie in anderen Orten bildete sich allerdings nach wenigen Tagen auf Initiative des Bürgermeisters und liberaler Vertreter des Bürgertums ein Bürgerrat, der mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eng zusammenarbeiten wollte. Dies ist ein Indiz für die insgesamt relativ schnelle Reaktion des Bürgertums in *Stade* auf die neue politische Lage.

Seitens des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats bestand ein Interesse, die Uferregionen der Unterelbe mit den dortigen Orten und Verkehrsverbindungen und damit den Schifffahrtsweg Elbe zu kontrollieren. Das gleiche Interesse hatte auch der Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrat, der in seinen Aktivitäten auf preußisches Gebiet ausgriff: Im Marineflugplatz *Nordholz* wurde ein ihm untergeordneter Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, in *Otterndorf* besetzten Matrosen am 6. November den Bahnhof der Strecke nach *Stade* und setzten Patrouillen ein.³⁴ Dem Landrat wurde mitgeteilt, dass dies wegen befürchteter militärischer Gegenmaßnahmen geschehe. Ihm wurde versichert, dass es keine Ausschreitungen gegen die Bevölkerung geben würde. An diesem Tag wies der Regierungspräsident in *Stade* den Hadelner Landrat an, sich den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrats aus *Cuxhaven* zu fügen; zugleich informierte er das Generalkommando in *Altona* über die Vorgänge in *Cuxhaven* und Umgebung und erwähnte auch die Möglichkeit, militärisch einzugreifen und die Bahnhöfe zu besetzen, was allerdings nicht geschah. Zwei Tage später erfolgte die Besetzung des Otterndorfer Post- und Telegraphenamtes, ein Matrosen-Artillerist sollte dort als Brief-Zensor die Briefe und Telegramme nach möglichen Maßnahmen gegen die Revolutionäre prüfen. Nach wie vor gab es die Befürchtung auf Seiten der Revolutionäre, dass eine aktive Gegenreaktion erfolgen könnte. Als am 6. November in *Stade* aus immer mehr Orten Meldungen eintrafen, dass dort revolutionäre Matrosen aktiv waren, erhielten alle Landräte die Weisung, jedes Blutvergießen zu vermeiden, höflich und sachlich zu verhandeln und nach Ermessen zu reagieren. Der Landrat veröffentlichte seinerseits am 14. November einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er zu Besonnenheit, Ruhe und Ordnung ermahnte und versicherte, dass die Behörden ihre Arbeit fortsetzen würden.³⁵

Am 9. November erschienen unter Führung eines Zivilisten acht bis zehn Matrosen und Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrats aus *Stade* in *Freiburg* an der Elbe, dem Verwaltungssitz des Landes *Kehdingen*. Der dortige Landrat blieb reserviert, schlug einen Handschlag aus und erklärte, dass er den Stader Arbeiter- und Soldatenrat nicht als

32 Lübcke, Christian: »Stade während der Novemberunruhen des Jahres 1918.« in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 99-115, hier S. 112f; Bohmbach (1994): »Stade in der Weimarer Republik«, S. 420.

33 Bohmbach (1994): ebd., S. 421; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 153.

34 Lükens (1973): »Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven«, S. 135, 145-146; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 168-171; zu Nordholz vgl. Loose, Hans-Dieter: »Die Entstehung des Marine-Schießplatzes bei Cuxhaven und die letzte Geheimsitzung der Hamburgischen Bürgerschaft in der Kaiserzeit«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 70, 1984, S. 207-221.

35 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 169.

vorgesetzte Instanz anerkennen würde.³⁶ Der Aufforderung, für Ruhe und Sicherheit zu sorgen, wollte er nachkommen, ebenso die Geschäfte weiterführen. Die Revolutionäre verzichteten auf das Hissen der roten Fahne, ließen aber die Landjägerbeamten entwaffnen und kündigten Beigeordnete an, die mit der Verwaltung über Ernährungs- und Polizeifragen beraten würden. Ein Wachkommando sollte als Polizeitruppe von etwa 20 Mann bis zu den ersten freien Wahlen und der Verabschiedung einer Verfassung tätig sein. In seinem Bericht an den Regierungspräsidenten vom 9. November wirkte der Landrat bereits entspannt und erwähnte, dass die dortigen Revolutionäre mit einzelnen Vorkommnissen in *Hamburg* nicht einverstanden seien. Am 12. November wurde auch hier ein lokaler Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gegründet.³⁷ Im restlichen *Kreis Kehdingen* entstanden keine gesonderten Bauernräte, da die Bauern in den Arbeiter- und Soldatenräten mitvertreten waren. In der Stadt *Buxtehude* wurde vom Stader Arbeiter- und Soldatenrat spätestens am 14. November ein Rat gegründet.³⁸ Den Vorsitz übernahm ein langjähriger SPD-Parteifunktionär, der Zigarrenmacher Weber. Im *Alten Land* entstand dann am 18. November ein Arbeiter- und Bauernrat als einer der letzten in den Kreisen, dessen Vorsitz ein Arbeiter aus *Jork* und ein Hofbesitzer aus *Mittelnkirchen* übernahmen. Drei Mitglieder des Rats beaufsichtigten in gutem Einvernehmen – wie es heißt – die Kreisverwaltung. Die im Westen und Süden des großen Regierungsbezirks *Stade* gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte wurden damals stark durch die politische Entwicklung in *Bremen* beeinflusst.³⁹

2.3 Harburg (7.11.), Wilhelmsburg (11.11.), Winsen (8.11.) und Lüneburg (8.11.)

Eine besondere Bedeutung kam in diesen revolutionären Tagen der Stadt *Harburg* südlich von Hamburg zu. *Harburg* war mit seinen 67.000 Einwohnern (1910) ein wichtiger Industriestandort und Hafen an der Elbe und zusammen mit der Elbinsel *Wilhelmsburg* zugleich ein strategisch wichtiger Verkehrsknoten und Elbübergang. Wie *Altona* und *Wandsbek* bildete es mit Hamburg einen wirtschaftlichen Großraum.⁴⁰ Bereits am Abend des 4. November 1918 erfuhren die in *Harburg* stationierten zwei Ersatz-Pionierbataillone von den Ereignissen in Kiel und wurden in Alarmbereitschaft versetzt. Am 5. November berichteten dann die »Harburger Anzeigen« über die »Ausschreitungen von Matrosen in Kiel« und vermuteten, dass »bolschewistische Propaganda« im

36 Ebd., S. 172-174.

37 Ebd., S. 175.

38 Fiedler, Gudrun: »Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren Hamburg, Cuxhaven und Bremen. Eine Einführung in das Thema«, in: Stader Jahrbuch 108, 2018, S. 11-20, hier S. 16; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 171f.

39 Fiedler (2018): »Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren«, S. 16-18.

40 Vgl. zum Folgenden Meyer, Hans-Joachim: Rote Fahnen über Harburg. Die Ereignisse in unserer Stadt während der Novemberrevolution 1918, Hamburg 1998; Gotthardt, Christian: Die radikale Linke als Massenbewegung. Kommunisten in Harburg-Wilhelmsburg 1918-1933, Hamburg 2007, S. 19-41; Köne, Günter: »Der Umbruch. Novemberrevolution und Rätebewegung«, in: Stegmann, Dirk (Hg.): Der Landkreis Harburg 1918-19149. Gesellschaft und Politik in Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur, Hamburg 1994, S. 16-21.

Spiel sei.⁴¹ Der lokale SPD-Parteivorstand mahnte gleichzeitig zur Besonnenheit. Am 6. November wurde auch über die USPD-Versammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus vom Vortag berichtet. Nun war bereits der Straßenbahnverkehr nach *Hamburg* unterbrochen. Das »Hamburger Echo« berichtete, dass sich am 7. November im benachbarten Wilhelmsburg ein Demonstrationzug aus etwa 12.000 bis 16.000 Arbeitern von der Vulcan-Werft durch *Neuhof* und über die *Veddel* nach Hamburg bewegt hätte. In *Wilhelmsburg* wären dabei die Gendarmen entwaffnet worden und dortige Soldaten hätten ihre Waffen und Abzeichen abgeben müssen. 100 Harburger Pioniere hätten die Wilhelmsburger Seite der Elbbrücke besetzt, um die Demonstranten nicht nach *Harburg* zu lassen, mussten sich dann aber zurückziehen. Eine Gruppe Infanteristen, Marinesoldaten und Zivilisten passierte mittags die Elbbrücke nach *Harburg* und veranlasste dort im Amtsgerichtsgefängnis die Freilassung der morgens Inhaftierten. In den Industriegebieten rief sie sodann die Arbeiter zu Arbeitsniederlegungen auf.⁴²

An diesem 7. November wurde auch in *Harburg* ein Arbeiter- und Soldatenrat gegründet, der sich friedlich mit den Harburger Pioniereinheiten sowie dem Landsturm-bataillon einigte. Die SPD-Tageszeitung »Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend« veröffentlichte von nun an die Verlautbarungen des Arbeiter- und Soldatenrats. An diesem Tag wurden die Bahnhöfe von Mitgliedern des Soldatenrats besetzt und nur in Lebensmittelbetrieben durfte gearbeitet werden. Um 17 Uhr fand ein großer Demonstrationzug durch *Harburg* statt, dem die Kapelle des Ersatz-Pionierbataillons Nr. 9 voranmarschierte. Während der Abschlusskundgebung auf dem Kasernenhof wurde erneut zu Ruhe und Ordnung ermahnt und Plünderern Erschießung angedroht. Soldaten patrouillierten abends und nachts. Mehrere Jugendliche, die an den Elbbrücken mit Platzpatronen hantiert hatten, wurden nach einer kurzen Festnahme mit einer Verwarnung entlassen.⁴³

Auf der Elbinsel *Wilhelmsburg* wurden am 11. November ein Arbeiterrat aus 18 Mitgliedern und ein Soldatenrat aus zehn Mitgliedern gewählt. Diesem Arbeiter- und Soldatenrat, der auch einen »engeren« Rat bildete, stellte der Wilhelmsburger Gemeinderat am 28. November zwei Räume im Ratskeller des Wilhelmsburger Rathauses zur Verfügung und bewilligte für seine Ausgaben 20.000 Mark.⁴⁴ Der Wilhelmsburger Arbeiter- und Soldatenrat existierte allerdings nicht lange, um den Jahreswechsel vereinigte er sich mit dem Harburger.⁴⁵

In *Winsen* mit seinen rund 4000 Einwohnern lag – wie in Glückstadt und anderen Städten – im November 1918 eine Abteilung Landsturmsoldaten. Diese erklärte sich bereits am 7. November mit den revoltierenden Soldaten solidarisch. Vermutlich waren die neuen Nachrichten aus Hamburg gekommen. In *Winsen* wurde wohl auch das sozialdemokratische »Volksblatt für Lüneburg und Umgebung« gelesen, ein Kopfblatt des »Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung«, das aktuell über die Ereignisse in Kiel berichtete. Am 8. November wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, der

41 Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 9-10.

42 Ebd., S. 11.

43 Ebd., S. 12-13.

44 Ebd., S. 14.

45 Ebd., S. 35.

der Bevölkerung versicherte, dass das Privateigentum nicht angetastet würde, das Tragen von Waffen verbot, öffentliche Gebäude und Banken von Militärposten bewachen ließ und zur Besonnenheit aufrief.⁴⁶ Er wurde von zwei Sozialdemokraten geführt, einem Winsener Zigarrenmacher und einem Harburger Expedienten.⁴⁷

Gut überliefert sind die politischen Veränderungen in *Lüneburg*, denn hier sind neben den Zeitungen die Protokolle des SPD-Ortsvereins und des Arbeiter- und Soldatenrats erhalten. Der Verwaltungssitz und Militärstandort Lüneburg hatte damals 28.000 Einwohner; 1907 arbeiteten 58,2 Prozent der Bewohner in Industrie und Handwerk (in Harburg damals 67,7 Prozent).⁴⁸ Die Lüneburger Zeitungen berichteten am 5. November über die Ereignisse in *Kiel*. Am selben Tag kam eine Gruppe Kieler Matrosen mit Urlaubsscheinen ihres Arbeiter- und Soldatenrats am Bahnhof an und musste hier vorerst bleiben, da der weitere Zugverkehr unterbrochen war. An diesem Abend trafen sich auch 22 Mitglieder des SPD-Ortsvereins und diskutierten neben lokalen Themen auch grundsätzliche politische Fragen wie »Evolution« oder »Revolution«. Auf einer weiteren Versammlung am folgenden Tag, dem 6. November, als neue Berichte aus *Kiel* eintrafen, erklärte die lokale SPD gegenüber den bürgerlichen Parteien ihre Loyalität zur bestehenden Regierung Max von Baden. Am darauffolgenden Tag – die Kieler Soldaten befanden sich immer noch am Bahnhof – verbreitete sich die Nachricht, dass eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats auf dem Weg nach *Lüneburg* sei, um hier die Macht zu übernehmen. Eine Menschenmenge am Bahnhof zerstreute sich am Abend nach längerem Warten. Spät nachts kam diese Abordnung dann tatsächlich, begab sich sofort in das Rathaus, wo Magistrat, Rat und Parteienvertreter warteten, und übernahm die militärische Macht in der Stadt. Diese Abordnung bestand allerdings nur aus Soldaten und wurde in den Zeitungen auch nur als »Soldatenrat« bezeichnet. Am 8. November erfolgte die Wahl eines Arbeiterrats, dessen Mitglieder die führenden Vertreter der SPD und der Gewerkschaften in *Lüneburg* waren. Diese scheinen nun allerdings nur eine geringe politische Rolle gespielt zu haben, denn die Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrats leitete in den nächsten Wochen ein Matrose aus *Wilhelmshaven* und der Soldatenrat erhielt ein Vetorecht bei allen kommunalen Entscheidungen. Wie in vielen anderen Orten, erfolgte ein Aufruf an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Behörden sollten weiter amtieren, dem Oberbürgermeister wurde wie in anderen Orten ein Mitglied des Arbeiterrats beigelegt. Ein gewisses Zeichen der Hilflosigkeit ist ein Telegramm des Arbeiterrats am 8. November an die SPD in Berlin, in dem er um die Entsendung eines Vertreters zur Entscheidungsfindung in *Lüneburg* bat.

46 Vgl. zum Folgenden Hagen, Günther: Geschichte der Stadt Winsen an der Luhe, Winsen 1978, S. 161–166.

47 Kónke (1994): Der Umbruch, S. 17.

48 Vgl. zum Folgenden Rother, Bernd: »Lüneburg 1918/19 – Eine Revolution in der Provinz«, in: Lehnert, Detlev (Hg.), Revolution 1918/19 in Norddeutschland (= Historische Demokratieforschung 13), Berlin 2018, S. 347–382.

2.4 Am Nordufer der Elbe: Bergedorf (9.11.)

Auf der nördlichen Seite der Elbe, im hamburgischen *Bergedorf*, sind die Ereignisse in den Revolutionstagen durch die »Bergedorfer Zeitung« recht gut dokumentiert.⁴⁹ Sie berichtete zuerst über die Entwicklungen in *Kiel* und *Hamburg* und meldete dann am 7. November, dass eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats eingetroffen sei. Sie hätte angeordnet, dass jegliche »Straßenansammlungen« zu unterbleiben hätten und drohte bei Ausschreitungen und Plünderungen mit Erschießungen. Am folgenden Tag betonte Bürgermeister Walli in einem Aufruf, dass die Behörden den Arbeiter- und Soldatenrat unterstützen würden, die Bevölkerung sich dessen Anweisungen fügen und sich jeder seiner Verantwortung bewusst sein solle. Ein Kommando aus 30 Mann sorgte für Sicherheit. Nächtliche Ausgehbeschränkungen, Verdunklungsanordnungen und die Ausgabe von Passierscheinen wurden nach einem Tag wieder zurückgenommen. Es gab nur einen Schuss auf das Auto des Arbeiter- und Soldatenrats, am 9. November meldete die Zeitung, dass sich das städtische Leben wieder normalisiert hätte. Nun unterzeichnete die Verlautbarungen ein »Arbeiter- und Soldatenrat für Bergedorf«, dessen beide Teile allerdings getrennt tagten. Ob er auch Mitspracherechte im dominierenden Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hatte, ist bisher nicht bekannt, jedenfalls beanspruchte er sie Ende Januar 1919.⁵⁰

Auch in den benachbarten *Vierlanden* wird dann Ende November sowie im Dezember 1918 ein »Arbeiter- und Soldatenrat der Vierlande« erwähnt, der seinen Sitz in Zollenpieker hatte. Er vermittelte durch Anzeigen Landarbeiter, rief zur Wahl eines Bauernrates auf und äußerte sich zum Verbot des Weidenschnitts. Ein Arbeiter- und Soldatenrat in Ochsenwerder wurde am 29. November vom Hamburger Rat bestätigt, Anfang Dezember gab es dann einen »gemeinsamen« für die Orte *Ochsenwerder*, *Spadenland*, *Ta-tenberg* und *Moorwerder*.⁵¹

2.5 Östlich von Hamburg: Die Kreise Stormarn (8.11.) und Herzogtum Lauenburg (9.11.), Geesthacht (6.11.), Bramfeld (7.11.), Wandsbek und Ratzeburg (6.11.)

Werfen wir nun einen Blick auf die Region östlich von Hamburg, in die *Kreise Stormarn* und *Herzogtum Lauenburg* sowie die Hamburger Exklave *Geesthacht*. Im *Kreis Stormarn* gingen die politischen Veränderungen im Norden von Lübeck und im Süden von Hamburg aus. Wohl am 6. November 1918 ließ der Lübecker Soldatenrat den Bahnhof in *Bad Oldesloe* besetzen und berief in das Hotel »Stadt Hamburg« eine Sitzung ein. Er empfahl dort, einen Arbeiterrat zu wählen, der mit dem Soldatenrat zusammenarbeiten sollte. Die Versammelten wählten sieben Männer zu einem Arbeiterrat. Die Behörden der Stadt blieben dabei weitgehend unverändert. Zu den Aufgaben des Arbeiter- und

49 Siehe zum Folgenden die Artikel zur Revolution in Bergedorf von Reinert, Bernd, in: <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf>.

50 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 678.

51 Ebd., S. 304; Bergedorfer Zeitung vom 25. und 28.11. sowie 4., 14. und 27.12.1918; s. Bernd Reinert, Die Revolution erreicht die Dörfer, in: <https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf>.

Soldatenrats gehörten vor allem die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und die Kontrolle der Verwaltung.⁵²

Im Süden des Kreises erschien in der zweiten Novemberwoche eine Abordnung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats in *Ahrensburg*, durchsuchte das dortige Schloss nach Waffen und machte es zu seinem Dienstsitz. Der Schlossherr Graf Schimmelmann befand sich im dänischen Exil, die gräflichen Waldungen durften nun zum Holz sammeln betreten werden. Unter Beteiligung von Frauen wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Die Gemeindevertretung wurde aufgehoben, zwei Tage später aber wieder eingesetzt; der Arbeiter- und Soldatenrat zeichnete nun die Verordnungen des Gemeindevorstehers Friedrich Knutzen gegen. Aus *Ahrensburg* ist eine Mitgliederliste des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats von 1918 überliefert, die einen Eindruck von seiner sozialen Zusammensetzung gibt.⁵³ Ihm gehörten ein Handlungsgehilfe, ein Briefträger, ein Postmeister, ein Maurer, ein Sattlermeister, ein Zimmerer, ein Steinmetzmeister und ein Arbeiter an.

In *Bramfeld* erschienen bewaffnete Soldaten und Matrosen ebenfalls im Auftrag des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats. Die dortigen drei Gendarmen wurden entwaffnet, woran »hauptsächlich die Halbwüchsigen« beteiligt gewesen sein sollen, wie der Bramfelder Pastor in der Kirchenchronik schrieb.⁵⁴ Auch aus anderen Kommunen wird berichtet, dass sich insbesondere Jugendliche in den Ereignissen im November 1918 hervortaten. Am 7. November 1918 fand auf dem Dorfplatz eine Volksversammlung statt. »Tags darauf« – schrieb der Pastor –

»schließen sich 30 Soldaten – Bramfelder – zusammen, die sich die Aufgabe stellen, Bramfeld gegen den Barmbecker Pöbel zu schützen und etwaige gegenrevolutionäre Bewegungen, an die niemand denkt, niederzuhalten. Amtsvorsteher wird einer der radikalsten Bramfelder Führer. Nach 9 Uhr abends darf niemand auf die Straße. Der Pastor erhält – wie auch andere – einen Passierschein, der ihm die Besuche der abends stattfindenden Lebensmittelkommissionsitzung ermöglicht. Auch diese wählt sich in einem Sozialdemokraten einen neuen Vorsitzenden. Am 9. November wird in einer öffentlichen Volksversammlung ein Arbeiterrat gebildet. Darauf wird der Amtsvorsteher seines Amtes enthoben.«⁵⁵

Aus den Protokollen des Bramfelder Arbeiterrats ist ersichtlich, dass von den 14 Mitgliedern fünf der USPD (zwei Kaufleute, ein Dreher, ein Maurer und ein Heizungsmonteur) und eines der SPD (Angestellter) angehörten, bei weiteren wird als Beruf Malermeister und Arzt angegeben.⁵⁶ Der Pastor begründete die gewaltfreien Veränderungen:

Blut ist in Bramfeld während der Revolutionszeit nicht geflossen. Man hörte wohl oft schießen und Bewaffnete zogen – auch auf Lastwagen – durch den Ort, aber niemand

52 Siehe zum Folgenden Perrey, Hans-Jürgen: Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47, Neumünster 1993, S. 173–191.

53 Ebd., Tafel 25 nach S. 192.

54 Ebd., S. 177; Seeler, Siegfried/Seeler, Ingrid: Bramfeld – Hellbrook – Steilshoop. Vom Dorf zum Stadtteil, Hamburg 1988, S. 163.

55 Seeler/Seeler (1988): Bramfeld – Hellbrook – Steilshoop, S. 163.

56 Ebd., S. 164.

wurde verletzt. Daß Gewalttätigkeiten in Bramfeld nicht vorkamen, hatte letzten Endes seinen Grund darin, daß die linksradikale Arbeiterschaft durch ihre Vertreter das kommunale Leben beherrschte. Die tüchtigsten Führer der Arbeiter waren hier immer sehr radikal. Da sie die unbestrittene Herrschaft hatten, lag kein Anlaß zu Gewalttätigkeiten vor.⁵⁷

Auch in *Wellingsbüttel* bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, der eine »Sicherheitswache« aus überwiegend ortsfremden Mitgliedern zusammenstellte, die am 18. November dann auf sieben Mann reduziert wurde. Verpflegung erhielten sie je zur Hälfte durch die Gemeinde und Spenden, im Gasthof »Friedenseiche« wurden sie untergebracht.⁵⁸

Die Stadt *Wandsbek* war Sitz der Kreisverwaltung von *Stormarn*, seit 1901 aber auch ein eigener Stadtkreis mit 34.000 Einwohnern (1908), wachsender Industrie und Handel sowie der Garnison eines Husarenregiments. Über die politische Entwicklung in dieser Hamburger Nachbarkommune in den Jahren 1918/19 ist bisher fast nichts bekannt. Das Husarenregiment Nr. 15 war im Krieg gegen Russland und dann an der dortigen Grenze eingesetzt und kehrte erst zwischen dem 30. Januar und März 1919 nach Wandsbek zurück, wo es mit dem Standort aufgelöst wurde.⁵⁹ Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat bezog *Wandsbek* in seinen Namen und damit auch in seine unmittelbare Zuständigkeit mit ein. Über eine Vertretung Wandsbeker Interessen im Hamburger Rat ist bisher aber nichts bekannt. Der Einfluss aus *Hamburg* zeigt sich dort in einem undatierten Flugblatt, in dem der »Sicherheitsdienst Wandsbek« im Auftrag des »Arbeiter- und Soldatenrats Hamburg-Altona-Wandsbek« verkündet, dass er den Sicherheitsdienst im Kreis *Stormarn* übernehmen und die Gendarmen zusätzlich durch Kavallerie-Patrouillen verstärken würde.⁶⁰ Eine erste Konferenz aller Stormarner Arbeiter- und Soldatenräte am 8. Dezember 1918 fand bezeichnenderweise in Hamburg statt, auf der auch ein Zentralarbeiterrat für den Kreis *Stormarn* bestimmt wurde. Zwei Beigeordnete – SPD-Mitglieder – übernahmen die Machtbefugnisse in der Wandsbeker Kreisverwaltung.

Im Kreis Herzogtum *Lauenburg* waren die Städte *Ratzeburg* und *Mölln* Garnisonsstandorte. Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde im Kreis von zwei Richtungen aus beeinflusst, von *Lübeck* im Norden und Hamburg im Westen.⁶¹ Nach der Besetzung *Lübeck*s durch Marinesoldaten am 4./5. November griff das Gerücht um sich, dass diese auch zu den nächstgelegenen Garnisonen marschieren würden. In *Ratzeburg* schlossen sich am 6. November spontan Soldaten zusammen und zogen zu den

57 Ebd., S. 163-164.

58 Fiege, Hartwig: Geschichte Wellingsbüttels. Vom holsteinischen Dorf und Gut zum hamburgischen Stadtteil, Neumünster 1982, S. 111.

59 Faerber, Hans-Werner: Wandsbeker Husaren. Eine Episode preußischer Kavalleriegeschichte, Hamburg 1991, S. 141, 145-147.

60 Abgebildet in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 101.

61 Vgl. zum Folgenden Zimmermann, Hansjörg: Wählerverhalten und Sozialstruktur im Kreis Herzogtum Lauenburg 1918-1933 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 72), Neumünster 1978, S. 121-143, und ders.: »Vor 100 Jahren. Rote Fahne auf Ratzeburger Rathaus,« in: Lauenburgische Heimat 206, 2018, S. 84-97.

Wohnungen von Offizieren, um diese zu entwaffnen; Zivilisten schlossen sich ihnen an. Sie drangen auch gewaltsam in das Offizierskasino ein, das anschließend wohl von Zivilisten geplündert wurde. Wichtige Gebäude in der Stadt wurden besetzt und ein Soldatenrat gebildet; vermutlich wurden sie dazu telefonisch aus *Kiel* oder *Lübeck* angeregt, denn die Soldaten waren gut informiert. Bei den Demonstrationen am 6. und 7. November wurde wiederholt die Plünderung des Landratsamtes und der Wohnungen leitender Beamter gefordert. Wie die Plünderung des Offizierskasinos waren sie ein Zeichen, wie ablehnend die Bevölkerung diesen Gruppen gegenüberstand. Bei seiner ersten öffentlichen Maßnahme am 7.11. verbot der Arbeiter- und Soldatenrat durch Maueranschläge Plünderungen und Diebstahl bei Todesstrafe. Straßenpatrouillen von sechs bis acht Mann versuchten, die Ruhe und Ordnung in dieser angespannten Situation aufrecht zu erhalten.⁶² Parallel dazu nahm der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat auf die Entwicklung im Süden des Kreises *Lauenburg* Einfluss, wo die Hamburger Exklave *Geesthacht* mit kriegswichtigen Fabriken lag.

Der kleinstädtische Ort *Geesthacht* – er wurde erst 1924 Stadt – wurde vor allem durch die Dynamitfabrik von Alfred Nobel (1865/66), die Pulverfabrik in *Düneberg* (1877) sowie die Hartsteinwerke (1904/05) geprägt. *Geesthacht* war damit ein ausgesprochener Industriearbeiterort, der auch stark von der Kriegsproduktion betroffen war: Die Sprengstoff-Fabriken wurden erweitert, von 1.650 Personen auf fast 20.000 im Jahr 1918; 1918/19 mussten sie ihre Produktion aber einstellen.⁶³ Am 6. November 1918 bildete sich in *Geesthacht* ein Arbeiter- und Soldatenrat, zu dem auch Betriebsräte der Fabriken in *Krümmel* und *Düneberg* sowie der Heilstätte *Edmundsthal* gehörten.⁶⁴ Am Nachmittag des folgenden Tages erschien eine Deputation des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats in der Dynamitfabrik in *Krümmel*, entwaffnete die Landsturmwatche und wollte mit dem Direktor und dem Arbeiterausschuss verhandeln. Offensichtlich wurden an diesem Tag auch die Arbeiten in den Sprengstofffabriken eingestellt. Die meisten Arbeiter in *Geesthacht* kamen aus *Hamburg* und wurden wohl schon dort auf den Bahnhöfen an der Fahrt nach *Geesthacht* gehindert. Am Morgen des 8. November kamen 20 Matrosen in die Fabriken, um die endgültige Arbeitseinstellung zu erwirken. Am Tag darauf, den 9. November, verkündete der Arbeiter- und Soldatenrat, dass er die Kontrolle über die Gemeindeverwaltung, die Polizei, die Post, Telegraphie und Eisenbahn, das Meldewesen sowie über die Lebensmittelversorgung übernommen habe.⁶⁵ Er legte die Polizeistunden fest und richtete im »Hotel Petersen« Sprechstunden ein. Auf einer Volksversammlung am 10. November sprach ein Redner aus *Hamburg*. Die Gemeindeversammlung am nächsten Tag forderte vom Arbeiter- und Soldatenrat eine Legitimation durch den Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat. Aus den Protokollen

62 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 121f.

63 Menapace, Bernhard Michael: »Klein-Moskau wird braun«, in: Busch, Wolf-Michael: »Klein-Moskau« – *Geesthacht* 1919-1933 (Veröff. des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 4), Hamburg 1999, S. 13-38, hier S. 15-19.

64 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 123; Ziehl, August (Hg.), *Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950*, Hamburg 1958, S. 30.

65 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 123; Kroll, Stefan: »Not, Revolten und Revolution. Wirtschaftlicher und politischer Wandel 1918-1921«, in: *Geesthacht. Eine Stadtgeschichte*, hg. von der Stadt *Geesthacht*, 2. Aufl., *Geesthacht* 1993, S. 103-114, hier S. 106-108.

des letzteren geht hervor, dass ein Vertreter aus Geesthacht seit dem 21. November an dessen Sitzungen in Hamburg mit beratender Stimme teilnehmen durfte.⁶⁶ Bereits am 13. November hob der Geesthachter Arbeiter- und Soldatenrat die dortige Gemeindeversammlung auf, da sie während des Krieges kaum wirksam gewesen und noch nach den alten Bestimmungen des Ortsstatuts gewählt worden sei. Der Vorsteher des Lebensmittelamtes und SPD-Gemeindevertreter Rudolf Messerschmidt wurde mit den Gemeindegeschäften betraut.

Am 8. November 1918 erschienen etwa 50 bis 60 Hamburger Soldaten mit roten Fahnen auf zwei Lastwagen in der Stadt *Lauenburg*, befreiten die Gefangenen aus dem Amtsgerichtsgefängnis und verbrannten deren Akten. Das Wachkommando des Lüneburger Dragonerregiments bei der Eisenbahn und an der Elbbrücke wurde entwaffnet und nur einige bewaffnete Posten blieben im Ort zurück.⁶⁷ Am 9. November trat die Arbeiterschaft der Stadt *Lauenburg* in einen Sympathiestreik und veranstaltete einen großen Umzug. Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat bildete in der Stadt *Lauenburg* einen dreiköpfigen Arbeiterausschuss. Auch in *Schwarzenbek* regte er die Gründung eines Arbeiterrates an.⁶⁸ Aufgrund der hohen Anzahl von Arbeitern war hier im Süden des Kreises die Politisierung der Bevölkerung weit größer als im Norden.

Zimmermann stellt für den *Kreis Herzogtum Lauenburg* nach drei Tagen Revolution folgende Kernforderungen der dortigen Arbeiter- und Soldatenräte fest: 1. Entwaffnung des Militärs, 2. Befreiung von militärischen und zivilen Gefangenen, um auf Missstände in der Justiz hinzuweisen, und 3. Besetzung wichtiger Posten, um den Nachrichtenverkehr und führende Personen zu kontrollieren, sowie 4. Sicherstellung von Ruhe und Ordnung. Diese Forderungen der Revolutionäre finden sich ähnlich in vielen anderen Kommunen.⁶⁹

3. Etablierung und Widerstände

Den recht plötzlichen Veränderungen der Machtverhältnisse in vielen Kommunen in der ersten Novemberwoche des Jahres 1918 musste nun die konkrete politische Arbeit folgen. Dazu gehörten vorrangig die Stabilisierung der neuen Herrschaft durch die Arbeiter- und Soldatenräte sowie der neuen Macht- und vorhandenen Verwaltungsstrukturen, sodann die Durchsetzung der vielbeschworenen »Ruhe und Ordnung« und vor allem die Versorgung der Bevölkerung. Weitere Probleme wie die Unterbringung zahlreicher von der Front zurückkehrender Soldaten und Maßnahmen gegen die desolate Wirtschaftslage kamen in den folgenden Wochen hinzu. Zugleich galt es, Kontakt zu den politischen Gremien in der Region und bis nach Berlin aufzubauen und zu halten und divergierende politische Ansichten bezüglich der Zukunft Deutschlands mehrheitsfähig zu machen. Noch war das Deutsche Reich keine wie auch immer verfasste Republik, mehr noch: Es gab eine Vielzahl von Gegnern der Veränderungen in den einzelnen Orten, die den Wandel stillschweigend oder durch aktive Opposition ablehnten.

66 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 248, 403.

67 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 499, wie Anm. 61.

68 Ebd., S. 123.

69 Ebd., S. 122.

3.1 Die Kreise Pinneberg und Steinburg

Blicken wir zuerst auf die Entwicklungen in den holsteinischen Kreisen Pinneberg und Steinburg. Der Kieler Arbeiter- und Soldatenrat, der sich am 7. November zur »Provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein« erklärt hatte, rief an diesem Tag dazu auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu gründen. Sie sollten nicht selbst Verwaltungsfunktionen übernehmen, sondern nur mit den bestehenden Behörden zusammenarbeiten. Auf der anderen Seite forderte am 11. November der Pinnberger Landrat die Angestellten des Kreises auf, weiter zu arbeiten und dabei persönliche Überzeugungen zurückzustellen.⁷⁰ Im Kreis Pinneberg bestanden Mitte November 1918 bereits in vielen Kommunen Räte, ähnlich wird es wohl in anderen Kreisen gewesen sein; vielleicht spielte hier aber auch die Nähe zum Stadtraum Altona-Hamburg eine Rolle. Die Lage war aber so unübersichtlich, dass die Bevölkerung am 19. November vor »falschen« Arbeiter- und Soldatenräten gewarnt wurde, also plündernden Soldaten, die sich den Anschein legitimer Vertreter gaben. Durch die Elmshorner Polizei und den dortigen Arbeiter- und Soldatenrat fanden deshalb Patrouillen statt.⁷¹ Auffällig ist, wie groß die Mitgliederzahl des in Blankenese gebildeten Sicherheitsdienstes mit 120 Personen war, denn er nahm die Funktion der Polizei wahr. Das Gewaltmonopol ging somit in die Hände von Freiwilligen über. Zugleich erfolgte dort ein Aufruf an die Bevölkerung, bis zum 15. November alle Waffen abzugeben, was mit der Demobilisierung der von der Front zurückkehrenden Soldaten einherging.⁷²

Vordringlich wurden nun die gegenseitige Information und das gemeinsame Vorgehen der lokalen Räte. Am 24. November nahmen die Arbeiter- und Soldatenräte aus Pinneberg, Uetersen, Schenefeld, Quickborn, Schnelsen, Blankenese, Barmstedt und Elmshorn ihre Zusammenarbeit auf. Für die gesamte Provinz Schleswig-Holstein sowie Lübeck und Hamburg fand am 2. Dezember 1918 eine Räteversammlung in Neumünster statt. In einer Entschließung stellten sich die Anwesenden u.a. hinter die Regierung Ebert-Haase und forderten eine baldige Nationalversammlung, »um eine auf breiter demokratischer Grundlage zu schaffende Volksregierung zu ermöglichen«, und bald einen Vorfrieden abzuschließen.⁷³ Im Kreis Pinneberg nahm die Vernetzung der Räte im Dezember weiter zu, den genannten Arbeiter- und Soldatenräten schlossen sich am 15. Dezember weitere aus Garstedt, Lokstedt, Niendorf, Schenefeld, Stellingen, Halstenbek, Wedel-Schulau und Schnelsen an und wählten einen gemeinsamen Vollzugsausschuss.⁷⁴ Die Gründung weiterer Räte wurde – wie im Regierungsbezirk Stade – noch im Dezember angeregt, so forderte der Beigeordnete beim Landrat in Pinneberg am 21. Dezember in einer Zeitungsanzeige auf, dass Bauernräte gegründet werden sollten, sie

70 Druck des Aufrufs in: Kollex (wie Anm. 9), S. 134; zum Folgenden Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 53f.

71 Planer, Gert: Polizei in Elmshorn (Beiträge zur Elmshorner Geschichte 27), Elmshorn 2018, S. 90f.; Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 220.

72 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 60–62.

73 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 299.

74 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 229, 231.

Wahlprotokolle führen und sich melden sollten, damit sie bestätigt und Delegierte für einen Kreisbauernrat am 2. Januar 1919 bestimmt werden könnten.⁷⁵

3.1.1 Itzehoe

Der am 6. November in Itzehoe gewählte Arbeiter- und Soldatenrat sah es in einer Lagebesprechung am folgenden Tag als seine wichtigste Aufgabe an, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Brennmaterial zu gewährleisten sowie die Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck patrouillierte seit dem 7. November auch hier eine Sicherheitswehr aus ca. 75 Mann durch die Stadt und bewachte den Bahnhof sowie die beiden Proviantämter. An den wichtigsten Straßen wurden für einige Tage MG-Posten aufgestellt. Ein zehnköpfiges Kommando sollte die Polizei bei der Bekämpfung der stark angestiegenen Diebstähle unterstützen. Die drei SPD-Mitglieder im Arbeiter- und Soldatenrat übernahmen die Organisation der Lebensmittelversorgung. In einer Sondersitzung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung am selben Tag informierte der Rat diese über seine Absichten. Anschließend wandte er sich auf dem Marktplatz vor dem Rathaus – auf dem nun die rote Fahne wehte – an die Bevölkerung und bat um Vertrauen und Unterstützung. Seine maßvolle Haltung zeigte sich in der Aussage: »Wir wollen keine russischen Zustände, wir wollen gottgesegneten Frieden und Ruhe.«⁷⁶ Bürgermeister Salomon erklärte, dass sich die städtischen Behörden dem Rat gefügt hätten und nun Ruhe und Ordnung geschaffen werden müssten. Zu diesem Zweck wurden alle Bürger aufgefordert, ihre Waffen abzugeben, und für Jugendliche galt eine nächtliche Ausgangssperre. Wie in anderen Kommunen nahm der Arbeiter- und Soldatenrat fast keine grundsätzlichen Veränderungen in der Stadtverwaltung vor, seine Vertreter beaufsichtigten allerdings die städtischen Gremien und behielten sich ihre Zustimmung vor. Die Stadt- und Kreisverwaltung wiederum verhielt sich abwartend gegenüber der politischen Entwicklung, ignorierte das neue Kontrollorgan möglichst weitgehend und versuchte für eine reibungslose und korrekte Verwaltung zu sorgen. Tatsächlich soll nun die Lebensmittelversorgung besser funktioniert haben; als der Arbeiter- und Soldatenrat allerdings zur besseren Fleischversorgung eine Treibjagd organisierte, protestierten die Förster. Mit Unterstützung der großen Gewerbebetriebe gelang es, die wegen Kohlenmangels drohenden Produktionseinstellungen und Entlassungen abzuwehren; Kohle wurde aus den Marindepots in *Brunsbüttelkoog* herangeschafft. Zustimmung fand eine Maßnahme des Arbeiter- und Soldatenrats gegen die Vorschriften des geltenden Kommunalrechts: Er hob am 15. November den überkommenden Gemeindestatus der im Stadttinneren existierenden *Gemeinde Klosterhof* auf.⁷⁷ Die Zurückhaltung des Itzehoer Bürgertums gegenüber den neuen politischen Gewalten zeigte sich an einem Festumzug am 17. November, an dem nur Garni-

75 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 69.

76 Engel-Baseler (2007): Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik, S. 270.

77 Möller (2007): Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch, S. 198.

sonstruppen und organisierte Arbeiter teilnahmen. Das Rathaus war aus diesem Anlass mit Tannengrün sowie Porträts von Karl Marx und Friedrich Engels geschmückt.⁷⁸

Im benachbarten *Lägerdorf* mit den großen Zementwerken wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat erst am 15. November auf einer SPD-Versammlung gegründet. Da es dort keine Soldaten gab, wurden einfach zwei seiner Mitglieder zu Soldatenräten ernannt. Als die Legitimität der Wahl in Zweifel gezogen wurde, wurde dem entgegengehalten, dass 200 Bewohner anwesend gewesen seien und man keine früheren »Hurraschreier und Unterjocher der Freiheit« beteiligen wollte.⁷⁹

3.1.2 Wilster (6.11.) und Glückstadt

Zeitversetzt gab es auch in *Wilster* politische Veränderungen, die aber ungewöhnlich verliefen. Auf dem Weg nach *Itzehoe* waren hier am 6. November Matrosen aus *Brunsbüttel* ausgestiegen und hatten Kontakt zu größeren Betrieben aufgenommen, die Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrats scheiterte aber. Am 24. November erfolgte dann eine erneute Initiative in der kleinen Stadt. Der »Zentralausschuss des Bezirks Westholstein der Arbeiter- und Soldatenräte« rief eine Versammlung ein, die von einem SPD-Mitglied aus *Itzehoe* geleitet wurde und einen siebenköpfigen Rat wählte. Dieser erhielt ein Büro im Rathaus, beaufsichtigte und vereinfachte die Verwaltung. Im Dezember organisierte er auch die Demobilisierung und richtete einen in *Itzehoe* vorbereiteten Arbeitsnachweis ein. Am 4. Dezember ersuchten die beiden Bürgervereine dort um Mitwirkung im Arbeiter- und Soldatenrat, was ihnen wohl auch gewährt wurde.⁸⁰ Im Militärstandort *Lockstedter Lager* bestand der Soldatenrat damals aus 26 Mitgliedern. Der Vorsitzende Leutnant Hinrichs stand in engem Kontakt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in *Kiel*, dessen Vertreter Gustav Noske und Lothar Popp er mit Hilfe eines Flugzeuges besuchte; umgekehrt kamen auch Kieler Abgesandte in das Lager. Für den 14. November berief Hinrichs eine Volksversammlung im nahen *Kellinghusen* ein, wo er über den Militarismus und die Außenpolitik vor 1914 sprach und ein Itzehoer Vertreter zur Wahl eines Arbeiter- und Soldatenrates aufrief. Es gab aber Kritik, dass die vom Kellinghusener Bürgermeister geleitete Versammlung nicht dazu legitimiert sei. Die dann erfolgte Wahl eines 13-köpfigen Arbeiterrats am 25. November wurde allerdings auch erst am selben Tag und nur durch Flugblätter in Arbeiterwohngegenden angekündigt. Gleichzeitig tagte der Bürgerverein und ersuchte am »demokratischen Volksstaat« mitzuarbeiten, indem er vier Vertrauensleute in den Arbeiterrat entsandte. Letzterer legte Wert auf Öffentlichkeit seiner Sitzungen und richtete am 4. Dezember ein Wirtschaftsamt an, dass die Arbeitsvermittlung organisieren sollte.⁸¹ Grundsätzlich hatten die Räte in allen Orten ähnliche akute Aufgaben bezüglich der Sicherheit und Versorgung zu bewältigen. Nur in *Glückstadt* kam speziell hinzu, dass die dortigen Strafanstalten

78 Engel-Baseler (2007): *Itzehoe zur Zeit der Weimarer Republik*, S. 271; Möller (2007): *Eine Küstenregion im politisch-sozialen Umbruch*, S. 198.

79 Möller, ebd., S. 215-218.

80 Ebd., S. 198f.

81 Ebd., S. 198-202.

überwacht, die Haftbedingungen überprüft und Häftlinge ggf. entlassen werden mussten. Da für dortige Kriegsgefangene noch die Transportmöglichkeiten in deren Heimat fehlten, erhielten sie Lohnzahlungen. Weiterhin behielt aber der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven hier seinen Einfluss und beließ 31 Mann als Sicherheitstruppe in Glückstadt.⁸²

Am 22. November 1918 trafen sich in Itzehoe 40 Delegierte aus den Kreisen Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg zur »Generalversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte für Westholstein«.⁸³ Unter Vorsitz des Itzehoers Rosengarth vereinbarten sie, zusammenzuarbeiten, Sonderinteressen bis zur Wahl der Nationalversammlung zurückzustellen und Richtlinien für ihre Tätigkeit – z.B. das Verfahren bei Hausdurchsuchungen – zu beschließen. Diese wurden am 4. Dezember in der »Glückstädter Fortuna« veröffentlicht. Anfang Dezember bildete sich in Itzehoe ein weiteres Gremium, der »Aktionsausschuss des Kreises Steinburg« der die Kontrolltätigkeiten in den Landgemeinden regeln sollte und sich dem Landrat unterstellte. Dazu gehörte wohl auch, dass seitdem vier Soldaten in *Wewelsfleth* an der Stör stationiert wurden, da von dort mit dem Dampfer ein regelmäßiger Schleichhandel nach Hamburg betrieben wurde. Zu der überörtlichen Kommunikation und Netzworkebildung gehörte es auch, dass der Elmshorner Arbeiter- und Soldatenrat den dortigen Bürgermeister am 28. November aufforderte, die Gemeindevorsteher der Umlanddörfer in das Rathaus einzuladen.

3.2 Politisches Kräfteressen zwischen Cuxhaven und Hamburg

In Cuxhaven wurde der Magistrat im Amt belassen, seit dem 8. November nahmen nun Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats an dessen Sitzungen teil. Seine Mitglieder übernahmen im Laufe des Dezembers diverse Aufgaben in der Stadtverwaltung. Bürgermeister Bleicken nutzte jedoch alle rechtlichen Möglichkeiten, um weiterhin eigenständig Politik betreiben zu können, was dann am 7. Januar 1919 zu seiner Absetzung führte.⁸⁴ Der Arbeiterrat wie auch der Soldatenrat hatten je einen zweiköpfigen Vorstand sowie einen Vollzugsausschuss (Ser-Kommission) und einen Aktionsausschuss (2ier-Kommission) als deren ausführenden Organe.⁸⁵ Die Anordnungen und Maßnahmen der neuen Herrschaftsträger – darunter Volksversammlungen, die Beschlagnahmung aller Waffen am 9. November und der Empfang der zurückkehrenden Frontsoldaten am 9. Dezember – können detailliert in der Cuxhavener Presse verfolgt werden.⁸⁶ Das »Cuxhavener Tageblatt« wurde als wichtiges Kommunikationsorgan am 23. November 1918 vom Arbeiter- und Soldatenrat übernommen und in »Die neue Zeit« (bis 11. Februar 1919) umbenannt.⁸⁷

82 Ebd., S. 205-208.

83 Ebd., S. 218-220.

84 Ebd., S. 148-150.

85 Druck des Organigramms vom 13.12.1918 in: www.cuxpedia.de.

86 Borrmann, Hermann: Sachregister zu den Cuxhavener Zeitungen vom 1.1.1832 bis 31.12.1976 (Veröff. des Archivs der Stadt Cuxhaven Nr. 4), 2. Aufl. Cuxhaven 1976, Bd. 1, Abt. IX, S. 1-3.

87 Bussler, Peter/Schuman, Nik: Militär- und Marinegeschichte Cuxhavens, Cuxhaven 2000, S. 107-108.

Politisch wurde der Arbeiter- und Soldatenrat von linksgerichteten USPD-Mitgliedern dominiert, erst Ende November 1918 gehörte der Vorsitzende der örtlichen SPD, der Buchdrucker Carl Klemet, dem Vorstand an. Der Vorsitzende des Cuxhavener Soldatenrats Karl Baier soll bereits während der Kriegsjahre eine linksgerichtete Gruppe aufgebaut und die Revolution in Russland 1917 begrüßt haben.⁸⁸ Auffällig ist auch, dass aus Cuxhaven nicht nur exponierte einzelne Persönlichkeiten wie Baier nach einigen Wochen in Berlin politisch aktiv wurden, sondern ganze Einheiten wie 700 Matrosen der am 11. November gegründeten Volksmarinedivision gerufen wurden, um die Revolution in der deutschen Hauptstadt zu unterstützen.⁸⁹ Die programmatischen Ideen zu grundsätzlichen Veränderungen gingen im Cuxhavener Rat aber noch weiter und spielten auch in Diskussionen weit außerhalb eine Rolle; so befasste er sich Ende November 1918 mit der Gründung einer Republik Nordwestdeutschland. Im Januar 1919 proklamierte er für sechs Tage eine »Sozialistische Republik Cuxhaven, vier Abgesandte des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats versuchten dann, dies wieder ins richtige Gleise zu bringen«.⁹⁰ Hier deuten sich enge Kontakte zwischen Cuxhaven und dem radikalen Arbeiter- und Soldatenrat in Bremen an, wo ebenfalls eine Räterepublik ausgerufen wurde.

Für den von Cuxhaven ausgehenden politischen Einfluss elbaufwärts gibt es weitere Beispiele. Der Kreis *Neuhaus an der Oste* blieb Anfang November von den Umbrüchen in Cuxhaven und Otterndorf noch unberührt. Am 17. November verhaftete jedoch eine Gruppe bewaffneter Matrosen aus *Cuxhaven* den dortigen Landrat Knöpfler in seiner Wohnung. Er wurde verdächtigt, eine Bürgerwehr und die bewaffnete Gegenwehr gegen die neuen Verhältnisse zu organisieren sowie an Schiebungungen bei der Lebensmittelverteilung beteiligt gewesen zu sein. Es gelang ihm aber, diese Verdächtigungen auszuräumen und er wurde im Amt belassen.⁹¹ Widerstand von Revolutionsgegnern wurde seitens – wohl nicht nur – des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats wiederholt befürchtet. Am 17. November 1918 erschienen Delegierte der Räte aus *Cuxhaven* und *Stade* beim Stader Regierungspräsidenten und warfen ihm vor, dass im Regierungsbezirk gegenrevolutionäre Bürgerräte gebildet würden. Grashoff verlangte Beweise und verbürgte sich für seine Beamten wie auch den Landrat Knöpfler; zugleich regte er an, nicht mit zwei Arbeiter- und Soldatenräten verhandeln zu müssen. Auch sollte zu den zwei vorhandenen ein dritter Vertreter seitens aller Räte im Bezirk gewählt werden, der die Regierungsgeschäfte überwachen könnte. Während Grashoff mit dem Stader und Hamburger Rat gut zusammenarbeitete, beschwerte er sich in einem Schreiben an den Innenminister in Berlin über das schlechte Verhältnis zum Rat in *Cuxhaven*.⁹²

88 Pelc, Ortwin/Baier, Karl, in: Olaf Matthes/Ortwin Pelc: Menschen in der Revolution. Hamburger Porträts 1918/19, Husum 2018, S. 12–15.

89 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 132f.

90 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 591; Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 127–130; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 153–158; Lüken (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 164–170; vgl. Loose, Hans-Dieter: »Groß-Hamburg, Hansestaat oder Republik Niedersachsen. Territoriale Neuordnungspläne in der Revolution 1918/19«, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 66, 1980) S. 95–116.

91 Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 176f.

92 Ebd., S. 153–156.

Dieser sandte am 14. November auch ein Schiff nach *Wedel*, um dort einen Arbeiter- und Soldatenrat zu gründen.⁹³

Im Protokoll der Sitzung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats vom 11. November 1918 wird vermerkt: »Es erhält der Genosse Stürmer,⁹⁴ der Kommandant der ›Augsburg‹, das Wort. Er berichtet, daß er mit mehreren Kameraden von Cuxhaven entsandt sei, um die politische Bewegung zu unterstützen, wenn sie angegriffen werden sollte. Er könne versichern, daß die ganze Marine zum Schutze der guten Sache organisiert sei (Beifall).«⁹⁵ Tatsächlich waren Cuxhavener Marineangehörige mit dem Kreuzer AUGSBURG die Elbe heraufgefahren. Dies darf als beachtlicher symbolischer Akt gewertet werden, zugleich war es durchaus möglich, dass Mannschaftsdienstgrade zur Führung des Schiffes in der Lage waren und auch mit mindestens 200 Mann benötigter Besatzung in *Cuxhaven* genügend Seeleute zur Verfügung standen.⁹⁶ Im Protokoll vom 13. November erklärte der Hamburger Kriegsgerichtsrat der Marine aus *Cuxhaven*, John Ulrich Schroeder, dass er Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrats Niederelbe sei und als solcher dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat beitrete.⁹⁷ Weiter sagte er: »Ca. 15.000 Mann der Marine, verschiedene Kreuzer und Torpedoboote stünden bereit, jederzeit auf Hamburg zu marschieren und könnten, wenn Widerstand entgegengesetzt werde, in drei Stunden hier sein.«⁹⁸ Karl Baier schrieb in seinen 1958 erschienenen Erinnerungen, dass die Cuxhavener mit dieser Aktion den linken Flügel des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats unterstützen wollten; zugleich hätte ein Flugzeug aus *Cuxhaven* – für ein vorgesehenes Luftschiff hätte kein Pilot zur Verfügung gestanden – Flugblätter über Hamburg abgeworfen.⁹⁹ Die Schiffsmannschaft der AUGSBURG soll am 15. November in *Hamburg* auch den Obersten Marinerat der Niederelbe gegründet haben, jedenfalls war der Kommandant des Kreuzers, Willi Stürmer, vom 16. November bis 1. März 1919 dessen Vorsitzender.¹⁰⁰ Die Funktion und Wirkung dieses Marinerates sind bisher kaum bekannt.

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat sah sich in seinen Entscheidungen jedoch auch für *Cuxhaven* als zuständig an, trotz der Eigeninitiativen des dortigen Rates. Wie verhielt es sich aber grundsätzlich mit den übergeordneten Zuständigkeiten in den Revolutionstagen im übrigen Hamburger Umland? Es ist davon auszugehen, dass feste Strukturen in den ersten Wochen der Revolution noch nicht existierten, sich allenfalls

93 Kurz (2018): Der Arbeiter- und Soldatenrat in Blankenese-Dockenhuden, S. 55.

94 Matthes, Olaf: Wilhelm Stürmer, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 189-191.

95 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 165.

96 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 130f.

97 Merkel, Sebastian: John Ulrich Schroeder, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 172-174.

98 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 188; dazu Baumann, Frederick Seyd: Um den Staat! Hamburg 1924, S. 31, und Schroeder, John Ulrich: Im Morgenlichte der deutschen Revolution. November-Erlebnisse an der Niederelbe, Hamburg 1921, S. 16-25.

99 Baier, Karl: »Kreuzer ›Augsburg‹ wird unter roter Flagge von Cuxhaven nach Hamburg geschickt«, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1958, S. 122-124.

100 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 165 und S. 266.

entwickelten und auch wechselten. Nur mit aller Vorsicht dürfen deshalb Zuständigkeiten und Abhängigkeiten der neuen Gremien abgeleitet werden, nicht nur, weil die Quellen fehlen, sondern auch weil formulierte Ansprüche nicht unbedingt der ausgeübten Realität entsprochen haben müssen. Die Ansprüche und die tatsächliche Wirksamkeit des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats über das *Amt Ritzebüttel* hinaus wurden bereits erwähnt. Er wollte durchaus Unterstützung aus *Hamburg*, beschwerte sich aber am 18. Dezember, dass diese zu gering sei und er deshalb selbstständig handeln müsse.¹⁰¹ Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat diskutierte und beschloss in seiner Sitzung am 18. Dezember 1918 seine örtliche Zuständigkeit. Der Rechtsanwalt Carl Herz hatte Richtlinien dazu ausgearbeitet, die u.a. besagten:

1. Der hamburgische Arbeiter- und Soldatenrat [...] ist Inhaber der politischen Gewalt im Hamburgischen Staatsgebiet. Als solcher unterstehen ihm sämtliche Räte innerhalb dieses Gebietes. Diese örtlichen Räte sind nur Kontrollinstanz für die örtliche Verwaltung. Ein Eingriff in die staatliche Verwaltungstätigkeit, wie z.B. die Rechtspflege, ist ihnen untersagt.¹⁰²

Damit sollten Eigenständigkeiten wie die des Cuxhavener Arbeiter- und Soldatenrats, der selbständig einen Fischereiinspektor eingesetzt hatte, ausgeschlossen werden.¹⁰³ In einem Schreiben an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin vom 19. Dezember erklärte der Hamburger Rat, dass er im Stadtstaat Hamburg die politische Gewalt inne habe und zugleich örtliche Kontrollinstanz sei, während im Unterschied dazu in Preußen die Arbeiter- und Soldatenräte nur Kontrollinstanzen der örtlichen Verwaltung seien.¹⁰⁴ Weiter heißt es in der Richtlinie:

2. Innerhalb des preußischen Vorortsgebietes reicht die Zuständigkeit des Rates so weit, als die Zuständigkeit der Organisationen und Truppenformationen, die ihre Vertreter im Rat haben. Der Rat ist aber hier lediglich Kontrollinstanz der örtlichen Verwaltung nach Maßgabe der von der preußischen Regierung aufgestellten Richtlinien und ist zu Eingriffen in staatliche Verwaltungstätigkeiten grundsätzlich nicht berechtigt. 3. Wo innerhalb des zu 2 bezeichneten preußischen Vorortsgebietes bereits örtliche Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, erkennt der Rat sie an, gewährt ihnen Schutz und Beistand und erledigt mit ihnen die aus der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit sich ergebenden gemeinsamen Angelegenheiten. 4. Bestehen in einem preußischen Vororte keine Arbeiter- und Soldatenräte, so übt der Rat das Kontrollrecht über die örtliche Verwaltung durch Beigeordnete aus, die aus seiner Mitte zu wählen sind.¹⁰⁵

Diese Richtlinie blieb für das preußische Hamburger Umland bis zum 20. März 1919 in Kraft, als die preußische Landesversammlung das Gesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen beschloss, in *Hamburg* bis zur Annahme der Notverfassung

101 Ebd., S. 403.

102 Ebd., S. 396-398.

103 Ebd., S. 402-403.

104 Ebd., S. 396, Anm. 2.

105 Gedruckt auch in: Lamp'l, Walther: Das groß-hamburgische Revolutionsrecht, Hamburg 1921, S. 52.

vom 26. März 1919.¹⁰⁶ Wie weit der politische Einfluss des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats reichte, zeigte sich, als er am 18. November den langjährigen Wandsbeker Landrat Joachim Bonin und am 22. November den Pinneberger Landrat Scheiff absetzte, dem die Vernachlässigung der Versorgung der Bevölkerung vorgeworfen wurde.¹⁰⁷ Die Posten anderer Verwaltungsbeamten waren ebenfalls nicht sicher, so setzte er z.B. den Amtssekretär in *Alt-Rahlstedt* und den Bürovorsteher des Gemeindeamtes in *Sande* ab.¹⁰⁸

In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom 18. November wurde auch angemerkt, dass Soldatenräte nur in Garnisonsorten gegründet werden sollten und man sich im Einzelfall die Anerkennung örtlicher Arbeiter- und Soldatenräte vorbehalten wolle. *Cuxhaven*, *Geesthacht* und *Bergedorf* sollten jedenfalls ein Sitzrecht im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat erhalten. Tatsächlich gab es auf hamburgischem Staatsgebiet in verschiedenen Stadtteilen und Institutionen eine bisher unbekannte Zahl von Arbeiterräten und Soldatenräten; Lamp'l erwähnt, dass die gemeinsame Vollversammlung aller Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg rund 350 Personen umfasste.¹⁰⁹

Der *Stader* Arbeiter- und Soldatenrat verkündete als erste Maßnahme am 14. November den 8-Stunden-Tag sowie Mindestlöhne, musste diese Verordnungen aber nach zwei Tagen zurücknehmen, da dies den Gewerkschaften vorbehalten sein sollte. Die politische Entwicklung im Großraum Hamburg wird dabei den *Stader* Raum durchaus beeinflusst haben, denn auf Versammlungen im Dezember 1918 in Dörfern des *Stader* Umlandes traten wiederholt Redner und Rednerinnen aus *Hamburg* und *Harburg* auf.¹¹⁰ In einzelnen Landkreisen des Regierungsbezirks *Stade* bildeten sich wie in Westholstein zentrale Vereinigungen von Arbeiter- und Soldatenräten.¹¹¹

3.3 Herrschaftsmodelle: Harburg, Winsen, Lüneburg

In *Harburg* existierte in den ersten Novemberwochen ein ähnliches Herrschaftsmodell wie in vielen anderen Kommunen: Die politische Macht hatte der Arbeiter- und Soldatenrat, der verschiedene Kommissionen bildete. Der Magistrat und der Landrat wurden in ihren Ämtern belassen, erhielten aber kontrollierende Beigeordnete. Die städtischen Gremien tagten erstmals wieder am 6. Dezember. Es gibt Indizien, dass die Zusammenarbeit in den Gremien nicht immer reibungslos verlief bzw. eigenständige

106 Ebd., S. 53.

107 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 234, 996f; zu Bonin: Günther, Barbara (Hg.): *Stormarn Lexikon*, Neumünster 2003, S. 71-72; zu Scheiff: Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 232-237, 240-243.

108 Perrey (1993): *Stormarns preußische Jahre*, S. 176.

109 Lamp'l, Walther: *Die Revolution in Groß-Hamburg*, Hamburg 1921, S. 131.

110 Bohmbach (1994): *Stade in der Weimarer Republik*, S. 420.

111 Heinrichs, Ute (Bearb.): *Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen. Ein analytisches Inventar (Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung H. 46, Bd. 4: Die preußische Provinz Hannover, T. 2: Akten der staatlichen Dienststellen im Regierungsbezirk Stade)*, Göttingen 1988, S. 199, Nr. 812 nennt die Protokolle eines Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte vom 7.1.-22.2.1919, S. 201 Nr. 820.

Bestrebungen existierten: Oberbürgermeister Heinrich Denicke veröffentlichte neben dem Arbeiter- und Soldatenrat eigene Anordnungen und der Soldatenrat ließ wieder das Tragen von Rangabzeichen für Offiziere und Mannschaften zu.¹¹² In einer etwas ungewöhnlichen Zeitungsanzeige vom 12. November bat eine bunt gemischte Gruppe Harburger Honoratioren aus dem Bürgertum, Industrielle und Kaufleute, um Unterstützung für den Arbeiter- und Soldatenrat.¹¹³

Auf Volksversammlungen, Plakaten und in den Zeitungen wurde in den folgenden Wochen seitens des Arbeiter- und Soldatenrats, der aus Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften bestand, zu den aktuellen politischen Entwicklungen Stellung genommen, insbesondere sein Machtanspruch und die Durchsetzung demokratischer Rechtsverhältnisse formuliert. Dabei sah sich der Rat als Provisorium bis zur Wahl einer Volksvertretung. Seine Hauptaufgaben waren auch in *Harburg* die Versorgung der Bevölkerung – wozu auch die Beschlagnahme illegaler Lebensmittellager gehörte – und die Eingliederung entlassener Soldaten. Für den 21. November verkündete er die Einführung des 8-Stunden Tags für Harburg.¹¹⁴ Die politischen Veränderungen hatten auch in *Harburg* Reaktionen des Bürgertums zur Folge. Am 18. November 1918 gründeten Vertreter verschiedener Wirtschafts- und Standesvereinigungen einen Bürgerrat, der in der Stadt mitwirken wollte. Bereits zwei Tage zuvor gründete sich in *Wilhelmsburg* im Ratskeller ein Bauernrat. Ein Vertreter des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats war dabei und forderte eine Zusammenarbeit bei der Lebensmittelversorgung. Auch in Harburg gab es einen Bauernrat, seit dem 20. November auch im Landkreis.¹¹⁵

Der Harburger Arbeiter- und Soldatenrat gab seine Verlautbarungen mit dem Zusatz »von Harburg und Umgebung« heraus, denn er sah seine Zuständigkeit auch im Landkreis Harburg. Ab und zu wurde er dort auch tätig, z.B. als in *Eddelsen* drei Soldaten unberechtigt in das Haus des Gemeindevorstehers eindringen und die Gendarmen verhaften wollten. Sie wurden dem Harburger Arbeiter- und Soldatenrat überstellt und es wurde verfügt, dass Haussuchungen nur in Anwesenheit der Gendarmerie oder von Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats durchgeführt werden durften.¹¹⁶ Eine Kreiskonferenz aller Räte wählte dann am 28. Dezember 1918 einen Arbeiter- und Soldatenrat für den *Landkreis Harburg*.¹¹⁷

In *Winsen* bildete sich als bürgerliche Reaktion auf die politischen Veränderungen aufgrund einer Initiative des Winsener Bürgervereins am 16. November 1918 in Stallbaums Gasthaus ein Bürgerrat, dem der Volksschulrektor, ein Geflügelhändler, ein Mühlenbaumeister und ein Druckereibesitzer angehörten. Dieser Rat wollte die Interessen des gewerblichen Mittelstands sowie der Angestellten und Beamten vertreten. Am 20. November folgte die Gründung eines Bauernrats, in dem zu gleichen Teilen

112 Ebd., S. 16.

113 Harburger Anzeigen und Nachrichten vom 12.11.1918; vgl. Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 22-24.

114 Meyer (1998): Rote Fahnen über Harburg, S. 19-20, 25.

115 Ebd., S. 14, 26.

116 Ebd., S. 22.

117 Ebd., S. 22.

Abbauern (ohne eigenes Land) und Hofbesitzer vertreten waren. In gemeinsamen Sitzungen versuchten alle Räte zu kooperieren und vor allem den Nahrungsmittel- und Brennstoffmangel sowie die seit Wochen grassierende Grippewelle zu bekämpfen. Seit dem 13. Dezember wurde der Verkauf von Pferdefleisch streng rationiert.¹¹⁸ Am 23. November gab der Winsener Arbeiter- und Soldatenrat bekannt, dass nun alle Behörden in Stadt und Kreis der *neuen Exekutive* unterstehen würden. Am 23. Dezember wurde der 8-Stunden-Tag eingeführt, vor allem für gewerbliche und industrielle Betriebe und auch für Lehrlinge.

In *Lüneburg* legte der Arbeiter- und Soldatenrat Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Magistrat und der SPD und betonte seine Loyalität zur Regierung; allzu revolutionär oder nach dem Wunsch nach einer neuen Staatsform klang das nicht.¹¹⁹ Ungewöhnlich war allerdings, dass er sogleich ein neues Stadtparlament wählen lassen wollte, er gab diese Idee jedoch schon am 14. November wieder auf. Je ein Vertreter der SPD und der Gewerkschaften nahm aber an den Magistratssitzungen teil. In den Novemberwochen folgten gemeinsame Sitzungen von Arbeiterrat, Soldatenrat, Magistrat, Gewerkschaften, SPD-Orts- und Kreisverein sowie Betriebsarbeitersausschüssen, bei denen es vor allem um die Ernährungslage ging. Am 17. November gab es eine Kundgebung auf dem Lüneburger Marktplatz, einberufen vom Arbeiter- und Soldatenrat und mit dem Redner Zülke, dem sozialdemokratischen Lokalredakteur des Harburger »Volksboten«, vielleicht ein Hinweis, woher der politische Einfluss in Lüneburg kam. Rother meint deshalb, dass die Lüneburger Sozialdemokraten keine Revolution wollten, was von ihren Wählern bei den Wahlen im Frühjahr 1919 honoriert wurde.¹²⁰ Am 18. November richtete der Lüneburger Rat ein Standgericht mit drakonischen Strafen ein. Diese Aneignung der Gerichtsgewalt rief aber sofort den Protest der dortigen Rechtsanwälte hervor; das Standgericht wurde schließlich am 20. Dezember aufgehoben. Das Lüneburger Bürgertum reagierte auf die Umbrüche im Reich und in der Stadt mit einer Mischung aus Verständnis und Abwarten; wie in anderen Städten bildeten sich Interessenvertretungen einzelner Berufsgruppen. Der neu gegründete Beamtenrat, der Angestelltenrat und der Lehrerrat erhielten am 20. Dezember Stimmrechte im Arbeiter- und Soldatenrat. Ein »Ausschuss« der Offiziere, ein Bürgerrat und ein Bauernrat vereinbarten ihr gemeinsames Vorgehen und besprachen mit den örtlichen Frauenverbänden die kommenden Wahlen.

3.4 Herrschaftsvielfalt

Für die Kreise *Stormarn* und *Herzogtum Lauenburg* ist oft nicht bekannt, ob und wann in einzelnen Orten politische Veränderungen stattfanden; spärliche Informationen zeigen, dass sie mitunter erst nach der Novemberrunde erfolgten. In Bargteheide verkündete ein undatiertes Flugblatt: »Die Arbeiterschaft zu Bargteheide beschloß einstimmig in der Volksversammlung am 19.11.18 das alte Regime zu Bargteheide u. Umgehend abzuschaffen und eine neue Verwaltung auf Grund der jetzigen Zeit, die Leitung

118 Ebd., S. 17.

119 Zum Folgenden: Rother (2018): Lüneburg 1918/19, S. 355–366.

120 Ebd., S. 381.

des Volkes selbst zu übertragen. Es wurde eine allgemeine Volksvertretung gewählt und die Geschäfte eines Arbeiters- [sic!] u. Soldatenrates übertragen.«¹²¹ Der Amtsvorsteher durfte unter Aufsicht weiterarbeiten.

Abbildung 4: Flugblatt zur Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats in Bargteheide



Nach dem 19.11.1918. ©Stadtarchiv Bargteheide.

In den Protokollen der Gemeindeversammlung von Kirchsteinbek wurde am 26. November 1918 kurz vermerkt: »Tagesordnung: Eintritt des Arbeiterrates in die Vertretung. Zu 1 der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, die in den Arbeiterrat der Gemeinde Kirchsteinbek gewählten Herren in die Gemeindevertretung aufzunehmen.«¹²² Immerhin kann daraus geschlossen werden, dass es in Kirchsteinbek einen Arbeiter- rat gab und es scheint – wenn man dem Protokoll glaubt –, dass dessen Mitwirkung

121 Stadtarchiv Bargteheide; Abb. in Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 100.

122 Staatsarchiv Hamburg, 423-3/C3. Ich danke Klaus-Dieter Redweik für diesen Hinweis.

damals reibungslos akzeptiert wurde. Mitunter gibt es Hinweise auf die inhaltliche Arbeit in einzelnen Orten. In Wellingsbüttel z.B. beriet am 16. November ein Gremium des Arbeiter- und Soldatenrats mit Vertretern des Dorfes und des Gutes über die Beschaffung von Wohnraum und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Einen Monat später beschloss es – die damals noch unrealistische – Eingemeindung nach Hamburg.¹²³

In Geesthacht wurde in den Debatten während des Novembers im nur provisorisch ernannten 17-köpfigen Gemeinderat deutlich, dass die USPD die politische Richtung angab. Der Vertreter des Geesthachter Arbeiter- und Soldatenrats, der Korbmacher August Ziehl, musste sich in Hamburg am 28. November rechtfertigen, warum der Gemeinderat nicht paritätisch besetzt sei;¹²⁴ Ziehl warf darauf den SPD-Mitgliedern vor, sie hätten sich erst seit dem 13. November für politische Veränderungen eingesetzt, während alle anderen seit den ersten Tagen der Revolution mitgemacht hätten. Nach heftiger Debatte im Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat empfahl dieser, dass SPD und USPD in Geesthacht zusammenarbeiten sollten.¹²⁵

In der Stadt Lauenburg gerieten Ende November 1918 der 15-köpfige Arbeiter- und Soldatenrat und die Behörden der Stadt in einen Konflikt, nicht zuletzt, weil hier auch radikalere USPD-Mitglieder das Sagen hatten. Unterstützt von einem Vertreter des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats erklärten sie am 29. November Magistrat und Stadtverordnete für abgesetzt, ließen aber den Bürgermeister die Amtsgeschäfte weiterführen.¹²⁶ In dem folgenden Durcheinander zeigte sich, dass die verschiedenen alten und neuen Instanzen in Kommune, Landkreis und Provinz in einem Kompetenzstreit, wenn nicht sogar Machtkampf miteinander lagen, bei dem durchsetzungsfähige Arbeiter- und Soldatenräte vor Ort die Richtung angeben konnten. Seitens des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats sollte dann eine Justizkommission beraten, ob die Absetzung der städtischen Gremien in Lauenburg rechtens war, aber auch, ob er überhaupt dafür zuständig sei. Bereits am 10. Dezember wurden Magistrat und Stadtverordnete wieder eingesetzt.¹²⁷

Am 8. November nahm der Landrat des Kreises mit dem Ratzeburger Soldatenrat Verbindung auf; es wurden tägliche Treffen vereinbart, die am 9. November begannen, am selben Tag, als in der Provinz eine provisorische Regierung gebildet wurde. Ebenfalls an diesem Tag wies der Oberpräsident die schleswig-holsteinischen Landräte an, weiter zu arbeiten sowie Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; dahinter steckte wohl die Überlegung, die alten Strukturen und Netzwerke intakt zu halten und allmählich die Kontrolle über die Bewegung zu bekommen. Tatsächlich hatten die Arbeiter- und Soldatenräte nur wenige Kenntnisse über die Machtstrukturen in Preußen bzw. der Provinz, in der die kommunalen Herrschaftsträger eine untergeordnete Rolle spielten.¹²⁸ Die mächtigen Landräte wurden erst nach einem Monat kontrolliert, die ihnen durch die

123 Fiege (1982): Geschichte Wellingsbüttels, S. 111.

124 Pelc, Ortwin: August Ziehl, in: Matthes/Pelc (2018): Menschen in der Revolution, S. 201-203.

125 Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 287-288; Kroll (1993): Not, Revolten und Revolution, S. 107; vgl. ebenso persönliche Erinnerungen von Ziehl, in: ders. (Hg.), Geesthacht. 60 Jahre Arbeiterbewegung 1890-1950, Hamburg 1958, S. 30-31.

126 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 129-130.

127 Ebd., S. 129; Stalman (2013): Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 346.

128 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 131-133.

Arbeiter- und Soldatenräte zugewiesenen Beigeordneten waren dabei in ihren Forderungen maßvoll und hatten kaum Einfluss. Beim Landrat in Lauenburg kam es z.B. zu einem Streit um die Nutzung der Landratsdienststempel. Am Jahresende 1918 war der Kreis Lauenburg in sieben Zuständigkeitsbezirke der Arbeiter- und Soldatenräte unterteilt: Ratzeburg, Mölln, Büchen, Lauenburg, Schwarzenbek, Grünhof und Besenhorst.¹²⁹ Erst fünf Wochen nach der Revolution wurde ein Kreisarbeiterrat gegründet, der dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat unterstand.¹³⁰

Wie in anderen Landkreisen, so bildeten sich auch im Kreis Herzogtum Lauenburg bereits wenige Tage nach dem politischen Umbruch Anfang November 1918 eine bürgerliche Antirätebewegung. Zwischen dem 16. und 20. November entstanden hier u.a. Bürger-, Lehrer-, Angestellten- und Bauernräte.¹³¹ Im Einzelfall hatten sie durchaus das Ziel, mit den Arbeiter- und Soldatenräten zusammenzuarbeiten – wir haben es bereits an den Beispielen Wilhelmsburg, Winsen oder Lüneburg gesehen –, grundsätzlich wollten sie aber die Interessen ihrer Klientel aus dem etablierten Mittelstand verteidigen und gegenüber den neuen politischen Gewalten durchsetzen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Cuxhaven erlaubte zwar die Gründung von Bauern- und Landarbeiterräten, nicht aber Bürgerräte: In Altenbruch verbot er Ende November 1918 einen solchen mit der Begründung, es gäbe nun keine Bürger mehr. Als dann der Arbeiter- und Soldatenrat 1919 keine politische Rolle mehr in Cuxhaven spielte, taten sich rechtsgerichtete Bürger am 31. Mai in einem Bürgerrat zusammen.¹³²

3.5 Bauernräte

Die konservativen Landwirtschaftsverbände im »Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft« veranlassten den Rat der Volksbeauftragten in Berlin, am 12. November 1918 zur Gründung von Bauernräten aufzurufen. Der Kriegsausschuß wollte damit die Entwicklung auf dem Land beeinflussen und gewerkschaftliche Einflüsse verhindern, dem Rat der Volksbeauftragten lag zugleich an einem guten Verhältnis zu den traditionellen Agrarverbänden.¹³³ Am 22. November regelte die Reichsregierung die Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten, als auf lokaler Ebene schon zahlreiche gegründet worden waren. In Berlin wurde Anfang Dezember 1918 der Zentrale Bauern- und Landarbeiterrat mit dem deutschkonservativen Paul Mehnert und dem DNVP-Mitgründer Franz Behrens an der Spitze eingerichtet.¹³⁴

129 Ebd., S. 125f. (Karte).

130 Ebd., S. 127.

131 Zimmermann, Hansjörg: »Zur Bedeutung und Chronologie der Antirätebewegung 1918/19, dargestellt am Beispiel des Kreises Herzogtum Lauenburg«, in: Die Heimat 83, 1976, S. 169-176, und Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 143.

132 Lünen (1973): Revolutionäre Strömungen und Ereignisse in Cuxhaven, S. 158; Borrmann (1976): Sachregister zu den Cuxhavener Zeitungen vom 1.1.1832 bis 31.12.1976, Abt. IX, S. 4.

133 Heinrichs, Ute: »Bauern- und Landarbeiterräte in der Novemberrevolution 1918 im Regierungsbezirk Stade«, in: Stader Jahrbuch 78, 1988, S. 88-99, hier S. 91-92.

134 Vgl. Muth, Heinrich: »Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21, H. 1, 1973, S. 1-38.

Die Bauern- und Landarbeiterräte sollten die örtlichen Behörden bei der Erfassung und Ablieferung von Lebensmitteln, der Bekämpfung des Schleichhandels sowie der Steigerung von Anbau und Viehzucht unterstützen. In Schwarzenbek im Kreis Herzogtum Lauenburg bemängelte ein Mitglied des örtlichen Soldatenrates auf einer Versammlung am 22. November 1918, dass er nicht das Vertrauen des Arbeiter- und Soldatenrates habe, »weil er in den Bahnen des alten Systems segle«.¹³⁵ Bezeichnend ist, dass ein Gutsbesitzer Vorsitzender des dortigen Bauernrats wurde. Bauernräte werden auch im Kreis Stormarn¹³⁶ und im Kreis Pinneberg erwähnt. In letzterem existierten im Februar 1919 immerhin 48.¹³⁷ Die Überlieferung dieser agrarisch orientierten Räte ist schlecht, es gibt für sie bisher nur für den Regierungsbezirk Stade eine eingehendere Untersuchung.¹³⁸ Demnach rief der Landrat von Stade am 14. November die Flecken- und Gemeindevorsteher zur Gründung von Bauern- und Arbeiterräten auf, die aus zwei bis fünf Mitgliedern bestehen sollten. Wahlberechtigt waren alle Frauen und Männer ab 20 Jahren.¹³⁹ Zu diesem Zeitpunkt gab es in Jork bereits einen Arbeiter- und Bauernrat für das Alte Land, der aus 56 Personen bestand. Ihm gehörten u.a. 16 Landarbeiter und Schiffer, elf Handwerker, neun Landwirte und Hofbesitzer, fünf Frauen – davon zwei Pastorenfrauen –, fünf Lehrer, vier Gemeindevorsteher, zwei Gastwirte, ein Pastor, ein Redakteur und ein Postsekretär an. Bezeichnend ist auch, dass die erste Sitzung dieses Rates am 19. November vom Landrat geleitet wurde. Ähnliche Räte wurden von Grundbesitzern, Bauern, Handwerksmeistern, Pastoren und Lehrern dominiert, also gesellschaftlichen Gruppen, die nicht unbedingt eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebten.¹⁴⁰ Sie befassten sich folglich vorrangig mit der Integration zurückkehrender Soldaten, der Lebensmittelversorgung und den landwirtschaftlichen Löhnen und wollten nicht politisch tätig werden.¹⁴¹ Darüber gerieten sie im Januar 1919 in Konflikt mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Stade, dem sie zugeordnet waren. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 hielten einige Arbeiter- und Bauernräte ihre weitere Existenz für überflüssig, andere gaben sich eine neue Struktur. Im Kreis Stade kann bei ihnen keine ausgesprochen antisozialistische Einstellung festgestellt werden, sie waren aber bemüht, sich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken und die bestehenden Verhältnisse zu konservieren, insofern verhinderten sie das Eindringen revolutionärer Ideen auf dem Land.¹⁴² Der Stader Landrat Cornelsen, der im November zur Gründung von Bauernräten aufgerufen hatte, bezeichnete diese im Februar 1919 explizit als »Bollwerke gegen den Bolschewismus«.¹⁴³

135 Zimmermann (1976): Zur Bedeutung und Chronologie der Antirätebewegung 1918/19, S. 170.

136 Günther (2003): Stormarn Lexikon, S. 37.

137 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 237–238.

138 Vgl. zum Folgenden Heinrichs (1988): Bauern- und Landarbeiterräte.

139 Zum Wahlverfahren: Bei der Wieden, Brage/Lokers, Jan: Fremdbestimmung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung. Bürger und Politik in der Geschichte des Landkreises Stade und seiner kommunalen Selbstverwaltung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stade 1999, S. 137.

140 Ebd., S. 138f.

141 Ebd., S. 92–93.

142 Ebd., S. 98–99.

143 Fiedler (2018): Der preußische Regierungsbezirk Stade zwischen den revolutionären Zentren, S. 16, 18.

Auch andere Berufsgruppen organisierten sich in der damals fortschrittlich wirkenden Form von »Räten«, um ihre Ansprüche in den schwierigen und sich offensichtlich rasch wandelnden Zeiten zu artikulieren. Die meist kaisertreuen Verwaltungsangehörigen gründeten vor allem in den Städten Beamtenräte. In Hamburg wählte am 17. November eine Versammlung der Beamten einschließlich der Lehrer auch aus Harburg, Altona, Wandsbek und Bergedorf einen 22-köpfigen Beamtenrat, am selben Tag, an dem auch der Regierungspräsident in Stade einen Beamtenrat für seine Mitarbeiter einrichtete, welcher dann am 10. Dezember einen Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat von Stade entsandte. Beim Regierungspräsidenten in Lüneburg geschah diese Gründung bereits am 15. November.¹⁴⁴

4. Ergebnisse und Ausblick

Nach dem Beginn der Revolution am 4. November 1918 in Kiel verbreiteten sich die revolutionären politischen Aktivitäten rasch in Norddeutschland. Innerhalb von nur einer Woche wurden seit dem 5. November in zahlreichen Städten und Dörfern Arbeiter- und auch Soldatenräte gegründet. Im Norden der Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg ging diese Bewegung von Lübeck aus, im Kreis Steinburg vom Marinestandort Brunsbüttel. Von Cuxhaven aus initiierten revolutionäre Matrosen politische Veränderungen in Glückstadt und Wedel, versuchten ihren Einfluss aber auch nach Stade und bis nach Hamburg auszudehnen, wobei sie mit den in diesem Raum bereits gegründeten Räten in Konflikt gerieten. In Ratzeburg und Mölln scheint die Gründung spontan vor Ort erfolgt zu sein. Im sonstigen Hamburger Umland bis nach Stade, Lüneburg, Geesthacht, Lauenburg und Schwarzenbek waren Soldaten, Matrosen oder Delegierte aus Hamburg aktiv. Soweit die politische Ausrichtung der einzelnen Arbeiter- und Soldatenräte festzustellen ist, gehörten ihnen in den beiden Hamburger Exklaven, im großen Marinestadtort Cuxhaven sowie im Industriestandort Geesthacht, aber auch in einzelnen kleinen Kommunen wie dem stormarnschen Bramfeld radikale Linke an. In der Regel gingen die Veränderungen von Matrosen und Soldaten aus, denen kurz darauf Arbeiter folgten. Dabei waren die Marineangehörigen in ihren Forderungen radikaler als die Landstreitkräfte, wohl weil viele von ihnen aus der Industriearbeiterschaft stammten, gewerkschaftlich organisiert waren und vor 1914 der SPD angehörten bzw. nun mit der USPD sympathisierten.¹⁴⁵ Ansonsten spielten die spezifischen lokalen Verhältnisse eine Rolle, insbesondere wie aktiv die dortige Arbeiterbewegung war. Der SPD gelang es erst allmählich, Einfluss zu gewinnen und sie versuchte, die neuen politischen Bewegungen unter ihre Kontrolle zu bringen. So spielten SPD-Mitglieder in den kommunalen

144 Bieber, Hans-Joachim: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918-1920 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 28), Hamburg 1992, S. 146f; Müller (2018): »Ihre Wogen gingen nicht hoch«, S. 152f.

145 Schröder, Ulrich: »Arbeiter- und Soldatenräte in Nordwestdeutschland 1918/19 – ein Vergleich«, in: Jahrbuch für den Landkreis Verden 2019, S. 185-210, hier S. 189f.; vgl. ders.: Arbeiter- und Soldatenräte im Raum Bremen. Ein Vergleich, in: Bremische Bürgerschaft/Staatsarchiv Bremen (Hg.): Novemberrevolution und Räterepublik 1918/19. Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang (Schriften des Staatsarchivs Bremen 60), Bremen 2019, S. 64-75.

len Gremien oder den Arbeiter- und Soldatenräten von Altona, Blankenese, Pinneberg, Glückstadt, Itzehoe, Lägerdorf, Stade, Buxtehude, Harburg, Winsen und Lüneburg eine Rolle; in Geesthacht wurden sie anfangs aktiv aus dem Arbeiter- und Soldatenrat herausgehalten. Die Rolle der Gewerkschaften bleibt dabei unklar. Allein in Mölln wurde der Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November 1918 durch einen Gewerkschaftssekretär initiiert und in Harburg sowie Lüneburg gehörten Gewerkschaftsvertreter den Räten an. Auch wenn es wie in den Kreisen Pinneberg und Steinburg beeindruckend viele Räte in den einzelnen Kommunen gab und diese sich ab Ende November auch regional vernetzten, so sind auch Sonderfälle feststellbar, wie die auf obrigkeitliche Anordnung erfolgte Gründung in Blankenese, die eher zufällige in Glückstadt und die verspätete in Wilster. Dabei stellten schon die Zeitgenossen die demokratische Legitimierung einzelner Räte in Frage, wenn die Wahlversammlungen wie in Kellinghusen nicht öffentlich angekündigt wurden, unter Ausschluss von Teilen der Bevölkerung stattfanden oder es sich mehr um »Ernennungen« handelte, wie in Blankenese, Lägerdorf oder Geesthacht. Darüber hinaus scheinen in nur wenigen der hier untersuchten Orte Frauen an den politischen Entscheidungen beteiligt gewesen zu sein, sie werden nur in Ahrensburg und im Arbeiter- und Bauernrat in Jork erwähnt.¹⁴⁶ Allerdings engagierten sich Frauen dann im Wahlkampf zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919; so veranstaltete z.B. der Frauenverein in Bergedorf am 23. November 1918 eine Versammlung zu den staatsbürgerlichen Pflichten der Frauen und die Leiterin der dortigen Luisenschule Erna Martens hielt im Dezember vier Vorträge zum Wahlrecht.¹⁴⁷

Widerstände seitens des Militärs in den unmittelbaren Revolutionstagen gab es kaum, aus dem Untersuchungsraum sind nur ein Schusswechsel an der Altona-Hamburger Grenze am 6. November und eine kurzzeitige Besetzung der Elbbrücken durch Harburger Soldaten bekannt. In den Militärstandorten organisierten einige befehlshabende Offiziere Abwehrmaßnahmen, ansonsten stellten sich die Soldaten auf die Seite der Revolutionäre oder verhielten sich zumindest passiv. Noch weitgehend unbekannt ist die Reaktion der ab Dezember 1918 von der Front, aus Gefangenschaft und Lazaretten zurückkehrenden Soldaten, die nicht unmittelbar an den Revolutionsereignissen beteiligt waren.

Von Ort zu Ort unterschiedlich waren die Reaktionen in Verwaltung und Beamten-schaft sowie im Bürgertum insgesamt, sie reichten von gezielter Ablehnung im Einzelfall bis zu verbreiteter Akzeptanz und pragmatischer Zusammenarbeit, die wohl eher eine abwartende Position verbarg. Aktive Unterstützung der Revolution wie durch den Cuxhavener Kriegsgerichtsrat Schroeder war die Ausnahme. Einzelne exponierte Verwaltungsbeamte in den Kommunen wurden zwar im Verlauf der Revolution ihrer Ämter enthoben, in der Regel beließen die neuen Herrschaftsträger aber die Personen, Behörden und Strukturen aus der Zeit des Kaiserreichs und übten nur durch Beigeordnete eine meist oberflächliche Kontrolle aus. Bereits wenige Tage nach den revolutionären Ereignissen bildeten sich als Räte deklarierte Interessenvertretungen einzelner

146 Zur Beteiligung von Frauen in Hamburg: Stalman (2018): Die Revolution von 1918/19 in Hamburg, S. 136f.

147 Bergedorfer Zeitung vom 18. und 22.12.1918, s. Reinert, Bernd: Der Kampf um die Stimmen der Frauen, in: [https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf/-abgerufen am 20.8.2021](https://blogs.sub.uni-hamburg.de/bergedorf/-abgerufen%20am%2020.8.2021).

– vor allem bürgerlicher – Berufsgruppen in den Städten und auf dem Land, wo diese Entwicklung allerdings auf regierungsseitigen Anregungen beruhte. Sie waren teils bereit, mit den Arbeiter- und Soldatenräten zusammenzuarbeiten, erhielten in ihnen auch Stimmrechte, standen großenteils aber in Opposition zu ihnen.

Die Verbreitung der revolutionären Bewegung und damit nicht zuletzt ihr Erfolg hingen eng mit den damaligen Kommunikationsmöglichkeiten zusammen, also den Verkehrsmitteln Eisenbahn, Automobil und auch Schiff, die alle im Raum nördlich und südlich der Elbe von den Revolutionären genutzt wurden. Zugleich waren Telefon und Telegraf – auch in den Militärstandorten – wichtig für die schnelle Nachrichtenverbreitung.¹⁴⁸ Neben öffentlichen Versammlungen waren zudem vor allem Zeitungen und Flugblätter einflussreich für die Informationsvermittlung. In einzelnen Orten wie in Hamburg oder Cuxhaven übernahmen die Revolutionäre lokale Zeitungen für ihre Verlautbarungen, nutzten ansonsten die bürgerlichen Presseorgane, wichtig blieben aber nach wie vor öffentliche Versammlungen. Dabei finden sich in ihren Verlautbarungen weniger politische Forderungen als das Bemühen um die Versorgung der Bevölkerung sowie um »Ruhe und Ordnung«, ein immer wieder formuliertes Bedürfnis. Die neuen Herrschaftsträger mussten sich in der entstehenden demokratischen Streitkultur vor dem Hintergrund der desolaten wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt auch mentalen Zustände auch der Kritik stellen. Die zwei bürgerlichen Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat von Schwarzenbek, dessen Gründung von Hamburg aus angeregt worden war, plädierten explizit für eine Abkehr von der Politik und ersuchten um keine weiteren Diskussionen über die Ursachen des Zusammenbruchs, stattdessen sollte allein über lokale Sachfragen befunden werden.¹⁴⁹

Eine Typologisierung der untersuchten Arbeiter- und Soldatenräte ist aufgrund der Quellenlage schwierig, denn ihre Zusammensetzung variierte von Ort zu Ort nach Herkunft, Berufen, Zahl und vorangegangenen politischem Engagement der Mitglieder.¹⁵⁰ Oft agierten sie auch getrennt oder in dörflichen Kommunen mit Bauern und Landarbeitern zusammen, das schloss auch die Nähe zu den bisherigen lokalen Herrschaftsträgern nicht aus. Ihr programmatisches Selbstverständnis reichte von radikaler Veränderung bis zu moderater Mitbestimmung, was sich in deren Forderungen und Aktivitäten äußerte. Sie hatten den Anspruch, demokratische Veränderungen durchzusetzen, zugleich aber auch die allgemeine Not zu beheben, für Sicherheit zu sorgen und die noch bestehende Verwaltung aus dem Kaiserreich zu kontrollieren. Im Einzelfall kam es zum Versuch, die politischen Verhältnisse radikal zu ändern, wie in der Räterepublik Cuxhaven, die im Januar 1919 nur sieben Tage Bestand hatte. Ein ähnlicher Versuch in dieser Zeit in Bremen scheiterte blutig, beeinflusste aber stark die politische Entwick-

148 Heidbrink (2018): Rote Fahnen über der Elbmündung, S. 131f; vgl. Weipert, Axel: »Die Novemberrevolution als mediales Ereignis. Das Beispiel Rostock«, in: Zeitgeschichte regional 22, H. 2, 2018, S. 5–23.

149 Zimmermann (1978): Wählerverhalten, S. 127.

150 Zu den Räten vgl. grundsätzlich Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 14), Göttingen 1975, darin deren lokale Verbreitung S. 48–51, 57–62; Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt a.M. u.a. 1978; Arnold, Volker: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution, 2. Aufl. Hamburg 1985.

lung auch im Hamburger Umland.¹⁵¹ Bei den demokratischen Wahlen im Frühjahr 1919 zeigte sich in den meisten Orten, dass die gemäßigte Haltung der SPD den Zuspruch oft der Hälfte der Wähler bekam.¹⁵² Die Arbeiter- und Soldatenräte sahen sich als vorübergehende Institution an, die mit der Demokratisierung der Gesellschaft überflüssig würde. Wenn sie noch über die Wahlen im Frühjahr 1919 hinaus als Arbeiterräte fortbestanden – im Kreis Pinneberg gab es im März 1920 immerhin noch 19 und im Kreis Stormarn 1920 noch 25¹⁵³ –, dann übernahmen sie in der Regel Funktionen im Wirtschafts- und Sozialbereich.

Hier wurde die politische Entwicklung im November und Dezember 1918 in nur einer Auswahl von Kommunen im Hamburger Umland betrachtet. Dabei wurde deutlich, in welcher zeitlichen Abfolge die Ereignisse erfolgten, von wo und wem die Initiativen ausgingen und wo lokale Unterschiede bestanden. Der tatsächliche politische Einfluss der Entwicklung in der Großstadt Hamburg auf deren Umland ist schwer messbar. Delegierte und Redner aus Hamburg waren dort allerdings aktiv tätig, wie es auch personelle Verknüpfungen von Harburg in sein Umland gab. Dies ist nur ein Zwischenstand zur Thematik. Weitere Recherchen in den lokalen Archiven und Publikationen werden wie in den letzten Jahren neue Informationen zu den »Akteuren und Strukturen, Programmen und Aktionen, Mentalitäten und Milieus, Medien und Kommunikationsformen, Stimmen und Stimmungen, Handlungsspielräumen, Leistungen und Grenzen der Handelnden«¹⁵⁴ in der Revolution von 1918 beisteuern.

-
- 151 Siehe Schröder, Ulrich: »Hamburg für Bremen!« Wie die Bedrohung der Bremer Räterepublik zum »Burgfrieden« an der Elbe führte«, in: Schöck-Quinteros, Eva/Schröder, Ulrich/Glanert, Joscha (Hg.): Revolution 1918/19 in Bremen, Universität Bremen, Institut für Geschichtswissenschaft 2018, S. 127-160.
- 152 Zu den Entwicklungen in einzelnen Orten vgl. Pelc, Ortwin: »Die Revolution 1918/19 im Hamburger Umland«, in: Czech/Matthes/Pelc (2018): Revolution! Revolution?, S. 81-107.
- 153 Seifert (2016): Der Pinneberger Arbeiter- und Soldatenrat, S. 241, 243; Günther (2003): Stormarn Lexikon, S. 37.
- 154 Kopitzsch, Franklin: »Aufbruch zur Demokratie: Hamburg und Altona 1918/19«, in: Bremische Bürgerschaft/Staatsarchiv Bremen (Hrsg.), Novemberrevolution und Räterepublik. Bremen und Nordwestdeutschland zwischen Kriegsende und Neuanfang (Schriften des Staatsarchivs Bremen 60), Bremen 2019, S. 30-47, hier S. 45.

»Wie wählen wir am besten?« Wahlen und Wahlkämpfe in Hamburg in der Phase der Transformation vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (Januar 1919 bis Juni 1920)

Frank Omland

1. Abstract

Der Beitrag geht anhand der ersten drei demokratischen Wahlen nach der Novemberrevolution (Nationalversammlung 19.1.1919, Bürgerschaft 16.3.1919, Reichstag 6.6.1920) Fragen zum Wahlkampf, den beteiligten Parteien und dem Abstimmungsverhalten der Wahlberechtigten nach. Im ersten Teil wird mit Fokus auf die bürgerlichen Parteien der Verlauf des Wahlkampfes 1919 nachgezeichnet. Im zweiten Teil folgte eine wahlstatistische Analyse aller Ergebnisse in den Stimmbezirken unter besonderer Berücksichtigung der Soldaten und der Frauen. Danach errang die SPD 1919 eine überwältigende Mehrheit auf der Ebene der Wahllokale, während die Liberalen die rechten bürgerlichen Parteien dominierten und diese in Hamburg marginalisierten. Die relative Wahlniederlage von SPD und DDP 1920 beruhte darauf, dass die SPD-Stimmen an die USPD und – deutlich stärker – ans Nichtwählerlager abgab, und die Liberalen hohe Verluste zugunsten von DVP und DNVP hinnehmen mussten. Dabei kam es zu keinen nennenswerten Wählerwanderungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeiterparteien. Die Analyse der Wahlergebnisse von 1919 auf 1920 belegt eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Stadt Hamburg von der »sozialliberalen« demokratischen »Mitte« in Richtung der rechten Bürgerlichen und der linken USPD.

2. Einleitung

»Wie wählen wir am besten?«¹ so lautete das Thema einer Wählerversammlung der Deutschen Demokratischen Partei im Veddelhof am Montag, den 6. Januar 1919,

1 Anzeige der DDP im Hamburger Fremdenblatt (HF) vom 4.1.1919, Abendausgabe.

inmitten der heißen Wahlkampfphase für die verfassungsgebende Nationalversammlung. Diese Frage dürften sich im übertragenen Sinne nicht nur die Parteien, sondern auch die bisherigen und die neuen Wahlberechtigten Hamburgs gestellt haben. Um Antworten auf diese Frage zu erhalten, werden die Ergebnisse der ersten drei demokratischen Wahlen nach der Novemberrevolution, d.h. der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919, der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 16. März und der Wahlen zum ersten Reichstag am 6. Juni 1920 analysiert.² Die erstmalige Kartierung der parteipolitischen Landschaft anhand der Wahlkämpfe und der Wahlanalysen zeichnet – auch in geschlechterdifferenzierter Hinsicht – die Erstformierung des Wähler:innenverhaltens für Januar 1919 ab, um sie mit den folgenden zwei Wahlen im März 1919 und Juni 1919 zu vergleichen und hinsichtlich kurzfristiger Veränderungen und Schwankungen zu analysieren. Dabei werden stets die Ebenen – Bürgerschafts- und Reichstagswahlen – unterschieden. Der Blick auf die Ausformung der parteipolitischen Landschaft in Hamburg im Frühjahr 1919 lässt eine neue Folgeinschätzung des revolutionären Umsturzes in Hamburg auf die Ausgestaltung und auf die Veränderungen der klassischen politischen Parteienlandschaft in Weimar zu. Der Darstellung des Wahlkampfes im Jahre 1919 im ersten Teil meines Beitrags, der den Fokus auf die bürgerlichen Parteien legt, folgen im zweiten Teil eine wahlstatistische Analyse der Wahlergebnisse zur Nationalversammlung wie zu den beiden folgenden Wahlen, im dritten Teil ein kurzes Fazit und ein Forschungsausblick.

3. »Demokratie oder Diktatur oder ...«: Unterschiedliche Erwartungen und Sichtweisen auf die Novemberrevolution

Die Novemberrevolution 1918 und die nachfolgenden Ereignisse dürften seitens der Mehrheit der Bürgerlichen in Hamburg als eine Mischung aus Putsch, Staatsstreich und illegaler Machtübernahme von SPD, USPD und Linksradikalen erlebt worden sein.³ Dagegen empfand die Arbeiterschaft die Tage als das Abschütteln eines sie unterdrückenden Systems, denn vor 1918 waren ihnen wichtige Rechte vorenthalten worden, sei es der Zugang zu staatlichen Ämtern oder auch die gleichberechtigte Teilnahme an den Wahlen zum Hamburger Parlament. Zudem mussten sie unter dem kaiserzeitlichen Militarismus leiden, galten als Reichsfeinde, »vaterlandslose Gesellen« und wurden aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen. Die Gegensätze spiegeln sich auch in verschiedenen Stellungnahmen zur Revolution wider. So konstatierte Paul Fröhlich am 6.

2 Zur wahlstatistischen Detailanalyse siehe Omland, Frank: »Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg zu Beginn der Weimarer Republik. Eine statistische Analyse der ersten drei demokratischen Urnengänge 1919/20«. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte (ZHG) 105 (2019), S. 57–88.

3 HF, Morgenausgabe vom 15.11.1918 »Soziale Demokratie oder sozialistische Diktatur«. Vgl. dazu das Beispiel aus der Elbregion bei Omland, Frank: »Diktatur des Proletariats oder Volksherrschaft. Die ersten demokratischen Wahlen in Blankenese und Dockenhuden«, in: Förderkreis Historisches Blankenese e.V. (Hg.): Blankenese 1918. Verstörung – Revolution – Nachwirkung, Hamburg 2018, S. 76–87.

November 1918 in der »Roten Fahne«: »Hamburg, die alte Hochburg der Sozialdemokratie, ist im Besitz des revolutionären Proletariats. Von seinen Zinnen wehen die roten Fahnen...«. ⁴ Der Kommentator des liberalen Hamburger Fremdenblattes meinte Mitte November hingegen lapidar:

Selbstverständlich haben wir den Staatsstreich. Der Reichstag ist gewesen. Die alten Parteien sind dahin. Es fragt sich nun, ob die neue Gewalt eine neue demokratische Regierung des gesamten Volkes deutscher Zunge erstrebt oder ob sie die Diktatur einer Parteigruppe ausüben will, eine Diktatur, die nur durch die Verewigung des Regiments der Maschinengewehre möglich wäre. ⁵

Und Ende November hieß es unter der Überschrift »Demokratie oder Diktatur oder...« im Hamburger Echo, der Zeitung der Mehrheitssozialdemokratie:

Gewiß! Wir wollen ehrlich sein: die Revolution ist uns in den Schoß gefallen. Wir haben immer darauf hingearbeitet, aber wir glaubten kaum mehr daran. [...] Die Revolution gab der Arbeiterklasse die politische Macht über die Kapitalisten. Und sie werden sie ausnutzen. Ohne rachsüchtigen Machtkitzel, aber auch ohne jede Sentimentalität. [...] Die Nationalversammlung, die kommt, wird eine sozialistische sein. Aber bis sie kommt, darf nicht gerastet werden. ⁶

Diese Positionen stehen exemplarisch für die Sichtweise des Bürgertums und der beiden sozialdemokratischen Arbeiterparteien auf die Revolution und das untergehende Kaiserreich. Mit Ausnahme von Teilen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der radikalen Linkssozialisten stimmte die Mehrheit der Delegierten des Reichsrätekongress, der vom 16.-21.12.1918 in Berlin tagte, für allgemeine Wahlen. Die allgemeinen und freien Wahlen zu einer Nationalversammlung sollten den Übergang der Macht zu einer demokratisch legitimierten Regierung bilden; das Wahlrecht des Kaiserreiches, das nur Männern ab 25 Jahren, die zudem nicht von der Armenunterstützung abhängig waren, gewährt wurde, war nach den Beschlüssen des Rates der Volksbeauftragten vom November 1918 obsolet. Das Wahlalter wurde auf 20 Jahre festgesetzt und das Wahlrecht wurde auf die Frauen ausgedehnt. Das Wahlergebnis bestimmte sich nach dem Verhältniswahlrecht. ⁷ Zur Wahl standen die Kandidat:innen der zu den Wahlen zugelassenen Parteien.

4 Rote Fahne vom 6.11.1918, Die Revolution in Hamburg. Zitiert nach: Stalman, Volker (Bearb.) unter Mitwirkung von Stehling, Jutta: Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19, Düsseldorf 2013, S. 131.

5 HF vom 12.11.1918, »Wer regiert?« (Zur Situation in der Reichshauptstadt Berlin).

6 Hamburger Echo (HE), Sonntagsausgabe vom 24.11.1918, »Demokratie oder Diktatur oder...«.

7 § 1, Verordnung über die Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918. In: Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat, Nr.7, Hamburg 1919, S. 4.

4. Die Konstituierung der Parteien. Alles wie früher!? Nichts so wie früher?!

Die Parteien, die sich für die Wahlen der Abgeordneten der zukünftigen Weimarer Republik bzw. der Hamburger Bürgerschaft zur Wahl stellten, knüpften an politische Einstellungen, an Grundhaltungen von Wählerschaften und an Inhalte der Wahlprogramme ihrer Vorgängerparteien aus dem Kaiserreich an. Keine der bürgerlichen Parteien aus dem Kaiserreich formierte sich in der Transformation zur Demokratie 1918 neu, indem sie nur den Namen veränderte; die Konstituierung der Parteien des bürgerlichen Spektrums war besonders von Auseinandersetzungen um Inhalte und Personen geprägt.⁸ Das galt allerdings auch für die Parteien des anderen Lagers. Die politische Arbeiterbewegung war weiterhin in Mehrheitssozialdemokratie (SPD) und die Minderheit der Unabhängigen (USPD) gespalten. Bis 1921 kehrten die gemäßigten Unabhängigen zur SPD zurück, während die Mehrheit der Hamburger USPD ihrem am 11. Mai 1919 gewählten Vorsitzenden Ernst Thälmann auf dem Weg in die neugegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) folgte.⁹

Auf Seiten der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei sowie der parteiungebundenen Demokraten fanden auf Reichsebene intensive Verhandlungen zwischen den Vorständen über eine neuzugründende bürgerlich republikanische Partei statt.¹⁰ Die Neugründung entsprach dem Wunsch vieler ihrer Wähler:innen nach einer geeinten bürgerlichen Partei. Dieser spiegelt sich in einem Leserbrief aus Blankenese, seit 1866 preußisch und seit 1927 Vorort des preußischen Groß-Altona wider: »Löschst aus: Konservatismus, Zentrum und Liberalismus! Rückt aus im gleichen grauen Kleid bürgerlicher Werkstätigkeit mit Kopf und Hand! Es gilt die ›Deutsche Bürgerpartei‹ zu begründen! Bürger heraus!«¹¹ Doch diese Hoffnungen wurden enttäuscht, und es bildeten sich zwei eigenständige liberale Parteien.¹² In Hamburg gründete sich als erste die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), wobei die Mitglieder der Hamburger DDP zum linken Flügel der Gesamtpartei gehörten.

8 Vgl. dazu die prägnante Zusammenfassung zu Milieus und Parteienlagern bei Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Hannover 1995, S. 189 ff; Vgl auch die Diskussion bei Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Bonn 2010, S. 65-104.

9 Für Hamburg siehe Büttner, Ursula: Politischer Neubeginn in schwieriger Zeit. Wahl und Arbeit der ersten demokratischen Bürgerschaft Hamburgs 1919-21. Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, Hamburg 1994, S. 22-30. Zur KPD vgl. Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1. Die Weimarer Zeit. Berlin 1999, S. 36.

10 HF, Morgen vom 15.11.1918, »Gründung einer bürgerlich-republikanischen Partei«; HF, Morgen vom 17.11.1918, Titelseite »Die große demokratische Partei« (DDP); HF, Morgen vom 5.12.1918, »Deutsche demokratische Partei. Eintritt der deutschen Volkspartei«; HF, Morgen vom 16.11.1918, »Aufruf zur Gründung einer republikanisch-demokratischen Partei«. Vgl. zu dieser Entwicklung auch Albertin, Lothar: Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1932, Düsseldorf 1980, S. XI-XII; Richter, Ludwig: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002, S. 38-42.

11 Norddeutsche Nachrichten (NN) vom 21.11.1918, Eingesandt [=Leserbriefseiten, FOJ].

12 HF, Abend vom 22.11.1918, »Deutsche demokratische Partei«; HF, Morgen vom 29.11.1918, »Verschmelzung der Fortschrittlichen Volkspartei mit der Deutschen demokratischen Partei«; HF, Abend vom Samstag, 30.11.1918, »Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei«.

Die Hamburger DDP konnte auf einen gut ausgebauten Parteiapparat und auf die Unterstützung der liberalen Presse setzen. Er grenzte sich ausdrücklich vom »Radikalismus von links und rechts« ab.¹³ Zu ihren Mitgliedern zählten Akademiker, Studenten, Intellektuelle und mittlere und untere Beamte sowie Angestellte. Ihre schärfste Konkurrentin, die aus den Nationalliberalen hervorgegangene Deutsche Volkspartei (DVP), wurde hingegen vom Großbürgertum und Unternehmern im Handel, der Schifffahrt und des Bankwesens unterstützt.¹⁴ Noch weiter rechts positionierte sich im Deutschen Reich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Hier rangen die konservative Oberschicht, Monarchisten und Antisemiten um die Meinungsführerschaft, wobei in Hamburg die antisemitischen Positionen dominierten. Parteigänger waren Angehörige des alten Mittelstands, Industrielle und rechte Republikgegner unter den Akademikern.¹⁵ Unter diesen drei Parteien des bürgerlichen Blocks, der DDP, der DVP und der DNVP, wurde 1918/19 ein Machtkampf um die Meinungsführerschaft im bürgerlichen Lager ausgefochten. Anfangs konnte die DDP eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Als liberale bürgerliche Sammlungspartei kam sie dem Wunsch eines Großteils des Bürgertums nach Einigkeit und Stärke gegenüber der Sozialdemokratie entgegen, und sie stand für die Überwindung der einstigen Spaltung des Liberalismus in Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale.

5. Der Hamburger Wahlkampf zur Nationalversammlung 1919

Für den ersten demokratischen Wahlkampf lassen sich drei Phasen unterscheiden:

- erstens die Phase der Offenheit vor dem offiziellen Beschluss, ob und wann es Wahlen zur Nationalversammlung geben würde,
- zweitens die »heiße« Wahlkampfphase nach Bekanntgabe des Wahltermins,
- und drittens die Phase der Wählermobilisierung am Wahltag selbst.

Die erste Phase ist charakterisiert durch eine Stimmung der Unsicherheit und Unbestimmtheit, die bis zur Festsetzung des genauen Wahltermins andauerte.¹⁶ Obwohl diese Phase auch dadurch geprägt war, dass in Teilen des Bürgertums Befürchtungen darüber geäußert wurden, ob überhaupt freie Wahlen abgehalten werden würden oder nicht, setzte bereits Mitte November eine Art Vorwahlkampf ein. In dessen Verlauf riefen sowohl die Linksliberalen als auch die Nationalliberalen jeweils zum Eintritt in ihre

13 Büttner (1994): Politischer Neubeginn, Flugblatt auf S. 85; dies.: Vereinigte Liberale und deutsche Demokraten in Hamburg 1906-1930, in: ZHG 63 (1977), S. 15-17.

14 Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 37.

15 Behrens, Reinhard: Die Deutschnationalen in Hamburg 1918-1933, Hamburg 1973, S. 72-80.

16 Es wurden verschiedene Wahltermine diskutiert. Vgl. HF vom Sonntag, 17.11.1918: »Die Nationalversammlung« [hier mit Termin 2.2.1919, FO]; HF, Morgenausgabe vom 19.11.1918, »Der Zeitpunkt der Wahlen zur Nationalversammlung noch unbestimmt«; HF, Morgenausgabe vom 30.11.1918, »Die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar anberaumt«.

Organisation auf und initiierten Sammlungen von Mitgliedsbeiträgen und Spenden für den kommenden Wahlkampf.¹⁷ So hieß es in Hamburg:

Die National-Liberalen Hamburgs erkennen unbeschadet der monarchischen Gesinnung des Einzelnen die deutsche Republik als gegebene Tatsache an und sind gewillt, auf dem Boden der künftigen republikanischen Verfassung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Groß-Deutschlands alle Kräfte einzusetzen.¹⁸

Die DDP appellierte an die »Wähler und Wählerinnen« mit einer Anzeige:

In eure Hand ist eures Volkes Schicksal gelegt. Wer mit uns eintritt für eine demokratische Republik, für volle politische Gleichberechtigung, für die Abwehr jeder Gewalt-herrschaft, für den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe, der stimme für die Deutsche demo-kratische Partei.¹⁹

Ende November gründete sich mit der »Deutschnationalen Volkspartei« die reaktionäre Alternative. Sie warb für die Monarchie, die Einheit Deutschlands, die christliche Gesinnung und die Volkserziehung. Sie wollte die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten und sprach sich – eine deutliche Gegenposition zu dem sozialistischen Lager – gegen Verstaatlichungen aus.²⁰ Zeitgleich kämpften die Unabhängigen Sozialdemokraten mit zwei Problemen. Zunächst galt es, eine stabile Parteiorganisation auf- und auszubauen und an zweiter Stelle folgte die Aufgabe, einen Ausgleich zwischen den innerparteilichen Flügeln – dem linken Flügel mit seiner radikalen Kritik an der rechten SPD und dem kompromissbereiten Lager, das eine Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien in dem neuen Staat befürwortete – zu finden.²¹ Inhaltlich sprach man sich für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die Beseitigung des Boden- und Mietwuchers und die Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer:innen aus. Die USPD votierte zudem für einen möglichst späten Wahltermin, um noch einen Teil der fortschrittlichen Forderungen der Revolution für die Arbeiterschaft abzusichern. Doch stellte die Partei Anfang Dezember 1918 resignierend fest: »Es sei eben eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß noch die große Masse der Arbeiterschaft hinter der alten Sozialdemokratischen Partei steht.«²² Aus ihrer Position der Stärke rief die Hamburger SPD mit fast gleichlautenden Forderungen zur Einigkeit der Arbeiterschaft auf in

17 HF, Abend vom 13.11.1918, Anzeige »Fortschrittlich Gesinnte in Stadt und Land«; HF, Abend vom 14.11.1918, Anzeige »Männer und Frauen Hamburgs!«; HF, Morgen vom 16.11.1918, »Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei«.

18 HF, Morgen vom 22.11.1918, »Nationalliberaler Landesverband Hamburg«; HF, Abend vom 22.11.1918, »Neubildung der politischen Parteien«.

19 HF, Abend vom 16.11.1918, »Wahlauf Ruf für die Deutsche Demokratische Partei«.

20 HF, Abend vom 26.11.1918, »Eine Einigung der rechtsstehenden Parteien in Hamburg?«; HF, Abend vom 30.11.1918, Samstag, »Aufruf«.

21 Hamburger Volkszeitung (HVZ), Beilage vom 5.1.1919, »Geld und nochmals Geld«.

22 HF, Morgen vom 5.12.1918, »Volksversammlung der Unabhängigen«, (4000 Personen, Hamburg, Gewerkschaftshaus); zu den Inhalten siehe HF, Abend vom 26.11.1918, »Die Revolution der Arbeiter und Soldaten« (Kaiserhof, Dr. Herz, USP).

der Hoffnung, am Wahltag mit einem erfolgreichen Ergebnis die Unabhängigen an den Rand drängen zu können.²³

Obwohl der Reichsrätekongress in Berlin erst Mitte Dezember 1918 den Wahltermin auf den 19. Januar 1919 festlegte,²⁴ traten die Hamburger Parteien schon in der letzten Novemberwoche in die heiße Phase des Wahlkampfes ein. Sie veranstalteten öffentliche Wahlversammlungen, interne Mitgliederschulungen und boten staats- und bildungspolitische Veranstaltungen²⁵ für ausgewählte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Kaufleute, Gewerbetreibende, Angestellte oder junge Erstwähler:innen an.²⁶ Die Parteien traten mit einem besonders gezielten Programm auf, um die größte und damit wahlentscheidende Gruppe unter den Wahlberechtigten, die Frauen, anzusprechen. In den letzten sechs Wochen des Jahres 1918 führten die drei bürgerlichen Parteien allein fast 100 Veranstaltungen durch. Sie gaben sich in größeren Sälen die Klinke in die Hand, sei es im Curiohaus, dem Conventgarten, bei Sagebiel oder im Patriotischen Gebäude. Von den Veranstaltungen entfielen ein Viertel auf Versammlungen, die sich ausschließlich an Frauen wandten. Führend waren dabei die Linksliberalen der DDP mit 38 Veranstaltungen, gefolgt von den rechten Bürgerlichen der DVP mit 26 und – abgeschlagen –, die reaktionären konservativen Deutschnationalen mit neun.²⁷ Unterstützung erhielten alle bürgerlichen Parteien direkt und indirekt durch die Presse: So trat das Fremdenblatt schon fast als liberale Parteizeitung der DDP auf.²⁸ Die »Neue Hamburger Zeitung« (NHZ) positionierte sich DVP-nah, während die Hamburger Nachrichten offener für die Deutschnationalen und die rechten Bürgerlichen eintraten.

Zu Beginn des Jahres 1919, also ca. zweieinhalb Wochen vor den Wahlen zur Nationalversammlung, nahm die Propaganda, wie sich anhand einer Auswertung der Wahlwerbeanzeigen deutlich ablesen lässt, noch einmal zu. Dabei fällt auf, dass, gemessen an der Anzahl der tatsächlich durchgeführten Veranstaltungen, die rechten Parteien deutlich mehr Werbung schalteten als die Liberalen. An der Spitze lagen die rechten Bürgerlichen der DVP mit 690 Anzeigen vor der liberalen DDP mit 642; weit dahinter liegt die DNVP mit 339 und – wenig überraschend – abgeschlagen das katholische

23 HE, Abendausgabe vom 15.1.1919, »Die deutsche Republik soll eine sozialistische sein!«

24 Voß, Sabine: Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S. 17.

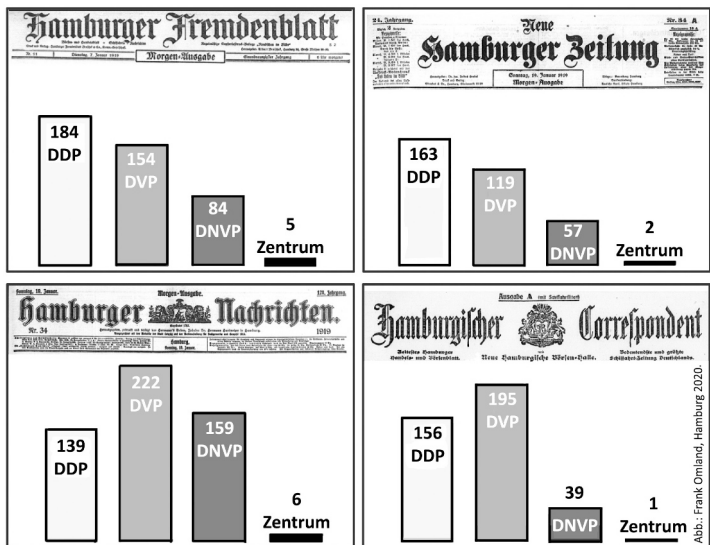
25 Bis zum 28.11.1918 traten noch die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei in Erscheinung, danach dann DDP und DVP. Vgl. dazu die Anzeigen der DVP und zur Kursreihe der DDP in: HF, Morgen vom 25.12.1918.

26 Vgl. HF, Morgen und Abend vom 9.12.1918, Anzeige mit 11 Vorträgen (Mo und Do., 12.12. bis 20.1.) mit jeweils zwei Referent:innen (einmal Helene Lange und Gertrud Bäumer) für Mitglieder der DDP; Politische Vortragsabend-Reihe in der Patriotischen Gesellschaft bis zum Wahltag. Vgl. HF, Anzeige vom 19.12.1918, (Demokratische Jugend Groß Hamburg, 5 Stadtteile, regelmäßig jeden Samstag).

27 Der Vf. hat entsprechend das Hamburger Fremdenblatt für den Zeitraum 21.11.1918 bis 31.12.1918 ausgewertet (106 Versammlungen insgesamt). Allein für die erste Woche 1919 konnten weitere 48 Versammlungen/Veranstaltungen gezählt werden.

28 HF, Morgenausgabe vom 19.1.1919, »Heute ist unser Schicksalstag! Wählt die Kandidaten der Deutschen Demokratischen Partei!« – HF, Morgenausgabe vom 16.11.1918, »Aufruf zur Gründung einer republikanisch-demokratischen Partei!«, – HF, Abendausgabe vom 21.11.1918, »Unser Programm für die demokratische Republik Deutschland.«

Abbildung 1: Vergleich der bürgerlichen Wahlanzeigen in den vier auflagenstärksten Zeitungen in Hamburg (1.1. bis 19.1.1919)



Zentrum in der evangelischen Diaspora mit 14 Anzeigen. Die quantitative Dimension dieser Wahlwerbekampagne von 1919 wird im Vergleich zum Wahlkampf von 1920 deutlich: Dort konnten »nur« 49, 144, 42 und 2 für die genannten Parteien gezählt werden;²⁹ in der Summe weniger als die DNVP insgesamt für ihren Wahlkampf 1919 hatte publizieren lassen.

Entsprechend hoch müssen 1919 die Wahlkampfkosten für die bürgerlichen Parteien ausgefallen sein, umfassten diese doch sicherlich nicht unbeträchtliche Summen für Anzeigen, Versammlungsräume, Druckkosten für Plakate und Flugblätter und die Auslagen für die Redner:innen. Auf Seiten der Arbeiterparteien konnten 1919 für die USPD 60 Veranstaltungen ausgerichtet werden, davon sieben für Frauen, und für die SPD 69 Veranstaltungen, davon 20 für Frauen. Die Kosten ihrer Werbung dürften geringer veranschlagt werden, da beide Parteien nur ausnahmsweise in der bürgerlichen Presse mit Anzeigen warben.

Welche Themen bestimmten im Wesentlichen den Hamburger Wahlkampf? Nach einer ersten Durchsicht der veröffentlichten Meinung und der Positionen der Parteien ergibt sich folgendes Bild: Eine herausragende Rolle spielten Fragen zur Kriegsschuld, zum kommenden Friedensvertrag sowie seine erwartbaren Auswirkungen auf den Hamburger Hafen. Viele Beiträge im Wahlkampf beschäftigten sich mit Fragen zur Transformation des Ancien Régimes. Unterschiedliche Vorschläge zur Neuordnung der

29 Auswertung aller Anzeigen in HF, Hamburger Correspondent (HC), Neue Hamburger Zeitung (NHZ) und Hamburger Nachrichten (HN) für den Zeitraum vom 1.1. bis 19.1.1919 bzw. 15.5. bis 6.6.1920.

Wirtschaftspolitik wurden im Pro und Contra zur Frage der Verstaatlichung von Großbetrieben bzw. Schlüsselindustrien diskutiert. Weitere dringliche Themen betrafen die Gestaltung des neuen Arbeitsrechts, die Lohnfrage, die Frage nach der Trennung von Kirche und Staat oder auch die Stellung des Religionsunterrichts an Schulen. Bei Teilen des Bürgertums schimmerte regelmäßig die Furcht vor einer zweiten Revolution, dem Feindbild »Bolschewismus«, d.h. »Zuständen« wie in Russland durch.

Auf Seiten der SPD und USPD richteten sich die bevorzugten Wahlkampfthemen auf die Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Dabei konzentrierte man sich auf Fragen zur Sicherung der Macht, der Architektur der neuen Verfassung zur Absicherung der Herrschaft oder auch der Garantie der Arbeitnehmerrechte. Beide Parteien verbanden die Erfahrungen der Verfolgung und der Ausgrenzung der Sozialdemokratie im Kaiserreich und Forderungen nach demokratischer Partizipation im Sinne einer ausgleichenden historischen Gerechtigkeit. Die SPD trat dabei deutlich in Distanz zu einer taktischen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen demokratischen Liberalen:

Der Kampf der Zukunft geht um die Frage, ob wir eine plutokratische, kapitalistische Pseudodemokratie nach französisch-amerikanischem Muster oder ob wir eine wirkliche, eine Demokratie der breiten Massen, eine sozialistische Demokratie bekommen werden. In diesem weltgeschichtlichen Kampfe muß der bürgerliche Liberalismus klare Stellung einnehmen – oder er wird zerrieben.³⁰

Beide Arbeiterparteien pflegten zugleich ihre gegenseitige Abneigung, welche in der ironischen Frage der USPD an die SPD zum Ausdruck kommt: »Proletariat, willst Du abermals verraten werden?«³¹ Doch nicht nur der Wahlkampf der Arbeiterparteien wurde von einer Haltung aus Gegnerschaft bis hin zur Feindseligkeit beherrscht. Auch der Tonfall zwischen den Bürgerlichen und Sozialdemokraten war von einem großen gegenseitigen Misstrauen und Unverständnis geprägt. Beides spiegelt deutlich die sozialen und gesellschaftlichen Grenzen und Ungleichheiten des untergegangenen Kaiserreichs wider.

6. Die Trennung von Kirche und Staat: Evangelische Christen als Zielgruppe der Parteien

Eines der wichtigsten Wahlkampfthemen war die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Formal waren der Hamburger Staat und die evangelisch-lutherische Landeskirche seit 1871 voneinander getrennt, doch tatsächlich blieb diese sehr staatsnah, wie die »Erklärung der hamburgischen Pastoren« vom Ende November 1918 belegt:

Die evangelisch-lutherische Kirche zu Hamburg, seit langem ein Hort evangelischer Freiheit, ist seit dem Jahre 1871 vom Staate getrennt. Aber auch in Hamburg hat unsere Kirche, nicht ohne ihre Schuld, schwer gelitten unter der Gleichgültigkeit und dem Mangel an Vertrauen derjenigen Kreise, welche sich von ihr zurückhielten, weil sie die

30 HE vom Sonntag, 12.1.1919, »Wer sind die Deutsch-Demokraten?«

31 HVZ vom 11.1.1919, »Proletariat, willst Du abermals verraten werden?«

Kirche nur als Stütze der Staatsform ansahen. [...] Wir fordern zur Erfüllung der religiösen und kirchlichen Aufgaben dauernde Freiheit in der Religionsausübung und in der Gestaltung der Kirchenverfassung.³²

Die eher deutschnational ausgerichtete Landeskirche schloss sich nach den revolutionären Umbrüchen in Hamburg nicht den Forderungen nach Erneuerung an, sondern begab sich in eine konservative Abwehrhaltung.³³ Anlass war eine im benachbarten Preußen erlassene Verordnung, die die Trennung von Kirche und Staat und ein Ende des Religionsunterrichts in Schulen vorsah. Diese erweiterte der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat um die Forderung nach Partizipation und forderte die evangelisch-lutherische Landeskirche zur Änderung ihrer Verfassung sowie zur Einführung des gleichen und geheimen Kirchenwahlrechts für Frauen auf.³⁴ In der Folge setzte in der Hamburgischen Landeskirche eine heftige Diskussion ein, die beide Themen, die Gleichwertigkeit der Geschlechter und die neue Rolle des Religionsunterrichts miteinander verband.

Der große gesellschaftliche Druck, der sich darin äußerte, dass in manchen Gemeinden Hamburgs auf Elternversammlungen aktiv für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen agitiert wurde,³⁵ musste von den Parteien aufgenommen werden und zwang sie dazu, diese Frage im Wahlkampf mit aufzugreifen.

Für die beiden Arbeiterparteien stand außer Frage, dass Religion Privatsache sei und in der konsequenten Folge der direkte politische Einfluss der Kirchen auf das Staatswesen unterbunden werden müsse.³⁶ Für die Liberalen waren Religionszugehörigkeit und Glauben eine individuelle Frage, jedoch sprachen sie sich nicht explizit für den Fortfall des Religionsunterrichts an Schulen aus.³⁷ Die Frage des obligatorischen Religionsunterrichts diente den beiden rechten bürgerlichen Parteien, DVP und DNVP, sich strikt gegenüber der meinungsführenden und die Religionsfreiheit vertretenden DDP abzugrenzen. Die Deutschnationalen vertraten in besonders offensiver Form die Position der (evangelischen) Kirche.³⁸ So tönte eine Wahlanzeige unter der Überschrift »Gott, Ehre, Freiheit Vaterland!...«

Wer hilft, unser Volk vor Unglauben und Unsittlichkeit zu schützen? Wer hilft, unserer Schule den christlichen Religionsunterricht und damit unseren Kindern die Führung zu Gott und zu wahrer Sittlichkeit, Ewigkeitswerte zu sichern und zu erhalten?³⁹

In einer weiteren Anzeige mit der Überschrift »Revolution und Gottesglaube« hieß es:

32 HF, Morgen vom Sonntag, 24.11.1918, »Eine Erklärung der hamburgischen Pastoren«.

33 Vgl. dazu den Beitrag von Rainer Hering in diesem Band: »Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution«, S. 329–342.

34 HF, Morgen vom 30.11.1918, »Kirche und Staat in Hamburg«.

35 HF, Abend vom 5.12.1918, »Für den Religionsunterricht« (Eilbek, Elternversammlung).

36 NN 22.11.1918, »Die Volksversammlung am 20. November in W.[edel]«.

37 Vgl. zur DDP zuletzt: NN 17.1.1919, »Deutsche demokratische Partei«, [Nachberichterstattung der letzten Wahlversammlung DDP, FO].

38 Vgl. dazu u.a. NN, 23.12.1918, Rubrik: Aus der Heimat, »Die deutschdemokratische Partei«.

39 HF, Abend vom Samstag 23.12.1918, Anzeige der DNVP: »Gott, Ehre, Freiheit, Vaterland!«

Der Untergang jedes Volkes begann mit der Mißachtung der Religion, sein Aufstieg mit der Erkenntnis des Höchsten. Die Furcht Gottes ist der Weisheit Anfang. Wer also will, daß seinen Kindern die göttliche Lehre ins Herz gesetzt wird, wer will, daß in unserem Staate Gottesfurcht und Gottvertrauen herrscht und das deutsche Volk aus der Tiefe seines Sturzes wieder zu lichter Höhe aufsteige, der wähle die Partei, die eintritt für Christentum und Kirche, der wähle die Deutschnationale Volkspartei.⁴⁰

Abbildung 2: Anzeige in den Hamburger Nachrichten, Morgenausgabe, 15.1.1919.



Auch die DVP hatte ein großes Interesse, die christlich gesinnte Wählerschaft für sich zu gewinnen. In einer Anzeige nahm sie Stellung zu Flugblättern, die ihr eine angeblich antikirchliche Haltung zuschrieben, indem sie sich ausdrücklich für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes aussprach:

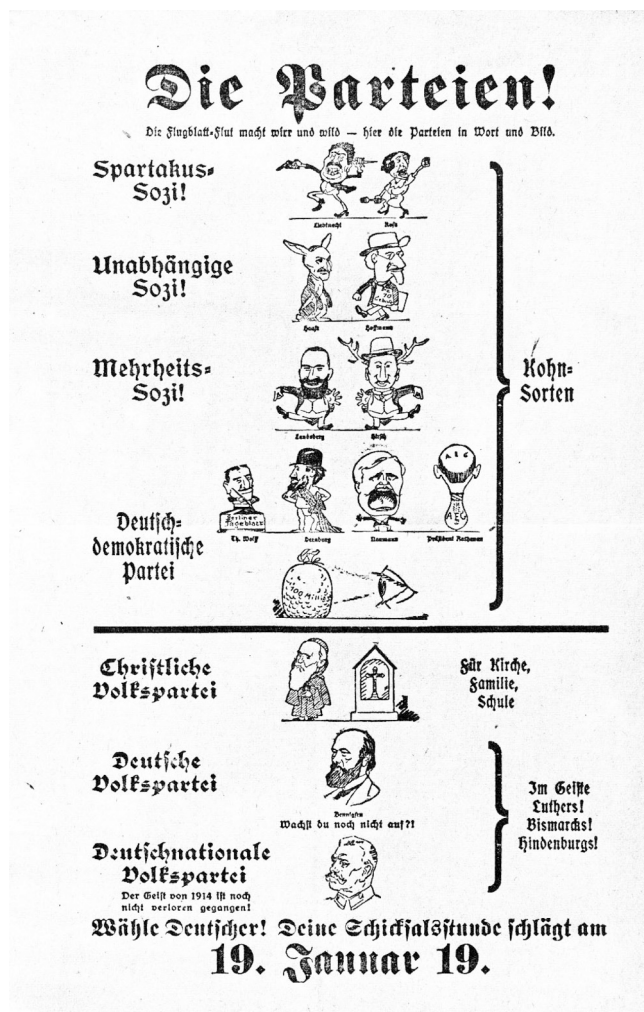
In verschiedenen Teilen der Stadt wurde ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei verteilt, das mit blauer Farbe den Stempelabdruck: »Heraus aus der Kirche« trug. Wir wissen nicht, welcher Partei die **Fälscher** angehören, stellen aber diese **vornehme Kampfart** hierdurch an den Pranger. [...] Nationalbewusstsein, freiheitliches Deutschtum und Erhaltung der Religion und der Privatwirtschaft, das sind Ziele der Deutschen Volkspartei.⁴¹

40 Anzeige in den HF, Abendausgabe vom 3.1.1919, »Revolution und Gottesglaube«.

41 HN, Morgenausgabe vom 15.1.1919, »Achtung! Wahlmanöver«.

Das Eintreten für das »deutsche« Christentum ging einher mit antisemitischen Tönen, wie das folgende Plakat illustriert, in dem alle Parteien, außer dem Zentrum, der DVP und den Deutschnationalen, als »Kohnsorten« denunziert werden. Die DNVP und ihr nahe stehende Kreise vertraten ausdrücklich antisemitische Positionen, indem sie den Liberalen eine jüdische und damit »undeutsche« Identität unterstellten, die mit der Zugehörigkeit zum deutschen Volk nicht vereinbar sei. Für evangelische Christ:innen stellte sich vordringlich die Frage, welche Partei sie wählen konnten. Außer der antisemitischen DNVP und jenseits des katholischen Zentrums trat keine andere Partei offensiv für die Interessen der Kirche ein.

Abbildung 3: Hans Bohrmann (Hg.): Politische Plakate. Mit Beiträgen von Ruth Malhotra und Manfred Hagen, Dortmund 1984, S. 197.



Ob die Positionen der Parteien zu Kirche und Religionsunterricht wahlentscheidend waren, weil sich hier Fragen zu Elternrechten, Familienpolitik und Christentum überschneiden,⁴² ist statistisch schwer nachzuweisen. Ein Beispiel aus dem Stadtteil Eilbeck soll das verdeutlichen. Im Stimmbezirk 251 erreichte die DNVP mit 11,5 Prozent der Wahlberechtigten-Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis in Hamburg. In relativer Nachbarschaft dazu agitierten mit Johannes Wehrmann in der Friedenskirche und dem Antisemiten Julius Hahn in der Versöhnungskirche zwei Pastoren für die DNVP.⁴³ Doch ob hier ein Zusammenhang zu den DNVP-Ergebnissen besteht, lässt sich ohne weitere Quellen nicht belegen.

7. Die wahlentscheidende Zielgruppe: Die Frauen

Während im Kaiserreich ausschließlich Männer ab 25 Jahren den Reichstag wählen durften, erhöhte sich nach Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Anzahl der Wahlberechtigten in Hamburg 1919 von knapp 261.000 auf 660.000.⁴⁴ Davon war jede achte Person unter 25 Jahre alt. Frauen stellten mit einem Anteil von 55 Prozent aller Wahlberechtigten die Mehrheit.⁴⁵ Wie schwer sich die rechten Bürgerlichen mit dem Frauenwahlrecht taten, zeigt ein Zeitungsbericht des »Hamburger Fremdenblatts« vom 6. November 1918 zum Thema Wahlrechtsreform, das in der Hamburger Bürgerschaft zögerlich und inhaltend diskutiert wurde: »In der Kommission wurde auch die Gewährung des Bürgerrechts an Frauen erörtert, ein dahingehender Vorschlag fand aber keine Annahme.«⁴⁶ Die alte Bürgerschaft verweigerte noch unmittelbar vor dem Umbruch Frauen das volle Bürgerrecht und damit das Wahlrecht, obwohl der »Stadt-

42 Vgl. die Diskussion um die Trennung von Kirche und Staat, den Religionsunterricht und auch die Sexualaufklärung in den Schulen in NN 13.12.1918, Eingesandt, »Kirche und Staat«; NN 14.12.1918, Eingesandt, »Kirche und Staat«; NN 14.12.1918, [Antwort auf Kritik an Sexualaufklärung in den Schulen durch die Lehrerin Erne Bechstedt]; NN vom 19.12.1918, Eingesandt, »Religionsunterricht«; NN 23.12.1918, Eingesandt: »Es besteht bei manchen Mitbürgern die Ansicht, als sei die Deutsche Demokratische Partei als solche für die frühzeitige sexuelle Aufklärung der Schulkinder durch die Lehrenden. Daher wird hier ausdrücklich festgestellt, daß die Partei als solche einer derartigen Richtung fernsteht.«

43 Die Kirchengebäude standen im Sb. 254 (Friedenskirche, DNVP 4,4/DVP 18,2) und im Sb. 261 (Versöhnungskirche, DNVP 4,8/DVP 16,2); jeweils westlich davon lag der Sb. 251 (DNVP 11,5/DVP 45,9); nur in Alsterdorf erhielt die DNVP mehr Stimmen: Sb. 173 (DNVP 13,6/DVP 12,4). Zu Wehrmann und Hahn vgl. w.u. den Beitrag von Hering, Rainer, »Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution.

44 Vgl. Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel, Düsseldorf 2007, Halbband 2, S. 1491–1501. [Hier: die drei Hamburger Wahlkreise: 35.729, 43.285, 182.193, zusammen 261.207. (RTW 1912); dagegen 659.392 bei der NV 1919].

45 Eigene Berechnungen nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 7, Hamburg 1919, S. 89. Vgl. im Detail: Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 69–70.

46 HF, Abendausgabe vom 7.11.1918, Hamburgische Verfassungs-Revision.

bund Hamburger Frauenvereine«, der als Dachverband 50 Vereine mit 17.000 Mitgliedern vertrat, bereits seit 1917 konsequent dafür eingetreten war.⁴⁷

Angesichts des überwiegenden Anteils der wahlberechtigten Frauen innerhalb der Gesamtheit der Hamburger Wahlberechtigten mussten alle Parteien Strategien entwickeln, um die Wählerinnen für sich zu gewinnen.⁴⁸ Dies traf auch auf die bürgerlichen Parteien zu, die bis dato das Frauenwahlrecht abgelehnt oder nicht aktiv unterstützt hatten. Die politische Aufklärungsarbeit geschah bis Ende Dezember 1918 hauptsächlich in Versammlungen, die bewusst Frauen adressierten und in denen zumeist Frauen als Hauptredner:innen auftraten. Über ein Viertel aller bisher erfassten Wahlversammlungen waren für ein weibliches Publikum bestimmt. Zu ihnen zählten staats- und bildungspolitische Großveranstaltungen, Informationsveranstaltungen für die neuen Wählerinnen hinsichtlich des Wahlrechts, öffentliche Parteiversammlungen oder interne Mitgliederabende, um Frauen als neue Mitglieder zu gewinnen. Über die »Werbearbeit« schrieb das »Hamburger Fremdenblatt« in einem leicht paternalistischen Tonfall:

Ungemein rührig zeigen sich die Frauen. Von ihnen wird Versammlung über Versammlung berufen, damit Belehrung und Anregung den Ungezählten, denen Politik bisher nur Männerarbeit schien, zuteil werde. Die Männer wiederum berufen die Frauen, um sie für ihre Ideen, für ihre Parteien zu gewinnen, sie zu belehren über den Weg, der zum Heile des Vaterlandes führen soll. Zu Tausenden und aber Tausenden strömen die Frauen zu den Versammlungen, nicht um zu sehen und um gesehen zu werden, sondern um zu lernen, wie man politisch arbeitet.⁴⁹

Eine Versammlung mit prominenten Repräsentantinnen auf der Rednerinnentribüne fand am Dienstag, dem 26. November 1918 im Zirkus Busch vor 7000 Zuhörer:innen statt. Laut Zeitungsmeldungen sprachen neben Helene Lange, Gertrud Bäumer, Marie Baum und Emmy Beckmann einige der bekanntesten und wichtigsten Protagonistinnen der Frauenbewegung. Da es sich um eine Veranstaltung des Wahlwerbeausschusses der Hamburger Frauenvereine handelte, standen weniger parteipolitische Fragen, als solche der Mobilisierung von Frauen für die neue Demokratie im Vordergrund. So hob Helene Lange ihre Freude drüber hervor, dass das allgemeine Frauenwahlrecht noch zu ihren Lebzeiten in Kraft trete; Emmy Beckmann forderte baldige Wahlen zur Nationalversammlung und sprach sich gegen »Gleichgültigkeit und Klassenegoismus« aus. Marie Baum forderte, »daß unser Volk befreit werden müsse von dem Druck des Privatkapitalismus. Koste es auch Opfer, so müsse man sich damit abfinden, denn nur so sei der Weg zum sozialen Aufstieg zu finden.« Abschließend unterstrich sie den Wert der

47 Vgl. Bake, Rita/Heinsohn, Kirsten: »Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte.« Zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung und Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis zur Neuen Hamburger Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre, Hamburg 2012, S. 95-98.

48 Vgl. grundsätzlich: Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018; Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht. Herausgegeben von Dorothee Linnemann, Frankfurt 2018; Ferner, Elke (Hg.): 90 Jahre Frauenwahlrecht! Eine Dokumentation von Ursula Birsl, Gisela Notz, Inge Wettig-Danielmeier und Christl Wickert, Berlin 2008. Für Hamburg vgl. Bake/Heinsohn (2012).

49 HF, Morgen vom 8.12.1918, »Werbearbeit«.

Erziehung und der Bildung in der Familie durch die Frauen. Gertrud Bäumer führte aus:

Eine besondere Partei von Frauen in der Politik sei nicht zu empfehlen, wohl aber müssen trotzdem die Frauen die Scheu vor dem Parteileben überwinden. Die Frauen müssen die Ueberzeugung gewinnen, daß sie zur politischen Mitarbeit ebensogut berufen seien, wie die Männer [...].⁵⁰

Über den Auftritt von Ida Dehmel auf einer Nachfolgeveranstaltung hieß es:

Für Dr. Gertrud Bäumer war Frau Ida Dehmel eingetreten, die mit warmen und klugen Worten drei Punkte für den Wert der politischen weiblichen Mitarbeit geltend machte, den unverbrauchten, begeisterungsfrohen Idealismus, den starken, in vielerlei Pflichten gestählten Arbeitswillen und die neuen, von keiner Parteivergangenheit befleckten Sitten.⁵¹

Die Darstellung der Frauen als Akteurinnen im Hamburger Wahlkampf 1919 in den unterschiedlichsten Rollen und Räumen sozialer, politischer und gesellschaftlicher Praxis wäre weiterer eigenständiger Forschungen wert. In den hier gesichteten Quellen treten Frauen vorwiegend als Mütter, Erziehende, Fürsorgende, und »Aufbauende« auf. Nicht selten werden sie als »Jungfrauen der Welt der Politik« beschrieben, die von dieser noch nicht »beschmutzt« worden seien. Emmely Albert, Mitglied der DVP, bedient dieses Bild, wenn sie sagt: »Und die Pflicht der Frau sei es, Reinheit, Feinheit und Güte ihrer Seelen in das politische Leben hineinzutragen, durch die sie beglücken und beglückt werden.«⁵² Eine Wahlwerbeanzeige der Liberalen der DDP macht ob ihrer Einfachheit ungewollt den instrumentalistischen Charakter der Propaganda deutlich: »Frauen Ihr gehört zu uns!«⁵³

Die männlichen Kommentatoren lassen in den Zeitungen eine Mischung aus Paternalismus und Mansplaining erkennen, nehmen einen magistralen belehrenden Ton an und unterlaufen so ihre Respektbekundungen gegenüber der neuen Rollenzuschreibung. Gleichzeitig können sie die Furcht vor den Auswirkungen der Stimmabgabe der mehrheitlich weiblichen Stimmberechtigten nicht ganz unterdrücken. So hieß es etwa in den konservativen Hamburger Nacten:

Wir haben an dieser Stelle bisher stets den Standpunkt eingenommen, daß die Politik, die keineswegs veredelnd und charakterfördernd wirkt, von vielen Frauen selbst, als von Natur aus nicht zu ihnen gehörend abgelehnt wird. [...] Jetzt, nachdem die Politisierung der Frau zur Tat geworden ist, ist es zweifellos auch Pflicht eines jeden weib-

50 HF, Abend vom 27.11.1918, »Frauenversammlung im Zirkus Busch« (am Di., 26.11.1918). Ebd. die vorhergehenden Zitate.

51 HF, Abend vom 4.12.1918, »Die Frauen und die bevorstehenden Wahlen.« (= Frauenversammlung Nr. 2, im Zirkus Busch).

52 HF, Abend vom 5.12.1918, »Dritte nationalliberale Frauenversammlung«, Leitung: Ida Dehmel, Patriotische Gesellschaft, Rednerin: Emmely Albert (DVP).

53 Die Anzeige wurde in verschiedenen Versionen gedruckt u.a. in HN, Morgen, 21.12.1918 und in den HF, Abendausgabe vom 23.12.1918.

Abbildung 4: Anzeige, die in verschiedenen Zeitungen erschien; hier: HN vom 21.12.1918 (Morgenausgabe)



lichen Volksangehörigen, politisch Stellung zu nehmen, zu lernen, wo gelernt werden muß und dem Staate zu geben, was er verlangen kann.⁵⁴

Die Ironie des Umkehrschlusses auf die männlichen Politiker entging dem Schreiben- den anscheinend völlig. Doch auch auf Seiten der Arbeiterbewegung klang es nicht viel anders.⁵⁵ So forderte die SPD:

Arbeiterinnen, Mädchen, Frauen! Die sozialistische Revolution hat Euch das freieste Wahlrecht der Welt gebracht. Gebraucht es am Sonntag so, daß die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können! Geht alle, alle zur Wahlurne und wählt die sozialdemokratische Vorschlagsliste.⁵⁶

Tony Breitscheid, Mitglied des linken Flügels der USPD, schrieb:

Die Frauen sind noch nicht zur vollen Erkenntnis ihrer Macht gelangt. Sie wissen, daß die Revolution ihnen das Wahlrecht gab, und viele Frauen empfinden die Pflicht, die ihnen das Wahlrecht auferlegt. Sie wollen den Kampf gegen die Reaktion, gegen antirevolutionäre Tendenzen führen. Sie fühlen mehr, als daß sie verstehen, was sie der Revolution verdanken. Ihre Freiheit.⁵⁷

Zu vermuten ist, dass die Berichterstattenden und Wahlkämpfenden wohl ohne weiteres dem Satz des Vorsitzenden des Bürgervereins von Hamburg-Altstadt zugestimmt hätten, der so zitiert wurde: »Die Entscheidung werde wahrscheinlich bei den Frauen liegen.«⁵⁸

54 HN, Abendausgabe vom 26.11.1918, »Die Frau im Staat«.

55 Zur Kritik an solchen männlichen Sichtweisen in der Hamburger SPD siehe: Hagemann, Karen: Frauenalltag und Männerpolitik. Alltagsleben und gesellschaftliches Handeln von Arbeiterfrauen in der Weimarer Republik, Bonn 1990, S. 553-554.

56 HE, Morgenausgabe vom 17.1.1919; HE, Abendausgabe vom 16.1.1919, »Wählerinnen erinnert Euch«.

57 HVZ vom 16.1.1919, »Das Werben um die Stimme der Frau« (Tony Breitscheid).

58 HF, Abend vom 23.11.1918, »Aus den Bürgervereinen«.

8. Sonntag, der 19. Januar 1919: Wahltag

Die Woche vor dem Wahlsonntag war in der Hamburger Presse geprägt von Berichten über die kommenden Friedensverhandlungen und ihre möglichen Auswirkungen, ebenso von Schilderungen über die bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen in Berlin zwischen der herrschenden SPD und ihren Gegnern aus der Arbeiterschaft. Mit Ausnahme der USPD bewerteten alle anderen Parteien das Geschehen als Versuch einer linkssozialistischen Gegenrevolution.⁵⁹ Die blutigen Ereignisse in Berlin, einschließlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, blieben nicht ohne Einfluss auf die Positionierungen der Parteien in den Wochen kurz vor den Wahlen.

Einig waren sich alle Parteien und mit ihnen die Zeitungsredaktionen, dass das formale Wahlrecht eine moralische Wahlpflicht beinhalte.⁶⁰ Diese Auffassung fand in der veröffentlichten Meinung in der Weimarer Republik eine besonders starke Ausprägung; gleichzeitig ging sie mit Kritik und Beschimpfungen gegenüber den Nichtwähler:innen einher.

Am Wahltag fuhren überall in der Stadt Lastkraftwagen und Autos mit Werbebotschaften der Parteien umher.

»Das Pflaster der Straßen [war] über die ganze weite Stadt dicht besät mit fortgeworfenen Flugblättern und Wahlaufrufen«, so die Schilderung in den konservativen »Hamburger Nachrichten«, in denen es weiter hieß:

Als um 9 Uhr früh die Wahl eröffnet wurde, standen die Menschen schon vor allen Wahlstellen »Kette«. Bunt durcheinander; Männer und Frauen, Greise und Jugendliche, Reich und Arm; dazwischen eine Menge Soldaten. [...] So standen denn die langen Züge geduldig und vertrieben sich die Zeit.⁶¹

Wie schon im Kaiserreich, stellten die Parteien auch zu diesen Wahlen eigenständig die Stimmzettel nach den amtlichen Vorgaben her. Der Einheitsstimmzettel, dem gegenwärtig genutzten noch sehr nahe kommend, wurde in Hamburg wie auch im Deutschen Reich erst 1924 eingesetzt. Alle Wählenden mussten sich also 1919 mit dem richtigen Stimmzettel versorgen: »Neben den langen Gliedern der Wartenden hatten sich überall die Plakatträger und Zettelverteiler der Parteien aufgepflanzt.«⁶² Wer noch nicht zur Wahl gegangen war, wurde von seiner Partei mit dem Wahlschleppdienst zu Hause

59 Büttner benennt es als »Januarkämpfe« und spricht vom »irreführenden Namen »Spartakusaufstand«, denn die Ereignisse waren weder von der KPD noch von Radikalen der USPD geplant worden. Vgl. U. Büttner, Weimar, S. 55-57; HF, Morgenausgabe vom 6.1.1919, »Der große Putsch der Radikalen«; HC, Abendausgabe vom 7.1.1919, »Spartakusterror in Berlin«; NHZ, Abendausgabe vom 6.1.1919, »Berliner Abrechnung mit Spartakus«; NHZ, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Der Spartakusputsch vorläufig mißglückt«; HN, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Zusammenstöße zwischen Spartakisten und Regierungstruppen in Berlin«; HE, Abendausgabe vom 6.1.1919, »Ein neuer Gewaltstreik der Spartakus-Leute in Berlin«; HE, Morgenausgabe vom 7.1.1919, »Bürgerkrieg in Berlin«; HVZ vom 7.1.1919, »Die Erhebung des Proletariats in Berlin.«

60 Vgl. HN, Morgenausgabe vom 19.1.1919, »Wahlrecht ist Wahlpflicht!«.

61 HN, Morgenausgabe vom Montag, 20.1.1919, »Die Wahlen zur Nationalversammlung«.

62 ebd.

aufgesucht und an seine Pflicht erinnert.⁶³ Ob es im Wahllokal bei den ersten freien Wahlen wirklich immer ganz vorschriftsmäßig verlief, bezweifelten die Hamburger Nachrichten im März 1919 nach der Bürgerschaftswahl rückblickend ebenfalls:

Eins aber ist uns, wie bei den Januarwahlen, so auch diesmal aufgefallen: die »Wahlzellen« waren vielfach ganz unvorschriftsmäßig und keineswegs geeignet, die geheime Wahlausübung zu sichern. Der Zug der Wähler ging an dem Wahlverschlage vorbei, und dieser war nach den Wählern zu offen, so daß jeder zusehen konnte, wenn man seinen Zettel in den Umschlag steckte. So ließ sich ganz gut einige Aufsicht ausüben, ob der Wähler auch den »richtigen« Zettel benutzte. Das sollte nicht sein und muß bei den nächsten Wahlen [...] vermieden werden.⁶⁴

Im Großen und Ganzen verlief der Wahltag laut allen ausgewerteten Zeitungsmeldungen ruhig und ohne Zwischenfälle,⁶⁵ auch wenn manche Beobachter:innen die Sicherheitswachen vor den Wahllokalen kritisch sahen oder deren Präsenz in den Straßen generell negativ kommentierten.⁶⁶ Problematisch war, dass angesichts des auf den Wahlämtern lastenden Zeitdrucks nicht alle Wahlberechtigten zur Wahl zugelassen, einige in den Wahllokalen abgewiesen wurden und nicht jeder demobilisierte Soldat von seinem Stimmrecht tatsächlich Gebrauch machen konnte.⁶⁷

Das Wahlergebnis erbrachte reichsweit einen Sieg der später Weimarer Koalition genannten Parteien. Die SPD, die DDP und das Zentrum als politische Vertreterin des Katholizismus waren die Wahlgewinner, die USPD und die rechten Liberalen sowie die Deutschnationalen die Wahlverlierer. Auffallend ist, dass in größeren Teilen Norddeutschlands das SPD-Ergebnis zumeist acht bis zehn Prozentpunkte über dem reichsweiten Durchschnitt lag. Dementsprechend fielen auch die Meinungen über den Wahlausgang sehr unterschiedlich aus.

9. Die Wahlkommentare

Die Hamburger Nachrichten konstatierten »den Sieg des Bürgertums«, weil es keine absolute Mehrheit für die Arbeiterparteien gegeben hatte und meinten, die »Entscheidung des Volkes, die sich aus dem freiesten Wahlrecht der Welt ergeben hat, zeigt, daß Deutschland nicht gewillt ist, vor einer sozialistischen Diktatur zu kapitulieren.«⁶⁸ Gleichzeitig unterstellte sie den Liberalen und der Sozialdemokratie:

63 Vgl. die Schilderung in der NHZ, Morgenausgabe vom 17.3.1919, »Die Wahlhandlung in Hamburg«, darin Schilderungen des Wahlschleppdienstes im Konkreten.

64 HN, Morgenausgabe vom 17.3.1919, »Der Wahltag in Hamburg«.

65 NHZ, Morgenausgabe vom 20.1.1919, »Die Wahlhandlung«, darin auch wieder Schilderungen des »Wahlschleppdienstes« der Parteien.

66 HVZ vom 20.1.1919, »Hamburg im Zeichen der Nationalwahl«. – HN, Morgenausgabe vom 20.1.1919, »Der Wahltag in Hamburg«. – HE, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Hamburg. Wahltag«.

67 HE, Morgenausgabe vom 21.1.1919, »Wähler und Wählerinnen von Altona-Ottensen!«; Aufruf der DNVP, die Wählerlisten einzusehen: HF, Abendausgabe vom 4.1.1919, »Versäumt nicht die Wählerlisten einzusehen!«

68 HN, Abendausgabe vom 22.1.1919, »Das Wahlergebnis«.

Nicht nur hat die bessere Organisation und die rasselndere Werbetrommel beider Parteien an dieser Stimmenvermehrung ihren Anteil, sondern nicht minder der durch das weitgehende Wahlrecht zur Nationalversammlung bewirkte Zuzug der Frauen und Jugendlichen. [...] [Die SPD] hat es durch rege Werbearbeit seit Jahrzehnten fertiggebracht, die Frauen und Jugendlichen der ihr nahestehenden Kreise fast restlos für die sozialistischen Zwecke einzufangen und einzuspannen.⁶⁹

Die angesprochene Hamburger SPD konstatierte:

Die Aenderung des Wahlrechts hat in unserem Wahlkreise weder in der Stimmen-, noch in der Mandatsverteilung sehr starke Aenderungen hervorgerufen. [...] Wir werden mit den Frauen als Wählerinnen ebenso vorwärts marschieren wie bisher ohne diese. Das demokratischste aller Wahlrechte kann gar keine andere Wirkung haben. Und darum kann die Sozialdemokratie der kommenden demokratischen Entwicklung mit Vertrauen entgegensehen.⁷⁰

Diese Behauptung kaschierte allerdings nur unzureichend die tatsächliche Enttäuschung über die spekulativ angenommenen Gründe des weiblichen Abstimmungsverhaltens. Dagegen war der USPD die Enttäuschung deutlich anzumerken, verstand sie sich doch nicht zu Unrecht als die einzige Partei, die für die Revolution eintrat:

Das Proletariat ist sich seiner Macht bewußt und wird sich durch eine Zufallsmehrheit im Eintagsparlament, das durchaus kein wahres Spiegelbild der Volksstimmung sein kann, nicht im geringsten einengen, noch bestimmen lassen. Unter diesem Gesichtspunkte können wir die gesamten Wahlergebnisse im Reiche mit absoluter Gleichgültigkeit betrachten.⁷¹

Die Neue Hamburger Zeitung unterstellte Wählerwanderungen bestimmter Intellektueller (»Kopfarbeiter«) zur SPD, und Wählerwanderungen von den Nationalliberalen zur DDP und kommentierte so:

Noch niemals hat zwischen zwei Wahlen zur deutschen Volksvertretung eine derartige tiefgreifende Umwälzung aller politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelegen, wie diesmal. Es lag deshalb die Annahme sehr nahe, daß der große Umsturz sich widerspiegeln werde in einer entsprechenden Umschichtung der Stärke bei den verschiedenen politischen Parteien. Aber nun erleben wir die eigenartige Tatsache, [...] daß in dem Stärkeverhältnis der großen Parteien unseres Wahlkreises gegenüber der letzten Reichstagswahl von 1912 fast gar keine Änderung eingetreten ist.⁷²

Ähnlich wie häufig auch noch in der gegenwärtigen Geschichtsforschung zu lesen, waren die männlichen Kommentatoren unter den Zeitgenossen überrascht darüber, wie scheinbar stabil sich das kaiserzeitliche Ergebnis eines Männerwahlrechts von 1912 auch in dem Ergebnis eines geschlechtergerechteren Wahlrechts für Frauen und Männer 1919 widerspiegelte. Im Folgenden wird untersucht, ob und inwiefern die Behauptung, es sei

69 HN, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Der erste Eindruck der Wahl«.

70 HE, Abendausgabe vom 23.1.1919, »Wahlbetrachtungen«.

71 HVZ vom 20.1.1919, »Nach den Wahlen«.

72 NHZ, Abendausgabe vom 20.1.1919, »Das Hamburger Wahlergebnis«.

alles beim Alten geblieben, anhand der statistischen Wahlforschung bestätigt werden kann bzw. verworfen werden muss.

10. Die statistische Wahlanalyse

Jürgen Winkler hat auf der Basis einer statistischen Analyse zweier reichsweiter Wahlen die Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität des Wahlverhaltens im Kaiserreich und in der Weimarer Republik untersucht. Für die Wahlen der Jahre von 1912 bis 1919, in denen sich die Systemtransformation vom Kaiserreich zur demokratischen Republik vollzog, kommt er zu dem interessanten Schluss, dass das katholische Zentrum, gefolgt von den sozialdemokratischen Parteien, die stärksten Kontinuitäten im Wahlverhalten ihrer Wählerschaft aufwies, während die liberalen und konservativen Parteien keine größeren und stabilen Stammwählerschaften an sich binden konnten.⁷³ Zudem erreichten laut Winkler die SPD und USPD in ihren ehemaligen Diaspora-Gebieten, also dort, wo die SPD im Kaiserreich besonders schwach abgeschnitten hatte, sogar deutliche Stimmgewinne. Diese Ergebnisse führt er primär auf die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler:innen in den ländlichen Gebieten zurück,⁷⁴ während die Arbeiterparteien, so seine Schlussfolgerung, umgekehrt in den industrialisierten Wahlkreisen und (groß-)städtischen Regionen im Kaiserreich schon vielfach ihr Wählerpotential ausgeschöpft hatten.⁷⁵

Im großstädtischen Hamburg lässt sich für die letzte Bürgerschaftswahl im Kaiserreich am 31. Januar 1913 ein scheinbares Patt konstatieren: Die SPD erreichte bei der Hälfte aller Wahllokale eine absolute Mehrheit, die bürgerlichen Parteien bei der anderen Hälfte.⁷⁶ Doch ist es methodisch höchst kompliziert, einen validen, wissenschaftlich gültigen Vergleich zwischen den letzten kaiserzeitlichen Wahlen und der ersten demokratischen Wahl zu erstellen. Der Grund dafür liegt in den Veränderungen des Zuschnitts der Stimmbezirke, in der Erhöhung der Anzahl der Wahllokale und der Zunahme der Anzahl der Wahlberechtigten. Indes lassen die Ergebnisse aus der benachbarten Großstadt Altona einen Vergleich der Wahlbezirke zu, denn dort gab es in der Übergangsphase keine Veränderungen der Stimmbezirke. Für Altona ist die territoriale Kongruenz, also die Deckungsgleichheit der Gebiete mit den meisten Stimmen für die Arbeiterparteien sehr hoch: 3/4 aller Hochburgen von 1912 sollten es auch 1919

73 Winkler, R. Jürgen: Sozialstruktur, Politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Langzeitstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871-1933, Opladen 1995, S. 303 bis 305. (Zu statistischen Details und Quellen siehe F. Omland, Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 55-88.)

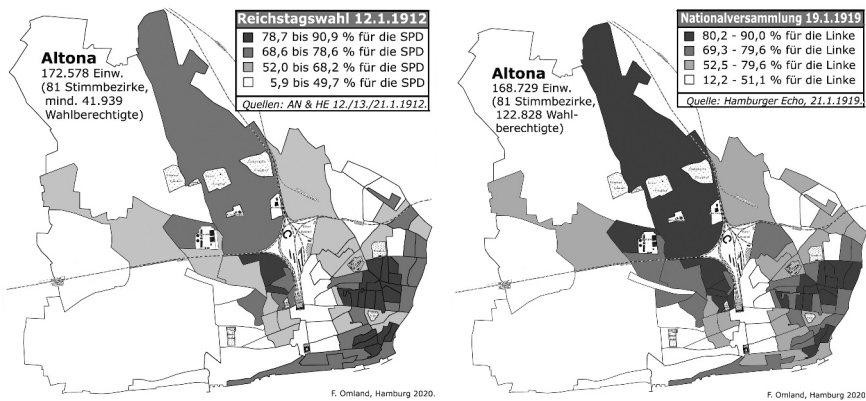
74 Winkler, Jürgen R.: »Die soziale Basis der sozialistischen Parteien in Deutschland vom Ende des Kaiserreichs bis Mitte der Weimarer Republik 1912-1924«. In: Archiv für Sozialgeschichte, Band 29 (1989), S. 145.

75 Vgl. dazu: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918. Von Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Niehuss, Merith, München 1980, S. 95; Reibel (2007): Handbuch der Reichstagswahlen, S. 1491-1501. [Hier: die drei Hamburger Wahlkreise].

76 Eigene Berechnungen für das Stadtgebiet Hamburg nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 3 (1913).

sein.⁷⁷ Auch für den ländlichen Raum, etwa den Nachbarkreis Pinneberg, lassen sich diese Kontinuitäten nachweisen.⁷⁸ Dies sind Indizien, die die These von Jürgen Winkler bestätigen, wonach es in der Transformation vom Kaiserreich zur Republik in diesen Wahlbezirken wahrscheinlich keine größere lagerübergreifende Wechselwählerschaft gegeben hat. Ob dies auch auf Hamburg zutrifft, müssen künftige statistische Auswertungen erweisen.

Abbildung 5 und Abbildung 6: Übergang Kaiserreich zur Demokratie: das Beispiel Altona 1912/1919.



Vergleich der SPD-Stimmen von 1912 mit der Summe der Stimmen für die SPD plus USPD 1919: Je dunkler die Einfärbung, desto höher die Wahlergebnisse. Die sozialdemokratischen Hochburgen sind also dunkelgrau, die Gebiete mit den wenigsten Stimmen, die Diaspora, weiß.

Welche Ergebnisse zeichnen sich ab, wenn man die Veränderung des Stimmverhaltens der Wahlberechtigten in den Jahren 1919 und 1920 vergleicht und nach Gründen für die Resultate forscht? Welche Thesen oder Hypothesen führen zu einer plausiblen Erklärung der beobachteten Phänomene? Hamburg war von 1919 bis 1933 sowohl eine Hochburg der SPD als auch eine der bedeutendsten Hochburgen der liberalen Demokraten der DDP. Im Vergleich mit den anderen Großstädten des Deutschen Reiches finden sich beide Parteien bis 1933 in den Wahlergebnissen fast ständig im obersten Drittel wieder. Die DDP belegte sogar mit einer Ausnahme immer einen der ersten vier »Plätze« unter den bevölkerungsreichsten Gemeinden.⁷⁹ Nichtsdestotrotz erlangten beide Parteien nur bei den ersten vier freien Wahlen bis 1921 zusammen eine Mehrheit in Hamburg. Ihr Stimmenanteil sank bis zur Bürgerschaftswahl am 20.1.1921 bezogen auf alle Wahlberechtigten von 70 auf 41 Prozentpunkte (PP) ab, doch fielen sie bei den gültigen Stimmen »nur« von 78 auf 56 PP ab.

77 Eigene Berechnungen nach den Wahlergebnissen auf Stimmbezirksebene für 1912 und 1919 in: Altonaer Nachrichten vom 12. und 21.1.1912 und HE vom 21.1.1919.

78 Eigene Berechnungen nach den Wahlergebnissen auf Stimmbezirksebene für 1912 und 1919 in: NN 14.1.1912 und NN 20.1.1919.

79 Eigene Berechnungen nach Statistik des Deutschen Reichs zu den jeweiligen Wahlen 1920 bis 1933.

Tabelle 1: Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919

Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, 19. Januar 1919											
	Wahl- berechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Deutsches Reich	36.780.000	83,0	0,3	82,7	8,5	4,1	15,0	15,6	31,3	6,3	2,0
Wkr. 37, HH-HB-Stade	1.100.506	88,6	0,3	88,3	3,1	7,3	22,9	1,1	40,6	7,6	5,8
Staat Hamburg	653.868	90,4	0,4	90,0	2,4	10,5	23,7	1,1	46,2	6,1	0,0
Stadt Hamburg	612.261	90,6	0,4	90,2	2,3	10,5	23,5	1,1	46,5	6,1	0,0
Hamburger Landgebiete*	15.956	87,3	0,3	87,0	3,9	9,7	26,3	0,7	41,4	4,9	0,1

Legende: WB = Wahlberechtigte, AS = abgegebene Stimmen, US = ungültige Stimmen, GS = gültige Stimmen.

Tabelle 2: Die Bürgerschaftswahl vom 16. März 1919

Bürgerschaftswahl, 16. März 1919											
	Wahl- berechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Staat Hamburg	661.007	80,6	0,3	80,3	2,3	6,9	16,5	1,2	40,5	6,5	6,5
Stadt Hamburg	619.553	81,0	0,3	80,7	2,3	6,7	16,1	1,2	41,0	6,5	6,8
Hamburger Landgebiete*	16.002	72,2	0,1	72,1	1,5	14,8	19,3	0,1	33,7	1,4	1,3

Ähnlich wie auf Reichsebene mussten beide Parteien auch in den Hamburger Wahlbezirken von 1919 auf 1920 ebenfalls sehr starke Stimmverluste hinnehmen. Die Frage ist, wie sich diese wahlstatistisch erklären lassen.

Die Aussagen der folgenden Analysen beruhen auf der Auswertung sämtlicher Ergebnisse für die drei ersten Wahlen in der Weimarer Republik. Sie beziehen sich auf die Daten aus den 362, 593 bzw. 624 Stimmbezirken, wobei die Berechnung bewusst auf das Hamburger Stadtgebiet begrenzt wird. Die Ergebnisse der knapp 40 bis 70

Tabelle 3: Reichstagswahl vom 6. Juni 1920

Reichstagswahl, 6. Juni 1920**											
	Wahlberechtigte	in Prozent der Wahlberechtigten									
		AS	US	GS	DNVP	DVP	DDP	Z	SPD	USPD	X
Staat Hamburg	702.792	80,3	0,4	79,9	9,9	12,0	13,9	0,8	30,6	12,0	0,4
Stadt Hamburg	662.999	80,3	0,4	79,9	9,9	11,6	13,9	0,8	30,8	12,2	0,4
Hamburger Landgebiete*	16.277	75,7	0,2	75,5	8,3	22,7	12,9	0,0	27,3	4,2	0,0

Bereinigt um den Faktor 7,1, d.h. reduziert um 54.000 Wahlberechtigte, die das Statistische Landesamt 1920 noch nicht aus den Wählerlisten gestrichen hatte. Damit fiel die offizielle Wahlberechtigten-Ziffer in Hamburg zu hoch aus.

Wahllokale in den Marsch- und Geestlanden, in Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht wurden ebenfalls erhoben und analysiert, werden aber in diesem Aufsatz nicht berücksichtigt.⁸⁰

11. Exkurs: Zur Methodik (Wahlberechtigten-Stimmen)

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden Wahlergebnisse immer auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen miteinander verglichen und analysiert, weil sich daraus die Mandatsverteilung in den Parlamenten ergibt. Für die statistische Wahlanalyse führt dieses Vorgehen aber zu Problemen, da bei dieser Auswertung nicht das gesamte Wahlverhalten in die Überlegungen einbezogen wird. Neben der Stimmabgabe für die Parteien haben die Wahlberechtigten bei jeder Abstimmung die Möglichkeit, sich der Wahl zu enthalten oder einen ungültigen Stimmzettel abzugeben; diese Stimmen gilt es mit einzubeziehen. Um die Vergleichbarkeit von Wahlergebnissen im Zeitverlauf zu gewährleisten, muss deshalb das gesamte Stimmverhalten der Wahlberechtigten betrachtet werden, d.h. es muss gefragt werden, wie viele Menschen welche Parteien wählten, wie viele sich der Stimme enthielten und wie viele einen ungültigen Stimmzettel abgaben. Welche Auswirkungen insbesondere die Einbeziehung der Nichtwählerschaft auf die Wahlanalyse hat, soll anhand eines Hamburger Beispiels aus der Neustadt darge-

80 Zu den Details vgl. F. Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen in Hamburg, S. 67, S. 72 und S. 78f.

stellt werden.⁸¹ Das Wahlergebnis in dem uns geläufigen Vergleich der abgegebenen gültigen Stimmen lautete dort folgendermaßen:

Tabelle 4: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)							
Bürgerschaftswahl 1919	DNVP+Z	DVP	HWB	DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	2,3	6,2	11,6	13,2	56,8	9,5	0,4
Reichstagswahl 1920	DNVP+Z	DVP		DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	10,3	9,2	n.a.	15,4	45,2	18,7	1,2

Danach verlor die SPD knapp 12 Prozentpunkte (PP), die USPD gewann 9 PP, die DDP 2 PP, während die anderen bürgerlichen Parteien zusammen gezählt fast stabil blieben und davon profitierten, dass der Hamburger Wirtschaftsbund (HWB) zur Reichstagswahl nicht angetreten war. Als Wahlsieger ging bei den Bürgerlichen also die DNVP, bei den Arbeiterparteien die USPD hervor. Soweit erscheinen die Resultate, oberflächlich gesehen, ganz plausibel. Doch in Wirklichkeit sieht das Ergebnis anders aus, wenn alle Wahlberechtigten und ihr Stimmverhalten in die Berechnung einbezogen werden.⁸²

Tabelle 5: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der Wahlberechtigten)

Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der Wahlberechtigten)								
Bürgerschaftswahl 1919	NW	DNVP+Z	DVP	HWB	DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	16,4	1,9	5,2	9,7	11,0	47,4	8,0	0,3
Reichstagswahl 1920	NW	DNVP+Z	DVP		DDP	SPD	USPD	Sonstige
Neustadt (Bez. 40+41)	35,1	6,7	5,9	n.a.	9,9	29,1	12,1	0,8

Die Stimmenverluste der SPD fielen deutlich höher aus (-17 PP), die USPD profitierte nicht sehr stark (+4 PP), die Liberalen hatten sogar Verluste erlitten (-1 PP). Im bürgerlichen Lager stiegen zwar die Stimmen für die DNVP und DVP an, sie konnten aber ebenfalls nicht das Niveau des bürgerlichen Ergebnisses von 1919 (zusammen mit

81 BW 1919: Neustadt Bezirke 40 und 41, von den Straßen her deckungsgleich mit RTW 1920, Neustadt Bezirke 41 und 42 (Baumwall, Brauerknechtgraben 1-27/2-36, Hullstraße, Schaarsteinweg 1-23, Schaarsteinbrücke, Schaarthor 5-9, Steinhöft, Stubbenhuk, Wetkenstraße, Neuerweg, Neustädter 1-31/2-28, Vorsetzen, Wolfgangsweg). DNVP und Zentrum traten 1919 gemeinsam an, deshalb auch 1920 zusammengezählt. Das Zentrum erreichte in Hamburg 1920 nur 1,0 % (gültige Stimmen) bzw. 0,65 % (Wahlberechtigte), ist also zu vernachlässigen.

82 Auf die Abbildung der wenigen ungültigen Stimmen (0,1 bzw. 0,5 %) wurde hier verzichtet.

dem HWB) erreichen. Dagegen erhöhte sich die Anzahl der Nichtwähler:innen (NW) um mehr als das Doppelte (+18 PP), was die Frage aufwirft, ob sich hinter diesem Anstieg eine Vielzahl von unzufriedenen SPD-Anhänger:innen verbarg. Die sehr leichte Zunahme an ungültigen Stimmen (US) ist zu vernachlässigen.

Erst die Einbeziehung der Nichtwählerschaft ermöglicht also, wie das Beispiel verdeutlicht, eine qualitative und quantitative Analyse des Wahlverhaltens. Dagegen kann eine Wahlanalyse auf Basis des Vergleichs der abgegebenen gültigen Stimmen zu völlig falschen Schlüssen führen und sollte deshalb unbedingt vermieden werden. Tatsächlich jedoch basiert die Mehrheit der Wahlanalysen, die Historiker:innen vorgelegt haben, ausschließlich auf Vergleichen der abgegebenen gültigen Stimmen. Dasselbe gilt für die meisten Analysen heutiger Bundes- und Landtagswahl-Ergebnisse. Die Betrachtungen fallen häufig fehlerhaft und ungewollt sogar gelegentlich falsch aus, weil sie, wie das obige Beispiel veranschaulicht, bei der Analyse auf die Einbeziehung der sehr wichtigen Größe der Nicht-Wähler:innenschaft verzichten.

12. Wahlergebnisse 1919

12.1 Die Wahl zur Nationalversammlung 1919

Das Votum für die Weimarer Koalition, das »Bündnis« von SPD, DDP und Zentrum in der Deutschen Nationalversammlung, fiel in Hamburg überwältigend aus. Sie errang in der Stadt Hamburg in 311 von 321 Wahllokalen eine absolute Mehrheit. Diese Dominanz war 1919 nicht so ungewöhnlich für Großstädte im evangelischen Norden, denn in Altona und Kiel fielen die Ergebnisse in den Stimmbezirken ähnlich aus.⁸³ Nur in drei Hamburger Wahllokalen waren die DVP und DNVP zusammen stärker als alle anderen Parteien; diese drei lagen in den östlichen bürgerlichen Wohngebieten von Hohenfelde, Uhlenhorst und Eilbeck.⁸⁴

Für die Nationalversammlung ergibt sich flächendeckend ein Sieg der SPD, die fast die absolute Mehrheit aller Wahllokale eroberte. Ihre Hochburgen lagen im Südosten der Stadt, in den Stadtteilen Billwerder-Ausschlag, Billbrook, Horn, der Veddel sowie in Barmbek und Langenhorn.⁸⁵ Dagegen dominierten die bürgerlichen Parteien zusammen gezählt nur ungefähr ein Viertel der Stimmbezirke. Und nur der DVP gelang es in einem Stimmbezirk, für sich eine absolute Mehrheit zu erreichen. Die SPD profitierte dabei von der Mobilisierung ihrer Wählerschaft: Sie ist die einzige Partei, bei

83 Altona, mangels Angaben zur Anzahl der Wahlberechtigten in den Wahllokalen in gültigen Stimmen: in 2 von 101 Stimmbezirken (Sbz.) keine Mehrheit für SPD, DDP und Zentrum. In Kiel, in Prozent der Wahlberechtigten: in 11 von 128 Sbz. (ohne Militärstimmbezirke), keine Mehrheit.

84 Sbz. 244 (Hohenfelde): 44,5 % DVP, 7,6 % DNVP; Sbz. 228 (Uhlenhorst): 50,5 % DVP, 4,5 % DNVP; Sbz. 251 (Eilbeck): 45,9 % DVP, 11,5 % DNVP.

85 Die Ergebnisse in den Stadtteilen (Anteil der absoluten Mehrheiten in den Sbz./Gesamtzahl der Sbz.): Billwärder (16 von 16), Langenhorn (2 von 2). Barmbeck (32 von 39), Neustadt (14 von 22) Eimsbüttel (20 von 38).

der ein statistischer Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und ihrem eigenen Stimmenanstieg nachweisbar ist.⁸⁶

12.2 Die Bürgerschaftswahl 1919

Zwei Monate später, bei den Bürgerschaftswahlen am 16. März 1919,⁸⁷ kämpften die bisherigen Wahlsieger mit mehreren Problemen. So vermehrten sich die Anzeichen für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Hamburg aufgrund der Versailler Friedensverhandlungen; eine Streikwelle trug zur Verschlimmerung der Situation bei. Zudem blieben auch den Wahlberechtigten die Entscheidungen und Diskussionen in der Nationalversammlung nicht verborgen, und es setzte eine gewisse Wahlmüdigkeit ein. Außerdem traten bei den Bürgerschaftswahlen nun 21 Listen an, da ein Teil der Wirtschaftsverbände versuchte, mit Einzellisten für bestimmte Berufsgruppen quasi eine ständische Vertretung im Landesparlament durchzusetzen. Die gemeinsame Parole dieses Hamburgischen Wirtschaftsverbandes (HWB) lautete: »Wir wollen Brot statt Politik« oder auch: »Wirtschaft über Politik ist unsere Lösung«.⁸⁸ Das damit zum Ausdruck gebrachte vordemokratische Politikverständnis wollten nicht einmal mehr die Deutschnationalen und die rechten Liberalen in Hamburg offiziell teilen.

Das Ergebnis fiel ähnlich wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung aus. Die SPD errang eine absolute Mehrheit der Mandate, die sie in eine gemeinsame Regierung mit den Liberalen einbrachte. Doch mussten die Liberalen, gefolgt von der SPD und den rechten Liberalen der DVP, Stimmverluste hinnehmen, und die Wahlbeteiligung sank um fast zehn Prozentpunkte.

Für die beiden liberalen Parteien liegt die Vermutung nahe, dass ihre Verluste einerseits auf das Konto der Nichtwählerschaft gingen, andererseits dem Hamburgischen Wirtschaftsverband zugutekamen. Die SPD dürfte Verluste zugunsten der Nichtwählerschaft eingefahren und Stimmern an die USPD verloren haben. Das ist als Indiz dafür zu werten, dass die SPD ihre Dominanz auf der kleinräumlichen Ebene, den Stimmbezirken, verlor. Sie erreichte nur noch in einem Drittel aller Wahllokale eine eigenständige absolute Mehrheit und in der Hälfte aller Wahllokale lediglich zusammen mit den Linken der USPD eine Mehrheit. Auch die bürgerlichen Parteien mussten leichte Verluste hinnehmen; sie errangen nur noch in einem Fünftel der Wahllokale gemeinsam die absolute Mehrheit, 1919 war dies noch in einem Viertel der Wahllokale der Fall. Die höhere Wahlenthaltung bei der Bürgerschaftswahl verschob also die Machtverhältnisse in Hamburg, ohne dass die politischen Parteien dies schon so deutlich wahrnahmen, wie es die wahlstatistische Analyse offenlegt.

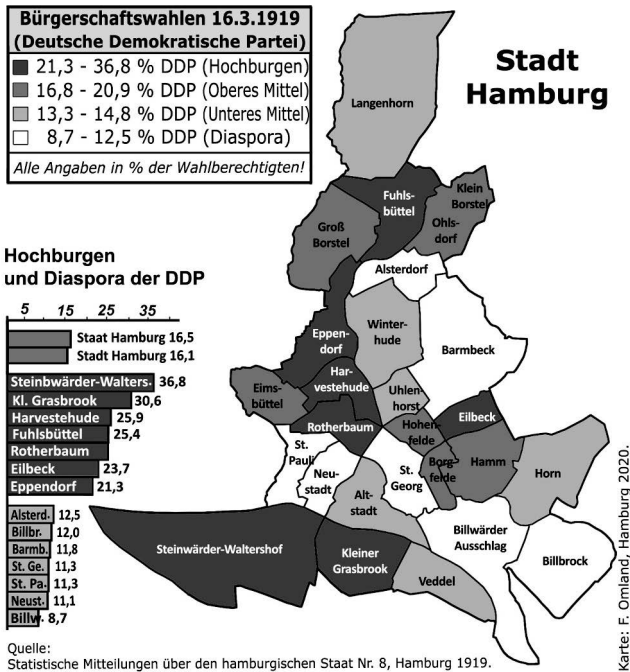
Die Karten (Abb. 7 und 8) zeigen die Hochburgen-Verteilung der rechten und linken Liberalen auf Stadtteil-Ebene; je dunkler die Farbe, desto besser das Ergebnis der Parteien. Der Vergleich zeigt: Die DDP dominierte weiterhin gegenüber ihrer stärksten Konkurrenz, der DVP, die selbst in ihren Hochburgen wie etwa Harvestehude und

86 F. Omland, Wahlen und Wählerwanderungen, S. 65-71.

87 Vgl. U. Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 21-40.

88 HN, Abendausgabe vom 6.3.1919, Anzeige. Abbildung in U. Büttner (1994): Politischer Neubeginn, S. 35.

Abbildung 7: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919. Die Wahlergebnisse der DDP (Stadt Hamburg/Stadtteile)



Hohenfelde nicht an der DDP vorbeiziehen konnte.⁸⁹ Doch schon im März 1919 deuten sich Entwicklungen an, die sich bis Juni 1920 verstärken sollten. Schaut man sich die 50 Stimmbezirke an, in denen alle bürgerlichen Parteien zusammengezählt die Arbeiterparteien dominierten, ergibt sich folgendes Bild: Hier ist die DDP zwar stärkste Partei, doch DNVP, DVP und der HWB haben zusammen schon mehr Stimmen als diese. Auf der Ebene der Stadtteile wird diese Tendenz noch deutlicher: In den Hochburgen in Uhlenhorst sind die rechten Liberalen tonangebend, ähnlich sieht es in Hohenfelde aus; in Harvestehude liegen sie Kopf-an-Kopf. In den 50 Stimmbezirken hatte die DDP den Kampf um die Mehrheiten im bürgerlichen Lager schon verloren und für die Reichstagswahlen im Juni 1920 sollte sich diese Tendenz fortsetzen.

12.3 Die Reichstagswahl 1920

Die erste Reichstagswahl fand am 6. Juni 1920 statt. Sie war ein Plebiszit über die neue deutsche Verfassung und über die Gesetzgebung der Nationalversammlung, an der Spitze die Gesetzgebung zu den Finanz- und Steuerreformen. Die Wahl fand vor dem Hintergrund des rechten Kapp-Lüttwitz-Putschversuches vom März 1920 und der

89 Stadtteilauswertung DDP/DVP, Harvestehude 25,9/20,6; Hohenfelde 20,3/17,5; (Billwälder 14,0/14,4; SPD: 38,5).

Abbildung 8: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919. Die Wahlergebnisse der DVP (Stadt Hamburg/Stadtteile)



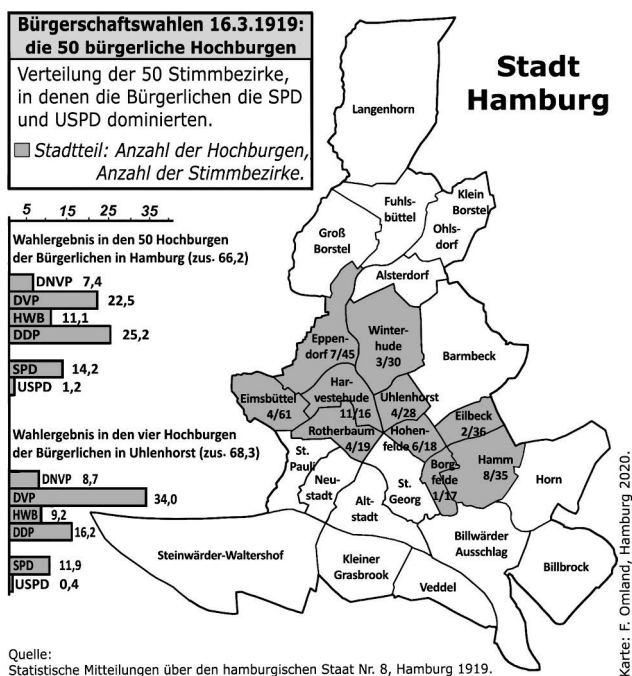
parteilichen Forderungen nach einem frühen Termin für die Reichstagswahl statt. Die Übergabe der Friedensbedingungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges Ende April 1920, die Abtretung von Nordschleswig an Dänemark im Zuge einer Volksabstimmung, die Bekämpfung einer kommunistischen Bewegung im Ruhrgebiet durch den Einmarsch der Reichswehr sowie die darauf folgende Besetzung des Gebietes durch Frankreich bestimmten den Wahlkampf im Juni 1920 entscheidend mit.⁹⁰ Wahlsieger waren die rechten Parteien sowie die linkssozialistische USPD, Wahlverlierer die Parteien der Weimarer Koalition.

In Hamburg führte der Zeitdruck für die Erstellung der Wählerlisten dazu, dass das Statistische Landesamt die Wählerlisten nicht von den 70.000 der statistisch erfassten Fortgezogenen und den verzeichneten 9000 Todesfällen hatte bereinigen können, weshalb es den Wahllokalen 54.000 Wahlberechtigte zuviel zuordnete.⁹¹ Das hatte Auswirkungen auf das offizielle Wahlergebnis, denn die Wahlbeteiligung wurde niedriger

90 Vgl. zum Wahlkampf 1920: Lau, Dirk: Wahlkämpfe in der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Baden-Baden 2018, S. 42-47. Zur Chronologie vgl. Schulz, Gerhard (Hg.): Weimarer Republik – Eine Nation im Umbruch, Freiburg/Würzburg 1987, S. 176-181.

91 Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 10. Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis (Hamburg). Hamburg 1920, Vorwort S. 2.

Abbildung 9: Bürgerschaftswahl 16.3.1919. Die bürgerlichen Hochburgen in der Stadt Hamburg (Stadtteile)

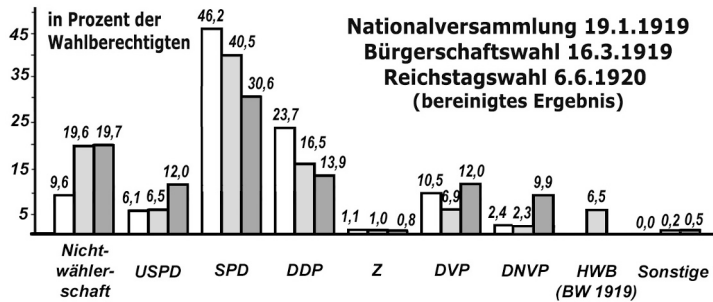


berechnet, als dies tatsächlich der Fall war. So wies die offizielle Statistik 25,5 % Nichtwähler:innen aus, während sich – bereinigt um die genannten 54.000 Wahlberechtigten – nur ein leichter Anstieg von 19,4 % auf 19,7 % ergeben hatte. Zwar verschoben sich die Verhältnisse der Parteien untereinander nicht, wie das hier darum bereinigte Endergebnis im Vergleich zeigt, doch auch in Hamburg kannte die Reichstagswahl 1920 klare Sieger und Verlierer: die Deutschnationalen, die Volkspartei (DVP) und die Unabhängigen Sozialdemokraten auf der einen, die Sozialdemokraten und die Liberalen auf der anderen Seite. Die Wahlenthaltung lag ungefähr auf dem Niveau vom März 1919.

Doch wie hoch fiel die Verschiebung in Richtung des rechten bürgerlichen Lagers tatsächlich aus? Dies lässt sich auf der Mikroebene der Stimmbezirke sehr gut ablesen, denn die Wahlniederlage der SPD spiegelt sich hier deutlich wider: Nur noch in elf Stimmbezirken erhielt sie die absolute Mehrheit der Stimmen der Wahlberechtigten. Und nur zusammen mit der Konkurrenz aus der USPD erreichten beide Arbeiterparteien in knapp 1/3 der Wahllokale eine absolute Mehrheit. Ähnlich sah es für die Weimarer Koalition aus Liberalen, Zentrum und SPD aus.⁹² Die offensichtliche Verschiebung der

92 Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, 566 Stimmbezirke, davon absolute Mehrheiten in Prozent der Wahlberechtigten: SPD 11, SPD + USPD zusammen 187, Bürgerliche zusammen (DNVP, DVP, DDP u.a.) 125.

Abbildung 10: Wahlen 1919 und 1920: Vergleich der Stimmergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten



SPD-Dominanz in den Wahllokalen zugunsten der Linkssozialisten lässt sich flächendeckend belegen: Die Verluste der SPD standen in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zu den Gewinnen der USPD, wobei die SPD nichtsdestotrotz weiterhin von allen Parteien die höchste Wählermobilisierung im eigenen Lager aufwies. Für das bürgerliche Lager ergab sich in knapp einem Viertel der Wahllokale eine absolute Mehrheit, wobei das Stimmengewicht sich deutlich in Richtung der rechten Parteien verschob. Die Volksparteiler und die Deutschnationalen gewannen die Wahlen, weil die Linksliberalen Stimmen verloren (und der Hamburgische Wirtschaftsbund nicht antrat).

Abschließend seien noch die Ergebnisse der Schätzungen zu den Wählerwanderungen von März 1919 auf Juni 1920 eingefügt, die mit Hilfe des Logit-Modells des dänischen Wahlforschers Sören Thomsen berechnet worden sind. Es handelt sich um ein mathematisches Modell, das die Übergangswahrscheinlichkeiten von Parteien zu Parteien berechnet und so die Verschiebungen im Wahlverhalten anschaulich macht.⁹³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Liberalen zugunsten der DVP und DNVP Stimmen verloren, unter den Bürgerlichen die Deutschnationalen die größte Wahlabstinenz aufwiesen und die ehemalige Wählerschaft des HWB sich mehrheitlich für die rechten Parteien entschied. Auf Seiten der Sozialdemokratie gab es Verluste zugunsten der USPD, bei der USPD war es umgekehrt. Mehr als jede zehnte SPD-Stimme entfiel auf das Lager der Nichtwähler:innen. Dass auch die USPD von 1919 auf 1920 einen Stimmenrückgang verzeichnete, könnte auf eine Unzufriedenheit mit dem Thälmann-Kurs in Hamburg hindeuten. Die KPD spielte 1920 in Hamburg dagegen noch keine Rolle. Zudem fallen die Haltequoten, also der Anteil derjenigen, die von einer Wahl zur nächsten der Partei wieder ihre Stimme gaben, bei allen Parteien mit 35 bis 66 Prozent von 1919 auf 1920 bemerkenswert schwach aus. Als wichtigstes Ergebnis aber kristallisiert sich heraus, dass keine nennenswerten Wähler:innenwanderungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Arbeiterparteien zu verzeichnen sind. Da sich diese Tendenzen auch für Altona und Lübeck belegen lassen, liegt die Vermutung nahe, dass sich

93 Zu der Debatte um diese Modelle vgl. F. Omland (2019): Wahlen und Wählerwanderungen, S. 59–61.

Tabelle 6: Stadt Hamburg, 322 Gebiete (Bürgerschaftswahl 16.3.1919 auf Reichstagswahl 6.6.1920). Geschätzte Wählerwanderungen der Parteien (X = übrige Parteien)

Stadt Hamburg (Bürgerschaftswahl 16.3.1919 auf Reichstagswahl 6.6.1920) Geschätzte Wählerwanderung der Parteien (in Prozent; Zeilen)									
	DNVP 1920	DVP 1920	DDP 1920	SPD 1920	USP 1920	KPD 1920	X 1920	NW 1920	Gesamt
DNVP 1919	35	25	12	0	0	2	1	25	100
DVP 1919	32	60	4	0	0	0	0	4	100
DDP 1919	20	18	60	0	0	0	0	2	100
HWB 1919	29	35	10	0	0	2	1	24	101*
SPD 1919	0	0	2	66	19	1	1	11	100
USPD 1919	0	0	1	18	52	1	1	27	100
X 1919	7	6	10	2	1	4	8	62	100
NW 1919	4	4	6	1	0	3	2	80	100

Rundungsbedingt über 100. Lesebeispiel: Von allen Wahlberechtigten, die bei der Bürgerschaftswahl 1919 für die DVP gestimmt hatten, stimmten 1920 knapp 1/3 für die Deutschnationalen und 60 % wieder für die DVP. Auf Seiten der SPD stimmten 2/3 wieder für diese, fast jede fünfte Stimme entfiel auf die USPD und mehr als 10 % enthielten sich der Stimme.

darin ähnliche Entscheidungsmuster im Verhalten der Wahlberechtigten in den evangelisch geprägten Großstädten widerspiegeln.⁹⁴

13. Das Stimmverhalten der Soldaten

Die politischen Positionen unter den Soldaten werden in der Regel aus den Wahlergebnissen zum Ersten Reichsrätekongress abgeleitet. Dieser tagte im Dezember 1918 in Berlin und die überwältigende Mehrheit der gewählten Delegierten vertraten die SPD.⁹⁵ Interessanter sind dagegen die Wahlergebnisse in den Kasernen und in den Militärstimmbezirken. In Hamburg gingen die Soldaten zumeist schon in ihren Wohnbezirken wählen, so dass hier sowohl die Altonaer Ergebnisse als auch die aus Kiel und Oberbayern zum Vergleich herangezogen werden können. Da für Altona keine Angaben über die Anzahl der Wahlberechtigten vorliegen, seien hier aus Vergleichsgründen auch die Ergebnisse jeweils in abgegebenen gültigen Stimmen, d.h. ohne Berücksichtigung der Soldaten, die nicht zur Wahl gegangen sind, dargelegt.⁹⁶ In Hamburg und

94 Vgl. dazu F. Omland[Jahr], Wahlen und Wählerwanderungen, S. 87. Für Kiel erschweren fehlende Wahlberechtigten-Ziffern und die sehr starke Veränderungen der Stimmbezirksgrenzen eindeutige Aussagen.

95 Roß, Sabine: Biographisches Handbuch der Reichsrätekongresse 1918/19, Düsseldorf 2000, S. 65f. (Militärverhältnisse: 31 % im WK I gewesen); dieselbe, S. 82f.: 65,3 bzw. 56,0 für MSPD. 20,7/21,4 für USPD.

96 Die Stimmenergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten lauteten: Hamburg/Kiel (USPD: 4,1/6,6; SPD: 39,0/16,2; DDP 13,3/8,8; DVP 5,1/2,4; DNVP 0,3/2,2; Z 1,1/1,6; NW 37,0/62,3), Oberbayern (USP 3,7; SPD 38,5; DDVP 2,0; BdBO 5,5; BVP 2,8; Sonstige 0,6; NW 46,2).

Altona wählten die Soldaten zumeist die SPD, gefolgt von den Liberalen, während die USP, DNVP und DVP abgeschlagen auf den weiteren Plätzen folgten. Letztere sind vielleicht von der eher bürgerlichen Militärverwaltung bzw. den Berufsoffizieren gewählt worden.

Tabelle 7: Wahlen zur Nationalversammlung 19.1.1919: Wen wählten die Soldaten in den Kasernen/Militärstimmbezirken? (in Prozent der Wahlberechtigten/in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)

Wahlen zur Nationalversammlung, 19. Januar 1919 Wen wählten die Soldaten in den Kasernen und Militärstimmbezirken? (in Prozent der Wahlberechtigten / in abgegebenen gültigen Stimmen)									
	DNVP 1919	DVP 1919	DDP 1919	SPD 1919	USP 1919	Z 1919	X 1919	NW 1919	Abs. 1919
Hamburg	0,3	5,1	13,3	39,0	4,1	1,1	-	37,0	397
Kiel	2,2	2,4	8,8	16,2	6,6	1,6	-	62,3	7.726
Altona	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	3.562
Oberbayern	5,5	-	2,0	38,5	3,7	2,8	0,6	46,2	12.589
	DNVP 1919	DVP 1919	DDP 1919	SPD 1919	USP 1919	Z 1919	X 1919	AS 1919	Abs. 1919
Hamburg	0,5	8,1	21,2	62,0	6,6	1,8	-	63,0	397
Kiel	5,7	6,5	23,3	42,9	17,4	4,3	-	37,7	7.726
Altona	3,0	5,1	21,2	61,3	7,8	1,2	-	k.A.	3.562
Oberbayern	10,3*	*	3,8*	72,5	7,0	5,3*	1,1	53,8	12.589

Hinweis: in Oberbayern traten weder DNVP, DVP noch DDP bzw. Z (Zentrum) an, stattdessen waren es der Bund der Berufsoffiziere, die DDVP (als gemeinsame Liste von DVP und DDP) sowie die BVP anstelle des Z.

Vergleicht man diese Resultate mit Zahlen aus der Stadt der Novemberrevolution, Kiel und den bayerischen Kasernen und Lazaretten, so sind die Ergebnisse zu differenzieren: So erlangte die in Oberbayern auftretende Liste der Berufsoffiziere 10 % der gültigen Stimmen, während unter den Marinesoldaten in Kiel die Zustimmung für die USPD deutlich über dem Niveau der Heeresangehörigen Altonas, Hamburgs und Oberbayerns liegt.

Die große Masse der Soldaten aber fehlte an der Wahlurne. Es ist davon auszugehen, dass sich ein Großteil der Soldaten während der Wahlen auf der Reise zu ihrem Heimatort befanden, oder alternativ versuchten, irgendwo außerhalb der Kasernen wählen zu gehen. Die niedrige Wahlbeteiligung der jungen Männer bis 25 Jahren lässt sich wahrscheinlich auf diese Zusammenhänge zurückführen. Zusammenfassend ergibt sich das Bild, dass die Angehörige von Heer und Marine den Kurs der SPD unterstützten und eine kleine, radikalere Minderheit in der Marine überdurchschnittlich häufiger der USPD ihre Stimme gab. Diese Zahlen unterstützen jene Meinung, die davon ausgeht, dass es im Januar 1919 unter den Soldaten reichsweit eine Mehrheit für den Kurs der SPD und den Aufbau einer repräsentativen Demokratie gab; und dass gleich-

zeitig eine Minderheit, insbesondere unter den Marineangehörigen, das Staatsmodell der USPD, also ein Rätemodell, bevorzugte.

14. Das Abstimmungsverhalten der weiblichen Wahlberechtigten

Anlässlich des 100. Jahrestages des Frauenwahlrechts erinnerten Öffentlichkeit und Historiker:innen daran, dass Frauen im Januar 1919 zum ersten Male in Deutschland das Wahlrecht ausübten. Lars-Broder Keil und Sven Kellerhoff heben hervor, dass die nach Geschlechtern ausgezählten Wahlergebnisse vielen Erwartungen zuwiderliefen: »Wahrscheinlich ist auch, dass die Ergebnisse aus den sehr katholischen Stimmbezirken Köln, Bruchsal, Waldkirch und Haslach sowie dem protestantisch geprägten Neustadt in Holstein zumindest dem Trend nach für das ganze Reich galten. Demnach erzielte das katholische Zentrum bei Frauen höhere Ergebnisse als bei den Männern. [...] Umgekehrt stimmten Frauen deutlich seltener für die SPD als Männer. Bei aller gebotenen Vorsicht kann man annehmen, dass ohne Frauenwahlrecht wohl die SPD und ihre linke Abspaltung USPD eine absolute Mehrheit in der Nationalversammlung bekommen hätten.«⁹⁷ Im Ausstellungskatalog »Damenwahl. 100 Jahre Frauenwahlrecht« finden sich bei Julia Paulus ähnliche Aussagen: »Bei der Wahl zur Nationalversammlung entschied sich doch die Mehrheit der weiblichen Wähler – wie vor allem später bei den folgenden Reichs- und Landtagswahlen durch Sonderzählungen festgestellt wurde – entgegen der Hoffnung der langjährigen Befürworterinnen des Frauenstimmrechts vornehmlich für konservative, der politischen Partizipation von Frauen gegenüber eher skeptisch eingestellten Parteien. Danach erzielten das katholische Zentrum und die protestantisch-konservative Deutschnationale Volkspartei bei Frauen höhere Ergebnisse als bei den Männern; umgekehrt stimmten Bürgerinnen deutlich seltener für die SPD als Männer.«⁹⁸

Die o.g. Annahmen beruhen meines Erachtens einerseits auf der Übertragung von Ergebnissen aus geschlechterdifferenzierten Auszählungen späterer Wahlen auf das weibliche Wahlverhalten im Jahr 1919; andererseits auf der unzutreffenden »Analyse« der wenigen Daten, die für 1919 überliefert worden sind. Nicht selten wird auf Quellenangaben völlig verzichtet.⁹⁹

Die erste Fehlerquelle entsteht aus den sachlich nicht gerechtfertigten Rückschlüssen anhand 1. der nach Geschlechtern getrennten Auszählungen von 1919 in einigen wenigen Städten des Deutschen Reich und 2. der Übertragung einer nicht repräsentativen Stichprobe zur Reichstagswahl 1920 ex post auf die Ergebnisse der ersten demokrati-

97 Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven Felix: Stimmzettel. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, in: dbbmagazin. November 2018, S. 1; Keil, Lars-Broder/Kellerhoff, Sven Felix: Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie, Darmstadt 2018, S. 128. (Beide Aussagen jeweils ohne Quellenangabe).

98 Paulus, Julia: »Die Parteien und die Frauen«, in: Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht. Herausgegeben von Dorothee Linnemann, Frankfurt 2018, S. 161.

99 Keil/Kellerhoff (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht, S. 128. (Ohne Quellenangabe).

schen Wahlen von 1919.¹⁰⁰ Doch halten diese Daten einer genaueren Überprüfung für die Behauptungen zum Frauenwahlverhalten stand? Schon die zeitgenössischen Kommentierungen in den Zeitungen fallen 1919 durchaus unterschiedlich aus. Für den überwiegend protestantisch geprägten Norden Deutschlands bezweifelte schon im Juli 1919 Franz Mataré diese Behauptungen.¹⁰¹ In einer kurzen Analyse, die 29 Wahlkreise mit knapp 14 Millionen Wahlberechtigten einbezog, konstatierte er bei der Stimmenverschiebung vom Kaiserreich zur Weimarer Republik Verluste der Konservativen und der beiden liberalen Parteien sowie Zugewinne der Arbeiterparteien ebenso wie die Stabilität des katholischen Zentrums.¹⁰² Für das Wahlverhalten der Frauen kam er zu dem Schluss: »in dem überwiegend katholischen West- und Süddeutschland nahmen verhältnismäßig wenig, in dem überwiegend protestantischen Norddeutschland auffallend viel Frauen an der Wahl teil.«¹⁰³ In einem weiteren Schritt formulierte er die Hypothese, dass aufgrund der deutlich höheren Wahlbeteiligung in einer sozialistischen und liberalen Hochburg (Wahlkreis 29, Leipzig) und einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung im katholisch geprägten Wahlkreis 20 (Cöln-Aachen) von einer vermehrten Stimmenabgabe von Frauen für USPD, SPD und DDP auszugehen wäre.¹⁰⁴ Die methodischen Schritte von Mataré sind alle nachvollziehbar, doch ob seine Kernaussagen repräsentativ für weibliches Wahlverhalten in den evangelischen Gebieten sind, muss mangels weiterer Quellenbelege zunächst offen bleiben.

Welche Daten stehen uns zur Überprüfung der Frage nach dem Wahlverhalten der Frauen zur Verfügung? Legen wir die reichsweite Statistik zugrunde, ist festzustellen, dass auch hier die Ergebnisse mit Fragen zu versehen sind, da hier für drei Wahlkreise (Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Thüringen) die Angaben zu den Wahlberechtigten fehlen. Ohne diese einzubeziehen, ergibt sich ein Verhältnis von 17,7 Millionen Frauen zu 15 Millionen Männern (Deutsches Reich: 54 % Frauen/46 % Männer; Hamburg 55 % zu 45 %). Es müssen jedoch der Vollständigkeit halber schätzungsweise weitere 3 bis 4 Millionen Wahlberechtigte für die drei obigen Wahlkreise hinzugezählt werden, wobei über den dortigen zahlenmäßigen Anteil der Männer und Frauen keine Aussagen ge-

100 In der Regel beziehen sich die Autorinnen und Autoren auf die Veröffentlichung von Bremme, Gabriele: *Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament*. Göttingen 1956. Zu den späteren Wahlergebnissen, die als Vergleichsfolie herangezogen wurden, vgl. Hartwig, [nomennescio]: *Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen*, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*. Hg. von Zahn, Friedrich, 17. Band, Jena 1928, S. 497-512; *Wirtschaft und Statistik*, hg. vom Statistischen Reichsamt, Jahrgang 1, Nr. 1, Januar 1921, Berlin 1921, S. 150-151 (*Wie Frauen wählen*); *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 1, Nr. 5, Mai 1921, Berlin 1921, S. 200 (*Der Anteil der weiblichen und männlichen Wähler*).

101 Mataré, Franz: »Statistik der Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919«. In: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 113. Band, III. Folge, 58. Band. Erstes Heft, Jena, Juli 1919, S. 346-358.

102 Ebd., S. 354. [Aus heutiger Sicht eher befremdlich sind die Bewertungen und Zuschreibungen von Mentalitäten der Bewohner:innen des Deutschen Reiches, FO].

103 Ebd., S. 351.

104 Ebd., S. 356-357.

macht werden können.¹⁰⁵ Im Deutschen Reich waren 1919 also mehr als 32,7 Millionen Menschen wahlberechtigt, vermutlich 36 bis 37 Millionen Menschen; was bei einem Verhältnis von circa 54 % Frauen und 46 % Männern ungefähr einer Zahl von 19,4 bis 20,0 Millionen wahlberechtigter Frauen entspricht. Insgesamt können wir für knapp 33 Millionen Menschen die altersdifferenzierte Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen unterscheiden. Dagegen waren 1919 geschlechtergetrennte Auszählungen der Wahlergebnisse die absolute Ausnahme: Die Aussagen zum Wahlverhalten der Geschlechter beruhen auf Auswertungen der folgenden Gebiete bei den Wahlen zur Nationalversammlung für den 19.1.1919: Neustadt in Holstein (2700 Wahlberechtigte = WB, evangelisch geprägtes Gebiet); Köln (447.000 WB, katholisch geprägt); Bruchsal in Württemberg (9000 WB, kath.); Ansbach (12.000 WB, kath.) und Regensburg in Bayern (29.000 WB, kath.). Hinzu kommen noch 104 Stimmbezirke aus 31 Gemeinden in Bayern, bei denen zur Landtagswahl am 12.1.1919 geschlechtergetrennte Auszählungen stattfanden (155.500 WB, kath.). In der Summe sind dies 2700 evangelische und 497.000 bis 611.500 katholische Wahlberechtigte. Die Ergebnisse für Ansbach und Regensburg wurden jeweils bei beiden Wahlen ausgezählt.¹⁰⁶

Natürlich sind die Ergebnisse für die jeweiligen Gebiete und Gemeinden repräsentativ, doch lassen sich diese weder qualitativ noch quantitativ auf die gesamte Wahlbevölkerung übertragen, schon gar nicht auf die Gebiete mit überwiegend evangelischer Bevölkerung. Aus Platzgründen kann an dieser Stelle nicht vertiefend auf die Probleme in der Übertragung auf die Ergebnisse in den nicht-repräsentativen katholischen Gebieten eingegangen werden. Modellrechnungen aufgrund des gut überlieferten Datensatzes zur bayerischen Landtagswahl am 12.1.1919, der 3,91 % der dortigen Wahlberechtigten umfasste, kommen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der weiblichen Stimmen bei der Übertragung auf Bayern insgesamt überschätzt, die Ergebnisse für die USPD, die rechten Liberalen und den Bayerischen Bauernbund, bezogen auf das Geschlechter-Wahlverhalten, stark unterschätzt, die für die SPD, die Liberalen und die Bayerische Volkspartei dagegen überschätzt würden. Anders ausgedrückt: Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ und erklären nicht das Wahlverhalten der Geschlechter in Bayern bei der Landtagswahl 1919.¹⁰⁷ Meines Erachtens bestehen also begründete

105 Vgl. Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 28. Jg., 1919, Erstes Ergänzungsheft. Die Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, Berlin 1919, S. 18-19 und S. 24-25. Die geschlechtergetrennte Auszählung der Wahlbeteiligung (nicht: des Wahlverhaltens!) erfasste 32,7 Millionen Wahlberechtigte in 33 Wahlkreisen (einschl. einer Auszählung im Wahlkreis Posen für den ansonsten aber die Anzahl der Wahlberechtigten nicht vorliegt), die Gesamtstatistik 34,05 Millionen. Für die fehlenden drei Wahlkreise liegen unterschiedliche Schätzungen vor (Schleswig-Holstein, Thüringen und Ostpreußen bzw. die Gesamtziffer für Posen). Für Schleswig-Holstein gehe ich derzeit von etwa 1 Million Wahlberechtigten aus.

106 Zu den Zahlen vgl. Bremme (1956): Die politische Rolle der Frau in Deutschland, S. 231-239, und Hartwig (1928): Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen; S. 497-512. Dirk Hänisch, Bonn, verdanke ich den Hinweis, dass auch für Oberhausen und Wiesbaden Ergebnisse vorliegen; vgl. ders., schriftliche Mitteilung an den Autor vom 25.7.2021.

107 Eigene Berechnungen nach Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts. 51. Jg., München 1919, S. 874-883, S. 890-898 sowie die allgemeinen Übersichten S. 603-610. Verhältnis der Gesamtbevölkerung: Auf je 100 Männer gab es 103,8 Frauen bzw. auf je 100 Frauen 96,3 Männer. Verhältnis

Zweifel, dass die Ergebnisse der Auszählungen nach Geschlechtern im Jahr 1919 überhaupt auf die katholischen Gebiete übertragbar sind. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn sich die historische Wahlforschung dieser Thematik einmal vertiefender widmen würde.¹⁰⁸

Noch absurder ist es, das Neustädter Ergebnis einer Kleinstadt in Holstein mit 2700 Wahlberechtigten, als Gradmesser für evangelische Gebiete zu nehmen. Neustadt ist weder für den ländlichen Raum Schleswig-Holsteins repräsentativ, geschweige denn sind die Ergebnisse der Wahlen dort auf alle evangelischen Gebiete im Deutschen Reich übertragbar. Hier wurden insgesamt nur für vier Parteien Stimmen abgegeben, nämlich für die SPD, die DDP, DVP und für die DNVP. Das Zentrum, die SHBLD und die USPD gingen vollkommen leer aus. Dies lag an regionalen Besonderheiten; die USPD erhielt im gesamten Kreis Oldenburg i.H. keine einzige Stimme, das Zentrum insgesamt nur 10 Stimmen! Das Wahlverhalten in Neustadt reduziert sich quantitativ sogar auf Stimmen für drei Parteien, denn die DVP erhielt nur 16 Stimmen und lag damit unter einem Prozentpunkt.¹⁰⁹

Schon diese wenigen Ausführungen genügen, um zu verdeutlichen, dass die Ergebnisse für Neustadt weder in der Tendenz noch in der Repräsentativität auf die evangelischen Gebiete übertragen werden können, will man verfälschte Ergebnisse vermeiden.¹¹⁰

Eine weitere Quelle zum geschlechterdifferenzierten Wahlverhalten beruht auf einer kurzen Meldung des statistischen Reichsamtes von 1920. Anhand einer nicht genauer ausgeführten Teilauszählung in 18 Wahlkreisen (576.000 Wahlberechtigte) kam man zu dem Schluss, dass die abgegebenen weiblichen Stimmen in der Mehrheit dem katholischen Zentrum, dort DVP und der DNVP, galten, in weitaus geringerem Maße entfiel der Anteil der Stimmen auf KPD, SPD und die Liberalen.¹¹¹ Es ist nicht überliefert, auf welche Gemeinden sich dieser Datensatz bezieht, das Ergebnis lässt sich also

der Wahlberechtigten: Auf je 100 Männer gab es 116,2 Frauen bzw. auf je 100 Frauen je 86,9 Männer.

108 Dirk Hänisch, Bonn, erstellt aktuell einen sehr umfangreichen Gemeindedatensatz mit dem die Wahlen von 1912, 1919 und 1920 längsschnittlich miteinander verglichen werden können. Seiner Meinung nach dürften die erhaltenen geschlechterdifferenzierten Auszählungen der Tendenz nach für die katholischen Gebiete plausibel sein. (Schriftliche Mitteilung vom 25.7.2021).

109 Zur Wahlbeteiligung und der Stimmverteilung der Männer und Frauen vgl. Hartwig (1928): Wie die Frauen im Deutschen Reich von ihrem politischen Wahlrecht Gebrauch machen, S. 502 und 509. Bisher ausgewertete Zeitungsquellen widersprechen sich in der Wiedergabe der Ergebnisse der SPD. Im Stadtarchiv Neustadt lagen dazu keine Materialien vor. Die beiden Zeitungsquellen weichen um 90 Stimmen bei der SPD ab, eine rechnerisch sehr hohe Diskrepanz; zum Gesamtergebnis vgl. Landesarchiv Schleswig (LAS) 301/5407; Neustädter Tageblatt vom 20.1.1919 »Die Wahlen zur Nationalversammlung«, (838 SPD); Lübecker Volksbote vom 27.1.1919 »Wie haben die Frauen am 19. Januar gestimmt?« (Darin: 499 Stimmen der Männer und 429 Stimmen der Frauen für die SPD).

110 Zu Schleswig-Holstein vgl. Omland, Frank: »Wie ihr wählt, so wird regiert!«. Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919-1924«. In: Zeitschrift zur Schleswig-Holsteinischen Geschichte (Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte) 132 (2007), S. 133-176.

111 Wirtschaft und Statistik, hg. vom Statistischen Reichsamt, Jahrgang 1, Nr. 1, Januar 1921, Berlin 1921, S. 150-151 (Wie Frauen wählen). – Wirtschaft und Statistik, Jg. 1, Nr. 5, Mai 1921, Berlin 1921, S. 200 (Der Anteil der weiblichen und männlichen Wähler).

Tabelle 8: Ergebnisse der Wahlen in Neustadt/Holstein zur Nationalversammlung am 19.1.1919

Neustadt in Holstein Nationalversammlung 19.1.1919								
	AS	SPD	USPD	DDP	DVP	SHBLD	DNVP	Z
Männer	82,7	44,4	0,0	48,4	0,5	0,0	6,5	0,0
Frauen	81,2	35,2	0,0	54,1	0,9	0,0	9,5	0,0
Männer	k.A.	499	0	628	11	3	110	0
Frauen	k.A.	429	0	467	5	1	63	0
Gesamt	k.A.	928	0	1095	16	4	173	0

Legende: Spalte 1 und 2: in %; Spalte 3 und 4 in absoluten Zahlen

ebenfalls nicht überprüfen. Trotzdem werden die Aussagen in der Retrospektive sowohl von den Zeitgenossen als auch in der aktuellen Geschichtsforschung immer noch für die Interpretation des Verhaltens von Frauen bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 genutzt. Die vorgetragene kritische Analyse der Ergebnisse zeigt jedoch, dass eine solche Herangehensweise weder für das Deutsche Reich 1919 noch für Hamburg 1919 plausible und valide geschlechterdifferenzierte Ergebnisse hervorbringt. Im Gegenteil, wir können mit seinerzeitigen Wahlanalysen und Schlüssen über das Wahlverhalten von Frauen und Männern von 1920 die sehr guten Ergebnisse für die SPD und DDP 1919 nicht erklären. Wenn tatsächlich sehr viel mehr Frauen das Zentrum, die DVP und die DNVP gewählt haben, hätten die Wahlergebnisse deutlich zugunsten der letzten beiden Parteien und des Zentrums ausfallen müssen; dies ist aber nicht der Fall.¹¹²

Die bisherigen Aussagen und Schlüsse zum Wahlverhalten der Geschlechter beruhen sowohl für 1919 als auch für 1920 auf einer verschwindend kleinen Datenbasis. Sie beruhen auf der fälschlichen Annahme, die Wahlergebnisse aus katholischen Gebieten auf Gebiete mit überwiegend evangelischer Bevölkerung als übertragbar anzusehen. Doch diese verallgemeinerten Annahmen halten einer Überprüfung an den tatsächlichen Verhältnissen nicht stand.

Die Ergebnisse lassen für die ländlicheren Gebiete Schleswig-Holsteins eher den Schluss zu, dass Frauen 1919 ein deutlich anderes Wahlverhalten gezeigt haben als bei den nachfolgenden Urnengängen. Angesichts des vergleichsweise stärkeren Anteiles der Wählerinnen gegenüber den Wählern sind die sehr guten Wahlergebnisse für die SPD und DDP ein starkes Indiz dafür, dass deutlich mehr Frauen diese Parteien gewählt haben, als bislang behauptet. Auch für Hamburg spricht einiges dafür, dass es

¹¹² Eigene Berechnungen für das Deutsche Reich für alle Wahlkreise in denen die Wahlbeteiligung nach Geschlechtern überliefert worden ist bzw. dasselbe angewandt für die Hamburger Statistik.

hier ein ähnliches Verhalten der Frauen gegeben hat.¹¹³ Nach den Daten, die Karen Hagemann zur Frage des zeitgenössischen Streits um die Bewertung der Frauen und ihrer Wahlentscheidungen für Hamburg am Beispiel der SPD gesammelt hat, ergibt sich ein anderes Bild. Laut Hagemann behauptete die Parteispitze wiederholt, dass Frauen für die Wahlerfolge der christlich-konservativen Parteien verantwortlich seien und MSPD und USPD ohne das Frauenwahlrecht in der Nationalversammlung die Mehrheit habe erhalten können. Erst im Verlauf der 14 Jahre Weimarer Republik machten sich Sozialdemokratinnen daran, dieses Narrativ zu hinterfragen, die statistischen Quellen zu überprüfen und differenziertere, die Lebenswirklichkeit der Frauen einbeziehende Analysen zum weiblichen Stimmverhalten einzufordern. Hagemann kommt für die Zeit von 1919 bis 1933 zu dem plausiblen Schluss:

[A]uch im sozialdemokratischen Milieu war die politische Beeinflussung durch das Umfeld erheblich. Nicht nur die Parteigenoss[inn]en wählten selbstverständlich SPD, sondern meist auch deren nichtorganisierte Familienangehörige. Dies galt vor allem für die Ehefrauen sozialdemokratischer Arbeiter. Demgemäß entsprach in den großstädtischen Hochburgen der Arbeiterbewegung der Anteil der Frauenstimmen für die SPD annähernd der Männerstimmen bzw. übertraf ihn gar.¹¹⁴

Um diese Ergebnisse zu festigen, müssen sich zukünftige Forschungen gerade für die evangelischen Gebiete auf die Suche nach weiteren geschlechterdifferenzierten Datensätzen machen, denn ohne eine deutlich größere statistische Datenbasis sind plausible und valide Aussagen zum Wahlverhalten der Frauen im evangelischen Norden faktisch nur schwer bis gar nicht möglich.¹¹⁵

15. »Wie wählen wir am besten?«

Das eingangs erwähnte Vortragsthema von Bertha Wendt bei einer Wählerversammlung auf der Hamburger Veddel lässt sich zum einen als Bildungsangebot in der neuen

113 Die einzige größere Auszählung nach Geschlecht ist für die Bürgerschaftswahl am 26. Oktober 1924 auf der Ebene der Stadtteile überliefert. Das Verhältnis der Wahlberechtigten lag bei 52,9 % Frauen zu 47,1 % Männer. Von den Männern gingen 68,4 % zur Wahl, von den Frauen 62,6 %. Der SPD-Stimmanteil in Prozent der wahlberechtigten Frauen/Männer lag bei 80.730 bzw. 81.554 und in den folgenden Stadtteilen stimmten mehr Frauen als Männer für die SPD: Harvestehude (12,5/8,5), Eppendorf (22,0/21,5), Groß Borstel (18,7/18,2), Langenhorn (41,5/37,2), Klein Borstel (22,6/20,1; auch der einzige Stadtteil mit mehr Frauen- als Männerstimmen für die KPD: 4,3/3,6), Ohlsdorf (20,3/20,0), Winterhude (26,0/24,7), Barmbeck (30,0/29,2), Uhlenhorst (22,3/21,3), Hohenfelde (13,3/12,7), Borgfelde (25,0/24,6), Hamm (23,7/23,3). Eigene Berechnungen nach Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat Nr. 16, Hamburg 1924, S. 80–81.

114 Hagemann (1990): Frauenalltag und Männerpolitik, S. 552–560, das Zitat ebd., S. 560.

115 Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch arbeiten z. Zt. an einer Publikation, in der u.a. auch die geschlechterdifferenzierten Wahlergebnisse zur Nationalversammlung 1919 analysiert werden. Aktuell sind dort für Köln, Regensburg, Oberhausen, Gladbeck, Ansbach, Bruchsal, Neustadt i.H., Spandau und Wiesbaden nach Geschlechtern erfolgte Stimmauszählungen aufgenommen worden. Falter geht davon aus, dass diese der Tendenz nach die evangelischen und katholischen Gebiete widerspiegeln. Schriftliche Mitteilung an Verf. vom 13.11.2021.

Demokratie lesen, zum anderen als rhetorische Frage, denn natürlich ging es der Rednerin um Stimmen für die DDP.¹¹⁶ Tatsächlich scheinen sich die Hamburger Wahlberechtigten bei den nachfolgenden Wahlen eine ähnliche Frage gestellt und sich entsprechend entschieden zu haben: Die Enttäuschung über die außenpolitische Lage und die Regierungspolitik von DDP und SPD kostete beide Parteien 1920 ihre Mehrheit, und die Wähler:innen wandten sich den anderen Möglichkeiten auf dem Stimmzettel zu oder gingen nicht mehr an die Wahlurne. Interessanterweise beruht die Reaktion von Dr. Carl Petersen, einem der führenden Politiker der DDP in Hamburg und Vorsitzender der Partei auf Reichsebene, auf einer wenig ausgefeilten politischen Analyse der Wahlniederlage. Im Vorstand machte man organisatorische Schwächen, eine Vereinnahmung der Beamten durch die SPD und die Verbürgerlichung der SPD [und damit die Konkurrenz durch diese!] für die Niederlage verantwortlich.¹¹⁷ Das Protokoll des Vorstands vom 10. Juni 1920 vermerkt zu den Äußerungen von Petersen: »Auf die Gründe des Wahlresultats heute einzugehen und rückschauende Betrachtungen anzustellen, hält er nicht für zweckmäßig. Er hält es für absolut notwendig, daß dem Volke bis zum äußersten demonstriert wird, wie unsinnig der Ausfall der Wahlen ist.«¹¹⁸ Angesichts der Höhe der Niederlage und angesichts dieser Kritik, die sich auf die mangelnde Wahldisziplin bezieht, entsteht der Eindruck eines noch sehr wenig ausgeprägten Verständnisses hinsichtlich der Entscheidungsfreiheit der Wähler:innen. Aus Sicht vieler Wahlberechtigter war die Stimmabgabe für die DDP in dem Sinne »unsinniger« geworden, als sie sich von den anderen bürgerlichen Parteien eine effektivere politische Vertretung ihrer Interessen versprochen.

Für den anderen großen Wahlverlierer, die Hamburger SPD, markierte das Wahlergebnis 1920 den Verlust der bisherigen flächendeckenden Dominanz und Meinungsführerschaft in den Wahllokalen. Hier stellt sich die Frage, ob dies allein durch die reichsweiten Entwicklungen hervorgerufen wurde, oder nicht auch die Politik der SPD vor Ort dazu beigetragen hatte. So hatte die SPD-Führung in Hamburg 1919 trotz der erzielten absoluten Mehrheit entschieden, liberale und traditionelle bürgerliche Eliten an der Macht zu beteiligen. Der Verzicht auf das Amt des Ersten Bürgermeisters sowie auf wichtige Ämter im Senat, das ausdrücklich gesuchte Bündnis mit den liberalen Demokraten und den alten Herrschaftseliten entsprachen weder der eigenen klassenkämpferisch-antibürgerlichen Rhetorik noch den Erwartungen der Anhängerschaft. Es ist zu vermuten, dass bei einem größeren Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft sich Enttäuschung breitmachte und dies zu den vielen Wahlenthaltungen und dem Wechsel zur USPD beitrug. Es muss offenbleiben, ob bei einer Alleinregierung der SPD sich diese Wähler:innengruppen mehrheitlich weiter zur Partei bekannt hätten. Die These von Ursula Büttner, dass die tatsächliche Politik der SPD maßgeblich zur Stabilität der Verhältnisse in Hamburg in der Weimarer Republik beigetragen hat, ist zwar plausibel, bezieht aber die im obigen Sinne gestellte »Was wäre gewesen, wenn...«-Frage zu wenig in die Überlegungen ein. Die SPD erreichte – trotz eines Anstiegs der Anzahl

116 Anzeige der DDP im Hamburger Fremdenblatt (HF), Abendausgabe vom 4.1.1919.

117 Ebd., S. 130-131; Albertin (1980): Linksliberalismus, 12.6.1930: Sitzung des Vorstands, S. 131-132.

118 Albertin, (1980): Linksliberalismus, 10.6.1920: Sitzung des Vorstands, S. 130.

der Wahlberechtigten – nie wieder die Stimmanzahl von 1919. Ein Teil ihrer ehemaligen Wählerschaft hatte sich auf die Frage »Wie wählen wir am besten?« gerade gegen diese Stabilitäts-Regierungspolitik entschieden; offen bleibt allerdings, ob sie bei einer anderen Politik der SPD treu geblieben wäre.¹¹⁹

119 Vgl. Büttner, Ursula: Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 27-29 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band XVI); dies.: »Vertretung von Arbeiterinteressen im Volksstaat. Die Probleme der Hamburger SPD mit der Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik«, in: Lohalm, Uwe (Hg.): Arbeiterpartei und Großstadtpolitik. Zum Wandel der SPD in Hamburg im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 23-24.

**Dimension: Erfahrungen, Subjektivitäten,
Erinnerungskultur, Bilderwelten: Transformation
als Deutungsraum**

Zur medialen Performativität von Männlichkeit in Kino und Film in Deutschland 1918/19

Christiane König

1. Einleitung

Gleich eingangs möchte ich erwähnen, dass mein Beitrag nicht speziell für die Region Hamburg gilt. Über die lokale Kinogeschichte Hamburgs haben bereits andere intensiver und besser gearbeitet.¹ In diesem Artikel geht es darum, die soziokulturellen, technischen, ästhetischen und narrativen Aspekte des Kino-Dispositivs in Deutschland im Jahr des politischen Umbruchs 18/19 grob darzustellen, um seine Ermöglichungsleistungen speziell bezüglich männlicher Körperlichkeit, Subjektivität, Geschlechteridentität und Begehren im Medium Film zu erläutern. Dies wird Inhalt des ersten Abschnitts sein. Im zweiten Abschnitt werde ich dessen Effekte an einem Filmbeispiel genauer darlegen. Meine These bezüglich des Kino-Dispositivs lautet, dass es sich diskursiv, technisch, ästhetisch und narrativ zum Jahreswechsel 18/19 nicht merklich veränderte. Von einem Umbruch, wie er im Bereich des Politischen erfolgte, kann also zunächst keine Rede sein. Ich werde im Folgenden erst einmal die medienepistemologischen sowie -historischen Bedingungen für das Kino und den Film in Deutschland umreißen.

1 Dazu zählen insbesondere die seit 1996 vom Film- und Fernsehmuseum Hamburg e. V. herausgegebene Zeitschrift *Hamburger Flimmern*. Weiterführend vgl. Bock, Hans-M. (Hg.): *Gesellschaft* (1907): Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg: Bericht der Kommission für »Lebende Photographien«, Hamburg 1980; Happel, Reinhold/Priess, Holger: *Hamburger Lichtspieltheater: Materialsammlung. Über denkmalschutzwürdige Kinos und ehemalige Kinos im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg*, Hamburg: Arbeitsgruppe Kino 1983; Töteberg, Michael: *Filmstadt Hamburg: von Hans Albers bis Wim Wenders, vom Abaton zu den Zeise-Kinos: Kino-Geschichte(n) einer Großstadt*, Hamburg: ESA-Verlag 1997; Töteberg, Michael/Reißmann, Volker: »Mach dir ein paar schöne Stunden«: *Das Hamburger Kinobuch*, Bremen: Edition Themen 2008; Segeberg, Harro/Schädgen, Irina/Schröter, Felix (Hg.): *NS-Medien in der Metropolregion Hamburg. Fallstudien zur Mediengeschichte des Dritten Reiches*, Hamburg: Universität Hamburg, 1. Auflage 2009; Kübler, Hans-Dieter: »...ein ausgezeichnetes Mittel der Belehrung und Unterhaltung...«. Einige historische Stationen der Medienpädagogik bzw. Medienkompetenzförderung in Hamburg«, in: Maurer, Björn/Reinhard-Hauck, Petra/Schluchter, Jan-René (Hg.): *Medienbildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Festschrift für Horst Niesyto*, München: Ökopaed 2013, S. 115-146.

Anschließend werde ich auf die geschlechtertheoretischen und -historischen Bedingungen bezüglich Männlichkeit speziell mit Bezug zum Medium Film eingehen. Im letzten Abschnitt werde ich die Effekte der Verknüpfung von beiden anhand eines konkreten Beispiels, nämlich *Opium – Die Sensation der Nerven* (Robert Reinert 1919), demonstrieren.

2. Medienepistemologische und -historische Voraussetzungen

Aus einer medienkulturwissenschaftlichen Sicht, wie ich sie hier epistemologisch vertere, bildet ein Medium Lebenswelten nie ab. Die hohe, dabei gesteigerte ›Lebensechtheit‹, die für das Medium Film von Beginn an konstatiert wurde, ist intelligibel nur in Differenz zu Realitätseffekten, die bis dato von anderen Medien hervorgebracht werden/wurden wie dem (»moving«) Panorama,² dem Sensationstheater³ oder auch der Fotografie.⁴ Auch das Medium Film muss, um den ›genuin‹ filmischen Realitätseffekt als solchen evident zu machen, auf andere Medien verweisen. Das bedeutet, Film reproduziert immer in Form von differenzialer Relationalität Inhalte und Darstellungsmodi anderer Medien. Ich spreche in diesem Zusammenhang lieber von performativen Wieder-Aufführungen, die durch den zentralen Binarismus von ›Schein‹/›Illusion‹/›Künstlichkeit‹/›Trug‹ – ›Sein‹/›Realität‹/›Echtheit‹/›Wahrheit‹ ambivalent strukturiert sind. Insofern kann auch die Kategorie ›Identität‹ im Allgemeinen, die von Geschlecht im Besonderen nie als integrale kohärente Entität im Sinne eines einfachen Abbilds einer vorgelagerten Wirklichkeit im Medium Film in Erscheinung treten oder von ihm konstituiert werden. Beides ist stets Resultat performativer Wieder-Aufführungen diskursiver, thematischer sowie technischer, ästhetischer Vorlagen, deren Anordnung differenzial relational sein muss.

Medienhistorisch betrachtet, bedeutet dies, dass stets mitgedacht werden muss, welche Medien mit ihren Themen und Inhalten, mit ihren Inszenierungsstrategien, piktorialen Codes und Darstellungsmodi als Herkünfte des Mediums Film relevant sein könnten. Ich kann sie in der Gesamtschau und ihren komplexen, heterogenen Verknüpfungen in diesem Artikel nicht ausführen, sondern lediglich grob schematisch darstel-

-
- 2 Zum Panorama vgl. Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hg.): Sehsucht. Das Panorama als Massenunterhaltung des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a.M./Basel: Stroemfeld/Roter Stern 1993, Oettermann, Stephan: The Panorama: History of a Mass Medium, New York: Zone Books 1997, Miller, Angela: The Panorama, the Cinema, and the Emergence of the Spectacular, in *Wide Angle* 18, Nr. 2 (April 1996), S. 34-69 sowie Griffith, Alison: *Shiver Down Your Spine. Cinema, Museums, and the Immersive View*, New York/Chichester: Columbia University Press 2008.
 - 3 Vgl. hierzu Singer, Ben: *Melodrama and Modernity. Early Sensational Cinema and its Contexts*, New York: Columbia University Press 2001 sowie Becker, Tobias/Gnausch, Anne/Lange, Kerstin/Niedbalski, Johanna/Morat, Daniel/Nolte, Paul: *Weltstadtvergnügen, Berlin 1880-1930*, Göttingen/Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht 2016.
 - 4 Vgl. hierzu Cartwright, Lisa: *Screening the Body. Tracing Medicine's Visual Culture*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 1997 sowie Langbehn, Volker: *German Colonialism, Visual Culture, and Modern Memory*, London/New York: Routledge 2012.

len.⁵ Es handelt sich um Medien und deren Inhalte, die aus Unterhaltungskulturen stammen, welche während des 19. Jahrhunderts als komplementäre Freizeiteinrichtungen zur Industriearbeit⁶ auch in Deutschland systematisiert wurden.⁷ Dort wurden moderne technische (Zug fahren) und soziale (»Fremdes«, »Abweichendes« sehen) Phänomene bis an eine Grenze gesteigert,⁸ um sie durch ihr sensomotorisches und sinnliches Erleben als Differenz im Selbst- und Weltbild für die Publika intelligibel zu machen.⁹ Ein Medium wie das Spezialitätentheater konfrontierte beispielsweise sein Publikum mit einer Anzahl heterogener sinnlicher Reize aus »fremden Ländern« oder medizinischen Laboren, damit sich das Publikum eines Bildes von der eigenen nationalen Identität oder dem eigenen gesunden Körper beziehungsweise »body politic« rückversicherte.¹⁰ Ein Medium wie der Freizeitpark erbrachte vor allem die Reorganisation

-
- 5 Zur eingehenden Lektüre vgl. König, Christiane: *Performative Figuren queerer Männlichkeit. Eine Mediengeschichte von Kino und Film in Deutschland 1896 bis 1945*, Stuttgart: Metzler'sche Verlagsbuchhandlung 2020.
 - 6 Vgl. hierzu Haupt, Heinz-Gerhard/Torp, Claudius (Hg.): *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 2009 sowie Baranowski, Shelley/Furlough, Ellen: *Being Elsewhere. Tourism, Consumer Culture, and Identity in Modern Europe and North America*, Ann Arbor/London: University of Michigan Press 2001.
 - 7 Der andere Bereich der Herkunft des Films bilden die physikalischen und physiologischen Experimentallabore der wissenschaftlichen Gesellschaften, Universitäten, aber auch privaten industriellen Großfirmen. Diesen Zweig lasse ich in diesem Zusammenhang meiner Darstellung aus Platzgründen weg und verweise auf meine Ausführungen in König (2020): *Performative Figuren*, bes. S. 13-19. In den Experimentalkulturen wurden physikalische Kräfte nicht nur zum Erkenntnisobjekt, sondern vermehrt in geschlossene Systeme umgewandelt, sodass sie als Medien verwendet werden konnten. In dieser Funktion wurden aus ihnen Erkenntnisinstrumente zur Untersuchung des sie wahrnehmenden und erfahrenden Subjekts, wofür die Wirkung von Elektrizität auf die Nerven, speziell die Sehnerven ein paradigmatisches Beispiel darstellt. Es entstand eine technisch-humane Assemblage, worin sich das zumeist männliche »Subjekt« lediglich in der Verschränkung mit technisch-medialen Formen und Materien nicht nur erlebte, sondern auch intelligibel machte. Die Figur des so konstituierten Subjekts war eine dynamische, sich in der Zeit verändernde, dessen lediglich retroaktiv evident zu machende Selbsterkenntnis immer schon nicht mehr die Einheit der sich permanent modifizierenden Entität erfasste. Ich habe diese Subjekt-Figur in meinem Buch als »out of synch« seiende bezeichnet. Vgl. hierzu auch Rieger, Stefan: *Kybernetische Anthropologie. Eine Geschichte der Virtualität*, Frankfurt a.M.: suhrkamp taschenbuch wissenschaft 2003.
 - 8 Vgl. Singer, Ben: »Modernity, Hyperstimulus, and the Rise of Modern Sensationalism«, in: Charney, Leo/Schwartz, Vanessa E. (Hg.), *Cinema and the Invention of Modern Life*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press 1995, S. 72-99.
 - 9 Vgl. hierzu Schivelbusch, Wolfgang: *Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert*, München/Wien: Hanser Verlag 1977, Friedberg, Anne: *Window Shopping. Cinema and the Postmodern*, Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press 1993, Griffith, Alison: *Wondrous Difference: Cinema, Anthropology, and Turn-of-the-Century Visual Culture*, New York: Columbia University Press 2002, Tobing Roney, Fatimah: *The Third Eye. Race, Cinema, and the Ethnographic Spectacle*, Durham/London: Duke University Press 1996, Langbehn (2012): *German Colonialism* sowie Ruoff, Jeffrey (Hg.): *Virtual Voyages. Cinema and Travel*, Durham/London: Duke University Press 2006.
 - 10 Vgl. hierzu Jansen, Wolfgang: *Das Variété. Die glanzvolle Geschichte einer unterhaltenden Kunst*, Berlin: Edition Hentrich 1990 sowie Brändle, Rea: *Wildfremd, hautnah. Zürcher Völkerschauen und ihre Schauplätze 1835-1964*, Zürich: Rotpunktverlag 2013.

von Welt- und Selbstbild vorwiegend durch das Erleben und Durcharbeiten aller Arten von Bewegung.¹¹ Im Medium Film nun wurden diese Aspekte gemeinsam performativ wieder-aufgeführt, sodass auf Basis seiner Bewegtbilder sich sensomotorisches und sinnliches Erleben in gesteigerter Form, nämlich über die erhöhte ›Lebensechtheit‹ vollziehen konnte. Es kommt nicht von ungefähr, dass die ersten Kürzestfilme seit 1895 insbesondere technische, natürliche, körperliche Bewegungen aller Art sowie Themen wie Reisen in ›fremde‹ Länder verhandelten, die als Nummernprogramme gezeigt wurden, ergänzt durch Ansichten von Körperakrobatiken, Tierdressuren und Zauberkünsten.¹² In Form des Nummernprogramms waren die Filme lediglich Teil eines Unterhaltungsprogramms.¹³ Sie wurden als Paket unter dem Signum der Erregung, der Lust am Schauen sowie der Lust am Wissen, mehr zu sehen wahrgenommen. Tom Gunning hat dafür den – kritisch überarbeiteten – Begriff des »cinema of attractions« gebildet, um darauf hinzuweisen, dass die Filme mehr zeigten, als dass sie erzählten.¹⁴ Sie bildeten für die Publika sensationelle Ansichten mit einer Dramaturgie der Affekte. Das meist in einer Totalen und einer Einstellung Abgebildete war dabei zunächst abgefilmte, aber oft schon inszenierte ›Wirklichkeit‹, in keinem Fall jedoch fiktional gestaltete Geschichten, mit fiktionalen Handlungen, ausgeführt von fiktionalen Figuren mit psychologischer Motivation, in welche sich die Publika hineinversetzen sollten. Die Form des Kino-Dispositivs brauchte bis circa 1911, um soweit zu sein.¹⁵

Bis dahin hatten sich all jene filmischen Konventionen herausgebildet, die wir gewohnt sind, mit dem klassischen Spielfilm à la Hollywood zu assoziieren. Das Kino als soziale Institution war voll etabliert und beanspruchte einen Platz unter den Kultureinrichtungen dem Theater analog. Entsprechend gab es die großen Kino-Theater mit ihrer opulenten Architektur, die im Innenraum einem Theatersaal nachempfunden waren, ohne das Theater eins zu eins kopieren zu wollen.¹⁶ Usus war mittlerweile der verdunkelte Saal und die auf die Leinwand ausgerichteten Sitzreihen. Auch waren die Publika zwischenzeitlich daran gewöhnt worden, stundenlang ihre Aufmerksamkeit auf

-
- 11 Vgl. Rabinovitz, Lauren: *Electric Dreamland. Amusement Parks, Movies, and American Modernity*, New York: Columbia University Press 2012, Kane, Josephine: *The Architecture of Pleasure: British Amusement Parks 1900-1939*, Surrey/Burlington: Ashgate Publishing 2013, Niedbalski, Johanna: »Vergnügungsparks«, in: Tobias Becker/Anne Gnausch/Kerstin Lange/Johanna, Niedbalski/Daniel Morat/Paul Nolte, *Weltstadtvergnügen*, Berlin 1880-1930, Göttingen/Bristol: Vandenhoeck & Ruprecht 2018, S. 153-192 sowie Hasseler, Uta/Berger, Julia/Jost, Kilian: *Konstruierte Bergerlebnisse. Wasserfälle, Alpenszenarien, illuminierte Natur*, München: Hirmer Verlag 2016.
 - 12 Vgl. Garncarz, Joseph: *Maßlose Unterhaltung. Zur Etablierung des Films in Deutschland 1896-1914*, Frankfurt a.M./Basel: Stroemfeld/Roter Stern 2010 sowie Elsaesser, Thomas (Hg.): *A Second Life. German Cinema's First Decades*, Amsterdam: Amsterdam University Press 1996.
 - 13 Vgl. Müller, Corinna: *Frühe deutsche Kinematographie. Formale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen 1907-1912*, Stuttgart/Weimar: Verlag J. B. Metzler 1994.
 - 14 Vgl. Gunning, Tom: »The Cinema of Attraction[s]: Early Film, Its Spectators and the Avant-Garde«, in: *Wide Angle* 8 (1986), Nr. 3-4, S. 63-70.
 - 15 Vgl. Elsaesser, Thomas: »National Subjects, International Style: Navigating Early German Cinema«, in: Usai, Paolo C./Codelli, Lorenzo (Hg.), *Before Caligari. German Cinema, 1895-1920. Prima di Caligari. Cinema Tedesco, 1895-1920, Prodenone/Wisconsin: Edizioni Biblioteca dell'immagine* 1990, S. 338-355.
 - 16 Vgl. Müller (1994): *Frühe deutsche Kinematografie*.

Leinwand zu richten, um zumeist zwei abendfüllende Filme, genannt Film-Drama, anzuschauen. Das Kino hatte bis dahin das Zeitmanagement des Theaters übernommen. Continuity Editing war für das US-amerikanische Kino bereits üblich, wogegen sich deutsche Produktionen versuchten, abzugrenzen, um eine nationale Handschrift zu bekunden, wie Thomas Elsaesser verdeutlicht.¹⁷ Ben Brewster und Lea Jacobs erfassten für das US-amerikanische und britische Kino alle kinematografischen Strategien, die sich ab 1911 in bewusster Abgrenzung zum Theater herausbildeten, wie den Einsatz von Spiegeln, aber insbesondere auch die Verwendung von Naturaufnahmen bei möglichst bewegter Kamera, um so den Immersionseffekt in die dargestellte Handlung zu erhöhen, die sich von der Ansichtenoptik der Theaterbühne deutlich abgrenzen sollte.¹⁸ Für das deutsche Kino existierte eine charakteristische Strategie des Kinos zur Differenz-erzeugung hinsichtlich des Theaters, nämlich der Einsatz des Doppelgängers, der zum ersten Mal 1913 im Kino in der Produktion *Das Geschenk des Inders* in der Regie von Louis Ralph auftauchte.¹⁹ Entgegen der üblichen Erklärung in der filmhistorischen Literatur, es handle sich um eine selbstreflexive Strategie aufgrund technischer Neuerungen, argumentiert Corinna Müller überzeugend, dass das Medium Film etwas demonstrieren konnte, was im Theater nicht oder wenn, dann nur durch Verkleidung gelang, nämlich dem Publikum zwei identische Figuren zu präsentieren.²⁰

Die Entfaltung kinematografischer Verfahren zur Erzeugung ›realistischer‹, das hieß nun möglichst nachvollziehbarer, glaub- und sinnhafter Narrationen, in die man sich mühelos hineinfühlen und -versetzen konnte, gelang dem Medium Film somit immer nur unter der Bedingung, dass es auf die Grenze der Erfahrung eben jenes Effekts in bereits existierenden Medien wie insbesondere dem Theater hinweisen musste. Auch wenn nun die Geschichten fiktional und darin nachvollziehbar sowie glaubhaft waren, bedeutete das keineswegs, dass die Anordnungen der Narration eine vollkommen transparente Illusion präsentierten. Charakteristisch gerade für den Film in Deutschland war ab 1911 die tableauartige Aneinanderreihung von Szenen, deren sinnhafter Zusammenhang sich nicht ohne Mühen erschließen ließ, und mit der sich das Kino in Deutschland bewusst vom US-amerikanischen Kino im Sinne eines reflektierten wie nationalen Gestus abzusetzen versuchte.²¹

Auf die weiteren spezifischen Ausbildungen des Mediums Film gehe ich an dieser Stelle nicht näher ein. Als Zwischenspiel der Geschichte des Kino-Dispositivs in Deutschland ist noch die ›Phase‹ des Autorenfilms (1911 bis 1914) weniger in technischer beziehungsweise ästhetisch-narrativer Hinsicht als vielmehr in soziokultureller und geschlechtertheoretischer Hinsicht erwähnenswert. Dieses ›Genre‹ steht für Filme, deren

17 Vgl. Elsaesser (1990): »National Subjects, International Style.«

18 Vgl. Brewster, Ben/Jacobs, Lea: *Theatre to Cinema. Stage Pictorialism and the Early Feature Film*, Oxford/New York: Oxford University Press 1997.

19 Vgl. hierzu die ausführliche Interpretation dazu in König (2020): *Performative Figuren*, S. 59-83.

20 Vgl. Müller (1994): *Frühe deutsche Kinematografie*.

21 Vgl. Elsaesser (1990): »National Subjects, International Style.« sowie Quaresima, Leonardo: »Dichter heraus! The Autorenfilm and German Cinema of the 1910s«, in: *Griffithiana* 38/39 (1990), S. 101-126.

diskursive Quelle eindeutig männlich codiert ist, welche deren Autorität bestärken sollte.²²

Dieser Gestus der Autorität beziehungsweise Autorisierung ist insofern als relevant zu verstehen, weil sowohl für das Kino-Dispositiv als auch das Medium Film bis zu diesem Zeitpunkt Autorität in Form von Autorschaft in Drehbuch und Regie nicht besonders wichtig gewesen waren. Auch die Kategorie ›Identität‹ wurde mehr als heterogene Assemblage sozialer Vielstimmigkeit denn als eindeutig erkennbare integrale Entität vom Medium behandelt. Sie trug vor allem keineswegs der asymmetrischen Geschlechterordnung Rechnung. Erst ab diesem Jahrzehnt, speziell mit dem Beginn des Autorenfilms und der Existenz des Film-Dramas ist der Zug, die binäre Geschlechterordnung zu implementieren und als solche evident zu machen, erkennbar – was jedoch aus den besagten Gründen nicht vollständig umsetzbar war.²³

Diese Tendenz hat Heide Schlüpmann dazu gebracht, die existierenden Genres des sozialen Dramas und des Melodramas auf den Status von Weiblichkeit hin zu befragen.²⁴ Sie kommt zu dem Ergebnis, dass im sozialen Drama Weiblichkeit vom Schein ihrer von der patriarchalischen (Hoch-)Kultur wie im Theater-Drama zugeschriebenen ›Natur‹ endlich befreit gewesen sei und nun als ›moderne Weiblichkeit‹ zu sich selbst in der Reflexion ihrer technischen Bedingtheit hätte kommen können. Wichtig ist mir an dieser Stelle insbesondere, dass auch Schlüpmann nicht nur den Film in seiner Differenz zum Medium Theater denkt, sondern dabei auch den Binarismus von Illusion und reflexivem Illusionsbruch, von ›Schein‹ und ›Realität‹ bei der Bestimmung von Geschlecht mitberücksichtigt. Auch bei ihr ist Geschlecht im Film nicht einfach abbildbar oder referiert auf eine vorgelagerte Realität, sondern entsteht im komplexen Zusammenspiel von diskursiv und medial bereits existierenden Bestimmungen, die im Medium Film in Gestalt der Aushandlung von Authentizität und reflexiver Ausstellung des medialen Charakters als differenziale Relationalität wieder-aufgeführt werden. Männlichkeit erscheint bei ihr vorwiegend in der Position körperloser, in sich gespaltenen Subjektivität, die vom Medium als solche reflektiert wird. Dass diese Sichtweise zu einseitig ist, da sie von der allumfassenden Wirkung der Implementierung der binären Geschlechterordnung ausgeht, werde ich nun mit Hilfe von Eve Kosofsky Sedgwick historisch situiertem Modell der Repräsentation von Männlichkeit insbesondere in der europäischen Literatur kurz erläutern.²⁵

22 Vgl. Schlüpmann, Heide: »Kinosucht«, in: Frauen und Film, Nr. 33 (Oktober 1982), S. 45-52 sowie dies.: »Die Erziehung des Publikums«. Auch eine Vorgeschichte des Weimarer Kinos«, in: KINTop: Jahrbuch zur Erforschung des frühen Films 5 (1996), S. 133-146.

23 Vgl. zu diesem Punkt ausführlich König (2020): Performative Figuren, S. 49-59.

24 Vgl. Schlüpmann, Heide: Die Unheimlichkeit des Blicks. Das Drama des frühen deutschen Kinos, Frankfurt a.M./Basel: Stroemfeld/Roter Stern 1990.

25 Vgl. Sedgwick, Eve K.: Epistemology of the Closet. Berkeley/Los Angeles: University of California Press 1990.

3. Geschlechtertheoretische und -historische Überlegungen mit Blick auf das Medium Film

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts verdichtete sich qua zunehmender Dis- und Inkriminierungspraktiken sowie medizinischer Zuschreibungen in den Figuren sexueller ›Perversionen‹ Geschlecht und Sexualität, auch wenn diese Verknüpfungen noch nicht als integrale Identität lesbar wurden. Zuvor war beides vorwiegend an moralisch begründete ›natürliche‹ und ›widernatürliche‹ sexuelle Handlungen geknüpft gewesen. Die Figuren von Perversionen dienten der Normalisierung ›natürlicher‹ Zweigeschlechtlichkeit, mit der die binäre Geschlechterordnung insbesondere im Zeichen von Leben, Arbeit und Repräsentation gestützt werden sollte. Es entstand die berühmt-berüchtigte Diskursfigur des ›Homosexuellen‹.²⁶ Eve Kosofsky Sedgwick bemerkt diesbezüglich, dass mit diesen Verdichtungseffekten, im Rahmen der neuen Taxonomie von Geschlecht und Sexualität zudem vormals existierende soziokulturelle Differenzierungen verschwanden, die zuvor zwischen Männern existiert hatten. Resultat davon war, dass Geschlecht und Sexualität um 1900 an das Begehren einer Person (›sexuelle Orientierung‹) sowie an das Begehrensobjekt geknüpft wurden, woran ersteres ausgerichtet war. In der Dynamik der Bestimmung von beidem wurde das Begehren, relativ unabhängig vom Körpergeschlecht, als aus weiblichen und männlichen Anteilen zusammengesetzt bestimmt. Je nachdem, wie das Körpergeschlecht des Begehrensobjekts bestimmt wurde, an welches dieses geknüpft war, konnte es als Liebe zum anderen (hetero) oder als Liebe zum Gleichen (homo) interpretiert werden. Als Geschlecht war man dann zwangsläufig entweder gleich wie das Geschlecht, das man liebte, oder man war anders. Anhand der Tropen von geschlechtlicher Inversion und Geschlechterseparatismus zeigt Sedgwick, dass aus dieser Konstellation ein minorisierendes sowie ein universalisierendes Modell von Geschlecht und Identifizierung hervorgingen.

Beide verschränkten sich unauflöslich im »double bind« der doppelt strukturierten Binarismen ›homo‹ – ›hetero‹, ›gleich‹ – ›anders‹, wobei dieser sich in minorisierenden und universalisierenden Effekten manifestieren konnte. Das heißt, spätestens zur Jahrhundertmitte operierten beide Binarismen in *jeglicher* Sichtbarmachung von Männlichkeit beziehungsweise männlicher Identität. Dieser Effekt kulminierte um 1900 sogar in einer Definitions Krise von Männlichkeit *per se* aufgrund des Definitionszwangs, der gegenüber jedem Mann bestand, als eindeutig entweder als homo oder hetero identifizierbar zu sein. Daher wird der sichtbar dargestellte männliche Körper problematisch, insofern durch die Darstellungsweise nie absolut evident gemacht werden kann, welche Art der Bezugnahme zu diesem besteht.

Insbesondere in der Romanliteratur seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, so Sedgwick, entstehen daher verschiedene literarische Strategien, die mit der Möglichkeit des flexiblen Verrutschens zwischen Identifizierung mit und Begehren nach dem männlichen Körper operieren, indem sie zunächst indirekte Sprechweisen wie

26 Vgl. Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit. Band 1, Frankfurt a.M.: suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1983.

im »open closet«, ²⁷ Spaltungsphänomene ²⁸ und Figuren männlichen Solipsismus ²⁹ hervorbringen. Kulminationspunkt dieser Strategien bildet um 1900 die rhetorische Figur einer semantischen Leerstelle, deren Verlust melancholisch besprochen und als Verlust eines begehrten Objekts interpretierbar wird, von Sedgwick »glass closet« genannt. Sedgwick argumentiert, dass die Definitionskrise männlicher Identität unter dem Druck der doppelten Binarismen »homo« – »hetero«, »gleich« – »anders« zur Aufgabe jeglicher Art der Figuration führte, um sich generell nicht der Bezugnahme des Begehrens qua Darstellungsmodus verdächtig zu machen. Damit, so Sedgwicks zugespitzte These, lasse sich sogar die Tendenz zur Abstraktion in der Bildenden Kunst erklären, wie sie in der Figur Boccionis von 1913 verkörpert ist – Figuration in der Auflösung beziehungsweise als Abstraktion, als Abwehrstrategie sozusagen. Von zentraler Bedeutung ist, dass sich durch die diskursive Arbeit dieser Binarismen keine integrale minorisiert oder universalisiert verkörperte männliche Identität anschreiben ließ, sondern vielmehr ihre komplexe und wechselseitige austauschbare Funktion mit deren minorisierenden und zugleich universalisierenden Effekten jeweils durchlässige Konturen eines Anthropomorphen in der Repräsentation bildeten.

Das Medium Film erscheint nun genau zu diesem Zeitpunkt auf der »Bildfläche« und rückt dabei umso vermehrt Körper(lichkeit) in die Sichtbarkeit. Dieser Prozess kann sich als medialer aber nur in dem Ausmaß vollziehen, wie dabei grundsätzlich andere mediale Effekte wieder-aufgeführt, speziell auch die Darstellungs- und die Wahrnehmungsbedingungen für die Sichtbarkeit von männlichem Körper, männlicher Identität und männlichem Begehren re-produziert werden. Friedrich Kittler bemerkte bereits, dass die Figur des männlichen Doppelgängers auf diese Wieder-Aufführung männlicher Experimentalphysiologen zurückzuführen ist, die das Medium entstehen ließen. ³⁰ Die Praxis filmischer Wieder-Aufführung vollzieht sich jedoch zwangsläufig komplexer, wenn man einmal den Aspekt der Wieder-Aufführung des grenzwertigen Spektakels mitberücksichtigt, welchen das Medium aus den Unterhaltungskulturen beerbt. Dazu muss der Film mit den Gegebenheiten des doppelten »double binds« männlicher Identität umgehen, die in der Literatur und anderen Repräsentationsmedien gegeben ist, welche er gerade im Zeichen gesteigerter »Lebensechtheit« wieder-aufführt. Diese konstituiert sich immer nur durch die differenziale Relationalität von Authentizität/ Realität und Künstlichkeit/Schein im Medium Film. Auf diese Weise produziert das Medium seine eigenen, spezifischen Konturen männlicher Körperlichkeit, männlicher Identität und männlichen Begehrens.

Ich nenne diese die Figuren des Technisch-Anthropomorphen queerer/Männlichkeit des Mediums Film. ³¹ Diese konstituierten sich seit Beginn des Mediums in Deutschland

27 Beispiel wäre die Figur des Baron de Charlus, der schwul ist, aber nie direkt ausgewiesen, sondern nur durch einen rahmenden medizinischen Diskurs indirekt als solcher besprochen wird, in Marcel Prousts Auf der Suche nach der verlorenen Zeit (1913).

28 So zum Beispiel wie die Figur des Dr. Jekyll und Mr. Hyde in Robert L. Stevensons Der seltsame Fall des Dr. Jekyll und Mr. Hyde von 1886 oder auch Oscar Wildes Figur des Dorian in Das Bildnis des Dorian Gray von 1890.

29 So beispielsweise die Figur Jean F. des Esseintes in Joris-Karl Huysmans Gegen den Strich von 1884.

30 Vgl. Kittler, Friedrich A.: Grammmophon, Film, Typewriter, Berlin: Brinkmann & Bose 1986.

31 Für eine ausführlichere Darstellung vgl. König (2020): Performative Figuren, S. 19-29.

Abbildung 1: Umberto Boccioni: Einzigartige Formen der Kontinuität im Raum, 1913©



Nach: https://de.wikipedia.org/wiki/Futurismus#/media/Datei:Unique_Forms_of_Continuity_in_Space,_1913_bronze_by_Umberto_Boccioni.jpg, abgerufen am 26.10.2019.

jeweils unter den spezifischen Bedingungen, die ihnen einerseits das Kino-Dispositiv mit seinen sich verändernden Konfigurationen und andererseits die literarischen, theatralen und piktorialen Strategien der Repräsentationen männlicher Identität als stets durch beide Binarismen doppelt hervorgebrachtes Anthropomorphes jeweils zur Verfügung stellte.

Das Kino-Dispositiv zeichnete sich 1918 wie schon seit 1914 dadurch aus, dass die Publika gewohnt waren, fiktionale narrative Spielfilme in abendfüllender Länge in großen Kino-Theatern zu betrachten.³² Die fiktionalen Geschichten, die auf fiktionalen Handlungen fiktionaler Figuren aufbauten, waren in einer diegetischen Welt angesiedelt. Sie sollten dennoch sowohl vom Realitätseindruck des Kinos der Ansichten als auch

32 Vgl. Elsaesser, Thomas/Barker, Adam (Hg.): *Space, Frame, Narrative*, London: British Film Institute 1990.

vom Illusionismus des Theaters klar unterscheidbar sein.³³ Hierzu wurden verstärkt nicht nur Kamerabewegungen und -einstellungen, Mise-En-Scène sowie Bildkomposition und insbesondere Montage eingesetzt, sondern vor allem auch Natur- beziehungsweise Landschaftsaufnahmen (Außenaufnahmen) verwendet.³⁴

Weil es sich aber um fiktionale Geschichten handelte, konnten die Naturaufnahmen zu codierten symbolischen Landschaften avancieren, zu ›inneren‹ und ›äußeren‹ Tropen werden, die beispielsweise für soziale, nationale und individuelle psychische Zustände standen. In der Tat lässt sich in diesem Kontext bis 1918 *auch* ein national fundiertes Territorialisierungsmoment im Medium erkennen, welches die Geschlechteridentitäten, speziell queere/Männlichkeit nicht unaffiziert lässt und daher auf bestimmte Weise mitkonstituiert, wie beispielsweise in der vom BUFA in Auftrag gegebenen PAGU-Produktion *Das Tagebuch des Dr. Hart* in der Regie von Paul Leni.³⁵ Der Film war 1917/18 unter dem Titel *Der Feldarzt* fertiggestellt worden, musste dann aber aufgrund der Zensurintervention umgeschnitten werden, sodass er 1918 in die Kinos kam.³⁶ Bezüglich der filmischen Konventionen änderte sich, wie bereits erwähnt, von 1918 auf 1919 so gut wie nichts.

Was sich aber am Kino-Dispositiv in diesem Zeitraum deutlich änderte, war das Aussetzen der Filmzensur in den Jahren 1918 bis 1920. So lange dauerte es, bis sich die ›neue‹ (Zensur) der Weimarer Republik auf modifizierter Basis der ›alten‹ Filmzensur des Kaiserreichs etabliert hatte.³⁷ Im Zeitraum von 1918 bis 1920 entstanden demnach auffällig viele Filme, die sich den Themen »Abtreibung, Homosexualität, Prostitution,

33 Vgl. erneut Müller (1994): Frühe deutsche Kinematografie.

34 Vgl. Brewster/Jacobs [Jahr]: Theatre to Cinema.

35 *Das Tagebuch des Dr. Hart* (D 1918, R Paul Leni). Vgl. zu diesem Film ausführlich König: Performative Figures, S. 137-166.

36 Prinzipiell stellt die Gründung der BUFA 1917 insofern eine einschneidende Veränderung des Kino-Dispositivs dar, da die Oberste Heeresleitung den Wert des Mediums zum ersten Mal in vollem Umfang anerkannte, indem sie selbst Zensur übernahm und Produktionen in Auftrag gab. Diese Filme waren zwar nicht sonderlich populär, aber teilweise kam man nicht um sie herum, da sie zur offiziellen Propaganda zählten.

37 Vgl. zum Zensurwesen im Kaiserreich Welch, David A.: »Cinema and German Society in Imperial Germany 1905-1918«, in: German History 8, Nr. 1 (Februar 1990), S. 28-45, Maase, Kaspar: Grenzenloses Vergnügen: Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970, Frankfurt a.M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag 1997, Sturm, Eva: »Von der Zensurfreiheit zum Zensurgesetz. Das erste deutsche Lichtspielgesetz (1920)«, in: Hagener, Malte/Hans, Jan (Hg.): Geschlecht in Fesseln. Sexualität zwischen Aufklärung und Ausbeutung im Weimarer Kino 1918-1933, München: edition text + kritik 2000, S. 63-69, Kopf, Christina: »Der Schein der Neutralität« – Institutionelle Filmzensur in der Weimarer Republik«, in: Koebner, Thomas (Hg.), Diesseits der ›Dämonischen Leinwand‹. Neue Perspektiven auf das späte Weimarer Kino. München: edition text + kritik 2003, S. 451-466 sowie Petersen, Klaus: Zensur in der Weimarer Republik, Stuttgart/Weimar: Verlag J. B. Metzler 1995. Zum Zensurwesen in der Weimarer Republik erneut Petersen: Zensur in der Weimarer Republik, weiterführend Barbian, Jan-P.: »Politik und Film in der Weimarer Republik«, in: Archiv für Kulturgeschichte 80 (1998), S. 213-245, Loiperdinger, Martin: »Filmzensur und Selbstkontrolle«, in: Jacobsen, Wolfgang/Kaes, Anton/Prinzler, Hans H. (Hg.): Geschichte des deutschen Films, Band 2, Stuttgart: Verlag J. B. Metzler 2004, S. 534-537 sowie Spiker, Jürgen: Film und Kapital. Der Weg der deutschen Filmwirtschaft zum nationalsozialistischen Einheitskonzern, Berlin: Spiess Verlag 1975.

Eheberatung, Schwangerschaft« sowie »Geschlechtskrankheiten, Abtreibung, Alkoholumismus«³⁸ widmeten. Dieses Phänomen wurde in der Literatur lange Zeit mit dem Fehlen von Zensur begründet.³⁹

Malte Hagener und Jan Hans machen in ihrer Einleitung zu ihrem Band *Geschlecht in Fesseln* darauf aufmerksam, dass es jedoch verfehlt wäre, Zensur einmal als rein repressives Instrumentarium sowie deren Fehlen zudem als völlig rechtsfreien Zustand und daher absoluter kreativer und intellektueller Freiheit zu verstehen.⁴⁰ Sinn und Zweck von Zensur, so Hagener und Hans, seien es im Wesentlichen, durch die diskursive Sichtbarkeit und Sagbarkeit eines Themas dieses so zu modifizieren, dass sich die Gesellschaft darüber selbst neu konstituieren könne. Die Insinuation von Filmzensur nach dem Weltkrieg ist folglich als gesellschaftliches Steuerungsinstrument zu betrachten. In möglichst deutlicher Abgrenzung zum Kaiserreich suchte sich die Gesellschaft der Weimarer Republik als demokratischer Staat herauszubilden und sich ihrer Normen und Werte durch diskursive Aushandlungsprozesse rückzuversichern. Im Lichte des als durch den Krieg zerrüttet wahrgenommenen Moral-, Sitten- und Wertekanons⁴¹ boten sich dazu insbesondere anrühige Themen beziehungsweise sogenannte Tabuthemen an, was sich auf zweifache Weise erklärt.

Erstens ging es ganz pragmatisch darum, das Verhältnis von individuellem Körper (inklusive Psyche und Geist) zu »body politic« nach den Verheerungen des Krieges zu restabilisieren. Zweitens eignen sich Tabuthemen generell besonders gut zur Verhandlung der strukturellen Figur einer Grenze hin zu einem – durchaus faszinierenden – Verbotenen, welches durch eine Verbotsschranke als unerreichbar gesetzt, deshalb nicht eindeutig markiert ist, welche wiederum die Grundlage der Dynamik von Zensur bildet.⁴² Hagener und Hans schreiben in diesem Zusammenhang davon, dass bei der Zensur »ein diskursives Niemandsland« entsteht, »über das sich die Gesellschaft noch nicht explizit verständigt hat.«⁴³ Gerade weil das Anrühige als uneindeutige Abweichung deklariert wurde, musste darüber im Sinne der Aufrechterhaltung von »Ordnung und Sicherheit« (Lichtspielgesetz, Paragraph 1, 2. Abschnitt von 1920) in der Gesellschaft debattiert werden. Die Produktivität des Diskurses verschob dabei die Grenzen des Sag- und Sichtbaren. Damit erklärt sich auch das erneute Kaprizieren der institutionellen Filmzensur auf das (nicht mehr so neue) Medium Film in diesem Zeitraum. Die gesetzliche Verankerung des Mediums zeugte einmal davon, wie wichtig es zwischenzeitlich als kulturelle Instanz geworden war. Durch Kino und Film platzierte sich die Gesellschaft den Tabuthemen gegenüber, indem diese darin sicht- und hörbar gemacht wurden. Hagener und Hans schreiben deshalb von einem Medienwechsel: Was

38 Schmidt, Ulf: »Der Blick auf den Körper«. Sozialhygienische Filme, Sexualitätsaufklärung und Propaganda in der Weimarer Republik«, in Malte Hagener/Jan Hans (Hg.), *Geschlecht in Fesseln*, S. 22–46, bes. S. 26f.

39 Vgl. bspw. Zglinicki, Wolfgang von: *Der Weg des Films*. Textband, Hildesheim/New York: Olms Verlag 1979, bes. S. 556.

40 Vgl. Hagener/Hans (2000): *Geschlecht in Fesseln*.

41 Mit dem Begriff der Sittenwidrigkeit war im Kaiserreich durch gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen bedingtes, im Verfall befindliches Verhalten gemeint.

42 Vgl. Sedgwick (1990): *Epistemology of the Closet*, bes. S. 137ff.

43 Hagener/Hans (1999): »Von Wilhelm zu Weimar«, S. 18.

zuvor in zotigen Journalen und Blättern wie beispielsweise dem Sittenspiegel thematisiert worden war, erschien nun auf der Leinwand.⁴⁴

Weil aber die darin dargestellte Körperlichkeit im Allgemeinen, Sexualität im Besonderen neu waren, wurde dies als Überschreitung empfunden. Also musste erst über ihre Darstellbarkeit (neu) verhandelt werden, um sie dann entsprechend regulieren zu können. Nicht der Inhalt eines Films an sich wurde als das Anrühige wahrgenommen.⁴⁵ In der Sichtbarmachung selbst lag die Überschreitung. Aufklärungs- beziehungsweise Sittenfilme trugen daher zur Produktivität des Diskurses über Tabuthemen bei, indem sie als Bewegtbildmedien verfahrenstechnisch auf eine Weise mit dem Entbergen eines verbotenen Verborgenen operierten, womit die Öffentlichkeit noch nicht vertraut war.

Während man jedoch dem Aufklärungsfilm didaktischen Wert beimaß, wurde der Sittenfilm als reißerisch-voyeuristisches Genre abgeurteilt. Nur dann wurde das Prädikat ›Aufklärung‹ verliehen, wenn ein Film ein recht prosaisches Thema ästhetisch zu transzendieren vermochte. Zudem sollte er die gesamtgesellschaftliche Dimension der Problematik vermitteln. Der Sittenfilm wurde dagegen rundweg als kommerzieller ›Schund‹ betrachtet, da er sein Thema angeblich nur ausbeutete, indem er durch Ansprechen der ›niederen Sinne‹ das Publikum mehr sexuell aufreizte als aufzuklären. Diese Einteilung der Filme, die in der Literatur weitgehend übernommen wurde, impliziert, über Tabuthemen, die sich an der ›Realität‹ messen lassen mussten, dass eine objektive ›Wahrheit‹ existierte. Weil aber die Filme um etwas Anstößiges kreisten, welches letztlich uneindeutig, da nur über die Verbotsschranke hinweg zugänglich war, unterlief es nicht nur die klare Trennlinie zwischen Tabu und Norm, sondern machte eine scharfe Trennung von Wahrheit und Lustwissen über das darzustellende Phänomen nahezu unmöglich.⁴⁶ Ich möchte im nächsten Abschnitt detaillierter auf einen Film eingehen, der charakteristisch für das Kino dieser Jahre ist, dessen Produktion in die Jahre 1918/19 fiel und der 1919 in die deutschen Kinos kam, nämlich *Opium – die Sensation der Nerven* unter der Regie von Robert Reinert.⁴⁷ Für diesen möchte ich die spezifische Figur des Technisch-Anthropomorphen queerer/Männlichkeit herausarbeiten.

44 Alle, bis dahin existierenden Medien verhandelten Erotik und Sex. Vgl. hierzu Crary, Jonathan: *Techniques of the Observer. On Vision and Modernity in the Nineteenth Century*, Cambridge, MA: MIT Press 1992, Hentschel, Linda: *Pornotopische Techniken des Betrachtens: Raumwahrnehmung und Geschlechterordnung in visuellen Apparaten der Moderne*, Marburg: Jonas Verlag 2001 sowie Eitler, Pascal: »Sexualität als Ware und Wahrheit: Körpergeschichte als Konsumgeschichte«, in: Haupt, Heinz-Gerhard/Torp, Claudius (Hg.): *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890-1990. Ein Handbuch*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 2009, S. 370-388. Zum literarischen Sitten-Spiegel vgl. Jazbinsek, Dietmar: »Vom Sittenspiegel der Großstadt zum Sittenfilm. Über die populärkulturellen Zusammenhänge der frühen deutschen Kinoproduktion«, in: Malte Hagener (Hg.), *Geschlecht in Fesseln*, S. 81-101.

45 Vgl. zur retroaktiven Produktivität der Verbotsschranke Williams, Linda: *Hardcore. Power, Pleasure, and the »Frenzy of the Visible«*. Berkeley/Los Angeles: University of California Press 1999 sowie Sedgwick (1990): *Epistemology of the Closet*, S. 136ff.

46 Vgl. Williams (1999): *Hardcore*.

47 *Opium – Die Sensation der Nerven* (D 1919, R Robert Reinert). Die Texte der Zwischentitel sind original so verfasst, wie ich sie durchgehend zitiere.

4. Technische Räume rauschhafter ›Widernatürlichkeit‹ in ›Opium‹ – Die Sensation der Nerven

Opium wurde zeitgenössisch als Milieufilm bezeichnet.⁴⁸ In der Literatur wird er signifikanterweise sowohl unter Aufklärungs- als auch unter Sittenfilm geführt.⁴⁹ Bereits der Filmtitel eröffnete damals schon ein riesiges semantisches Feld: die Problematisierung, aber auch Dramatisierung von Drogenkonsum;⁵⁰ der Konsum als Genuß und »impact« auf den individuellen und eventuell auf den Gesellschaftskörper; die Veränderung des individuellen Körpers, dessen Empfindungsfähigkeiten und Wahrnehmungsformen, inklusive des Wahrnehmungsapparats des Publikums. Im zeitgenössischen Verständnis musste er etwas Normabweichendes evoziert haben.

Sämtliche Anwendungen von Drogen waren bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts illegalisiert. Drogen und ihr Konsum sind zwar nicht mit Sexualität koextensiv.⁵¹ Beide Themen sind jedoch in ihrer diskursiven Herstellung strukturell analog, da aufgrund der Verbotsschranke nur durch Verweise einholbar. Beide Themen verhandeln zudem die ›inneren‹ und ›äußeren‹ (Grenz-)Linien des Körperlichen, dem sie mittels der Verhandlung von ähnlichen Binarismen wie ›Bedürfnis‹ – ›Wunsch‹, ›krank‹ – ›gesund‹ sowie ›natürlich‹ – ›künstlich‹ erst seine wahrnehmbare, intelligible Kontur verleihen. In der Repräsentation können beide durch Verweis und Verschiebung mittelbar aufeinander bezogen werden.⁵² Beide können Ängste vor sowie Fantasien über Veränderungen

48 Vgl. zeitgenössisch Michealis, Heinz: Zum Problem des Sittenfilms, in: Film-Kurier Nr. 196 (21. August 1925), abgedruckt in CineGraph (Hg.): CinErotikon. Sexualität zwischen Aufklärung und Ausbeutung in der Weimarer Republik. Materialien zum 12. Internationalen Filmhistorischen Kongress, Hamburg 4.-7. November 1999, München: edition text + kritik 1999, o.A., <http://cinagraph.de/kongress/99/ifkmat12.html> vom 4. Dezember 2021.

49 Vgl. Hagner, Malte/Hans, Jan: »Von Wilhelm zu Weimar«, in: Hagener, Malter, Geschlecht in Fesseln. Sexualität zwischen Aufklärung und Ausbeutung im Weimarer Kino 1918-1933, München: edition text + kritik 2000, S. 7-22; vgl. Nagl, Tobias: Die unheimliche Maschine: Rasse und Repräsentation im Weimarer Kino, München: edition text + kritik 2009 sowie Schöning, Jörg: »Rund um den Erdball. Exotische Reise- und Abenteuerfilme 1919-1945«, in: Bock, Hans-M/Jacobsen, Wolfgang / Schöning, Jörg (Hg.): Triviale Tropen. Exotische Reise- und Abenteuerfilme aus Deutschland 1919-1939, München: edition text + kritik 1997, S. 195-206, bes. S. 200. Hier firmiert *Opium* wiederum unter der Rubrik »Asien«.

50 Zum Konnex fremde Substanzen – Sexualität – Nervenleiden vgl. Radkau, Joachim: Das Zeitalter der Nervosität: Deutschland zwischen Bismarck und Hitler, München/Wien: Carl Hanser Verlag 1998.

51 Zum Dispositiv der Sexualität vgl. Foucault: Sexualität und Wahrheit, weiterführend Laqueur, Thomas: Making Sex: Body and Gender from the Greeks to Freud, Cambridge, MA: Harvard University Press 1990. Speziell für die USA vgl. Emilio, John d'/Freedman, Estelle (Hg.): Intimate Matters. A History of Sexuality in America, Chicago: University of Chicago Press 1998. Für Deutschland vgl. Herzog, Dagmar (Hg.): Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, München: Verlag C. H. Beck 2005, Dickinson, Edward R.: »Reflections on Feminism and Monism in the Kaiserreich, 1900-1913«, in: Central European History 34 (2001), Nr. 2, S. 191-230 sowie ders.: »A Dark Impenetrable Wall of Complete Incomprehensions: The Impossibility of Heterosexual Love in Imperial Germany«, in: Central European History 40 (2007), Nr. 3, S. 467-497.

52 Vgl. Sedgwick (1990): Epistemology of the Closet.

dieser Grenzlinien wie Abhängigkeit, Übergriffe, gewaltsames Eindringen, Aufbrechen und Erweitern hervorrufen. Bei der Herstellung dieser Kontur eines Anthropomorphen ist zudem das Individuelle auf das Kollektive skalierbar und umgekehrt.

Drogen dienten im Diskurs europäischer Modernen als Ware, Stoff, Medium und Sinnmuster für die Konturen des nationalen »body politic«, abgrenzend zu einem »fremden« Territorium, einer »fremden« Nation beziehungsweise Kultur.⁵³ Die durch sie hervorgerufenen Bedeutungen wurden, neben »gesund« – »krank« und »natürlich« – »künstlich«, insbesondere durch die Binarismen »frei(willig)« – »abhängig«, »belebend« – »sedierend« sowie »aktiv« – »passiv« strukturiert. Insofern es darin um Fantasien und Ängste des Durchdringens, Manipulierens, Verführens sowie des Ausscheidens, Modifizierens und Erweiterns ging, waren nicht nur die Konturen des hierdurch konstituierten Anthropomorphen instabil. Vielmehr war dieses für die substituierende Darstellung von Sexualität und Orientalismus⁵⁴ sehr durchlässig.⁵⁵ Mit diesen und durch diese binär organisierten mehrfachen Verweisstrukturen ließen sich zudem Raumverhältnisse gestalten, die wiederum die Konturen des Anthropomorphen selbst uneindeutig, unübersehbar, daher im Sinne einer Strategie der raumzeitlichen »camouflage« un/intelligibel machen konnten.

Für die Produktion eines solcher Art medial erzeugten Technisch-Anthropomorphen steht *Opium*, worin Drogen, Sexualität und »Orient« in einem speziellen Raumzeitverhältnis aufeinander verwiesen sind und sich gegenseitig camouflageartig decken, dessen Konturen zugleich über den Binarismus von »Schein« und »Realität« als un/mögliche Grenze der Sichtbarkeit von [männlichem] Begehren und Evidenz per se verhandelt wird. Männliche nicht-heterosexuelle Sexualität und Begehren sind eben gerade nicht an die Repräsentation von Figuren gebunden. Begehren artikuliert sich vielmehr durch rauschinduzierte Entgrenzungsfantasien, die mit entsprechenden Bildmodi visualisiert und erlebbar gemacht werden, wobei die diegetischen und von den Figuren wahrgenommenen Grenzen von »Realität« und »Schein« zunehmend instabil werden. Darauf werde ich mich in der folgenden detaillierteren Veranschaulichung fokussieren.

Mit *Opium* produzierte die Berliner Monumental-Filmwerke GmbH einen immens erfolgreichen [Stumm-]Film. Er wurde noch vor seiner Uraufführung am 29. Januar 1919 im Düsseldorfer Residenztheater zensiert. Eine erneute Zensur erfolgte im Jahr 1921.

53 Vgl. Berridge, Virginia/Edwards, Griffith: *Opium and the People: Opiate Use in Nineteenth-Century England*, New Haven: Yale University Press 1987, Yangwen, Zheng: *The Social Life of Opium in China*, Cambridge: Cambridge University Press 2005 sowie Hickman, Timothy A.: *The Secret Leprosy of Modern Days. Narcotic Addiction and Cultural Crisis in the United States, 1870-1920*, Amherst: University of Massachusetts Press 2007.

54 Vgl. Said, Edward: *Orientalismus*, Frankfurt a.M.: Ullstein Verlag 1981 sowie erneut Bhabha: *Die Verortung der Kultur. Zum exotistischen Film* vgl. Struck, Wolfgang: »Die Geburt des Abenteurers aus dem Geist des Kolonialismus. Exotistische Filme in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg«, in: Kundrus, Birte (Hg.), *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*, Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag 2003, S. 263-281 sowie ders.: *Die Eroberung der Phantasie. Kolonialismus, Literatur und Film zwischen deutschem Kaiserreich und Weimarer Republik*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010.

55 Vgl. Marschall, Susanne: *Farbe im Kino*, Marburg: Schären Verlag 2005, Kupfer, Alexander: *Die künstlichen Paradiese. Rausch und Realität seit der Romantik. Ein Handbuch*, Stuttgart/Weimar: J. B. Metzler 1996 sowie erneut Sedgwick (1990): *Epistemology of the Closet*, S. 172.

Laut Begründung thematisierte der Film zwar ein gesellschaftlich relevantes Thema, nämlich Drogenkonsum, dieses allerdings viel zu reißerisch.

Um an dieser Stelle ein kurzes Resümee des Plots zu geben: Der ›britische‹ Arzt Dr. Gesellius (Eduard von Winterstein) forscht über Opium in ›China‹ und gründet nach seiner Rückkehr zu Hause in England eine Klinik für Suchtkranke. Sein Assistenzarzt, Richard (Conrad Veidt), Sohn des verschollenen befreundeten Arztes Armstrong (Friedrich Kühne), den Gesellius wie seinen eigenen großzieht, bringt sich um, weil er eine Affäre mit Gesellius' Frau, Maria (Hanna Ralph), einging, für die er sich unerträglich schuldig fühlt. Gesellius träumt dabei kurz zuvor im Opiumrausch, dass er Richard selbst ermordet habe. Daraufhin reist er nach ›Indien‹ ab, wo er sich völlig dem Drogenkonsum hingibt. Als gebrochener Mann und körperlich zerrüttet, kehrt er nach vielen Jahren nach ›England‹ zurück, wo er in seiner Klinik von seiner Frau und dem in der ›Heimat‹ aufgetauchten Freund und Arzt, Armstrong, nun Leiter der Klinik, gepflegt wird und seinen Tod erwartet.

Die Handlung spielt sich an drei geografischen Orten ab, erst ist sie in ›China‹ angesiedelt, dann in ›England‹. Anschließend geht es nach ›Indien‹. Am Ende des Films befinden sich alle Figuren wieder in ›England‹.⁵⁶

Als Arzt ist Gesellius zugleich Reisender. Das kennzeichnet ihn von vorneherein als imperialistisches Subjekt, das sich Wissen über ›fremde‹ Länder und deren Kulturen sowie über ›fremde‹ Substanzen aneignet. Insofern ist er nicht nur Arzt, sondern zudem auch (Er-)Forscher/Eroberer. Darin geht aber sein Status nicht auf, sondern er unterzieht sich dort, wohin er reist, zudem einem doppelten Selbstexperiment: Er taucht in die ›fremden‹ Kulturen ein, wie er auch die ›fremden‹ Substanzen konsumiert. Damit ist die Position eines rationalen Wissenssubjekts mit der eines orientalisierten Subjekts bereits eingangs verknüpft. Die Einnahme von Drogen in ›fremden‹ Ländern passivisiert ihn quasi-ontologisch. Die geografischen Orte, jene ›fernen‹ Ziele seiner Reisen stellen Orte dar zur temporären Überschreitung männlicher Handlungs- und Umgangsweisen, die in heimischen Gefilden sanktioniert oder zumindest sozial geächtet sind.⁵⁷

So, wie Gesellius bereits als Figur in sich doppelt binär angelegt ist, lässt sich auch die klare Trennung zwischen ›Heimat‹ und ›Fremde‹ nicht aufrechterhalten. Die ›fremde‹ Droge als Stoff, Medium und Sinnmuster ›wirkt‹ schon immer sowohl im ›Eigenen‹ als auch im ›Fremden‹. Gesellius' Drogenkonsum vollzieht sich nicht nur nicht erstmalig ›in der Fremde‹, wovon die Anwesenheit seines ›indischen‹ Dieners zeugt, sondern

56 Die szenische Ausgestaltung der ›fremden‹ Länder lebt dabei augenscheinlich vom Kino der Attraktionen und ist stark durch »surface aesthetics« geprägt. Der Begriff stammt von Sabine Haenni, die damit eine rassifizierende Ästhetik meint, die die Differenz von Darstellung und bezeichneter Welt nicht leugnet, sondern bewusst zur Schau stellt, insbesondere, wenn es um die angeblich ›authentische‹ Darstellung von ›Fremdem‹ geht. Vgl. Haenni, Sabine: *The Immigrant Scene Ethnic Amusements in New York 1880-1920*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press 2007. Auch die Figuren müssen teilweise in dieser Perspektive betrachtet werden. Insbesondere das »black-facing« der Figur des ›indischen Dieners‹ Ali (Alexander Delbosq) ist aus heutiger Sicht in ihrer ignoranten rassifizierenden Selbstverständlichkeit nur schwer erträglich.

57 Vgl. Sedgwick, Eve K.: *Between Men. English Literature and Male Homosocial Desire*. New York: Columbia University Press 1985, bes. S. 189f.

auch in der ›Heimat‹. Im Inneren der ›Heimat‹ zeigt sich die Destabilisierung *jeglicher* Grenze gerade auf dem Terrain der Biopolitik und des Sexualitätsdispositivs, insofern die ödipale Familie auseinanderbricht, da offenbar viele britische Männer ihrer Sehnsucht nach ›der Fremde‹ nachgeben.

Struktur und Inhalt von Gesellius' Räuschen sind dabei jeweils an die verschiedenen Einnahmepraktiken in den verschiedenen Ländern geknüpft. Unter bestimmten geografischen und kulturellen Bedingungen hat das Opium verschiedene Auswirkungen auf seinen Körper, sein Begehren und seine Identität. Insofern es dabei um die Problematisierung seines Status als rationales und/oder empfindsames, aktives und/oder passives Subjekt geht, sind die Entgrenzungszustände an die Frage nach seiner Wahrnehmung, seiner Wahrheit im Speziellen, nach Wahrnehmung und Wahrheit per se verknüpft. Mit dem Binarismus ›eigen‹ und ›fremd‹ wird daher auch die grundsätzliche Un/möglichkeit orchestriert, nicht nur ›innen‹ von ›außen‹, sondern auch ›Schein‹ und ›Realität‹ nicht eindeutig voneinander trennen zu können, was von verschiedenen Bild- und Inszenierungsmodi gestützt wird. So gilt auch Gesellius' alter Studienfreund, Armstrong, zu Beginn des Films als ›in der Fremde‹ aufgrund seiner Drogensucht verschollen. Nach langer Zeit, etwa in der Mitte des Films, taucht er körperlich und geistig zerrüttet in England auf. Er besitzt eine hybride, durch »race« strukturierte Familie, insofern er in China mit einer Chinesin ein uneheliches Kind, Sin (Sybill Morel), zeugte, während er mit seiner britischen Ehefrau, die abwesend ist, ihren Sohn Richard bekam. Erst auf den zweiten Blick werden die thematischen Übereinstimmungen zwischen den beiden Familien deutlich. Deren negative Auswirkungen bezüglich den ›Gefahren in der Fremde‹ sowie der damit verbundenen ›heimischen Probleme‹ werden als abschreckendes Beispiel dem Filmpublikum deutlich vor Augen geführt. Während das filmische Narrativ vorwiegend durch Gesellius' ›Verfallsentwicklung‹ strukturiert ist, wird Armstrongs Geschichte nur punktuell verhandelt. Da Gesellius am Ende des Films als physisches und psychisches Wrack in die ›Heimat‹ zurückkehrt, scheint sich hier Armstrongs Schicksal zu wiederholen. Neben Armstrongs Rehabilitation, besteht der wesentliche Unterschied beider ›Fälle‹ darin, dass die visuelle Inszenierungsweise von Gesellius' rauschinduzierten Entgrenzungen die Sehnsucht und das Begehren auf ein anderes Geschlecht lenken.

Dies zeigt sich bereits in der ersten gezeigten Episode, die in China spielt. Dort hält der Chineser Nung-Tschang Gesellius in seiner Opiumhöhle gefangen und zwingt ihn zum Opiumrauchen: »Sie werden diesen Raum nicht mehr lebend verlassen!« (Zwischentitel) »Rauchen Sie! Sie werden keine Schmerzen, keinen Hunger, keine Langeweile, noch Verzweiflung fühlen ...« (Zwischentitel) »Mein Opium trägt Sie über alle Härten des Todes hinweg.« (Zwischentitel) Die beiden Figuren sitzen dabei nebeneinander. Statt dass nun aber Gesellius' Opiumrausch visualisiert würde, berichtet ihm Nung-Tschang aus seinem Leben: »Sie sollen meine Liebe für die Europäer verstehen.« (Zwischentitel) Er erzählt, wie eines Tages ein Europäer in seiner Teestube auftauchte, was als Rückblick gestaltet ist.

Man sieht in einer Totalen einen belebten chinesischen Markt. Im Bildvordergrund befindet sich im Freien ein Podest, auf dem Tischchen stehen, an denen Figuren auf dem Boden sitzen. Ein Europäer in klischeehafter Safarikleidung sitzt unter ihnen, der von einer Chinesin, Nung-Tschangs Frau, bedient wird und ihr die Hand küsst. »Zu un-

seren Gästen zählte ein bekannter europäischer Arzt« (Zwischentitel). »Er hatte Weib und Kind in seiner Heimat und trotzdem ...« (Zwischentitel). Man sieht nun, wie sich Armstrong und Nung-Tschangs Frau im Profil küssen. Vor ihnen kauert unbemerkt im Bildvordergrund ein verzweifelter Nung-Tschang: »...alles zerbrach Glück und Ehre...« (Zwischentitel). Mit Haenni ist hier von einer »fake fiction« zu sprechen, insofern das zeitgenössische Publikum wusste, dass es sich um kein »reales« chinesisches Viertel handelte. Es sollte aber an der exotistischen Opulenz einer solchen Inszenierung partizipieren können. Die meist geschäftigen »echten« »Chines:innen« im Bildhintergrund dienen in der Tat in ihrer Entindividualisierung als ausgestelltes Dekor. Das Café wiederum als Treffpunkt von »Ost« und »West« fungiert als Aufführungsort einer interkulturellen Erotik (»interracial« Kuss), die vom weißen europäischen Publikum faszinierend begutachtet werden konnte. Zugleich wurde sie, ebenfalls zur Abschreckung, als für beide Kulturen übel ausgehende Rassifizierung markiert. Die Affäre Armstrongs mit Nung-Tschangs Frau, aus der Sin geboren wird, ist demnach zwar deutlich heterosexuell ausgerichtet, gerade darin aber negativ konnotiert, weil illegalisiert.⁵⁸ Die Möglichkeiten des imperialen Subjekts, mit Identität und Sexualität zu experimentieren, werden hier über »race« als »abweichend« ausgewiesen und heterosexuell kanalisiert. Wenn Armstrong zurückkehrt, wird ihm die erfolgreiche »Heilung« mit dem Posten des Klinikleiters vergütet. Er ist zwar rehabilitiert, als »Brandmal« ist aber seine Familie nicht vollständig restituierbar.

Nung-Tschang verkörpert die »yellow peril«, was sich zeigt, indem er als »übermenschliche«, das heißt überindividuelle Macht überall während des gesamten Films auftaucht, ähnlich der Droge selbst. In dieser Funktion verführt und verheert er Individuen und damit auch Familien gleichermaßen. Die (individuelle) Korruption des Anderen über das Geschlecht (Armstrongs Affäre mit Nung-Tschangs Ehefrau) wird demnach mit der (allgemeinen, universellen) Korruption des Anderen durch die Droge (Armstrong, Gesellius, alle Briten) konterkariert. Dies macht nicht nur deren Konnex sichtbar, sondern potenziert auch die Varianten sozialer und sexueller »Entgleisungen« und »Abweichungen«.

Im Falle von Gesellius wird der Konnex von Droge, Verführung, Begehren kinematografisch sichtbar gemacht, indem er als In/Stabilität der Grenze nicht nur zwischen »fremd« und »eigen«, sondern besonders von »innen« und »außen« sowie von »Schein« und »Realität« wieder-aufgeführt wird. Er ist eingangs bereits Opiumkonsument und bringt den Stoff sowie die Sucht in die »heimischen Gefilde« wieder mit zurück. Kinematografisch wird der drogeninduzierte Rausch und die damit verbundenen Entgrenzungszustände an Gesellius' Perspektive und Wahrnehmung angelehnt. Allerdings fallen sie mit dieser nicht vollständig in eins.⁵⁹

Bevor ich auf die Inszenierung dieser Räusche näher eingehe, muss ich noch erwähnen, welches Programm Gesellius mit seiner Klinik verfolgt. Hierzu erklärt er in einem

58 Vgl. Berridge/Edwards [o. Jahr]: *Opium and the People*.

59 Ein wichtiges Kriterium hierfür ist, dass die zentralen, wiederkehrenden Bilder der Räusche bereits in der Titelsequenz des Films eingesetzt werden, wo sie eben noch keinem »inneren« »psychischen« Zustand eines individuellen Subjekts zugeordnet sind. Diese sind erweitert um eine appellative, direkt an das Publikum gerichtete Mahnung und Warnung vor den Folgen des Drogenkonsums.

öffentlichen Vortrag an einer Universität vor europäischem, männlichem bourgeoisem Publikum, dass dort Menschen aufgefangen werden sollen, die sich dem Opium aus Gründen der Seelenermattung angesichts einer freud- oder glücklosen Existenz hingaben. Diese erscheint als universalisiertes Los ›der Menschheit‹, dessen Ursachen er jedoch nicht benennt. Drogenkonsum bildet die Option, dieser überindividuellen unverschuldeten Misere zu entkommen. Sie besonders bedeutsam, weil sie eine ›Verbesserung‹ seelisch-psychischer Zustände verspricht. ›Glück‹ ist hier eindeutig ein ›natürlicher‹, weil ›ursprünglicher‹ Zustand, den die Droge ›künstlich‹ zu erzeugen verspricht. Der von Gesellius verwendete Begriff vom »Rausch des Glückes« impliziert, dass es sich dabei um nicht-authentisches Glück handelt. Indem er den Binarismus von ›natürlich‹ – ›künstlich‹ mit Bezug auf psychische und physische Körperbedürfnisse aufwirft, sagt die angesprochene Unterscheidung von ›wahrem‹ und ›falschem‹ Glück etwas über die Natürlichkeit dieser Körperzustände per se aus.⁶⁰ Damit universalisiert er das Thema des Glücks, indem das eventuell ›falsche‹ Glück unter einzelnen Gleichen (minorisiertes ›homo‹) unter dem allgemeinen Glück aller (universalisiertes ›gleich‹) subsumiert werden soll.

Der binäre Doppelstatus von Gesellius als Wissenssubjekt und orientalisiertes Subjekt, die Vereinigung von Aktiv und Passiv in seiner Persona, wirkt sich nun direkt auf die Möglichkeitsbedingung dieses Projekts aus. Denn in Gesellius' wissenschaftlich-rationaler Performanz ist das psychische und physische Verlangen nach dem künstlichen Zustand immer schon impliziert. Willentliches Wollen ist demnach nicht eindeutig von dem Verlangen nach den Drogen, vom Begehren nach ›künstlich‹ herbeigeführten, passiven Rauschzuständen zu trennen. Folglich ist wiederum der willentlich angestrebte ›Zustand des Glücks‹ ohne dieses Verlangen nicht denkbar. Auf ihn selbst gewendet, will er als rationales Subjekt etwas aus sich entfernen, das eben kein ›künstlicher‹, von außen stammender Teil – eine ›fremde Substanz‹ – ist, sondern intrinsisch zu ihm gehört, da es sich um sein eigenes Verlangen, sein Begehren handelt.

Vor dem Hintergrund dieser epistemologischen Bedingungen lassen sich die zugleich ungewollten und gewünschten ›künstlichen Zustände‹ und ihre Inszenierungsweisen beleuchten. Im gesamten Film werden vier Rauschzustände inszeniert, einmal in ›China‹, einmal in ›Indien‹, zwei in ›England‹ (in der Klinik). Der erste Rausch, der im Film gezeigt wird, ist eingebettet in die bereits erwähnte Episode um Gesellius' Gefangennahme in Nung-Tschangs Opiumhöhle, er findet jedoch zu einem späteren Zeitpunkt statt, nachdem nämlich Sin mit Gesellius' Hilfe aus ›China‹ floh. Nung-Tschang erneuert daraufhin seinen Racheschwur: »Tod dem Europäer. Ihr entgeht meiner Rache nicht!« [...] »Wie er, der Schurke, mir einst das Liebste nahm, so will ich Euch nehmen, was Euch das Liebste ist.« (Zwischentitel) Die Mise-En-Scène bedient sich wiederum der »surface aesthetics« mit vielen Stereotypen. Das deutsche Filmpublikum soll in diese ›exotische‹ Szene einer ›Opiumhöhle‹ aus der Distanz risikolos eintauchen können, deren Reize einerseits ebenso ›künstlich‹ wie faszinierend sind. Die Geschlechtergrenzen (Besucher, Tänzerinnen) sind in der Höhle relativ durchlässig. Seiner Freiheit be-

60 Vgl. hierzu erneut Sedgwick (1990): Epistemology of the Closet, die die Notwendigkeit, ›unnatürliche‹ Bedürfnisse von einem angeblich ›natürlichen‹ Begehren abgrenzen zu wollen, so einschätzt, dass »desire must necessarily throw into question the naturalness of any desire.« Ebd., S. 172.

raubt, beginnt Gesellius dort in einem kleinen Hinterzimmer, auf einer Pritsche liegend, Opium zu rauchen.

Sobald der Rausch einsetzt, wartet der Film mit einer Wiederholung auf, nämlich der Bilder der Titelsequenz: unscharfe Aufnahmen von jungen Frauen in transparenten, antik anmutenden Gewändern, die sich rhythmisch hin- und herwiegen und tanzen, unterbrochen von einer negativen, auf dem Kopf stehenden Überblendung, die eine Kamerafahrt an Bäumen entlang zeigt. Diese Bildanordnungen erschweren enorm die raumzeitliche Orientierung. Sie werden erweitert um Szenen mit männlichen Figuren, Faune eventuell, die die Nymphen ›in der Natur‹ necken und jagen, ergänzt um Bilder von einem Boot mit dionysischen Figuren darin, welches an einem Ufer entlang gleitet, an dessen Böschung eine größere Gruppe Nymphen die Arme schwingt, bis hin zu zwei reitenden, beinahe nackten Nymphen. Darüber läuft zu Beginn der Szene ein Textband, welches die Worte der Titelsequenz wiederholt: »Opium, seltsamstes aller Gifte, du Wohltäter der schmerzgepeinigten Kranken – gütig und furchtbar zugleich! Wehe den unglücklichen, die deinen Lockungen erliegen«. In die Rauschbilder ist ein Zwischentitel eingeschoben mit den Worten: »Durch alle Träume aber dringt die Sehnsucht nach Frau und Kind, die er über alles liebt, nach der Heimat«.

Die Inhalte der Szene entstammen den *Tableaux Vivants* des 19. Jahrhunderts, worin körperliche Nacktheit mittels Rahmung durch antike Symbolik abgemildert wurde.⁶¹ Diese werden hier deutlich überschritten, insofern es sich einmal um sogenannte Naturaufnahmen handelt, die gleichzeitig bereits aus der ›Mottenkiste‹ der Filmtricks stammen, sodass der Effekt erotisch betonter Nacktheit durch die Kinematografie genauso deutlich erzeugt, wie diese dabei reguliert wird. Diese Bilder drücken nicht eins zu eins Gesellius' ›inneren‹ Zustand aus, sondern stehen in ihrer ausgestellten kinematografischen Gemachtheit für visualisierte Erotik und Sexualität. Sie sind weder einem Einzelbewusstsein zuzuordnen, wie sie inhaltlich und technisch nicht originär sind. Diese Erotik ist, in erster Abweichung zur Titelsequenz, augenscheinlich nicht mehr exklusiv heterosexuell ausgerichtet, das heißt, sie hat sich im Status des Tabuisierten gesteigert. In ihrer ›Verzerrung‹ dient sie als Warnung für eventuelle sexuelle ›Entgleisungen‹ durch Drogenkonsum und zur visuell-erotischen Verführung, zur ›Animation‹ des Filmpublikums. Diese Szenen ›simulieren‹ quasi Sog und Bann der Droge, wie sie zugleich die Suggestivkraft des filmischen visuellen Feldes feiern. Wie die Droge wirkt der kinematografisch induzierte Rausch psychisch, körperlich und sexuell entgrenzend, ist in seiner Verführungskraft ebenso ›künstlich‹ herbeigeführt wie verderblich, geradezu ›widernatürlich‹ wirkt demgegenüber der moralinsaure Hinweis auf das Leid von Dritten wie das der Familie.

Im Anschluss daran sehen wir eine kurze Szene, in der Maria die Tochter auf dem Arm trägt. Beide Figuren stehen im Garten, blicken direkt in die Kamera und winken

61 Zu den *Tableaux Vivants* sowie zur künstlerischen Strategie der Camouflage mittels antiker Motive vgl. Ricci, Fabio: Ritter, Tod und Eros: die Kunst Elisàr von Kupffers (1872-1942), Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2007 sowie Möhring, Maren: Marmorleiber. Körperbildung in der deutschen Nacktkultur (1890-1930), Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2004. Die Erotik grenzt eng an Bildcodierungen des späteren Stag-Movie an. Vgl. hierzu erneut Williams (1999): Hardcore.

ihr zu. Hierfür wurden Außenaufnahmen verwendet, sodass sie quasi-dokumentarischen Status erhalten. Der direkte Blick in die Kamera ist hier den Aufnahmen von Home-Movies entlehnt.⁶² Es scheint, als substituiere die Kamera den (doppelt) abwesenden Vater. Im Kontext fungieren die Bilder jedoch nicht wie eine Subjektive, sondern repräsentieren dokumentarische »remainder«, die fremdkörperartig in Gesellius' Drogenrausch einbrechen. Sie bilden die legitimierende, jedoch ausgeschlossene Ermöglichungsbedingung der chaotischen, »verbotenen« Rauschfantasie, auf deren Basis überhaupt erst ein »fantasierter«, »fremder« Ort der Entgrenzung von Identität, Verlangen und Begehren entsteht. Folglich ist der Inhalt des Rauschs zunächst einmal mit dem koextensiv, was ihn hervorbringt: dem Verlangen, dem Begehren per se. Daher lässt sich diesbezüglich in diesem ersten Rausch lediglich eine Vervielfältigung »verbotener« sexueller Zustände, Möglichkeiten und Begehren ausmachen.

Den zweiten Rauschzustand erfährt Gesellius in seiner Klinik. Er ist eingebettet in die Episode um die Affäre Marias mit Richard sowie dessen Sturz vom Pferd und anschließendem Selbstmord. Nach der Flucht mit Sin aus »China« verbreitet Gesellius seinen Plan für die Klinik (»Haus des Glücks«). Dieses idyllisch dargestellte Zuhause wird nun in Form eines romanvorlagenhaften ödipalen und sexuellen Übertritts gestört: Ziehsohn und Ehefrau beginnen in Abwesenheit des Hausherrn eine Affäre. Gesellius erfährt davon, da er zufällig in der Nähe von Richards Krankenzimmer, der erfolglos durch einen Sturz vom Pferd Suizid begehen wollte, ein diesbezügliches Gespräch zwischen diesem und seiner Ehefrau belauscht. Anstatt aber jene zur Rede zu stellen, greift Gesellius daraufhin lieber umgehend zum Opium (Zwischentitel: »Seiner Tatkraft beraubt, verwirrt durch die auf ihn herniedersausenden Schicksalsschläge greift der Gelehrte zu dem Gifte. Dessen Bekämpfung bisher sein Lebensziel war.«). Gesellius befindet sich für das Erleben des Entgrenzungszustands in seinem Schreibzimmer. Der Rausch beschert ihm dieses Mal nur zu Beginn Nymphen und Faune wie in der Titelsequenz. Diese werden rasch und merklich von Bildern überblendet, die Gesellius wie zuvor in seinem Studio zeigen. Allerdings geht er erregt auf und ab, wobei er sich über Richard entrüstet: »Meine Ruhe, mein Glück durch ihn vernichtet – er muss sterben ...« (Zwischentitel). Er steht vom Stuhl auf, geht ins Krankenzimmer, wo er Richard erwürgt. Dann schleppt er ihn durch den Gang der Klinik. Durch eine Überblendung befinden sich beide abrupt am nächtlichen See, wo Gesellius Richards Leiche hinter sich herschleift und in der Erde verscharrt. Anschließend sieht man ihn wieder in der Schreibstube am Tisch eingenickt, eine Schwester kommt ihn wecken.

Nicht nur werden hier fiktionale Realität (»England«, Klinik, Schreibzimmer) und Rausch (Titelsequenz mit leicht bekleideten Mädchen) kinematografisch übereinander geblendet. Vielmehr wird zudem die Grenze zwischen »objektivem« Inhalt und »subjektiver« Erfahrung niedergerissen: Gesellius wird sowohl zum Objekt in seinem Traum als auch dessen Handlungssubjekt; er sieht sich quasi selbst beim Handeln zu. Der Inhalt des Rauschs, der Mord an Richard nämlich, erscheint als Resultat der Entgrenzung. Die Bilder besitzen aber einen »realistischen« Status, sie sind nicht der Ästhetik der »fake fiction« einer exotistischen Fantasie nachempfunden. Es lässt sich nicht entscheiden,

62 Vgl. zur Geschichte des Home-Movies Kuball, Mischa: Familienkino. Geschichte des Amateur-Films in Deutschland, Band 2, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag 1980.

ob das Gesehene Inhalt eines Rauschs und daher nicht geschehen ist oder ob wir eine Tat sehen, die eben vom Täter in einem Zustand ausgeführt wurde, der sich der Kontrolle seines freien Willens entzieht, spricht eine unbewusste Handlung. Sie dient für das Publikum als veritables Abschreckungsmanöver, das die rauschinduzierte Entgrenzung merklich als moralisch-juristischen Übertritt im ›Heimischen‹ markiert. Die durch den Bildstatus erzeugte Un/unterscheidbarkeit von ›Realität‹ und ›Wahn‹ unterläuft aber nicht bloß die Grenze zwischen ›Realität‹ und ›Schein‹. Sie affiziert auch die Trennlinie zwischen einem (psychischen) ›Innen‹ und ›Außen‹. Diese Un/eindeutigkeit wirft die Frage auf, ob Gesellius nun ›wirklich‹ Richard etwas angetan (aktive Variante) oder dies nur geträumt hat (passive Variante). Mit der potenziellen Un/möglichkeit dieser Trennung wird die Grenze zwischen aktivem, freiem Willen und unfreiwilliger, passiver Hingabe problematisiert, die wiederum an Gesellius' Status als imperialistisches Willenssubjekt gebunden ist, welches sich gleichzeitig passiv ›fremden Einflüssen‹ hingibt. Der Binarismus ›eigen‹ – ›fremd‹ wird hier nochmals reorganisiert, insofern die in der ›heimischen‹ Umgebung erfolgende Entgrenzung durch die Einnahme der ›künstlichen‹ Substanz der Droge jegliche Art der Referenz zu dieser Tat seitens Gesellius veruneindeutigt, wie sie zugleich Realität und Schein *ist*. Der »impact« dieses Kollapses produziert die Gewalttat am doppelt codierten ›Eigenen‹ (›Ziehsohn‹, ›Brite‹), welches zugleich als ›anders‹ (›empfindsam‹) markiert ist, auch wenn der Film durch die Dreieckskonstellation ein heterosexuelles Begehren behauptet. Der ›heimische‹ Kontext befördert durch die mittels Rausch erzeugte Entgrenzung ein Begehren, nicht nach dem ›Fremden‹, das man aufgrund seiner Alterität ganz unproblematisch genießen und wieder ausscheiden kann. Vielmehr wird das hier im Rausch begehrte ›Eigene‹ so bedrohlich, dass man es nur retten kann. Der Zusammenbruch von ›innen‹ und ›außen‹, von ›subjektivem‹ und ›objektivem‹ Standpunkt, der die Differenz von ›natürlich‹ (›eigen‹) und ›künstlich‹ (›fremd‹) unterläuft, offenbart die ›Künstlichkeit‹ des Begehrens als Qualität eines Subjekts/Objekts. Dies erfolgt im visuellen Modus einer psychischen Halluzination. Diese macht den Charakter ihrer Konstruktion jedoch nicht minder deutlich, als die exotistische Schaubudenästhetik der orientalistischen Fantasie.

Vor dieser epistemologischen Folie kann man sagen, dass der ›real-fiktive‹ Tod der Figur Richards konstitutiv für den Zusammenbruch der kohärenten Fantasie von ›realer‹ Heimat ist: Obwohl er letztlich Richards Tod faktisch nicht verantworten muss, flieht er dennoch nach ›Indien‹. Die diesen Zusammenbruch begründende gewaltförmige Szene der Nichterfüllung macht das ›Heimische‹ als ›Realfiktion‹ offenbar unlebar. Gesellius' Flucht ist in diesem Licht als Steigerung seines Verlangens nach einer ganzheitlichen Ermöglichungsform seines ›künstlichen‹, sprich ›widernatürlichen‹ Begehrens zu interpretieren. Und in der Tat entpuppt sich ›Indien‹ als inszenierte Steigerungsform des Exotischen gegenüber ›China‹ mit höherer Immersionskraft: Zur Ansicht präsentiert der Film Elefanten und auf ihnen ›exotisch‹ kostümierte ›blacks‹; ›exotisch‹ gekleidete Tänzerinnen. Es sticht die Opulenz der Bauten und des Settings ins Auge: Festsaal im Palast des Maharadschas; ein Basar; der ›Harem‹ des ›Maharadschas‹. Diese Orte signalisieren in ihrer ›künstlichen‹ Exotik auch ›künstliche‹ Erotik. Die ›surface aesthetics‹ ›Indiens‹ ist mit dem fiktionalen geografischen ›Indien‹ koextensiv.

Narrativ betrachtet, grenzt der hier inszenierte Rausch an die Episode von Gesellius' an. Er findet im Kontext der Erzählung von seinem ›Absturz‹ in ›fremde Welten‹ und

der totalen Hingabe an das Opium statt. Das Ausmaß an ›Künstlichkeit‹ der Umgebung stellt dabei seinen Charakter als ›falsches Glück‹ deutlich zur Schau, sodass kaum noch eine Differenz zwischen einem ›künstlichen‹ Zustand und einer wie auch immer garteten ›Realität‹ existiert. Damit geht eine Intensivierung des Erlebens sowohl seitens der Zuschauer:innen als auch der Figur einher. Gesellius ist hier bereits so durchgängig »high«, dass er von den sozialen Ereignissen nichts mehr mitbekommt und bei Begegnungen mit Personen andere in sie hineinfantasiert. Der enthemmte Drogenkonsum wird dabei mittels zweier unterschiedlicher Modi der Entgrenzung angezeigt.

Einer davon ist der Opiumhöhle zugeordnet, also dem Ort, an dem normierte Handlungsweisen wie auch die Geschlechterrollen eh schon sehr gelockert sind, man sich zugleich aber in einer schützenden Gemeinschaft Gleichgesinnter befindet (»dope friends«). Konsum setzt der Film hier mit Passivität gleich. Der Inhalt des Rauschs beginnt mit den bekannten Bildern aus der Titelsequenz, blendet dann in eine Nahaufnahme einer Teufelsfratze über, gefolgt von der Nahaufnahme einer Frau, die sich mit blankem Busen in die Kamera dreht. In einer Halbtotale sehen wir dann Gesellius, den zwei Nymphen unterhaken, hinter ihnen die Teufelsgestalt. Nach einem Schwenk über den See in Abenddämmerung springen die Nymphen durchs Bild, von denen eine vom Teufel ins Gebüsch entführt wird. Anschließend sehen wir diesen auf einer Ziege reiten, im Hintergrund vollzieht sich ein Bacchanal. Wenn auch noch zurückhaltend, ist Gesellius hier in seine rauschinduzierte Fantasie eingetreten. In diesem visuellen Modus taucht er zum ersten Mal als Figur auf, wodurch er auch darin nicht nur zum Subjekt/Objekt seiner aktiven und passiven Handlungen, sondern auch noch uneindeutiger wird, auf welche Objekte/Subjekte diese sowie sein Begehren innerhalb dieser augenscheinlich erotisch »verwirrten« Szenerie gerichtet sind.

Diesem Rausch folgt eine Szene, in der Sin in einer Beichte Gesellius gegenüber die Schuld an Richards Tod auf sich nimmt, woraufhin er sie bedrängt und zu erwürgen versucht: »So habe ich durch dich sie verloren – alles verloren.« (Zwischentitel). Daraufhin stürzt er auf den Ball des Maharadschas: »Aufgepeitscht durch das Gift, lässt sich Gesellius auf das Abenteuer mit der Fürstin ein.« (Zwischentitel) Bei der Begegnung mit jener hält Gesellius die Fürstin für seine Frau Maria. Dort also, wo sich das ›Außen‹ auf dem Höhepunkt der »surface aesthetics« befindet und bereits koextensiv mit dem Rauschzustand geworden ist, sprich die Grenzen zwischen ›innen‹ und ›außen‹, ›fremd‹ und ›eigen‹ sowie ›Realität‹ und ›Schein‹ aufgehoben sind, in der übersteigerten ›Künstlichkeit‹, die die ›Realität‹ ist, lässt sich Gesellius auf eine intime Begegnung ein, die explizit heterosexuell gelagert ist. Da es sich offenbar nach gesellschaftlicher Konvention auch in ›Indien‹ um eine gesellschaftliche Übertretung handelt, die sanktioniert werden muss, kostet Gesellius diese Liaison beinahe das Leben: Er muss vor der Gefolgschaft des Maharadschas fliehen, die ihn zu töten versucht.

Mit Sins und Alis Hilfe gelingt ihm die Flucht aus dem Palast, wobei er mehr und mehr die Kontrolle über die Umstände, seine Handlungen und deren Konsequenzen verliert und sich den Geschehnissen zunehmend ergibt. Gleichzeitig giert er immer stärker nach den Rauschzuständen, sodass er sofort erneut zur Opiumhöhle zurückkehrt. Dort werden die Inhalte im Entrückungszustand noch expliziter, sexualisierter. Nicht nur wird die Teufelsgestalt mit einer Nymphe intim, sondern zwei Nymphen küssen sich. Gesellius selbst fährt mit einem Boot am Ufer vorbei, an dem die halbnackten

Nymphen sich wiegen. Der gesteigerte Rauschzustand bringt durch die aufgehobene Trennlinie zwischen ›Realität‹ und ›Rausch‹, zwischen ›innen‹ und ›außen‹ zugleich eine gesteigerte Lockerung der Inhalte mit sich, die durch ihre Spezifizierung zwar partikularer und individueller, zugleich aber auch ›moralischer‹, weil ›widernatürlicher‹, und ›unpersönlicher‹ sind. Derweil spitzen sich die Gegebenheiten in der Stadt zu, Nun-Tschang zettelt einen Brand an, sodass die Bewohner:innen fliehen müssen. Die Intensivierung des Erlebens durch die Rauschzustände geht offenbar mit dem Aufflammen des Begehrens einher, welches nun auch explizit ›künstliche‹ Konstellationen zulässt. Sie wird mit der Dramatisierung der Zustände im Rahmen der exotistischen Fantasie parallelisiert. Die ›fremde Macht‹ Nun-Tschang bricht über ›Indien‹ herein,⁶³ zettelt einen Brand in der Stadt an, sodass die Bewohner:innen fliehen müssen und ›Indien‹ spektakulär in Flammen aufgeht. Die Steigerung des Rauschs scheint die Kohärenz der Fantasie in ihrer Gesamtheit zu affizieren, wobei der ›nicht-natürliche‹ Zustand der Entgrenzung kinematografisch verdeutlicht wird.

Die Entgrenzungsmomente, die Gesellius nicht in der Opiumhöhle, sondern während des Fests des Fürsten erlebt, folgen einer anderen Logik, verknüpft mit einer anderen Bildstrategie. Am exotistisch-erotisierten Ort des Fests, dem Palast und seinen Haremsräumen vollzieht sich Gesellius' Entgrenzung insbesondere mit Bezug zum Geschlecht als ›einfache‹ Projektion, wenn er die Fürstin mit seiner Frau verwechselt, was mit der altbekannten Technik der Überblendung herbeigeführt wird. Da hier die Fantasie des ›Fremden‹ mit der gezeigten Welt koextensiv ist, gibt es praktisch die Trennlinie von ›Rausch‹ und ›Realität‹ nicht, sodass weder sie noch der Status von Gesellius als Subjekt/Objekt problematisiert werden kann. Hier können ›künstliche‹ Begehren nicht unmittelbar zum Ausdruck gelangen. Gesellius wird nach diesen Räuschen ein zweites Mal festgenommen und einer ›einheimischen‹ Strafe unterzogen: Auf ein Pferd gebunden, wird er in den gefährlichen ›Dschungel‹ geschickt, wo bedrohliche Raubtiere auf ihn warten. Der Preis für das Bewohnen dieses ›künstlichen‹ ›fremden Paradieses‹ mündet, nachdem diese Fantasie zerbröckelt ist, somit in eine Abjektierung, die zum ›anderen‹ Ort der ›Zivilisation‹ führt, ins Herz des ›dunklen Kontinents‹, der so radikal anders ist, dass er das eigene Leben bedroht. Rückblickend mutet die Begegnung mit den in Indien nichtexistierenden zahmen Löwen aus dem Berliner Zoo komisch an, auf die Gesellius in dieser Sequenz trifft. Zeitgenössisch waren sie eine Attraktion. Sin ist Gesellius todesmutig auf einem Pferd gefolgt, sodass die beiden sich, nachdem Gesellius aus seiner Ohnmacht erwacht ist, gemeinsam durch den ›Dschungel‹ schlagen: ein Drogensüchtiger und eine Frau im tiefsten Herzen ›fremden‹ Nirgendwas – größere Passivität und Hilflosigkeit ist gar nicht denkbar, eine exotistisch-rassifizierte Repräsentation von Selbstaufgabe und Kontrollverlust aber auch nicht.

In diesem Bedrohungsszenario erscheint der ›indische Diener‹ Ali nun als Lichtgestalt und rettender Helfer. Er ist schließlich nicht nur ein Mann, sondern zudem ein ›Einheimischer‹, der sich mit den lokalen Lebensbedingungen offenbar bestens auskennt. Den angreifenden Löwen ringt er nieder. Gerettet wird er aber von Gesellius'

63 Er versucht dabei, Sin nach Hause zu holen, was er ihr mit folgender Eröffnung schmackhaft zu machen versucht: »Was willst du bei ihm [Gesellius, Anm. C. K.] – er liebt dich nicht.« (Zwischentitel)

Hand (an der Waffe). Hier verdichtet sich erneut die imperiale Konstellation. Zugleich erleben wir eine Figur in »black face« bei einer turbulenten Stuntnummer. Als »fremd« markierte Männlichkeit ist ein Effekt des Jahrmarkts und des Mediums Film. In diesem Teil der »anderen Szene« der exotistischen Fantasie werden die Begrenzungen einer durch Gender und race strukturierten, dabei asymmetrischen, triangulären Beziehung zwischen einer Frau und zwei Männern durchgespielt. Im Nirgendwo einer »nie gesehnen Welt« befindet sich eine hybride Familie, zwei junge Menschen, in untergeordneter Position, die zugleich Gesellius' Tochter und Sohn sein könnten, für die er eine paternalistische Verpflichtung fühlt. An diesem symbolträchtigen Ort vermeintlich jenseits aller Markierungen, sind die soziokulturellen Einschreibungen auf die drei Figuren reduziert. In dieser buchstäblichen und zugleich durch »blankness« übercodierten »Wüste« ermöglicht der Film, was im Rahmen heimischer Koordinaten nur negativ behandelt werden konnte. Die Reaktion Gesellius' auf Alis Rettungsversuch liest sich dementsprechend wie folgt: »Du bester, treuester aller Menschen, wir wollen nie mehr von einander gehen!« (Zwischentitel) Diesen Satz spricht er aus, wenn er ihn in einer Naheinstellung an seine Brust drückt und ihm dann ins Angesicht schaut, als wolle er ihn küssen. Just im Moment der Eröffnung bricht die »böse Macht« Nun-Tschang in diese Einöde ein, um sich zu rächen, indem er den Menschen das Liebste nimmt. Er bestätigt, indem er Ali einen Steilhang tödlich hinabstürzt, Gesellius' vorausgehende Aussage. Diesem bleibt letztlich nichts zu tun, als seinen geliebten Gefährten Ali zu betrauern. Er streicht ihm über den Kopf und küsst ihn in einer halbnahen Einstellung. Nicht wie im Fall Richards, tötet Gesellius hier im Rausch eigenhändig, was ihm das Liebste ist. Vielmehr ist es eine »fremde« böse Macht, die hier mit der Zerstörung der Kohärenz der exotistischen Fantasie auch noch die nicht-heterosexuelle Begehrens- beziehungsweise Beziehungskonstellation auf deren »anderer Szene« zerstört.

Abbildung 2: *Opium*, D 1918/19©



Opium, D 1918/19, Beta-Film GmbH, 2. Rolle 1148.36

Man kann diesen Tod als Sanktion durch den Film verstehen. Die Szene liest sich aber auch als Moment, in dem das ›natürlich/künstliche‹ Paradies, seine Funktion einer Ermöglichungsbedingung für den uneingeschränkten Genuss ›künstlicher‹ ›wider-natürlicher‹ Begehren verliert. Die letzte Sequenz spielt in ›England‹, und man könnte vermuten, dass im Film die Ordnung sowie sämtliche Trennlinien restituiert werden – aber: weit gefehlt.

Gesellius kehrt, von Sin begleitet, als Wrack in seine Klinik zurück, die von Armstrong geleitet wird und in der seine Frau Maria als Krankenschwester arbeitet. In der letzten Szene befindet er sich im Kreis seiner hybriden, nicht-natürlichen Familie, wo er gemeinsam mit seiner Tochter, Maria, Sin und Armstrong den Tod erwartet. Ein Zwischentitel kündigt dies an: »Der Gelehrte weiß, dass er verloren ist. Sein vergifteter Körper besitzt nicht mehr die Widerstandskraft, die durch den Verzicht auf den Opiumgenuss hervorgerufenen Erschütterungen zu überstehen.« Offenbar ist der vom Opium herbeigeführte, ›künstliche‹, ›widernatürliche‹ Zustand nun permanent, er scheint Gesellius zur ›wahren Natur‹ geworden zu sein. Mit diesem Körper- und Wahrnehmungsmodus ist er so eins, dass er nicht einmal mehr Opium einnehmen muss, um andere Daseinsebenen wahrnehmen und erleben zu können. In seinem Liegestuhl im Garten der Klinik wechselt er in der letzten Szene gänzlich ohne Droge in einen anderen Bewusstseinszustand über. Nicht Rauschfantasie und ›geografische Realität‹, sondern Rausch und Daseinszustand sind nun koextensiv. Die Trennlinien nicht nur zwischen ›eigen‹ und ›fremd‹ sowie zwischen ›Realität‹ und ›Schein‹, sondern auch insbesondere die zwischen ›innen‹ und ›außen‹, ›aktiv‹ und ›passiv‹ sowie ›subjektiver‹ und ›objektiver‹ Perspektive sind so durchlässig, dass eine gänzlich neue Konstellation entstehen kann, nämlich die der allumfassenden Un/unterscheidbarkeit und Un/eigentlichkeit. Ganz fluide scheinen die Parameter von Territorium, Körper und Begehren zu sein. Ort ist und ist nicht ›real‹/›fantastisch‹ ist oder ist nicht ›England‹/›Indien‹/›China‹. Gesellius ist Subjekt des Begehrens/Objekt des Begehrens an diesem Nicht/Ort. Dem trägt der Bildmodus Rechnung.

Wir sehen Gesellius in seinem Liegestuhl sitzend, nach hinten gelehnt. Dann erscheint er von hinten im Halbprofil auf einem Felsbrocken stehend, im Bildhintergrund, das heißt über ihm lediglich Himmel. Er hebt die Arme. Danach sehen wir Nymphen am Ufer, ebenfalls mit erhobenen Armen, die sich anschließend verbeugen.

Das Bild wird unscharf und überblendet von einer Einstellung, in der Gesellius im Bildvordergrund schräg von hinten halbnah am Ufer steht und auf den Fluss blickt. Dort gleitet ein Boot, auf dessen Deck Ali steht. Gesellius ruft ihm zu: »Bist du es, treuester aller Freunde? Mich zu begleiten, bist du da?« (Zwischentitel) Sie strecken sich die Arme entgegen, das Boot nähert sich, die Einstellung lässt offen, ob er Gesellius aufs Boot holt oder an ihm vorbeifährt.

In der nächsten Einstellung sehen wir Gesellius wieder im Lehnstuhl sitzend, umgeben von seiner ›Familie‹, von der er sich Vergebung erbittet. Die letzte Einstellung zeigt ihn halbnah, in leichter Untersicht, von schräg hinten mit erhobenen Armen, woraufhin er sich vom Stuhl erhebt und sich um die eigene Achse dreht, gefolgt von der Kamera. Der letzte Zwischentitel liest sich dazu wie folgt: »Während Professor Gesellius in das Land ewiger Ruhe hinübergleitet, hat er nicht die Empfindung, zu sterben – nein, zu leben, neu zu leben.«

Abbildung 3: Opium, D 1918/19©

Nach: Opium, D 1918/19, Beta-Film GmbH, 2. Rolle 1478.07

So wie sämtliche Grenzlinien un/unterscheidbar geworden sind, so allumfassend sind auch die bildstrategischen Ebenen in ihrer Un/eindeutigkeit: Ob Gesellius nun im Lehnstuhl in seiner Klinik sitzt, an einem imaginären Ufer eines imaginären Flusses steht, ob es sich um die filmisch-symbolische Inszenierung eines Rauschs oder einer Epiphanie handelt – es macht keinen Sinn, die Vieldeutigkeit zu entwirren. In ihrer Un/Unterscheidbarkeit lassen die Bildstrategien einen un/bestimmbaren filmischen Raum jenseits aller alter Schaubudenästhetik und Filmtricks entstehen, wie sie für die exotistische Fantasie nötig war. Damit befördern sie keineswegs semantische Beliebigkeit, sondern ermöglichen es, dass schließlich in diesem ›natürlich/künstlichen‹ Zustand die Wiedervereinigung mit Ali stattfinden kann. Gesellius' Tod ist weniger als Übergang hin zu oder Eintritt in ein neues Leben zu sehen, sondern als Sich-Ereignen dessen, was immer schon (nicht mehr) ist und nicht war/ist: Das Begehren, das durch eine exotistische Fantasie ermöglicht und als sein anderes befördert, im ›Eigenen‹ als sein Negatives abjektiert wurde, worin beide jeweils unterschiedliche visuelle Ausgestaltungen erfuhren, darf nun mit dem Objekt dieses Begehrens eins werden, das Gesellius völlig angstfrei allumfassend genießen kann.

Die ungeliebte Republik – Die Erinnerung an die Novemberrevolution und die Weimarer Republik

Axel Schildt †

1. Einleitung

Mein Vortrag trägt den Titel »Die ungeliebte Republik«.¹ Das ist nicht sehr originell, benennt aber unabweisbar einen breiten öffentlichen Konsens, der über die Jahrzehnte hinweg reicht. Dass die Gründe der mangelnden Popularität der Weimarer Republik dabei sehr unterschiedliche bzw. sogar krass gegensätzliche waren, steigerte die Abneigung gegen die erste deutsche Demokratie sogar noch. Anders gesagt: Viele Anhänger und Gegner der Novemberrevolution waren sich einig in ihrer Ablehnung des Resultats dieser Revolution, einer Republik mit freien und gleichen Wahlen, einschließlich des Frauenwahlrechts, das in Deutschland zehn Jahre vor England eingeführt wurde, einer Republik mit einer demokratischen Verfassung und einem parlamentarischen System.²

Die Erinnerung in geschichtspolitischer Absicht, also der Absicht, mit dem Rekurs auf die Geschichte in den politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart ein wirksames Argument zu verwenden, verweist aber von Anfang an darauf, dass es primär nicht um historische Fakten, um die Suche nach Wahrheit geht, sondern um nützliche Konstruktionen für den Tageskampf. Insofern ändert sich die öffentliche Erinnerung an Weimar eher aufgrund der politischen Veränderungen in der Zeit, in der erinnert

1 Der Duktus des Originalvortrages mit der Sprecherperspektive in der ersten Person wurde beibehalten. Axel Schildt hat das Manuskript für diesen Vortrag den Herausgeber:innen vor dem 17. Oktober 2018, dem für den Vortrag angesetzten Termin noch übersenden können. Den Vortrag hielt stellvertretend Franklin Kopitzsch.

2 Zu einem Überblick der zeitgenössischen Literatur vgl. Rojahn, Jürgen: Die »Novemberrevolution im historischen Bewußtsein«, in: Dittmann, Wilhelm, *Erinnerungen*. Band 1. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt/New York 1995, S. 1–13. Vgl. dazu vertiefend Gallus, Alexander: »Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel«, in: ders. (Hg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 14–38. Zur »Liquidation des Deutschen Monarchie-Modells« vgl. Machtan, Lothar: *Der Untergang von Monarchie und Fürstentum*, in: ebd., S. 39–56. Vgl. Bollmeyer, Heiko: »Das ›Volk‹ in den Weimarer Verfassungsberatungen«, in: ebd., S. 57–83. Bollmeyer beschreibt den Wandel des einheitlichen »Volksbegriffs«, wie er im Kaiserreich verstanden wurde, für die ersten Jahre der Weimarer Republik.

wird, als aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Weimarer Republik. Allerdings gibt es durchaus ein dialektisches Verhältnis zwischen der allgemeinen öffentlichen Meinung und thematischen Konjunkturen und Tendenzen der geschichtswissenschaftlichen Beschäftigung mit der Weimarer Republik.

In der Geschichtswissenschaft, die zwar auch nicht im legendären Elfenbeinturm, fernab der politischen Öffentlichkeit, beheimatet ist, sondern mit dieser über mediale Kanäle eng zusammenhängt, gibt es aber immerhin Kriterien wie das Vetorecht der Quellen, das plumpe Konstruktionen der Provenienz »Alternative Fakten« ausschließen soll, und diese Quellen müssen prinzipiell intersubjektiv nachprüfbar sein. Solche Schutzmechanismen gegen die willkürliche Transformation von Geschichte in Geschichtspolitik sind allerdings – bezogen auf die allgemeine öffentliche Meinung – mitunter nur von schwacher Wirkung.

Ich möchte in meinem Überblick über die Geschichte der Erinnerung an die Novemberrevolution und die Weimarer Republik die Zeit bis 1945 weniger umfangreich abhandeln als die Zeit seither. Man kann aber nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg anfangen, weil viele Stränge der Erinnerung, viele geschichtspolitische Tendenzen nicht zu verstehen wären, wenn man erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Darstellung beginnen würde. Dennoch: Die eigentliche Kernzeit der Erinnerung an Weimar sind die 1950er bis 1980er Jahre, also die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit in der Epoche des Kalten Krieges – schon deshalb, weil erst nach dem Zweiten Weltkrieg die historische Forschung über die Weimarer Republik einsetzte; diese vier Jahrzehnte werden deshalb im Mittelpunkt meines Vortrags stehen, wobei ich West- und Ostdeutschland einbeziehen möchte.

2. Erinnerungspolitiken in Weimar

Doch zunächst zum Herauswachsen der Erinnerung und der Geschichtspolitik aus der Weimarer Republik selbst. Es gibt ein entscheidendes Datum, an dem vor 1933 an die Republik erinnert werden konnte, das war das Jubiläum der Weimarer Reichsverfassung (WRV), von 1921 bis 1932 ein Nationalfeiertag, der – und nun spreche ich im Konjunktiv – jeweils am 11. August hätte begangen werden können, vergleichbar unserem 3. Oktober.³

Es hätte einige Gründe zum Feiern gegeben: In den ersten freien und gleichen Wahlen – unter Einschluss der Frauen – zur Nationalversammlung im Januar 1919 hatte eine Mehrheit von zwei Dritteln für die demokratischen Parteien gestimmt. Die Verfassung mochte problematische Seiten gehabt haben, vor allem, weil sie sich nicht konsequent für den Primat des Parlamentarischen entscheiden konnte, sondern gleichzeitig eine Volkswahl des Präsidenten vorsah. Das brachte den unseligen rechtskonservativen Militaristen Hindenburg in sein Amt, der Hitler den Weg zur Macht freigab. Das muss man kritisieren. Aber weite Teile der Verfassung unterschieden sich nicht vom späteren Grundgesetz (GG) der Bundesrepublik. Ich werde noch darauf zurückkommen.

3 Vgl. Koch, Jörg: »Verfassungstag«, in: ders., Dass Du nicht vergessest der Geschichte – Staatliche Gedenk- und Feiertage von 1871 bis heute, Darmstadt 2019.

Dass sich in der politischen Öffentlichkeit der 1920er Jahre bald der Begriff »Vernunftrepublikaner« durchsetzte, zeigt aber an, dass viele Anhänger der bürgerlichen Parteien die Weimarer Republik als kleineres Übel gegenüber dem politischen Chaos und einer drohenden Revolution nur bedingt unterstützten.⁴ Es gelang in der Weimarer Republik nicht einmal, den 11. August reichseinheitlich zum arbeitsfreien gesetzlichen Feiertag zu erklären. Er war es in Baden und Hessen, aber nicht in Bayern.

Abbildung 1: Verfassungsfeier auf den Stufen des Reichstags 1923. Von l. nach r.: Reichskanzler Wilhelm Cuno und Reichspräsident Friedrich Ebert



© https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Cuno#/media/File:Bundesarchiv_Bild_146-1973-076-58,_Reichskanzler_Cuno_und_Reichspr%C3%A4sident_Ebert.jpg – abgerufen am 2.1.2022

- 4 Vernunftrepublikaner »nannten sich viele, am prominentesten der Schriftsteller Thomas Mann, der liberale Politiker und Außenminister Gustav Stresemann und der Geschichtspräsident Friedrich Meinecke, der sich erst im Januar 1919 vom »Herzenmonarchist« zu einem »der Zukunft zugewandten« Unterstützer der Republik wandelte. [...] Der Staatsform der Republik und ihren Repräsentanten vermochte er sich nur mit dem Kopf anzunähern.« Vgl. Frevert, Ute: »Politische Bildung – mit Gefühl?« In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 13-14/2018), <https://www.bpb.de/apuz/266580/politische-bildung-mit-gefuehl?p=all>, abgerufen am 21.10.2021.

In den Universitäten, wo es eine klare politisch-ideologische Hegemonie rechts-konservativer und völkisch-rechtsextremer Kräfte gab, wurde die Verfassung fast überhaupt nicht gefeiert, wobei die ostentative Verweigerung durch den Termin im August – also mitten in der sommerlichen Semesterpause – erleichtert wurde. 1928 ist das einzige Jahr, in dem etwa an der Hamburger Universität, die als liberal galt, ausnahmsweise eine Verfassungsfeier stattfand.⁵

Nicht die neue Republik und die demokratische Verfassung wurden von den rechten Feinden der Republik, den alten Eliten und neuen Konservativen Revolutionären, den späteren Unterstützern der NS-Bewegung, gefeiert, sondern der Tag von Sedan am 2. September. Dieser nationalistische Feiertag des Kaiserreichs, bei dem mit nationalistischem Pomp der Sieg über Frankreich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 gewürdigt wurde, war zwar im August 1919 offiziell abgeschafft worden, aber in den Universitäten wurde er bewusst gegen die Erinnerung an die demokratische Verfassung in Stellung gebracht.⁶

Es gab schon bald eine eindeutige antidemokratische Hegemonie im deutschen Bürgertum, bei den Funktionseleiten in der Wirtschaft, im Offizierscorps, in der Beamtenschaft, bei Richtern, Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrern. Dort wählte man deutschnational oder die Nationalliberalen der DVP, die mit freiheitlicher Liberalität nichts zu tun hatten. Auch im katholischen Zentrum gab es viele, die die Demokratie von Weimar überwinden wollten; die Bayerische Volkspartei, die sich vom Zentrum abspaltete, ist kaum als Parteigängerin der Demokratie zu bezeichnen. Und auch der einflussreiche Anteilseigner der Parteizeitung *GERMANIA*, Franz von Papen, 1932 für einige Monate autoritär regierender Reichskanzler und dann Vizekanzler unter Hitler, war alles, nur kein Anhänger der Demokratie.

So wie die Feinde der Weimarer Demokratie von rechts die Symbole der Republik verachteten und gegen die schwarz-rot-goldene Fahne die kaiserlichen Farben schwarz-weiß-rot hissten, so galt auch den revolutionären Arbeitern die Weimarer Republik nicht als Errungenschaft, sondern als bürgerliche Diktatur, die aus einer gescheiterten bzw. von den reformistischen Führern der Sozialdemokratie verratenen Revolution entstanden war. Der Mord an den revolutionären Führern der gerade gegründeten Kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, symbolisierte für die radikale Linke den Klassencharakter der Weimarer Republik und den Verrat der Sozialdemokratie. Seit 1919 zog jährlich am zweiten Januarwochenende ein Demonstrationzug unter roten Fahnen zum Grab dieser Märtyrer in der Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde.⁷

Über das Hassverhältnis zwischen SPD und KPD sind ganze Bibliotheken vollgeschrieben worden. Mir geht es hier nur darum, das Bild der von Anfang an ungeliebten

5 Vgl. Cassirer, Ernst: Die Idee der republikanischen Verfassung. Rede zur Verfassungsfeier am 11. August 1928. Hamburg (Erste Ausgabe), 1929. Wiederabgedruckt in: Cassirer, Ernst: Gesammelte Werke. Hamburger Ausgabe. Hg. Von Birgit Recki, Bd. 17: Aufsätze und kleine Schriften (1927-1931). Text und Anmerkungen bearb. von Tobias Berben, Hamburg 2004, S. 291-307.

6 Vgl. Schellack, Fritz: Nationalfeiertage in Deutschland 1871 bis 1945, Frankfurt a.M. u.a. 1990.

7 Vgl. Hoffmann, Joachim: Berlin-Friedrichsfelde. Ein deutscher Nationalfriedhof – Kulturhistorischer Reiseführer, Berlin: Das Neue Berlin, Berlin 2001.

Abbildung 2: Luxemburg-Liebknecht-Demonstrationen – Beisetzung von Rosa Luxemburg 13.6.1919



© Bundesarchiv, in: https://de.wikipedia.org/wiki/Liebknecht-Luxemburg-Demonstration#/media/File:Bundesarchiv_Bild_146-1976-067-25A.

Republik zu vervollständigen, das aus einer Feindschaft von rechts und links erwuchs, die wiederum aber entgegengesetzte Gründe aufwies.⁸ Im Übrigen ist hinzuzufügen, dass auch in der Sozialdemokratie, vor allem unter den jüngeren Genossinnen und Genossen, nicht unbedingt eine prinzipielle Anhängerschaft zur bürgerlichen Demokratie vorlag, sondern diese als Durchgangsphase zu einem wie auch immer vage vorgestellten demokratischen Sozialismus fungieren sollte. Jungsozialisten skandierten: Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel! Aber immerhin, in den Jahren der Wirtschafts- und Staatskrise 1930 bis 1933 gab es auf der Linken zumindest noch Versuche einer Massenmobilisierung zur Verteidigung der Republik, während sich die übergroße Mehrheit der konservativen Kräfte des Bürgertums um eine Kooperation mit den Nationalsozialisten bemühte.⁹

Die wohl unversöhnlichste Feindschaft gegenüber der Weimarer Republik drückte die NSDAP aus. Auch hier war der Ausgangspunkt die Novemberrevolution, die im

8 »Die ungeliebte Republik« war eine »Republik ohne Republikaner«, und ihr fehlte die »intellektuelle Repräsentanz«. Vgl. Megerle, Klaus: Zum Stellenwert der Außenpolitik für die politische Kultur der Weimarer Republik, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Wiesbaden 2013, S. 219; Vgl. auch Michalka, Wolfgang/Niedhart, Gottfried (Hg.): Die ungeliebte Republik. Dokumentation zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918 – 1933, München 1980.

9 So die »Eiserne Front«, ein 1931 gegründeter Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Einklang mit Oswald Spengler und anderen Denkern einer konservativen Revolution als Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Frontsoldaten stigmatisiert wurde. Aber noch konsequenter als die Konservativen, die die psychologische Kriegsführung durch die Alliierten betonten, mit der die Massen aufgewiegelt worden seien, hatten die Nationalsozialisten vor allem die angeblich an der Spitze der Linken und Liberalen stehenden Juden für die Kriegsniederlage verantwortlich gemacht.

Die offizielle Sprachregelung für die Bezeichnung der Weimarer Republik in der Zeit des NS-Regimes lautete: »Systemzeit«.¹⁰ Und das »System« war das »System der Novemberverbrecher«. Die Novemberrevolution war damit ein Verbrechen, war Landes- und Hochverrat. Der Begriff des »Systems« war Ausdruck höchster Abneigung, weil damit sozusagen ein Vakuum zwischen zwei Phasen des Deutschen Reiches konstruiert wurde. Der Weimarer Republik wurde die Anerkennung als Staat verweigert, ähnlich wie es heute die Reichsbürger mit der »BRD« halten, die als Agentur fremder Mächte imaginiert wird. Zwischen dem Zweiten, dem Bismarck-Reich der Kaiserzeit, und dem Dritten Reich Adolf Hitlers herrschte das staatliche Vakuum der Systemzeit: eine Zeit der Schmach, in der das Reich durch den Verrat der Revolution vorübergehend in politisches Chaos, in die Demütigung durch den aufgezwungenen Versailler Vertrag und die Korruption der parlamentarischen Bonzen aus SPD und Gewerkschaften gezwungen worden sei, bevor Adolf Hitler die deutsche Würde habe wiederherstellen können.

Abbildung 3: Agitation gegen die Weimarer Republik, Wahlplakat der DNVP 1924



© Deutsches Historisches Museum, Berlin.

Diese haltlose Konstruktion galt im »Dritten Reich« als verbindliche Deutung der Weimarer Republik. Der brutale Terror gegen die politischen Gegner auf der Linken wurde 1933/34 durch eine Fülle von Korruptionsprozessen gegen Politiker der Weimarer

10 Schmitz-Berning, Cornelia: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. durchges.u. überarb. Aufl., Berlin 2007, S. 599.

Republik 1933/34 propagandistisch begleitet. In Köln zum Beispiel sah sich der damalige Oberbürgermeister Konrad Adenauer mit der Parole konfrontiert: »Fort mit Adenauer! Schluss mit der schwarz-roten Korruptionsmehrheit!«¹¹

An dieser Stelle muss konstatiert werden, dass es den Nationalsozialisten nachhaltig gelungen ist, ihr Narrativ vom Weimarer System als Modell des Misserfolgs durchzusetzen und damit zu verbinden, dass die demokratische Verfassung und plurale Öffentlichkeit von Weimar selbst für das Scheitern verantwortlich zu machen seien.

Dieser Erfolg des NS-Narrativs verweist die Gesellschaftshistoriker auf die Frage nach materiellen sozialen Faktoren jenseits der Wirksamkeit von Ideologie bzw. auf die Umstände, durch die bestimmte geschichtspolitische Narrative ihre Wirksamkeit gewinnen konnten. Ich will nur den meines Erachtens entscheidenden Grund erwähnen: die generationellen Erfahrungen, die Verknüpfung der deutschen Geschichte über die politischen Regimezäsuren von 1918, 1933, 1945 bis 1989/90 hinweg mit den individuellen und den familiären Erfahrungen, die in unzähligen Erzählungen über die Generationen hinweg tradiert wurden. Zahlreiche Studien haben herausgearbeitet, dass die Kriegsniederlage des Ersten Weltkriegs, die revolutionären Nachkriegswirren, die Hyperinflation mit dem Verlust aller Ersparnisse und schließlich die Weltwirtschaftskrise mit existenzieller Not und politischer Bürgerkriegsatmosphäre für viele Menschen mit ihrer eigenen Berufs- und Lebenskrise verbunden war. Aufgewachsen in der prosperierenden Gesellschaft des Kaiserreichs, wurden Novemberrevolution und Weimarer Republik als krisenhafte Unterbrechung, berufliche Blockade und Gefährdung bürgerlicher Sekurität empfunden. Und zahlreiche Studien haben betont, dass es im wirtschaftlichen Aufstieg der NS-Zeit mannigfaltige Partizipationsmöglichkeiten und zahlreiche Chancen für berufliche Karrieren und sozialen Aufstieg gab. Das betraf nicht nur den SA-Schläger, der nun einen gesicherten Arbeitsplatz bei der Hamburger Hochbahn erhielt – das Beispiel ist nicht zufällig gewählt. Oder den Bankangestellten, der es zum Filialleiter brachte, weil sein jüdischer Chef entlassen worden war. Nein: Insgesamt verbesserten sich für viele die Lebensbedingungen, die hohe Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise verschwand im Zuge des Rüstungsbooms bis zum Kriegsausbruch nahezu vollständig.

Allerdings ist die materielle Besserstellung breiter Schichten der Bevölkerung historisch zu relativieren. Das Wohlstandsniveau des Jahres 1938 entsprach dem des Jahres 1928, also des letzten Jahres vor der Weltwirtschaftskrise in der Weimarer Republik. Und um den Bogen noch weiter zu ziehen: Dies entsprach dem Stand von 1914, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, und dem Stand von 1950, zum Beginn der Bundesrepublik. Die Zeitgenossen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatten also eine Vorstellung davon, dass auf gute Zeiten schlechte Zeiten folgen würden – der wirtschaftliche Aufstieg in den Jahrzehnten nach 1950 lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Interessant ist aber, dass die Jahre der relativen Stabilisierung der Weimarer Republik von 1924-1929 sich kaum in positiven Erinnerungen niedergeschlagen hat, während die posthume Popu-

11 Vgl. Schildt, Axel: »Bilder der Weimarer Republik. West- und ostdeutsche Rezeptionsgeschichte im Vergleich«. Bundeszentrale für politische Bildung online, 13.9.2018. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275867/weimar-rezeption>, abgerufen am 21.10.2021.

larität des NS-Regimes mit steigendem Abstand im ersten Jahrzehnt nach 1945 sogar noch zunahm.

Dass der wirtschaftliche Aufschwung in den sogenannten Friedensjahren des »Dritten Reiches« durch eine gigantische Staatsverschuldung erreicht worden war und allein der Vorbereitung eines Angriffskrieges diene – an volkswirtschaftlichen Kennziffern gemessen stand das Deutsche Reich 1939 unmittelbar vor dem Staatsbankrott – das wurde in der Bevölkerung kaum reflektiert. Und für viele Deutsche stellte sich die erste – siegreiche – Hälfte des Krieges als glückhafte Fortsetzung des sozialen Aufstiegs dar. Für Arbeiter in der Rüstungsindustrie oder Bauern, die nun Zwangsarbeiter befehligten, für Verwaltungsbeamte, die nun als kleine Könige in den besetzten Gebieten auftreten konnten, für Unternehmer, denen sich neue Märkte öffneten usw. Man wird den Faktor hoch gewichten müssen, dass es den Machthabern des NS-Regimes erfolgreich gelang, eine Volksgemeinschaft von Komplizen, von Nutznießern zu bilden, die materielle Vorteile genossen. Erst auf dieser materiellen Basis konnte die menschenfeindliche Ideologie des Nationalsozialismus nachhaltig wirken.

3. Die Revolution von 1918/19 und die Erinnerungspolitik nach 1945 in der Bundesrepublik und in der DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Herabsetzung der Weimarer Republik vor allem für jene Bevölkerungsteile nahe, die ihr Engagement für die NS-Bewegung zu erklären hatten. Nicht selten wurde dieses, etwa in Entnazifizierungsverfahren, mit dem Protest gegen die katastrophalen Weimarer Zustände gerechtfertigt. Aber wie gesagt, der Grad materieller und zugleich moralischer Korruption der Gesellschaft wurzelte tiefer als die offensichtliche politische Nazifizierung.

Das anhaltend schlechte Image der ersten deutschen Demokratie ist nicht allein auf die Nachwirkungen der NS-Propaganda und die Rechtfertigungsnotwendigkeiten NS-belasteter Eliten zurückzuführen. Es entsprach zugleich den Lebenserfahrungen großer Teile der Bevölkerung. Und insofern verwundert es auf den zweiten Blick nicht, dass bei einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach (1951) nur sieben Prozent der Befragten die Weimarer Republik als die Zeit angaben, in der es Deutschland am besten gegangen sei.¹² 45 Prozent entschieden sich für das Kaiserreich und 40 Prozent für die Zeit von 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Umgekehrt wurde die Zeit der Weimarer Republik mit relativer Mehrheit als die Zeit bezeichnet, in der es Deutschland am schlechtesten gegangen sei. Solche Umfragen gab es in der DDR nicht, aber das schlechte Image der ersten deutschen Demokratie kann als gesamtdeutsche Grundlage gelten.

Die Weimarer Republik war in West- und Ostdeutschland bei der Bevölkerung gleichermaßen unpopulär. Auf dieser Basis entwickelten sich allerdings in der Bundesrepublik und in der DDR politisch entgegengesetzte Narrative von der Novemberrevolution und der Demokratie vor 1933. Man begreift die Schärfe dieser Gegensätze nur, wenn

12 Vgl. Noelle-Neumann, Elisabeth/Neumann, Erich Peter: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach am Bodensee 1956, S. 126.

man sie in den Rahmen des Kalten Krieges einfügt, der die Geschichtspolitik in den Frontstaaten der Systemauseinandersetzung maßgeblich prägte.

In der frühen Bundesrepublik diente die Weimarer Republik als Negativfolie. Aus ihrem Scheitern sollten die Lehren für eine nun erfolgreiche zweite Demokratiegründung gezogen werden. Mit dem Titel eines großen Werks von Sebastian Ullrich kann in doppelter Hinsicht von einem »Weimar-Komplex« gesprochen werden.¹³ Es handelte sich zum einen um einen wichtigen Gegenstand von Diskursen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik, zum anderen transportierte Weimar geradezu psychoanalytisch zu interpretierende Erinnerungen.

In der DDR wurde das Scheitern der Weimarer Republik geschichtspolitisch als Bestätigung dafür angesehen, dass die Niederschlagung der Revolution von 1918 und die Aufrichtung einer kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der Weltwirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre zwangsläufig zur »Machtübergabe« an Hitler, der Etablierung einer faschistischen Diktatur und schließlich zum Weltkrieg führen mussten. Die Republik von Weimar konnte in dieser Sicht nur eine »Republik auf Zeit« (Wolfgang Ruge) sein.¹⁴

Während in der Bundesrepublik die erste deutsche Republik sowohl in der allgemeinen Öffentlichkeit als auch unter Fachhistorikern als schwache und mit Strukturfehlern behaftete Demokratie ohne Demokraten erschien, war in der DDR die parlamentarische Demokratie, die lediglich als getarnte Diktatur der Bourgeoisie galt, selbst eine folgenreiche Fehlentwicklung der Geschichte. Ihren symbolischen Ausdruck fanden diese sich im zeitgenössischen Propaganda-Diskurs voneinander abgrenzenden Sichtweisen in der Erinnerung an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919, die ich bereits erwähnt hatte. Dass der Mord an den Gründern der KPD, für den hauptsächlich ein sozialdemokratisches Regierungsmitglied (Gustav Noske) politisch verantwortlich gewesen war, in einem westdeutschen bundesamtlichen Bulletin vom 8. Februar 1962 als »standrechtliche Erschießung« bezeichnet wurde, weil Deutschland nur so »vor dem Kommunismus gerettet werden konnte«, und dass der verantwortliche Offizier Waldemar Pabst als wohlhabender Waffenhändler bis zu seinem Tod 1970 in der Bundesrepublik lebte, passte nur zu gut in die ostdeutsche Geschichtspromaganda. Im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland seien die Lehren aus Weimar, so behauptete die SED, bereits durch die »antifaschistisch-demokratische« Umwälzung in der SBZ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden.¹⁵

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf die Weimarer Republik radikalisierten sich im Kalten Krieg zunehmend. Während in der Bundesrepublik die offiziöse Version dominierte, Nationalsozialisten und Kommunisten hätten als totalitäre Bewegungen einträchtig die Demokratie bekämpft (diese Geschichtspromaganda, unterlegt mit zwei-

13 Ullrich, Sebastian: Der Weimarer Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1949-1959 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 45), Göttingen 2009.

14 Vgl. Ruge, Wolfgang: Republik auf Zeit, Berlin 1969.

15 Die Zitate in: Schildt, Axel: »Bilder der Weimarer Republik. West- und ostdeutsche Rezeptionsgeschichte im Vergleich«, in: bpb, Dossier Weimarer Republik, 13.9.2018, <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/weimarer-republik/275867/weimar-rezeption>, abgerufen am 6.11.2021.

felhaften Einzelbeispielen wie dem BVG-Streik in Berlin 1932, hält sich bis heute auch in sozialdemokratischen Narrativen, dem Forschungsstand entsprechen sie nicht), betonte die Geschichtspolitik der DDR die enge Verbindung der kapitalistischen und bürgerlichen Eliten mit der NSDAP. In der verbindlichen Sprachregelung der marxistisch-leninistischen Geschichtspolitik war die Partei Hitlers lediglich eine Marionette besonders aggressiver Teile des Monopol- und Finanzkapitals. Zudem wurde die Sozialdemokratie kritisiert, weil sie eine Stütze der bürgerlichen Herrschaft gewesen sei und so Mitverantwortung für die Durchsetzung Hitlers trage. Schon die unterschiedliche Bezeichnung der Hitler-Partei als »nationalsozialistisch« in der Bundesrepublik und als »faschistisch« in der DDR illustriert die west-östlichen Gegensätze.

4. Zu den Lehren aus Weimar

Das Grundgesetz der Bundesrepublik, das 1948/49 im Parlamentarischen Rat ausgearbeitet wurde, gilt als prinzipieller Gegenentwurf zur Weimarer Reichsverfassung. Die in den Artikeln 1-19 GG vorangestellten und nicht durch Mehrheiten veränderbaren Grundrechte unterstrichen den normativen Wertgehalt gegenüber dem bloß »positivistischen« Charakter der WRV, die als bloßer Parteienkompromiss mit einem »Ermächtigungsgesetz« ausgesetzt werden konnte. Auch die staatliche Organisation – Demokratie, Republik, Bundesstaat, Sozialstaat – sollte Widersprüche wie in der WRV vermeiden, die als Strukturfehler angesehen wurden: Regierungen durften nicht mehr durch Negativkoalitionen abgesetzt werden können. Es bedurfte nun eines »konstruktiven Misstrauensvotums«. Die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten, der auf Basis des Notstandsparagraphen 48 der WRV Reichsregierungen einsetzen konnte, hatten sich unheilvoll ausgewirkt. Der Bundespräsident sollte nach der Architektur des Grundgesetzes, anders als der Weimarer Reichspräsident, nicht vom Volk gewählt werden, um zu vermeiden, dass eine gleich- oder sogar höherwertige präsidiale Legitimation neben dem Parlament entstehen könnte. Die Verhinderung häufiger Wahlen, der Zersplitterung und Verantwortungslosigkeit der Parteien ebenso wie die Aufstellung hoher Hürden für den Einzug in den Bundestag und für Volksabstimmungen galten als zentrale Lehren des Scheiterns der Weimarer Demokratie. Dahinter stand das allgemeine Bild der von dämonischen Demagogen der totalitären Bewegungen aufgepeitschten Masse, die schließlich Hitler an die Macht gebracht hätten. Dass dies ein – bewusst oder unbewusst benutztes – konservatives Entlastungsnarrativ zur Verdeckung der hauptsächlichen Verantwortung konservativer Eliten war und auch die Strukturdefizite der WRV einen geringeren Anteil an der Zerstörung der Weimarer Republik hatten als lange behauptet, gilt heute in der geschichtswissenschaftlichen Forschung als weithin geteilter Konsens.

Die vielzitierte Formel des Publizisten Fritz René Allemann »Bonn ist nicht Weimar« (1956) drückte die Erleichterung darüber aus, dass die zweite deutsche Demokratie im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin sich auf der Basis eines erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufbaus politisch stabilisiert hatte.¹⁶ Wie nachhaltig sich das Narrativ der ge-

16 Vgl. Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956.

scheiterten Weimarer Republik allerdings etabliert hatte, wird bis heute in krisenhaft empfundenen Phasen immer wieder deutlich. Von der Gefahr der Wiederkehr »Weimarer Verhältnisse« als Inbegriff politischer und wirtschaftlicher Unordnung wurde während der kurzen Phase der Rezession 1966/67 gesprochen, und bis 1968 diente die angebliche Parteienzersplitterung der ersten deutschen Demokratie als Argument für den noch im Vertrag zur Großen Koalition vereinbarten Übergang zu einem Mehrheitswahlrecht.

Einige politische Ereignisse und Entwicklungen der Weimarer Republik wurden in der Bundesrepublik bereits seit der Mitte der 1950er Jahre als positive Tradition hervorgehoben. Dazu zählte etwa die Benennung der Bundeszentrale für Heimatdienst (seit 1964 Bundeszentrale für politische Bildung) in Anlehnung an die Vorläuferorganisation in den 1920er Jahren. Vor allem der Kult – einschließlich eines Kinofilms von 1956¹⁷ – um den angeblichen »Friedenskanzler« Gustav Stresemann passte gut zur Vermittlung der angestrebten deutsch-französischen Aussöhnung und europäischen Integration. Kritische Fragen zu seiner politischen Biographie wurden erst Jahrzehnte später gestellt.

Während in der Bundesrepublik die Weimarer Republik, wenn auch lange vornehmlich als Negativfolie, nachwirkte, spielte sie in der DDR als Tradition eine geringere Rolle. Lediglich die Geschichte der Kommunistischen Partei (KPD), in der die meisten Funktionäre der Staatspartei (SED), etwa Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, in führender Funktion tätig gewesen waren, bildete eine historische Erfahrungsbrücke, ansonsten begann die »Zeitgeschichte« definitorisch mit dem Sieg über den »Hitler-Faschismus« und der DDR.

5. Die Beurteilung der Novemberrevolution: Erstaunliche deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten

Der Kalte Krieg, in dem sich West- und Ostdeutschland quasi stellvertretend als Frontstaaten gegenüberstanden, führte zu einer erstaunlichen Gemeinsamkeit in der Charakterisierung des Scheiterns der Novemberrevolution als Fundament der Weimarer Republik. In den *Vierteljahresheften für Zeitgeschichte* erschien 1955 ein Aufsatz des Kieler Historikers Karl Dietrich Erdmann, der die dominante Interpretation vorgab: 1918/19 habe sich Deutschland in einer dramatischen Entscheidungssituation zwischen proletarischer Diktatur und parlamentarischer Republik befunden.¹⁸ Die verantwortlichen

17 Zu den Filmdaten vgl. https://www.filmportal.de/film/stresemann_9397bf35ec2d4803ab55fa084b0e27b5 – abgerufen am 3.1.2022.

18 Erdmann, Karl Dietrich: »Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jahrgang 3 (1955) Heft 1, S. 1-18; Matthias, Erich: *Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19*, Düsseldorf 1970; von Oertzen, Peter: *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, Düsseldorf 1963. (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 25); Kluge, Ulrich: *Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 14), Göttingen 1975.

Kräfte der Regierung, die Sozialdemokraten um Friedrich Ebert, hätten gar nicht anders gekonnt, als mit konservativen Kräften, vor allem dem kaiserlichen Offizierskorps, zu kooperieren. Diese Sicht der Dinge, die den mehrheitlich reformistischen Teil der Sozialdemokratie in das Lager der antibolschewistischen Ordnung integrierte, erfüllte eine wichtige geschichtspolitische Funktion in der Bundesrepublik.

Dem Szenario einer dramatischen Alternative wurde von Historikern der DDR, selbstverständlich mit spiegelbildlicher Wertung, zugestimmt. Denn dadurch erhöhte sich auch die Bedeutung der revolutionären Kräfte in der Weimarer Republik. Interne Debatten gab es in der DDR 1957/58 allerdings darüber, ob es sich bei der Novemberrevolution um eine proletarische Revolution oder um eine bürgerlich-demokratische Revolution gehandelt habe. Walter Ulbricht setzte die Formel durch, es sei letztere gewesen, durchgeführt allerdings in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden. Eine proletarische Revolution konnte es gemäß der marxistisch-leninistischen Doktrin nicht gewesen sein, denn diese wäre nicht ohne starke kommunistische Partei zu organisieren gewesen. Die KPD war aber erst am Jahreswechsel 1918/19 gegründet worden.

In der Bundesrepublik meldeten sich bereits in den 1960er Jahren kritische Stimmen gegen die These von der dramatischen Entscheidungssituation zu Wort. Zu nennen sind die Historiker Erich Matthias, Peter von Oertzen, Ulrich Kluge u.a., die auf die nicht vorhandene empirische Grundlage dieser These verwiesen. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten sich in ihrer übergroßen Mehrheit als aus der Not geborene Ordnungsmacht und nicht als Gegner der parlamentarischen Demokratie erwiesen, während linksradikale und kommunistische Einflüsse gering geblieben waren. Insofern hätte es für die Mehrheitssozialdemokratie Chancen gegeben, eine auf die Räte gestützte soziale Demokratie zu etablieren, ein Zwang zur Kollaboration mit den republikfeindlichen alten Eliten habe nicht bestanden. Der kommunistische Einfluss in den 1920er Jahren wiederum sei aus der Enttäuschung breiter Schichten der Arbeiterschaft über die Politik der Sozialdemokratie entstanden.

Dieser Interpretationsrahmen, der sich nicht zufällig in den 1960er Jahren, im Vorfeld der Protestbewegung von 1968, entfaltete, wurde von den konservativen Historikern der Bundesrepublik wie von der geschichtspolitischen Propaganda der DDR als Illusion eines »reinen Rätegedankens« bzw. eines »dritten Weges« und als Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung im Gleichklang bekämpft. Im Fortgang seit den 1970er Jahren hielten die Historiker der DDR an ihrer Interpretation fest, während sich die Diskussion in der Bundesrepublik differenzierte. Zwar wurde nun die weitgehende Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den alten Eliten kritischer als zuvor betrachtet, aber auch die Chancen eines »dritten Weges« relativiert. Im Übrigen wurde die Novemberrevolution sowohl in der Geschichtspolitik als auch in den Forschungsinteressen der Geschichtswissenschaft immer weiter in den Hintergrund gedrängt und erst seit einigen Jahren als »vergessene Revolution« wiederentdeckt.¹⁹

19 Vgl. Gallus, Alexander: »Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel«, in: ders. (Hg.): *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Göttingen 2010, S. 7–8, S. 14–38, insb. S. 37–38; zur Auseinandersetzung mit Weimar in der DDR und im Kalten Krieg ebd., S. 24–30; Winkler, Heinrich August: *Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteil-*

6. Auflösung, Selbstpreisgabe oder Zerstörung: Das Ende der Weimarer Republik

Mehr noch als der Anfang der Weimarer Republik interessierte nach den Erfahrungen des NS-Regimes ihr Untergang. Ihr Scheitern beglaubigte zugleich den über alle politischen Lager hinweg weithin bestehenden Konsens, dass sie strukturell von Anfang dem Untergang geweiht gewesen sei. Dabei setzte eine empirische Forschung zur Endphase der Weimarer Republik erst ein Jahrzehnt nach Kriegsende ein. Zuvor dominierten die Memoiren politischer und militärischer Entscheidungsträger, in denen vor allem den Siegern des Ersten Weltkrieges und deren Diktat von Versailles eine hohe Bedeutung für den Aufstieg der NS-Bewegung zugemessen wurde. Nicht die Weimarer Republik, sondern die Präsidialkabinette ihrer Endphase 1930 bis 1933 (Heinrich Brüning, Franz von Papen, Kurt von Schleicher), die zum Abbau der parlamentarischen Demokratie beitrugen, galten in der Zeitzeugenliteratur häufig als positive Alternative zum Nationalsozialismus.²⁰

Erst Mitte der 1950er Jahre gelangten die von den alliierten Mächten beschlagnahmten staatlichen Unterlagen aus der Zeit der Weimarer Republik in die Archive der beiden deutschen Staaten und ermöglichten fundierte politikgeschichtliche Forschungen. Eine wegweisende geschichtswissenschaftliche Studie veröffentlichte der Historiker Karl Dietrich Bracher unter dem Titel »Die Auflösung der Weimarer Republik« (1955).²¹

Erstmals wurden auf breiter Quellengrundlage die politischen Konstellationen der Phase der Präsidialkabinette 1930–1933 dargestellt. Bracher betonte die politische Verantwortung der konservativen Politiker für die Durchsetzung Hitlers. Allerdings wurde sein theoretischer Deutungsrahmen eines Machtvakuum, in dem sich die demokratische Republik auflöste und das von der NS-Bewegung ausgenutzt werden konnte, von zwei Seiten kritisiert.

Konservative Interpreten wiesen der Sozialdemokratie, die 1930 die »Große Koalition« mit dem Zentrum, der DVP und der DDP im Streit um die Höhe der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verlassen hatten, eine hohe Verantwortung zu. Die Historiker

ten Deutschland (= Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 10), München 2002. Zur Übersicht vgl. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, insb. die umfangreiche Bibliografie auf S. 672–771; Kolb, Eberhard/Schumann, Dirk: Die Weimarer Republik, München 2013; Peukert, Detlev J.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987; Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2008. Vgl. auch Büttner, Ursula: »Ausgeforscht? Die Weimarer Republik als Gegenstand historischer Forschung«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 18–20, 2018, <https://www.bpb.de/apuz/268356/ausgeforscht-die-weimarer-republik-als-gegenstand-historischer-forschung>, abgerufen am 5.11. 2021.

20 Zur Auseinandersetzung mit dem »Scheitern« vgl. Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993. Vgl. Dreier, Horst/Waldhoff, Christian (Hg.): Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, München 2018; di Fabio, Udo: Die Weimarer Verfassung: Aufbruch und Scheitern, München 2018.

21 Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (= Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, Band 4). Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Stuttgart 1955.

Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze sprachen in diesem Zusammenhang von der »Selbstpreisgabe einer Demokratie«.²² Linksliberale Interpreten wie Kurt Sontheimer betonten dagegen eher das rechte »antidemokratische Denken in der Weimarer Republik«, so der Titel seines gewichtigen Werks von 1962, als verhängnisvolle Belastung ihrer politischen Kultur.²³

In der DDR ging die Geschichtsforschung und -propaganda dagegen von einer zielbewussten »Zerstörung« der bürgerlichen Demokratie durch eine Allianz von bürgerlichen Eliten und der NS-Bewegung aus, wobei diese letztlich die Weisungen des Monopol- und Finanzkapitals ausführte. Angesichts der unabwiesbaren Quellen wurde auch in der westdeutschen Öffentlichkeit zumeist nicht die Mitverantwortung der wirtschaftlichen und bildungsbürgerlichen Eliten für die Machtergreifung Hitlers gelehnt, in der Regel aber mit dem Hinweis auf das Bedrohungsgefühl durch eine linke Revolution und soziale Abstiegsängste einfühlsam rechtfertigend erklärt.

In der Geschichtspolitik der DDR wurde eine solche Interpretation ebenso vehement abgelehnt wie konkurrierende marxistische Deutungen, die zwar die Verantwortung kapitalistischer Eliten nicht leugneten, aber der NS-Bewegung ein hohes Maß an Autonomie zumaßen. Solche Interpretationen basierten auf der Wiederentdeckung von dissidenten kommunistischen Theoretikern wie August Thalheimer oder Leo Trotzki, von Vertretern der sogenannten Kritischen Theorie und anderen unorthodoxen Linken, die in den Jahren der Studentenrevolte wiederentdeckt worden waren.

Letztlich aber standen sich bis zum Ende des Kalten Krieges – zumindest in der breiteren medialen Öffentlichkeit – zwei Bilder des Untergangs der Weimarer Republik gegenüber: In der Bundesrepublik wurde der Siegeszug der NSDAP vor dem Hintergrund der Staats- und Wirtschaftskrise betont, in der DDR war es das Monopol- und Finanzkapital, das die Krise zur Zerstörung der bürgerlichen Demokratie und zum Übergang in eine von ihr indirekt geleitete faschistische Diktatur ausnutzte, um die revolutionäre Arbeiterbewegung terroristisch auszuschalten.²⁴

7. Die Entdeckung der Weimarer Republik als Gesellschaft und Kultur

Nach den in starkem Maße geschichtspolitisch geprägten Kontroversen um Anfang und Ende der ersten deutschen Demokratie entwickelte sich erst seit den 1970er Jahren ein breites Interesse für die Gesellschaft und Kultur der Weimarer Republik. Nahezu alle historischen Gesamtdarstellungen über diese Zeit erschienen in den 1980er und 1990er Jahren. Stärker beachtet wurde nun auch die mittlere Phase zwischen Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise. In Ost- und Westdeutschland wurden ihre kurze Dauer (1924-

22 Erdmann, Karl Dietrich/Schulze, Hagen (Hg.): Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung Juni 1979, Düsseldorf 1980.

23 Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik – Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. 1. München 1962, 4. Aufl. der Taschenbuchausgabe München 1994.

24 Vgl. Allemann (1956): Bonn ist nicht Weimar. Köln/Berlin 1956.

1929) und die nur scheinbare Stabilisierung von Staat und Gesellschaft betont. In der DDR galt sie explizit als »Phase der relativen Stabilisierung des Kapitalismus«.²⁵

Aber mit der Entdeckung der kurzen mittleren Jahre der Weimarer Republik verband sich einerseits ihre Einbettung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts und andererseits ihre Anerkennung als ein bedeutsamer Abschnitt dieser Geschichte, der nicht als bloße Zwischenphase zwischen Kaiserreich und »Drittem Reich« fungierte. Die Weimarer Republik wurde nun als Höhepunkt und zugleich als Krise einer »klassischen Moderne« (Detlef Peukert) profiliert, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte.²⁶

Aufmerksamkeit fanden jetzt auch die sozialpolitischen Leistungen der 1920er Jahre, etwa das Gesetz zur »Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung« von 1927 oder der Massenwohnungsbau unter der Ägide des Neuen Bauens mit seinen Innovationen wie der nach ergonomischen Kriterien konzipierten Arbeitsküche zur Erleichterung der Hausarbeit.

Im Mittelpunkt des neuen Weimar-Bildes standen die Ansätze einer Konsummoderne und die Phänomene einer urbanen »Massenkultur«: der »Unterhaltungsrundfunk« (seit 1923); der Kinofilm, der 1930/31 zum Tonfilm wurde; Illustrierte mit hoher Auflage; die weibliche Mode mit Hängekleid und »Bubikopf«; Shimmy, Charleston und Tango als neue Tänze; die Ausbreitung des Sports. Von der anhaltenden Faszination zeugen viele heutige Filmproduktionen, zuletzt die TV-Krimiserie Babylon, für die 45 Mio. € Produktionskosten anfielen. Neben der »Massenkultur« bestimmte nun auch die Blüte der Bildenden Kunst, Musik und Belletristik das Bild der »Weimar Culture« – ein Begriff, der bereits im Exil während der NS-Zeit geprägt worden war.²⁷ Schon im Vorfeld der Protestbewegung von 1968 waren die unabhängigen marxistischen Theoretiker der Weimarer Zeit wiederentdeckt worden. Zwei Jahrzehnte später wurde der intellektuelle Reichtum der 1920er Jahre auch als Teil einer deutsch-jüdischen Tradition betrachtet, der 1933 unwiederbringlich zerstört und aus Deutschland vertrieben worden war. Weimar wurde nun auch zu einem kulturellen Sehnsuchtsraum.²⁸

Aus dem Bild einer angesichts der Rahmenbedingungen und politischen Strukturfehler von vornherein zum Scheitern verurteilten Demokratie wurde aber nicht nur eine historische Phase unabgeholter Möglichkeiten, sondern zugleich auch extremer Widersprüche. Diese sah man nicht mehr wie im Kalten Krieg vor allem im Streit um geschichtspolitische Konstruktionen, etwa jener eines Kampfes zwischen wenigen Demokraten und ihren totalitären Feinden von links und rechts – so die westdeutsche Sicht – oder eines Kampfes der Klassen, so die marxistisch-leninistische Doktrin.²⁹

25 Als »Phase der relativen Stabilisierung« gelten die Jahre zwischen 1924 und 1929. Vgl. Sturm, Reinhard: »Zwischen Festigung und Gefährdung 1924-1929«, in: bpb, Dossier: Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, 23.10.2011, <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39534/zwischen-festigung-und-gefaehrung-1924-1929>, abgerufen am 6.11.2021.

26 Vgl. Peukert, Detlef: Die Weimarer Republik: Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987.

27 Vgl. Gay, Peter: Weimar Culture. The Outsider as Insider, New York/London[1968] 2001.

28 Vgl. Brenner, Michael: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik, München 2016 (2. Aufl.).

29 Vgl. Gallus, Alexander/Schildt, Axel (Hg.): Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930. Hamburg (=Hamburger Bei-

Vielmehr zeigte das neue Bild von Weimar, das sich am Ende des Kalten Krieges und der deutsch-deutschen Zweistaatlichkeit ausbreitete, die Janusköpfigkeit einer Zeit, in der urbane Lebensstile und konservative Heimattümelei nebeneinander und gegeneinander bestanden. Gleichzeitig erlebten humanistische Ideen und sozialistische Visionen einer friedlichen Zukunft ebenso eine Blüte wie auf der anderen Seite völkischer Rassismus und Antisemitismus. Diese Widersprüchlichkeit könnte bewirkt haben, dass das Interesse an der Geschichte der ersten deutschen Demokratie in den vergangenen Jahren wieder gestiegen ist.

Innerhalb der Geschichtswissenschaft gilt die Zeit der Weimarer Republik mittlerweile als ausgeforscht, ihr Bild hat sich in den vergangenen Jahrzehnten differenziert und pluralisiert. Allerdings wird das ursprüngliche schlechte Image damit nicht einfach abgelöst, sondern nur partiell überdeckt. Mochte die Rede von den »Weimarer Verhältnissen« in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch Lebenserfahrungen der Zeitzeugen transportieren, so führt sie im kulturellen Gedächtnis der Deutschen mittlerweile ein Eigenleben. Aktuell ist das Reden über die schleichende Renaissance »Weimarer Verhältnisse« eine Chiffre für das Alarmzeichen, dass unsere demokratische politische Kultur gefährdet sein könnte.³⁰

Welche politischen Ideen und Begriffe aus der Zeit der Weimarer Republik in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen jeweils aufgegriffen wurden – und werden –, daran kann man Tendenzen der Ideenlandschaft der Bundesrepublik nämlich recht gut ablesen. Das gilt für den kitschigen Stresemann-Kult der 1950er Jahre ebenso wie für die Entdeckung der Rätebewegung und radikaler linker Ideen durch die Protestbewegung um 1968.³¹

Insofern beunruhigt es, wenn gut finanzierte Ideologen im Umkreis von AfD und Pegida, wie etwa der Geschichtslehrer Karlheinz Weißmann oder der Verleger Götz Kubitschek mit seinem Antaios-Verlag und dem Institut für Staatspolitik die antideokratischen Ideen der Konservativen Revolution, die sich gegen Liberalismus, Internationalismus und Humanismus richteten, vom Anfang der 1920er Jahre in modernisierter Form für die Gegenwart zurichten. Hinter der ethnopluralistischen Camouflage und identitärer Semantik verbirgt sich nicht viel mehr als das Ideenarsenal der Konservativen Revolution der Gegner der ersten deutschen Demokratie.³² Heute sind es Jörg Meuthen und Alexander Dobrindt, die eine Überwindung der rot-grün-versifften Gesellschaft der angeblich herrschenden 68er und eine »konservative Revolution der

träge zur Sozial- und Zeitgeschichte Bd. 48), Göttingen 2011. Zur Diskussion vgl. die Rezension von Wintgens, Benedikt, in: H-Soz-Kult, 01.11.2011; www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-15803, abgerufen am 6.11.2021.

30 Vgl. Wirsching, Andreas/Kohler, Berthold/Wilhelm, Ulrich (Hg.): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Bonn 2018.

31 Vgl. Tagungsbericht: Gustav Stresemann – ein deutscher Politiker, 23.03.2001–25.03.2001 Gummersbach, in: H-Soz-Kult, 30.03.2001, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-2020. Vgl. Pohl, Karl Heinrich: Gustav Stresemann. Biografie eines Grenzgängers, Göttingen 2015; Vgl. die Rezension von Bloch, Max, in: H-Soz-Kult, 18.11.2015, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-23132, abgerufen am 6.11.2021.

32 Vgl. Breuer, Stefan: Anatomie der Konservativen Revolution, 2. durchgesehene und korrigierte Auflage, Darmstadt [1993] 1995.

Bürger«³³ fordern. Letzterem möchte ich allerdings noch zugute halten, dass er im Geschichtsunterricht nicht aufgepasst hat. Leider kann man nicht mehr sagen: Wehret den Anfängen. Als Historiker müssen wir darüber aufklären, wie es gelungen ist, die Demokratie von Weimar zu zerstören. Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt und auch wenn Vergleiche immer asymmetrisch ausfallen, die Geschichte der Novemberrevolution und der Weimarer Republik bietet uns leider viel zu viel Anschauungsmaterial für die politische Kultur der Gegenwart.

33 Vgl. »Dobrindt will »konservative Revolution« unterstützen«, in: Der Tagesspiegel vom 4.10. 2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/csu-landesgruppenchef-dobrindt-will-konservative-revolution-unterstuetzen/20812904.html>, abgerufen am 6.11.2021; zu Meuthen vgl. Köpke, Jörg/Sternberg, Jan: »Der Stuttgarter Rechtsruck«, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3.5.2016, <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/AfD-Parteitag-in-Stuttgart>, abgerufen am 17.12.2021.

»Furchtbare Katastrophe« – Kirche und Revolution

Rainer Hering

Gudrun Fiedler zum 65. Geburtstag gewidmet

1. Abstract

Der Beitrag analysiert die Beurteilung der Novemberevolution 1918/19 durch die Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate und arbeitet die Konsequenzen der politischen Veränderungen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik für diese evangelische Landeskirche heraus. Die Notwendigkeit, demokratische Elemente auch in die Kirchenverfassung aufzunehmen und die Rolle von Frauen zu stärken, auch wenn noch nicht von einer Gleichberechtigung gesprochen werden kann, wurde von vielen Geistlichen abgelehnt. Nur wenige sahen dies als Chance und engagierten sich im demokratischen Sinne. Die Mehrzahl negierte die Republik und war offen für die Veränderungen des Jahres 1933.

2. Einleitung

»Furchtbare Katastrophe«, »gewaltige Erschütterung« – mit solchen Formulierungen kommentierten Pastoren in Hamburg das Ende des Ersten Weltkrieges und die daraus folgenden Veränderungen, die sich nicht nur in Politik und Gesellschaft, sondern auch für die Kirchen gravierend auswirkten. In der Ausstellung zur Novemberrevolution 1918 im Museum für Hamburgische Geschichte, aus dessen begleitender Vorlesungsreihe dieser Band hervorgegangen ist, wurden die Vorgeschichte, der Verlauf und die Ergebnisse des Veränderungsprozesses vom Kaiserreich zur Weimarer Republik ansprechend und umfassend dargestellt. Doch der Bereich Kirche und Religion wurde in der Ausstellung leider nur kurz gestreift und bedauerlicherweise auch im ansonsten informativen Katalog nicht vertieft.¹ Die Haltung der Kirchen zu dieser Zäsur und deren Auswirkun-

1 Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Hamburg: Historische Museen Hamburg/Kiel: Wachholtz 2018.

gen auf diese Institution fehlen. Dieser Beitrag schließt daher die Lücke und zeigt am Beispiel der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate – wie die protestantische Landeskirche damals hieß –, dass das Thema auf verschiedenen Ebenen von großer Bedeutung für die Veränderungen in der Hansestadt war.² Zunächst wird die Haltung der Evangelisch-lutherischen Kirche zur Revolution und zur Kriegsniederlage dargestellt und anschließend in mehreren Schritten die durch sie ausgelösten Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Bereich in ihren Auswirkungen auf die Institution Kirche herausgearbeitet.³

3. Kirche und Revolution

Wir Christen können uns zu einer ungetrübten Freude an dem Neuen, das sich jetzt gestaltet, nur schwer verstehen. [...] Religiöse Menschen sind nun einmal Gemütsmenschen, denn das Gemüt ist der Sitz der Religion. Und zu viele Gemütswerte fallen doch mit der Neuordnung der Dinge dahin, als daß es uns nicht in tiefster Seele schmerzen sollte!⁴

So kommentierte der Herausgeber des *Hamburgischen Gemeindeblattes*, der Pastor am Waisenhaus Lic. Paul Gastrow (1866–1950), in der Ausgabe vom 1. Dezember 1918 die politischen Veränderungen in Deutschland. Damit hatte er sehr vorsichtig die Vorbehalte

-
- 2 Zum kirchlichen Kontext und zu anderen Landeskirchen vgl. z.B. Kaiser, Jochen-Christoph: »Der Protestantismus von 1918 bis 1989«, in: Wolf, Hubert (Hg.): Ökumenische Kirchengeschichte. Band 3: Von der Französischen Revolution bis 1989, Darmstadt: WBG 2007, S. 181–270, S. 181–184; Wenne-muth, Udo: »Kirche und Revolution 1918/19 in Baden«, in: Engehausen, Frank/Weber, Reinhold (Hg.): Baden und Württemberg 1918/19 – Kriegsende – Revolution – Demokratie, Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung 2018, S. 225–249; Sommer, Wolfgang: »Die protestantische Kirche in Bayern rechts des Rheins zur Zeit der Novemberrevolution 1918 und im Frühjahr 1919«, in: Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte 87 (2018), S. 123–140; Hauser, Andrea, »Helfen kann, mag kommen was da will, nur die Organisation!« 1918 bis 1920: die Entstehungszeit der Verfassung der Bremischen Evangelischen Kirche, Bremen: Bremische Evangelische Kirche 2018.
 - 3 Der Text basiert auf Hering, Rainer: »Auf dem Weg in die Moderne? Die Hamburgische Landeskirche in der Weimarer Republik«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 82 (1996), S. 127–166. Wieder abgedruckt in: Hering, Rainer/Mager, Inge (Hg.): Kirchliche Zeitgeschichte (20. Jahrhundert). Hamburgische Kirchengeschichte in Aufsätzen, Teil 5 (=Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Band 26), Hamburg: Hamburg University Press 2008, S. 37–74; ders.: »Zwischen Schuldabwehr und Demokratieablehnung. Vom Umgang der protestantischen Kirchen mit der Niederlage und ihren Folgen«, in: »Gott mit uns!« Deutscher Protestantismus und Erster Weltkrieg. Tagung der Evangelischen Akademie der Nordkirche Hamburg, 13.–14.6.2014 (epd Dokumentation Nr. 38 vom 23. September 2014), Frankfurt a.M.: epd [=Evangelischer Pressedienst, Anm. Verf.] 2014, S. 4–12.
 - 4 Gastrow, Paul: Der »Himmel auf Erden« und das »Himmelreich«, in: Hamburgisches Gemeindeblatt 11. Jg. Nr. 9 vom 1.12.1918, S. 33. Vgl. zu Bremen Krückeberg, Anna-Lena: »Wie berichtete das Bremer Kirchenblatt über die Revolution?«, in: Schöck-Quinteros, Eva/Schröder, Ulrich (Hg.): Revolution 1918/19 in Bremen, Bremen: Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bremen 2018, S. 95–107.

ausgedrückt, die nicht nur in der Hamburger Landeskirche bestanden.⁵ Die Versammlung ihrer Pastoren gab sich zunächst in einer Erklärung optimistischer: »Wir befinden uns mitten in einer Neugestaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die christliche Religion steht und fällt nicht mit irgend einer Staatsform. Daher sehen wir, als Verkünder dieser Religion, mit Zuversicht und Arbeitsfreudigkeit der Zukunft entgegen. [...] Wir wollen daher vollen Ernst damit machen, daß bei der kirchlichen Arbeit und Verwaltung nicht auf die politische Parteistellung, sondern allein auf das kirchliche Interesse geachtet wird, damit unsere Kirche und ihre Verfassung mehr als bisher den Aufgaben der Gegenwart gerecht werden kann.«⁶ Schon fast euphorisch war ein Leitartikel des *Hamburgischen Gemeindeblattes*, der die »Morgenröte einer neuen Zeit« anbrechen sah: »Sie bringt uns Frieden, Klarheit, Fortschritt für die ganze Welt.« Aufgrund der durch Jahrzehnte gewachsenen deutschen Selbst- und Weltachtung sei auch der Eintritt in den Völkerbund kein Problem, schrieb Hermann Rieffenberg (1867-1929), Pastor an St. Gertrud (Hohenfelde).⁷ Diese positive Einschätzung war aber keineswegs die der Mehrheit.

4. Kirche und Kriegsniederlage

Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und das Ende der Monarchie – verbalisiert in Ausdrücken wie »furchtbare Katastrophe« oder »gewaltige Erschütterung« – wurden von Theologen als Gottesgericht interpretiert, »als eine Mahnung des Ewigen an das deutsche Volk zur Selbstbesinnung«. Auch die Kirche sei zur Selbstprüfung aufgerufen.⁸ Gott habe den Gegnern der Deutschen die Kraft zum Sieg gegeben, um den Deutschen die eigenen Fehler – »Äußerlichkeit, Genussucht, Gewaltsinn und Gewinnsucht« – erkennen zu lassen.⁹ Dem Weltkrieg wurde von Seiten der Kirche ein transzendenter Sinn zugewiesen, er wurde religiös interpretiert. Zugleich wurden die Deutschen moralisch entlastet: Die Schuld des Weltkrieges wurde als »Gesamtschuld unseres Geschlechts« gesehen: »die geistigen Gewalten, die vor und in diesem Kriege tätig waren; das äußere Verhalten, zu dem sie geführt haben.« Eine Schuld einzelner oder des deutschen

-
- 5 Vgl. beispielsweise Jacke, Jochen: Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 12), Hamburg: Christians 1976; Nowak, Kurt: Evangelische Kirche und Weimarer Republik. Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1981.
 - 6 Abgedruckt in: Hamburgisches Gemeindeblatt 11. Jg. Nr. 9 vom 1.12.1918, S. 35f.
 - 7 Rieffenberg, Hermann: »Die Morgenröte einer neuen Zeit«, in: Hamburgisches Gemeindeblatt 11. Jg. Nr.10 vom 8.12.1918, S. 37.
 - 8 Claussen, Arminius: »Zukunftsaufgaben der Kirche«, in: Hamburgisches Gemeindeblatt 11. Jg. Nr.16 vom 19.1.1919, S. 62–64, S. 63. Claussen (1876-1961) war Pastor an St. Markus (Hoheluft). Zur Debatte über den Krieg im Protestantismus der Weimarer Republik vgl. Gaede, Reinhard: Kirche – Christen Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus in der Weimarer Republik (= Geschichte & Frieden, Band 41), Bremen: Donat 2018.
 - 9 Rieffenberg, Hermann: »Gott bleibt uns treu mit seiner versöhnenden Liebesmacht«, in: Hamburgisches Gemeindeblatt 11. Jg. Nr. 20 vom 16.2.1919, S. 77f, das Zitat S. 78.

Volkes wurde abgelehnt, allein vor Gott sollte ein allgemeines Schuldbekenntnis erfolgen.¹⁰ Immer wieder wurde in Veröffentlichungen im *Hamburgischen Gemeindeblatt* betont, dass Gott weiterhin zu den Deutschen halte, wenn sie sich demütig zu ihm bekennen würden. Nachdem während des Krieges die Sieges euphorie geschürt worden war, trug diese Interpretation dazu bei, die Niederlage zu bewältigen, ohne das bisherige Weltbild allzu sehr infrage zu stellen. Vor allem sollte das durch den Krieg und die enormen Opfer in der Bevölkerung geschwächte Vertrauen in Gott und die Kirche wieder gestärkt und dem Trend zur Entkirchlichung entgegengewirkt werden. Dazu wurden die besonderen Leistungen der Deutschen hervorgehoben und die siegreichen Feinde diffamiert: Die deutsche Art sei sittlicher und innerlich tiefer als die fremde, die deutsche Kraft könne nur für einige Zeit geschwächt, nicht aber wirklich gebrochen werden, der Stolz auf die Leistungen der Front und des »Heimatheeres« sei auch im Angesicht der militärischen Niederlage berechtigt. Schließlich hätten die deutschen Gegner »die ganze Welt gegen ein einziges Volk« zusammengerufen. Ihr »Siegestaumel«, ihre mangelnde Bereitschaft zur Vergebung, zeige ihre mangelnde Jesusliebe. Daher stünden sie moralisch weit unter den Deutschen, die sogar ihren Feinden vergeben würden.¹¹ Dabei fiel kein Wort über die Rolle der Deutschen beim Beginn des Ersten Weltkrieges oder über die militärischen Leistungen. Theologen übernahmen hier kritiklos gängige zeitgenössische Interpretationen zur Legitimierung ihrer eigenen Funktion.

Dementsprechend war die scharfe Ablehnung des Versailler Vertrages nicht überraschend: Die Synode verfasste eine Erklärung, die den Siegern des Weltkrieges »unchristliche(n) Haß«, »widergöttliche(n) Uebermut« und »gewissenlose Unwahrhaftigkeit« unterstellte. Unter dem schweren Druck des Friedensvertrages seien Religion und Religionsbekundung »Gemeinschaftssache und Volkssache«, »ein Halt, wie für den inwendigen, so auch für den von den allgemeinen Nöten bedrängten äußern Menschen«. Die Synode rief auf zu »deutscher Festigkeit und deutscher Vaterlandsiebe«, zur Stärkung durch die Gemeinschaft im Gottesdienst. Offenbar bestand die Befürchtung, dass angesichts der Niederlage sich weite Teile der Bevölkerung von der Kirche abwenden würden, zumal sich die Geistlichkeit in Kriegspredigten und Kanonensegen eindeutig für den Krieg erklärt hatte. Und tatsächlich: Viele Kriegsteilnehmer traten mit dem Spottvers: »Die Pfaffen, sie segnen die Waffen« aus der Kirche aus. Die vor 1918 praktizierte Funktionalisierung des christlichen Glaubens für einen Krieg mit völlig neuen Dimensionen führte nunmehr zu einer entsprechenden Gegenreaktion.¹²

10 Rieffenberg, Hermann: »Gott bleibt uns treu mit seiner Vergebung«, in: *Hamburgisches Gemeindeblatt* 11. Jg. Nr. 18 vom 2.2.1919, S. 69.

11 Ebd.

12 Die Zitate vgl. *Hamburgisches Gemeindeblatt* 11. Jg. Nr. 38 vom 22.6.1919, S. 152. Die Erklärung vom 17.6.1919 schließt: »Laßt uns geloben, Gottes Volk zu sein und immer mehr zu werden, und dann darauf hoffen, daß Gott unser Gott sein will. Werfet euer Vertrauen nicht weg, auch nun nicht, da uns Geduld not ist! Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?«; 100 Jahre Apostelgemeinde Hamburg-Eimsbüttel. Hg. vom Kirchenvorstand der Apostelgemeinde, Hamburg: Apostelgemeinde 1990, S. 55.

5. Evangelische Christen und die Kirchengaustrittsbewegung

Die Hansestadt Hamburg verfügte 1919 über 1.050.380 Einwohner, 1932 waren es schon 1.218.447.¹³ Die Zahl derer, die einer Religionsgemeinschaft angehörten, nahm in diesem Zeitraum kontinuierlich ab. Während des Kaiserreiches, im Jahr 1907, lag der Anteil der Evangelischen bei 92,3 Prozent, der der Katholiken bei 5,2 Prozent, zur jüdischen Religion bekannten sich zwei Prozent und nur 0,3 Prozent der Bevölkerung gehörten einer anderen nichtchristlichen bzw. gar keiner Religionsgemeinschaft an.¹⁴ 1925 betrug der Anteil derjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten 6,2 Prozent. Die Angehörigen der Landeskirche zählten nur noch 85,5 Prozent, die Zahl der Katholiken war konstant geblieben, die der Juden auf 1,73 Prozent zurückgegangen. Auf Reichsebene waren es 63,3 Prozent Protestanten zu 32,3 Prozent Katholiken und 1,8 Prozent Konfessionslosen.¹⁵ In Hamburg überwogen im Vergleich zum Reich also traditionsgemäß die Protestanten, aber ebenso bei weitem auch diejenigen, die keiner Konfession angehörten; die Folgen der Kirchengaustrittsbewegung waren nachhaltig zu spüren. Bei den Angehörigen der Landeskirche waren die Frauen in der Mehrzahl (87,6 Prozent gegenüber 83,1 Prozent der Männer). Bei denen, die keiner Religionsgemeinschaft angehörten, lag der Anteil der Männer erheblich über dem der Frauen (7,9 Prozent zu 4,6 Prozent), was damit erklärt wurde, dass Frauen im Allgemeinen nicht so schnell die überlieferte Religionszugehörigkeit aufgeben.

Sieht man sich den Anteil der evangelischen Bevölkerung nach Wohngebieten an, so fällt auf, dass er 1925 in der Stadt Hamburg 85,7 Prozent, im Landgebiet jedoch 92,7 Prozent betrug (Gesamtgebiet: 86,1 Prozent). Die Bindungskraft traditioneller Überlieferung und die soziale Kontrolle waren in ländlicheren Gebieten größer als in der Stadt, wo die säkularen Tendenzen sich eher durchsetzten. Innerhalb des Stadtgebietes lagen die Vororte Finkenwerder, Alsterdorf, Groß Borstel, Ohlsdorf und Klein Borstel über dem Durchschnitt, die Stadtteile St. Pauli-Nord und -Süd, St. Georg-Nord, Barmbek, Billwerder Ausschlag und der Vorort Langenhorn weit darunter. Hier waren auch die Anteile derjenigen, die keiner Gemeinschaft angehören, sehr hoch. Diese Gebiete wurden besonders von Arbeiterinnen und Arbeitern bewohnt.¹⁶

Acht Jahre später, 1933, setzte sich der hier beschriebene Trend noch weiter fort. Nunmehr gehörten nur noch 76,4 Prozent der Einwohner der evangelischen Landeskirche an, wohin gegen sich 16 Prozent zu keiner Religionsgemeinschaft zählten. Der Anteil der Katholiken war bei 5,3 Prozent weiterhin stabil geblieben, der der Juden war weiter auf 1,5 Prozent gesunken. Zwischen 1925 und 1932 waren ca. 104.000 Personen

13 Schütt, Ernst Christian: Die Chronik Hamburgs, Dortmund: Chronik 1991, S. 603.

14 Beukemann, Wilhelm (Hg.): Statistische Mitteilungen über den Hamburgischen Staat, Nr. 2: Berufsaufnahme vom 12. Juni 1907, Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg 1913, S. 276.

15 Jacke (1976): Kirche, S. 308; Hering, Rainer: »Säkularisierung, Entkirchlichung, Dechristianisierung und Formen der Rechristianisierung bzw. Resakralisierung in Deutschland«, in: von Schnurbein, Stefanie/Ulbricht, Justus H. (Hg.): Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe »arteigener« Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende, Würzburg: Königshausen und Neumann 2001, S. 120-164.

16 Hamburger statistische Monatsberichte. Hg. vom Statistischen Landesamt, November 1926, S. 271-274.

Hamburgischen Staate als Körperschaft des öffentlichen Rechts ihre Angelegenheiten selbständig. Wie im politischen Bereich wurde nun auch in der Kirche das aktive und passive Frauenwahlrecht eingeführt.²⁰ Die Synode war das oberste Organ der Hamburgischen Landeskirche. Sie bestand aus Abgeordneten der Kirchenvorstände und Konvente und wählte den Kirchenrat für Aufgaben der Verwaltung und zur Vorbereitung der Vorlagen für die Synode. Ihm gehörte ex officio der Senior an, der von der Synode aus dem Kreis der Hauptpastoren gewählt wurde. Er hatte die Dienstaufsicht über die Geistlichen und den Vorsitz im Hauptpastorenkollegium und in den Kollegien der Pastoren. Das Geistliche Ministerium umfasste alle Geistlichen, hatte allerdings nur gutachterliche Befugnisse bei verfassungsändernden Beschlüssen der Synode.²¹

7. Finanzen

Die finanzielle Situation der Hamburger Kirche war nachhaltig von der gesamtwirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches bestimmt. Mit dem Ersten Weltkrieg setzte 1914 die Inflation ein, die sich 1922/23 zur Hyperinflation steigerte. Auf eine Phase der relativen Stabilisierung ab 1924 folgte 1929 ein Konjunkturabschwung, der in der Weltwirtschaftskrise gipfelte. Erst durch die systematisch erhöhten Staatsausgaben ab 1933 gab es einen konjunkturellen Aufschwung, der jedoch im Zusammenhang mit Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zu sehen ist.²²

20 Staatsarchiv Hamburg [StA HH], 111-1 Senat, Cl.VIII No.Xa, Protokoll der Senatssitzung vom 14.3.1919 (Bl. 377f). In der Senatssitzung vom 7.5.1919 stellte Senator Max Schramm (1861-1928) deutlich fest, dass »[...] die auf staatlichem Gebiet sich vollziehende Umwälzung der Verhältnisse die völlige Trennung von Staat und Kirche zur Folge hat [...]« (ebd., Bl. 680f). Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate vom 30.5.1923, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt (HGVBl.) 1923, S. 427-442; Daur, Georg: Von Predigern und Bürgern. Eine hamburgische Kirchengeschichte von der Reformation bis zur Gegenwart, Hamburg: Agentur des Rauhen Hauses 1970, S. 258. Auf Beschluss der Synode vom 24.6.1919 wurde eine Interimsverfassung vom 16.7.1919 verabschiedet (in: Amts-Blatt der Freien und Hansestadt Hamburg Nr.163 vom 17.7.1919, S. 1217-1233). Im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre wurden auch die acht Stellen der Staatsgeistlichen am Waisenhaus, am Werk- und Armenhaus, an den Gefängnissen und an den Krankenhäusern St. Georg und Eppendorf aufgehoben und in kirchliche Hand überführt, vgl. Gastrow, Paul: »Die Staatsgeistlichen in Hamburg«, in: Hamburgische Kirchenzeitung 2 (1925), S. 75f. Es ist auffallend, dass die staatlichen Verfassungen der Hansestadt von 1921 und 1952 keine Aussagen über das Verhältnis zur Kirche treffen, vgl. Ipsen, Hans Peter: Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn, Hamburg: Appel 1956, S. 254.

21 §§ 40-44 der Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate vom 9.12.1870 (Hamburgische Gesetzessammlung 1870 I, S. 137-153, 148f.) sowie §§ 48-59 der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate vom 30.5.1923 (HGVBl 1923, S. 427-442); Harm, Wolf: Ausschnitt aus der Geschichte der Ev.-luth. Kirche in Hamburg und ihre Struktur in der Gegenwart. Ms., Hamburg 1980, Bl. 37; Stoob, Heinz: Die Entwicklung des kirchlichen Oberamtes in Hamburg. Ms., Hamburg 1955, Bl. 22.

22 Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart: Klett-Cotta 2008, bes. S. 166-181, 397-405; Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (= Oldenbourg-Grundriß der Geschichte, Band 16), 6. überarb. u. erw. Auflage, München: Oldenbourg 2002, S. 195-211; Borchardt, Knut: Grundriß der deutschen Wirt-

Durch die Inflation hatte die Kirche fünf Millionen Mark verloren und die Steuerkraft der Gemeindemitglieder ging zurück, da der Ertrag der Kirchensteuer von der Höhe der Einkommen abhängig war. In der Inflationszeit wurde diese Steuer direkt in den Gemeinden bezahlt, um der Geldentwertung vorzubeugen.²³ Vor allem in den Jahren 1919 bis 1924 war die Arbeit der Synode durch die schwierige finanzielle Lage gekennzeichnet. Doch auch noch 1925 wurden die Kirchenvorstände zur Sparsamkeit gemahnt, vor allem bei der Instandhaltung der Gebäude.²⁴ Wie andere Berufsgruppen auch, so mussten die kirchlichen Mitarbeiter erhebliche Einbußen im Lebensstandard hinnehmen; 1930 wurden ihnen Gehaltsvorschüsse nur gegen eine Verzinsung gewährt.²⁵

Ende der zwanziger Jahre wurde die Haushaltslage der Kirche wieder schwierig: Das Rechnungsjahr 1928 schloss mit einem »bedeutenden Fehlbetrag« ab und für 1929 und die folgenden Jahre rechnete man mit einem erheblichen Steuerausfall. Immer wieder appellierte der Kirchenrat an die Gemeinden, diese Situation in den Voranschlägen zu berücksichtigen, und behielt sich vor, diese einer »scharfen Überprüfung« zu unterziehen. Mit Wirkung vom 1. Februar 1931 wurden die Gehälter um fünf, ab April um sechs Prozent der Bruttobezüge gekürzt.²⁶ Die Zahl der Kirchaustritte nahm weiter zu und erreichte 1931 mit 15.849 die höchste Ziffer seit 1920. Da die Austrittszahlen vor allem in den Monaten der Steuerzahlung besonders anstiegen, scheint die schlechte wirtschaftliche Lage ausschlaggebend gewesen zu sein. Vor allem ungelernte Arbeiter verließen die Kirche, aber auch die Gehaltskürzungen im »Mittelstand« veranlassten etliche zu diesem Schritt.²⁷

8. Die Frage der Frauenordination

Ein wichtiges Problem für die protestantischen Landeskirchen stellte in den zwanziger Jahren die Frage dar, ob die im staatlichen Bereich eingeführte Gleichberechtigung der Frauen auch in der Kirche umgesetzt werden sollte, und Frauen mithin ordiniert und als Pastorinnen eingestellt werden dürften. Seit der Jahrhundertwende durften Frauen sich an deutschen Universitäten immatrikulieren und im Wintersemester 1908/09 gab es die erste Studentin der evangelischen Theologie. In Hamburg wurde die »Frauenfrage« ausgelöst durch eine Anfrage Sophie Kunerts (1896-1960), die seit 1925 als Sozialpädagogin in der Strafanstalt Fuhlsbüttel tätig war, nachdem sie vier Jahre zuvor in Berlin

schaftsgeschichte. 2., verb. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 61-70; Feldman, Gerald D.: *The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914-1924*, New York/Oxford: Oxford University Press 1993.

- 23 Hennig, Martin: Beiträge zur nordelbischen und zur hamburgischen Kirchengeschichte, Hamburg: Breklumer Verlag 1988, S. 42.
- 24 Gesetze, Verordnungen und Mitteilungen aus der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate (GVM) 1925, S. 71-73, S. 73 (An die Kirchenvorstände 20.11.1925).
- 25 Daur, S. 260; GVM 1930, S. 1 (23.1.1930, der Zinssatz betrug sechs Prozent p.a.).
- 26 Z.B. GVM 1929, S. 67f. (An die Kirchenvorstände 3.12.1929); ebd., 1930, S. 49 (25.9.1930); ebd., S. 71 (23.12.1930); ebd., 1931, S. 3 (30.1.1931); ebd., S. 13; Beckmann, Heinz: »Die Etat-Synode«, in: Hamburgische Kirchenzeitung 8 (1931), S. 33f.
- 27 Knolle, Theodor: »Kirchliche Chronik«, in: Hamburger Kirchenkalender 1933, Hamburg: Ev.-luth Kirche o.J. (1932), S. 121-130, S. 121f.

das erste theologische Examen abgelegt hatte. Auf ihren Antrag wurde sie als erste Frau zum zweiten Examen zugelassen, das sie im Herbst 1925 bestand. Umstritten war nun ihr Ziel, für ihre Tätigkeit in der Strafanstalt auch ordiniert zu werden. Im November 1927, nach zwei Jahren heftigster Auseinandersetzungen, wurde eine gesetzliche Regelung über »die Verwendung theologisch vorgebildeter Frauen in der Hamburgischen Kirche« verabschiedet. Obwohl sie dieselbe Ausbildung hatten, wurden Frauen nicht als Pastorinnen, sondern als geringer besoldete Pfarramtshelferinnen angestellt: Ihr Aufgabenbereich lag in der Wortverkündigung in Andachts- und Bibelstunden vor Frauen und Jugendlichen, im Abhalten von Kindergottesdiensten oder Religionsunterricht, in der Vorbereitung und Mitarbeit am Konfirmandenunterricht sowie in der seelsorgerischen und sozialen Gemeindegemeinschaft an Frauen und Mädchen. In Frauenanstalten und geschlossenen Frauenabteilungen von Anstalten durfte der Pfarramtshelferin auf Beschluss des Kirchenrats und des zuständigen Pfarramtes in besonderen Fällen der Einzelseelsorge auch die Verwaltung der Sakramente übertragen werden, wie Sophie Kunert es erbeten hatte.

Die Stellen von Pfarramtshelferinnen konnten nur mit Zustimmung des Kirchenrates von der Synode bewilligt werden, im Falle der Eheschließung schieden sie ohne Anspruch auf Ruhegehalt aus dem Dienst der Kirche aus. Die Tätigkeit der Pfarramtshelferin wurde nicht als geistliches Amt verstanden, sie wurde zum Dienst eingeseignet, nicht ordiniert.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass durch das Gesetz von 1927 Frauen in verstärktem Maße eine theologische Tätigkeit in der Hamburgischen Landeskirche ermöglicht wurde, ihre generelle Gleichberechtigung aber noch längst nicht erreicht war. Nicht nur in ihren Rechten und Wirkungsmöglichkeiten, auch in ihrer geistlichen und finanziellen Anerkennung waren Frauen trotz gleicher Vorbildung in keiner Weise den Männern gleichgestellt, diesen vielmehr unterstellt.²⁸ Auch für andere weibliche Beschäftigte in der Kirche gab es keine volle Gleichberechtigung. Wie in anderen Arbeitsverhältnissen lag ihr Lohn deutlich unter dem ihrer männlichen Kollegen.²⁹

9. Kirche und Republik

Wie schon ausgeführt, bestand ein ausgesprochen großes Spannungsverhältnis zwischen den hohen nationalen Erwartungen und ihrer Enttäuschung durch die vielfach als demütigend empfundene und nicht akzeptierte Niederlage am Ende des Ersten Weltkrieges. Da die Kirche mit Kriegspredigten und Waffensegnungen am Aufputschen der

28 Hering, Rainer: »Frauen auf der Kanzel? Die Auseinandersetzung um Frauenordination und Gleichberechtigung der Theologinnen in der Hamburger Landeskirche. Von der Pfarramtshelferin zur ersten evangelisch-lutherischen Bischöfin der Welt«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 79 (1993), S. 163–209, wieder abgedruckt in: Kirchliche Zeitgeschichte (20. Jahrhundert). Hamburgische Kirchengeschichte in Aufsätzen, Teil 5. Hg. von Hering, Rainer und Mager, Inge (= Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Band 26), Hamburg: Hamburg University Press 2008, S. 105–153; ders. [1997]: Theologinnen.

29 So betrug der Stundenlohn ab 1.3.1932 für Männer 0,90 RM, für Frauen nur 0,70 RM, also keine 80 Prozent (GVM 1932, S. 13).

nationalen Empfindungen direkt beteiligt gewesen war, erfuhr sie entsprechend deutlich das Scheitern der nationalen Ambitionen. So verband sie sich auch mit der nachfolgenden Radikalisierung des Nationalismus, die sich auf Ablehnung der juristischen Festschreibung der Niederlage im Versailler Vertrag und seine Unterzeichner konzentrierte. Zugleich bedeutete aber der Ausgang des Ersten Weltkrieges den Untergang der Monarchie und das Ende des engen »Bündnisses von Thron und Altar«. Daher wurde die aus Krieg und Revolution hervorgegangene erste demokratische Republik, getragen von Sozialdemokraten, bürgerlichen Demokraten und Liberalen sowie teilweise vom katholischen Zentrum, von Anfang an mit Misstrauen betrachtet.

Der schon im Kaiserreich sichtbar gewordene Konflikt zwischen Nationalismus und demokratischen Vorstellungen verschärfte sich und wandte sich erstmals gegen den Staat und seine Verfassung. Dadurch veränderte sich Stoßrichtung und Radikalität des Nationalismus. Die parlamentarisch-demokratische Republik wurde nicht als angemessene Fortführung der deutschen Nationalgeschichte betrachtet. Der Nationalismus trug jetzt nicht mehr – wie am Ende des 19. Jahrhunderts – zur Integration bei, vielmehr arbeitete er an der Zersetzung der Weimarer Republik.³⁰ Der Begriff des Volkes trat anstelle des Staates – bzw. des Reiches –, um sich so von der demokratischen Staatsform distanzieren zu können.³¹

Vor diesem Hintergrund muss das Verhalten der Hamburger Landeskirche und ihrer Vertreter zur Republik betrachtet werden. Die Kritik am Versailler Vertrag war – wie geschildert – geläufig, die Distanz zur Republik groß. Der zehnjährige Gedenktag der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, der 28. Juni 1929, wurde als Trauertag gestaltet. Die Kirchen sollten offengehalten, die Kirchenflaggen mit Trauerflor gehisst werden, und um 15 Uhr, der »Stunde der Unterzeichnung des Diktats«, wurde Trauergeläut angeordnet. Am darauffolgenden Sonntag sollte des Tages besonders gedacht und die Erklärung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses verlesen werden.³² 1931 erklärte der Ausschuss zur Kriegsschuldfrage:

Dieses Unrecht wird vor dem Gewissen der Völker immer wieder zu rechtfertigen gesucht durch die Belastung unseres Volkes mit der Kriegsschuld. Durch diese Belastung wird das deutsche Volk zum Verbrecher unter den Völkern der Erde gestempelt. Das können wir nicht ertragen, ohne uns der Selbstachtung zu berauben und uns der Lüge mitschuldig zu machen. Seit dem Jahre 1922 hat der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne gegen die Kriegsschuldlüge seine Stimme zu erheben. [...] [D]ie Behauptung der Kriegsschuld zehrt am Marke unseres Volkes.³³

30 Kocka, Jürgen: »Das Problem der Nation in der deutschen Geschichte 1870-1945«. In: Ders.: Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989, S. 97-99.

31 Vgl. dazu Wildt, Michael: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin: Suhrkamp, 2019.

32 GVM 1929, S. 19.

33 GVM 1931, S. 87.

Auch 1933 ordnete Landesbischof Simon Schöffel an, dass alle kirchlichen Gebäude zum Zeichen der Ablehnung des Versailler Vertrages mit Trauerflor zu flaggen seien.³⁴ In den zwanziger Jahren gewann die Kirchenleitung ein zumindest nach außen hin loyales Verhältnis zum Staat, wie sich in der Begehung des Verfassungstages zeigte: Auf Bitten des Senats wurden die Glocken mittags für eine Viertelstunde geläutet und den Geistlichen wurde anheimgestellt, »in einer Ihnen geeignet erscheinenden Form des Verfassungstages zu gedenken«.³⁵ Die inhaltliche Füllung ließ diese Formulierung nun offen, so dass den Geistlichen ein gewisser Freiraum gewährt wurde, und die Kirche als Ganze sich möglichen Protesten entzog. 1932 wurde kirchenöffentlich ein – allerdings nicht namentlich genannter – Kirchenvorstand gerügt, der kurzfristig das Geläut am Verfassungstage verweigert hatte: »Der Kirchenrat weist, wie gelegentlich schon in früheren Jahren, darauf hin, daß eine solche Nichtbeachtung und -befolgung eines Ersuchens des Kirchenrats von seiten einer Einzelgemeinde in derartigen Fällen untragbar ist. Die ganze Handlung des Glockenläutens an einem solchen Tag würde ihren Sinn verlieren, wenn sie nicht allgemein durchgeführt würde.«³⁶ Offensichtlich ging es in dieser Angelegenheit aber nicht nur um den Verfassungstag, sondern auch um die Autorität des Kirchenrates gegenüber den Gemeinden. Die grundsätzliche Distanz zwischen Kirchen und Sozialdemokraten ließ auch das Verhältnis zu einem sozialdemokratisch geprägten Staat nicht sehr eng werden, wenn nicht sogar in weiten Teilen der Geistlichkeit eine ausgesprochene Gegnerschaft vorhanden war. Schon 1925 hatte der Pastor an der Gnadenkirche und spätere Landesbischof Franz Tügel (1888–1946), der 1931 in die NSDAP eintrat, das Geläut am Verfassungstag verweigert. Für ihn war der Tag »aus dem Verbrechen der Revolution von 1918« erwachsen, der nur von Kreisen gefeiert werden könnte, die »größtenteils international empfinden und zugleich der Kirche gleichgültig oder feindlich gegenüberstehen«. »Den national Gesinnten – und zu ihnen gehören die meisten unserer Kirchenleute – stehen der Feier des 11. August innerlich fern, ja mit Groll im Herzen gegenüber.« Der Kirchenrat teilte Tügels Auffassung aber nicht.³⁷

34 GVM 1933, S. 43.

35 GVM 1927, S. 43. Zum zehnjährigen Verfassungstage wurde sogar ein festlicher Gottesdienst in St. Nikolai vom Kirchenrat veranstaltet, Glockengeläut und Beflaggung der Kirchen wurden angeordnet (GVM 1929, S. 33).

36 GVM 1932, S. 67. Weiter hieß es: »Liegen Bedenken bei einzelnen Kirchenvorständen vor, so entspricht es der Sache und der allgemeinen Gepflogenheit, die angeordnete Maßnahme nicht in letzter Stunde einseitig zu durchkreuzen, sondern bei Durchführung der angeordneten Maßnahme die Bedenken anzumelden und eine grundsätzliche Prüfung der Frage zu beantragen.«

37 NEK, 32.03.01 Personalakten Pastoren, Personalakte Franz Tügel, Bl. 51, Tügel an Kirchenrat 7.8.1925, abgedruckt in: Tügel, Franz: Mein Weg 1888–1946. Erinnerungen eines Hamburger Bischofs, Hg. von Nicolaisen, Carsten (= Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Band 11), Hamburg: Wittig 1972, S. 423; Hering, Rainer: Die Bischöfe Simon Schöffel, Franz Tügel (= Hamburgische Lebensbilder in Darstellungen und Selbstzeugnissen, Band 10), Hamburg: Verein für Hamburgische Geschichte 1995, S. 66f.

10. Kirche und Politik

Eine Statistik über die Parteimitgliedschaften der Hamburger Geistlichen in der Weimarer Republik gibt es bislang nicht. Der überregionalen Literatur ist zu entnehmen, dass sich auch Pastoren nicht so »überparteilich« verhielten, wie sie oft postulierten, vielmehr zahlreiche von ihnen sich parteipolitisch engagierten, vornehmlich auf Seiten der rechten, der Republik distanzier bis feindlich gegenüberstehenden Parteien wie der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Die Gruppe der religiösen Sozialisten war demgegenüber zahlenmäßig und in ihrem Einfluss verschwindend gering.³⁸ Solange genaueres Material nicht vorliegt, wird man diese Erkenntnisse auch als Hypothese für Hamburg übernehmen können.

An einzelnen Beispielen lässt sich aber auch für die Hansestadt das parteipolitische Engagement von Geistlichen aufzeigen: Der Eilbeker Pastor Johannes Wehrmann (1877-1941) war nicht nur im Stahlhelm aktiv, sondern auch Bürgerschaftsabgeordneter der DNVP von 1921 bis 1927. In dieser Partei dominierten in Hamburg die völkischen Antisemiten, die die meisten Funktionäre stellten und den politischen Kurs bestimmten. Bereits im Mai 1923, ein Jahr früher als in der Reichsorganisation, wurde hier der »Arierparagraph« eingeführt. Eine Zusammenarbeit mit gemäßigten bürgerlichen Parteien wurde abgelehnt, Ziel war die Wiederherstellung der Monarchie. Der Hamburger Landesverband gehörte zu den aktivsten und radikalsten regionalen Organisationen.³⁹ Der Hauptpastor an St. Petri und Senior seit 1920, Friedrich Rode (1855-1923), war wohl der prominenteste und am längsten aktive Politiker der Landeskirche. 1895 wurde er in die Bürgerschaft gewählt, wo er sich der Fraktion der Rechten anschloss und 1918 die Nationalliberalen führte. In der Weimarer Republik war er Fraktionsvorsitzender der DVP. Daneben leitete er den Hauptverein des Evangelischen Bundes in Hamburg und gehörte dem Ausschuss der Antiultramontanen Wahlvereinigung, also zwei dezidiert gegen die Kirche gerichteten Organisationen, an. Der Hamburger Landesverband der DVP war am rechten Rand der Partei angesiedelt. Es gab hier sehr starke Sympathien für

38 Nowak (1981): Kirche, bes. S. 307-339; ders.: »Protestantismus und Weimarer Republik. Politische Wegmarken in der evangelischen Kirche 1918-1932«, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (= Schriftenreihe, Band 251), 2., durchges. Aufl., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1988, S. 218-237, bes. S. 222ff – Nowak problematisierte den Begriff der »Überparteilichkeit« leider nicht; Dahm, Karl-Wilhelm: Pfarrer und Politik. Soziale Position und politische Mentalität des deutschen evangelischen Pfarrerstandes zwischen 1918 und 1933 (= Dortmunder Schriften zur Sozialforschung, Band 29), Köln-Opladen: VSVerlag für Sozialwissenschaften 1965; Jacke (1976): Kirche, bes. S. 323ff; Peter, Ulrich: Der »Bund der religiösen Sozialisten« in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte – Struktur – Theologie und Politik (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XXIII Theologie, Band 532), Frankfurt a.M. u.a.: Lang 1995; Hering, Rainer: »Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben. Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik«, in: Schmitz Walter/Vollnhals, Clemens (Hg.): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur (= Kultur und antidemokratische Politik in Deutschland, Band 1; Kulturstudien, Band 2), Dresden: Thelem 2005 [2006], S. 33-43.

39 Severin, Günther: Jahre einer Gemeinde. Eilbek 1872-1943, Hamburg: Selbstverlag 1985, S. 423-453; vgl. auch Behrens, Reinhard: Die Deutschnationalen in Hamburg, Phil. Diss. Hamburg 1973.

das Kaiserreich und die Bismarckfeiern der Vaterländischen Verbände.⁴⁰ Auch in diesen engagierten sich Hamburger Pastoren, was am Beispiel des völkischen, antisemitischen Alldeutschen Verbandes gezeigt werden soll: Der Gefängnisgeistliche Heinrich Reuß (1862-1923) war viele Jahre Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe und Mitglied des Gesamtvorstandes sowie des Geschäftsführenden Ausschusses. Als Redner trat er sowohl in der Hansestadt wie auch überregional auf und sprach z.B. über Themen wie: »Der deutsche Gedanke in der Welt«. Darüber hinaus war er Vorstandsmitglied des 1884 gegründeten Reichstagswahlvereins. Er erlitt 1923 bei der Gedenkfeier der Alldeutschen zum 25-jährigen Todestag Bismarcks in Friedrichsruh einen tödlichen Schlaganfall.⁴¹ Die Traueransprache für ihn hielt sein Veddeler Amtsbruder Paul Ebert (1865-1944), der in den zwanziger Jahren Vorsitzender der Hamburger Alldeutschen war.⁴²

Das politische Engagement der Geistlichen in der Hansestadt überwog auf Seiten der politischen Rechten. Den religiösen Sozialisten stand der Pastor und spätere Philosophieprofessor Kurt Leese (1887-1965) nahe, in seiner Wohnung wurden 1928 die *Neuen Blätter für den Sozialismus* gegründet.⁴³ Demokratisch engagiert war insbesondere Heinz Beckmann (1877-1939), der Bruder der Oberschulrätin und Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen, Emmy Beckmann (1880-1967). So kämpfte auch er für dieses Ziel, in erster Linie die Gleichberechtigung der Theologinnen in der Kirche, und wirkte als Herausgeber der *Hamburgischen Kirchenzeitung* in demokratischem Sinne. Vor allem

40 Hering, Rainer: *Theologie im Spannungsfeld von Kirche und Staat. Die Entstehung der Evangelisch-Theologischen Fakultät an der Universität Hamburg 1895 bis 1955* (= *Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte*, Band 12), Berlin/Hamburg: Reimer 1992, S. 435f; ders.: »Rode, Friedrich Gottlieb Theodor«, in: Bautz, Friedrich Wilhelm/Bautz, Traugott (Hg.): *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. VIII, Herzberg: Bautz 1994, S. 470-476; ders.: »Der Typus des echt hamburgischen Bürgerpastors. Vor 140 Jahren ist Friedrich Rode geboren. Uni-Ehrenmitglied« seit 1921«, in: *Uni hh. Berichte, Meinungen aus der Universität Hamburg*. 26. Jg. Nr. 2 (April 1995), S. 45-47; Büttner, Ursula: »Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik«, (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, Band 20), Hamburg: Christians 1985, S. 47-62.

41 StA HH, 331-3 Politische Polizei, S 19361; ebd., 731-8 Zeitungsausschnittsammlung (ZAS) A 767; *Alldeutsche Blätter* 33. Jg. Nr. 9 vom 22.9.1923, S. 41; Hering, Rainer: *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890-1939* (= *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*, Band 40), Hamburg: Christians 2003; ders.: »Eliten des Hasses. Der Alldeutsche Verband in Hamburg 1892 bis 1939«, in: *Hamburger Arbeitskreis für Regionalgeschichte Mitteilungen* 43 (2005), S. 44-69.

42 Behrens (1973): *Die Deutschnationalen*, S. 40; *Hamburger Nachrichten* Nr. 356 vom 3.8.1923; StA HH, 731-8 ZAS A 755.

43 Rathmann, August: *Ein Arbeiterleben. Erinnerungen an Weimar und danach*, Wuppertal: Hammer 1983, S. 161; Hering, Rainer: »Leese, Kurt Rudolf Hermann Anton«, in: Bautz, Friedrich Wilhelm/Bautz, Traugott (Hg.): *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. XVII, Herzberg: Bautz 2000, Sp. 826-848; Knuth, Anton: *Der Protestantismus als moderne Religion. Historisch-systematische Rekonstruktion der religionsphilosophischen Theologie Kurt Leeses (1887-1965)*, (= *Beiträge zur rationalen Theologie*, Band 14), Frankfurt a.M. u.a.: Lang 2005.

in der sehr sensiblen Schulpolitik setzte er sich für gutnachbarliche Beziehungen zwischen sozialdemokratisch beeinflusstem Staat und lutherischer Kirche ein.⁴⁴

Antisemitismus bzw. judenfeindliche Äußerungen gab es auch unter Hamburger Geistlichen. 1922 veröffentlichte Julius Hahn (1880-1956), Pastor in Eilbek, eine tendenziöse Schrift über *Die Judenfrage*, und ein entsprechender Vortrag, den er zwei Jahre später hielt, führte zu einer ergebnislosen Beschwerde der Jüdischen Gemeinde beim Kirchenrat wegen antisemitischer Hetze.⁴⁵ Allein die Feststellung, dass es eine »Judenfrage« gäbe, bildete schon ein Zugeständnis an antisemitische Kreise. Die Informationen über das Judentum waren nur spärlich; gängige, bis heute noch verbreitete Klischees bestimmten das Bild in Unterricht und Verkündigung. Selbst ein Judaist wie Pastor Walter Windfuhr (1878-1970), der der DNVP angehörte und ab 1929 als Honorarprofessor an der Universität lehrte, sah 1919 die »Gefahr einer Ueberschwemmung von Osten her« und stellte fest, dass »von den östlichen Juden her zur Zeit ein besonderer Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes ausgeht, weil sich angeblich unter den führenden Revolutionären »zahlreiche jüdische Namen« finden würden. Wenngleich er sich von einem direkten Antisemitismus distanzierte und einigen Vorurteilen entgegentrat, so trug er doch dazu bei, andere Klischees weiterzuverbreiten: Den Juden fehle es an »Bodenständigkeit«, sie seien mit »auffallenden Rassenmerkmalen« ausgestattet und wären in einigen Veröffentlichungen den Deutschen gegenüber überheblich. Auf diese Art wurde ebenfalls antisemitische Vorstellungen verbreitet und die Akzeptanz von völkischen Gedanken erhöht. Später nahm Windfuhr aber eine andere Haltung ein und distanzierte sich im »Dritten Reich« nachdrücklich vom Nationalsozialismus.⁴⁶

11. Reaktion auf die Moderne

Die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg und der damit verbundene Wechsel von der Monarchie zur Republik konfrontierte die Kirchen in aller Deutlichkeit mit den durch die Moderne hervorgerufenen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Der Erste Weltkrieg kann als deutlicher Schub dieser längst überfälligen Auseinandersetzung verstanden werden. Die evangelischen Landeskirchen reagierten jedoch weitgehend mit dem Festhalten an der Tradition und ließen Veränderungen nur insoweit zu, als sie durch die gesellschaftliche Entwicklung unumgänglich geworden waren. Die Mehrzahl der Angehörigen der Leitungsebenen, der kirchenleitenden Elite,

44 Hering, Rainer: »Die letzten beiden Hauptpastoren an der Hamburger Hauptkirche St. Nikolai am Hopfenmarkt: Heinz Beckmann und Paul Schütz«, in: *Auskunft* 16 (1996), S. 27-47; ders.: Heinz Beckmann und die »Hamburgische Kirchenrevolution« (= Veröffentlichungen des Archivs des Kirchenkreises Hamburg-Ost, Band 1), Hamburg: Kirchenkreis Hamburg-Ost 2009.

45 NEK, 32.03.01 Personalakten Pastoren, Personalakte Julius Hahn.

46 Windfuhr, Walter: »Zur heutigen Judenfrage«, in: *Hamburgisches Gemeindeblatt* 11. Jg. Nr. 31 vom 4.5.1919, S. 122f., die Zitate S. 122, Nr. 33 vom 18.5.1919, S. 132, Nr. 34 vom 25.5.1919, S. 135f. Zu Windfuhr siehe Hering, Rainer: »Sprache und Kultur des Judentums im Nationalsozialismus. Walter Windfuhrs Lehrtätigkeit an der Hamburger Universität«, in: *ZHG* 80 (1994), S. 141-151; ders.: »Windfuhr, Walter«, in: Bautz, Friedrich Wilhelm/Bautz, Traugott (Hg.): *Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon* Bd. XIII, Herzberg: Bautz 1998, S. 1365-1375.

bildeten weiterhin ein retardierendes Moment im Kontext der Weiterentwicklung und versuchten die Veränderungen, insbesondere eine Demokratisierung und die Gleichberechtigung der Geschlechter, zu verhindern bzw. zu verzögern.

Im Vorangegangenen ist deutlich geworden, dass die Hamburger Kirchengeschichte der Weimarer Republik in vielen Punkten wesentlich von der gesamtgesellschaftlichen und politischen Entwicklung geprägt und bestimmt worden ist. Kirchengeschichte kann daher adäquat nur als Gesellschaftsgeschichte verstanden werden. Der zentrale Begriff, der diese Zeit charakterisiert, ist der der Entkirchlichung.⁴⁷ Die evangelische Kirche verlor als Institution enorm an Rückhalt in der Bevölkerung und konnte inhaltlich immer weniger Einfluss, z.B. durch Schule und Universität, in Gottesdiensten und anderen öffentlichen Veranstaltungen, ausüben.⁴⁸ Die hier am Beispiel der Hamburger Landeskirche skizzierte Einschätzung der Revolution und der aus ihr resultierenden Veränderungen war wesentlich durch den Ersten Weltkrieg und die Haltung der Kirchen in der Kriegssituation bedingt. Auch in der Kirchengeschichte bedeutet er eine Zäsur und steht am Beginn des 20. Jahrhunderts. Daher ist – das hat dieser Beitrag gezeigt – dieser Themenbereich für die Beschäftigung mit der Novemberrevolution und ihren Folgen unverzichtbar.

-
- 47 Sperber, Jonathan: »Kirchengeschichte als Sozialgeschichte Sozialgeschichte als Kirchengeschichte«, in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 5 (1992), S. 11-17, sieht für die deutsche Gesellschaft der letzten zwei Jahrhunderte neben der Entkirchlichung auch die Bikonfessionalität als zentralen Faktor an (S. 17). Für Hamburg ist diese These zu modifizieren, da dem Katholizismus hier nur eine untergeordnete Rolle zukommt, er nur in einem Segment der Öffentlichkeit wahrgenommen worden und nur für einen kleinen Teil der Gesellschaft prägend gewesen ist. Mit Sperber wird der Terminus »Säkularisierung« nicht angewandt, da der Wandel der Rechtsstellung der Institution Kirche vom Wandel der Mentalität getrennt werden muss. Der Rückgang der Institution Kirche ist nicht geradlinig verlaufen, und die Suche des Menschen nach Transzendenz besteht weiter und ist für die Gesellschaft als solche zum Teil konstitutiv (ebd., S. 17).
- 48 Hering, Rainer: »Sozialdemokratisch beeinflusster Staat und lutherische Kirche in Hamburg: Die Auseinandersetzungen um den Religionsunterricht 1918 bis 1921«, in: *ZHG* 78 (1992), S. 183-207; Glanert, Joscha: »Religion ist Privatsache!« Die Abschaffung des Religionsunterrichts in Bremen«, in: Schöck-Quinteros, Eva/Schröder, Ulrich (Hg.): *Revolution 1918/19 in Bremen*, Bremen: Institut für Geschichtswissenschaft, Universität Bremen 2018, S. 107-127.

Das Ende des Kaiserreichs in der Familie des Reichsgründers. Wahrnehmungen von Revolution und Republik bei den Bismarcks in Friedrichsruh

Ulf Morgenstern

1. Der erste Weltkrieg und sein Ende: Zeitgenössische Wahrnehmungen und historischer Kenntnisstand nach 100 Jahren

Die folgende Skizze widmet sich dem Erleben des Endes des Kaiserreichs durch die Familie seines Staatsgründers. Um Nachkommen also, die am Ende des Ersten Weltkriegs nicht nur die von Bismarck stets befürchtete Niederlage Deutschlands in einem Zweifrontenkrieg erlebten, sondern um Familienangehörige, deren eigene Lebenswege und -inhalte nach dem Tod des Patriarchen im August 1898 zu einem Gutteil im Zeichen der Wahrung seines Werkes gestanden hatten und die nun sowohl auf einen innerfamiliären wie auf einen nationalstaatlichen Trümmerhaufen blickten: Das Ende jenes Reiches, das 1871 unter Bismarcks maßgeblicher Vorbereitung gegründet worden war, dessen Geschicke er als führender Staatsmann volle zwei Jahrzehnte geprägt und um dessen Wohlergehen und Fortbestand er sich mit eifersüchtigem Groll als »Kanzler ohne Amt«¹ noch acht unruhige Ruhestandsjahre gesorgt hatte. Dieses Deutsche Kaiserreich, das sich in der Anlehnung und selbst zugeschriebenen Nachfolge des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation als Zweites Deutsches Reich verstand und im Wesentlichen eine preußisch-deutsche Hegemonie zwischen Rhein und Memel war, war als Monarchie über Nacht untergegangen, der Zusammenhalt seiner Bundesstaaten erschien in den Revolutionsmonaten alles andere als selbstverständlich und der Umgang der neuen Eliten mit den Exponenten der alten war ungewiss. Formell existierte das Deutsche Reich noch weitere 26 Jahre, bevor es als pervertiertes »Großdeutsches Reich« im Mai 1945 unterging. Auch dieses tatsächliche Ende erlebten die Schwiegertochter Bismarcks und ihre Kinder noch; hier soll es jedoch um die Ereignisse und Erfahrungswelten der Jahre 1918 fortfolgende gehen – die Bismarck'schen Wahrnehmungen des Jahres 1945 dürfen für den 2025 anstehenden 80. Jahrestag des Kriegsendes aufgespart bleiben.

1 Hank, Manfred: Kanzler ohne Amt. Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 1890-1898, 2. Aufl., München 1980.

Mit dem Begriff des Jahrestages ist etwas erwähnt, das in der medialen Bearbeitung und der wissenschaftlichen Publizistik gelegentlich zu Übersättigung führen kann, aber nicht muss.² So begann der Erste Weltkrieg für historisch interessierte Leser:innen oder besser: Zuschauer:innen an der Seitenlinie im Jahr 2014 mit 100 Jahren Abstand noch einmal neu. Mit Christopher Clark,³ Herfried Münkler⁴ und Gerd Krumeich⁵ konnte man die Juli-Krise durchleben und seitdem in Fernsehbeiträgen, Themenheften historischer Magazine⁶ und so manchem dicken Buch den ganzen Ersten Weltkrieg mitmachen⁷ und sein Ende⁸ und seine völkerrechtliche Behandlung in den Pariser Vorortverträgen minutiös nachverfolgen⁹ und zwar in einer so umfassenden Art und Weise, wie sie keinem der Zeitgenossen möglich gewesen ist. Von Holger Afflerbach¹⁰ wissen wir nahezu alles über die Schlachten und diplomatischen Winkelzüge, uns stehen durch Aktenauswertung der genannten und noch anderer Kolleg:innen und durch ihre vielfältigen Interpretationen Informationen zur Verfügung, die während des tatsächlichen Kriegs nur ein Geist hätte sammeln können, der nachts in die Büros und Beratungszimmer der Minister und Generalstäbler in den Hauptstädten und in den mobilen Hauptquartieren eingedrungen wäre.

Kurz: Wir haben eine Gesamtschau an Fakten und Lesarten von Fakten vorliegen, die leicht dazu verleiten können, es besser zu wissen als die Altvorderen und ihnen

- 2 Die historische Forschung reflektiert inzwischen dieses ihr Zeit- und Schreibregime bestimmende Schema, vgl. etwa Müller, Winfried: »Das historische Jubiläum: zur Karriere einer Zeitkonstruktion«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 70 (2020), H. 33/34, S. 10-16; Ders.u.a. (Hg.): *Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus*, Münster u.a. 2004; weitergefasst dazu auch Sabrow, Martin: »Deutsche Zeitgeschichtsjubiläen als historische Selbstvergewisserung«, in: Schanetzky, Tim u.a. (Hg.), *Demokratisierung der Deutschen: Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020, S. 299-317.
- 3 Clark, Christopher: *Die Schlafwandler: wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2014.
- 4 Münkler, Herfried: *Der große Krieg. Die Welt 1914-1918*, Berlin 2013.
- 5 Krumeich, Gerd: *Juli 1914. Eine Bilanz*, Paderborn 2014.
- 6 Vgl. u.a. Damals. *Das Magazin für Geschichte: Der Erste Weltkrieg. Sonderband* 2013, Darmstadt 2013.
- 7 Fenske, Hans: *Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914-1919*, München 2014; Friedrich, Jörg: *14/18. Der Weg nach Versailles*, München 2014; Piper, Ernst: *Nacht über Europa*, Berlin 2013; Krumeich, Gerd/Prost, Antoine: *Verdun 1916. Die Schlacht und ihr Mythos aus deutsch-französischer Sicht*, Essen 2016; Leonhard, Jörn: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*. München 2014; Miller, Ignaz: *Mit vollem Risiko in den Krieg. Deutschland 1914 und 1918 zwischen Selbstüberschätzung und Realitätsverweigerung*, Zürich 2014.
- 8 Conze, Eckart: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, München 2018; Leonhard, Jörn: *Der überforderte Frieden: Versailles und die Welt 1918-1923*, München 2018; Mac-Millan, Margaret: *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*. Berlin 2015; Miller, Ignaz: *1918. Der Weg zum Frieden. Europa und das Ende des Ersten Weltkriegs*, Zürich 2019.
- 9 Gerwarth, Robert: *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018; Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd: *1918. Die Deutschen zwischen Weltkrieg und Revolution*, Berlin 2018; Käppner, Joachim: *1918 – Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen*, München 2017; Machtan, Lothar: *Kaisersturz. Vom Scheitern im Herzen der Macht 1918*, Darmstadt 2018.
- 10 Afflerbach, Holger: *Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor*, München 2018.

Haltungsnoten und Hinweise darauf zu geben, wie man den Krieg hätte vermeiden, schneller beenden und in einem tragfähigeren Friedensvertrag für die Zukunft ad acta hätte legen können. Nun liegt aber genau darin die Versuchung des Historikers, der bei allen Bewertungen vergangenen Geschehens immer bemüht sein sollte, die Menschen aus ihrer Zeit zu verstehen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Informationen und vor dem gegebenen moralischen Wertekanon. »Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem Eigenen selbst«¹¹, so hat es Leopold von Ranke dem bayerischen König Maximilian II. im Herbst 1854 ins Stammbuch geschrieben und das sollte, nicht im Sinne eines nach Ranke ins positivistische Stützen von Nation und Nationalismus und damit in Teilen desavouierten Historismus, sondern unter der Maßgabe des Messens an Maßstäben der Zeit auch mehr als 150 Jahre später die Maxime sein, wenn man die brieflich erhaltenen Wahrnehmungen von Revolution und Republikausrufung bei jener Familie in den Blick nimmt, die neben den Hohenzollern am stärksten mit dem Kaiserreich in eins gesetzt wurde: den Bismarcks in Friedrichsruh.

Richtigerweise muss es »den von Bismarcks« heißen, denn die Selbst- und Fremdwahrnehmung war auf grundlegende Weise durch die Zugehörigkeit zur adligen Führungsschicht der deutschen Gesellschaft geprägt. Nach monarchischem Verständnis war der Adel dazu prädestiniert, das Staatsoberhaupt und die Spitzen der Regierung, der Verwaltung und des Militärs zu stellen und sich, so geeignete Köpfe sich bewährten, durch die Nobilitierung von Bürgerlichen an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide permanent zu ergänzen. Republiken galten hingegen als empirisch leicht feststellbare Ausnahme (in Europa gab es am Vorabend des Ersten Weltkriegs mit Frankreich, der Schweiz und Portugal gerade drei), Revolutionen galt es daher zu verhindern oder ihre Ergebnisse zurückzudrehen, was im Laufe des 19. Jahrhunderts erstaunlich oft gelang.¹² Und selbst die Kette von Revolutionen der Jahre 1917 bis 1919 legte lediglich die unterlegenen Dynastien von den Thronen¹³, darunter, sehr zu Unrecht in der eigenen Empfindung, auch die deutschen Fürstenhäuser und die über sie seit Generationen an der Macht beteiligten dienstbaren Adelsfamilien. Indigniert ob dieses bürgerlichen Undanks – schließlich hatte man auf nationalistischen Druck des Volkes gegen enge Verwandte¹⁴ Krieg geführt – zogen sich die alten Eliten auf ihre Schlösser und Herrenhäuser zurück und konnten schon wenige Jahre später am Ergebnis des für sie po-

11 von Ranke, Leopold: Über die Epochen der neueren Geschichte. Vorträge dem Könige Maximilian II. von Bayern im Herbst 1854 zu Berchtesgaden gehalten. Vortrag vom 25. September 1854, in: Ders., Historisch-kritische Ausgabe, hg. v. Theodor Schieder und Helmut Berding, München 1971, S. 60.

12 Sellin, Volker: Gewalt und Legitimität. Die europäische Monarchie im Zeitalter der Revolutionen, München 2011.

13 Hasselhorn, Benjamin: »Das Monarchiesterben 1914-1945: Ein Siegeszug der Demokratie?«, in: Ders./Marc von Knorring (Hg.): Vom Olymp zum Boulevard. Die europäischen Monarchien von 1815 bis heute – Verlierer der Geschichte?, Berlin 2018, S. 47-60. Vgl. auch Machtan, Lothar: Die Abdankung. Wie Deutschlands gekrönte Häupter aus der Geschichte fielen, Berlin 2008.

14 Schönplüg, Daniel: »One European Family? A Quantitative Approach to Royal Marriage Circles 1700 – 1918«, in: Karina Urbach (Hg.), Royal Kinship. Anglo-German Family Networks 1815-1918, München 2008, S. 25-34; Gestrich, Andreas: »Noble Siblings: Rivalry and Solidarity in Aristocratic and Noble Families«, in: ebd., S. 35-44; oder unter dem Zugriff der publizistischen Tätigkeit

sitiv ausgegangenen Plebiszits über die Fürstenenteignung¹⁵ feststellen, dass sie im Bewusstsein weiter Kreise noch tief und sinnstiftend für den aus der gemeinsamen Herkunft gespeisten gesellschaftlichen Zusammenhalt verwurzelt waren. So eine langanhaltende Lesart.¹⁶

2. Der Adel nach dem Ende der Monarchie

Spätestens seit 2003 kann man es besser wissen. Damals erschien Stephan Malinowskis Buch »Vom König zum Führer« und es beantwortete direkt im Untertitel die Frage nach der Re-Orientierung der gesellschaftlichen Führungsschicht des Kaiserreichs nach dem Ende desselbigen. Der Untertitel lautet: »Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat.«¹⁷ So erzeugt man Aufmerksamkeit. Allerdings hat Malinowskis These in der Folge gezeigt, dass sein Buch nicht zu Unrecht Beachtung gefunden hat. Denn er untersuchte nicht die traditionell im Mittelpunkt des Interesses stehenden hochadligen Familien und regierenden Häuser, deren Vermögen zwar in der Inflation schmolzen, aber nicht verschwanden und die sich durch Grundbesitz und transnationale Netzwerke vor dem Niedergang sicherten. Malinowski hat sich vielmehr auf breiter Quellenbasis in erster Linie jenen gewidmet, die sich idealtypisch vom Hochadel unterschieden, das heißt dem »Kleinadel, der zwar noch Land besaß, aber nicht in der Lage war, Töchter und nachgeborene Söhne materiell abzusichern, sowie von einem stetig wachsenden Adelsproletariat, welches sich aus eigener Kraft nicht mehr versorgen konnte.«¹⁸

Bei Malinowskis Studie stellte sich allerdings heraus, dass die lieb gewonnenen Zuschreibungen für die Rolle des Adels auf den letzten Metern des vermeintlichen deutschen »Sonderwegs« falsch waren, ja dass man die Dinge vom Kopf auf die Füße stellen

Paul, Ina-Ulrike: »In Kontinenten denken, paneuropäisch handeln. Die Zeitschrift Paneuropa 1924-1938«, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 5 (2004), S. 161-192.

- 15 Zu den Hintergründen vgl. Stentzel, Rainer: »Zum Verhältnis von Recht und Politik in der Weimarer Republik. Der Streit um die sogenannte Fürstenenteignung«, in: DerStaat 39 (2000), Heft 2, S. 275-297.
- 16 Neuere Adelsforschungen haben mit diesem Narrativ gründlich aufgeräumt; vgl. für einen ersten Überblick etwa Reif, Heinz: Adel im 19. und 20. Jahrhundert, München 1999; Conze, Eckart: Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im zwanzigsten Jahrhundert, Stuttgart 2000; Ders./Wienfort, Monika (Hg.): Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2004; Denzel, Markus A./Schulz, Günter (Hg.): Deutscher Adel im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2004; Biskup, Thomas/Kohlrausch, Martin (Hg.): Das Erbe der Monarchie, Frankfurt a.M. 2008; Giloi, Eva: Monarchy, Myth, and Material Culture in Germany, 1750-1950, Cambridge 2011; Conze, Eckart u.a. (Hg.): Aristokratismus und Moderne 1890-1945. Adel als politisches und kulturelles Konzept, 1890-1945, Köln 2013.
- 17 Malinowski, Stephan: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003.
- 18 Conze, Eckart: Rezension von: Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, 3., durchges. Aufl., Berlin: Akademie Verlag 2003, in: sehepunkte 4 (2004), Nr. 2 [15.02.2004], URL: www.sehepunkte.de/2004/02/5205.htm.

musste. Denn beim Obenbleiben ging es bei näherer Betrachtung eher um ein Obenbleibenkönnen; bis auf wenige Ausnahmen war der Adel im Kampf gegen die Republik und in der Beeinflussung der bürgerlichen Eliten in Politik, Wirtschaft und Verwaltung keine »manipulationsmächtige Kraft [...]«¹⁹ mehr. Er war im Wettbewerb der Meinungen und sozialen Gruppen und Schichten nur noch ein Player von vielen, wenn auch einer mit einem hohen Sozialprestige und letzten angestammten Habitaten in Militär und Diplomatischem Dienst. Im Jahr 1920 umfasste die Gruppe ca. 80.000 Personen bei einer deutschen Gesamtbevölkerung von ca. 62 Millionen. Nicht nur im bürgerlichen Rahmen der Hansestadt Hamburg sei dieser Hinweis auf die vermeintliche und die tatsächliche Dimension des gesellschaftlichen Einflusses der überkommenen geburtsständischen Elitegruppe gestattet. Es nimmt daher nicht Wunder, dass die Studie Malinowskis keinen Zweifel daran ließ, dass der Adel insgesamt, »in jener politischen Radikalisierung der Gesellschaft, die zu den zentralen Bedingungen der NS-Machtübernahme gehörte, keine treibende, sondern eine getriebene Kraft«²⁰ war. Eine Reaktion auf die Destabilisierung der eigenen adligen Sozialposition war der Anschluss an den Führerdiskurs der Zwischenkriegszeit. Mit dem Blick über den deutschen Tellerrand sieht man dieses Phänomen u.a. in Spanien, am prominentesten mit Mussolini in Italien (oder in einer eigenen grausamen Ausprägung auch in Sowjetrußland bei Lenin und Stalin). Oft war die Suche nach, das Kreisen um und das Umwerben des einen starken Mannes verbunden mit der (vergeblichen) Wunschvorstellung der Re-Inthronisierung standesherrlicher Familien nach der Errichtung eines autoritären Regimes, selten begleitet auch von einer Radikalisierung am linken²¹, vor allem aber am rechten Rand des politischen Spektrums, wie sie etwa im Falle der Hohenzollern bis in die jüngste Zeit Justiz, Politik, Feuilleton und Fachwissenschaft beschäftigt.

3. Eine besondere Adelsfamilie: Die Bismarcks in Friedrichruh

Wie oder besser wo passen sich die Friedrichruher Bismarcks in diese grob umrissenen Signaturen der gesellschaftlichen Verortung des Adels und seiner politisch-kulturellen Interaktion in den Umbrüchen nach dem Ende der Monarchie ein? Was ist das Spezifische, das die Erwartungen an sie wie die ihrerseits gepflegten Selbstbilder und die daraus entwickelten Eigenmotivationen Prägende des Friedrichruher Zweigs der Familie von Bismarck charakterisiert? Ohne unzulässig zu vereinfachen, wird man die Antwort in der Lebensleistung Otto von Bismarcks und in seinem Erbe bzw. dessen unbedingter Wahrung sehen können.²² Seine politischen und militärischen Erfolge für die

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Eines der wenigen Beispiele behandelt Enzensberger, Hans Magnus: *Hammerstein oder der Eigensinn*, Frankfurt a.M. 2008.

22 S. dazu Lappenküper, Ulrich: »Bismarcks Erbe. Friedrichruh als Medium der Erinnerung«, in: Mayer, Tilman (Hg.), *Bismarck: Der Monolith. Reflexionen am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Hamburg 2015, S. 234–266; Ders./Schaiblich, Reinhard: *Auf Otto von Bismarcks Spuren*, Hamburg 1997; Opitz, Eckart: *Die Bismarcks in Friedrichruh*, Hamburg 1990; Prueß, Otto: *Aumühle. Geschichtliches über Aumühle, Friedrichruh und den Sachsenwald*, Schwarzenbek 2002; und demnächst Morgenstern,

preußische Monarchie hatten ihn in den ausgehenden 1860er Jahren in weniger als einem Jahrzehnt außerordentlich vermögend gemacht. Die königlichen Dotationen nach den Kriegen gegen Dänemark 1864 und gegen Frankreich 1870/71 waren erheblich: 1865 wurde Bismarck in den Grafenstand erhoben und mit einem stattlichen Betrag zum Erwerb eines Gutes in Pommern ausgestattet, 1871 folgte der Aufstieg in den Fürstenstand und die Schenkung des Sachsenwaldes und weitreichender angrenzender Güter – mit-hin dem Filetstück des 1864 dem dänischen König entrissenen Herzogtums Lauenburg, das der Dienstherr Bismarcks sich in seine Privatschatulle gesteckt hatte.²³ Es folgten wirtschaftlich erfolgreiche Jahre, in denen Bismarcks Bankier Gerson Bleichröder (1822-1893) mit Spekulationen und geschickten Anlagen die Bonität seines Mandanten dauerhaft befestigte.²⁴ Dass auch Nepotismus und Korruption in der Ämterführung dazu beitrugen, dass die baren Mittel der Bismarcks in Friedrichsruh wuchsen und wuchsen, gehört zur Vollständigkeit des Bildes.

Zu verzeichnen war also der Aufbau eines Vermögens und der Aufstieg vom einfachen Landjunker zum Fürsten. Das sah bei den Verwandten innerhalb der Familie von Bismarck und den engen Vettern bei den Rantzaus, Bredows, Arnims und Keyserlings erkennbar anders aus.²⁵ Hier war vor 1918 weniger Besitz und verfügbares Kapital vorhanden, und daher schlugen die Krisen danach auch unmittelbarer ins Kontor. Zu denken ist an das für den Adel essentielle Stichwort »Krise der Landwirtschaft«, die die Haupteinnahmequelle des landsässigen Adels betraf, immerhin aber eine Nahrungsmittelsicherheit garantierte, die den durchschnittlichen inflationsgeplagten Deutschen in städtischen Wohnkontexten noch immer neidisch machen konnte.

Davor und daneben galt die große Furcht einer bolschewistischen Revolution, dem sich anschließenden Chaos und der allgemeinen Anarchie.²⁶ Die Hauptprotagonistin, Marguerite von Bismarck (1871-1945), die Schwiegertochter des Patriarchen, verwaltete seit dem Tod ihres Gatten Herbert im Jahr 1904 für ihren ältesten Sohn Otto (1897-1975) das geistige und materielle Erbe der Familie. Sie ist die im Folgenden zitierte Hauptquelle, da ihre zwischen 1893 und 1904 geborenen Kinder am Ende des Ersten Weltkriegs einerseits erst in voll erwachsene Rollen der Enkelgeneration des Reichsgrün-

Ulf: Globalgeschichte jenseits der Metropole. Bismarcks Friedrichsruh als kolonialgeschichtlicher Erinnerungsort.

- 23 Morgenstern, Ulf: Otto von Bismarck als Minister für Lauenburg, in: 1865-2015 – 150 Jahre Herzogtum Lauenburg und Preußen (= Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Bd. 40), Kiel 2017, S. 7-16.
- 24 Stern, Fritz: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a.M., Berlin 1978.
- 25 Zur näheren adligen Verwandtschaft vgl. Engelberg, Waltraut: Das private Leben der Bismarcks, München 2014; Thies, Jochen: Die Bismarcks. Eine deutsche Dynastie, München 2013.
- 26 Der möglichen Expropriation durch die Fürstenteignung konnte die Friedrichsruher »Fürstenfamilie« von Bismarck gelassen entgegensehen, denn davon wären sie nicht betroffen gewesen. Bismarck war 1866 gegrafit und 1871 gefürstet worden, ohne je Landesherr zu sein, so dass seine Nachkommen auch nicht depossidiert werden konnten. Der Sachsenwald war ein Landbesitz, an den sich keine herrschaftlichen Rechte knüpften; unter den Fürsten waren die Bismarcks schlicht Etagenadel.

ders hineinwuchsen und ihre Nachlässe andererseits bislang nicht erschlossen sind.²⁷ Aber bereits die schriftlichen Hinterlassenschaften jener aus den gehobenen Kreisen Österreich-Ungarns stammenden Marguerite von Bismarck erlauben Innenansichten der adligen Zeitdiagnostik der Revolutionszeit, die das Fehlen der späteren Forschungen vorbehaltenen Auswertungen der Korrespondenzen der nächsten Generation verschmerzen lassen.

Dem Leser sei hier eine an der Lebensspanne der Briefschreiberin, 20. September 1871 bis 4. Oktober 1945, durchaus sinnbildlich zunehmende Distanz zu dem Ton der Quellenzitate empfohlen. Eingedenk der Angst vor dem Status- und zeitweise auch dem Existenzverlust kann dabei dennoch Grundachtung vor der Schreiberin gewahrt werden, da sie und ihre Briefpartner, noch einmal mit Ranke gesprochen, aus ihrer Zeit heraus zu uns sprechen und eben in ihrer Zeit dachten, »unmittelbar zu Gott«, in der geistigen Grammatik der anbrechenden 1920er Jahre. Dass dabei Antisemitismus, standesüblicher Hochmut und eine politisch-geistige Enge zu Tage treten, gilt es mit dem zeitlichen Abstand von 100 Jahren und den gesellschaftlichen Reife- und Wandlungsprozessen von 75 Jahren parlamentarisch-demokratischer Geschichte in jenen Kontext einzuordnen, in dem die Gedanken in Friedrichsruh mal mehr, mal weniger überlegt in die Feder flossen. Die Forschungen der Otto-von-Bismarck-Stiftung verstellen diesen Aspekt des Nachlebens ihres Namensgebers dezidiert nicht.²⁸ Inwieweit die weibliche Disposition der Briefschreiberin als Gralshüterin des Erbes ihres Schwiegervaters in einer sonst männlich dominierten Adelswelt auf Friedrichsruh und dessen Darstellung nach außen wirkte, wird in einer demnächst erscheinenden Monographie untersucht.²⁹ Da ihre Briefe und Tagebuchaufzeichnungen im Friedrichsruher Nachlass der Familie umfangreich erhalten sind, wird im Folgenden nahezu vollständig aus ihren Äußerungen geschöpft. Der Vollständigkeit halber, nicht wegen eines anderen Zungenschlages müssten sie noch um erwähnte schriftliche Äußerungen ihrer Kinder erweitert werden, allerdings treten diese sowohl in der Anzahl der erhaltenen Briefe als auch im politischen Gehalt gegenüber denen der Mutter deutlich zurück.

Marguerite von Bismarck war eine geborene von Hoyos, sie stammte aus einem spanischen Adelsgeschlecht, das im 16. Jahrhundert mit den Habsburgern nach Österreich gekommen war. Der Vater Georg von Hoyos (1842-1904) leitete eine Werft in Fiume, die seinem Schwiegervater, dem englischen Ingenieur Robert Whitehead (1823-1905), einem Miterfinder des Torpedos, gehörte. Der Bruder Marguerites, Alexander

27 Die in den Briefen immer wieder erwähnten Kinder von Marguerite und Herbert von Bismarck (1849-1904) waren Hannah, verh. von Bredow (1893-1971), Goedela (1896-1981), Otto (1897-1975), Gottfried (1901-1949) und Albrecht (1904-1970).

28 Hopp, Andrea: Antijüdische Emotionen adeliger Frauen 1824-1945: zwei Fallbeispiele, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 21 (2012), S. 268-293; Dies., Zum Antiliberalismus adeliger Frauen: Familienalltag bei Otto von Bismarck, in: Grothe, Ewald/Sieg, Ulrich (Hg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen 2014, S. 73-92; Lappenküper, Ulrich (2015): Bismarcks Erbe; Morgenstern, Ulf (im Erscheinen): Globalgeschichte jenseits der Metropole.

29 Hopp, Andrea: Im Schatten des Staatsmanns. Johanna, Marie und Marguerite von Bismarck als adlige Akteurinnen 1824-1945, Paderborn 2022 [im Druck].

(1876-1937), wurde österreichischer Diplomat und spielte als Namensgeber der Mission Hoyos in der Julikrise 1914 eine unglückliche Rolle.³⁰

Marguerite heiratete Herbert von Bismarck im Juni 1892 in Wien, in den folgenden Jahren lebte das Paar in Schönhausen in der Altmark auf jenem Gut, auf dem der berühmte Senior 1815 geboren worden war und wo noch zu dessen Lebzeiten ein erstes Bismarck-Museum entstand. Nach dem Tod ihres Schwiegervaters 1898 siedelte man nach Friedrichsruh um, denn ihr Gatte Herbert stieg zum Chef des Hauses auf, starb jedoch bereits 1904. Ab diesem Zeitpunkt war eine österreichisch-englische Angehörige der Church of England die Hüterin des Familiengedächtnisses der Familie von Bismarck in Friedrichsruh. Wie intensiv die familiäre Anverwandlung geriet, verdeutlichen die folgenden, auf politische Aussagen konzentrierten Briefstellen, die Episteln an sich sind weit umfangreicher und enthalten mit Familiennachrichten, gesundheitlichen Mitteilungen und Routinen des landadeligen Alltags reichen Stoff für kultur-, sozial- und nicht zuletzt gendergeschichtlichen Studien. Die hier gebrachten Passagen werden nicht ausführlich kommentiert und kontextualisiert, sondern nur grob in die wesentlichen Ereignisse der Reform- und Revolutionsjahre 1917-19 eingeordnet, um dem »Sound« der Briefe einen chronologischen Faden an die Hand zu geben.

4. Bangen, Hoffen, Verzweifeln: Krieg, Kriegsende und Nachkriegszeit in Familienbriefen

Am 7. April 1917 kündigte Wilhelm II. die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts an, was die innenpolitische Lage insofern dennoch nicht beruhigte, als sich wenige Tage danach mit der Spaltung der SPD auf dem Gothaer Parteitag und der Gründung der (aus Friedrichsruher Sicht noch bedrohlicheren) Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die politische Linke fragmentierte und radikalisierte und im dritten Kriegsjahr nun erste große Streiks folgten. Nach diesen und einer Kette weiterer Ereignisse (und nach Rücktrittsdrohungen der zur heimlichen Reichsleitung aufgestiegenen Obersten Heeresleitung um Hindenburg und Ludendorff) wurde am 14. Juli 1917 der Reichskanzler Bethmann Hollweg entlassen. Am 19. Juli des Jahres verabschiedete der Reichstag die Friedensresolution, sprich die Forderung nach einem annektionslosen Frieden – als Gegenreaktion gründete der spätere Putschist Wolfgang Kapp am 2. September 1917 die Deutsche Vaterlandspartei. Am 7. November fand in Russland die in Europa mit Argusaugen verfolgte Oktoberrevolution statt. Diese von den an russische Umsturzversuche nicht ungewohnten Zeitgenossen mit Spannung wahrgenommenen Ereignisse brachten zwar einen entlastenden Frieden an der Ostfront,

30 Alexander von Hoyos (1876-1937), Diplomat, seit 1900 Attaché an der österreichisch-ungarischen Botschaft in Peking. Später bekannt durch die nach ihm benannte »Mission Hoyos«, während der er in der Juli-Krise 1914 für die Donaumonarchie den sogenannten Blankoscheck des Deutschen Reiches für das Vorgehen gegen Serbien erwirkte. Fellner, Fritz: »Die »Mission Hoyos«, in: Maschl, Heidrun/Mazohl-Wallnig, Brigitte (Hg.): Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882-1919, Wien 1994, S. 112-141.

befeuerten gleichzeitig aber die am 28. Januar 1918 beginnenden, tagelangen Massenstreiks und Revolutionsängste. Bei Marguerite von Bismarck überwog trotz aller Sorgen um den im Baltikum stationierten Ehemann ihrer ältesten Tochter noch der Wunsch nach einer Kriegswende:

Hannah's Mann³¹ ist im Norden, der einzige Brief bisher war aus Riga. Die ganze Ost-Frage erscheint noch sehr kompliziert aber unsere Bedingungen an die Russen³² sind so famos, dass man Hoffnung haben kann.³³

Als sie Monate später in Berlin weilte, wurde sie Zeugin des sich ändernden gesellschaftlichen Klimas, auch wenn einige Spitzen ihrer Mutter gegenüber übertrieben sein mochten: »Yes, the manners have not gained during this war, the waiter addresses me as ›Fürstin‹ and ›Sie‹ but one can be grateful that it is not ›Genossin‹ and ›Du‹.«³⁴

Auch wenn die Tatsache, dass die OHL am 14. August erstmals dem Kaiser die Fortführung des Krieges als hoffnungslos bezeichnet hatte, in Deutschland keine Zeitungsnachricht wert war, legte sich in der zweiten Jahreshälfte 1918 nach vier Jahren Weltkrieg eine Lähmung über das Land, die selbst bei überzeugten Geistern in eine Stimmung zwischen Resignation und Panik umschlagen konnte:

Geliebte Mama, ich bin allein mit Hannah und wir sind in großer Sorge um ihren Mann, der mitten in den neuen Kämpfen ist und als Bataillonsführer ganz vorn. Gott erhalte ihn. Hannah ist so verzweifelt, dass es mich ansteckt und ich auch das Schlimmste befürchte. Mein armes armes Kind. So etwas haben wir doch alle nie durchgemacht.³⁵

Marguerite war 1871, ein Jahr nach der Kriegsteilnahme ihres 21 Jahre älteren Mannes, in die damals längste mitteleuropäische Friedensperiode geboren worden und stand tatsächlich vor einer für sie unbekannten Situation mit einem Schwiegersohn und einem Sohn im Kriegsdienst. Am 3. Oktober 1918 wurde der nach Theobald von Bethmann-Hollweg (1856-1921) zweite Interimskanzler³⁶ entlassen und mit Max von Baden (1867-1929) folgte ein Hoffnungsträger der Parlamentarisierung und Liberalisierung. Nun ging es Schlag auf Schlag: Zwischen dem 24. und 28. Oktober verabschiedete der Reichstag die sogenannten Oktoberreformen, nach denen die Regierung der Bestätigung des Reichstags bedurfte, ebenso wie mögliche Kriegserklärungen bzw. Friedensschlüsse. Denkt man diese Verfassungsänderungen aus der tradierten Bismarckschen Perspektive, ist das Entsetzen vorstellbar, das sich durch die Enttäuschung über das Zurückziehen der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson (1856-1924) für

31 Der Offizier Leopold von Bredow (1875-1933). Das Ehepaar hatte acht Kinder.

32 Wenige Tage später im Frieden von Brest-Litowsk festgeschrieben, der für Russland das Ausscheiden aus dem Krieg und Gebietsverluste, für die Mittelmächte eine Entlastung bedeutete.

33 Marguerite von Bismarck an ihre Mutter Alice von Hoyos, geb. Whitehead, am 1. März 1918, in: Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung (OBS), G 12, Bl. 40.

34 Marguerite von Bismarck aus Berlin Hotel Bristol, an ihre Mutter Alice am 13. August 1918, in: OBS, G 12, Bl. 102.

35 Marguerite von Bismarck an ihre Mutter Alice am 14. September 1918, in: OBS, G 12, Bl. 124f.

36 Georg Michaelis (1857-1936) amtierte 1917 nur wenige Monate, sein Nachfolger Georg von Hertling (1843-1919) fast ein Jahr.

einen Frieden mit dem Deutschen Reich bei der Friedrichsruher Hausherrin noch steigerte. In einem aufgeregten Brief an ihre Schwester Leopoldine von Plessen (1870-1935), genannt Polli, formulierte sie wenige Tage nach der amerikanischen Forderung nach einer Entmachtung des Kaisers und noch vor dem Inkrafttreten der demokratisierenden Verfassungsänderungen ihre Ängste.

Wilson's Antwort ist wieder maasslos unverschämt. Du wirst sehen, die alte Lenin'sche Prophezeiung wird in Erfüllung gehen, das Reich mit Preussischer Spitze wird auseinander gehen, das alte Reich, mit Frankfurt als Bundesstaat wird erstehen, mit einem Katholischen Kaiser, wahrscheinlich den Bayern, an der Spitze – Deutsch-Oesterreich wird dazugehören. Es wird vielleicht wieder ein Wahlreich werden, mit einem Bundes-Präsidenten, das war ja der Kaiser nominell auch, nur nicht absetzbar. Vielleicht erlaubt Wilson einem seiner Söhne Preussen zu behalten. [...] Ich glaube wir bekommen sicher den Waffenstillstand.³⁷

Am selben 28. Oktober 1918 begann die Meuterei in der deutschen Hochseeflotte, die sich am 3./4. November zum Matrosenaufstand auswuchs, der in der Folge ins Binnenland ausstrahlte und schon am 7. November in München als veritable Revolution die Wittelsbacher vom Thron fegte. Die übrigen regierenden Häuser folgten Tage später. Bei der durch Zeitungs- und Telegrafennachrichten aus der Berliner Verwandtschaft sowie durch Hamburger Zuträgereien gut informierten Marguerite von Bismarck hieß es am 6. November 1918, immerhin noch auf die Zuverlässigkeit der Briefpost vertrauend:

Also jetzt sind wir so weit, Revolution im Land und weiss Gott was uns noch bevorsteht. [...] Wir sind ruiniert, aber vor allen Dingen ist meine frenetische Angst um meinen Otto.³⁸ In Potsdam sind noch königstreue Regimenter, es wird zu Kämpfen kommen – ich werde noch den Verstand verlieren über diesen Gedanken, es ist so viel viel furchtbarer als der Frontkrieg.³⁹

Zu diesen Sorgen kamen rasch ganz persönliche im an der Bahnstrecke Berlin-Hamburg etwa 30 Kilometer vor den Toren der Hansestadt gelegenen Friedrichsruh:

Hier sieht es nicht schön aus, in Hamburg ist allgemeiner Streik, Soldaten und Matrosen beherrschen die Lage, haben Maschinengewehre im Hauptbahnhof aufgestellt. Gestern kamen 30 Soldaten hier an, wollten nach Berlin anstatt nach Hamburg, drehten einfach die Maschine des 6 Uhr Zuges um und fuhren los. Da kein Zug fährt, wird die Lebensmittelversorgung in den Städten sehr leiden, und da sie so wie so sehr precär ist, wird der Teufel erst recht los sein.⁴⁰

37 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 25. Oktober 1918, in: OBS, G 32, Bl. 18f.

38 Otto von Bismarck musste sein 1915 begonnenes Studium der Rechtswissenschaften 1916 unterbrechen. Er trat als Fähnrich in das Gardes du Corps-Regiment in Potsdam ein, Ende Januar 1917 kam er als junger Leutnant an die Ostfront.

39 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 6. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 25.

40 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 7. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 27-28.

Am 9. November 1918 erklärte der Reichskanzler die Abdankung des Kaisers und legte sein Amt in die Hände des SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (1871-1925), dem als dem Führer der stärksten politischen Kraft zugleich eine enorme Verantwortung übertragen wurde. Ein nach sowjetischem Vorbild konstituierter, revolutionärer Rat der Volksbeauftragten übernahm in etwa zeitgleich die Macht. Neben diesen inneren Veränderungen vollzog sich ein nicht nur für Konservative und Nationalliberale erschreckendes Fanal: Am 11. November wurde der Waffenstillstand von Compiègne unterzeichnet, mit dem die deutsche Niederlage anerkannt wurde.

Das darüber nach Friedrichsruh Gelangte löste dort Entsetzen aus: »Die Ententebedingungen sind so horrend, dass sie unser Untergang sind.«⁴¹ Etwas später bezog sie die politische Großwetterlage nicht unzutreffend auf die kommende Situation ihrer besonderen deutsch-österreichischen Familie:

Wir stehen an Todtenbetten, nicht an einem, sondern an vielen Lieben. Man kann sich einbilden, dass die Todten wieder erstehen werden – mir hat diese Einbildung als Herbert mir genommen wurde sogar geholfen – aber wahr ist es nicht. Das was wir geliebt haben ist endgültig dahin – unser Oesterreich, das Werk meines Schwiegervaters, das Erbtheil unserer Kinder. Wir haben alles verloren und in Zukunft steht uns nur Demütigung von allen Seiten bevor.⁴²

Als sowohl politisch-gesellschaftliche wie auch materielle und kulturelle Demütigung empfand sie einen möglichen Sieg des revolutionären Sowjetsystems, gepaart mit einer Besatzungsherrschaft von Entente-Mächten im Westen:

Die einzige Hoffnung um Deutschland vor dem Bolschewismus und der Fremdherrschaft zu retten, ist, dass die Intelligenz mitarbeitet und nicht sich schmolend zurückzieht. Je stärker ihr Einfluss wird, desto mehr wird der wilde Strom wieder nach Rechts gebogen. Dass es je wieder zu einem Kaiserreich kommt glaube ich nicht – der Träger hat zu wenig ziehende Gewalt – aber es kann zu geordneten Zuständen kommen u. das muss jeder, wo er auch sei, erstreben. Freilich je stärker der Druck der Intelligenz wird, desto radicaler werden die Forderungen der jetzigen Machthaber werden, die sich nur auf der Begehrlichkeit der Masse stützen.⁴³

Der Mutter Alice von Hoyos (1851-1936) in Wien gegenüber gab sich Marguerite von Bismarck am 20. November 1918 resigniert und zuversichtlich zugleich:

Üeber politische Sachen schreibe ich lieber nicht – wir sind besiegt, das ist wohl der Schlüssel zu allem – vae victis! Die Italiener in Fiume!⁴⁴ Wie wird das werden? Momentan ist hier alles ruhig. Gott gebe in Wien auch. [...] Bredow ist noch hier, aber er will auch wieder weg. Alles versucht mit zu arbeiten und die Ordnung aufrecht zu erhal-

41 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 12. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 29.

42 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 14. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 31.

43 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 15. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 40.

44 Heimatstadt der Familie Hoyos im ungarisch verwalteten Kroatien, dessen k.-u.-k.-Zugehörigkeit mit der zunächst italienischen, später interalliierten Besatzungsherrschaft im November endete.

ten und die Dankbarkeit für die Fronttruppen beherrscht momentan manche anderen Gefühle.⁴⁵

Im November formierte sich eine Regierung mit Fachministern, Ebert gelang es, mit dem neuen Chef der Obersten Heeresleitung, Wilhelm Groener (1867-1939), das Heer einer geordneten Auflösung zuzuführen und im Inneren mit dem Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. d. M. den Arbeitern entgegenzukommen, die nun in Betrieben ab einer Größe von 50 Angehörigen Anspruch auf einen Achtstunden-Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich und als Kriegsheimkehrer Anspruch auf ihren früheren Arbeitsplatz hatten. Die Tragweite beider Maßnahmen, d.h. der Annäherung der sozialdemokratischen Regierung an das Militär und des Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, war den Zeitgenossen offenkundig noch nicht bewusst. Der Schock über die Niederlage, die Flucht des Kaisers, ins Reich strömende Armeeeinheiten in Millionenstärke: All das führte trotz des entschiedenen Handelns der Berliner Übergangsregierung zu einer tiefen Verunsicherung. Marguerite sah das Schlimmste kommen: »Ich bin überzeugt, dass es zum Bürgerkrieg hier kommt, und zwar Süden gegen Norden, mit Hilfe der Entente. Dann sind wir hier und in Schönhausen sicher Kriegsgebiet.«⁴⁶ Und tatsächlich: Auch nachdem Wilhelm II. (1859-1941) am 28. November 1918 offiziell abgedankt hatte, gab es allorts Gärung und Unruhe. Nach dem Rätekongress brachen in Berlin bürgerkriegsähnliche Zustände aus und die politische Führung verlagerte sich nach Weimar. Währenddessen drangen fast täglich Nachrichten und Gerüchte über die alliierten Beschlüsse und Forderungen durch, auch nach Friedrichsruh:

Die Sache resumiert sich jetzt – es scheint, dass die Entente unter allen Umständen die Schuld am Krieg den Berlinern und Preussen zuschieben will. Oesterreich und Bayern haben ein Interesse daran sich von der Schuld frei zu sprechen, weil sie dann bessere Bedingungen von der Entente bekommen. Die Frage ist nur, ob Preussen sich durch Gegenveröffentlichung wehrt.⁴⁷

Einstweilen schien man sich in der Kindergeneration aus der Situation heraus auf landadlige Muster zurückzubedenken, wie Marguerite über ihre Söhne Otto und Albrecht und ihren Schwiegersohn Leopold von Bredow schrieb:

Otto und Bredow haben sich landwirtschaftliche Bücher bestellt und wollen mit dem Lesen anfangen. Man wartet immer, man weiß nicht auf was, aber endlich muss sich doch alles klären, obwohl ich nie und nimmer glaube, dass die Entente uns den Frieden giebt. Sie gehen auf Vernichtung und Knechtung aus – das ist klar.«⁴⁸

»Alek studiert Landwirtschaft, und das scheint ihm viel Freude zu machen. Die gute Mutter Erde wird uns vielleicht noch heilen, wenn wir treu zu ihr halten. [...] Wie ich

45 Marguerite von Bismarck an ihre Mutter Alice am 20. November 1918, in: OBS, G 12, Bl. 146.

46 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 25. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 43.

47 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 27. November 1918, in: OBS, G 32, Bl. 45.

48 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Mutter am 1. Dezember 1918, in: OBS, G 12, Bl. 153.

über die Entente und ihre Bedingungen denke, kannst Du Dir vorstellen. Wir sind auf alle Fälle ruiniert, das ist klar.⁴⁹

Die sich überschlagenden Ereignisse wurden im Sachsenwald eifrig verfolgt:

Sonst sind die Drohungen der Entente so unmöglich, dass ich keine Worte habe. 8 Milliarden Pfund für England allein! Es ist der Ruin auf ewig und die Arbeitskräfte die verlangt werden, sind ärgere Sklaven als im Alterthum.

Eben bekomme ich ein Extrablatt – eine Gegenrevolution in Hamburg war für gestern geplant, das ganze ›Nest‹ ist ausgehoben, unter anderem der Redacteur des Hamb. Corr. verhaftet – [...] Ein Freiherr von Steineck, Capitän leutnant, ist auch dabei.⁵⁰ Solche Sachen sind zu dumm, sie führen zu keinem anderen Resultat, als die Massen weiter nach links zu treiben.⁵¹

Neben diesen revolutionären Sorgen der Gegenwart und unabsehbaren Befürchtungen in Bezug auf mögliche Reparationsforderungen in der Zukunft, schweifte der Blick immer wieder in die unmittelbare Vergangenheit:

Denke Dir, dass ein Offizier der Engl. Commission in Hamburg einem Deutschen Herren erzählte, England wäre fertig gewesen, es hätte nicht 4 Wochen mehr aushalten können – die Revolution sei in the nick of time⁵² gekommen. Wie anders wäre die Welt, wenn wir 4 Wochen gewartet hätten! Also der Wald⁵³ ist weg, nach der Erklärung der Regierung, das Geld im Neutralen Ausland wird von der Entente beschlagnahmt, alles⁵⁴ ist hin.⁵⁵

Die Furcht vor Verarmung infolge höherer Besteuerung oder Enteignung trieb die Bismarcks um wie alle Angehörigen der zeitgenössisch als »besitzende Kreise« bezeichneten Schichten oberhalb des Kleinbürgertums. Wenn es daher in durch Zeitungsnachrichten verbreiteten Beschlüssen des Rates der Volksbeauftragten über künftige Reichssteuern hieß: »Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu belebende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden«⁵⁶, elektrisierte das die Grundbesitzer und Arbeitgeber in Friedrichsruh:

49 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Mutter am 10. Dezember 1918, in: OBS, G 12, Bl. 156.

50 Vgl. dazu auch ein Flugblatt im »General-Anzeiger für Hamburg-Altona vom 9. Dezember 1918« mit den Namen der verhafteten Gegenrevolutionäre.

51 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 9. Dezember 1918, in: OBS, G 32, Bl. 56.

52 Typisch für die transnationalen Kommunikationswelten des Adels schrieb Marguerite von Bismarck ihren Verwandten häufig auf Englisch oder sie verwendete englische oder französische Floskeln wie hier: »In letzter Sekunde«, »genau im richtigen Moment«.

53 Der Sachsenwald, der größte geschlossene Hochwald Norddeutschlands und die forstwirtschaftliche Haupteinnahmequelle der Familie von Bismarck in Friedrichsruh.

54 Unterstreichung im Original.

55 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 11. Dezember 1918, in: OBS, G 32, Bl. 58-59.

56 Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1918, Nr. 307.

Die heutigen Steuerpläne sind schon eingreifend⁵⁷ – das wären sie auf alle Fälle nach einem verlorenen Krieg gewesen – das Schlimme der Socialisirung ist, dass einem die Möglichkeit genommen wird wieder reicher zu werden – denn so wie man etwas erwirbt, wird es einem weggenommen. Das ist auch das Unfruchtbare der ganzen socialistischen Idee, und muss zum Ruin und zur Auswanderung führen, denn so unegoistisch sind die Menschen nicht, dass sie für andere sich bis zur Gesundheitsschädigung abarbeiten, wie sie es gern für sich u. ihre Kinder thun würden.⁵⁸

Einstweilen war von dem durch Marguerite in früheren Zeiten »für sich u. ihre Kinder« gesparten und angelegten Geld noch soviel verfügbar, dass der Stammhalter Otto am Jahresanfang 1919 in der Schweiz weilen konnte, wozu es freilich aus der Sicht der Mutter eines resoluten Hinweises bezüglich seines Umgangs bedurfte: »Hoffentlich wirst Du in St. Moritz mit niemanden von der Entente verkehren, das wäre für Deinen Namen wohl unmöglich.«⁵⁹ Gesellschaftlich und finanziell bewegte sich die Familie sichtbar auf gewohnt hohem Niveau. Auch die Wahlergebnisse zur ersten Nationalversammlung am 19. Januar 1919 stimmten – zumindest im eigenen ländlichen Wahlkreis – hoffnungsvoll für das Fortbestehen eines bürgerlich-konservativen Klimas:

Hier haben wir sehr gut gewählt⁶⁰, D[deutsch] Nat[ionale] 168, Soc[ial] D[emokraten] 98[,] Dem[okraten] 67 Nat[ionale] Lib[erale] 64 M[ehrheits] Soc[ialisten] 4 Centrum 3. [...] Also eine bürgerliche Majorität – das ist ganz gut. Armes Weimar – wie Erfurt und Frankfurt wird es in der Geschichte als Fiasco⁶¹ leben.⁶²

In Weimar trat am 6. Februar die Verfassungsgebende Nationalversammlung zusammen, die in der Folge aus Thüringen heraus die Geschicke lenkte, sprich mehrere Regierungen in Kraft setzte, über eine neue Verfassung beriet, Gesetze formulierte und sich schließlich über der Frage der Annahme oder Ablehnung des Anfang Mai überreichten Versailler Vertrag heillos entzweite. In Friedrichsruh unterzog sich Marguerite von Bis-

57 Am 30. Dezember 1918 verabschiedete der Rat der Volksbeauftragten ein Paket von Steuerplänen (Reichsanzeiger vom 31. Dezember 1918, Nr. 307), zu dem als Reaktion auf die von fünf Milliarden Mark im Jahr 1913 auf 150 Milliarden Mark gestiegene Staatsverschuldung des Deutschen Reiches auch eine neue Abgabenordnung gehörte (am 13. Dezember 1919 als Reichsabgabenordnung in Kraft getreten).

58 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 31. Dezember 1918, in: OBS, G 32, Bl. 69.

59 Marguerite von Bismarck an ihren Sohn Otto am 10. Januar 1919, in: OBS, G 21, Bl. 6-7.

60 Die Zahlen beziehen sich offenkundig auf die abgegebenen Stimmen des Friedrichsruh umfassenden Wahlbezirks, denn bereits auf Kreisebene sah es im Herzogtum Lauenburg anders aus: [M-]SPD 42,9 Prozent, USPD 3,25, DDP 32,33, DNVP 16,28. Eine übergroße Mehrheit votierte hier für die parlamentarische Republik, was in etwa auch den Wahlergebnissen im Reichsdurchschnitt entsprach: (M-)SPD 37,9 Prozent; Zentrum 19,7; DDP 18,5; DNVP 10,3; USPD 7,6; DVP 4,4. Vgl. Pust, Dieter: Die ersten demokratischen Wahlen in Schleswig-Holstein am 19. Januar 1919 zur Weimarer Nationalversammlung, in: Wewer, Göttrik (Hg.), Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen, Opladen 1998, S. 197-212, die Wahlergebnisse S. 205.

61 Hier zeigt sich ein Anklang an die verächtliche Tonlage des Schwiegervaters und dessen Geringschätzung der parlamentarischen Einigungsversuche der Mitte des 19. Jahrhunderts. Gemeint waren das Paulskirchenparlament und das Erfurter Unionsparlament.

62 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 22. Januar 1919, in: OBS, G 32, Bl. 78.

marck in den Wintermonaten einer speziellen Lektüre, wie sie ihre Schwester wissen ließ:

Ich lese nur mehr die alten Reden meines Schwiegervaters – alles andere ist seicht und verlogen dagegen – lies die letzte Rede von Balfour – ich schicke Dir heute Englische Zeitungen. Von dem sagte Herbert noch in einer Reichstagsrede, er sei der vornehmste und ruhigste Englische Staatsmann.⁶³ Er war früher der Freund der Bismarck'schen Politik. Jetzt redet er nur mehr von dem ›Verbrechen von 1870-71‹.⁶⁴

Neue Aufregungen brachte die am 7. April ausgerufene Münchner Räterepublik, die am 2./3. Mai d. J. gewaltsam beendet wurde. Marguerite von Bismarck antizipierte dieses Scheitern des ihr verhassten sozialistischen Experiments bereits mit dem Beschluss des Reichswehrministers Gustav Noske (1868-1946), Reichswehrverbände nach München zu entsenden:

Ich bin sehr glücklich über den Sturz der Rätze Republik in München. Wenn die Regierungstruppen sich überall durchsetzen, wird vielleicht doch Ordnung kommen u. so wie das Parlamentarische System einmal feststeht, ist eine Umschwenkung nach rechts nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich. Schade dass die Conservativen sich schon jetzt von der Deutsch Nationalen Partei loslösen wollen, es ist zu früh. Ich bleibe bei Letzteren.⁶⁵

Kriegerische Ereignisse beobachtete die Fürstin im Frühjahr 1919 nicht nur in München, sondern auch in Polen und ihrer alten Kaiserlich-Königlichen Heimat an der Donau: »Ich finde die Polnische Sache sehr ernst – die werden uns den Krieg erklären und Preussen besetzen, wie die Rumänen es in Ungarn thun. Hast Du gelesen, dass in Oesterreich der Adel endgültig abgeschafft ist?«⁶⁶

5. Vom Krieg zum Bürgerkrieg: Friedrichsruh als »Hauptquartier« im Juni 1919

Ein mit paramilitärischen Aktionen verbundener »Lichtblick« kam ihr wenig später unerwartet ins Haus. Mit Paul von Lettow-Vorbeck war im Juni 1919 die Symbolfigur des deutschen Kolonialreiches in Friedrichsruh zu Gast. Ganz dem tagespolitischen

63 Die Attribuierung stimmt sinngemäß. In einer Reichstagsrede verwies Herbert von Bismarck am 15. Februar 1895 auf »zwei sehr angesehene Politiker [...], die Herren Chaplin und Balfour, die die Seele des konservativen Kabinetts Lord Salisbury[s] waren.« Fürst Herbert von Bismarcks politische Reden. Gesamtausgabe veranstaltet von Johannes Penzler, Berlin – Stuttgart 1905, S. 136. In der die Frage des Bimetallismus behandelnden Rede nannte er Balfour seinen »Freund« [...]: »dieser außerordentlich begabte, tüchtige und edelmütige Mann.« Ebd. S. 145.

64 Marguerite an ihre Schwester Polli am 19. Februar 1919, in: OBS, G 31, Bl. 625. Der Earl of Balfour hatte bereits als Premierminister der Jahre 1902 bis 1905 durch die Entente Cordiale Großbritannien mit Frankreich in eine zumindest potenziell Deutschland gegenüber feindliche Position bezogen.

65 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Schwester Polli am 14. April 1919, in: OBS, G 32, Bl. 140.

66 Marguerite aus Friedrichsruh an ihren Schwager Ludwig von Plessen am 27. April 1919, in: OBS, G 32, Bl. 150.

Zufall geschuldet war die Begegnung nicht, denn Lettow-Vorbecks pommersche Familie gehörte zu den Korrespondenzpartnern der Friedrichsruher Bismarcks und war über Otto von Bismarcks Bruder Bernhard mit diesen verwandt; dessen zweite Frau Malwine, eine geborene Lettow-Vorbeck (1827-1904), war eine Tante des berühmt-berüchtigten Kolonialoffiziers. »Im Felde unbesiegt«⁶⁷, wurde er im Juni 1919 mit seiner »freiwilligen-Division von Lettow-Vorbeck« von Berlin zur Besetzung Hamburgs nach Norden beordert. Reichswehrminister Noske beauftragte ihn am 27. Juni 1919, »bei der Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände in Hamburg [...] mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln [...] einzuschreiten.«⁶⁸ Hintergrund waren Tumulte nach einem Lebensmittelskandal, über den Marguerite von Bismarck in ihr Friedrichsruher Tagebuch schrieb: »In Hamburg sollen grosse Unruhen sein wegen Lebensmittelfälschungen, eine Fabrik hat Ratten verarbeitet.«⁶⁹ Lettow-Vorbeck machte sich daraufhin »umgehend an die Arbeit« und richtete das Hauptquartier für den Stab seiner Freiwilligendivision in Friedrichsruh ein. Dort öffneten ihm die Bismarcks bereitwillig das Schloss, bevor der Generalmajor mit seinen Offizieren ins Hotel Esplanade⁷⁰ am Dammtor umzog. In den wenigen Tagen der Einquartierung erweiterte die Gastgeberin ihren Briefkopf um die bedeutungsschwangere Wendung »Grosses Hauptquartier«. In einer Mischung aus Stolz und Überraschung über den plötzlichen Bedeutungszuwachs Friedrichsruhs schrieb sie ihrer Mutter:

What do you say to us? General Lettow with his whole staff here, every corner filled, telephones in all rooms, munition depot in the hall [...] hundreds of men in and out all day [...] machine guns in the garden, Motors flying about, mostly with Albrecht⁷¹ in them – a simple paradise for the boys. [...] General Lettow is quite charming, so simple – he absolutely refuses to be hero-worshipped.⁷²

Sowohl Vertreter des Hamburger Senats wie der (zuvor) revoltierenden Arbeiterschaft sandten in den folgenden Tagen Abordnungen⁷³ in den Sachsenwald: »Obwohl ich in meinem Quartier, das ich in Friedrichsruh bei der Fürstin Bismarck genommen hat-

67 Den gesamten Ersten Weltkrieg hindurch hatte Lettow-Vorbeck in Deutsch-Ostafrika einen aberwitzigen Kampf gegen englische Truppen geführt, dem mehr als 100.000 afrikanische Zivilisten zum Opfer fielen. Von diesen war in der Folge nicht die Rede, stattdessen etablierte Lettow-Vorbeck den Mythos um die den Deutschen vermeintlich treu ergebenden Askari. Zu den tatsächlichen Ereignissen und deren Erleben s. Bühner, Tanja: »Afrikanische und deutsche Kriegserfahrungen in Ostafrika während des Ersten Weltkriegs«, in: Eichmann, Flavio/Pöhlmann, Markus/Walter, Dierk (Hg.), Globale Machtkonflikte und Kriege – Festschrift für Stig Förster zum 65. Geburtstag, Paderborn 2016, S. 211-232.

68 Schulte-Varendorff, Uwe: Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution?, Hamburg 2010, S. 122.

69 Tagebucheintrag Marguerite von Bismarcks vom 24. Juni 1919, in: OBS, G 84, Bl. 197.

70 Von dort dankte Lettow-Vorbeck am 4. August 1919 für eine Jagdeinladung in den Sachsenwald, in: OBS, G 65, Bl. 89.

71 Albrecht von Bismarck (1903-1970), jüngster Sohn von Herbert und Marguerite von Bismarck.

72 Marguerite von Bismarck an ihre Mutter Alice am 29. Juni 1919, in: OBS, G 12, Bl. 225f.

73 Schulte-Varendorff, Uwe (2010): Die Hungerunruhen in Hamburg, S. 123. Umfassender Paschen, Joachim: »Frieden, Freiheit, Brot!« Die Revolution 1918/19 in Hamburg, Hamburg 2008, S. 204-206.

te,⁷⁴ von verschiedenen Hamburgern bestürmt wurde, nicht in Hamburg einzurücken, marschierte ich doch in Hamburg ein.«⁷⁵ Das »Korps Lettow« trug hier zur Beendigung einer im Wesentlichen bereits entwaffneten »Lebensmittelunruhe« und damit zur Sicherung der prekären Republik bei (ein Jahr später war es in Mecklenburg aktiv am Kapp-Putsch beteiligt). In Lettow-Vorbecks nassforscher Selbstdeutung spielten robustere Dinge eine Rolle: »Gottlob ging mir als Afrikaner der Ruf von Rücksichtslosigkeit voraus.«⁷⁶ Für Marguerite hatte die ganze Sache eine positive Seite: »But at least all this ›trouble‹ helps one to forget the bitterness of the days we are passing through, and besides I feel safe, for the first time for many months.«⁷⁷

6. Loyalitätskonflikte gegenüber dem abgedankten Monarchen

Im Oktober 1919 klopfte zum zweiten Mal die große Politik an die Tür. Und zwar in Gestalt Paul von Hindenburgs. Diesem war zu Ohren gekommen, dass entgegen der bekannten Ankündigung, der dritte Band von »Bismarcks Gedanken und Erinnerungen« solle wegen der Ausfälle Bismarcks über den Kaiser erst nach dem Tod Wilhelms II. veröffentlicht werden, nun schon nach dessen Abdankung publiziert werden solle. Als Symbolfigur der politischen Rechten, zu denen er zu Recht auch die Bismarck-Erben zählte, appellierte er als »ältester Offizier der ehemaligen Königlich Preußischen Armee« an die »Loyalität Eurer Durchlaucht«, den Band nicht erscheinen zu lassen, denn das bedeute »eine große Gefahr für seine Majestät meinen allergnädigsten Kaiser, König und Herren und damit für den monarchischen Gedanken.«⁷⁸

Wenn er glaubte, die Bismarcks mit ihren gesellschaftlich-politischen Grundsätzen umgarnen zu können, verkannte er deren anhaltende Kränkung. Für den Sohn antwortete die Mutter, die dem Generalfeldmarschall als Friedrichsruher Generalbevollmächtigte unmissverständlich mitteilte, ihrem verstorbenen Gatten Herbert habe »die Rechtfertigung seines Vaters vor der Weltgeschichte [...] sehr am Herzen gelegen. [...] Denn Sie müssen bedenken, dass mein Schw[ieger] V[ater] es beinahe als Fahnenflucht ansah, sein schwer gefährdetes Werk zu verlassen. Er u[nd] mein Mann haben den

74 Der Kontakt hielt über die Tage in Friedrichsruh hinaus an. Am 10. Juli d.J. notierte Marguerite von Bismarck: »Zum Frühstück kam General von Lettow Vorbeck [...] er hatte am Morgen eine richtige Friedensparade abgehalten, brachte mir prachtvolle Rosen mit.« Tagebucheintrag Marguerite von Bismarcks vom 10. Juli 1919, in: OBS, G 84, Bl. 206. Und am 21. Todestag Otto von Bismarcks hielt die Fürstin fest: »Nach dem Frühstück [...] kamen Hauptmann Ritter und Lt. v. Nicolai mit einem herrlichen Kranz vom Corps Lettow, 20 Mann dazu.« Ebd., Bl. 216.

75 von Lettow-Vorbeck, Paul: Mein Leben, hg. v. Ursula von Lettow-Vorbeck, Biberach 1957, S. 148.

76 von Lettow-Vorbeck, Paul (1957): Mein Leben, S. 183. Die bis in die Gegenwart kolportierten Opferzahlen (vgl. etwa Lutteroth, Johanna: »Lebensmittelskandal 1919. Schuld und Sülze«, tages.spiegel.de, 7. Januar 2012) beruhen auf zeitgenössischer spartakistischer Propaganda, die in der DDR wiederholt wurde. So Michels, Eckard: »Der Held von Deutsch-Ostafrika«. Paul von Lettow-Vorbeck. Ein preußischer Kolonialoffizier, Paderborn 2008, dort bes. das Unterkapitel »Herrscher Hamburgs« S. 271-277.

77 Marguerite aus Friedrichsruh an ihre Mutter Alice am 29. Juni 1919, in: OBS, G 12, Bl. 225.

78 Hindenburg an Fürst Otto II. von Bismarck am 15. Oktober 1919, in: OBS, M 41, Bl. 57f.

heutigen Zusammenbruch in allen seinen Phasen genau vorausgesehen und vorausgesehen. «⁷⁹ Um Hindenburg von der Bismarck'schen Lesart der deutschen Geschichte zu überzeugen, übersandte die 1871 geborene Fürstin dem 1847 geborenen Militär, dessen Laufbahn mit den Kriegen 1866, 1870/71 und 1914-1918 das Kaiserreich auf den Punkt genau umspannte, eine Abschrift des Bandes. »Vielleicht werden Sie dann ein etwas anderes Urteil über die Sache bekommen als bisher. Für alle tieferen Menschen ist der Kaiser durch diese Enthüllungen moralisch gerichtet.« Einen Satz des Konzepts strich sie hingegen für die Ausfertigung: »Die Entlassung meines Schw[ieger] V[aters] war eine weltgeschichtl[iche] Catastrophe, die ihre Sühne finden musste und die Sühne steht in dem Verhältnis zu dem Verbrechen.«⁸⁰ Einem vertrauten Zeitungsverleger schrieb Marguerite am 3. April 1920:

Es ist schwer in der jetzigen Zeit sich auszudrücken. Das Herzeleid, das uns alle zu Boden drückt, ist zu gross. Die Sorge um die Zukunft und die Trauer um das was einstmal war, zu überwältigend. Wir haben vorgestern in der Kapelle eine ergreifende Feier⁸¹ gehabt – heute erst sollten die Todtenglocken schallen, denn so lange Bismarck's Werk lebte, lebte auch er – und das ist jetzt tot. Die paar gefolterten Herzen in denen er weiterlebt, werden es nicht aufrichten können. Sie werden begreifen was der Einbruch in die Ruhestätte meiner Todten⁸² für mich bedeutete. Es ist das äussere und sichtbare Zeichen der inneren Zersetzung an der wir zu Grunde gehen.⁸³

Mit diesen selbstbewusst geäußerten Gegensätzlichkeiten zum abgedankten Kaiser bei gleichzeitiger Treue zu dem durch ihn verkörperten Reich sollen die Zitate ans Ende kommen. Sie spiegeln die Probleme der Bismarck'schen Identität nach 1890, 1898 und dann auch nach 1918: Tief verwurzelt im monarchischen Regierungssystem und dem adlig-obrigkeitlichen Gesellschaftsverständnis hatte man es doch dem an sich sakrosankten Monarchen nicht verziehen, dass er im Überschwang seines zweiten Regierungsjahrs einem für damalige Verhältnisse 75jährigen Greis den Stuhl vor die Tür gestellt hatte. Allein diesem Kaiser lastete man den Untergang der Monarchie an und trotz des Schmerzes über den Verlust dieser als allein richtig angesehenen Staatsform zog man ihr exiliertes letztes Oberhaupt wissentlich, man darf fast sagen: genüsslich noch tiefer in den Abgrund. Der von Hindenburg kritisierte Memoiren-Band erschien dann nach einigen juristischen Scharmützeln 1921 und wurde ein Bestseller; für konservative Monarchisten war es ein »Attentat auf den monarchischen Gedanken«⁸⁴, für

79 Fürstin Herbert von Bismarck an Paul von Hindenburg am 18. Oktober 1919, in: OBS, M 41, Bl. 60.

80 Ebd.

81 Anlass war der jährlich als Gedenktag begangene Geburtstag Bismarcks am 1. April, der sich 1920 zum 105. Mal jährte.

82 D.h. das Mausoleum in Friedrichsruh als Grabstätte ihrer Schwiegereltern und ihres Mannes.

83 Marguerite von Bismarck an einen namentlich nicht genannten Zeitungsverleger in Sachsen, zu dem seit der Jahrhundertwende freundschaftliche Beziehungen bestanden (vgl. weitere Dokumente), in einem Schreiben aus Friedrichsruh vom 3. April 1920, in: OBS, NB 8/14.

84 Kolb, Eberhard, Epkenhans, Michael: Otto von Bismarck: Gedanken und Erinnerungen (= Otto von Bismarck. Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe. Abt. IV). Schöningh, Paderborn 2012.

die Bismarck-Verklärer ein letzter Beweis von dessen Genie, für Republikaner ein Beleg für die Verkommenheit der Monarchie von ihrer obersten Spitze an.

7. Adel gegen die Republik

»Verkommen« erschienen Marguerite von Bismarck etliche Mandatsträger der jungen Republik, mit Ausnahme des rechten Randes, der sich bald als DNVP verfestigte. Jahre später, ab 1928, saß ihr Sohn Otto für diese Partei im Reichstag, nachdem er anfangs mit der DVP sympathisiert hatte. Er war Schirmherr der Jugendorganisation der DNVP, die sich Bismarck-Bund nannte und deren Jahrestreffen in Friedrichsruh stattfanden. 1897 geboren, gerade noch Teilnehmer im Ersten Weltkrieg, arrangierte er sich stärker mit den republikanischen Zeitläufen als seine Mutter. Aber die politischen Ambiguitäten verfolgten auch ihn, der ab den frühen 1920er Jahren Chef des Hauses war (und es bis zu seinem Tod 1975 blieb). Wenn er auch im Blick zurück weniger im Unreinen mit der Vergangenheit war als seine Mutter, so einte beide eine gewisse Zerrissenheit beim Blick auf die eigene Herkunft und Tradition und eine in Bezug auf die daraus resultierende gesellschaftliche und politische Rolle ungewisse Zukunft: Bis auf die lebenskluge ältere Schwester Hannah, die den Nationalsozialismus von Anbeginn ablehnte und zum Umfeld der Verschwörer des 20. Juli gehörte, erlagen die Geschwister dem Umwerben der neuen nationalen Bewegung; nach 1945 integrierten sie sich – auch das gehört zur Ausgewogenheit des Bildes hinzu – sukzessive in die demokratische Nachkriegsordnung Westeuropas.⁸⁵

8. Resümee

In groben Strichen kann also konstatiert werden, dass bei den Bismarcks nach dem 9. November 1918 aus anfänglichem bloßen Abwarten darauf, wohin die Dinge sich entwickeln würden, bald eine aktive Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben wurde – wenn auch in einer der Weimarer Parteiendemokratie abträglichen Art und Weise. Auch diese ganz besondere deutsche Adelsfamilie zog sich von allgemeinen Zeitumständen nicht auf noble Zurückhaltung zurück, sondern suchte für die Öffentlichkeit sichtbar auf ihren Gütern die standesherrlichen Gepflogenheiten der alten grundherrschaftlichen Zeiten aufrecht zu erhalten, und in der jüngeren Generation auf politischer und gesellschaftlicher Bühne mitzutun – das Tragen eines großen Namens schien diese Sendung nahezulegen. Der Kampf um das historische Erbe fand keine eindeutige Richtung als die der sich konservativ gebenden Republikfeinde. Jochen Thies, der vor einigen Jahren eine gut lesbare Familienbiographie geschrieben hat, räumt zudem ein: »Auch eine gewisse Erschöpfung, wie man es in der Drei-Generationen-Betrachtung

85 Das keineswegs reibungslose Hineinleben in die Demokratie, wie es bei Jochen Thies (2013): Die Bismarcks, S. 310ff. nachzulesen ist, bedarf einer zeitgeschichtlichen Aufarbeitung durch die neuere Adelsforschung.

großer Familien häufig erlebt, ist zu konstatieren – das Buddenbrook-Syndrom.«⁸⁶ Der sonst nicht unkritische Stephan Malinowski ist in dieser Stelle sogar milder, er billigt den jungen Herrschaften durch die englische, österreichische und italienische Verwandtschaft der Mutter eine »mondäne [...] Sozialisation jenseits der sprichwörtlichen Roggenfelder Ostelbiens«⁸⁷ zu.

Blickt man am Ende auf die oben in Auswahl und dabei vor allem auf das Politische zugespitzten Ausrisse aus den längeren Briefkontexten beschränkte Zitatenauswahl, muss im Blick behalten werden, dass es sich um einen Schnelldurchlauf handelt. Er verdeutlicht wie unter dem Brennglas die Dynamik und die Unwägbarkeiten jenes Zeitfensters zwischen 1918 und 1920, in dem alles möglich schien: aus der Sicht der alten Eliten das Schlimmste, aus der Sicht anderer die schönsten Verbesserungen, in der profanen Realität oft keines von beiden.⁸⁸ Die Überstürzung der Ereignisse machte dabei auch die gewagtesten Annahmen wahrscheinlich, Prognosen wurden zwischenzeitlich unmöglich und man darf bei dem Grad der allgemeinen Ungewissheit der Entwicklungen den Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1945 oder den Monaten zwischen der ungarischen Grenzöffnung im Sommer 1989 und dem 3. Oktober 1990 nicht scheuen, um zu verstehen, wie Sorge, Furcht und Hoffnung alle tagesaktuellen Einschätzungen im Nachhinein als vage und vielleicht sogar naiv erscheinen lassen – für die Gewinner wie für die Verlierer der Umstürze.

86 Kassener, Rudolf: Sämtliche Werke, Bd. 7, Pfullingen 1987 (Die zweite Fahrt. Erinnerungen, 1946), zitiert nach J. Thies, Die Bismarcks, S. 209.

87 Malinowski, Stephan (2003): Vom König zum Führer, S. 461f.

88 Ein breites Panorama spannt Förster, Birte: 1919: Ein Kontinent erfindet sich neu, Stuttgart 2018.

Wie Hamburgerinnen und Hamburger die Revolution von 1918/19 erlebten.

Individuelle Deutung(en) in Selbstzeugnissen

Franklin Kopitzsch und Gunnar B. Zimmermann

1. Abstract

Sich auf historische Großereignisse beziehende Selbstzeugnisse wie Korrespondenzen, Tagebücher und Lebenserinnerungen bedürfen ob ihres subjektiven Charakters zwar aufmerksamer Quellenkritik, transportieren aber vielfach für die Forschung sonst nur schwer erschließbare Erfahrungen und Wahrnehmungen von Zeitzeug:innen, lassen deren politische Prägungen und Präferenzen deutlich werden und gewähren Einblick in milieuspezifische Reaktionsmuster der jeweiligen Zeit. Dadurch werden sie zu einer ergiebigen Quellengattung, um von den revolutionären Ereignissen im November 1918 in Hamburg ein differenzierteres Bild zu erhalten. Die hier herangezogenen Selbstzeugnisse zeigen u.a. eine ambivalente Wahrnehmung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie des Zeitgeschehens insgesamt, leisten einen Beitrag zur Alltags- und Mentalitätsgeschichte der Revolution und rücken Jugendliche als bislang vernachlässigte Revolutionszeugen in den Fokus.

2. Einleitung

Politische Umbruchsituationen wie im November 1918 sind für alle Menschen, die sie als Zeitzeugen miterleben, ein einschneidendes Erlebnis, zu dem sie eine Haltung entwickeln und im weiteren Zeitverlauf rückblickend eine Bewertung bzw. Deutung vornehmen. Solche Überlegungen finden sich u.a. in Selbstzeugnissen wieder. Das können Tagebücher oder Briefe sein, die Erlebtes und Gedanken zeitnah zum Ereignis dokumentieren. Oder es sind Lebenserinnerungen, die vielfach erst mit vielen Jahren Abstand niedergeschrieben werden; auch lebensgeschichtliche Interviews lassen sich als Selbstzeugnis einordnen.

Gerade bei Großereignissen wie der Revolution von 1918/19, die in den Jahren danach von politischen Kräften unterschiedlicher Couleur immer wieder als Projektions-

fläche genutzt wurde, um eigene Ziele zu legitimieren, sind Selbstzeugnisse ein wichtiges Korrektiv. Sie helfen, die offiziöse Deutung durch die Eindrücke vieler verschiedener Menschen zu differenzieren. So lassen sich Widersprüche, Fehler und auch bewusste Legendenbildungen in den dominanten Narrativen leichter identifizieren.¹

Dieser Beitrag geht der Frage nach, welchen Niederschlag die unmittelbaren Revolutionstage zwischen Alster und Elbe in den Selbstzeugnissen von Hamburger Frauen und Männern gefunden haben. Als Grundlage dafür dienen verschiedene – überwiegend in gedruckter Form vorliegende – Berichte, Lebenserinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen, in denen mehr oder weniger umfangreiche Schilderungen der Ereignisse enthalten sind. Daran lassen sich verschiedene Punkte herausarbeiten, die von mehr als einem Berichterstatter angesprochen wurden und somit als Orientierung dienen können, um das unmittelbare revolutionäre Geschehen in Hamburg als Untersuchungsgegenstand zu strukturieren.

Der Blick auf Namen und Berufe sowie auf Alter und Geschlecht der herangezogenen Zeitzeugen macht jedoch deutlich, dass die Auswahl keinesfalls repräsentativ ist: Es gibt einen Schwerpunkt bei Männern, die vielfach aus der bürgerlichen Funktions- und Wirtschaftselite Hamburgs stammen. Für ein mehr ausgewogenes Bild braucht es hingegen weitere Stimmen von Frauen und Jugendlichen sowie generell von Angehörigen der Bevölkerungskreise, die erst infolge der Revolution das volle politische Mitbestimmungsrecht in der Stadt erhielten.²

Als Textsorte sind Selbstzeugnisse – mit mal längerer und mal kürzerer Reaktionszeit – von der Retrospektive der Verfasser auf ihr eigenes Leben geprägt. Das individuelle Bedürfnis, von sich selbst eine konsistente Geschichte zu erzählen, das Wissen um später folgende Ereignisse, aber auch die in Erinnerungsprozessen übliche Integration exogrammatishcher Wissensbestände, macht speziell Lebenserinnerungen zu einer Mischung aus Tatsachenbericht und einer Erzählung, die nicht zwangsläufig mit dem realen Geschehen deckungsgleich ist.³ Im Normalfall sind Lebenserinnerung zudem Ausdruck einer sozioökonomischen Unwucht in der Überlieferung. Vom eigenen Tun und Erleben auf diese Weise Zeugnis abzulegen, war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein eine primär adlige bzw. bürgerliche Kulturtechnik. Anders sieht es bei überwiegend zur eigenen Reflexion geführten Tagebüchern aus, die auch schon im 19. Jahrhundert eine

- 1 Vgl. hierzu Gallus, Alexander: »Wiederentdeckung einer fast vergessenen Revolution. Die Umbrüche von 1918/19 als politische Transformation und subjektive Erfahrung«, in: Czech, Hans-Jörg/Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.) unter Mitwirkung des Vereins für Hamburgische Geschichte: Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Kiel/Hamburg 2018, S. 14–31, hier S. 29f.
- 2 Für die im Museum für Hamburgische Geschichte 2018/19 gezeigte Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19« wurden in den Archiven viele neue Stimmen recherchiert. Diese individuellen Perspektiven waren in der Ausstellung nachzulesen bzw. in einer Audio-Installation nachzuhören. Vgl. auch Matthes, Olaf/Pelc, Ortwin (Hg.): Menschen in der Revolution. Hamburger Porträts 1918/19, Husum 2018; siehe zudem Kopitzsch, Franklin/Zimmermann, Gunnar B.: »Die Revolution von 1918/19 in Hamburger Selbstzeugnissen«, in: Czech, H.-J./Matthes, O./Pelc, O. (Hg.): Revolution, S. 310–317.
- 3 Einführend zu Fragen von Gedächtnis und Erinnerung und den damit zusammenhängenden geistes-, kultur- und naturwissenschaftlichen Überlegungen vgl. Guddehus, Christian/Eichenberg, Ariane/Welzer, Harald (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar 2010.

Quellengattung waren, deren Verfasser potenziell aus der gesamten gesellschaftlichen Breite kommen konnten.

3. Bewertung des Rätessystems

Es ist kaum überraschend, dass die überwiegend bürgerlichen Schreiber den Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs und dessen Vorsitzenden, den in Köln geborenen Heinrich Laufenberg (1872-1932),⁴ nicht nur nicht als legitime Interessenvertretung der Bevölkerung wahrnahmen, sondern den Rat vielmehr als Schreckgespenst begriffen und Laufenberg zum Bösewicht schlechthin stilisierten. Idealtypisch hierfür sind die 1923/24 von Werner von Melle (1853-1937)⁵ in zwei voluminösen Bänden veröffentlichten Aufzeichnungen über sein bildungspolitisches Wirken seit den 1890er Jahren. Der in den Revolutionstagen als Erster Bürgermeister amtierende von Melle gewährt darin den Ereignissen gerade einmal eine knappe Buchseite. Auf dieser teilt er aber mehrfach gegen Laufenberg aus und wird damit seinem generellen Ruf als »Sozialistenhasser« durchaus gerecht. Er nennt ihn den »radikalen Vorsitzenden« sowie den »sich die Rolle eines hamburgischen Diktators anmaßenden Laufenberg«. Im Wissen um die weitere Entwicklung verunglimpft ihn der bürgerliche Politiker auch als »zeitweiligen Regenten von Hamburg«.⁶

An seinem Image in bürgerlichen Kreisen hatte der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates durchaus einen Anteil. Er war ursprünglich in die Hansestadt gekommen, um die Geschichte der regionalen Arbeiterbewegung zu erforschen – 1911 lag dazu ein erster Band vor.⁷ Im Folgejahr wurde Laufenberg Leiter der lokalen SPD-Parteischule, musste das Amt aufgrund seiner radikalen Ansichten aber bereits im selben Jahr wieder abgeben. Während des Weltkrieges propagierte er rätekommunistische Ideen und bekämpfte den von der Mehrheits-SPD mitgetragenen »Burgfrieden« sowie die damit verbundenen Kriegskredite.

Aus Sicht der Kräfte, die ab Januar 1919 zur neu gegründeten KPD gehörten, war Laufenberg hingegen nicht radikal genug. Erna Lang (1892-1983),⁸ die in den Revolutionstagen noch unter dem Namen Halbe als einzige Frau zum Arbeiter- und Soldatenrat gehörte, beurteilte ihn 1969 in einem Interview folgendermaßen: »[...] Laufenberg war

4 Zu ihm vgl. Brietzke, Dirk: »Laufenberg, Heinrich«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 239-240; Matthes, Olaf: »Heinrich Laufenberg«, in: ders./Pelc, O. (Hg.): *Menschen*, S. 110-114.

5 Zu ihm Richter, Myriam Isabell: *Stadt – Mann – Universität. Hamburg*, Werner von Melle und ein Jahrhundertlebenswerk, Teil 1: *Der Mann und die Stadt* (= *Mäzene für Wissenschaft*, Bd. 18), Hamburg 2016; dies.: »Melle, Werner von«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 7, Göttingen 2019, S. 224-226.

6 Melle, Werner von: *Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft 1891-1921. Rückblicke und persönliche Erinnerungen*, Bd. 2, Hamburg 1924, S. 564f.

7 Laufenberg, Heinrich: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung*, Bd. 1: *Die Begründung der Organisation*, Hamburg 1911.

8 Zu ihr Lipke, Christina: »Erna Halbe, Kindergärtnerin«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.) (2018): *Menschen*, S. 41-43.

wohl ideologisch nicht konsequent genug. Er war überhaupt nicht so parteigebunden wie wir. Er stand immer etwas darüber. Er war ein ruhiger, bedächtiger Mensch. Daß gerade er zum Vorsitzenden [...] gewählt wurde, war grotesk. Das war ihm sicher *contre coeur*.«⁹

Wenn in den verschiedenen bürgerlichen Erinnerungen von Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates bzw. von dessen Abgesandten in anderen Räten in der Stadt die Rede ist, fehlt zudem selten der Hinweis auf die Anwesenheit von Soldaten.¹⁰ Der Rat als Zentralorgan der Revolution tritt in dieser Perspektive als »Machtclique« auf, deren Legitimität und Durchsetzungsfähigkeit auf die Drohkulisse eines bewaffneten Trosses angewiesen ist.

Der Hamburger Reformpädagoge und Friedensaktivist Wilhelm Lamszus (1881-1965)¹¹ beschreibt überdies, wie der Arbeiter- und Soldatenrat Personen einzuschüchtern versuchte, die ihm als potenzielle Gegner erschienen. So seien 40 Kriminalbeamte gemeinsam vor den Rat zitiert worden, nur um nach wenigen Minuten wieder unbehelligt gehen zu können. Lamszus erwähnt auch die Erstellung von Verhaftungslisten.¹² Hier schwingt der Vorwurf mit, der Rat übe – unter Umgehung des Rechtsweges – Selbstjustiz.

In den Erinnerungen des Journalisten Hans W. Fischer (1876-1945),¹³ der seit 1909 in Hamburg lebte und bis 1923 das Feuilleton der »Neuen Hamburger Zeitung« leitete, ist überdies davon zu lesen, dass Ratsmitglieder ihren gewonnenen Einfluss zur Durchsetzung persönlicher Interessen nutzen wollten. Er berichtet, im letztlich ohne Arbeitsergebnis auseinandergehenden Rat geistiger Arbeiter habe ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates in der Hoffnung auf einen Redakteursposten auf Gründung eines Kulturvereins mit eigener Zeitschrift gedrängt.¹⁴ Auch der Verwaltungsjurist Leo Lippmann (1881-1943),¹⁵ der als Staatsrat im Kriegsversorgungsamt maßgeblichen Anteil an

-
- 9 Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, III.26., 1 (1-3), Interview mit Erna Lang am 22.10.1969.
 - 10 Warburg, Max M.: Aus meinen Aufzeichnungen, New York 1952, S. 68; Lamszus, Wilhelm: »Begrabt die lächerliche Zwietracht unter euch!«. Erinnerungen eines Schulreformers und Antikriegsschriftstellers (1881-1965). Hg. von Andreas Pehnke, Markkleeberg 2014, S. 86.
 - 11 Zu ihm vgl. Pehnke, Andreas (Hg.): Die literarische Werkausgabe des Hamburger Friedenspädagogen Wilhelm Lamszus, Markkleeberg 2016.
 - 12 Lamszus, W. (2014): Erinnerungen, S. 86.
 - 13 Zu ihm siehe Scholz, Kai-Uwe: »Fischer, Hans W.«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), Hamburgische Biografie. Personenlexikon, Bd. 1, Hamburg 2001, S. 97-99.
 - 14 Fischer, Hans W.: Hamburger Kulturbilderbogen, München 1923, S. 416f.; Schiefler, Gustav: Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890-1920. Beobachtungen eines Zeitgenossen (= Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 27). Bearb. von Gerhard Ahrens, Hans-Wilhelm Eckardt, Renate Hauschild-Thiessen, Hamburg 1985, S. 558f.
 - 15 Zu ihm Lorenz, Ina: »Leo Lippmann (1881 bis 1943). Ein deutscher Jude«, in: Grolle, Joist/Schmooch, Matthias (Hg.), Spätes Gedenken. Ein Geschichtsverein erinnert sich seiner ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder (= Hamburgische Lebensbilder, Bd. 21), Bremen 2009, S. 99-136; dies.: Leo Lippmann. »Ich bin ein Sohn meiner geliebten Heimat«, Berlin/Leipzig 2020.

der Lebensmittelversorgung der Stadt im Weltkrieg und in der Zeit danach hatte, sah unter den Ratsmitgliedern »durchweg Wirrköpfe oder eigennützige Menschen«.¹⁶

Diesen wenig vorteilhaften Charakterisierungen stehen in anderen Erinnerungen positive oder zumindest neutrale Narrative über das Wirken des Arbeiter- und Soldatenrates gegenüber. So beschreibt der Bankier Max M. Warburg (1867-1946),¹⁷ der in der Endphase des Krieges im Umfeld des letzten Reichskanzlers der Kaiserzeit Prinz Max von Baden (1867-1929) enormen Einfluss gewonnen hatte, die Arbeitsatmosphäre in den Sitzungen des Rates entgegen seinen bürgerlichen Standeskollegen als überwiegend sachorientiert und kollegial. Lippmann bestätigt zudem, dass der Rat nach Anlaufschwierigkeiten dafür gesorgt habe, dass die Behörden ohne große äußere Einflussnahme weiterarbeiten konnten.¹⁸

Von sachlicher Arbeit berichtet auch Lamszus hinsichtlich der Tätigkeit des Lehrerates, der konzentriert seine Reformanliegen besprochen und sich anschließend wieder aufgelöst habe.¹⁹ Bei Hans W. Fischer findet sich zudem eine Charakterisierung Laufenbergers, die das bei Werner von Melle gezeichnete Bild konterkariert. Er attestiert dem Ratsvorsitzenden nämlich großes Interesse und hohe Kompetenz in Kulturfragen.²⁰

Als Motor positiver Veränderungen und Reformen wird der Arbeiter- und Soldatenrat in den Erinnerungen des damals 16-jährigen Druckerlehrlings Fritz Wartenberg (1902-2002) beschrieben.²¹ Er hebt die umgehende Einführung des lange geforderten 8-Stunden-Tages und die Schaffung einer Jugendschutzkommission hervor. Sie sollte gewährleisten, dass in Ausbildungsbetrieben die Arbeitszeit der Lehrlinge und die Beschäftigung mit ausschließlich ausbildungsbezogenen Tätigkeiten eingehalten wurden. Wartenberg geht überdies auf die sicherheitspolitischen Bemühungen des Arbeiter- und Soldatenrates ein. Während in den meisten bürgerlichen Darstellungen der Rat als Quelle für Chaos und Gewalt auf den Straßen gedeutet wird, berichtet er von der Aufstellung von Ordnungskräften, die gegen Plünderungen und Aufruhr vorgehen sollen. Dem Rat, so Wartenberg, sei der Schutz des Privateigentums ein wichtiges Anliegen gewesen, weshalb er bei Verstößen drakonische Strafen bis zur Hinrichtung androhte.²² Das nach anfänglicher Untätigkeit schließlich konsequente Vorgehen des Rates gegen Plünderer erwähnt auch Lippmann.²³

Diese Beispiele zeichnen ein widersprüchliches Bild, bei dem vor allem die Erinnerungen aus dem bürgerlichen Lager das Wirken und die Intentionen des Arbeiter- und

16 Lippmann, Leo: Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs (= Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 19). Aus dem Nachlaß hg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964, S. 272.

17 Zu ihm siehe Lorenz, Ina: »Warburg, Max M.«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 2, S. 438-440.

18 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 277.

19 Warburg, Max M.: Aufzeichnungen, S. 68; Lamszus, W.: Erinnerungen, S. 86.

20 Fischer, H.W.: Kulturbilderbogen, S. 330f.

21 Wartenberg, Fritz: Erinnerungen eines Mottenburgers. Kindheits- und Jugendjahre eines Arbeiterjungen 1905-1925, Hamburg 1983.

22 Ebd., S. 100, 102.

23 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 275f.

Soldatenrates stark verzerrend darstellen und daher als Quelle stets mit entsprechender Vorsicht zu behandeln sind.

4. Reaktionen der bürgerlichen Funktionselite

Wie die politische Führungsschicht der Freien und Hansestadt Hamburg auf die revolutionären Ereignisse reagierte, wie sich die Zusammenarbeit von Senat, Bürgerschaft und Verwaltung vollzog, wird in zwei Selbstzeugnissen besonders deutlich. Carl August Schröder (1855-1945),²⁴ der dem Senat von 1899 bis 1919 angehörte, 1913 und 1916 als Erster Bürgermeister amtierte, war ein Repräsentant von »Bürgerstolz und Kaiserstreue«.²⁵ In seinen 1921 erschienenen Erinnerungen widmete er der Revolution ein eigenes Kapitel.²⁶ Er erfuhr am Abend des 5. November 1918 während einer Familienfeier auf der Uhlenhorst telefonisch von den revolutionären Vorgängen in Lübeck und in der eigenen Stadt.²⁷ »Ein eigenartiges Bild bot die Verwaltung des Staatsgebiets in diesen Tagen. Der Senat hielt ganz wie bisher seine drei regelmäßigen Wochensitzungen ab, ohne in seinen Entscheidungen und Maßnahmen vom Arbeiter- und Soldatenrat direkt gehindert zu werden, auch die Bürgerschaft und die Behörden arbeiteten im wesentlichen ruhig weiter, nur die Polizeibehörde erhielt sofort ein sehr verändertes Aussehen«.²⁸ Als der Arbeiter- und Soldatenrat am 12. November Senat und Bürgerschaft für abgesetzt erklärt hatte, erfuhren die Senatoren davon durch die Morgenzeitungen des nächsten Tages. Telefonisch riefen Bürgermeister von Melle und Schröder weitere Senatoren und leitende Verwaltungsbeamte in das Vorlesungsgebäude, das heutige Hauptgebäude der 1919 gegründeten Universität, zu einer Besprechung. Von dort begaben sie sich ins Rathaus, wo sie der Arbeiter- und Soldatenrat erwartete, um die Modalitäten der Zusammenarbeit zu klären.²⁹ Vertreter des Rates nahmen fortan an den Senatssitzungen teil. »Selten nur haben diese Herren das Wort ergriffen. Geschah es, so äußerten sie sich in angemessener Form und in verständiger Weise, so daß aus der Zusammenarbeit selbst keine wesentlichen Schwierigkeiten erwuchsen«.³⁰ Empfindlich reagierte Schröder auf die zeitweise Anwesenheit des Soldatenratsvorsitzenden Wilhelm Heise³¹ im Senatsgehege. »Gelegentlich zeigte sich in den ersten Tagen auch der Matrose Heise während der Sitzung im Senatssitzungsaal, der, obgleich er keine Befugnisse hatte,

24 Zu ihm siehe Hauschild-Thiessen, Renate: »Schröder, Carl August«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.). *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 3, Göttingen 2006, S. 352-353.

25 Ebd., S. 352.

26 Schröder, Carl August: *Aus Hamburgs Blütezeit. Lebenserinnerungen*, Hamburg 1921, S. 334-360.

27 Ebd., S. 335f.

28 Ebd., S. 345.

29 Ebd., S. 346ff.

30 Ebd., S. 349.

31 Der 1893 geborene Heise war »Handlungsgehilfe in deutschen Niederlassungen in China und Nordamerika, im Krieg Maat bei einer U-Boot-Flottille in der Ostsee«. Siehe zu ihm: *Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat 1918/19* (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, Bd. 4). Eingel. und bearb. von Volker Stalman unter Mitwirkung von Jutta Stehling, Düsseldorf 2013, S. 107. Bis zu seinem Rücktritt am 23. Dezember 1918 war er Vorsitzender des Soldatenrats, ebd. S. 428.

dort zu sein, sich nicht entblödete, im angezogenen Mantel und mit einem Zigarettenstummel zu erscheinen, ja, einmal sogar sich einen Stuhl durch Inspektor Leib in den Saal setzen ließ. Herr Bürgermeister v. Melle ließ diese Ungehörigkeit zwar ungerügt passieren, scheint aber doch dafür gesorgt zu haben, daß derartiges nicht wieder vorkomme. Jedenfalls ließ sich Heise nach diesem Zwischenfall nicht wieder im Sitzungssaal blicken.³² Schröder reagierte entsetzt auf »Disziplinwidrigkeiten« von Beamten und Angestellten,³³ die Wache, die der Arbeiter- und Soldatenrat im Rathaus postiert hatte, »schlecht gekleidete, schmutzige Mannschaften«, konnte er nur mit Ekel und Abscheu betrachten.³⁴ Schröder schied nach der Bürgerschaftswahl 1919 aus dem Senat aus. Ein Verbleiben wäre für ihn »eine kaum erträgliche capitis deminutio« gewesen, »der ich die Ehre gehabt hatte als Präsident des souveränen Senats an der Spitze unseres Gemeinwesens zu stehen, jetzt einer der Bürgerschaft unterstellten, der Souveränität entkleideten Körperschaft anzugehören, die mit dem alten Senate wenig mehr als den Namen gemeinsam hatte«.³⁵ Gleichwohl wirkte Schröder von 1921 bis 1932 als Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Volkspartei (DVP) an der neuen Ordnung mit.

Von 1906 bis zu seiner Entlassung 1933 war der Jurist Leo Lippmann (1881-1943)³⁶ in der hamburgischen Verwaltung tätig, seit 1921 als Staatsrat. Um der drohenden Deportation zu entgehen, schied er, der sich um die Deutsch-Israelitische Gemeinde große Verdienste erworben hatte, 1943 mit seiner Frau Anna Josephine aus dem Leben. Als Leiter des Kriegsversorgungsamtes hatte er im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit große Herausforderungen zu bestehen. In seinen überwiegend vom Sommer 1933 bis zum Winter 1934/35 niedergeschriebenen Erinnerungen schildert er die nach anfänglichen Schwierigkeiten durchaus gelungene Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in der Finanzdeputation und im Kriegsversorgungsamt. Laufenberg allerdings war für ihn Hamburgs Diktator.³⁷ Wie Schröder – »Wie groß war der Gegensatz zwischen diesem Einzuge und dem Einzuge unseres Regiments im Jahre 1871!«³⁸ war Lippmann erschüttert über die Heimkehr der demoralisierten Hamburger Soldaten. Aufschlussreich sind die kurzen Charakterisierungen wichtiger Akteure des Arbeiter- und Soldatenrats durch Lippmann, ablehnend äußerte er sich zu Laufenberg, kritisch zu Carl Herz (1877-1951), positiv zu Walther Lampel (1891-1933) und Karl Hense (1871-1946).³⁹

32 Schröder, C.A.: Blütezeit, S. 352; Friedrich Carl Otto Leib war Inspektor der Rathausverwaltung.

33 Ebd., S. 352.

34 Ebd., S. 353f., Zitat S. 352.

35 Ebd., S. 359. »Capitis deminutio« steht hier für den Statusverlust.

36 Zu ihm siehe Lorenz 2008, S. 188f.

37 Lippmann, Leo.: Mein Leben, S. 274-279, zu Laufenberg als »Diktator« S. 278.

38 Ebd., S. 278.

39 Ebd., S. 282ff.; vgl. auch Meyer, Anne Lena: »Wilhelm Heise, Matrose«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.): Menschen, S. 57-60.

5. Vergeblicher Reformprozess

In den Selbstzeugnissen politischer Entscheidungsträger der 1918 untergegangenen alten Ordnung ist mehrfach von einem in Hamburg im letzten Kriegsjahr begonnen Reformprozess die Rede, der – so wird unterstellt – durch die Revolution zu einem Stillstand gekommen sei.

Diese Perspektive ist jedoch eine Umdeutung von Ursache und Wirkung: Nicht das lange Festhalten der alten Eliten an den überkommenen Verhältnissen wird als Mitauslöser der folgenden revolutionären Dynamik begriffen, sondern die Revolution durchbricht den für Hamburg traditionellen Weg der Politikorganisation. In diesem Verständnis verändert sich das politische System – quasi organisch – nur aus sich selbst heraus sowie in sorgsamer Abwägung zwischen Bewährtem und notwendigen Neuerungen.

Diesen »Hamburger Weg« der Veränderung hatte der Senat im April 1918 mit der Zuwahl des bürgerlich-liberalen Politikers Carl Petersen (1868-1933)⁴⁰ eingeleitet. Der Jurist hatte als Spitzenvertreter der sich nach dem sogenannten Wahlrechtsraub von 1906 vom konservativen Mainstream abspaltenden Fraktion der Vereinigten Liberalen gute Verbindungen zu den Hamburger Sozialdemokraten und war daher prädestiniert, um mit ihnen über notwendige Reformen zu verhandeln.⁴¹ Der seit 1907 amtierende Senatssyndicus Adolf Buehl (1860-1948)⁴² beschreibt das Ergebnis dieses Austauschs in seinen Erinnerungen: Vereinbart wurde die Rücknahme der die Arbeiterschaft benachteiligenden Bestimmungen der Wahlrechtsänderung von 1906. Ebenso wurden die Abschaffung der Schulgebühren und eine Lehrmittelfreiheit an den Volksschulen beschlossen. Hinzu kam die Absicht, ein Arbeitsamt einzurichten. In der Hamburgischen Bürgerschaft stellte Bürgermeister von Melle das Verhandlungsergebnis erstmals am Abend des 6. November 1918 vor.⁴³ Weiter kam man aber nicht mehr, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Straßen der Stadt bereits voll von Menschen, die für einen konsequenteren Weg der Demokratisierung durch Schaffung der Volkssouveränität eintraten.

Werner von Melle hatte sich vom eingeleiteten Reformprozess zudem die Verwirklichung des von ihm über viele Jahre verfolgten Universitätsprojekts versprochen. In seinen Aufzeichnungen beschreibt er sein damaliges Kalkül, wonach ein verändertes

40 Zu ihm siehe Stubbe da Luz, Helmut: »Petersen, Carl«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 6, Göttingen 2012, S. 246-248.

41 Vgl. Erdmann, Heinrich: »Der ›Wahlrechtsraub‹ von 1906 als Traditionsbruch. Zum Verhältnis von Senat und Bürgerschaft nach den Verfassungen von 1860 und 1879, 1906, 1919«, in: Ders. (Red.), *Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts. Die Zeit des Politikers Otto Stolten (= Hamburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1)*, Hamburg 2000, S. 29-48.

42 Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian (Hg.): *Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945*, Bd. 1, Kassel 2010, S. 26f.

43 Verein für Hamburgische Geschichte (Hg.): *Bürgermeister Carl Petersen 1868-1933 (= Vorträge und Aufsätze des Vereins für Hamburgische Geschichte, Heft 18)*, Hamburg 1971, S. 52f.; Buehl, Adolph: *Aus der alten Ratstube. Erinnerungen 1905-1918 (= Vorträge und Aufsätze des Vereins für Hamburgische Geschichte, Heft 19)*. Bearb. von Loose, Hans-Dieter, Hamburg 1973, S. 35.

Wahlrecht nach und nach immer mehr Universitätsbefürworter ins Stadtparlament gebracht hätte. Dass es im November 1918 gerade der Arbeiter- und Soldatenrat um Laufenberg war, der sich nun als Unterstützer bei der Universitätsgründung anbot, war für von Melle ein Worst-Case-Szenario, das er vehement abzuwehren wusste.⁴⁴ Nach den ersten nach heutigem Verständnis demokratischen Wahlen in Hamburg im Frühjahr 1919 war es aber dennoch die neue Regierungskoalition aus SPD und DDP, die am 28. März die Hamburgische Universität und die Volkshochschule in ein und demselben »Notgesetz« aus der Taufe hob.⁴⁵

Die alten Funktionseliten Hamburgs – das machen die Beispiele deutlich – waren sich also 1918 schon vor der Revolution darüber im Klaren, dass eine Öffnung des politischen Systems unumgänglich war. Dabei könnten die Verhandlungen zwischen Liberalen und der SPD und das dabei entstandene Vertrauensverhältnis eine Erklärung dafür sein, weshalb der Übergang zur Demokratie in Hamburg vergleichsweise reibungslos ablief.

6. Ambivalenzen: Verachtung der neuen Ordnung – Aufbruch zur Demokratie

Seit der Masterarbeit von Cäcilia Maag ist das Tagebuch der Eilbeker Hausfrau Charlotte Lorentzen (1874-1937) als wichtige Quelle zur Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs bekannt.⁴⁶ Die Tagebuchschreiberin hatte ein Lehrerinnenseminar absolviert, widmete sich nach der Heirat mit Theodor Lorentzen, einem Oberlehrer an der Oberrealschule auf der Uhlenhorst, aber ganz der Familie. Ihr Tagebuch führte sie bis zum 3. September 1919 fort. Am 1. November 1918 notierte sie: »Ist es denn eigentlich möglich, daß es so weit kommen konnte? Ist es möglich? So fragt man sich immer wieder u. zweifelt u. denkt sich so rein in all die Umwälzungen u. findet immer wieder, daß man die Bedeutung alles Geschehens nicht im Entferntesten ermessen kann. So muß den Menschen zur Zeit der frz. Revolution zu Mute gewesen sein oder vor 1 Jahr in Rußland, als alles sich von oben nach unten kehrte. Es ist nur eine Erregung im Volk u. jeder macht so seiner Überzeugung nach seiner Art Luft«. Am 8. November fragte sie: »Soll unser ganzes grosses stolzes Volk in d. Händen des jüdischen Bolschewismus

44 Melle, W. v.: Wissenschaft, S. 564f.; Schiefler, G.: Kulturgeschichte, S. 401.

45 Zu von Melles Engagement für eine Universität und zum langen Weg bis zur Gründung vgl. Ahrens, Gerhard: »Werner von Melle und die Hamburgische Universität«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 66 (1980), S. 63-93; Nicolaysen, Rainer: »Wissenschaft ohne Zentrum. Über das Ende des Akademischen Gymnasiums 1883 und den schwierigen Weg zur Gründung einer Universität 1919«, in: Brietzke, Dirk/Kopitzsch, Franklin/Nicolaysen, Rainer (Hg.), Das Akademische Gymnasium. Bildung und Wissenschaft in Hamburg 1613-1883 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 23), Berlin/Hamburg 2013, S. 213-235.

46 Maag, Cäcilia: Der Erste Weltkrieg im Spiegel bürgerlicher Wahrnehmung am Beispiel des Tagebuches von Charlotte Lorentzen. Eine Analyse der sinnhaft aufgeladenen heimatlichen Etappenerfahrung. Masterarbeit an der Universität Hamburg, Hamburg 2014; zur Person Charlotte Lorentzens, ebd., S. 24-28, zur Einordnung ihrer Äußerungen zum Kriegsende, zur Revolution und den Anfängen der Weimarer Republik, ebd., S. 83-88; das Tagebuch befindet sich im Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Familiennachlass Lorentzen 11/L 21-7.

bleiben?! Das kann u. kann nicht sein. Aber welche Zeiten stehen uns nun bevor!« Am 11. November konstatierte sie: »Deutschland, Bismarcks Werk – es liegt zertreten am Boden.« »Ein Kant, ein Luther, ein Goethe u. Bismarck« allerdings seien »ewig«. Und sie hoffte, »daß aus dieser Not, die über uns heranwächst, ein innerlich reifes u. vertieftes Volk heranwächst, das der Menschheit noch größere Werke schenkt«. Einen Monat später, am 10. Dezember, wurde sie deutlicher: »Warum hat keine Partei den Mut u. knallt mit Maschinengewehren die bolschewistischen Spartacusleute zusammen? Am Anfang war die Tat!« Ein halbes Jahr danach, am 7. Mai 1919, schrieb sie: »Es läge mir am nächsten, daß wir den Kaiser wieder hätten, uns zu neuem Kampf zu führen. Aber das wird noch einige Zeit dauern«. Am 23. Juni, nach der Teilnahme an einer Bismarck-Sonnwendfeier am Bismarckstein bei Aumühle, schrieb sie: »O Hoffnung, Hoffnung immergrün! Wenn die Jugend erwacht.« Und weiter: »Laß Sie nur denken, nun hätten sie Deutschland klein! Nein! Nun erst recht nicht: Denn in d. Nationalversammlung ist nicht das deutsche Volk vertreten!«

Lorentzen zeigt hier ein bürgerlich-konservatives Politikverständnis, wonach nur die eigene Gesellschaftsschicht zum neutralen Sachwalter für die Allgemeinheit berufen sei, die Arbeiterbewegung hingegen Partikularinteressen vertrete. Dieser »4. Stand [aber] regiert uns an allen Ecken und Enden«, wie Lorentzen nach der Revolution feststellen musste. Theodor und Charlotte Lorentzen engagierten sich in der Eilbeker Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). In ihr Tagebuch klebte sie die Armbinde mit der Aufschrift »Deutsch-nationale Volkspartei« ein, die sie »beim Stimmzettelausteilen zur Bürgerschaftswahl am 19.3.1919« angelegt hatte. Auch die Wahlzettel der DNVP und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zur Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 dokumentierte sie auf diese Weise.

Mit der Republikfeindschaft, dem Antisemitismus, dem »Hindenburg-Mythos«, der »Dolchstoß-Legende«, der Verbindung von Kultur- und Nationalprotestantismus werden im Tagebuch der Charlotte Lorentzen nationalkonservative bis revanchistische Einstellungen deutlich, mit denen sich die Demokratie von Weimar auseinanderzusetzen hatte. Der Freiburger Historiker Hans-Günter Zmarzlik (1922–2000) hat in einem 1966 gehaltenen Vortrag treffend festgestellt:

Im Schatten der Niederlage von 1918, unter den harten Bedingungen des Versailler Friedens, in der Atmosphäre innerdeutscher Gärung funktionierte die junge Demokratie gewiß schlecht genug. Für den Einsichtigen waren das unvermeidliche Anfangsschwierigkeiten; aber die Mehrheit des deutschen Bürgertums hielt das eher für die notwendige Folge davon, daß den ungebildeten Massen politische Mitspracherechte eingeräumt worden waren, die beim Bürger selbst, dem erprobten Repräsentanten von Bildung und Besitz, so viel besser aufgehoben seien. Dem Zufall von Mehrheitsentscheidungen meinte man das Wohl der Nation ausgeliefert zu sehen, das doch die Monarchen oder ihre Staatsmänner stets soviel besser zu wahren verstanden hätten. Daher ersehnte man, was gestrig war: den Staat über den Parteien und einen Führer zu Deutschlands erneuerter Machtstellung.⁴⁷

47 Zmarzlik, Hans-Günter: Das deutsche Bürgertum im Zeitalter der Weltkriege. Ein Vortrag vor ausländischen Stipendiaten, in: ders., *Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit. Aufsätze und Über-*

Im Kontrast zu den von Charlotte Lorentzen vertretenen Positionen vermittelt die auch als Selbstzeugnis zu lesende Rede des Sozialdemokraten Rudolf Roß (1872-1951)⁴⁸ zur Verfassungsfeier am 11. August 1924 ein anderes Bild. Der Lehrer und Schulreformer Roß leitete von 1921 bis 1928 die mit der Universität entstandene Hamburger Volkshochschule, und war seit 1920 Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft. 1928 wurde er Senator, war 1928/29 und 1932/33 Zweiter, 1930/31 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt, der erste Sozialdemokrat in diesem Amt. Ihm erschien

die politische Umwälzung der Novembertrage von 1918 nicht als eine planmäßig vorbereitete Eroberung der politischen Macht durch eine Partei oder Klasse, sondern vielmehr als der Zusammenbruch eines politischen Systems, dessen tragende Pfeiler zu schwach waren für die ungeheure Last, die auf ihnen wuchtete.

Denn:

Das alte Reich, durch die unvergleichliche Staatskunst eines Mannes geschaffen, der eiserne Energie mit weiser Mäßigung in der Absteckung seiner Ziele verband, war ein äußerst labiles Gebilde, das bald, nachdem seinem Lenker die Zügel entrissen worden waren, bereits bedenkliche Risse und Sprünge aufwies, von denen man zwar, gebendet durch den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, gewohnheitsmäßig die Augen zu verschließen pflegte, deren Dasein aber doch in der weitverbreiteten Reichsverdrossenheit innerhalb des Bürgertums und dem feindseligen Abseitsstehen der großen und grollenden Arbeitermassen seinen unverkennbaren Ausdruck fand. Dieses Reich war keineswegs eine Zusammenfassung aller Kräfte im deutschen Volke durch eine die gesellschaftlichen Gegensätze ausgleichende, dem Neuen raumschaffende Herrschaftsorganisation, die mit ihrem durch das demokratische Reichstagswahlrecht nur mäßig verhüllten Absolutismus, ihrem romantischen Gottesgnadentum und ihrer auch die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens durchdringenden Militär- und Beamtenaristokratie inmitten einer anders gewordenen Welt wie ein starker Anachronismus wirkte.⁴⁹

»An der Hybris des Machtgedankens ist das Reich Bismarcks und der Hohenzollern zugrunde gegangen«, so seine These. Der Sturz war schrecklich und kam so jäh und unerwartet, daß niemand sich zur Verteidigung des Bestehenden erhob. »Die Monarchie endete ohne Widerstand, ruhmlos. Es war die unblutigste Revolution, die die Welt je gesehen hat; es war eine Revolution der Erschöpfung, der Verzweiflung, des einfach Nichtmehrweiterkönnens«. Die Verkündung der Weimarer Verfassung war für Roß »die Geburtsstunde des neuen Deutschland«.⁵⁰ Allerdings sah er auch dieses neue Deutschland in eigenen Traditions- und Kontinuitätslinien:

legungen eines Historikers vom Jahrgang 1922, München 1970, S. 106-119, hier S. 115. Der Vortrag wurde im Oktober 1966 vor Stipendiaten der Humboldt-Stiftung gehalten.

48 Zu ihm vgl. Lehberger, Rainer: »Roß, Rudolf«, in: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hg.): *Hamburgische Biografie*, Band 2, S. 349-351.

49 Roß, Rudolf: »Zur Verfassungsfeier am 11. August 1924«, in: *Hamburg während der Weimarer Republik. Reden und Aufsätze anlässlich der Taufe des Dampfers »Bürgermeister Ross«*, hg. von der Hafendampfschiffahrts A.-G., Hamburg 1948, S. 20-31, hier S. 23.

50 Ebd., S. 24.

Das Werk von Weimar ist keine völlige Neuschöpfung, keine Gestaltung aus dem Nichts; insofern haben die Anhänger einer kontinuierlichen geschichtlichen Entwicklung am wenigsten Anlaß zur Kritik. Nur keimhaft enthält es neue, konstruktive Lösungen. Im übrigen verleugnet es nicht die geistige Abstammung von den Männern der Paulskirche. Es ist das abschließende Ergebnis verfassungsrechtlicher Kämpfe, die sich durch das ganze vorige Jahrhundert hinstreckten, seitdem das aufstrebende Bürgertum auch in Deutschland in bewußten Gegensatz zu dem landesherrlichen Absolutismus und den ihn tragenden Mächten der feudal-aristokratischen Ordnung getreten war.⁵¹

Roß war überzeugt, dass der Weg vom »Herrschaftsstaat zum Gemeinschaftsstaat«, vom »Machtstaat« zum »Rechtsstaat« nicht aufzuhalten sei.⁵² Der Rechtsstaat war für ihn Voraussetzung und Grundlage des »Kulturstaates, der nichts ist als die gemeinsame Arbeit der unvergänglichen Werte der Kultur hervorbringende, organisierte Volk«. »Das setzt allerdings einen Umbau und Ausbau unserer wirtschaftlichen Organisation und gesellschaftlichen Zustände voraus, die wir heute nur ahnend zu sehen vermögen«.⁵³

7. Revolution als emanzipative Zäsur

Für die hier berücksichtigten Revolutionszeugen im Jugendalter, also für Erich Lüth (1902–1989)⁵⁴, Paul Nevermann (1902–1979)⁵⁵ und Fritz Wartenberg, die in den Novembertagen 1918 zwischen 16 und 17 Jahren alt waren und die Kriegszeit in Hamburg verbracht hatten, markierte der Zusammenbruch des alten Systems den Ausgangspunkt für eine nachhaltige Änderung ihrer Lebensführung. Die Ereignisse lösten bei ihnen Aufbruchsstimmung aus und weckten Neugier auf das nun Kommende. Zudem bekamen sie von einem Tag auf den anderen die Chance, ihr persönliches Lebensumfeld in Berufsschule und Ausbildung sehr viel stärker mitzubestimmen, als dies noch im Kaiserreich möglich gewesen war. Die beiden aus dem Arbeitermilieu kommenden Auszubildenden Nevermann und Wartenberg berichten in ihren Erinnerungen konkret vom emanzipativen Effekt, den der politische Umbruch für sie und ihr künftiges Leben hatte.

Der spätere Hamburger Bürgermeister Paul Nevermann hatte 1917 eine Lehre als Schlosser und Maschinenbauer in einem Bahrenfelder Rüstungsbetrieb begonnen. Seit 1918 gehörte er der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung, dann der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an. Als in seinem Ausbildungsbetrieb im Zuge der Revolution erstmals ein Betriebsrat gewählt wurde, rief er die anderen Auszubildenden zusammen,

51 Ebd., S. 25.

52 Ebd., S. 28.

53 Ebd., S. 30.

54 Zu ihm siehe Heinsohn, Kirsten: »Lüth, Erich«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 6, S. 199–201.

55 Zu ihm siehe Kopitzsch, Franklin: »Nevermann, Paul«, in: Ders./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 1, S. 218–219.

um einen dreiköpfigen Lehrlingsrat zu bestimmen, an dessen Spitze dann er selbst stand. In der Rückschau beschreibt Nevermann diese Zusammenhänge als Ausgangspunkt seiner politischen Laufbahn innerhalb der Sozialdemokratie, der Partei und der Gewerkschaft. Sein politisches Engagement hatte aber auch negative Folgen: Aufgrund seiner Aktivität im Metallarbeiterverband wurde er in seinem Betrieb nach Abschluss der Lehre 1921 nicht übernommen.⁵⁶

Jedoch verfolgte Nevermann weiter zielstrebig seine Ausbildung und nutzte dafür die sich durch die SPD und ihre Bildungspolitik für Arbeiter neu bietenden Möglichkeiten: Von 1923 bis 1926 holte er zunächst im ersten in Hamburg angebotenen Arbeiter-Abiturientenkurs seine Hochschulreife nach,⁵⁷ studierte anschließend – gefördert durch ein städtisches Stipendium – an der Universität seiner Heimatstadt Rechtswissenschaften und schloss 1932 mit einer juristischen Promotion ab. Während seines Studiums engagierte er sich als Mitglied im Sozialistischen Studentenbund in der Hochschulpolitik. Seine Mitstreiter an der Universität waren die später ebenfalls prominent für die SPD auf Landes- und Bundesebene wirkenden Wilhelm Drexelius (1906-1974) und Erich Klabunde (1907-1950).⁵⁸

Noch unmittelbarer lässt sich das emanzipative Potential der Revolution an der Biografie Fritz Wartenbergs nachvollziehen. Er hatte sich schon während des Weltkrieges in seiner Arbeiterjugendgruppe mit politischen Themen befasst. Die dortigen Kameraden bestimmten Wartenberg nach Kriegsende zu ihrem Obmann, wodurch er automatisch in die sogenannte Delegiertenversammlung, das Parlament der Arbeiterjugendgruppen von Hamburg-Altona, einzog. Dort wurde er wiederum in die Jugendschutzkommission gewählt. Wartenberg sollte als Ansprechpartner für Lehrlinge fungieren, in deren Betrieb der Jugendschutz unterlaufen wurde, um die Probleme anschließend an die zuständige Kontrollinstanz zu melden. Sein Einsatz ging jedoch weit über diese rein formale Funktion hinaus. Vielmehr suchte er zumindest anfänglich die beklagten Arbeitgeber persönlich auf, und drang dort mit wechselndem Erfolg auf die Behebung der Mißstände. Einen dieser Besuche beschrieb Wartenberg folgendermaßen:

Meine Amtswürde hatte sich schnell herumgesprochen. Ein Klassenkamerad, als Schriftsetzerlehrling tätig [...], klagte mir sein Leid, daß er bei lächerlicher Bezahlung ständig Überstunden machen müsste. [...] Mit frisch gewaschenem Schillerkragen und dem gewichtigen Ausweis bewehrt, stattete ich Herrn B. nach Feierabend einen Besuch ab. Vorsichtig sah ich mich in den Betriebsräumen um. Hinter einer Glastür [...] sah ich einen älteren Herrn über Geschäftspapiere gebeugt. [...] Ich fasste mir ein Herz und trug mein Anliegen vor als Mitglied der Jugendschutzkommission [...]. Herr B. [...] war offenbar von den Revolutionswirren verstört und bat um Verständnis für

56 Nevermann, Paul: *Metaller, Bürgermeister, Mieterpräsident*, Köln 1977, S. 13f.

57 Dazu erscheint 2022 in der Reihe »Weimarer Schriften zur Republik« von Gunnar B. Zimmermann ein Beitrag über »Die Hamburger Arbeiter-Abiturientenkurse von 1923 und 1927. Ein bildungspolitischer Impuls mit Langzeitwirkung«.

58 Zu den beiden Woyke, Meik: »Drexelius, Wilhelm«, in: Kopitzsch/Brietzke (Hg.): *Biografie*, Bd. 6, S. 75-76; Martens, Holger: *Erich Klabunde 1907-1950*, Hamburg 2000.

die besonderen Umstände in seinem Druckereibetrieb. Das Verständnis hatte ich und Herr B. versprochen, Ludwig nicht mehr zu Überstunden heranzuziehen.⁵⁹

Daneben wurde Wartenberg zum Schülerrat seiner Berufsschule ernannt. Fortan organisierte er dort den Lehrstoff ergänzende Kultur- und Informationsveranstaltungen, bei denen u.a. Fragen der Sexualaufklärung zur Sprache kamen.⁶⁰ Bei der Themensetzung scheint er sich am Vorbild seiner Mutter Alma Wartenberg (1871-1928) orientiert zu haben, die als frauenbewegtes Dienstmädchen nach der Jahrhundertwende für Arbeiterinnen Kurse zu Themen wie Mutterschutz, Geburtenkontrolle und sexueller Aufklärung organisiert hatte. Sie saß nach der Revolution als eine der wenigen weiblichen Vertreterinnen in der Altonaer Stadtverordnetenversammlung und ab 1925 im Provinziallandtag Schleswig-Holsteins.⁶¹

Einen anderen Weg der politischen Emanzipation durchlief der freiheitlich-jugendbewegte Schüler der Oberrealschule Eppendorf Erich Lüth in den Revolutionstagen. Ihm ging es mehr um ein Aufbegehren gegen Autoritäten und um einen Wissensdrang, der auch vor Widerständen nicht Halt machte: Gemeinsam mit Klassenkameraden ignorierte Lüth am ersten Revolutionstag die Warnung seiner Lehrer, in der Innenstadt könne es gefährlich werden. Die Gruppe zog vielmehr zum Hauptbahnhof und beobachtete dort das Treiben der ankommenden Matrosen und den rauen Umgang der »Meuterer« mit ihren bisherigen Vorgesetzten. In diesen Tagen begab sich Lüth auch immer wieder auf den Rathausmarkt, wo er die Diskussionen der Menschen über das Für und Wider der politischen Neuordnung verfolgte. Da ihn das Gehörte nicht befriedigte, machte er sich schließlich mit Mitschülern auf den Weg zum Sitz der Redaktion der lokalen SPD-Tageszeitung, des »Hamburger Echo«, wo sie sich von einem zufällig angetroffenen Redakteur über die aktuelle Lage informieren ließen.⁶²

Auch Lüths weiterer Lebensweg war vom Geist des neuen politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs geprägt. Beruflich beim liberal orientierten »Hamburger Anzeiger« als Journalist tätig, engagierte er sich in den Weimarer Jahren als Vorsitzender der Hamburger Jungdemokraten und saß ab 1928 für die DDP in der Bürgerschaft. Ab 1946 war Lüth unter Bürgermeister Max Brauer (1877-1973) Direktor der Staatlichen Pressestelle. Als streitbarer Publizist und Aktivist setzte er sich nachdrücklich für die Aussöhnung mit Israel ein. Und er klagte schonungslos die Politik der jungen Bundesrepublik und die personellen und politischen Kontinuitäten des Nationalsozialismus mit der Förderung und Protektion »der Altnazis« an. Berühmt geworden ist sein 1950 lancierter Boykottaufruf gegen Veit Harlan (1899-1964), den Regisseur des NS-Propagandafilms »Jud Süß«. Am Ende einer daraufhin vom Filmemacher angestrebten Klage stand 1958 ein Lüths Position und damit die Pressefreiheit in der Bundesrepublik generell klärendes und stärkendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts.⁶³

59 Wartenberg, F.: Erinnerungen, S. 104f.

60 Ebd., S. 104-106.

61 Zu ihr Schümann, Bodo: »Wartenberg, Wilhelmine Catharina Alma«, in: Kopitzsch, F./Brietzke, D. (Hg.): Biografie, Bd. 6, S. 359-361.

62 Lüth, Erich: Viele Steine lagen am Weg. Ein Querkopf berichtet, Hamburg 1966, S. 19-25.

63 Zu Lüths Aktivitäten vgl. u.a. Sywottek, Arnold: »Die Vorgeschichte der »Friedensbitte für Israel«. Zur Erinnerung an Erich Lüth«, in: Eder, Angelika/Gorschenek, Günter (Hg.), Israel und Deutsch-

Für die Fachdebatte um die »vergessene« Revolution von 1918/19 weisen die geschilderten biografischen Verläufe – dies sei hier an erster Stelle betont – auf ein positives Erbe der Revolution hin, deren emanzipativ-politisierende Wirkung sich durch die Karrierewege und das ehrenamtliche Engagement in der Zivilgesellschaft teils bis in die 1980er Jahre verfolgen lässt. Die drei Jugendlichen haben – zweitens – als Vertreter ihrer Generation einen alternativen politisch-partizipativen Weg gewählt, der als Gegenentwurf zur politischen Entwicklung jener Angehöriger ihrer Generation anzusehen ist, die in den Weimarer Jahren sukzessive eine völkisch-nationalistische Richtung einschlugen und heute als »Generation des Unbedingten« als wesentliche Triebkräfte des Nationalsozialismus gelten. Nevermann, Lüth und Wartenberg verfolgten in der Weimarer Republik hingegen nachdrücklich eine Politik, die sich dem parlamentarischen-liberalen und sozialdemokratischen Diskurs verpflichtet fühlte und sie setzten dieses Engagement nach 1945 fort. Drittens wird bereits anhand dieser drei biografischen Selbstzeugnisse deutlich, wieviel mehr solche persönlichen Aufzeichnungen jugendlicher Protagonisten als Beobachter oder gar Teilnehmer das Revolutionsgeschehens und die nachfolgenden politischen Veränderungen weitaus differenzierter wahrzunehmen erlauben und daher von der Forschung stärker zu beachten sind.

8. Alltags- und Ereignisgeschichte der Revolution

Als ergiebige Quellen auch zur Ereignis- und Alltagsgeschichte erweisen sich die Erinnerungen von Carl August Schröder und Leo Lippmann, die ausführlich das revolutionäre Geschehen nachzeichnen und auch alltägliche Begebenheiten einbeziehen. Am 7. November 1918 traf Schröder in seinem Haus an der Eppendorfer Landstraße 62 auf »einen Trupp von sechs bewaffneten Soldaten, die rote Kokarden an den Mützen trugen und lebhaft auf unsere Dienstmädchen einredeten«. ⁶⁴ Die Soldaten behaupteten, es sei aus diesem Hause geschossen worden und sie müssten es durchsuchen. Schröder gelang es, sie davon zu überzeugen, dass sich in seinem Hause keine Waffen befänden. Er vermerkte auch:

Während am 6., 7. und 8. November keine öffentlichen Vergnügungen stattfinden durften und die Theater und Kinos geschlossen waren, nahmen sämtliche Theater, Unterhaltungslokale, Kaffeehäuser, Kinos, Gastwirtschaften usw. am 9. November ihren Betrieb mit Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrates wieder auf. Die Polizeistunde wurde trotz des Kohlenmangels auf 11 $\frac{1}{2}$ Uhr angesetzt, und nunmehr feierte das Proletariat im Vollgefühl des errungenen Sieges geradezu unerhörte Orgien. ⁶⁵

land. Voraussetzungen und Anfänge einer komplizierten Partnerschaft (= Publikationen der Katholischen Akademie Hamburg, Bd. 17), Hamburg 2002, S. 116-127; Henne, Thomas/Riedlinger, Thomas (Hg.): Das Lüth-Urteil aus (rechts-)historischer Sicht. Der Konflikt um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts, Berlin 2005; Heinsöhn, Kirsten: »Erich Lüth schreibt Hamburger Geschichte«, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.): Zeitgeschichte in Hamburg 2016, Hamburg 2017, S. 27-51.

64 Schröder, C.A.: Blütezeit, S. 344.

65 Ebd., S. 344f.

Davon dürfte der Senator freilich eher durch Hörensagen denn durch Augenschein erfahren haben. Lippmann, der im benachbarten Winterhude in der Sierichstraße 62 wohnte,⁶⁶ berichtete über die ersten Tage der Revolution, dass es anfangs »keinen Schutz der Bevölkerung vor Plünderungen und Haussuchungen durch tatsächliche oder angebliche Beauftragte des A.- und S.-Rates« gab. »Große Wagen fuhren vor den Häusern vor und wurden mit dem Raub beladen, der nicht nur aus Lebensmitteln bestand. Als meine Frau dem Anruf Plündernder am Rondeel nicht Folge leistete, wurde auf sie ein scharfer Schuß abgegeben. Ähnlich erging es vielen anderen«. ⁶⁷ Am 8. November wurde dann eine Lebensmittelkommission gegründet, zu deren Mitgliedern Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates, des Kriegsversorgungsamtes und der Konsumgenossenschaft Produktion zählten. Lippmann erhielt eine besondere Bescheinigung, die ihm »ungehinderte Passage auf den Straßen, den Bahnhöfen und Bahnanlagen zur Besichtigung von Waren« gewährte.⁶⁸

Eine vor allem alltags- und mentalitätsgeschichtlich wichtige Quelle ist das Tagebuch des nach dreijährigem Kriegsdienst nach Hamburg zurückgekehrten kaufmännischen Angestellten Robert Horbelt (1894-1948). Am 12. Dezember 1918 notierte er:

3 lange Jahre, in denen ich viel gesehen und erlebt habe, in denen ich auch etliche gute Tage gehabt habe, aber alles in allem doch 3 Jahre voll Entbehrungen, 3 Jahre Skavenleben! So bin ich denn sehr, sehr froh, daß diese Zeit hinter mir liegt und daß ich gesund aus dem schrecklichen Krieg zurückgekehrt bin. Aber wie ist doch alles so ganz anders gekommen und wie sieht hier in der Heimat alles so ganz, ganz anders aus, als man sich das früher gedacht hat. Und dunkel, ganz dunkel liegt die Zukunft noch vor uns. Doch nun ist ja nichts mehr daran zu ändern und so heißt es denn erst einmal abwarten, bis sich die Verhältnisse wieder etwas geklärt haben.⁶⁹ »Von irgendwelchen Umzügen, Schießereien usw. habe ich bisher nichts gemerkt, auch ist die ganze Revolution ja garnicht so schlimm gewesen, wie man es sich nach den Zeitungsmeldungen gedacht hat. Versammlungen sind ja genug, aber es ist dabei jetzt immer ruhig geblieben. Das Einzige, was mir in der Stadt aufgefallen ist, ist die rote Fahne in der Turmlaube des Rathauses.⁷⁰

Am 11. Januar 1919 nahm er Stellung zu den den heftigen Unruhen in Berlin, für ihn waren sie »Bürgerkrieg«, »hervorgerufen durch die geradezu wahnsinnigen Ideen der Liebknecht und Genossen, der sogenannten »Spartakisten«.⁷¹ Auch in Hamburg nahm er »Krisenluft« wahr. Für »uns Bürgerliche« wurde es »wirklich Zeit, daß Hamburg wieder eine richtige Regierung bekommt an Stelle des Arbeiter- und Soldatenrats«. ⁷² Zur

66 Lippmann, L.: Mein Leben, S. 79.

67 Ebd., S. 275.

68 Ebd., S. 276.

69 Lipke, Christina, »Schreiben in der Revolution. Das Tagebuch des Hamburgers Robert Horbelt aus den Jahre 1918/19«, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 105 (2019), S. 17-56, hier S. 31. Das Tagebuch, das von 1912 bis 1948 geführt wurde, befindet sich in der Stiftung Historische Museen Hamburg, Museum für Hamburgische Geschichte, Archiv, III.3 Robert Horbelt: Tagebuch.

70 Lipke, C.: Schreiben, S. 33. Hervorhebung im Tagebuch, auch im Folgenden.

71 Ebd., S. 41.

72 Ebd., S. 42.

Wahl der Nationalversammlung am Januar bemerkte Horbelt: »Ich habe am 19. Januar der Deutschen Demokratischen Partei meine Stimme gegeben, wenn auch nicht aus voller Überzeugung, da mir dieselbe schon etwas zu sehr nach links neigt, während mir andererseits aber die Deutsche Volkspartei schon wieder zu weit rechts steht.«⁷³ Die Wahl zur Bürgerschaft am 16. März kommentierte er so: »Am Sonntag war die Wahl zur neuen Hamburger Bürgerschaft, die infolge sehr vermehrter Wahllokale wesentlich ordnungsgemäßer als die Wahl zur Nationalversammlung verlief, sodaß irgendwelches Warten nicht nötig war. Wie ja leider vorausszusehen war, besteht jetzt mehr als die Hälfte unserer neuen Bürgerschaft aus Sozialdemokraten.«⁷⁴ Einen ganz besonderen Quellenwert haben Horbelts Tagebuchaufzeichnungen für die Freizeitgestaltung generell und die Teilhabe am kulturellen Leben im Besonderen. Letzterem widmeten sich Robert Horbelt und seine Freundin Helene (Leni) Kalinke (1898-1979), die er 1926 heiratete, offenkundig mit Leidenschaft.

Alltags-, Kommunikations- und Mentalitätsgeschichte spiegeln sich im Tagebuch des Juristen, damaligen Rechtsassessors Erwin Garvens (1883-1969).⁷⁵ Die vierzehn Bände seines Tagebuchs sind eine bedeutsame, erst ansatzweise ausgewertete Quelle zur hamburgischen Geschichte und zur Geschichte des Bürgertums im 20. Jahrhundert. Zeitungen dienten Garvens als Informationsquellen und boten ihm Gelegenheit zu kurzen Kommentaren. Am 26. Oktober 1918 schrieb er: »Es ist eine schreckliche Zeit« und bezog sich nicht nur auf die politische und militärische Lage, sondern auch auf die »Grippe, die täglich neue höchst bedenkliche Opfer gerade zwischen jungen Menschen fordert« und auf »die Ernährungsverhältnisse«.⁷⁶ Mit Trauer und Entsetzen nahm er die Abdankung Kaiser Wilhelms II. zur Kenntnis: »Man hatte es ja vermutet, aber die vollendete Tatsache ist doch entsetzlich traurig. Wer hätte das vor 4 Jahren, ja noch vor 4 Monaten gedacht!« Den Tod Albert Ballins bedauerte er: »Er hätte Deutschland und Hamburg sicher noch viel Nutzen gestiftet.«⁷⁷ Am folgenden Sonntag, dem 10. November, besuchte er mit seiner Frau Elisabeth (Elsie) den Gottesdienst in der Hauptkirche St. Jacobi. Als der Hauptpastor Karl Horn (1869-1942)

das übliche Hauptgebet begann, bekam ich plötzlich einen furchtbaren Schreck: wie wird er es mit dem Gebet für das Kaiserhaus halten? Er machte seine Sache sehr schön – und war, als er die Fürbitte für die Kaiserin aussprach – da versagte ihm die Stimme. Es ist doch entsetzlich traurig: nun hat er die Fürbitte für das Kaiserhaus wie für die anderen Fürsten, die die Revolution so ungefähr alle von ihren Thronen gesetzt hat, noch ein letztes Mal getan.⁷⁸

73 Ebd., S. 45.

74 Ebd., S. 54.

75 Staatsarchiv Hamburg (StA HH), 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9 (16.10.1918 bis 31.12.1923); zu ihm Müller, Theres: »Erwin Garvens, Jurist. Geb. 30. 6. 1883 in Hamburg, gest. 4. 11. 1969 in Hamburg«, in: Matthes, O./Pelc, O. (Hg.), Menschen, S. 36f.; Zimmermann, Gunnar B.: Bürgerliche Geschichtswelten im Nationalsozialismus. Der Verein für Hamburgische Geschichte zwischen Beharrung und Selbstmobilisierung (= Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 67), Göttingen 2019, S. 201, 367, 469f., 616.

76 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 26.10.1918.

77 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 9.11.1918.

78 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, Bz, Bd. 9, Eintrag vom 10.11.1918.

Bei der Bürgerschaftswahl votierten Garvens und seine Frau für die Deutschnationale Volkspartei.⁷⁹ Von den Sozialdemokraten akzeptierte er Emil Krause (1870-1943), der von 1919 bis 1933 als Schulsenator amtieren sollte. »Schlechter fahren wir mit dem sicher nicht. Er ist ja ein sehr netter ordentlicher Mann.«⁸⁰

9. Schlussbemerkungen

Im Mittelpunkt der herangezogenen Selbstzeugnisse stehen Hamburg und seine unmittelbaren Nachbarn, insbesondere das preußische Altona. Was und wann die Zeitgenossen von den Vorgängen in Kiel und Berlin erfuhren, wie sie es aufnahmen und vermittelten, wird sich vor allem durch Inhalts- und Diskursanalysen der Zeitungen und Zeitschriften klären lassen. Bahnhöfe waren offenkundig Zentren der Kommunikation und Agitation, Versammlungen waren wichtige Stätten der Information, der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, das Telefonnetz eine Basis des Austausches von Nachrichten und der schnellen Verständigung über Aktionen. Weitere Quellenzeugnisse zum Kriegsende, zur Revolution von 1918/19 und zu den Anfängen der Weimarer Republik zu erschließen und auszuwerten, wird eine Aufgabe der Forschung bleiben. Notizen, Briefwechsel, Tagebücher und Erinnerungen lassen Erfahrungen und Wahrnehmungen erkennen, politische Prägungen und Präferenzen deutlich werden. Sie gewähren zudem Einblicke in Mentalitäten und Milieus. Archive sollten sie gezielt sammeln und bewahren.⁸¹

79 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, B2, Bd. 9, Eintrag vom 16.3.1919.

80 StA HH, 622-1/124 Familie Garvens, B2, Bd. 9, Eintrag vom 26.3.1919; zu Emil Krause siehe Stubbe da Luz, Helmut: »Krause, Emil«, in Kopitzsch/Brietzke (Hg.): Biografie. Personenlexikon, Bd. 3, S. 210-212.

81 Wertvolle Hinweise hierzu bei Lipke, C.: Schreiben, S. 27.

Anhang

Liste der Abkürzungen

AfD	Partei »Alternative für Deutschland«
AG	Aktiengesellschaft
AR	Arbeiterrat
AS	Abgegebene Stimmen
AT	Altonaer Tageblatt
AuSR/AuSRe	Arbeiter- und Soldatenrat/Arbeiter- und Soldatenräte
BdBO	Bund der Berufsoffiziere
BR	Brutto Register Tonnen
BVG	Berliner Verkehrsgesellschaft
BVP	Bayerische Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDVP	Deutsche Demokratische Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DNVP	Deutsche Nationale Volkspartei
DOAL	Deutsche Ost-Afrika-Linie
Epd	Evangelischer Pressedienst
Ev.-luth. Kirche	Evangelisch-lutherische Kirche
FKGHH	Forschungsverbund zur Kulturgeschichte Hamburgs
Gm	Goldmark
GG	Grundgesetz
GS	Gültige Stimmen
GVM	Gesetze, Verordnungen und Mitteilungen aus der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate
HAPAG	Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft (gegr. 1847)
HAL	Hamburg-Amerika-Line – Name, der parallel mit der Firmenbezeichnung HAPAG seit 1894 genutzt wurde
HAZ	Hannoversche Allgemeine Zeitung
HC	Hamburger Correspondent
HE	Hamburger Echo
HF	Hamburger Fremdenblatt

HN	Hamburger Nachrichten
H-Soz-Kult	Humanities – Sozial- und Kulturgeschichte
HVZ	Hamburger Volkszeitung
HWB	Hamburgischen Wirtschaftsbundes
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis
IMMC	International Mercantile Marine Company
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MG	Maschinengewehr
MHG	Museum für Hamburgische Geschichte
MSPD	Mehrheitssozialdemokratie (seit 1917)
NDL	Norddeutscher Lloyd (gegr. 1857)
NHZ	Neue Hamburger Zeitung
NN	Norddeutsche Nachrichten
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NW	Nichtwähler:innen
OBS	Otto-von-Bismarck-Stiftung
OHL	Oberste Heeresleitung (1. Weltkrieg)
Pm	Papiermark
RTG	Reedereitreuhandgesellschaft mbH
RTW	Reichstagswahlen
SA	Sturmabteilung
SBT	Schiffbautreuhandbank
Sbz	Stimmenbezirk
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SR	Soldatenrat
StA HH	Staatsarchiv Hamburg
	USPD/USP Unabhängige Sozialdemokratische Partei (seit 1917)
US	Ungültige Stimmen
Vf.	Verfasser:in
WB	Wahlberechtigte
w.o.	weiter oben
w.u.	weiter unten
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZEG	Zentrale Einkaufsgesellschaft
ZHG oder ZVHG	Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte
Z	Zentrum

Liste der Tabellen und Grafiken

(Zum Herkunftsnachweis s. jeweilige Seite)

Zur Geschichtsschreibung der Revolution von 1918/19

Abb. 1: Dimensionen der Revolutionsforschung

Konfliktparteien und Konfliktodynamiken der Revolution

Abb. 1: Fragmentierung der sozialistischen Bewegung: Akteursgruppen der Revolution 1918/19 in Hamburg und ihre Beziehungen

Tab. 1: Verteilung der Stimmen im Arbeiter- und Soldatenrat nach den Wahlen vom 8.11.1918 und Ende 1918/Anfang 1919

Albert Ballin 1890-1918

Tab. 1: Die größten Reedereien der Welt mit einem Schiffsgehalt von 400.000 BRT 1914

Tab. 2: Deutsche und europäische Auswanderung in die USA 1901-1914 (in Tausend)

Tab. 3: Gewinne der HAL an Truppentransporten und Einsätzen in Kolonialkriegen 1905-1913 (unvollständig)

Tab. 4: Hauptdaten der IMPERATOR-Klasse

Altona in der Revolution 1918/19

Abb. 1: Passfoto von Bernhard Schnackenburg

Die Revolution von 1918 im Großraum Hamburg

Abb. 1: Gründungsdaten von Arbeiter- und Soldatenräten im Hamburger Umland im November 1918.

Abb. 2: Kundgebung in Cuxhaven vor der Seedeichkaserne am 6.11.1918

Abb. 3: Der Arbeiter- und Soldatenrat von Elmshorn, undatiert.

Abb. 4: Flugblatt zur Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats in Bargtheide, nach dem 19.11.1918

»Wie wählen wir am besten?«

- Abb. 1: Vergleich der bürgerlichen Wahlanzeigen in den vier auflagenstärksten Zeitungen in Hamburg (1.1. bis 19.1.1919).
- Abb. 2: Anzeige in den Hamburger Nachrichten, Morgenausgabe, 15.1.1919. [Titel angegeben]
- Abb. 3: Hans Bohrmann (Hg.): Politische Plakate. Mit Beiträgen von Ruth Malhotra und Manfred Hagen. Dortmund 1984, S. 197.
- Abb. 4: Anzeige, die in verschiedenen Zeitungen erschien; hier: HN 21.12.1918 (Morgenausgabe).
- Abb. 5/6: Übergang Kaiserreich zur Demokratie: Das Beispiel Altona 1912/1919 Vergleich der SPD-Stimmen von 1912 mit der Summe der Stimmen für die SPD plus USPD 1919.
- Abb. 7: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919, Die Wahlergebnisse der DDP (Stadt Hamburg/Stadtteile).
- Abb. 8: Bürgerschaftswahlen 16.3.1919, Die Wahlergebnisse der DVP (Stadt Hamburg/Stadtteile).
- Abb. 9: Bürgerschaftswahl 16.3.1919, Die bürgerlichen Hochburgen in der Stadt Hamburg (Stadtteile).
- Abb. 10: Wahlen 1919 und 1920. Vergleich der Stimmergebnisse in Prozent der Wahlberechtigten.
- Tab. 1: Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 19. Januar 1919.
- Tab. 2: Die Bürgerschaftswahl vom 16. März 1919.
- Tab. 3: Reichstagswahl vom 6. Juni 1920.
- Tab. 4: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen).
- Tab. 5: Vergleich zweier Wahllokale in der Neustadt (in Prozent der Wahlberechtigten).
- Tab. 6: Stadt Hamburg, 322 Gebiete (Bürgerschaftswahl 16.3.1919 auf Reichstagswahl 6.6.1920). Geschätzte Wahlwanderungen der Parteien.
- Tab. 7: Wahlen zur Nationalversammlung 19.1.1919: Wen wählten die Soldaten in den Kasernen/Militärstimmbezirken? (in Prozent der Wahlberechtigten/in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen)
- Tab. 8: Ergebnisse der Wahlen in Neustadt/Holstein zur Nationalversammlung am 19.1.1919.

Zur medialen Performativität von Männlichkeit in Kino und Film in Deutschland 1918/19

- Abb. 1: Umberto Boccioni: Einzigartige Formen der Kontinuität im Raum, 1913.
- Abb. 2: *Opium*, D 1918/19, Beta-Film GmbH, 2. Rolle 1148.36.
- Abb. 3: *Opium*, D 1918/19, Beta-Film GmbH, 2. Rolle 1478.07.

Die ungeliebte Weimarer Republik

Abb. 1: Verfassungsfeier auf den Stufen des Reichstags 1923. Reichskanzler Wilhelm Cuno und Reichspräsident Friedrich Ebert

Abb. 2: Luxemburg-Liebkecht-Demonstrationen – Beisetzung von Rosa Luxemburg 13.6.1919.

Abb. 3: Agitation gegen die Weimarer Republik, Wahlplakat der DNVP 1924.

Autor:innen

Christian Hanke (Dr. phil.), Historiker, Schwerpunkte Novemberrevolution 1918. Autor regionalhistorischer Bücher zu Hamburg; Journalist insbesondere für Regionalzeitungen in Hamburg.

Markus Hedrich (Dr. phil.), Postdoktorand am Arbeitsbereich Globalgeschichte des Historischen Seminars der Universität Hamburg. In seinem augenblicklichen Forschungsprojekt arbeitet er zur Geschichte des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin. Forschungsschwerpunkte: Kolonialgeschichte, Filmgeschichte sowie Medizin- und Psychiatriegeschichte.

Rainer Hering (Prof. Dr. phil., Dr. theol.), leitet das Landesarchiv Schleswig-Holstein und lehrt als Professor Neuere Geschichte und Archivwissenschaft am Historischen Seminar der Universität Hamburg und als Honorarprofessor an der Kieler Universität. Forschungsschwerpunkte: Kirchengeschichte, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, Antisemitismusforschung, Parteien- und Verbandsgeschichte, Rechtsgeschichte, norddeutsche Geschichte und Archivwissenschaft.

Christiane König (PD Dr. phil.), Film-, Medien- und Kulturwissenschaftlerin, Köln. Forschungsschwerpunkte: europäische und US-amerikanische Film- und Mediengeschichte, Film- und Medientheorie, Visual Culture, Wissenschaftsgeschichte, Gender & Queer sowie Decolonial & Postcolonial Studies.

Franklin Kopitzsch (Prof. em. Dr. phil.), Historiker, Hamburg. Prof. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unter Berücksichtigung der norddeutschen Regionalgeschichte an der Universität Hamburg. Leiter der Arbeitsstelle für Hamburgische Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Frühen Neuzeit, Hamburgische Geschichte, Stadt- und Landesgeschichte Norddeutschlands.

Johanna Meyer-Lenz (Dr. phil.), Historikerin und Koordinatorin des Forschungsverbundes zur Kulturgeschichte Hamburgs (FKGHH), Universität Hamburg. Schwerpunk-

te: Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Politische Geschichte, Sozialgeschichte, Maritime Geschichte, Genderngeschichte und Medizingeschichte.

Ulf Morgenstern (Dr. phil.), Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung Friedrichsruh. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des langen 19. Jahrhunderts. Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Zeit- und vergleichende Landesgeschichte.

Frank Omland, Dipl.-Sozialpädagoge, Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Regionalgeschichte Schleswig-Holsteins und Hamburgs in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Wahlen und Wahlkämpfe, 1919 bis 1938. Geschichte der Parteien unter besonderer Berücksichtigung der NSDAP.

Ortwin Pelc (Dr. phil.), Historiker, 1995 bis 2018 Abteilungsleiter für das 19. bis 21. Jahrhundert am Museum für Hamburgische Geschichte. Dort mit Olaf Matthes Kurator der Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19«. Veröffentlichungen zur norddeutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Kirchen- und Stadtgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit.

Axel Schildt (Prof. em. Dr. phil., 1951-2019) war von 2002 bis 2017 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg und Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH). Seine Forschungsschwerpunkte waren die Sozial- und Kulturgeschichte, die Medien- und Intellektuellengeschichte, die Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts und die Geschichte des Konservatismus.

Holmer Stahncke (Dr. phil.), freier Journalist und Historiker. Studium der Geschichte an der Universität Hamburg, Forschungsstipendiat des Japanischen Kulturministerium an der Universität Tokyo, Lektor an den Universitäten Nagasaki und Tokyo (Komaba-Campus). Veröffentlichungen zur japanischen Geschichte, Hamburger Regionalgeschichte, Stadtentwicklung und zum Genossenschaftswesen.

Gunnar B. Zimmermann (Dr. phil.), Historiker. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Universitätsarchiv der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und assoziierter Mitarbeiter der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte an der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Bildungs-, Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bürgertumsgeschichte sowie Gedächtnis- und Erinnerungskulturen.

Personenindex

A

Afflerbach, Holger 122, 356
Ahlers, Oltmann J.D. 108
Ahrens, Gerhard 378
Albers, Hans 295
Allemann, Fritz René 330
Anderson, Benedikt R. 28
Artelt, Karl 177

B

Bachmann, Gustav 145
Baden, Max von 63, 69, 153, 154, 229,
363, 379, 79, 144
Baier, Karl 239, 240
Baker, Keith Michael 26, 111
Balfour, Arthur James 369
Ballin, Albert 55, 41-44, 46-48, 50-51, 99-
120, 123, 125, 126-127, 128-145, 147-164,
165, 167, 168-169, 391, 397
Baranowski, Shelley 297
Barber, Oswald 135
Barlach, Ernst 103
Batocki, Adolf Tortilowicz
von Batocki-Friebe 136
Bauche, Ullrich 14, 61, 199

Baumann, Frederick Seyd 203, 204,
208, 240
Bautz, Friedrich Wilhelm 344, 351, 352
Bautz, Traugott 344, 351, 352
Becker, Tobias 296, 298
Beckmann, Emmy 266, 351
Beckmann, Heinz 346, 351, 352
Beermann, Bettina 14
Bei der Wieden, Brage 248
Berben, Tobias 324
Berghoff, Hartmut 47, 101, 103
Berger, Julia 298
Berlin, Jörg 91, 92
Bernstein, Eduard 17
Bernstorff, Johann Heinrich von 148
Bernstorff, die Grafen von 358
Berridge, Virginia 311
Bethmann Hollweg, Theodor 129, 140,
143, 145, 146, 148, 149, 362, 363
Beukemann, Wilhelm 343
Bieber, Hans-Joachim 249
Bischoff, Sebastian 132, 143
Biskup, Thomas 358
Bismarck, Herbert von 362, 369, 372
Bismarck, Marguerite von 55, 56, 360,
361, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369,
370, 371, 373
Bismarck, Marie von 361

Bismarcks, die 19, 56, 357, 359, 360, 373, 374
 Kinder von Herbert und Marguerite von Bismarck:
 Hannah 361
 Goedela 361
 Otto 360
 Gottfried 361
 Albrecht 361
 Bismarck, Otto von 19, 55, 56, 184, 307, 351, 355, 359, 360, 364, 370, 371, 372
 Bizeul, Yves 155
 Bloch, Max 336
 Blohm, Eduard 104
 Blohm & Voss 81, 102, 104, 125
 Blume, Georg 92
 Blumer, Herbert 30, 72
 Bobell, Richard 220
 Boccioni, Umberto 303, 398
 Bock, Günther 218
 Bock, Hans-M. 295, 307
 Bönker, Dirk 127
 Bösche, Burchard 15
 Bohmbach, Jürgen 224
 Bollmeyer, Heiko 321
 Borchardt, Knut 345
 Borrmann, Hermann 238, 247
 Bracher, Karl Dietrich 333, 350
 Brändle, Rea 297
 Brauer, Max 34, 197, 198, 206, 211, 212, 214, 388
 Braun, Margarete 344
 Bredow, Leopold von 360, 363, 366
 Brenner, Michael 335
 Breuer, Stefan 336
 Brewster, Ben 299
 Brietzke, Dirk 377, 378, 380, 382, 383, 387, 388
 Brinkmann, Tobias 102, 302
 Brinkhus, Jörn 22
 Broeze, Frank 106, 107, 108, 125, 126
 Bühner, Tanja 370

Büttner, Ursula 256, 257, 269, 278, 292, 333, 351
 Burns, George A. (Lord Inverclyde) 107
 Burns, James (Lord Inverclyde) 107
 Burns, John 107
 Busch, Wolf-Michael 233
 Bussler, Peter 217, 238
 Buttgereit, Jens 76, 216

C

Canning, Kathleen 36, 37, 38, 39
 Cartwright, Lisa 298
 Cassel, Ernst Sir 127, 157
 Cassirer, Ernst 324
 Cattaruzza, Marina 49
 Charney, Leo 297
 Chernow, Ron 112
 Churchill, Winston,
 Leonard Spencer Sir 129, 133
 Cecil, Lamar 100, 105, 139, 145, 146, 148, 149, 150, 151, 152, 164
 Claussen, Arminius 341
 Clark, Christopher 356
 Claß, Johannes Heinrich 140
 Clémenceau, Georges 155
 Codelli, Lorenzo 298
 Conze, Eckart 356, 358
 Cornelsen (Landrat Stade) 248
 Csány, Moritz 28
 Czech, Hans-Jörg 12, 13, 21, 22, 23, 28, 73, 78, 88, 216, 222, 232, 245, 252, 339, 376
 Conrad, Sebastian 41
 Cuno, Wilhelm 131, 136, 168, 323, 399

D

Dahm, Karl-Wilhelm 359
 Dähnhardt, Heinz 203
 Daur, Georg 345, 346
 Deist, Wilhelm 20, 42, 43, 100, 129, 145

Denzel, Markus A. 358
 Dickinson, Edward R. 307
 Dieck, Johannes Tom 34
 Dittmann, Paul 62, 75, 76, 82, 84, 181,
 207
 Dittmann, Wilhelm 18, 29, 62, 65, 72,
 75, 89, 321
 Dobrindt, Alexander 336
 Domeyer, Wolfgang J. 224
 Drexelius, Wilhelm 387
 Dussel, Konrad 21

E

Ebert, Friedrich 61, 89, 90, 91, 182, 202,
 213, 235, 323, 332, 333, 351, 365, 366, 399
 Ebert, Paul 351
 Eckart, Hans Wilhelm 48
 Edelstein, Dan 26
 Eder, Angelika 388
 Erdmann, Heinrich 48, 382
 Erdmann, Karl Dietrich 331, 334
 Edwards, Griffith 308, 311
 Eichenberg, Ariane 376
 Eichler, Klaus 160, 161
 Eichmann, Flavio 370
 Eitler, Pascal 306
 Ellermann, John 107, 111
 Elsaesser, Thomas 298, 299, 303
 Elsner, Tobias von 103, 104
 Emilio, John d' 307
 Engehausen, Frank 340
 Engelberg, Waltraut 360
 Engel-Baseler, Ute 220, 236, 237
 Epkenhans, Michael 42, 100, 127, 133,
 140, 372
 Erdmann, Heinrich 48, 382
 Erdmann, Karl Dietrich 331, 334
 Erich, Peter 328
 Erzberger, Matthias 123
 Evans, Richard J. 48, 91
 Ewald, Christina 22

F

Faerber, Hans-Werner 232
 Falk, Adalbert von 67, 69, 75, 78, 143,
 148, 198, 199, 200, 201, 203, 219, 223
 Falkenhayn, Erich von 143
 Fareg, Arlette 28
 Feldmann, Gerald D. 137, 139
 Fenske, Hans 356
 Fiedler, Gudrun 227, 248, 339
 Fiege, Hartwig 232, 246
 Fields, M. J. (Vorname nicht
 ermittelbar) 106, 111, 113, 114
 Finzsch, Norbert 14
 Fischer, Carl 160, 161
 Fischer, Fritz 140, 143, 165
 Fischer, Hans W. 378, 379
 Fisser, Marc 133, 167
 Flamm, Oswald 124
 Fliegner, Ernst 224
 Förster, Birte 371
 Foerster, E. (Vorname nicht
 ermittelbar) 136
 Förster, Sigismund von 204
 Förster, Stig 370
 Francke, Ernst 150
 Freche, Julian 22
 Freedman, Estelle 307
 Frevert, Ute 323
 Frie, Ewald 21, 22, 23
 Friedrich, Jörg 356
 Frölich, Paul 79
 Fohme, Carl 196
 Frommhold, Martin 224, 225
 Funke, Manfred 350
 Furlough, Ellen 297
 Furness, Stephen Wilson, Sir 107

G

Gaede, Reinhard 341
 Gallus, Alexander 21, 76, 321, 332, 335,
 376

Garncarz, Joseph 298
 Garvens, Erwin 391
 Gastrow, Paul 340
 Gay, Peter 335
 George, Lloyd 149
 Gerhardt, Johannes 43, 100, 132, 135,
 136, 137, 139, 155
 Gerwarth, Robert 164
 Gierke, Otto von 175
 Giloi, Eva 358
 Glanert, Joscha 252, 354
 Gnausch, Anne 298
 Görlitz, Theodor 197
 Gorschenek, Günter 388
 Gotthardt, Christian 227
 Gneist, Rudolf von 174
 Grashoff, Kurt 139, 224, 225, 239
 Grey, Edward Sir 127, 133
 Griffith, Alison 296
 Grigat, Horst 23
 Groener, Wilhelm 154, 366
 Gröwer, Karin 105
 Grolle, Joist 378
 Grosse, Berthold 82, 210
 Grothe, Ewald 361
 Gruenwaldt, Louis 84
 Gründer, Horst 44, 121
 Grüttner, Michael 49, 105
 Guddehus, Christian 376
 Günther, Barbara 105, 242
 Gunning, Tom 298

H

Haase, Hugo 74, 89, 177, 185, 235
 Haehnel (Hähnel), Gustav 84
 Hagen, Günther 229
 Hagener, Malte 305
 Halbe, Erna 82, 84, 377
 Haldane, Richard Burdon
 1. Viscount 126, 127, 129, 133
 Haller, Martin 103
 Hank, Manfred 355

Hanke, Christian 35, 36, 79, 88, 92, 195,
 196, 401
 Hans, Jan 304, 305
 Hansen, Eckhard 382
 Happel, Reinhold 295
 Harbeck, Wilhelm 202
 Harlan, Veit 388
 Harm, Wolf 345
 Hasselhorn, Benjamin 357
 Hasseler, Uta 298
 Harriman, Edward Henry 113, 169
 Haupt, Heinz-Gerhard 297, 306
 Hauschild-Thiessen, Renate 378
 Hauser, Andrea 340
 Hedrich, Markus 14, 401
 Heidbrink, Ingo 217, 239, 240
 Heineken, Philipp 107
 Heinrichs, Ute 242
 Heinsohn, Kirsten 21, 22, 24, 26, 27, 30,
 36, 38, 266, 389
 Heise, Wilhelm 77, 89, 380, 381
 Helfferich, Karl 136, 137, 138
 Helms, Hermann 107
 Hempel, Dirk 21
 Henne, Thomas 389
 Hennig, Martin 346
 Hense, Karl 181, 381
 Hentschel, Linda 306
 Hering, Rainer 19, 55, 140, 262, 265,
 340, 344, 346, 349, 350, 351, 352, 401
 Hertling, Georg von 153, 363
 Herz, Carl 33, 36, 49, 79, 86, 87, 91, 92,
 105, 147, 173-189
 Herz, Else 189
 Herzig, Arno 49, 105
 Herzog, Dagmar 307
 Hilferding, Rudolf 186
 Hindenburg, Paul von 50, 154, 186, 322,
 362, 371, 372, 384
 Hirschfeld, Gerhard 356
 Hopp, Andrea 361
 Horbelt, Robert 390, 391
 Hoffmann, Joachim 324

Hoffmann, Paul Theodor 197, 201, 206,
211
Hofmann, Wolfgang 194
Holstein, Christoph 48
Holt, Philipp 107
Holtzendorff, Henning von 146, 151, 152
Hoover, Herbert 138
Horn, Karl 391
Hoyos, Alexander von 361-362
Hoyos, Alice von 363
Hoyos, Georg von 361
Huck, Stephan 22
Hücking, Renate 121, 123
Huldermann, Bernhard 100, 101, 108,
109, 110, 111, 112, 113, 114, 116, 118, 119,
120, 123, 128, 129, 132, 133, 136, 137, 138,
139, 140, 141, 142, 146, 147, 149, 156, 162,
163, 164, 168, 143
Hunt, Lynn 28

I

Ibs, Jürgen 220
Ipsen, Hans Peter 345
Ismay, Joseph Bruce 107, 111

J

Jacke, Jochen 341
Jacob, Frank 117
Jacobs, Lea 299
Jacobsen, Hans-Adolf 304
Jacobsen, Wolfgang 304
Jansen, Wolfgang 297
Jazbinsek, Dietmar 306
Jochmann, Werner 379
Johe, Werner 208
Jones, Mark 30, 31
Jost, Kilian 298

K

Käppner, Joachim 356
Kaes, Anton 304
Kahn-Freund, Otto 177

Kaiser, Jochen-Christoph 340
Kaisha, Kyodo Unyu 107
Kalinke, Helene (Leni) 392
Kalweit, Ferdinand 75, 76, 83, 84, 77, 78,
81, 82, 84
Kane, Josephine 298
Kassener, Rudolf 374
Kautsky, Karl 175, 185, 186, 187
Kienitz, Sabine 21
Kinzler, Sonja 62
Kirch, August 56
Kittler, Friedrich A. 302
Klabunde, Erich 387
Klemet, Carl 240
Kludas, Arnold 101, 104, 121, 124, 125, 132
Kluge, Ulrich 26
Knutzen, Friedrich 231
Koch, Jörg 322
Koch, Wilhelm 322
Kocka, Jürgen 47, 103, 348
König, Christiane 13, 14, 53, 54, 297, 401
König, Marcus 140
Könke, Günter 227
Köpke, Jörg 337
Kohler, Berthold 336
Kohlrausch, Martin 358
Kolb, Eberhard 251, 333, 343, 372
Kollex, Knut-Hinrik 72
Kopf, Christina 304
Kopitzsch, Franklin 13, 14, 56, 57, 252,
321, 376, 377, 378, 379, 380, 382, 383,
385, 386, 387, 388, 392, 401
Kroll, Stefan 233
Krause, Eckart 48
Krause, Emil 392
Krause, Thomas 197, 199, 200, 222
Kreß, Claus 151
Kutz-Bauer, Helga 19
Kruck, Albrecht 220
Krumeich, Gerd 356
Kryck (Vorname nicht zu ermitteln) 161
Kuball, Mischa 314
Kubitschek, Götz 336

Kuckuck, Peter 182
 Kübler, Hans-Dieter 295
 Kühne, Karl B. 217
 Kürbis, Heinrich 194
 Kundrus, Birte 308
 Kunert, Sophie 346
 Kupfer, Alexander 308
 Kurz, Jan 224

L

Lahti, Janne 120
 Lamp'l, Walther 77, 85, 89, 93, 204, 206,
 207, 241, 242
 Lamszus, Wilhelm 378, 379
 Lancken, Oscar von 143
 Langbehn, Volker 14, 120, 296, 297
 Lange, Helene 11, 259, 266
 Lange, Kerstin 296, 298
 Langewiesche, Dieter 49, 105
 Lappenküper, Ulrich 359, 36
 Laufenberg, Heinrich 11, 34, 57, 61, 62,
 75, 82-84, 86, 88, 89-93, 176-178, 181,
 196, 203-211, 377, 379, 381, 383
 Launer, Ekkehard 21, 123
 Leese, Kurt Rudolf 55, 351
 Legien, Karl 90, 366
 Le-Huu, Inka 21
 Leicht, Johannes 140
 Leib, Friedrich Carl Otto 381
 Leip, Hans 164
 Lehberger, Rainer 385
 Lehmann, Katharine A. 20
 Lehnert, Detlev 29, 35, 72, 198, 222, 229,
 325
 Leitgeb, Christoph 28
 Lenin, Wladimir Iljitsch 186, 359
 Leonhard, Jörn 164, 356
 Lettow-Vorbeck, Paul von 56, 369, 370,
 371
 Lettow-Vorbeck, Malwine
 Héloïse von 370
 Liebknecht, Karl 176, 269, 324, 325, 329,
 390, 399

Lipke, Christina 377, 390, 392
 Lippmann, Leo 378, 379, 381, 389, 390
 Loeb, Paul 112, 188
 Loiperdinger, Martin 304
 Lokers, Jan 248
 Loose, Hans-Dieter 208, 209, 211, 226,
 239, 382
 Lorentzen, Charlotte 57, 383, 384, 385
 Lorentzen, Theodor 383, 384
 Lorenz, Ina 378, 379, 381
 Lorenzen, Thomas 220
 Ludendorff, Erich 50, 150, 151, 154, 362
 Lübcke, Christian 226
 Lüth, Erich 386, 388, 389

M

Maag, Cäcilia 383
 Maase, Kaspar 304
 Machtan, Lothar 321, 356, 357
 Mackay, James Lyle (Lord Inchcape) 107
 MacMillan, Margaret 356
 Mager, Inge 340, 347
 Malanowski, Wolfgang 199
 Malinowski, Stephan 358, 359, 374
 Mann, Thomas 323
 Marschall, Susanne 308
 Martens, Holger 208, 209, 211, 387
 Maschl, Heidrun 362
 Matthes, Olaf 12, 14, 21, 22, 23, 28, 73,
 77, 78, 88, 92, 216, 222, 232, 239, 240,
 245, 246, 252, 339, 376, 377, 381, 391, 402
 Matthias, Erich 331
 Matuschka, Edgar Graf von 200
 Mager, Inge 340, 347
 Maurer, Björn 295
 Mayer, Lotta 30, 31, 71
 Mayer, Tilman 359
 Mazohl-Wallnig, Brigitte 362
 McElligott, Anthony 21, 34, 36, 206
 Meinecke, Friedrich 323
 Melle, Werner von 57, 85, 93, 178, 377,
 379, 380, 381, 382, 383

Menapace, Bernhard Michael 233
 Menck, Johannes 205
 Merck, Heinrich Johann 157
 Merck, Theodor 157
 Merck, Johannes Theodor 43, 99, 102-
 104, 114-119, 122-124, 126, 129, 139, 157-
 162, 163, 167
 Merkel, Sebastian 22, 240
 Metternich, Klemens Wenzel
 Lothar von 148
 Meuthen, Jörg 336, 337
 Meyer, Anna-Lena 381, 77, 88
 Meyer, Hans-Joachim 227, 228, 243
 Meyer-Lenz, Johanna 13, 14, 17-39, 41-
 51, 61-95, 99-170, 178, 180, 196, 198, 210,
 222, 401/402
 Michaelis, Georg 363
 Michaelis, Heinz 307
 Michalka, Wolfgang 325
 Miller, Angela 296
 Miller, Ignaz 356
 Möhring, Maren 313
 Möller, Reimer 219, 220, 222, 235, 236,
 237
 Moltke, Helmuth Johannes
 Ludwig von (jr.) 122, 132
 Mombauer, Annika 145
 Morat, Daniel 296, 298
 Morgan, John Pierpont 45, 110, 111, 112,
 113, 114
 Morgenstern, Ulf 55, 56, 217, 335-374,
 402
 Mosse, Werner Eugen 157, 159
 Müller, Corinna 298, 299, 304
 Müller, Henning K. 224, 225, 226, 227,
 239, 249
 Müller, Theresa 391
 Müller, Winfried 356
 Münkler, Herfried 356
 Murken, Erich 110, 111, 112
 Muth, Heinrich 247

N

Nathan, Paul 102
 Nestriepke, Siegfried 186
 Neumann, Paul 182, 183
 Neumann, Erich Peter 328
 Nevermann, Paul 201, 386, 387, 389
 Nicolaisen, Carsten 349
 Niedbalski, Johanna 296, 298
 Niedhart, Gottfried 325
 Niesyto, Horst 295
 Noelle-Neumann, Elisabeth 328
 Nolte, Paul 296, 298
 Noske, Gustav 56, 63, 64, 70, 90, 182,
 237, 329, 369, 370
 Nowak, Kurt 341, 350

O

Oettermann, Stephan 296
 Oldenburg, Christel 48
 Omland, Frank 29, 38, 39, 91, 93, 94,
 253-292, 402
 Opitz, Eckart 359
 Osterhammel, Jürgen 41
 Osterroth, Franz 195

P

Pabst, Waldemar 329
 Papen, Franz von 324, 333
 Paschen, Joachim 370
 Paul, Ina-Ulrike 358
 Payk, Marcus M. 151
 Pehnke, Andreas 378
 Pelc, Ortwin 12, 14, 21, 22, 23, 28, 29, 34,
 35, 73, 77, 78, 88, 89, 92, 215-252, 339,
 376, 377, 381, 391, 402
 Perrey, Hans-Jürgen 231, 242
 Peters, Dirk J. 166
 Peters, Heinrich 108
 Petersen, Carl 85, 212, 291, 382
 Petersen, Klaus 304
 Petersson, Niels B. 41, 44, 45, 46
 Peukert, Detlef 333, 335

Planer, Gert 235
 Plessen, Leopoldine von 364
 Plessen, Ludwig von 369
 Pohlmann, Harald 143
 Pöhlmann, Markus 370
 Pohl, Karl Heinrich 72, 336
 Polletta, Francesca 28
 Popp, Lothar 177, 237
 Preußen, Heinrich von (Prinz Heinrich) 113
 Preuß, Hugo 182, 184, 187
 Priester, Hans E. 131, 132, 139, 166, 167, 168
 Priess, Holger 295
 Prinzler, Hans H. 304
 Prost, Antoine 356
 Prueß, Otto 359
 Purlitz, Friedrich 198
 Pust, Dieter 368

R

Rabinovitz, Lauren 298
 Rackwitz, Martin 22, 177
 Ralph, Hanna 309
 Ralph, Louis 299
 Ranke, Leopold von 357, 361
 Rasmussen, Alfred 221
 Rathenau, Walther 156
 Rathmann, August 351
 Recki, Birgit 324
 Reif, Heinz 358
 Reinert, Bernd 230, 250
 Reinert, Robert 53, 296, 306
 Freiherr von Reischach 149
 Reißmann, Volker 295
 Ricci, Fabio 313
 Richter, Myriam Isabell 143, 377
 Riedlinger, Thomas 389
 Rieffenberg, Hermann 341, 342
 Rieger, Stefan 297
 Rieper, Jacob 74, 76, 82, 84
 Riezler, Kurt 143
 Ringelnatz, Joachim 217

Ritter, Gerhard A. 47, 103, 272
 Robinson – Teilhaber von Harrison 169
 Rode, Friedrich Gottlieb Theodor 350, 351
 Roedern, Siegfried Graf von 168
 Rohan, Jürgen 75
 Roschestwenski, Sinowi Petrowitsch 116
 Rosenbaum, Eduard 100, 105, 162
 Roß, Rudolf 57, 385
 Rother, Bernd 229, 244
 Rübner, Hartmut 132, 134, 135, 136, 139, 166, 167, 168
 Rühl, Walter 185
 Ruhstrat, Franz Friedrich Paul 175
 Ruoff, Jeffrey 297
 Russell, Mark A. 43, 104
 Rust, Christian 154

S

Said, Edward 28, 160, 308
 Salomon, Bruno, Bürgermeister von Itzehoe 236
 Sanderson, Harold 107
 Saul, Klaus 18, 49, 50, 105
 Seeler, Ingrid 231
 Seeler, Siegfried 231
 Seifert, Johannes 224, 235, 242, 248, 252
 Segeberg, Harro 295
 Selbin, Eric 28
 Seligman, Matthew S. 129
 Sellin, Volker 357
 Sedgwick, Eve K. 300, 301, 302, 305, 306, 307, 308, 309, 312
 Severin, Günther 350
 Sieg, Ulrich 361
 Sievert, Wilhelm 34, 194, 201, 202, 206, 208
 Singer, Ben 296, 297
 Sluzalek, Ralf, 221
 Sösemann, Bernd 43
 Sommer, Wolfgang 340
 Sontheimer, Kurt 334,

Souchon, Wilhelm 177
 Sperber, Jonathan 353
 Spiker, Jürgen 304
 Suhrmann, Wilhelm 204
 Sutherland, Thomas 106, 107
 Sywottek, Arnold 49, 105, 197, 222, 388

Sch

Schädgen, Irina 295
 Schaefer, Bruno Louis 91
 Schaiblich, Reinhard 359
 Schanetzky, Tim 356
 Scheidemann, Philipp 63, 64, 67, 89, 90, 91, 182
 Schiefeler, Gustav 378, 383
 Schiff, Jacob 112
 Schildt, Axel 9, 14, 34, 53, 54, 211, 321-337, 402
 Schinckel, Max von 160, 162, 163, 168, 169
 Schivelbusch, Wolfgang 297
 Schluchter, Jan-René 295
 Schlüpmann, Heide 300
 Schmidt, Ernst Heinrich 198, 217, 220
 Schmidt, Ulf 305
 Schmitz-Berning, Cornelia 326
 Schmitz Walter 350
 Schmoock, Matthias 376
 Schnackenburg, Bernhard 33, 34, 193-209, 211-214, 223, 397
 Schnurbein, Stefanie 343
 Schöck-Quinteros, Eva 252, 340, 353
 Schöffel, Simon 349
 Schoenberg (Vorname nicht ermittelbar) 82, 84
 Schönpflug, Daniel 357
 Scholz, Kai-Uwe 378
 Schoonover, Thomas D. 118
 Schröder, Carl August 57, 380, 381, 389
 Schröder, (John) Ulrich 182, 249, 252, 340, 353
 Schröter, Felix 295
 Schumann, Bodo 388

Schumann, Dirk 333
 Schütt, Ernst Christian 343
 Schulte-Varendorff, Uwe 370
 Schuman, Nik 238
 Schulz, Franz Wilhelm 199, 202, 223
 Schulz, Gerhard 280
 Schulz, Günter 358
 Schulze, Hagen 334
 Schuster, Margarete 344
 Schwabe, Klaus 194
 Schwartz, Vanessa E. 297

St

Stahncke, Holmer 33, 34, 193-214, 222, 223, 402
 Stalman, Volker 29, 37, 62, 84, 85, 87, 92, 196, 198, 199, 200, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 219, 222, 230, 234, 235, 239, 240, 242, 246, 250, 255, 380
 Stegmann, Dirk 227
 Stein, Freiherr vom 174, 184
 Steineck, Freiherr von 367
 Stehling, Jutta 29, 255, 380
 Stern, Fritz 360
 Sternberg, Jan 337
 Stibbe, Matthew 145
 Stinnes, Hugo 134, 137, 139, 150, 151, 156, 169, 170
 Stoll, Carl 34, 197, 202, 206
 Stolten, Otto 48, 64, 200, 382
 Stoob, Heinz 345
 Straub, Eberhard 164
 Stresemann, Gustav 55, 323, 331, 336
 Struck, Wolfgang 308
 Stubbe-da Luz, Helmut 194, 208, 212, 213, 382, 392
 Stubbe, Heinrich 64, 65
 Stubmann, Peter Franz 112, 129, 139, 149, 150, 151, 153, 154, 155, 156, 160, 163, 164
 Studt, Bernhard 204
 Sturm, Eva 304

Sturm, Reinhard 335
 Stürmer, Wilhelm 240

T

Taylor, Charles 37
 Tennstedt, Florian 382
 Thalheimer, August 334
 Thies, Jochen 360, 373, 374
 Thomas, Herrmann 33, 34, 82, 84, 195,
 197, 198, 201, 202, 204, 205, 206, 207,
 208, 209, 210, 223
 Thomsen, Sören 39, 282
 Tirpitz, Alfred Graf von 42, 46, 129, 133,
 140, 141, 142, 143, 145, 146
 Tobing Roney, Fatimah 297
 Torp, Claudius 297, 306
 Töteberg, Michael 295
 Trotzki, Leo 186, 334
 Tucker, Spencer C. 118
 Tügel, Franz 349

U

Uhlig (Vorname unbekannt) 82, 84
 Ulbricht, Justus H. 343
 Ulbricht, Walter 331, 332
 Ullrich, Sebastian 329
 Ullrich, Volker 29, 49, 62, 73, 74, 75, 76,
 77, 79, 80, 81, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89,
 90, 91, 92, 93, 94, 197, 199
 Urbach, Karina 357
 Usai, Paolo C. 298

V

Veidt, Conrad 309
 Vollnhals, Clemens 350

W

Wachter, Alexander von 117
 Wachter, Konstatin von 116
 Waldersee, Alfred Graf von 122
 Walter, Dierk 370
 Warburg, Erich (Eric) M. 105, 146

Warburg, Felix 112
 Warburg, Max M. 102, 105, 136, 143, 161,
 170, 378, 379
 Warburg, Paul 112
 Wartenberg, Fritz 57, 386, 379
 Wartenberg, Wilhelmine Catharina
 Alma 388
 Weber, Reinhold 340
 Wenders, Wim 295
 Wehler, Hans-Ulrich 17, 18, 19, 20, 44,
 49
 Wehrmann, Johannes 55, 265, 350
 Weinbauer, Klaus 21, 22, 23, 24, 26, 27,
 30, 36, 38
 Weißmann, Karlheinz 336
 Welch, David A. 304
 Welzer, Harald 376
 Wennemuth, Udo 340
 Wewer, Göttrik 368
 Whitehead, Robert 362
 Wiegand, Heinrich 106
 Wienfort, Monika 358
 Wildt, Michael 348
 Wilhelm II. (Kaiser) 20, 41, 44-46, 50,
 100, 103, 104, 112, 113, 129, 131, 145, 151,
 153, 155, 175, 362, 366, 371, 391
 Wilhelm, Ulrich 336
 Williams, Linda 306
 Wilson, Woodrow 22, 24, 25, 100, 130,
 131, 144, 146, 148-155, 165, 363, 364
 Windfuhr, Walter 352
 Winkler, Jürgen 272, 273
 Winkler, Heinrich August 18, 39, 272
 Winterstein, Eduard von 309
 Wirsching, Andreas 333
 Wodiańska, Stephanie 155
 Woermann, Adolph 123, 124
 Wohlenberg, Jürgen 221
 Wolf, Hubert 340
 Wolffheim, Friedrich (Fritz) 31, 61-63,
 66, 77, 79, 81, 176, 177, 196, 200
 Woyke, Meik 48, 387
 Wulf, Peter 137, 167, 168, 169

Z

Ziegler, Dieter 47

Zimmermann, Gunnar 13, 46, 48, 56, 57,
232, 233, 234, 346, 247, 248, 251, 380,
382, 402

Zimmermann, Hansjörg 232, 247

Zimmerer, Jürgen 48, 56, 123, 124, 231

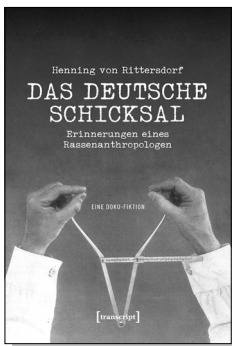
Geschichtswissenschaft



Manuel Gogos

Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n)

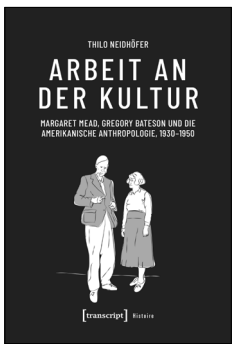
2021, 272 S., Hardcover, Fadenbindung, durchgängig vierfarbig
40,00 € (DE), 978-3-8376-5423-3
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5423-7



Thomas Etzemüller

Henning von Rittersdorf: **Das Deutsche Schicksal** Erinnerungen eines Rassenanthropologen. Eine Doku-Fiktion

2021, 294 S., kart.
35,00 € (DE), 978-3-8376-5936-8
E-Book:
PDF: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5936-2



Thilo Neidhöfer

Arbeit an der Kultur Margaret Mead, Gregory Bateson und die amerikanische Anthropologie, 1930-1950

2021, 440 S., kart., 5 SW-Abbildungen
49,00 € (DE), 978-3-8376-5693-0
E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-5693-4

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geschichtswissenschaft



Norbert Finsch

Der Widerspenstigen Verstümmelung Eine Geschichte der Kliteridektomie im »Westen«, 1500–2000

2021, 528 S., kart., 30 SW-Abbildungen
49,50 € (DE), 978-3-8376-5717-3

E-Book:

PDF: 48,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5717-7



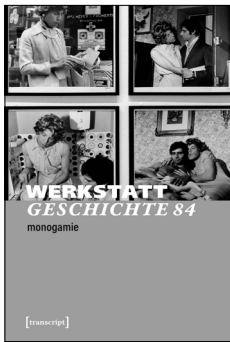
Frank Jacob

Freiheit wagen! Ein Essay zur Revolution im 21. Jahrhundert

2021, 88 S., kart.
9,90 € (DE), 978-3-8376-5761-6

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5761-0



Verein für kritische Geschichtsschreibung e.V. (Hg.)

WerkstattGeschichte 2021/2, Heft 84: Monogamie

2021, 182 S., kart., 4 Farabbildungen
22,00 € (DE), 978-3-8376-5344-1

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5344-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

